HANDBOUND
AT THE

UNIVERSITY OF
TORONTO PRESS

# Forschungen

zur

# Brandenburgischen und Preußischen Geschichte.

Neue Folge der „Märkischen Forschungen“ des Vereins für Geschichte der Mark Brandenburg.

In Verbindung

mit

Fr. Holtze, G. Schmoller und A. Stölzel

herausgegeben

von

**Albert Naudé.**

Neunter Band, erste Hälfte.

Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1896.

DD
491
B81FS
B19
pt. 1

LIBRARY
DEC 6 1965
UNIVERSITY OF TORONTO

1146608

Am 28. April 1896 wurde

# Heinrich von Treitschke,

einer der Begründer und Mitherausgeber dieser Zeitschrift, uns durch den Tod entrissen. Das folgende Heft wird einen Nachruf bringen.

# Inhaltsverzeichnis.


| | Seite |
|---|---|
| I. Aktenstücke zur brandenburgischen Geschichte unter Kurfürst Johann Sigismund. Von Anton Chroust . . . . . | 1—21 |
| II. Sir Charles Hotham und Friedrich Wilhelm I. im Jahre 1730. Teil III. Von Wilhelm Oncken . . . . . | 23—53 |
| III. Der Streit über den Ursprung des deutsch-französischen Krieges. Von Hermann von Petersdorff . . . . . | 55—100 |
| IV. Beiträge zur Entstehungsgeschichte des Siebenjährigen Krieges. Teil II. Von Albert Naudé . . . . . | 101—328 |
| Neue Erscheinungen: Bücher . . . . . | 329—355 |

# I.

# Aktenstücke zur brandenburgischen Geschichte unter Kurfürst Johann Sigismund.

## I. Zur Ebenbürtigkeit der Radziwill.

## II. Zur Geschichte der Einführung des reformierten Bekenntnisses in der Kurmark.

Von

**Anton Chroust.**

---

Die im folgenden mitgeteilten Schreiben entstammen, abgesehen von zwei Stücken aus dem Zerbster Archiv, dem gräflich Dohnaschen Archive zu Schlobitten in Ostpreußen, dessen reiche Schätze für die Zwecke der historischen Kommission in München benützen zu können, mir die Hochsinnigkeit des seither verstorbenen Landhofmeisters in Preußen, Sr. Exc. des Grafen und Burggrafen Richard von Dohna sowie seines Sohnes und Nachfolgers, des Herrn Vize-Oberjägermeisters Grafen Richard Wilhelm ermöglicht hat.

Meine Kenntnis von dem Inhalt des Schlobittener Archivs beschränkt sich allerdings nur auf jene Bestände, die den umfangreichen Briefwechsel der sechs Dohnaschen Brüder, Söhne Achaz I. und Neffen des berühmten Fabian d. Ae. von Dohna, enthalten. Diese Briefe, soweit sie mir vorlagen, umfassen die Jahre 1590—1636.

Von den sechs Brüdern Dohna sind nur zwei, Friedrich und Fabian d. J., dauernd in Preußen geblieben, die andern vier erlangten in fremden Diensten Namen und Ansehen, bewahrten aber dabei sorgfältig die Verbindung unter sich und mit der Heimat. Diesem Umstande und dem starken Familiensinn, der aus den vielen Hunderten von Briefen, die mir vorlagen, entgegentritt, ist es zu danken, daß der Brief-

wechsel der Brüder unter sich, dann mit ihren fürstlichen Herren, ihren Amts- und Standesgenossen, ihren Verwandten, Freunden und Untergebenen nicht in alle Winde zerstreut oder der Zerstörung preisgegeben worden ist.

Zwei der Brüder, Achaz II. und Christoph, wurden durch die alten Beziehungen ihres Oheims, Fabians d. Ae., und durch ihre Hinneigung zum reformierten Bekenntnis nach Heidelberg gewiesen; Achaz trat in die Dienste des Kurfürsten Friedrich IV. von der Pfalz, Christoph in die des Fürsten Christian von Anhalt und damit mittelbar auch in die kurpfälzischen. Diese beiden waren die Diplomaten der Familie, die beiden anderen, Abraham und Dietrich, die Soldaten. Von ihnen ist Dietrich nur eine kurze und geringfügige Wirksamkeit beschieden gewesen; er ist später in kurpfälzischen Diensten kurz vor Ausgang des böhmischen Abenteuers gefallen; Abraham hat erst den Generalstaaten, dann dem Hause Kurbrandenburg seine Dienste geweiht — sein Leben habe ich auf grund der Schlobittener Archivalien ausführlich dargestellt[1]); doch ist er verhältnismäßig früh aus dem Herrendienst geschieden. Dagegen hat Achaz als Erzieher des jungen Kurerben, des nachmaligen Friedrich V., und als Diplomat vor, während und nach dem pfälzischen Abenteuer in Böhmen eine bedeutsame Rolle gespielt und alle seine Brüder überlebt. Einen Biographen hat er bisher nicht gefunden, wohl aber Christoph, der jüngste und der begabteste der Brüder, den auch nach manchen Wechselfällen das Glück wieder hoch erhoben hat. Bald nach seinem Tode (1637) hat Friedrich Spanheim im Auftrag der Witwe die eigenen Aufzeichnungen Christophs über seine Lebensgeschichte, die bis 1621 reichen[2]), bearbeitet und, mit Zuthaten zweifelhaften Wertes vermehrt, als „Commentaire historique de la vie et de la mort de messire Christofle vicomte de Dhona", zu Genf im Jahre 1639 veröffentlicht[3]).

Achaz und Christoph stehen im Mittelpunkt eines sehr umfangreichen Briefwechsels; hinter den diplomatischen und persönlichen Beziehungen

---

1) A. Chroust, Abraham von Dohna. Sein Leben und sein Gedicht auf den Reichstag von 1613, München 1896, Verlag der Akademie der Wissenschaften.

2) Von J. Voigt in „des Grafen Christoph des Aeltern von und zu Dohna Hof- und Gesandtschaftsleben" (Historisches Taschenbuch, III. Folge, 4. Bd., 1853, S. 1 ff.) benutzt. Voigt lag nur ein Auszug, der im XVIII. Jahrhundert angefertigt worden ist, zu Grunde (jetzt Schlob. Arch., Fasc. 4/3); das Autograph ist verschollen.

3) Eine groß angelegte Familiengeschichte der Dohna unter dem Titel „Aufzeichnungen über die Vergangenheit der Familie Dohna", Berlin 1877 ff., vier Bände, hat Graf Siegmar Dohna als Manuskript veröffentlicht.

bleiben die litterarischen nicht zurück. Die Brüder Dohna haben die ganze Bildung ihrer Zeit, die gelehrte wie die höfische, in sich aufgenommen, sie sind aller damals gangbaren Sprachen mächtig, in lateinischer, französischer, italienischer und spanischer Sprache wird der Briefwechsel geführt, am seltensten in deutscher. Nach damaliger Sitte haben die Brüder in ihren Jugendjahren Italien, Frankreich, die französische Schweiz, die Niederlande und selbst England bereist; der Herrendienst führte beide später wiederholt nach England, dessen Sprache sie sich aneigneten, Christoph auch nach Böhmen, Mähren und Ungarn. In Polen hatte die Familie eine Reihe von Nachbarbeziehungen; mit vornehmen Wojwoden verband sie Gleichheit des Bekenntnisses, so mit den Radziwill, oder Verschwägerung, wie mit den Czema. Das innere Deutschland war ihnen bekannt wie irgend jemandem. Ueberall wurden persönliche Beziehungen zu den Männern der Kirche, des Staates, der Wissenschaft angeknüpft und diese Verbindungen sorgfältig aufrecht erhalten. So ist das Dohnasche Archiv zugleich eine der großartigsten Autographensammlungen für das XVII. Jahrhundert geworden, mit der sich nur die Camerariana der Münchener Staatsbibliothek an Inhalt und Umfang vergleichen läßt. Kaum ein berühmter Name, dessen Träger in Kirche, Staat oder Wissenschaft zwischen 1580 und 1620 gewirkt hat, der nicht mit seiner Handschrift in dem ostpreußischen Schloß vertreten wäre. Mit Paolo Sarpi, mit du Plessis-Mornay, mit Tossanus, mit den Leuchten der Genfer Kirche verbindet die Dohna das gemeinsame religiöse Interesse, dem Präsidenten de Thou vermitteln sie für dessen Geschichtswerk die Aufzeichnungen ihres Oheims Fabian und des Fürsten Christian von Anhalt über die Züge der deutschen Protestanten nach Frankreich, Casaubon und Salmasius fehlen ebensowenig als die gelehrten Niederländer; später werden auch mit England Beziehungen angeknüpft, das gelehrte Deutschland ist fast vollzählig vertreten.

In späteren Jahren nimmt der Briefwechsel allerdings mehr politischen Charakter an. Christoph ist der Vertraute Christians I. von Anhalt und seiner Familie. Zu Hunderten liegen eigenhändige Schreiben des Fürsten, seiner Gemahlin Anna, seines Sohnes Christians II. und der übrigen Kinder an Christoph von Dohna vor; selbst die kleinen Prinzessinnen, mit denen das anhaltische Haus so reich gesegnet war, richten sorgfältig geschriebene französische und italienische Briefchen an ihn und bitten ihn sehr höflich und bescheiden um sein Urteil über ihre Fortschritte in den fremden Sprachen. Mit dem vertraulichen Kosewort „Manneli" reden ihn nicht nur die anhaltischen Fürstenkinder, sondern auch die stolze englische Königstochter, die Kurfürstin Elisabeth von der

Pfalz, an; selbst der schreibunlustige Friedrich V. bequemt sich zu seltenen eigenhändigen Schreiben an seinen geheimen Rat. Die Fürsten der Union und ihre Räte, die Gesandten und Agenten Englands, Frankreichs und der Staaten stehen in ununterbrochenem brieflichem Verkehr mit Christoph und Achaz, die in die Pläne der protestantischen Union völlig eingeweiht waren und nach der böhmischen Katastrophe mit dem Anhalter an der Feindschaft des Wiener Hofes schwer genug zu tragen hatten. In den Zeiten der Not seit 1622 tritt dann im Dohnaschen Briefwechsel die ganze Emigrantengesellschaft auf, die in Hamburg und Emden, im Haag und in Delft Zuflucht sucht und hoffend und darbend den Dohna, denen die preußische Heimat und der kurbrandenburgische Hof immerhin einen Rückhalt gaben, das Herz ausschüttet: Ruppa, Tschernembl, Zierotin, Ungnad klagen in erschütternden Tönen ihr Elend und danken für die empfangenen Unterstützungen. — Am Schluß seines Lebens ist Christoph von Dohna nach der Oranye verschlagen worden; als Schwager des Grafen Friedrich Heinrich von Nassau-Oranien wurde er Statthalter jenes Fürstentums und schloß fünf Jahre später sein vielbewegtes Leben.

---

## I. Zur Ebenbürtigkeit der Radziwill.

Den eben geschilderten Beziehungen Christophs von Dohna gehört auch das erste Aktenstück an, das ich hier mitteilen will. Dem Texte schicke ich einige erläuternde Bemerkungen voraus.

Der Schreiber ist Fürst Janusz Radziwill († 1621) aus der reformierten Linie seines Hauses, der erste dieses litthauischen Geschlechts, der eine engere Verbindung mit dem Kurhause Brandenburg angeknüpft hat. Was Janusz diesem Hause nahe brachte, das 1611 mit Mühe von Polen die Belehnung mit Preußen erlangte, war nicht nur das reformierte Bekenntnis, zu dem Kurfürst Johann Sigismund damals schon neigte, sondern mehr noch die gleichmäßig schwierige Lage, in der sich Kurbrandenburg und der litthauische Fürst gegenüber der Krone Polen befanden. Die Gemeinsamkeit der Interessen beider kam sodann in der Vermählung des verwitweten Janusz mit des Kurfürsten Johann Georg hinterlassener Tochter Elisabeth Sophie (geb. 1589) zum Ausdruck.

Aber nicht nur zu Warschau sah man diese Eheschließung ungern, auch in Preußen und selbst am kurfürstlichen Hof hatte sie ihre Gegner. Der preußische Adel, dem unter dem letzten Herzog und in der Kuratel-

zeit der Mut mächtig gewachsen war, schied sich in zwei Parteien, die „Protestierenden" und die „Querulierenden"; die erstere, vornehmlich aus Anhängern des evangelischen Bekenntnisses bestehend, hielt zum Kurhause und wurde von den Dohna geführt — Fabian d. Ae. hat damals das dornenvolle Amt des Oberburggrafen von Preußen verwaltet, — die andere Partei, die „polenzende", zumeist lutherischen Bekenntnisses, sah ihr Staatsideal in der polnischen Schlachtawirtschaft verwirklicht; was die Herrschaft des Kurhauses im Herzogtum befestigen konnte, war ihr ein Dorn im Auge, darum auch diese Heirat.

Für Radziwill war aber der Widerstand gefährlicher, den sein Eheplan bei der Kurfürstin Anna, der Base seiner Braut, fand. Die Kurfürstin, mit deren Hand Johann Sigismund die jülichschen Ansprüche erheiratet hatte, war eine starre Lutheranerin; die calvinischen Neigungen ihres Gemahls und ihres Sohnes waren ihr ein Greuel, die Dohna wußten von ihrem Haß ein Lied zu singen; kein Wunder, daß sie der durch das Staatsinteresse empfohlenen Heirat ihrer Base mit dem Calviner Radziwill nach Möglichkeit Hindernisse in den Weg legte; sie war es auch, die, wie es scheint, zuerst Zweifel an der Ebenbürtigkeit der Radziwill geäußert hat. Trotzdem hat dann die Vermählung am 6. Juli 1613 stattgefunden.

Von der leidenschaftlichen Art, wie sie es that, und wie Janusz seinen Reichsfürstenstand verteidigte, hat letzterer ausführlich genug in unserem Schreiben Nachricht gegeben. Was Janusz vorbringt, ist so ziemlich dasselbe, was seither von der Anwälten des Hauses Radziwill, besonders von K. Fr. Eichhorn in seinem Rechtsgutachten ausgeführt worden ist, als 1826 aus bekanntem Anlaß die Frage der Ebenbürtigkeit teilnahmsvoll erörtert wurde.

Was Janusz der Kurfürstin erwidert hat, ist völlig richtig. Nikolaus Radziwill, Palatin von Wilna, war von Maximilian I. wirklich 1515 für die Herrschaften Gonionsdz und Medele mit dem Reichsfürstenstand begabt worden, Karl V. hatte 1547 der Linie von Birze die Verleihung erneuert und beide Verleihungen waren von der Krone Polen anerkannt und bestätigt worden; nur eines hat Janusz so gut übersehen wie die späteren Anwälte des Hauses Radziwill: daß mit der Erwerbung des Titels eines Reichsfürsten nicht ohne weiteres auch die Reichsstandschaft erworben wurde und daß die Radziwill durch die Verleihung Maximilians I. und die Bestätigung Karls V. nur in eine Reihe mit den Fürsten von Chimay, von Espinoy, von Gavre, von Ligne gestellt wurden, die den Anspruch auf Ebenbürtigkeit mit den zu den

Reichstagen beschriebenen Fürsten entweder gar nicht erhoben oder doch nicht durchgesetzt haben[1]).

## I.

### Fürst Janusz Radziwill an Christoph Burggrafen zu Dohna.

[Marienwerder, 2.(12.) März 1613.]

„Monsieur[2]).

Il faut que Vous sachies, que Madame a envoye un laquay a sa seur hier a minuit avec de lettre (comme ie receu) plaints de recommendations pour moy, comme elle a fait iusques a present. Il n'y a une seule finesse, qui ne se serve d'elle contre moy: mesmement le dernier iour elle m'a fait le plus mechant tour du monde, car devant Madamoselle [Sophie Elisabeth] elle dit a moy (ayant comme ie croye un peu pris de la purge du septembre), qu'elle estoit informee, que nous ne sommes pas princes, sinon devant quelques annees, et cela est fait par le roy Sigismond August pour l'amour de la royne Barbare, sa femme, qui estoit de nostre maison. Je luy ay respondu que celuy, qui luy avoit dit cela, estoit un traitre et un menteur et qu'il y a quelque cent ans que nous estions tousiours princes en nostre pais: mais entre les princes de l'empire le premier, qui estoit receu, c'estoit encor le grand pere de la royne Barbare, quelle estoit propre seur de mon grand pere et que cela trouvera tousiours in actis cancellariae imperialis au temps du Maximilianus primus l'empereur a la diette de Auspurg. Pour la reste ie luy dy, que ie suis par la grace de Dieu aussi bien ne et d'une ancienne et honorable maison en mon pais comme elle estoit en Allemagne et que je m'esbahy, pourquoy use en mon endroit de telle arrogance. puis que sa seur propre avoit éste donnee au duc de Curland, qui n'a pas este iamais prince de sa race, seulement simple gentilhomme Ketler, mesmement a present il n'est pas le duc, sinon par le tiltre et par la grace du roy et des estats de nostre royaume et ce condicionaliter, que si ne satisfait a la moindre de ces conditions, que nous luy pouvons tousiours oster cela, qui tient par la grace speciale du nostre roy et de la republique, aussy bien que msr. electeur a donne sa propre seur a msr. le duc de Wirtemberg, duquel le pere estoit seulement auparavant comte de Montbelgart et que msr. Latalski, un gentilhomme de Pologne, avoit une duchesse de Pomeranie et un autre comte de Tenchyn eust espouse une princesse de Suede (que fust depuis donnee au marquis de Baden), mais il est mort sur la mer allant a ces nopces: tellement que ie ne sçay la raison, pourquoy elle me doit tenir tels propos, qui sont hors de toute verite et a moy si preiudiciables, qu'il n'y a homme au monde, contre lequel ie ne soustiendrois ceste question. encore que cela devroit estre au depens de mon sang

1) Vgl. J. Ficker, Vom Reichsfürstenstand, I. S. 120 f.

2) Die Orthographie der folgenden Aktenstücke nach den „Grundsätzen" von F. Stieve.

et de ma vie. Elle m'a fait sur cela des excuses bien frivoles selon son houmeur, enfin se dedia du tout, ce quelle avoit parle et que c'estoit seulement pour voir, si ie suis patient ou non. Et tout cela s'est passe en la presence de Madamoselle. Je Vous laissay a penser, avec quelle contenance il me falloit ouyr ces propos; mais ie Vous asseure sur ma conscience et mon honneur, que i'aimerois mieux avoir un espee ou une lance au travers de mon corps, que non endurer cela d'une telle femme. Si c'estoit avec un cavaller, ie ne me souçierois pas tant, car ie pourrois bien demesler ceste question avec luy selon le mode de cavaliers. Voila l'histoire de mon pourgatoire que i'avois durant ces iours en ce monde. On m'a escrit que mrs. les marquis, freres de Madamoselle, ont entvoye pour nostre digette[1]) un docteur du droit pour proposer devant les estats son affaire. Mais ie Vous ay voulu avertir (pour l'amour de l'affection que ie porte a ceste maison), que vaudroit mieux envoyer un cavalier et quelqu'un autre avec luy, qui soit de longe robbe; car pour dire la verite, que nos gens ne font pas grand estat de ces messieurs docteurs; mais cela ie Vous escrit en confience. Au reste ie Vous prie de faire mes recommendations a msr. le prince Vostre maistre. Je prie Dieu, msr., de Vous tenir en sa s. garde et demeuray tousiours

Vostre bien bon amy

Radziuill m. p.

De Margeuerder le 2. du mars l'an 1613."

Original, eigenhändig. Gräfl. Dohnasches Archiv zu Schlobitten. Fasc. 60./3.

Schon in einem Schreiben vom 21. Februar 1613 an Christoph von Dohna hatte Radziwill die Kurfürstin als „Madame la diablesse" bezeichnet und sich über die Intriguen am kurbrandenburgischen Hofe gegen ihn mit folgenden Worten geäußert: „. . Cependant ie suis icy en l'escole de patience, car a chaque moment ils me font d'estranges tours, et ce qui me fache le plus, est. qu'ils pensent, que ie n'enten point leur finesses. Mais si ce ne fust le respect de Son Altesse, ie leur monstrerois bien en trois ou quatre sepmaines, comme ie sçay bien servir a mes amis et rendre aussi la parelle a mes ennemis."

In einem zweiten Schreiben vom gleichen Tag bezeichnet Radziwill die Partei seiner Gegner als „la faction ubiquitaire", und ersucht Christoph von Dohna, seine Lage dem Fürsten Christian von Anhalt vorzustellen: „car mesmement hier apres Vostre depart mes bons amis (que Vous scants!) ils m'ont fait un tel tour, qui seroit bien digne de revanche, si seroit question avec quelqu'un, qui soit generis masculini. Mais avec telles gens il n'y a autres moyens que d'user de patience."

Beide Schreiben an der oben genannten Fundstelle.

1) Gemeint ist wohl sujet oder dignité.

## II. Zur Geschichte der Einführung des reformierten Bekenntnisses in der Kurmark.

Von den im folgenden mitgeteilten Aktenstücken sind das erste und dritte dem herzoglich anhaltischen Staatsarchiv in Zerbst (Dessauer Abteilung, A 9a, Ia, no. 79), die übrigen dem gräflich Dohnaschen Archiv zu Schlobittenin Ostpreußen (Schl. 32 2 und 13/3) entnommen; die drei ersten beziehen sich auf die Vorgeschichte des Uebertritts Johann Sigismunds zum reformierten Bekenntnis, das vierte, ein Bericht über den Berliner Tumult im April 1615, zeigt, mit welchen Schwierigkeiten das neue Bekenntnis trotz der Gunst des Kurfürsten in der Hauptstadt der streng lutherischen Kurmark zu kämpfen hatte[1]).

Das erste der mitgeteilten Aktenstücke ist zugleich das interessanteste: es ist der Bericht des Zerbster Superintendenten Magister Martin Füssel an seine Herren, die Fürsten von Anhalt, zunächst natürlich an Fürst Rudolf in Zerbst, über seine Berufung nach Berlin zu Ende des Juli 1613. Aus dem Bericht ergiebt sich mit ziemlicher Deutlichkeit, daß vornehmlich Markgraf Ernst, der sich von seiner Statthalterschaft in den jülichschen Landen nach Berlin zurückgezogen hatte, die Reformierung der kurbrandenburgischen Kirche im Sinne des Heidelberger Katechismus in Fluß gebracht hat. Als er, der dem reformierten Bekenntnis schon seit 1610 angehörte, Füssel — vermutlich durch Abraham von Dohna[2]) — im Juli 1613 nach Berlin berief, um sich von ihm das Abendmahl nach der Heidelberger Weise spenden zu lassen, war auch der Kurfürst Johann Sigismund, der seit 1605 schon dieselbe religiöse Neigung wie sein Bruder zeigte, bereits innerlich entschlossen, den förmlichen Uebertritt zum reformierten Bekenntnis zu vollziehen. Schon die Wiederbelebung des geheimen Rates und des Kammergerichtes im März 1613 darf als eine Vorbereitung des geplanten Bekenntniswechsels aufgefaßt werden[3]); Füssels Reise im Sommer sodann diente offenbar auch einer genaueren Erkundung der Verhältnisse am Hof und in der Stadt; von dem Werk

1) Die Anfänge der reformierten Kirche in Brandenburg und Preußen haben an D. W. Hering (Historische Nachricht von dem ersten Anfang der evangelisch-reformierten Kirche in Brandenburg und Preußen ꝛc. Halle 1778) einen ebenso gelehrten als gewissenhaften Geschichtschreiber gefunden.

2) Für Dohnas Anteil an dem Reformationswerk verweise ich auf Nr. III und auf meine Schrift „Abraham von Dohna", S. 105.

3) Vgl. Stölzel, Brandenburg-Preußens Rechtsverwaltung und Rechtsverfassung, I. S. 315.

der Reformierung spricht der Superintendent in seinem Bericht wie von einer feststehenden Thatsache.

Trotzdem konnte sich Füssel keiner Täuschung über die entgegenstehenden Schwierigkeiten hingeben. Vor allem war der Widerstand der Kurfürstin Anna zu überwinden, die aus dem Preußenlande den orthodoxen Glaubenseifer mitgebracht und aus ihrer Abneigung gegen die „Calvinisterei" und deren Bekenner niemals ein Hehl gemacht hatte; nach Füssels Versicherung sah aber die Landschaft und die Bürgerschaft stark auf sie. Füssel schloß aus einer Unterredung der Kurfürstin mit dem Hofprediger Salomon Finck, der zur reformierten Lehre übergetreten war, daß sie mit sich kämpfe und also vielleicht zu gewinnen sei; aber die geheimen Räte ihres Gemahls scheinen doch anderer Meinung gewesen zu sein, wenn sie vorzogen, an der Ausspendung des Abendmahls, die Füssel am 4. August vornahm, als bloße Augenzeugen teilzunehmen.

Der Kurfürst, der sich damals zu Chorin aufhielt, begnügte sich, Füssel zu einer Predigt dahin kommen zu lassen, statt mit seinen Brüdern — denn auch Markgraf Hans Georg von Jägerndorf, seit kurzem Statthalter in der Kurmark, bekannte sich zur reformierten Lehre — das Abendmahl zu nehmen und damit den Uebertritt vor den Augen der Welt zu vollziehen. Diese Zurückhaltung dürfte, wie ich an anderem Orte bereits angedeutet habe, aus der politischen Lage zu erklären sein. Eben war der Reichstag versammelt, bei dem der Kaiser auch die jülichsche Streitfrage, derentwegen man im Februar und März vergebens zu Erfurt getagt hatte, durch seine „Interposition" zum Austrag bringen wollte; unter solchen Umständen war es unzeitgemäß, offen zu dem von Katholiken und Lutheranern gehaßten reformierten Bekenntnis überzutreten. Auch einer gütlichen Vergleichung mit Kursachsen wegen der Ansprüche auf Jülich, woran man damals in Berlin lebhaft arbeitete, konnte ein solcher Schritt nicht günstig sein. Zudem fehlten von den geheimen Räten gerade die einflußreichsten und zuverlässigsten: Adam von Putlitz und Oberst Ketteler waren in die jülichschen Lande geschickt worden, der Vizekanzler Friedrich Bruckmann, Abraham von Dohna und Christian von Bellin vertraten den Kurfürsten beim Regensburger Reichstag; Markgraf Ernst war auf den Tod krank, und starb bereits am 28. September.

So blieb nichts übrig, als den Uebertritt des Kurfürsten bis zum Ausgang des Reichstages, der auch die politische Lage klären mußte, und bis zur Rückkehr der Räte zu verschieben; inzwischen konnte man sehen, welche Früchte Füssels erste Reise am Hof, in der Stadt und im Lande zeitigen werde.

Keine der geringsten Schwierigkeiten war es, daß, abgesehen von dem bereits genannten Salomon Finck, unter der Geistlichkeit der Kurmark und des Herzogtums Preußen niemand Lust zeigte, zum reformierten Bekenntnis überzugehen; der Kurfürst war durchaus auf Hülfe von außen angewiesen, wollte er das neue Bekenntnis in seinen Landen verbreiten und das Kirchen- und Schulwesen umgestalten. Auch zum öffentlichen Uebertritt Johann Sigismunds, der am Weihnachtstag (alten Stils) 1613 sich vollzog, mußte wieder Füssel von Zerbst berufen werden.

Diese Aufgabe fiel Abraham von Dohna zu, der inzwischen vom Reichstag nach Berlin zurückgekehrt war und zu anfang des Dezember den Kurfürsten nach Grimnitz zur Schweinhatz begleitet hatte. Von dort wurde er an die Fürsten Hans Georg und Rudolf von Anhalt gesandt, um deren Erlaubnis zu erwirken, daß Füssel wieder nach Berlin komme, das Abendmahl spende und zur Einführung der „vollkommenen Ordnung Christi" und Abschaffung der noch aus dem Papsttum stammenden Zeremonien die Hand biete.

Das zweite Aktenstück bietet den Wortlaut des kurfürstlichen Befehlschreibens an Dohna, das wohl zugleich als Instruktion dienen sollte. Bei diesem wie bei dem dritten Aktenstück, der Einladung des Kurfürsten an einige märkische Adelige, sich mit ihm am Christtag an der Abendmahlsfeier im Berliner Dom zu beteiligen, ist bemerkenswert, in welch vorsichtiger und zurückhaltender Weise Johann Sigismund sich über die Absichten und die Bedeutung des Bekenntniswechsels ausspricht. Nach dem Befehlschreiben an Abraham könnte es scheinen, als sollte die geplante Reformiernng allein in der Einführung, beziehungsweise Abschaffung einiger Aeußerlichkeiten bei der Ausspendung des Abendmahls bestehen; das Brotbrechen und die Ersetzung der nach dem Papsttum schmeckenden Hostien durch gebackenes Brot steht im Vordergrunde. Allerdings bietet der Zweck des Schreibens auch keinen besonderen Anlaß zu dogmatischen Erörterungen. — In dem Schreiben an die märkischen Adeligen geht der Kurfürst bereits einen Schritt weiter; er wendet sich darin auch gegen die unbegründeten Dogmen und „Opinionen", die öffentlich von den Kanzeln gepredigt und für die evangelische Wahrheit ausgegeben werden, auch gegen den Exorcismus bei der Taufe, und erklärt unzweideutig, in seinen Kirchen nach der Uebung der apostolischen Zeit und der reformierten evangelischen Kirchen predigen und die Sakramente ausspenden lassen zu wollen; wenn dabei „der Menschen Lehr' und Autorität" ausdrücklich ausgeschieden wird, so soll damit wohl vorsichtig die Verwerfung der Konkordienformel angedeutet werden.

Viel deutlicher ist Johann Sigismund dann in seinem Glaubensbekenntnis, das zu Anfang des Jahres 1614 entstanden und im Mai dieses Jahres gedruckt worden ist[1]). Er bekennt sich darin ausdrücklich zu den Hauptsymbola, die aufgezählt werden, und zur Augsburger Konfession, und weist damit die Verbindlichkeit der Konkordienformel, die aber wieder nicht ausdrücklich genannt wird, ab; auch über die streitigen Punkte wegen der Person Christi, der Taufe, wegen des Abendmahls und der Prädestination giebt Johann Sigismund in seinem Glaubensbekenntnis, das in der reformierten Kirche Brandenburgs und Preußens selbst wieder die Bedeutung eines symbolischen Buches erlangt hat, ausführliche Erklärungen ab, doch mit der Versicherung, daß er dadurch nichts Neues anordnen wolle und daß niemand gegen sein Gewissen gezwungen werden solle; zum Schlusse bekennt der Kurfürst sich ausdrücklich zur reformierten evangelischen Kirche, die er in dem Ausschreiben an die Adeligen nur als Beispiel angezogen hatte.

Das letzte der unten mitgeteilten Stücke ist der Bericht eines nicht genannten Augenzeugen an einen gleichfalls ungenannten Empfänger über das Bilderstürmen im Berliner Dom und den dadurch verursachten Aufruhr unter der lutherischen Einwohnerschaft Berlins im April 1615.

Der Inhalt des „Extrakt Schreibens", der vielleicht in eine „Zeitung" umgewandelt werden sollte, läßt vermuten, daß Schreiber und Empfänger der reformierten Lehre anhingen; die Entfernung der Bilder, Kreuze und Altäre aus dem Dom wird ebenso wie die Predigt des nunmehr kurbrandenburgischen Hofpredigers Füssel, welche die lutherischen Geistlichen herausforderte, gebilligt.

Ueber den Berliner Aufruhr besitzen wir bereits eine Anzahl von Berichten, für die ich wieder auf Herings Darstellung[2]) verweisen darf; die unten abgedruckte Darstellung vermag dazu eine Reihe von Ergänzungen zu liefern.

Bemerkenswert ist vor allem die Schilderung der Aufregung, die nach dem Bilderstürmen die lutherische Bevölkerung beider Städte erfaßt hatte; dann lernen wir den Inhalt der Predigt Füssels kennen, die allerdings die lutherischen Gegner zur Erwiderung reizen mußte, dagegen wird die Predigt Peter Stulers, des lutherischen Diakons an der Petrikirche, von unserem Gewährsmann mit wenigen Worten abgethan. Was die anderen Quellen ungünstiges über Stuler berichten, u. a. daß seine Frau eine Schenke gehalten habe, ist hier übergangen.

---

1) Hering a. a. O., Anhang, S. 1 f.
2) a. a. O. S. 279 f.

Wie das durch Stulers Predigt erhitzte Volk, durch falſche Nachrichten von ſcharfen Maßregeln gegen die lutheriſchen Prediger noch mehr gereizt, am nächſten Tag einen Straßentumult erregte, die Häuſer der Reformierten bedrohte und ſich weder durch den Statthalter, Markgrafen Hans Georg, noch durch den Bürgermeiſter beruhigen ließ und ſchließlich Füſſels Haus ſtürmte, wird von allen Quellen ſo ziemlich in gleicher Weiſe erzählt; dagegen bietet unſer Brief für das Eingreifen des Markgrafen eine Reihe neuer Einzelnheiten: ſo für ſeine Beſchimpfung durch den Pöbel, der ihn für den Haupturheber des Bilderſturms hielt, und für ſeine anfängliche Zurückhaltung, die ihn aber dann leider im entſcheidenden Augenblick im Stiche ließ, ſo daß er, ein hitziger und leidenſchaftlicher Mann, ſelbſt als erſter unter die Menge ſchoß und damit ſeinem Gefolge das Zeichen gab, gleiches zu thun. Von der ſonſt gemeldeten Verwundung Hans Georgs durch einen Steinwurf weiß unſer Bericht nichts, dagegen giebt er an, daß der Markgraf, der Ueberzahl weichend, ſich in ſein Haus (in der Brüderſtraße) zurückgezogen habe. Dieſe Angaben ſind beachtenswert, weil ſie von reformierter Seite kommen.

Von den in dem Schreiben genannten Perſonen iſt Salomon Finck gleich Füſſel reformierter Hofprediger und Saſſius Hofmedikus geweſen; wegen Füſſel verweiſe ich auf die bei Hering mitgeteilten biographiſchen Nachrichten, wo auch über Sachſe weiteres zu finden iſt[1]; über Stulers Ausgang iſt gleichfalls Hering zu vergleichen[2].

## 1.

### Bericht des Superintendenten zu Zerbſt, M. Martin Füſſel, über ſeine erſte Berufung nach Berlin.

[$\frac{\text{Auguſt 9.}}{\text{Juli 30.}}$ 1613.]

„Bericht von der berliniſchen reiſe.

1. Als ich freitags abend den 16. julii nach Berlin ankommen, ſeind J. fl. Gn. marggraf Ernſt in zimlicher peßligkeit und zum brauch des abendmaals ganz bereitet geweſen. Wen aber viel andere hungerig geweſen ſind nach der rechten außſpendung des abendmals, haben ſich J. fl. Gn. biß auf den folgenden ſontag gn. verduldet und denen, ſo ſich noch nicht bereitet, zeit gegönnet; J. fl. Gn. aber, wan nicht windig wetter geweſen, ſint außgefahren und haben ſich in einem und dem andern, was mögliche geſundheit ertragen, erlüſtiget. Wie ich den auch J. fl. Gn.

1) a. a. O. S. 80 f.
2) a. a. O. S. 299 f.

in zimlicher peßligkeit gelassen; der anwesende medicus nach verbliebenem husten und auswerfen sich guter hoffnung, wie auch J. fl. Gn. selbst erhelt. Gott, der da ist unser leben und langes leben, schike es zu seinen ehren und der kirchen besten.

Weil die communion nicht vorgangen ersten sontag, ist auf dem chfl. hause in J. fl. Gn. marggraf Ernsten zimmer in beisein marggraf Hans Georgen und des Radzivils auß dem ordentlichen sontags-evangelio die predigt gehalten worden und zu derselben ende die communion publiciret, das sie folgenden sontags solte gehalten werden mit vorhergehender vorbereitungspredigt den sonnabent.

J. chfl. Gn. sint zu Berlin nicht gewesen, sondern zu Corin, 7 meil weges von Berlin. Nachdem sie aber meine ankunft alda vernommen und daß ich biß auf folgenden sontag verbleiben würde, haben sie also bald an marggraf Ernsten und marggraf Hanß Georgen gst. begehret, S. fl. Gn. wolten es dahin richten, das ich zu J. fl. [sic] Gn. nach Corin kommen und eine predigt halten möchte.

Welches also donnerstag hernach, den 22. julii, geschehen, da nebens J. chfl. Gn. die predigt mit angehöret der herzog von Lüneburg und marggraf George Albrecht, die damals bei J. chfl. Gn. zu Corin gewesen. Den text hab ich genommen auß dem propheten Es. 49; „Zion spricht, der herr hat mich verlassen ꝛc.;" darin gehandelt 1. Zions klage, 2. die göttliche antwort. Darinnen ich sonderlich urgiret die trostliche zusagen: die könige sollen deine pfläger sein ꝛc.[1]).

Eß ist vom hofgesinde eine starke versamlung gewesen und haben männiglich die predigt mit sonderer attention angehöret, sonderlich die fürstliche personen und haben J. chfl. Gn. mit gstem. ansprechen nach gehaltener predigt, hernach erfolgtem honorario und gstem. anbegehren des schriftlichen absatzes der gehaltenen predigt ihr gsten. gefallen an der gehörten predigt zu erkennen geben.

Drauf bin ich nach Berlin des freitags wieder kommen; folgenden sonnabents, den 24. julii, die vorbereitungspredigt gehalten auß dem text des apostels Pauli: Ich habe es vom herren empfangen ꝛc., Cor. II. Dorin ausgeführet worden, 1. wie man das abentmal halten sollt, 2. zu was ende, 3. mit was vorbereitung.

Marggraf Hanß Georg hat dabei nicht sein können, alß dem ein fluß in halß gefallen, das J. fl. Gn. gezweifelt, ob sie sich folgenden sonntags wurden können außmachen. Der Radzivil aber ist mit drinnen gewesen und nach gehaltener predigt sich durch den hofmeister angeben lassen, er were mit der predigt ganz wol content und wolle sich außer Gottes gewalt nichts aufhalten lassen, folgenden tages der communion beizuwohnen. Welches auch also geschehen; den er folgenden tages nebenst marggraf Ernsten sich beim nachtmaal eingestelt tanta devotione und thränenden augen, das sich männiglich drüber verwundern mussen.

Neben den fürstlichen mit höchster andacht communicirenden personen sint von den fl. und chfl. räthen niemand gewesen als der herr Castilion, marggraf Hanß Georgen geheimer rath, welcher J. fl. Gn.

1) Eine Abschrift der Predigt liegt dem Berichte bei.

gefragt, weil ſie unpäßlichkeit halben die communion nicht könten mit halten, ob er ſich auch dabei einſtellen wolte? Darauf er geantwortet: mit allen freuden. Sint alſo nebenſt den fürſtlichen perſonen und chfl. und fl. hofdienern 12 perſonen geweſen. Die vornehmſten chfl. räthe, die ſich zuvor angegeben hatten und für ſondere orthodoxos wollen gehalten werden, haben da geſtanden und den actum mit angeſehen, ſich aber dazu nicht gehalten mit nicht wenigem ergernuß. Sie haben hiemit fliehen wollen der churfürſtin ungunſt. Man ſagt aber, das die churfürſtin hierauß ihre unſtandhaftigkeit taxiret, als die ihrer religion ſcheu trügen.

Das ſontägliche evangelium iſt des morgens geprediget worden von den falſchen propheten. Darin attingiret worden das landgeſchrei von den Calviniſten, das abgelehnet worden iſt von uns und unſeren kirchen und kürzlich angezeiget, worauf unſer ganz Chriſtenthumb beruhe. Zur veſper iſt gehandelt worden auß dem 6. cap. Johannis, die predigt vom brot des lebens als der unvergänglichen ſpeiſe, in zweien punkten: für eins iſt außgeführet worden der bericht von dieſer unvergänglichen ſpeiſe, derſelben vortrefflichkeit, nießung, kraft und wirkung; darnach was dieſe lehr und bericht in der welt für glück habe, do der text ſaget: 1. ſie murreten untereinander, 2. ſie zankten uber dem: wie kan dieſer ſein fleiſch zu eſſen geben, 3. viel ſeiner jünger traten hinter ſich und wandelten nicht mehr mit Chriſto. — Dabei erinnert worden, man ſolle ſich nicht ärgern an dem kleinen geringen heuflein, das dieſer lehre beipflichtet und daß die oberſten nicht wollen zutreten; es ſei Chriſto auch alſo ergangen, wie hie und Joh. 12 zu ſehen ꝛc. Ob nu ſchon der größte theil hinter ſich gehen und nicht wollen offentlich mit Chriſto wandeln, ſo werde der Heiland dennoch ſeine zwelfe behalten, wie morgen bei unſerer communion were geſehen worden; die werden ſagen, du haſt worte des lebens.

Bei den predigten des morgens und zur veſper hat marggraf Johan George beigewohnet, wie unpeßlich er ſonſt des catarrhi halben geweſen. Weil aber S. fl. Gn. in der vorbereitungspredigt nicht haben ſein können, die von andern commentiret worden, haben ſie derſelben ſchriftlichen abſatz begehret, wie auch viel von der bürgerſchaft ſollen geſagt haben, ſie wünſchten, daß die predigt im druck weren.

Die verſamlung der zuhörer hat ſich von einer zeit zu der andern erſtärket, nicht nur von den churfürſtlichen und fürſtlichen räthen und hofedienern, ſondern auch von der bürgerſchaft, den männiglichen einzukommen vergönnet worden. Und iſt ſonderlich eine große frequenz geweſen, die der handelung deß abendmals zugeſehen, woran alle ſpectatores, wie auch an den predigten ein ſondere gnüge gehabt und iſt unter ihnen die rede ergangen, ſie hetten nicht gedacht, daß die Calviniſten ſolche gute leute weren; unſere prediger haben ſie uns gar anders beſchrieben. Inmaßen auch, wen ich auf der gaſſen gegangen, kein unfreundlich geberde von jemand wieder mich geſpüret habe, worauß abzunehmen, wen das volk recht unterrichtet würde, eß ſolte ſich der warheit ſo grimmig nicht wiederſetzen.

Die churfürſtin iſt etwas heftig wieder das vorſtehende reformations-

werk, nicht so sehr von sich als von böser leute verhetzung, die ihr tag und nacht in ohren liegen. Gleichwol ist sich zu erfreuen, daß der hofprediger Salomon Finck, den J. chfl. Gn. mit auß Preußen bracht, nicht nur im erkantnüß der warheit, sondern auch im heiligen eifer entzündet ist und mit unterredung noch am nechsten sonnabent die churfürstin so weit bracht, daß sie unser lehr und thun nicht vor unrecht erkennet; hanget nur noch an der schwacheit: sol man itzo was ändern, so werde man die kirche zerreissen und grossen tumult anrichten. Wolt Ihr es so halten, spricht sie zum hofprediger, so möget Ihr es in der capell anfangen, den thumb must Ihr zufriede laßen. Als er desselben abends von ihr scheidet, spät in die nacht, und S. [!] chfl. Gn. eine gerugsame nacht wünschet, spricht sie: Ihr wünschet mir wol eine gerugsame nacht, aber ich werde eine schlaflose nacht haben ꝛc. Woraus abzunehmen, daß J. chfl. Gn. mit sich selbst kempfen. Gott gebe, daß sie einen guten kampf kempfe.

Die prister sint auf den canzeln sehr unnütz, und sol verschienen sontags einer zu St. Peter auf der canzel gesagt haben: Ich halte, der teufel habe etliche unter uns priestern beseßen, daß wir uns zanken von sachen, die der rede nicht wert sein. Wie ers mag gemeinet haben, weiß ich nicht. Es sind seltzame wort. Wen sie nur aber vom zank wolten abstehen, so könte man den schaden Joseph gar leicht heilen. Der churfürst meinets mit ganzem ernst. Gönnet der treue Gott auch der churfürstin das licht der warheit, auf welche die ganze landschaft und bürgerschaft sehr siehet, so sol es mit dem großen werk nicht not haben. Der grund ist durch Gottes gnaden isto solenni actu geleget. Der herr unser Gott sei uns ferner freundlich und fördere das werk unserer hende bei uns, ja das werk unserer hende wolle er fördern.

Signatum 30. julii a. 1613.

M. Martinus Füsselius m. p."

Original. Zerbster Staatsarchiv A 9a, no. 31a.

## 2.

### Kurfürst Johann Sigismund von Brandenburg an Abraham von Dohna.

[Grimnitz, 5.(15.) December 1613.]

„Unsern gruß zuvor. Wolgeborner rath und lieber getreuer. Wir seind nach fleißigem nachforschen in Gottes wort, auch bei unterricht frommer gottseeliger Christen und lehrer in unserm herzen und gewissen uberzeuget, daß der ritus oder die ceremonien, so bei administration des h. abendmals in unsern kirchen biß anhero gehalten, zum teil unergenzt, indem dasjenige, so der herr Christus selber gethan, seinen jungern befohlen, die apostolen und erste an ihm glaubige kirche mit schuldiger andacht iederzeit in brauch gehabt, davon auch das abendmahl in der h. schrieft den namen geführet, nemblich das brotbrechen auffen gelassen, zum theil sonsten mit bäbstlichen erfindungen, daß anstadt des brots oblat oder ostien den communicanten gereicht wird, verendert und Christi einsetzung allerdings nicht observiret und derselben nachgegangen worden. Daher wir mit andechtiger anrufung der heil. dreifaltigkeit nach exempel

gottseeliger frommer könige, churfürsten, fürsten und herrn, auch republicen in erinnerung unsers ambts und berufs, darein wir von Gott gesetzt, des christlichen vorhabens, unsere kirchen soweit zu reformiren, daß wir fractionem panis, welche unsers erlösers leiden und sterben nach aller rechtgleubigen Christen meinung repraesentiret, wider einführen und anstadt der ostien recht gebacken brot außtheilen lassen wollen. Welchen ritum wir nicht allein vor unser person, sondern auch unsern unterthanen und dienern, auch menniglichen, die sich zu unsern christlichen glaubensbekentniß erkleren und bekennen, ungehindert gestadten lassen wellen.

Wann wir uns aber besorgen, daß unsere ministri, so wir noch zur zeit in unsern hof- und landkirchen haben, anfangs mit solchem ritu und ceremoniis recht umbzugehen und die administration den reformirten kirchen gleichförmig anzustellen nicht wol geubet, es auch ohne das die notturft, daß diejenigen, so sich gleich uns uf diese weise zum tisch des herrn finden wollen, hievon recht unterrichtet und das volk in unsern kirchen und landen von solchem unsern christlichen vorhaben von der canzel mit gutem grund und bescheidenheit wol informiret werde, und uns der wurdige und wolgelarte herr, M. Martinus Fusselius, superintendens zu Zerbst, wegen seiner gottseeligkeit, ufrichtigkeit, vornehmen gaben und geschicklichkeit von vielen gerühmet, wir auch dieses selber aus seiner vor uns gethanen predicht genugsam erspüret, so haben wir ein sonderlich hohes vertrauen zu diesem man und wunschen, daß er neben andern derjenige sein, so in unserer chur und landen Gott dem almechtigen die ehre und den dinst thun, Christi volkommene ordnung wider einführen, des babsts zerstummelungen und uberrest vollend abschaffen und hingegen die nießung des geseegneten rechten brots erstatten helfen möchte, inmaßen wir uns zu ihm genzlich verseehen, er werde zuforderst mit zulassung seiner gnedigen herrschaft sich hiezu willig und gerne gebrauchen lassen. Begeren hirauf gnedigst, Ihr wollet Euch unseumblich zu den hochgebornen fursten, unsern freundlichen lieben vettern, bruder und gefatteren, herrn Johan Georgen und herrn Rudolfen, gebrüdern, fürsten zu Anhalt, grafen zu Ascanien, herrn zu Zerbst und Bernburgk in der person begeben, J. LL. neben vermeldung unsers freundvetterlichen grusses und dinstes diß unser christlich vorhaben in vertrauen und geheim endecken, derselben getreuen guten rath, wie es allenthalben anzustellen, bitten und sie zum fleissigsten ersuchen, daß sie gemelten ihren superintendenten, M. Martinum Fusselium, alsobald mit Euch an uns verstadten und ihn diesen gottesdienst zu verrichten in gnaden, befeelen wollen. Welches wir von J. LL. vor eine besondere hohe freundschaft erkennen und ufnehmen, auch in dergleichen und mehren bei aller gelegenheit umb dieselbe zu erwiedern unvergessen sein und bleiben wollen. Hiran volnbringet Ihr unsere zuverlessige meinung, wollen Euch dieser verrichtung halber in allen not- und schadlos halten und seind Euch mit gnaden wol gewogen. Datum Grimnitz den 5. decemb. a. 1613[1]). Hanns Sigismundt churfürst m. p."

Original. Gröfl. Dohnasches Archiv zu Schlobitten 33/2.

1) Präs. Grimnitz 6. decembr. 1613.

## 3.

### Kurfürst Johann Sigismund an einige vom [kurmärkischen] Adel auf dem Lande.

[Grimnitz, 12.(22.) December 1613.]

Von Gottes gnaden Johann Sigismund ꝛc. Unsern gruß zuvor. Wurdiger edler rath und lieber getreuer. Wir geben Euch gnediger meinung zu vernehmen, daß wir nach fleißigem nachforschen in Gottes wort und bei unterricht frommer gutseeliger Christen und lehrer in unserm herzen und gewissen soweit uberzeiget, daß bei übungen der religion in unserer chur und landen allerhand ungereimbte und in Gottes wort ungegrundete dogmata und opiniones von den canzeln offentlich geprediget und vor die evangelische warheit außgegeben und vertheidiget werden wollen, daß auch der ritus und die ceremonien, so bißhero bei der administration der sacramenten in unseren kirchen im gebrauch gewesen und noch seind, zum theil unergänzt, indem dasjenige und fast das vornehmste, so Christus bei einsetzung des heil. nachtmals selber gethan, seinen jungern und aposteln befohlen, die erste kirche gehalten, davon auch das nachtmal anfangs den namen gehabt, nemlich das brotbrechen, ganz außen gelassen, zum theil sonsten mit päbstischen erfindungen, als bei der heil. taufe mit dem exorcismo und beim nachtmal, daß man anstatt des brots den communicanten oblaten oder ostien reichen thut, vermischet und verendert, dadurch Gottes wort nicht allerdings lauter und rein geprediget und die sacramenta nach Christi einsetzung schlecht und ohne menschliches ab- und zuthun außgetheilet werden.

Wann wir uns nu in solcher durch Gottes gnade erlangten erkantnuß (dafur wir seiner allmacht herzlich dankbar) unsers berufs und ampts, darein uns Gott gesetzt, erinnern, so befinden wir, daß nach exempel frommer könige, churfürsten, fürsten und herren, auch respublicen uns gebuhren wil, daß wir in unseren kirchen und schulen Gottes wort nach den schriften der propheten und apostel und den bewährten vier hauptsymbolis, ausgeschieden aller menschen lere und deren autoritet, lauter und rein offentlich zu predigen und die sacramenta vollkömlichen und ohne bapstischen zusatz nach form und weise, wie es bei der apostel zeiten und in der reformierten evangelischen kirchen breuchlichen, administriren zu lassen. Darzu wir im namen der heil. dreifaltigkeit mit herzlichem seufzen und andechtigem gebet, daß es zu der ehre Gottes, fortpflanzung der göttlichen warheit, unsern und unserigen erbauung, ewigen heil und seeligkeit gereichen und gedeien möge, uf kommenden christtag in unserer thumbkirchen zu Cölln an der Sprew den anfang zu machen und neben vorhergehender vorbereitung die communion zu halten in vorhabens sein, alsdann solch christlich und Gott wolgefelliges werk billich in guter frequenz, sonderlich im anfang zu halten. Und [obwol] wir zwar niemand, den der geist Gottes selber nicht treibt, hierzue zu vermögen oder zu dringen gemeint, so viel aber berichtet, daß Ihr nicht weniger als wir die warheit erkant und bekant, auch sonder zweivel große begierde und verlangen haben werdet, Eure christliche religion offentlich zu uben und das nachtmal einsmals ganz und nach Christi

befehl zu gebrauchen, so haben wir Euch solch unser christlichs vorhaben gst. andeuten wollen und stellen Euch hirmit frei und zu Eurem guten willen, ob Ihr neben den Eurigen, die Ihr wisset, daß sie unser wahren christlichen religion zugethan, gegen solcher feierlichen zeit in gemelter unser hofstat einkommen, die gottliche warheit neben uns frei und offentlich bekennen, seiner allmacht dank sagen, den freitag vorm christtage bei der vorbereitung sein und neben uns auf jetzt angedeutete maß folgenden morgens die communion halten wollet. Hieran werdet Ihr einen rechten Gottesdienst verrichten. Und wir seind Euch mit gnaden wolgewogen. Datum Grimnitz am 12. decemb. a. 1613.

P.S. Lieber getreuer. Da Ihr auch personen mehr wustet, die solcher unserer christlichen religion zugethan, können wir in gnaden wol leiden, daß Ihr ihnen solch unser christliches vorhaben entdeckt und ihnen freistellen möget, ob sie sich gleich uns zu angestellter communion die zeit finden wolten. Signatum ut in literis."

Kopie. Zerbster Staatsarchiv A 9a, no. 31a.

## 4.

### Extract schreibens sub dato Cöln an der Sprew den 13. aprilis a. 1615.

[Köln a./S., 13./23.) April 1615.]

„Demselben bericht ich hiemit, daß ohngefehr vor 5 wochen marggraf Johann George das große holzerne crucifix, so in dom vorm chor auf das eiserne gitter ist geheftet gewesen, haben abbrechen, zerschlagen und stuckweiß in die Sprew werfen lassen; darüber dann das gemeine volk sehr geclaget, daß man mit unserm herrn Gott so ubel umbgehe. Als aber J. chfl. Gn., so damals in der Neumark auf der jagt gewesen, solches seint berichtet worden, haben dieselbe durch ein befehlschreiben hochgedachtem herrn marggraf Johann Georgen ernstlich befehlen lassen, daß dieselbe alsbald alle bilder und unflat, so im dom vorhanden, abbrechen und hinauswerfen lassen sollen. Demselben als J. fl. Gn. nachkommen und die anordnung bei den handwergsleuten gethan, daß dieselbe mit ihren bereitschaften den 30. martii nach gehaltener predigt sich in den dom versamblen, die gemelt, bilder und altären abbrechen müssen, die dan so geschwind dabei waren, daß auch denselben tag fast alles herausgebracht worden, darüber viel leute, die solches umbwerfen, abbrechen und niederschlagen mit angesehen, trehnen vergossen, sonderlich aber weibspersonen, daß man mit unsers herrn Gotts ebenbild (wie sie es nennen) so umbarmherzig umbgienge und dazu geschrien: Strafe Gott, strafe Gott. Wie nun vorerzehltes bilderstürmen seine endschaft erreicht und die kirch wieder ordentlich nach Gottes befehl zue recht gebracht, hat darauf am sontag palmarum der herr Fusselius gepredigt und dem allmechtigen gedanket, daß derselbe seine kirche von dem unflat der bapistischen abgötterei gesaubert; darüber aber ezliche erfrewet, viel aber dakegen betrübt gewesen und geweinet. Und wollen

solche leut nicht, daß man sie gözendiener nennet und weinen gleichwol darüber, daß man die gözen aus dem tempel wirft; so tief seint sie ihnen im herzen gewurzelt und sprechen: die bilder seint der leien ihre bibel, welches doch an keinem ort göttlicher schrift zu finden ist, sondern vom teufel herkompt. Und sagt herr Fusselius: wann ihr ja wollet, daß die bilder der leien bibel sein, so gehet hin und sehet in den andern kirchen eine, da ein bild stehet, da schand und hurerei getrieben wird; wenn ihr das nicht wisset, so gucket nur hinein, ihr werdets wol erfahren. Dann alhier zu Cöln in S. Petrus kirchen soll ein bild in stein gehauen stehen an einem pfeiler, da ihrer zween mit reverenz zu melden hurerei treiben. Uber solche des Fusselii worten werden die lutterischen pfaffen so erbittert, wie dieses vom herrn Fusselio am sonntag palmarum zwischen 9 und 10 uhr gepredigt wirt, stracks darauf umb 12 uhr ein lutterischer pfaff mit namen Petrus in derselben kirche, da das vorgenante bild stehet, auftrit und spricht: die Calviniften schelten unsere kirchen vor ein hurhaus, da allerlei schand und laster in getrieben wird, sie sturmen uns die bilder aus den kirchen, sie wollen uns auch den herrn Christum aus den herzen reißen und was der unbescheidenen wort mehr gewesen. Darüber sich denselben sontag von abend über die 100 bürger zusammen verbunden und verschworen, sie wollen die calvinischen priester erstlich erwürgen und hernach die andern Calviniften alle. Es verbleibt aber dasselbe wol darbei und ist gar stille worden.

Den folgenden montag als den 3. aprilis kompt ein gemein geschrei unter dem volk aus, als wann marggraf Johann Georg den aufrührischen pfaffen selbst hette aus dem hauß genommen und aufs schloß geführet. Darauf den abend viel burger umb 8 uhr (so den vorigen tag bereit sich verbunden hatten) vor des unruhigen pfaffen thür sich zusammen rottiret, darbei sich auch alsbald herr „omnes" finden lassen, in meinung, die calvinische priester, wie sie genennet werden, aus ihren heusern zu nehmen und zu erwürgen. Wie nun solch unzimlich vorhaben den lutterischen pfaffen vorkommen, laufen sie unter die zusammengerottirte burger und bitten vor und nach Gott, sie wollen mit ihrem vorhaben innenhalten, die herrschaft hette ja nicht ihren seelsorgern weggenommen, sondern er wer noch in seinem hauß. Dieses hat alles bei den burgern nichts helfen wollen, sondern ihr vorhaben fortsetzen, darauf dann umb 10 uhr der gemein pöfel den anfang machte, die fenster einwerfen, so in der priester heuser stehen, sowol Dr. Saffiusen und Salomon Fincken. Wie nun das geschrei, was die burger vorhaben, in der nacht zue marggrafen Johann Georgen kompt, sezen S. fl. Gn. sich zu pferden und nehmen ezliche ihrer vom adel und diener mit sich hinunter in die statt und ritten nach der priester heuser. Als aber die burger und das gemein gesind solches erfahren, daß marggraf Johann Georg vom schloß geritten ist und vor der priester heuser mit seinen vom adel und gesind halte, fengt sich der tumult erst recht an, laufen alle, was laufen kann, zusammen und stehen mit ihren mußqueten und spißen stracks J. fl. Gn. gegenuber. Und damit ja alles in beeden stätten wach werde, fahen sie an, die glocken zu schlagen und sturmen

fast in die zwo stunde, darüber alles, was in beiden stätten, wacker wird, theils so von diesem handel gewust, laufen und schreien: man soll die Calviniſten tod schlagen, nehmen ihre wehren mit sich und immer, da S. fl. Gn. halten, nach dem ort zu; andere aber, so umb den handel nichts wissen, laufen auch herumb und vermeinen, es sei feuer in der statt. Damit aber dieser handel möcht geschlichtet und gestillet werden, reiten J. fl. Gn. zu den versambleten burgern und lumpengesindlein, derer mehr als weniger in die 6 oder 700 gewesen, und ermahnen sie ernstlich, sie sollen von ihrem vornehmen abstehen, sintemal dieses großen tumults sie die geringste ursach nicht hetten; so hetten auch J. fl. Gn. ihren priester zu nehmen nie in willens gehabt, solte also ein jeder mit seiner wehr zu hause gehen und einig[1]) sein. Da beginnen die burger und lumpengesindlein zu schreien: Du schwarzer Calviniſcher ꝛc., — wie ich nicht schreiben mag, — du hast uns die bilder sturmen und die crucifix zerhawen lassen; wir wollen dich und deine calviniſche pfaffen widerumb sturmen. Nach dem bitten S. fl. Gn. nochmals umb Gottes willen, sie wolten zufrieden sein, es hett ihnen je kein mensch nichts gethan; darauf dann ezliche burger so verstendig gewesen, mit ihren gewehren nach hauß gangen, der meiste theil aber gehalten geblieben, und seind damals die besten wörter und namen gewesen: schiesset, hauet, stechet zue auf den schwarzen Calviniſchen und andere, wir wollen sie bald ausrotten, es seint ihrer so viel nicht. Wie aber S. fl. Gn. gesehen, daß in der guete bei den losen leichtfertigen leuten nichts auszurichten gewesen, nimbt er seine pistoln aus̃ holster und spricht: weil es ja nicht anders sein kann, — scheust unter den haufen, denselben folgen S. fl. Gn. edelleut und diener, deren doch gar wenig gewesen und uber 3 oder 4 geschoß nicht bei sich gehabt, und schiessen von den burgern zweene, eim durch ein schenkel, welcher ein schmid ist, dem andern als ein koch zwene zehe vom fueß; die leichtfertigen burger aber seint auch nicht faul, schiessen und dringen auf S. fl. Gn. dermaßen zue, daß sie sich in ihr hauß, welches nicht weit von der priester häuser gelegen ist, salviren müssen; ist auch einer von J. chfl. Gn. leuten, so bei J. fl. Gn. auf eim pferd gehalten, mit schrott in ein bein geschossen, sowol auch des herrn von Dohna schneider in ein arm, welcher nur stehet und wartet auf seinen herrn, wie auch S. fl. Gn. drapanten einer, sowol ein lacquei mit rapieren ezliche stich gestochen worden; und hat der almechtige hoch und sonderlich S. fl. Gn. bewahret, sonsten were es nicht müglich gewesen, die leichtfertigen vögel hetten S. fl. Gn. erschossen entweder oder erstochen, denn sie J. fl. Gn. mit picken und helbarten so vor die nas gewandert, daß einer darüber erschricket, wann ers nur hört; wie dann den folgenden dinstag ezlich offentlich haben verlauten lassen, sie hetten J. fl. Gn. wol erwürgen können, es hette es aber einer vor dem andern nicht thun wollen. Wie nun S. fl. Gn. sich aus dem weg gemacht, seint die burger auch gegangen und nur ezlich wenig geblieben und klein wiederstand vorhanden, beginnen sie recht auf das haus zu sturmen mit schrecklichen schmehe- und scheltworten, schlagen die thür und fenster, ja alles, was im hauß ist,

1) Wohl: ruhig.

entzwei, tragen alles weg, lassen doch gar nichts darin und haben also M. Sachsen alle das seinige von kleider, bucher und was er hat gehabt, gestolen und weggetragen, sowohl auch des herrn Fusselii sachen, so er unten im hauß gehabt hat. In der obersten stube, do des herrn Fusselii liberei stehet, seind die diebe auch gewesen, haben aber nicht mehr genommen als ein lade, darin sein geld und was er sonsten gehabt an bechern und andern silbern geschirr. Damit das sturmen also ein end bekommen. Wie nun denselben dinstag als den 4. aprilis J. chfl. Gn. wieder anhero ins hoflager gelangt, seind dieselbe durch solche schreckliche that sehr bewogen worden, etwas thätliches wieder die rebellen vorzunehmen, und also der unschuldige mit dem schuldigen entgelten solle, haben doch S. fl. Gn. marggraf Johann Georg, unangesehen daß deroselben der schimpf und spott wiederfahren, noch vor die meineidige lose leut zum hochsten bei J. chfl. Gn. gebeten. Es haben auch alsbald ezliche burgermeister und andere burger sich zu J. chfl. Gn. verfüeget und gebeten, ihnen dieses tumults gst. vor entschuldigt zu halten, denn sie haben es nicht wehren können, ihr bitten und sagen hette alles nicht geholfen und noch kaum so viel authoritet gehabt, das sie die trummel, so die vegel haben schlagen wollen, vertedigen konnen. Da haben J. chfl. Gn. ihnen befohlen, sie sollen starke und gute wacht bestellen, damit nicht weiter aufruhr entstehen möcht; welches auch erfolget und ist biß dato noch still. Man kann auch noch nicht wissen, welchergestalt die redelsführer zur execution gezogen werden sollen, dann derselbigen ein ganzes regiester voll ist. Greift man sie mit gewalt an, so ist ein newer tumult, ja der erger als der erste, dann die schelmen sich zusammen verbunden haben: waß einem wiederfehret, soll allen wiederfahren. Die zeit wirds geben. Dieses also kurzlichen in grosser eil der verlauf des gewesenen und noch nicht zu end laufenden tumults."

Kopie. Gräfl. Dohnasches Archiv zu Schlobitten 13/3.

II.

# Sir Charles Hotham und Friedrich Wilhelm I. im Jahre 1730.

Urkundliche Aufschlüsse aus den Archiven zu London und Wien.

Von

**Wilhelm Oncken.**

---

## III.

### Hothams letzter Anlauf und Abreise.

Der 12. Mai war für Charles Hotham der erste entschiedene Unglückstag gewesen. Den Bescheid, den er in der Heiratssache empfangen hatte, betrachtete er als endgültige Zurückweisung; er erbat und erwartete seine baldige Abberufung. In der nächsten Depesche mußte er am 23. Mai hinzufügen, der Resident Reichenbach, den er ganz bestimmt gestürzt zu haben glaubte, sei allerdings gefallen, aber die Treppe hinauf, nicht hinunter. Tief entrüstet schrieb er noch am 23. Mai: „Ich höre, daß Reichenbach zum Vicepräsidenten aller geistlichen Angelegenheiten in des Königs Landen ernannt werden soll, einer Behörde, deren Präsident Herr Cnyphausen ist, und daß der König dieser Anstellung ein Gehalt von 1000 Thalern jährlich hinzufügt; da aber diese Nachricht nicht aus einer unbedingt zuverlässigen Quelle stammt, so kann ich ihr Glauben nicht beimessen; sollte sie sich doch als richtig erweisen, so bitte ich mir Anweisung aus über die Frage, wie ich mich einem so außerordentlichen Vorfall gegenüber verhalten soll."

Die Nachricht — der Hotham keinen Glauben schenken wollte — sagte die reine Wahrheit. Reichenbach selbst war schon am 9. Mai so

glücklich an Grumbkow schreiben zu können: „Was Hotham sich bemüht hat gegen mich auszusprengen, besteht aus lauter Erdichtungen (faussetés). Denn in London weiß jedermann, daß ich alle Gesellschaften ersten Ranges besuche; ich erscheine bei Hofe wie die andern fremden Minister und empfange die Besuche von Herzogen und Lords. Dieser neue Herr hat nicht Geist genug, um über mich zu richten, den er gar nicht hinlänglich kennt. Weit eher hat man ein Recht zu sagen, daß Hotham hier in der Dunkelheit gelebt hat. Denn niemand hat von solch einem Mann jemals reden hören, bevor er zu dieser Sendung ausersehen ward. Er ist sichtlich noch zu neu, um über andere Leute ein Urteil zu fällen. Niemals hat man in den vielen Jahren, seit ich in London bin, gefunden, daß ich falsche Nachrichten gemeldet hätte, und so kann ich denn auch nicht glauben, daß der König auf solche boshafte und erlogene Nachreden irgend etwas geben wird. Der König hat mir einen sehr gnädigen Brief (une lettre fort gracieuse) geschrieben, in welchem er mir unumwundene Mitteilung gemacht hat über alles, was in Berlin geschehen ist."

Der König selber sprach sich gegenüber Seckendorff am 20. Mai, als dieser ihn nach der Kirche begleitete, ohne allen Rückhalt aus; erzählte diesem, Hotham habe ihm 26 Stück Briefe, teils von Grumbkow, teils von Reichenbach in Abschrift gebracht, aber zur Antwort bekommen, das seien lauter Thorheiten. Dann habe Hotham den General Borck aufgehetzt, um sich beim König zu beschweren über Grumbkow, weil dieser ihn in seinen Briefen als einen Mann ausgeschrieen, der von England erkauft sei. Diese Beschwerde habe Borck in der That am 19. Mai eingereicht und um Genugthuung gebeten. Er, der König aber, habe ihm geantwortet, er selbst habe die Briefe gelesen, es stände nichts darin, was seine Ehre irgendwie verletzte; wäre das der Fall, so würde er sich selber seines Dieners angenommen haben. Er wisse aber, der Cnyphausen, der Schelm, sei an allem schuld; deshalb solle Borck diesem sagen, er solle die Intriguen gegen Grumbkow unterwegs lassen oder gewärtig sein, daß er ihn nach Spandau führen lasse; daß er aber mit Reichenbach Briefe gewechselt habe, das sei auf seinen Befehl geschehen. — Dieser Mitteilung fügte Seckendorff noch hinzu, die Weisungen für des Grafen Degenfeld Sendung nach London seien in der Ausarbeitung begriffen. Cnyphausen habe versucht, diesem neuen Gesandten einen Sekretär anzuhängen, der in seinen (Cnyphausens) Diensten gestanden habe und der dann in London auch sein Lauscher geworden wäre. Der König aber habe das abgelehnt und Grumbkow beauftragt, einen Sekretär auszusuchen, was auch geschehen sei. „Um England aber zu zeigen, daß er

mit Reichenbach wohl zufrieden sei, habe er diesen zum Vicepräsidenten des Konsistoriums ernannt und ihm eine Zulage von 1000 Thalern gegeben; alles, wie mir der König gestern selbst gesagt, um den Cnyphausen als Präsident vom Konsistorio zu chagrinieren."

Die Macht Grumbkows über den König war also unerschüttert, trotz aller Briefe, die Hotham mit zäher Ausdauer und nie rastender Bosheit gegen ihn verwendete; ja sie ging sogar gestärkt aus dieser Prüfung hervor und wuchs, statt abzunehmen. Am 27. Mai berichtete Hotham seinerseits über dieselben Dinge, über die wir schon die Darstellung des Königs vernommen haben, was folgt: „Jeder Tag bringt neue Beweise für Grumbkows Macht. Vor einiger Zeit hat der König gegen Borck die aufgefangenen Briefe erwähnt, die ich ihm übergeben habe, was Borck mir wieder sagte. Ich sagte ihm, in diesen Briefen sei er nicht besser behandelt als andere Ehrenmänner, und gab sie ihm zu lesen. Sie empörten ihn dermaßen, daß er sogleich einen Brief an den König schrieb, um sich über Grumbkow zu beschweren und Genugthuung zu verlangen für diese Beschimpfungen, die er gegen ihn ausgestoßen. Den nächsten Tag ließ der König beide zu sich kommen und Grumbkow leugnete durchaus, daß er gegen Borck irgend etwas in diesen Briefen gesagt habe; die Entziffrer hätten Namen in den Text gesetzt, an die er gar nie gedacht habe. Worauf der König Borck befahl, ihm die Hand zu reichen und sich unverzüglich mit ihm auszusöhnen. Borck war auch bestimmt, den König nach Sachsen zu begleiten, gestern aber erhielt er den Befehl hier zu bleiben, so daß jetzt Grumbkow der einzige Minister ist, der mit dem König dorthin geht. Cnyphausen hat den König gar nicht mehr zu sehen bekommen seit meiner ersten Audienz in Charlottenburg, und letzten Dienstag brachte ihm Borck folgende außerordentliche Botschaft von seiten des Königs: „Wenn dem Herrn von Grumbkow irgend etwas Uebles (quelque chose de sinistre) zustoßen sollte, so würde ihn dafür die Verantwortung treffen. Er befehle ihm, sich mit ihm auszusöhnen und sich in die Heiratsangelegenheit nicht mehr einzumischen, widrigenfalls er nach Spandau gebracht und seines Gutes beraubt werden würde."

Am 28. Mai reiste Hotham, einige Tage darauf der König mit dem Kronprinzen in das sächsische Lustlager nach Radewitz ab.

Im Lager zu Radewitz empfing Hotham am 4. Juni die Antwort seines Hofes auf den Bescheid vom 12. Mai mit einer Anweisung über die Art, wie er sie behandeln sollte. Beide Aktenstücke sind vom 11. Mai a. St. (= 22. Mai n. St.) datiert und müssen ihrem Wortlaut nach mitgeteilt werden.

Die Depesche mit der Anweisung lautet so: „Der Bote Over ist hier am Freitag angekommen mit Ihrer Depesche vom 2. 13. d. M., die ich sofort dem König unterbreitete. Ich habe den Befehl, Ihnen zu sagen: obgleich die Antwort, welche der König von Preußen erteilt hat, sehr verschieden ist von derjenigen, welche der König erwarten durfte, so ist doch S. M. so weit davon entfernt, den Mißerfolg Ihrer Bemühungen irgend einem Mangel an Geschick oder Gewandtheit Ihrerseits zuzuschreiben, daß er vielmehr Ihr Verfahren gutheißt in jeder Einzelheit. Beigeschlossen finden Sie die Erwiderung, welche Sie in des Königs Namen auf die Antwort Sr. Preuß. Majestät zu geben haben in derselben Weise, wie Ihnen diese Antwort erteilt worden ist, nämlich mündlich (by word of mouth), jedoch so, daß sie die Sache für den eignen Gebrauch schriftlich gemacht haben. Um Irrtümern vorzubeugen, werden Sie sich beim Vortrag streng an die vorgeschriebenen Worte und Wendungen halten; nachdem Sie aber Ihren Vortrag erstattet, können Sie, als von Ihnen selbst ausgehend[1]), fallen lassen, daß Sie ganz gewiß seien, daß Seine Majestät irgend welche neue Verpflichtungen wegen der Erbfolge in Jülich und Berg noch nicht eingegangen sei (not yet entered into any new engagements). Ebenso können Sie eine gute Gelegenheit ergreifen, um wieder als Ihre Eingebung merken zu lassen: so erwünscht es wäre, den Prinzen von Wales verheiratet zu sehen, so sei doch die Antwort auf Sr. Majestät Antrag in Bezug auf die zweite Heirat derart ausgefallen, daß ihr Bekanntwerden im Königreich eine Erbitterung wecken müßte, die keinem Minister gestatten würde, seine Vermählung mit der Kronprinzessin von Preußen anzuraten; doch werden Sie darauf Bedacht nehmen, dies in freundlichem Tone zu sagen (in a friendly manner), und so, als ob Sie sich hierüber nur aus reinem Eifer und persönlicher Rücksicht auf den König von Preußen aussprächen. Sie können Herrn Cnyphausen erwidern, daß S. M. durchaus zufrieden ist mit der Rolle, die er gespielt hat, und jederzeit seinen Eifer und seine guten Absichten für das wahre Wohl und den Dienst der beiden Häuser gebührend anerkennen wird. S. M. ist durchaus einverstanden mit Ihrem Verfahren gegen Grumbkow und damit, daß Sie auf der sofortigen Abberufung Reichenbachs bestanden haben, von der er übrigens noch nicht unterrichtet ist." —

Die Erwiderung des Königs auf Friedrich Wilhelms Antwort, welche

1) Also nicht in des Königs Namen. Dieser Befehl zeigt, daß der englische Hof selber nicht leugnen konnte, was Fr. Wilh. über neuerliche Verpflichtungen desselben gegen sein Erbrecht auf Jülich und Berg bekannt geworden war.

Hotham hiernach nicht schriftlich übergeben, sondern nur mündlich vortragen sollte, lautete sodann: „Der König begreift nicht, wie die Streitigkeiten zwischen den Verbündeten von Sevilla und dem Kaiser auch nur den mindesten Zusammenhang mit den Heiraten haben sollten und erachtet sie deshalb als Erwägungen, die hier garnicht statthaft sind. Wäre man aber auch darüber einig, daß ihnen hier einiges Gewicht zukäme, so ließe sich doch nicht leugnen, daß sie gegen die erste Heirat gerade so schwer ins Gewicht fielen wie gegen die zweite. S. M. hat in dieser ganzen Sache einzig das Glück und das Wohlergehen der beiden Häuser im Auge, und hat in den Antrag, den er dem König von Preußen thun ließ, nichts einfließen lassen wollen, was nicht die Heiraten selber anging, indem er sich schmeichelte, denselben Gesinnungen bei S. Pr. Majestät zu begegnen. Da mithin der König sich von dem Grundsatz nicht trennen kann, den er aufgestellt, noch von der Regel, die er sich bei dieser Gelegenheit vorgezeichnet hat, so wird er niemals eine Bedingung zulassen, die den Heiraten fremd ist, und Seine Majestät ist überzeugt, daß der König von Preußen, wenn er sich die Mühe geben wollte, die verschiedenen Verträge zu prüfen, welche zwischen der Krone Großbritannien und dem Hause Brandenburg seit der Wiederherstellung Karls II. geschlossen worden sind, finden würde, daß durch keinen Artikel dieser Verträge die Erbfolge in Jülich und Berg dem Hause Brandenburg gewährleistet worden ist[1]). Was die Statthalterschaft angeht, die man für diejenige Prinzessin vorgeschlagen hat, welche der Kronprinz von Preußen heiraten würde, so ist dies Erbieten nur gemacht worden, weil man glaubte, es würde das dem König von Preußen angenehm sein, und nachdem sie Seine Majestät von Preußen abgelehnt hat, so wird der König nicht mehr daran denken, sondern gern damit einverstanden sein, daß sie in Berlin wohnen. Da S. M. von Preußen ohne weiteres zugesteht, daß die zweite Heirat ein Glück und eine große Annehmlichkeit für beide Häuser sein würde, so muß Sie selber einsehen, daß der König sich nie würde verzeihen können, wenn er diese Heirat vertagen ließe."

Die Kritik, zu welcher diese Betrachtung herausfordert, ist anderwärts[2]) ausführlich gegeben und begründet, so daß hier ein einfacher Hinweis darauf genügt. Auf die Eröffnungen, die er auf Grund dieser Papiere am 14. Juni in Radewitz gemacht, erhielt Hotham am 16. Juni

1) Hierüber handelt eine Nachschrift der Depesche, die hier nicht wiedergegeben werden kann.

2) Bernbeck a. a. O. S. 46 ff.

eine Antwort, welche die letzte schriftliche Aeußerung bildet, die ihm in der Heiratsfrage von seiten des Königs Friedrich Wilhelm zugegangen ist.

Dies Schriftstück, aus welchem Raumer bloß zwei Sätze bekannt gemacht hatte, lautet nach einem in schauerlichem Französisch abgefaßten Text, den ich einer Beilage zu Seckendorffs Depesche vom 25. Juni entnehme, auf Deutsch folgendermaßen: „Seine Majestät hat das Schriftstück empfangen, welches ihm der Ritter Hotham über die Absichten Sr. Britischen Majestät in Bezug auf die letzte Eröffnung wegen der in Frage stehenden Doppelheirat übergeben hat. Der genannte Minister wird sich erinnern, daß er an den Hof Sr. Preuß. Majestät gesendet worden ist infolge des Briefes, welchen die Königin von Preußen im Dezember vorigen Jahres an Ihre M. die Königin von England geschrieben hat, durch welchen man hat wissen lassen, daß wenn die Königin von England noch an die Vermählung des Prinzen von Wales mit der ältesten Prinzessin von Preußen dächte, es an der Zeit wäre, diese Sache zum Abschluß zu bringen, aber ohne irgend welche Bedingung (sans aucune condition); es gebe andre vorteilhafte Verbindungen für diese Prinzessin, die man sonst nicht verabsäumen möchte. Seine Majestät von Preußen kann deshalb den Vorschlag einer neuen Heirat nur als eine neue Bedingung ansehen, an die er vorher nicht gedacht hat; weil der Prinz noch zu jung zum Heiraten ist, was S. M. aufschieben wird bis er 30 Jahre zählt, und weil er sogar notwendig findet, daß dieser Prinz vorher suche, sich hervorzuthun in der Welt und die Eigenschaften zu erwerben, mit denen man eine Familie gründet. Da genannte Majestät außerdem mehrere Prinzen hat, kann er seinem Interesse nur schädlich finden, so früh und mit solcher Hast auf den Vorschlag dieser Doppelheirat einzugehen. Aber der Ritter Hotham wird auch finden, daß das keine Ablehnung der Ehre einer solchen Verbindung ist, die man ja auf eine andere Zeit verschieben kann. Der Hof von Großbritannien hat Prinzessinnen genug, um über eine solche Verbindung eine andere Verhandlung anzuknüpfen, sobald der Kronprinz von Preußen ein vorgerückteres Alter erreicht hat."

Als Hotham dieses Schriftstück gelesen hatte, gab er sein ganzes Spiel verloren und bat in einer Depesche, die er noch am 16. Juni niederschrieb, um seine augenblickliche Abberufung. Da aber kam in großer Aufregung der Hauptmann Guy Dickens zu ihm, um ihm eine Eröffnung des Kronprinzen über seinen Fluchtplan zu machen, von der sofort im tiefsten Geheimnis der König von England in Kenntnis gesetzt werden mußte, und so entschloß er sich, diesen seinen Gesandtschaftssekretär nach London zu schicken, mit der Bitte, ihn schleunigst wieder

zurückgehen zu lassen. Guy Dickens kam am 14. Juni a. St. = 25. Juni n. St. in Windsor an, richtete seine Aufträge aus, erhielt am 20. Juni a. St. = 1. Juli n. St. — also erst sechs Tage später — seine Depeschen für Hotham ausgefertigt, und kam am 8. Juli nach Berlin zurück.

Die Depesche, welche Lord Harrington, als Nachfolger des Lord Townshend am 20. Juni a. St. an Hotham sendete, enthielt in sehr vielen Worten den einfachen Auftrag, zum Sturze Grumbkows mit Hülfe eines eigenhändigen Briefes desselben einen letzten Anlauf zu nehmen und alsdann sofort nach London zurückzukehren, während Guy Dickens die Geschäfte der Gesandtschaft übernahm. Die Weisungen, die zu diesem Schlusse kamen, lauteten im Eingang ganz so, wie sie nach allen früheren lauten mußten. Mit eherner Stirn wird geleugnet, daß der König Friedrich Wilhelm den Antrag auf Doppelheirat als eine „neue Bedingung" bezeichnen könne, denn es sei ja offenkundig (notorious), daß der König von England im Interesse der beiden Häuser wie der protestantischen Religion nie etwas anderes als eben die Doppelheirat im Auge gehabt habe und dann gesagt: „Da der König von Preußen in seiner Antwort den Antrag auf eine zweite Heirat nicht verwirft, sondern bloß einen Aufschub zu begehren scheint, so will S. M., daß Sie versuchen sollen, eine gründlichere Kenntnis (a more particular information) von den Absichten Sr. Majestät zu erlangen, in Bezug auf die Heirat des Kronprinzen von Preußen mit einer der englischen Prinzessinnen, sowohl was die Zeit, als auch was die Auswahl unter diesen Prinzessinnen angeht; und wenn Sie darüber unterrichtet sind, sollen Sie nach England abreisen, um S. M. in den wahren Stand der Sache einzuweihen, damit nachher entweder Sie selbst oder irgend ein anderer Minister die endgültigen Entschließungen Sr. Majestät nach Berlin zurückbefördert, sobald der König aus Ansbach zurück sein wird. Inzwischen werden Sie an dem Hofe, wo sie sind, zu verstehen geben, daß Sie die Unterhandlung, mit der sie betraut sind, nicht als gänzlich abgebrochen ansehen. Da aber diese Sache äußerst heikler Natur ist und der König meint, das was Sie hier über den König von Preußen sagen sehr vorsichtig abgewogen sein sollte, so hat mir S. M. befohlen, das beiliegende Papier in französischer Sprache einzuschicken, das Sie Sr. Preußischen Majestät wiederholen wollen als Kern Ihrer Befehle über das, was Sie hierher gesandt; S. M. wünscht nicht, daß Sie irgend etwas schriftlich geben oder den Inhalt dieses Schriftstückes diktieren, sondern nur daß Sie es gebrauchen, wenn nötig, um Ihr Gedächtnis zu stärken, als eine Uebertragung dessen, was Sie von mir empfangen

haben. Und da der Sinn desselben lediglich der ist, vom König von Preußen eine etwas genauere Erläuterung zu erhalten über den Inhalt des von ihm übergebenen Papiers, so scheint eine formgerechte Denkschrift im Augenblick unnötig, da Sie ja demnächst hierherkommen, um von Sr. Majestät Weisungen zu empfangen über die Antwort, die den genaueren Mitteilungen des Königs über seine Absichten in dieser wichtigen Sache gegeben werden muß[1])." Das geheime Aktenstück in französischer Sprache, von dem hier die Rede ist, liegt mir nicht vor. Aus den Worten, in denen sein Inhalt beschrieben wird, ergiebt sich, daß es lediglich eine französische Umschreibung der hier erteilten Weisung war, nähere Erklärungen zu erbitten über Aeußerungen des Königs, die gar keiner Erklärung bedurften nach allem was vorangegangen war, Erläuterungen zu verlangen über etwas, was an sich vollständig klar war, nur in noch vorsichtigeren, d. h. noch weniger verpflichtenden Worten, also ganz wie von Anfang an Worte, Worte, nichts als Worte, und vor allen Dingen nichts was mit Versprechungen, Zusagen, Verbindlichkeiten irgend welche Verwandtschaft hatte. Wozu das aber? Warum dies Weiterspinnen eines Fadens, der eigentlich längs abgerissen war? Um noch einen letzten Sturmlauf auf Grumbkow zu machen, dessen Sturz ja der einzig wirkliche und ernste Zweck dieser ganzen Trugverhandlung war. Gleich nach der eben wiedergegebenen Ausführung kommt der Pferdefuß dieser ganzen Kabale wieder zum Vorschein in den Worten: „Hiebei sende ich Ihnen auf Sr. Majestät Befehl einen eigenhändigen Brief von Herrn Grumbkow an Reichenbach, damit er Ihnen zur Hand ist, wenn Sie gute Gelegenheit finden, davon Gebrauch zu machen. Sie werden sehen, er ist von Beweiskraft, denn er gesteht den Briefwechsel ein und zeigt Besorgnis, seine Briefe möchten nicht vernichtet sein. Ich sende Ihnen auch einen von Reichenbach an Grumbkow, um ihre frühere Sammlung zu vervollständigen." Dies war der

1) But at this affair is of the nicest nature, and as the king thinks fit that what you are to say to the king of Prussia on this head should be very cautiously worded, his Majesty ordered to send the inclosed paper in French, which you may repeat to his Prussian Majesty, as the substance of your orders upon what you transmitted hither, his Majesty would not have you deliver anything in writing, nor dictate the contents of this paper but only make use of it, if you find it necessary to refresh your memory, as a translation of what you have received from me. And as the purpose of it is only to desire a more particular explanation from the king of Prussia of the contents of the paper he gave you, a memorial in form seems unnecessary at present —.

Pfeil, der noch abgeschnellt werden sollte, bevor Hotham heimkehrte, und um dazu noch Zeit und Gelegenheit zu gewinnen, ward eine Verhandlung, die den Urhebern selbst längst zur Lächerlichkeit geworden war, für eine „nicht völlig abgebrochene" erklärt.

Wie es ihm nun seit seinem letzten Anlauf ergangen ist, erzählt Hotham in einem ganz ausführlichen Bericht, dd. Berlin vom 11. Juli, den Carlyle längst veröffentlicht und zwar, wie ausdrücklich hervorgehoben sei, treu und vollständig veröffentlicht hat.

Den Eingang dieses Berichtes vom 11. Juli müssen wir wörtlich hierher setzen.

Er lautet:

„Obgleich das Benehmen Sr. Pr. Majestät seither schon ein derartiges gewesen ist, daß man eigentlich über keine seiner Handlungen mehr erstaunen kann, ist es mir doch ein großer Schmerz, daß ich Ew. Lordschaft von einer Ausschreitung desselben in Kenntnis setzen muß, die sich gestern zugetragen hat. Der König hatte mich mit Hauptmann Guy Dickens gegen mittag zu sich beschieden. Wir machten beide unsere Aufwartung und ich stellte ihm den Hauptmann Guy Dickens vor, welcher sein Beglaubigungsschreiben übergab, worauf der König eine Viertelstunde über gleichgültige Dinge mit uns plauderte. Da ich ihn in sehr guter Laune sah, ergriff ich die Gelegenheit, um ihm zu sagen, da General Grumbkow geleugnet habe, daß er mit Reichenbach in geheimen Briefwechsel stehe oder daß er die Briefe geschrieben habe, die ich vor einiger Zeit übergeben, so sei ich jetzt vom König, meinem Herrn, beauftragt, ihm einen eigenhändigen Brief des Generals Grumbkow zu überreichen, der ein unwidersprechlicher Beweis für alle übrigen sei und Seine Preuß. Majestät von der Echtheit derselben überzeugen müsse. Er nahm den Brief aus meiner Hand, warf einen Blick darauf und als er sah, daß es Grumbkows Handschrift war, sagte er mir mit allem erdenklichen Zorn: Monsieur [1]), j'ai eu assez de ces choses-là, schleuderte den Brief auf die Erde, drehte sich auf dem Absatz herum, ging hinaus und warf die Thür hinter sich zu."

Vergleichen wir diesen Bericht zunächst mit den eben besprochenen Aufträgen, welche Hotham auszurichten hatte, so fällt uns auf, daß wir von diesen Aufträgen nur zwei ausgeführt finden, nämlich die Vorstellung des Hauptmanns Guy Dickens und die Verwertung des Grumbkowschen Briefes, dagegen nicht den Auftrag, der sich auf die neuste Er-

1) Messieurs, schreibt Carlyle. In der mir vorliegenden Abschrift steht Monsieur, was hier auch offenbar das allein richtige ist, denn Dickens war ja nicht beteiligt.

öffnung über die Doppelheirat bezog und der in so vorsichtige, geheimnisvolle Worte eingekleidet war. Wie kommt das? Hat Hotham diesen Auftrag gar nicht ausgerichtet oder ihn bloß in seinem Bericht mit Absicht oder ohne Absicht übergangen? Aus dem Bericht ist darüber nicht klug zu werden. Aus anderweitigen Zeugnissen wissen wir, daß der Bericht unvollständig, daß darin ein ganz außerordentlich wichtiger Zwischenfall verschwiegen ist.

Aus einem Briefe, welchen Grumbkow am 15. Juli an Reichenbach geschrieben hat, teilt Droysen[1]) mit, Hotham habe in einer Audienz vom 9. Juli eröffnet: Der König von England wolle in die einfache Heirat (d. h. die Vermählung des Prinzen von Wales mit Friederike Wilhelmine) willigen, wenn der König die für die Heirat seines Kronprinzen bestimmte Frist abkürzen und sogleich zur Stunde eine englische Prinzessin wählen wolle nach eignem Belieben.

Hienach hätte Hotham in elfter Stunde gerade das nachgegeben, was der englische Hof bisher unbedingt verweigert hatte, nämlich die Trennung der beiden Heiraten, sich begnügt mit der einen und dem bloßen Versprechen der andern, die einfache sofort zugestanden und die zweite ohne genaue Fristbestimmung auf die Zukunft verschoben. Dazu aber war Hotham, wie wir eben sahen, gar nicht ermächtigt, von solchen Zugeständnissen stand in den letzten Weisungen vom 1. Juli (20. Juni) gerade so wenig als in allen früheren, ja es stand mit dem Sinn und Wollen auch dieser letzten Eröffnung im schroffsten Widerspruch. Hat Hotham sich so geäußert, so hat er eine unerhörte Eigenmacht begangen. Auf das Zeugnis Grumbkows allein hin, wird man das kaum annehmen können, aber die Thatsache, daß am 9. Juli in einer besonderen Audienz über die Heiratsfrage noch eine sehr wichtige Verhandlung stattgefunden hat, über welche Hotham nicht berichtet hat, steht hienach schon fest.

Nach einer urkundlichen „Deklaration vom 9. Juli" giebt Ranke[2]) über Gang und Ergebnis des Gespräches, welches an diesem 9. Juli zwischen dem König und Hotham stattgefunden hat, folgende Mitteilung: „Sir Charles Hotham erklärte endlich, Dinge dieser Art könnte man besser mündlich verhandeln als schriftlich: er bitte sich noch einige Erläuterungen aus und wolle sie selber nach England überbringen. Der König gab ihm diese Erläuterungen[3]), die hauptsächlich zwei Punkte

1) Gesch. d. Pr. Pol. IV. T. III. Abt. 2. Bd. S. 100.

2) S. W. 27./28. Bd. S. 103.

3) Le roi donne sa parole royale qu'il préférera toujours le mariage du prince royal son fils avec une princesse d'Angleterre à tout autre. (Deklaration vom 9. Juli) Anm. bei Ranke.

betreffen. Er versprach bei seinem königlichen Worte, wenn er beschließen sollte, den Kronprinzen zu vermählen, dann eine englische Prinzessin jeder andern vorzuziehen, und zwar die, welche dem Alter nach am besten passen würde, ferner aber diese Vermählung spätestens binnen zehn Jahren eintreten zu lassen. Hotham sprach die Hoffnung aus, daß er nach einiger Zeit mit solchen Instruktionen zurückkommen würde, kraft deren er zu einem Abschluß in dieser Angelegenheit schreiten könne.

Vergleichen wir diese Erklärung des Königs mit seinem Bescheid vom 12. Mai[1]), so fällt uns sogleich als überraschende Thatsache in die Augen, daß die politischen Bürgschaften weggefallen sind, welche der König damals gefordert hatte, nämlich der Frieden der Sevillaner mit dem Kaiser und die Verpflichtung Englands, sein Erbrecht auf Jülich und Berg zu gewährleisten, d. h. ein Zugeständnis, das, wenn man in England überhaupt die Heiraten wollte, als geradezu entscheidend und als der glückliche Abschluß der ganzen Sache betrachtet werden mußte.

Fest steht hienach, daß am 9. Juli eine Audienz stattgefunden hat, in welcher Hotham allein empfangen worden ist, um seinen neusten Auftrag wegen der Heiraten auszurichten, und daß dieser Empfang, nach der „Erklärung des Königs" zu urteilen, zu einer Einigung geführt hat, in deren Folge der König die demnächstige förmliche Werbung des Prinzen von Wales um seine Kronprinzessin erwarten mußte.

Fest steht ferner, daß von dieser Audienz in seinem oben mitgeteilten Bericht Hotham nicht ein Wort gesagt hat; weder daß sie stattgefunden, noch daß sie eine Einigung zur Folge gehabt hat, läßt sich aus seinen Worten auch nur andeutungsweise entnehmen. Vielmehr ist sogar der Anschein einer Andeutung vermieden. „Der König von Preußen", sagt Hotham, „hatte mich bestellt, gegen mittag mit Hauptmann Guy Dickens bei ihm zu sein." Offenbar ist das doch in eben dieser Audienz vom 9. Juli geschehen, aber das verschweigt Hotham, während er sonst pflichtgemäß jeden kleinsten Nebenumstand mitteilt, der sich an eine persönliche Begegnung und Unterredung mit dem König knüpft. Und dies Schweigen über alles, was diese Audienz vom 9. Juli betrifft, wird um so auffälliger, je Bestimmteres wir anderweitig über dieselbe erfahren. An Seckendorff schreibt Grumbkow am 10. Juli: „Mir wirbelt der Kopf derart, daß ich nicht weiß, ob dieser Brief in der Ordnung geschrieben ist, in der er geschrieben sein sollte, da ich vom König komme. Um zum Faden der Geschichte zu kommen, so sollen Sie wissen, daß Hotham *gestern* auf der Parade den König sprach und sehr kalt

1) Forschungen VIII. S. 522.

empfangen wurde; um 4 Uhr hatte er eine Audienz beim König, welche eine halbe Stunde dauerte. Den andern Morgen (Le lendemain, d. h. eben am 10. an dem das geschrieben ist) war er oben mit Guy Dickens, dem Sekretär Englands, der vor zwei Tagen aus England zurückgekehrt ist, und kurz darauf kamen sie heraus. Borck blieb noch lange beim König, worauf wir speisten. Am Nachmittag kam ich nach oben und der König sagte mir, Hotham habe ihm einen Brief von meiner Hand gezeigt, in dem ich vom König von England und vom Prinzen von Wales übel geredet haben sollte, und darüber sei er so ärgerlich geworden, daß er den Brief zur Erde geworfen habe, indem er gesagt, er sei überrascht, daß man nicht müde werde, gegen mich zu wühlen; ihm selbst vielmehr komme es zu, Genugthuung zu fordern dafür, daß man die Briefe öffne und Treu und Glauben breche; auf dem Fuß könne auch er sich herausnehmen, die Briefe, die von ihren Boten getragen würden, zu plündern und wegzunehmen; er habe an Borck Befehl gegeben, ihm darüber zu reden, und auch ich sollte mit Borck darüber sprechen, was ich auch gethan habe und worüber ich auch Ihnen in der Folge sprechen werde.

Weiterhin sagte mir der König, daß Löwenöhr[1]) ihm eine Stunde lang zugeredet habe, um ihn zur Aussöhnung mit den Sevillanern zu bestimmen; man biete ihm carte blanche, niemals werde er eine so gute Gelegenheit finden, aber er habe alles abgewiesen, nie werde er sich vom Reich und vom Kaiser trennen, mit dem er alle Ursach habe zufrieden zu sein, und wenn im Fall eines Bruches die Hannoveraner ihr Kontingent nicht stellen sollten, so würde er ihnen auf den Leib fallen und sie dazu zwingen.

Sie können sich denken, daß ich solcher Festigkeit nur meinen Beifall zollen konnte. Nachher sagte er mir, Hotham bestände darauf, daß er sein Wort geben sollte, seinen Sohn nur mit einer englischen Prinzessin zu verheiraten, die er nach Belieben auswählen könnte, und auch die Zeit abzukürzen; sobald er sein Wort gegeben habe, würde die einfache Heirat sogleich stattfinden und er werde nächsten Sonntag abreisen, um in 6—8 Wochen zurück zu sein[2]). — Er, der König, habe dann an Borck befohlen und Borck habe ihm geraten, zu erklären, daß man jeder anderen eine englische Prinzessin für seinen Sohn immer vorziehen werde, und um Hotham loszuwerden, habe er dem zugestimmt[3])."

1) Leuvener, der dänische Minister.

2) Après quoi la parole donnée le simple mariage se feroit d'abord et qu'il partiroit samedi prochain pour être dans 6—8 semaines de retour.

3) Pour se défaire de Hotham, qu'il y avoit consenti.

Aus diesem Schreiben lernen wir nun, daß Grumbkow vom König selber die oben erwähnte Mitteilung hatte, Hotham habe den sofortigen Vollzug der einfachen Heirat angekündigt, sobald nur der König die zuletzt verlangte Zusage über die künftige englische Heirat seines Kronprinzen gegeben habe. Nur ein Versprechen dieser Art läßt uns einigermaßen erklärlich erscheinen, daß der König auf die politischen Sicherheiten nicht mehr zurückkam, auf die er eben noch so großen Wert gelegt. Die einfache Heirat, die er ja immer gewollt, erschien ihm für seinen tief zerrütteten Hausfrieden als ein so großes Gut, daß er für die zweite Heirat, wenn er nur, wie ja geschehen und zugelassen, die Bestimmung der Zeit in der Hand behielt, weitere Schwierigkeiten nicht machen wollte.

Also auch hier zwei Audienzen an zwei verschiedenen Tagen, eine am 9., eine andre am 10. ganz so, wie wir das schon aus der Deklaration des Königs schließen mußten, nur daß der König in der hier vorliegenden Erzählung diesen Zeitunterschied nicht ausdrücklich betont. Die Verschweigung der ersten Audienz bei Hotham aber erscheint nun in immer ernsterem Licht. Daß er gar nichts sagt von seiner ganz eigenmächtigen Zusage der einfachen Heirat, gar nichts von der nunmehr unumwundenen Gegenzusage des Königs wenigstens für die Zukunft, erscheint geradezu unverzeihlich, nicht minder auch daß er die ganze Beschwerde unterdrückt hat, mit welcher der König seinem gerechten Zorn Luft machte, bevor er den Brief Grumbkows auf die Erde warf. Erst das Bekanntwerden dieser Vorrede des Königs über die ganz unwürdige Briefmarderei, mit der man ihm jetzt geradezu amtlich zu nahen wagte, läßt erkennen, daß der König im Bewußtsein gerechter Notwehr gegen empörende Unbill handelte, während die That selbst, ohne diese Vorrede, lediglich wie eine plumpe Uebereilung erscheint. Der böse Schein, der zum Nachteil des Königs auf dem Hergang ruhte, wurde verstärkt, wenn man aus dem Bericht Hothams erfuhr, derselbe habe den Brief Grumbkows nur verwendet, um dem Ableugnen ein Ende zu machen, das Grumbkow den bisher gegen ihn gebrauchten Briefabschriften entgegengesetzt, während er in Wahrheit auf Grund des unterschlagenen Briefes Genugthuung verlangte für angebliche Beleidigungen, welche der König von England und der Prinz von Wales erlitten haben sollten. Das wars was den König veranlaßte, zu sagen, er sei hier der in seinen Dienern beleidigte Teil, er hätte in Wahrheit Genugthuung zu fordern und werde sie sich selbst verschaffen müssen, dadurch daß er an dem Briefwechsel der Engländer das Recht der Wiedervergeltung übe.

Ueber den ganzen Vorfall erhielt Graf Seckendorff erschöpfende

Mitteilung, als der König auf seiner Reise nach Ansbach über Leipzig kam und von hier am 15. Juli einen Abstecher nach Meuselwitz, dem Gute Seckendorffs, machte und ihm nun alles haarklein erzählte. Ueber des Königs Erzählung liegt uns erstens das „Journal" Seckendorffs vom 15.—26. Juli und sodann sein Bericht an den Prinzen Eugen vom 26. Juli vor.

„Am vergangenen Sonntag" — das war der 9. Juli —, erzählte der König, „erschien Hotham auf dem gewöhnlichen Berliner Paradeplatz, näherte sich ihm, hielt um eine Stunde zur Audienz an, und indem er vermeldete der Legationssekretär Guy Dickens sei aus England zurückgekehrt und werde, weil Hotham die Erlaubnis erhalten habe, auf kurze Zeit nach England zurückzukehren, während dieser seiner Abwesenheit die Geschäfte der englischen Gesandtschaft wahrnehmen. Dem König fiel auf, daß Hotham in einem „ganz neuen verchamarirten Kleide" erschien; er schloß daraus, er müsse Befehl erhalten haben, um seine älteste Tochter solenniter anzuhalten, und so sagte er zu dem Gesandten, er möchte nur mit seinem Legationssekretär oben in das Vorzimmer gehen und dort auf ihn warten. Nach Beendigung der Parade gegen 11 Uhr früh kam der König in sein Gemach und ließ Hotham mit Guy Dickens eintreten [1]).

Da sagte Hotham: Seine K. Majestät von England habe die im kursächsischen Lager erteilte Entschließung in Bezug auf die Doppelheirat „etwas hart gefunden" [2]), sei aber „geneigt" die Heirat zwischen der Kronprinzessin und dem Prinzen von Wales „sogleich zu schließen", „wenn anders S. K. M. von Preußen gefällig wäre, die Frist für die Verheiratung des Kronprinzen von Preußen zu verkürzen und sich sogleich zum voraus anheischig zu machen, den Kronprinzen an keine andre als eine englische Prinzessin zu vermählen."

Darauf lautete die Antwort des Königs: „Daß er, wie allezeit, die Heirat des Prinzen von Wales mit seiner ältesten Prinzessin sich für eine Ehre schätze, seinen Kronprinzen aber absolut nicht eher vermählen könne noch würde, als bis er erst besser die Welt gesehen und mehrere Jahre erreicht"; bat aber Hotham, er möchte ihm seinen Antrag schriftlich geben, da er ihm die Entschließung ebenfalls schriftlich erteilen wolle.

Da aber entschuldigte sich Hotham damit, daß er Befehl habe, die Heiratssache nicht schriftlich, sondern mit Sr. K. M. selbst persönlich

1) Nach dem oben Angeführten war das erst am 10. Juli. In der Audienz vom 9. war Hotham allein empfangen worden.

2) S. oben S. 28.

und zwar mündlich zu verhandeln, ersuche daher den König, sich ohne Anstand dergestalt zu erklären, daß er mit einer gewünschten Antwort nach England gehen und bei seiner Rückkunft alles zu stande kommen könne. Indessen wolle er nochmals den Legationssekretär Guy Dickens an S. M. vorgestellt haben, der während seiner Abwesenheit die englischen Geschäfte besorgen würde.

Darauf antwortete der König: Die Angelegenheit der Heirat sei doch von zu großer Wichtigkeit, um sich sogleich darüber zu erklären: weil aber Hotham nichts Schriftliches zu geben den Befehl habe, so wolle er durch General Borck ihm morgen mündlich Antwort erteilen lassen [1]); ihm wären übrigens alle die angenehm, welche der König von England an seinem Hofe beglaubigen wolle.

Darauf überreichte Guy Dickens sein Beglaubigungsschreiben mit einigen höflichen Worten, welche der König in gleicher Weise erwiderte, indem er sich nach dem Befinden der königlichen Familie erkundigte.

Damit, glaubte der König, könne der Empfang beendigt werden, als Hotham sagte, er habe sich nun noch eines „vielleicht nicht angenehmen" Auftrags zu entledigen, indem nämlich der König von England sich gezwungen sehe, nochmals bei S. K. M. um Genugthuung wegen der „impertinenten Schreibart" des Generals v. Grumbkow anzuhalten, um so mehr, als über die in Abschrift bereits an den König übergebenen Briefe gegenwärtiges Originalschreiben — das Hotham gleichzeitig überreichte — nachderhand aus England eingelaufen sei.

Der König von Preußen nahm das Schreiben an, erkannte die Hand Grumbkows sofort und sagte: „Wie er gehofft, man werde einmal müde werden, seine treuen Diener bei ihm verhaßt zu machen, und die Historie mit den aufgefangenen Briefen solle geendigt sein, um so mehr, da er, der König von Preußen, mehr Ursache hätte, Satisfaktion zu begehren, daß man seiner Bedienten und Unterthanen Briefe in England aufbräche. Man spreche von doppelter Heirat und suche doch, noch ehe man solche geschlossen, diejenigen bei ihm verhaßt zu machen und zu entfernen, die in England angesehen würden, als ob sie nicht blindlings dasjenige approbieren wollten, was man allda für gut fände; wie er, der König, dann noch mehrere harte Worte, so ihm nicht alle einfielen, ausgestoßen haben will in seinem Eifer und letztlich so weit gegangen, daß er dem Hotham den Grumbkowschen Brief vor die Füße geworfen,

---

1) Von diesem Vorbehalt findet sich nichts in der „Deklaration" vom 9. Juli und auch nichts in der oben mitgeteilten Aeußerung des Königs an Grumbkow.

sich umgedreht, und beide, Hotham und Guy Dickens, stehen lassen und in seine Retirade sich erhoben." Auch aus dieser Erzählung des Königs selbst geht hervor, daß er nicht, wie man aus Hothams Bericht schließen mußte, beim Hinwerfen des Briefes bloß gesagt: j'ai eu assez des choses comme cela, sondern daß er vorher diesen Engländern rund heraus gesagt, warum ihn ihr ganzes Verhalten so tief empörte und dann erst, als er sich in den Eifer hineingeredet, ihnen den Brief vor die Füße geworfen, nachdem sie erfahren hatten, weshalb das geschah.

Was hat sich nun beim König ereignet, nachdem Hotham den Brief Grumbkows aufgehoben und mit seinem Guy Dickens fortgegangen war?

Grumbkow erzählt das in seinem Schreiben an Seckendorff, aus dem wir den ersten Teil bereits wiedergegeben haben. Nachdem er den König hat sagen lassen: qu'il y avoit consenti — fährt er in seinem Bericht fort:

„Darauf stieg er zu Pferde und ich ging zu Borck, der mir ein Potpourry und solchen Gallimatias vormachte, daß ich nichts davon verstand, außer daß ich ihn sehr aufgeblasen fand von dem Vertrauen des Königs, sehr eingenommen für die Verbindung mit England, obgleich sich wehrend gegen die Heirat des Kronprinzen, das alles unter Grimassen. Dann kam ich wieder nach oben, um dem König Vortrag zu halten und dachte über das alles nach. Inzwischen kommt Borck zurück, sagt, er sei bei Hotham gewesen, der Pferde verlange, um abzureisen, weil er sich beleidigt fühle in der Ehre seines Herrn durch die Behandlung des Königs, der meinen Brief verächtlich auf die Erde geworfen und ihn stehen gelassen habe. Der König wollte ihn laufen lassen, Borck aber bat, sich nicht zu übereilen, und da ich Richter war in eigner Sache, so wollte ich den König nicht zu sehr anfeuern, zumal da Borck leider, wenn auch ganz naiv, mehrere Züge aus meinen Briefen anführte, die ich leugnete, die mich aber doch verhinderten, mit mehr Kraft zu handeln. Summa summarum, es ward beschlossen, daß der König Hotham zur Tafel bitten sollte und zur Stunde hoffe ich zu erfahren, ob das angenommen worden ist." —

Die Nachricht, welche Grumbkow erwartete, entnehmen wir unsererseits aus dem Fortgang des Hothamschen Berichtes, dessen Eingang wir oben mitgeteilt haben. Wir lesen da: „Ew. Lordschaft wird leicht verstehen, daß Hauptmann Guy Dickens und ich nicht wenig erstaunt waren über dies ganz außerordentliche Benehmen. Ich hob den Brief, den er auf den Boden geworfen hatte, auf und schrieb sogleich nach meiner Heimkehr einen Brief an S. Pr. M., von welchem eine Abschrift hier

beiliegt[1]). Etwa zwei Stunden darnach kam General Borck zu mir und sagte mir, er sei ganz bestürzt über den Zwischenfall und bat mich, ein klein wenig Geduld zu haben; er hoffe, Mittel würden gefunden werden, um die Sache auszugleichen. Nachher teilte er mir mündlich die Antwort mit, welche der König von Preußen auf die letzten Befehle erteilt hatte, die mir durch Guy Dickens zugegangen waren. Ich sagte ihm, nach der Behandlung, die ich am Morgen erlitten und der Beleidigung, welche des Königs Charakter widerfahren, sei ich außer stande, irgend etwas, das vom König komme, entgegenzunehmen oder mich damit zu befassen. Was mich persönlich angehe, das sei leicht wieder gut zu machen, aber da ich nur in Befolgung der Befehle des Königs, meines Herrn, gehandelt, so komme auch ihm allein zu, zu bestimmen, welche Art Genugthuung geschehen müsse für die Schmach, die seinem Charakter angethan worden sei. Deshalb erachte ich mich nicht für befugt, irgend einen Ausgleich anzunehmen, bevor ich Sr. Majestät Belieben darüber vernommen habe. Am Abend schrieb General Borck einen Brief an Guy Dickens und zwei Briefe an mich, deren Abschriften beiliegen. Der Inhalt war der Wunsch, ich möchte das Vorgefallene nicht weiter nachtragen und der König von Preußen wünsche, ich möchte am nächsten Tag kommen und an seiner Tafel speisen. Die Antwort auf diese Briefe schließe ich hier gleichfalls bei. Ich lehnte die Einladung zur Tafel ab, da ich mich nicht für berechtigt hielte, noch bei Hof zu erscheinen, bevor ich die Befehle Ew. Majestät empfangen, und sagte dem General Borck, daß ich mich für verpflichtet hielte, dem König, meinem Herrn, alles mitzuteilen, was hier geschehen sei, da an eine Verheimlichung der Sache nicht gedacht werden könne, denn schon sei sie allbekannt und werde binnen kurzem an allen Höfen Europas bekannt sein. Dies ist der wahre Sachverhalt dieses unbegreiflichen Vorfalls. Aus den Briefen des Generals Borck werden Sie entnehmen, daß der König von Preußen, seit er zur Besinnung gekommen ist, sich selbst überzeugt hat von der Unverantwortlichkeit seines Vorgehens und sehr gewünscht hätte, daß es verheimlicht würde, was aber unmöglich war, weil eine Stunde danach der Vorfall in der ganzen Stadt besprochen wurde. Mir selbst macht dieser unglückliche Vorfall großen Kummer. Da es unmöglich war, diesen Wutanfall (this fit of madness) beim König von Preußen vorherzusehen, so konnte ihm auch nicht vorgebeugt werden, und nachdem es geschehen war, glaubte ich nicht anders, als ich

1) Carlyle II. 164.

es gethan habe, dagegen auftreten zu können, ohne den Charakter bloßzustellen, mit dem der König mich beehrt hat. Jedoch hoffe ich, daß diese Sache keine üblen Folgen haben wird, denn der König von Preußen schämt sich jetzt derart seines Benehmens, daß er gesagt hat, er wolle dem Grafen Degenfeld befehlen, seine Reise zu beschleunigen um diese Sache unverzüglich beizulegen. Da mir ohnehin durch Hauptmann Guy Dickens der Befehl des Königs zugegangen ist, sofort nach Hause zurückzukehren, so dachte ich nach dem Vorgefallenen, je eher ich reisen würde, desto besser werde es sein, zumal da doch persönliche Berichterstattung bei Sr. Majestät angebracht sein würde. Ich werde deshalb wenig Stunden nach diesem Boten reisen und das mit aller möglichen Eile[1]). Der König von Preußen reist nächsten Sonntag nach Ansbach ab."

Dieser Schlußbericht Hothams mußte wörtlich mitgeteilt werden, weil nur dadurch drei höchst bezeichnende Merkmale desselben zur vollen Wirkung gelangen. Das ist einmal die mehr als seltsame Art, wie die bisher totgeschwiegene Antwort des Königs auf die letzte Eröffnung in der Heiratsfrage nachträglich doch zur ganz verstohlenen Erwähnung kommt, und das ist sodann die wiederum höchst verdächtige Verschweigung zweier Thatsachen, welche die Handlungsweise Hothams grell beleuchten. Von diesen letzteren soll zunächst die Rede sein.

In einem zweiten Brief an Seckendorff, welcher Ce 11. juillet überschrieben ist, dem Zusammenhang nach aber vom 12. datiert sein muß, erzählt Grumbkow weiter:

„Als ich gestern zur Parade kam, sagte mir Borck, Hotham habe abgelehnt mit dem König zu speisen, und das sei ihm von den fremden Ministern, mit denen er Rats gepflogen habe, geraten worden. Ich bin entzückt das zu hören und fragte Löwenöhr im Vertrauen, ob das wahr sei. Er sagte mir das gerade Gegenteil und sprach lauten Tadel über Hothams rücksichtsloses, brutales und unverschämtes Verfahren aus (blâma hautement Hotham comme d'irrégularité, brutalité et impudence); er habe ihnen garnicht gesagt, daß ihn der König zur Tafel geladen habe, was er hätte annehmen sollen."

In seinem Bericht hatte Hotham gesagt, der Vorfall sei schon nach einer Stunde stadtbekannt gewesen. Wenn das richtig war, dann konnte es lediglich durch die Engländer verschuldet sein. Denn der König hatte, wie wir wissen, nur General Borck ins Vertrauen gezogen und dann General Grumbkow, die beide nicht die mindeste Ursache hatten,

1) Hothams Abreise erfolgte am 12. Juli.

darüber zu plaudern. Den fremden Ministern aber hatte Hotham selber Kenntnis davon gegeben, und wenn diese erfahren hätten, daß der König sofort das Seinige gethan, um die Sache wieder gutzumachen, dann hätten die fremden Höfe entweder, wenn nämlich Hotham annahm, gar nichts von dem Zwischenfall erfahren, oder aus ihrem vollständigen Bericht hätte man auswärts ersehen, daß der König der versöhnliche und Hotham der unversöhnliche Teil gewesen war. Durch Verschweigung der Thatsache, daß er selber den Vorfall zur Kenntnis der fremden Minister, d. i. der Oeffentlichkeit gebracht, ohne dabei die Einladung des Königs zu erwähnen, verschleierte Hotham, daß er absichtlich einen Bruch geschaffen hatte, der sich sehr gut hätte verhüten lassen.

Hotham hatte aber noch ganz anderes verschwiegen, nämlich daß er, der behauptete, einen Ausgleichsvorschlag nicht einmal anhören zu können, bevor er die Befehle seines Königs empfangen, selber einen Vorschlag hatte thun lassen, durch den dem König von Preußen eine unerhörte Demütigung zugemutet ward und der mithin wiederum nur zur Verschärfung des Bruches dienen konnte. Grumbkow fährt fort in seiner Erzählung:

„Wir stiegen hinauf, um mit dem König zu speisen, der mit Borck eingeschlossen war. Beim Heraustreten sagte er zu uns: Nun? Was sagen Sie von Herrn Hotham? Er will abreisen. Darauf erzählte Löwenöhr dem König alles, was sich zwischen ihnen ereignet hatte und verurteilte Hotham durchaus. Der König sagte, der Mann muß Händel suchen, und diese Leute wollen mir aus andern Gründen an den Leib; denn wenn ich den Beglaubigungsbrief des Königs von England auf die Erde geschleudert oder ihm den Brief Grumbkows an die Nase geworfen hätte, dann hätte er sich beschweren können, aber einen Brief meines Unterthans? Was thut denn ihm das? Ich habe ja auch gar nichts weiter gesagt als: Ei, ich glaubte diese Sache sei zu Ende! — und dann habe ich ihn stehen lassen. Ich weiß nicht, was diese Leute eigentlich wollen. Wer hat ihnen das Vorrecht gegeben, die Briefe meiner Unterthanen und meine eigenen aufzubrechen? Wenn das fortdauert, werde ich ihre Boten anhalten und ihre Koffer wegnehmen lassen. Diese Leute wollen Heiraten stiften und mich regieren, noch ehe sie das gethan haben: was werden sie erst nachher machen wollen. Sie wollen mich von meinen Freunden losreißen[1]) und das ist ja ein recht liebens-

1) Ein Billet von Friedrich Wilhelm, das einer Depesche Seckendorffs vom 7. Mai beiliegt, lautet so: „Ich habe keine ombrage von Kayser. Ich verlasse mich auf Gott und Seine kayserl. Parole. Seine Majestät der Kaiser soll durch

würdiger Weg dazu. Mische ich mich denn in ihre Walpole und Harrington? Wenn ich ihnen den Sturz meines Ministers bewillige, werden die andern von ihnen abhangen und sie werden nichts mehr unternehmen und nichts mehr thun können ohne die Obervormundschaft des Königs von England. Schließlich werde ich Grumbkow halten und alle die, die mir dienen, und so sprach er noch andres in demselben Sinn. Borck fragte er: Was wird jetzt geschehen? „Nieschț," lautete die Antwort. Ich sagte, wenn es sich um meine Sache handelte, würde ich dem Hof von England Mitteilung machen und Genugthuung von Hotham fordern wegen seines rücksichtslosen Benehmens, aber Borck sagte, man müsse abwarten, bis sie zu uns kämen.

Löwenöhr fragte Borck, was Hotham denn noch wollte? Borck sagte, er habe gewollt, der König sollte ihn rufen lassen, ihn freundlich anreden und ihm meinen Brief übergeben, damit Hotham ihn zum zweitenmal überreichte, dann sollte der König den Brief in die Tasche stecken und sagen, er werde die Sache prüfen lassen.

Der König sagte, das nennt man Abbitte thun und mir scheint, daß ich schon genug gethan hatte, als ich ihm durch Borck sagen ließ, ich bäte ihn zu Tisch, und da hätte ich ihm ja allerlei Artiges sagen können (faire une honnêteté). Endlich ging man zu Tisch und die Olympierin warf mir schreckliche Blicke zu. Man speiste und trank reichlich (on but copieusement)" [1]). —

Zur Ergänzung des letzten Teils vorstehenden Berichts heben wir aus dem Journal Seckendorffs vom 15. Juli folgende Stelle über die Erzählung des Königs heraus:

„Hotham sei, nachdem er den Grumbkowschen Brief zurückgenommen, davon gegangen: nachmittags aber um 3 Uhr hätte der König ein Billet auf seinem Tisch gefunden, in welchem Hotham um Postpferde für einen Kourier und auch für seine Person angehalten, maßen er nach

---

mir keine ombrage haben, denn ich sehr fest pro germania bin und verbleiben werde, und werde unser theures Vaterland nit vor alles in der Welt verkaufen oder verrathen. Man verlasse sich auf mir. Ich bin nit der Mann was zu versprechen noch zu schreiben, was nit in meinem Herzen ist; aber was ich schreibe, ist von herzen. Ich bin kein dummer Kerl. Hier ist nits zu rathen als fest mit dem Reich zu halten. Fr. W."

1) Beiläufig sei hier vermerkt, was Seckendorff in einem Bericht aus Meuselwitz vom 3. Juli dem Prinzen Eugen meldet: „Am 26. Juni wurde die ganze Armee vom gemeinen Soldaten bis zum Feldmarschall (im Lager zu Radewitz) traktiert, womit der ganze Tag zugebracht, der König von Preußen aber etwas berauschet worden, indem er denen regimenterweis von der ganzen Generalität vorgeführten Oberoffiziers per Regiment ein Glas, und also 28 Gläser getrunken."

dem, was vormittags vorgefallen, nicht mehr im Stand, weiter in publiken Geschäften etwas zu traktieren.

Der General Borck sei kurze Zeit darauf bei ihm, dem König, gekommen und hätte ein anderes vom Legationssekretär Guy Dickens an Borck geschriebenes Billet vorgezeigt, darin Guy Dickens zur Vermittlung dieser brouillerie vorgeschlagen, daß Seiner Majestät gefallen möchte, den Hotham zu sich kommen zu lassen und ihm zu deklarieren, wie Sie sich mit dem was vorgefallen übereilet, da alsdann Hotham den Grumbkowschen Brief an den König noch einmal geben, er solchen annehmen und versichern sollte, er wolle die Sache untersuchen und nach Befinden Satisfaktion geben lassen.

Der General Borck hätte geraten, der König möchte solches eingehen, allein er hätte absolut verweigert eine solche bassesse zu thun, endlich aber auf vieles Zureden dennoch permittiert, daß man den Hotham künftigen Mittag zur Tafel einladen sollte, da er ohne weitere Explikation selbigen höflich traktieren wollte, die Einladung sei auch wirklich geschehen, allein Hotham war nicht erschienen, sondern Tags darauf fort nach England, ohne ihn weiter zu sehen, gereist."

Die Erzählung des Königs, von der wir die wichtigsten Momente kennen, dauerte nahezu eine halbe Stunde und endete mit dem Befehl an Seckendorff, dem Prinzen Eugen von allem Bericht zu erstatten und dessen Meinung darüber einzuholen.

In dem Verfahren des Königs ist vielerlei unerklärlich, das man erklärlich findet, wenn man eine Klage von ihm liest, welche zeigt, daß er es als sein besonderes Unglück betrachtete, daß ihm, ganz abgesehen von seinem Mangel an Selbstbeherrschung, erstens die Fähigkeit abging, mit Diplomaten umzugehen und in der Sprache der Diplomaten sich mündlich und schriftlich formgerecht auszudrücken, und daß er zweitens in seiner Umgebung keinen hatte, der mit dieser Fähigkeit vollkommene Rechtschaffenheit und strengpreußische Gesinnung vereinigte.

In Seckendorffs Journal finden wir unter dem 17. Juli eine Herzensergießung des Königs über diese Angelegenheit. An dem alten Ilgen, sagte der König, habe er viel verloren, aber eben dieses sei mit Ursache, daß er nun keine rechtschaffenen Leute mehr habe, denn er habe in seinem Drang, alles selber zu thun, nicht bloß für keinen jüngeren Nachwuchs gesorgt, sondern die Heranziehung eines solchen geradezu verhindert. Oft habe er, der König, gemahnt, man solle den jungen Thulemeyer nach Wien schicken, ihn auch ein paar Jahre sich in Frankreich aufhalten lassen; damit er dieser beiden Höfe „Art und Eigenschaft" gründlich kennen lerne. Aber der alte Ilgen habe das nie

gewollt und ihm den Cnyphausen „angehängt", der ja bekanntermaßen Fähigkeit genug besitze, aber ganz englisch und französisch gesinnt und dabei faul sei; Borck sei ein ehrlicher Mann, aber „bei der Feder nicht aufgekommen und auch veränderlich"; man habe ihm allerlei junge Leute empfohlen, so den jungen Borck, der aber auch noch lange zu lernen habe, bis etwas aus ihm würde; den jungen Natzmer habe er verwenden und nach Schweden schicken wollen, weil er Verstand zeigte, aber der Vater habe ihn gebeten, davon abzusehen, weil er fürchtete, er würde Fehler machen." So sei er denn übel daran und wenn das geringste vorfalle, wisse er nicht, bei wem er sich Rats erholen solle. In dem Fall Hotham habe er nicht gewußt, was zu thun sei. Borck hätte ihm „bassessen" angeraten, Grumbkow, auf dessen Ehrlichkeit er sich sonst verließ [1]), sei an der Sache beteiligt und nun der Hotham so brusquement abgereist, würde vielleicht noch mehr Lärm entstehen. Wäre der alte Ilgen noch am Leben, dann hätte er sicherlich schon seinen an allen ausländischen Höfen befindlichen Ministern Nachricht gegeben, damit man, wenn weitere Streitigkeiten entständen, auch wisse, daß lediglich Hothams Auftreten schuld daran gewesen sei. Englands Absehen gehe eben dahin, die wenigen treuen Diener, die er noch habe, von ihm zu entfernen und ihm zuwider zu machen; gelinge ihnen das, dann hätten sie bei den übrigen, die ohnehin schon für England seien, gewonnen Spiel und er müsse sich dann wider seinen Willen von England regieren lassen."

Was aber in dem Verhalten Hothams unerklärlich erscheint, das wird vollkommen klar, wenn man überhaupt und namentlich an dieser Stelle stets vor Augen hat, daß sein wirklicher Zweck, sein wirklicher Auftrag mit dem, was er angeblich wollte und sollte, gar nichts zu schaffen hatte, daß er mit einem Worte gar keine Heirat, sondern lediglich den Sturz Grumbkows herbeiführen sollte.

Wäre, wie er vorgab, sein Zweck gewesen die Doppelheirat zustande zu bringen, so war diese in der Audienz vom 9. Juli in der hier allein möglichen Gestalt erreicht und er wäre, nachdem er sie erreicht, sofort

1) In einer Zifferndepesche des Prinzen Eugen an Seckendorff vom 24. Mai 1730 finden wir folgende Stelle: „Grumbkow hingegen, der wie mit dem König umzugehen, vollkommen weiß und von dem hinwieder der König die Idee eines ehrlichen Mannes, wie er in sich ist, jederzeit gehabt, wird was er zu thun am besten selbst erkennen, und hoffe ich, daß es mit demselben, da von dem ihm zugekommenen Geld außer kayserlicher Majestät, Ew. Excellenz und ich, niemand auf der Welt was weiß, man hiebei nichts zu besorgen und keine Gefahr so leicht haben dürfte."

nach England zurückgereist, um sich den Auftrag für die Werbung selbst zu holen. In seiner letzten schriftlichen Antwort hatte der König am 16. Juni von den politischen Bürgschaften nichts mehr gesagt, über welche die Engländer so sehr in Aufregung geraten waren, er hatte wegen der englischen Heirat seines Kronprinzen, die er im Grundsatz wiederholt versprochen hatte, nur noch den Einwand erhoben, der Kronprinz sei noch zu jung, und das war ja ein Mangel, der sich jeden Tag verbesserte. Erst mit 30 Jahren glaubte er, werde sein Aeltester reif werden für eine englische Heirat. Wenn er nun auch diese Jahresziffer fallen ließ und nur einen Aufschub begehrte, über dessen Dauer man später sich vereinbaren konnte, dann war ja die angeblich so heiß ersehnte Doppelheirat wirklich zu haben, man brauchte nur zuzugreifen, und dies war nun die Lage die eintrat, als der König, wie wir uns erinnern, an Hotham eine Antwort gab, die er selber als eine Zustimmung bezeichnete, obwohl er ein letztes Wort am andern Tag durch Borck geben zu lassen sich vorbehielt.

Wie aber hatte Hotham diese nach der Antwort vom 16. Juni höchst überraschende Wendung erzielt? Hierüber sagt er selber gar nichts, wie er ja auch die Wendung selbst mit keinem Wort berührt. Aber aus den Worten des Königs entnehmen wir die Antwort auf diese Frage. Er hat erstens am 9. Juli ein „verchamarirtes Kleid" angehabt, so daß der König glaubte, er komme nun wirklich als Brautwerber des Prinzen von Wales, zweitens ließ er in seiner Anrede an den König nun endlich gerade das fallen, was diesen bisher so sehr verletzt hatte, nämlich die Forderung, daß der achtzehnjährige Kronprinz durchaus mit seiner um zwei Jahre älteren Schwester zusammen heiraten sollte, und drittens stellte er jetzt zum erstenmal die „einfache Heirat" in Aussicht, wenn nur für die Zukunft die Vermählung des Kronprinzen mit einer englischen Prinzessin zugesagt ward, also die zeitliche Trennung der beiden Heiraten, die er bisher unbedingt verweigert, hatte er nun endlich zugestanden.

Aber eine Ermächtigung so zu handeln finden wir nicht in den Weisungen vom 1. Juli (= 20. Juni a. St.). Die einfache Heirat des Prinzen von Wales mit der Kronprinzessin von Preußen zuzusagen, gegen das bloße Versprechen einer künftigen englischen Heirat des Kronprinzen von Preußen lag durchaus nicht in den letzten Weisungen, die er erhalten, wie es denn den früheren schnurstracks zuwiderlief. Nur „Erläuterungen" sollte er sich ausbitten, wie früher über den Brief der Königin von Preußen vom 17. Dezember 1729, so jetzt über den Bescheid vom 16. Juni, aber Versprechungen zu geben, welche ein Aufgeben des

ursprünglichen Programms, ein Zurücktreten von der bisherigen Vorbedingung jeder Heirat, über welche jetzt seit drei Monaten verhandelt ward, war ihm keineswegs gestattet, geschweige denn anbefohlen. Allerdings hatte er ein geheimes Schriftstück in französischer Sprache erhalten, das seinem Gedächtnis zur Stütze dienen sollte bei der Verhandlung mit dem König und der Text dieses Schriftstückes liegt mir nicht vor. Aber von dem „purport", dem Gedankeninhalt dieses Schriftstückes, heißt es in den Weisungen ausdrücklich, er laute auch nur auf die Bitte um weitere „Erläuterungen" (explanations) über den Bescheid vom 16. Juni hinaus. Daß ein Auftrag darin enthalten sei, der die ganze bisherige Verhandlung auf den Kopf gestellt haben würde, wird mit keinem Wort angedeutet. Folglich bleibt nichts anderes übrig, als anzunehmen, daß Hotham über seine Aufträge eigenmächtig weit hinausgegangen, oder vielmehr ihnen geradezu entgegen gehandelt hat, denn zu einer bindenden Zusage in betreff der einfachen Heirat war er bisher nie ermächtigt worden, konnte er nach den Weisungen vom 1. Juli (= 20. Juni a. St.) jetzt weniger als je ermächtigt sein; daß er sich das aber, um eines Erfolges in anderer Richtung willen, für gestattet halten mochte, weil er ja Schriftliches nicht übergab und auch sein Hof nichts davon erfuhr, wenn er es nicht selbst berichtete, und jeden Bericht darüber hat er denn auch weislich unterlassen. Er hat nichts berichtet von der Voraudienz des 9. Juli, nichts von seiner Anrede an den König, nichts von dessen Antwort, nichts von der Einigung, die der König jetzt in betreff der einfachen Heirat als getroffen erachten mußte, und auch nichts von dem Inhalt des Schlußbescheides, den ihm am 10. Borck überbracht hat. Daß er ihm überbracht worden ist, sagt er allerdings in seinem Bericht vom 11., den wir kennen; daß er bloß mündlich erteilt worden ist, sagt er ausdrücklich, aber über den Inhalt, den er gerade deshalb, weil er bloß mündlich mitgeteilt worden ist, seinerseits nun vollkommen wörtlich zu Papier bringen mußte, und nicht bloß zum Zweck mündlicher Berichterstattung in London seinem Gedächtnis anvertrauen durfte, verrät er kein Wort, und daß er darüber in einem anderen Schriftstück berichtet habe oder berichten wolle, sagt er auch nicht. Folglich erfuhr der englische Hof gar nichts von dem Ausgang der Heiratsverhandlung, und damit liegt am Tage, daß, was wir längst erraten haben, dem englischen Hof wie seinem außerordentlichen Abgesandten an dieser ganzen Heiratssache gar nichts gelegen war, wohl aber alles an einem ganz anderen Zweck, dem die Heiratsverhandlung nur als ein ganz unehrlich, durch und durch heuchlerisch verwendetes Mittel diente.

Auch diesen wahren und einzigen Zweck der ganzen Sendung

Hothams kennen wir schon, und deshalb wissen wir auch, daß Hotham, um diesen zu erreichen, in der That nichts Besseres thun konnte, als daß er ihm seinen und seiner ganzen Familie Lieblingsgedanken, die Heirat seiner Tochter mit dem Prinzen von Wales, in so verlockender Nähe zeigte, wie das am 9. Juli geschehen ist, um den König für den Anlauf, den er am 10. vorhatte, im voraus breit zu schlagen.

Nachdem der König aber diesen letzten Sturmangriff zurückgewiesen in einer Weise, die endgültig zeigte, daß Grumbkow unerschütterlich im Vertrauen seines Königs stehe, da geberdete sich Hotham wie sich nur einer geberden kann, der einen Bruch schaffen will, um einer doch hoffnungslos verfahrenen Sache mit der Miene tiefgekränkter Unschuld ein Ende zu machen. Die Unversöhnlichkeit, welche Hotham zur Schau trägt, läßt sich aus dem Hergang selber, den ja der König sogleich wieder gut machen wollte, garnicht erklären. Sachlich war doch der König im Recht, wenn er wild wurde über die Frechheit, mit der da immer und immer wieder von gestohlenen Briefen Gebrauch gemacht ward gegen seinen Residenten und seinen Minister, wenn er, nachdem er diesem schamlosen Spiel lange genug zugesehen, endlich ungeduldig ward, da es gar kein Ende nehmen wollte, wenn er selber endlich Genugthuung verlangte für das beständige Unterschlagen und Aufbrechen der Briefe seiner Diener und seiner eignen Briefe und unerträglich fand daß ihm zugemutet ward, er solle sich das gefallen lassen, wie wenn das ganz in der Ordnung wäre. Er war hier der beleidigte, der herausgeforderte Teil, der Genugthuung zu fordern hatte und der schon mehr that als ein billig Denkender verlangen konnte, wenn er den unverschämtesten Diplomaten, den England jemals über den Kanal herübergesendet, auf den nächsten Tag auch noch zur Tafel lud.

Und womit vergalt Hotham dieses Entgegenkommen? Erstens dadurch, daß er den fremden Ministern, denen er seinen Fall vorlegte, keine Kenntnis von der Einladung des Königs gab, so daß diese glauben mußten, der König habe nichts gethan, um den Zwischenfall beizulegen; zweitens daß er die Einladung zurückwies, wie wenn das von der öffentlichen Meinung der diplomatischen Welt gefordert würde, während der unparteiische dänische Gesandte ihn verleugnete, sowie er Kenntnis von der Einladung erhielt; drittens dadurch, daß er, der behauptete, er könne ohne besonderen Auftrag seines königlichen Herrn Ausgleichsvorschläge nicht einmal anhören, einen solchen Vorschlag durch Guy Dickens machen ließ, der eine neue, geradezu empörende Beschimpfung des Königs enthielt. Ein König, der sich solch eine Demütigung hätte von England befehlen lassen, wie sie ihm hier zugemutet ward, hätte sich vor

keinem anständigen Menschen, geschweige denn vor irgend einem Gesandten oder Minister mehr sehen lassen können.

So handelte nur ein Minister, der einen Bruch und zwar einen vollständigen Bruch wollte und froh war um einen Vorwand, der ihm den Schein rechtmäßigen Handelns lieh. Mit der Heiratsfrage aber hing dieser Zwischenfall sachlich garnicht zusammen. Das „königliche Wort", das ihm Friedrich Wilhelm am 9. gegeben und trotz des eben Vorgefallenen durch Borck am 10. hatte bekräftigen lassen, wurde doch nicht hinfällig dadurch, daß ihn in einer ganz anderen Angelegenheit gerechter Zorn übermannt hatte. Wollte Hotham durchaus nicht weiter verhandeln, so war doch sein Stellvertreter Guy Dickens da; dem konnte Hotham die Heiratssache übergeben, während er in London die „Genugthuung" für den in seiner Person dem König angeblich widerfahrenen Schimpf betrieb. Eine große Staatsangelegenheit wie die „innige Verbindung" der Häuser Brandenburg und Braunschweig konnte doch nicht scheitern an einem rein persönlichen Handel. Statt dessen ist für Hotham von dem Augenblick an, da sein letzter Anlauf wider Grumbkow gescheitert ist, der ganze Heiratsplan, der einfache wie der doppelte, gar nicht mehr vorhanden. Er berichtet nichts über den großen Erfolg, den er am Tag vorher davon getragen, er sagt nichts über den Inhalt des mündlichen Bescheides, den ihm am 10. der General Borck überbracht, nachdem er den Auftritt mit dem König gehabt, durch den also der König selber die Heiratsverhandlung als keineswegs abgebrochen bezeichnete. Er hinterläßt auch Guy Dickens keinerlei Aufträge und dieser erhält solche auch nicht nach der Hand von seinem Hof. Der ganze Doppelheiratsantrag ist wie durch eine Versenkung verschwunden, sowie die Unerschütterlichkeit Grumbkows außer Zweifel ist. Folglich war eben bloß der Sturz Grumbkows der Zweck der Sendung Hothams und nicht irgend ein Verlangen nach einer oder gar zwei Heiraten.

Und nun blicken wir rückwärts und schauen uns die vertraulichen Weisungen noch einmal an, welche Hotham am 5./16. März vor seiner Abreise durch König Georg II. erhalten hat [1]). In diesen war wie wir uns erinnern, mit keinem Wort von einem Auftrag die Rede, um die Kronprinzessin von Preußen für den Prinzen von Wales, um den Kronprinzen von Preußen für die Prinzessin Amalie zu werben, sondern einzig und allein davon, daß nach Ansicht des preußischen Ministers Cnyphausen die Sendung eines Mannes wie Hotham das Mittel sein würde, den König von Preußen vom Kaiser loszureißen und für den

1) Forschungen VII. 381/82.

Anschluß an England-Hannover zu gewinnen. So der König über den Zweck der Absendung Hothams. Und das Mittel? Dieses enthüllt uns der Minister Lord Townshend in einer Weisung an Hotham, welche zu Whitehall den 7./18. März angefertigt ist, in der er ihm die aufgefangenen Briefe Reichenbachs und Grumbkows zusendet, um damit diese beiden Säulen der kaiserlichen Partei am preußischen Hofe umzustürzen [1]). Der Gedanke dieser Sendung war durch den preußischen Minister v. Cnyphausen nach England vermittelt worden, dort aber ging man erst darauf ein, als man im Januar 1730 auf dem Postamt von St. Mary Axe dem Briefwechsel zwischen Grumbkow und Reichenbach auf die Spur kam [2]). Mit diesen Thatsachen, die den Anfang der ganzen Intrigue beleuchten, muß man zusammenhalten, was wir eben über ihren Schluß ermittelt haben, um nunmehr gar keinen Zweifel mehr daran zu haben, daß der berühmte Doppelheiratsantrag einer ganz gewissenlosen „Betrügerei" als Vorhang und Vorwand gedient hat.

Geradezu unsittlich war dabei das Spiel, das mit dem Kronprinzen Friedrich getrieben worden ist.

In einer besonderen Depesche vom 27. Mai hatte Hotham im Auftrag des Kronprinzen Friedrich ein Schreiben des letzteren an den König von England übermittelt, in welchem der Kronprinz sich anheischig machte, nach England zu fliehen und die Prinzessin Amalie zu heiraten, wenn dafür der König von England bereit wäre, die Heirat seiner Schwester mit dem Prinzen von Wales zu schließen. Das wäre eine sehr einfache Lösung der ganzen Frage der Doppelheirat gewesen, wenn man, wie es schien, mit dem König Friedrich Wilhelm doch nicht ins Reine kam, allerdings eine gewaltsame Lösung, die sehr ernste politische und persönliche Folgen haben konnte; jedenfalls aber lag ein Erbieten vor, über das der König Georg sich äußern mußte, entweder zustimmend oder ablehnend, und zwar sofort, ohne Aufschub, zumal dann, wenn er nicht einverstanden war, denn die bloße Unklarheit über seine Haltung in solchem Fall konnte den Kronprinzen zu Uebereilungen verleiten, die sich gar nicht wieder gut machen ließen. Durch sein unerbittliches Bestehen auf der Doppelheirat hatte der König selbst den Gedanken geweckt, daß ihn ein gar nicht zu bändigendes Verlangen nach diesem Schwiegersohn beseele; wenn er dem nicht ausdrücklich widersprach und zwar mit unwidersprechlichen Gründen, dann mußte der Kronprinz glauben, er würde, wenn er mit herzhaftem Entschluß selber seine Ketten

1) Forschungen VIII. S. 188.
2) Forschungen VIII. S. 499.

brach, den geheimsten Wünschen des Königs entgegenkommen, er werde gerade das thun, was der Oheim eigentlich haben wollte, aber der König Ursach hatte nicht auszusprechen.

Aber der König äußerte sich garnicht; alle Briefe, auch die geheimsten, zwischen den beiden Höfen wurden der Sicherheit wegen durch Hothams Kouriere befördert, und in seinen Depeschen als eingelaufen oder abgegangen erwähnt, auch wenn ihm über den Inhalt keinerlei Andeutung gemacht ward, aber ein Brief des Königs Georg an seinen Neffen ist nicht gekommen und auch keinerlei Auftrag für ihn an Hotham eingegangen, obwohl Hotham keine Gelegenheit verabsäumt hatte, auf die mitleiderregende Lage des Unglücklichen hinzuweisen und ihn sogar zur Heirat wärmstens zu empfehlen [1]). Als aber Hotham am 16. Juni seinen Legationssekretär Guy Dickens aus dem Lager von Radewitz nach England abgehen ließ mit den Aufträgen, die wir schon kennen, da gab er ihm noch ein „ganz geheimes" (most secret) Schreiben mit, welches lautete:

„Der Gegenstand dieser Depesche ist so wichtig und geht die Person und die Sicherheit des Kronprinzen so nahe an, daß ich glaube, ich könnte nicht zuviel Vorsicht anwenden und habe deshalb den Hauptmann Guy Dickens damit betraut: ich hielt umsomehr für nötig ihn zu senden, weil er vollkommen unterrichtet ist über alle Dinge und Sr. Majestät alle Erläuterungen geben kann, die er in dieser wichtigen Sache haben muß. Hätte ich einen gewöhnlichen Boten gesendet, so wäre manche Aufklärung nötig gewesen, die ich vielleicht nicht mehr hätte absenden können, bevor der Prinz seinen Vorsatz zur Ausführung bringt. Ich muß Ew. Gnaden jetzt mitteilen, daß der Prinz vor einigen Tagen, als er, was selten genug vorkommt, einmal ohne seine Spione war, zufällig mit Hauptmann Guy Dickens zusammentraf und ihn bat, ihm in sein Zelt zu folgen. Hier sagte er ihm, er hätte lange auf eine Gelegenheit gewartet, ihn oder mich im Vertrauen zu sprechen über seine augenblickliche tief traurige (melancholy) Lage. Er könne die beleidigende Mißhandlung nicht länger ertragen, die ihm sein Vater jeden Tag widerfahren lasse und sei deshalb entschlossen, sich selbst zu befreien, sobald er irgend könne, und er glaube, dazu habe er eine sehr gute Gelegenheit, da er den König, seinen Vater, nach Ansbach zu begleiten habe, von wo ein Ausflug nach Stuttgart gemacht werden würde, was nicht weit von Straßburg entfernt sei. Er sei entschlossen, dorthin zu entfliehen und von da nach Paris, wo er nur sechs Wochen oder zwei

1) Forschungen VIII. 195.

Monate zu bleiben gedenke und dann nach England hinüber zu gehen. Er fügte hinzu, nach Frankreich wolle er zuerst gehen und dort einen Aufenthalt nehmen, denn wenn er sogleich nach England gehe, würde der Vater argwöhnen, seine Mutter, die Königin, sei eingeweiht in diesen Plan und das würde sie sehr grausamer Behandlung aussetzen. S. K. Hoheit wünschte, der Hauptmann Guy Dickens möchte mich mit diesem seinem Vorhaben bekannt machen. Er verläßt sich ganz und gar auf die Güte und Liebe des Königs, solche Maßregeln zu ergreifen, welche er am meisten geeignet finden würde, um seine Schwester vor dem Untergang zu retten. Er schien zugleich ernstlich zu wünschen, daß irgend ein Verfahren gefunden werden möchte, um ihre Person in Sicherheit zu bringen, bevor die Reise nach Ansbach angetreten würde. Aber er sagte, ob das geschehen könne oder nicht, sein eigner Entschluß, zur That zu schreiten, stehe fest. Er sagte weiter, seine Maßregeln seien gut getroffen, es fehle ihm an nichts, was seine Flucht erleichtern könnte, und er wünschte, ich möchte an unseren Hof schreiben, damit er den Hof von Frankreich bestimme, ihm seinen Schutz zu gewähren. Das ists, was der Prinz durch mich Sr. Majestät zu wissen thun wollte und ihm lege ich es vor, um solche Maßregeln zu ergreifen, die er am meisten wirksam finden wird. Es ist möglich daß die Sache mißlingt, entweder weil der Prinz zu streng bewacht wird oder infolge irgend eines andern unvorhergesehenen Zwischenfalls; aber es ist kein Zweifel daran gestattet, daß der Prinz einen festen Entschluß gefaßt hat und daß er selbst durch große Gefahren sich nicht abschrecken lassen wird, den Druck abzuwerfen, unter dem er jetzt lebt. Da des Königs von Preußen Aufenthalt in Berlin nach seiner Rückkehr nur sehr kurz sein wird, so muß ich bitten, daß der Hauptmann Guy Dickens sobald als möglich zurückgesendet werde, damit der Kronprinz Sr. Majestät Ansichten über diese Dinge kennen lernt, bevor er nach Ansbach aufbricht."

Auf diese Eröffnung des Kronprinzen ist nun endlich eine Antwort des Königs von England erfolgt. Sie ist in einem französischen Schriftstück enthalten, das Carlyle schon vor langer Zeit veröffentlicht hat[1]), das aber jetzt erst verstanden werden kann. Es lautet in deutscher Uebertragung: „Herr Guy Dickens könnte dem Prinzen in den stärksten Worten die Teilnahme versichern, die der König mit seiner Lage empfindet, und den aufrichtigen Wunsch Sr. Majestät beteuern, alles beizutragen, was seinerseits geschehen könnte, um ihn daraus zu befreien. Herr Guy Dickens könnte ihm zugleich die an Herrn Hotham erteilten

1) Carlyle II. 161.

Weisungen mitteilen und ihm bemerken, es sei zu hoffen, daß S. M. von Preußen sich nicht weigern würde, sich wenigstens etwas genauer auszusprechen, als dies bisher geschehen sei. In Erwartung der Folgen, welche diese Unterhandlung haben könnte, sei S. M. der Ansicht, der Prinz werde gut thun, die Ausführung seines bekannten Vorhabens ein wenig zu verschieben: die Lage, in welcher sich die Angelegenheiten Europas in diesem kritischen Augenblick befänden, scheine nicht dazu angethan, die Ausführung eines solchen Unternehmens zu begünstigen! Was die kundgegebene Absicht des Prinzen angeht, sich nach Frankreich zurückzuziehen, so glaube S. M., daß dieselbe reifliche Ueberlegung fordere und daß die Kürze der Zeit nicht einmal gestatte, sich zu vergewissern, wie der Hof von Frankreich darüber denken möchte, und doch hielte S. M. für unerläßlich, sich hierüber Gewißheit zu verschaffen, bevor er einem Prinzen, der ihm so teuer ist, raten könnte, sich in dieses Land zurückzuziehen."

„Ein wenig verschieben" soll also der verzweifelte Kronprinz seine Verzweiflungsthat, aber wie lange, bis auf welches Ereignis? So lange bis der König nähere Erklärungen gegeben haben wird über seine letzte Erklärung und bis der Hof von Frankreich sich erklärt haben wird über die Aufnahme, welche er dem Kronprinzen gewähren wird. Von der Aufnahme, welche der Prinz in England, seinem eigentlichen Fluchtziel, zu erwarten hat, wo er eine liebende Braut und seiner sehnsüchtig harrende Schwiegereltern vermuten muß, ist mit keinem Wort die Rede, trotz aller Versicherungen aufrichtigsten Mitgefühls und herzlichsten Verlangens, dem Unglücklichen behülflich zu sein. Ja, wer die wirkliche Absicht des Prinzen nicht kennte, würde aus dieser Antwort sie gar nicht erraten, sondern höchstens auf den Plan einer eigenmächtigen Vergnügungs- oder Studienreise nach Frankreich schließen können. Nach alldem, was die englische Diplomatie gethan, um den häuslichen Krieg in der königlichen Familie zu schüren, um die mit ihrem Vater hadernden Kinder zu bestärken in ihrem Trotz und zuletzt durch die Sendung Hothams mit dem angeblichen Doppelheiratsantrag beide mit den kühnsten Hoffnungen zu erfüllen, mußte, nachdem gegen den in London so wohl bekannten Fluchtgedanken niemals auch nur ein Wort der Abmahnung erfolgt war, ein Bescheid wie dieser dem Kronprinzen nicht blos eine niederschmetternde Enttäuschung bereiten, sondern geradezu wie Treulosigkeit und Verräterei erscheinen. Man ließ den Armen schuldig werden und überließ ihn nun der Pein. Sehen wir ab von der unglaublichen Herzlosigkeit, die sich in solcher Handlungsweise auf Seiten des Königs offenbarte, während zwischen den Damen der beiden königlichen Häuser ein überaus zärtlicher Briefwechsel

ununterbrochen herüber- und hinüberging; aus den Worten, in welchen hier von den neusten Weisungen an Hotham und ihrem voraussichtlichen Erfolg gesprochen wird, geht das eine mit unwidersprechlicher Klarheit hervor, daß in Windsor an ein Zustandekommen der Doppelheirat in der Weise, wie Hotham das am 9. Juli dem König vorgespiegelt hat, garnicht gedacht worden sein kann. Denn sonst hätte der Rat nicht wie hier gelautet: „Warte noch ein Weilchen", sondern er hätte mit jeder nur möglichen Bestimmtheit lauten müssen: „Nichts von Flucht, die Rettung steht bevor. Die Heirat deiner Schwester ist bewilligt und deine eigne ist für die Zukunft gesichert". Statt dessen wird er hier auf „Erläuterungen" vertröstet, die der König vielleicht geben, vielleicht aber auch versagen wird, in einer Sache, die in drei langen Monaten mit allen möglichen Erklärungen nicht um einen Schritt von der Stelle gefördert worden war. Ein einziges Wort aber von einer wirklichen Wendung, die ja England allein in der Hand hatte und jeden Augenblick herbeiführen konnte, wenn es nur wollte, sei es am 8. Juli durch Guy Dickens oder am 9. nach der Audienz durch Hotham an den Kronprinzen mitgeteilt, würde gewirkt haben wie eine Erlösung und jeder Uebereilung des Kronprinzen war endgültig vorgebeugt. Auch dieser Schlußbescheid des Königs ist ein Beweis dafür, daß Hotham mit den Zusagen vom 9. Juli seinen Weisungen durchaus entgegengehandelt hat, bloß um den König für den Hauptangriff, den er für den nächsten Tag plante, mürbe zu machen, und als dieser gescheitert war, sich genötigt sah, den ganzen Vorgang des 9. in Vergessenheit zu begraben, ihn tot zu schweigen, wie er das auch nach Kräften gethan hat und thun konnte, ohne Strafe fürchten zu müssen, denn wenn er jetzt die letzte Verpflichtung zu einer Heirat vernichtete, that er ja nur das, was man in London von Anfang an gewollt hatte.

Das einzige bleibende Ergebnis, das diese ganze Trugverhandlung hinterlassen hat, war eine neue, sehr zweckmäßige Einrichtung am preußischen Hof, die im wesentlichen noch jetzt besteht, von der bloß nicht bekannt war, daß sie dieser Verhandlung ihren Ursprung verdankt. Unter dem 22. Juli berichtet Guy Dickens aus Berlin: Der König hat infolge des Vorfalls zwischen ihm und Sir Charles Hotham die Entschließung gefaßt, mit fremden Ministern überhaupt nicht mehr persönlich zu verhandeln. Diese Entschließung wird binnen kurzem den fremden Ministern mitgeteilt werden, mit dem Bedeuten, daß wenn sie etwas auf Befehl ihrer Höfe im Auftrag haben, sie sich unmittelbar an die Herren Borck und Cnyphausen zu wenden haben, die Sr. Preußischen Majestät Hauptminister für auswärtige Angelegenheiten sind.

## III.

# Der Streit über den Ursprung des deutsch-französischen Krieges.

Ein Bericht, erstattet von **Herman v. Petersdorff.**

---

### Uebersicht.

Es ist ein sonderbares Zusammentreffen, daß neuerdings gleichzeitig zwei große Kontroversen die deutsche Geschichtsforschung eifrig beschäftigt haben, die sich beide um den Ursprung der Kriege drehen, denen Preußen-Deutschland hauptsächlich seine Großmachtstellung verdankt. In dem Streit um den Ursprung des Siebenjährigen Krieges unternahm es ein deutscher Gelehrter von Ruf einen grundstürzenden Vorstoß gegen die bisher herrschende Auffassung zu führen, und setzte dadurch zahllose Federn in Bewegung, die sich fast ausnahmslos gegen ihn erklärten. Max Lehmann hatte in seiner „leidenschaftlichen Wahrheitsliebe" Züge an Preußens größtem Könige zu entdecken geglaubt, die das Bild Friedrichs bedenklich verändert hätten. Ob der unerwarteten Eideshelferschaft jauchzte dem „unparteiischen Forscher" aus Grabestiefe so manche im Meer der Zeiten versunkene Gestalt zu, und alles, was Preußen mißgünstig ist, brummte ihm mehr oder minder verhalten Beifall. Es war aber nichts mit der macchiavellistischen Politik Friedrichs des Großen, wie der Herausgeber dieser Zeitschrift am schlagendsten auf Grund der von Lehmann selbst eingesehenen Akten nachweisen konnte. Anders, nicht minder interessant, war das Schauspiel, das die Kontroverse über den Ursprung des deutsch-französischen Krieges von 1870/71 bot. Hier verfocht allein gegen eine Schar von Forschern oder Publizisten ein fast achtzigjähriger Greis, der Altmeister unter den neueren deutschen Historikern, Heinrich v. Sybel, seine Theorie über die Entstehung des Krieges

von 1870/71. Seine Gegner, insbesondere Hans Delbrück, eigentümlicherweise auch einer der wenigen Parteigänger Lehmanns, erwiesen sich groß in der Entlastung der Gegner der Bismarckschen Politik; und wieder brummten die Feinde deutscher Größe und deutscher Einheit inner- und außerhalb der Reichspfähle verstohlen oder vernehmlich, je nach den Umständen, Beifall. Es war ganz klar, wie 1756 so war auch 1870 ein Mann auf preußisch-deutscher Seite thätig, der mit teuflischer Ueberlegenheit den unvorbereiteten Gegner in den Krieg verwickelte. Wenn selbst eine Stütze deutscher Größe, wie Constantin Rößler, das schlankweg behauptete, so mußte es ja wahr sein. Der Hauptwortführer im Streite gegen Sybel, Hans Delbrück, nimmt zwar an, daß von drei Seiten der Krieg gegen Preußen vorbereitet wurde, aber auch er vertritt die Ansicht, daß ausschlaggebend für den Ausbruch des Kriegs die Genialität des norddeutschen Bundeskanzlers war, der den geeignetsten Augenblick zum Losschlagen wahrnahm. Er legt es ihm als großes Verdienst aus, und in dem Zusammenhange seiner Darstellung hat er ein Recht dazu. Die große Masse der befangen Urteilenden hört indes nur das Zugeständnis heraus, daß Bismarck den Krieg herbeigeführt hat und ist mit der Verurteilung fertig. Dem leistet die Delbrückschе Theorie unwillkürlich Vorschub, wenngleich auch Delbrück nichts von einer Depeschenfälschung wissen will. Der Gesamteindruck des Ansturms gegen Sybel ist jedenfalls der geblieben, daß das letzte, was der große Historiker uns geschenkt hat, sein siebenter Band der Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I., als ein mißlungenes Werk betrachtet werden müsse, und man bedauert es wohl lebhaft, daß dem so sei. Freilich, der streitbare Greis hatte nicht mehr das letzte Wort nehmen können, da die Hauptschrift gegen ihn erst nach seinem Tode erschien.

Es liegt in der Natur der Sache, daß die Entstehung des letzten großen Krieges zwischen Frankreich und der deutschen Nation nach einem Vierteljahrhundert noch nicht völlig geklärt sein kann, und man wird voraussetzen müssen, daß hier und da noch einige, vielleicht nicht ganz unerhebliche Klärungen durch weitere Veröffentlichungen eintreten können. Graf Beust hat in seinen 1887 erschienenen Memoiren sogar die Ansicht aufgestellt: „Die wahre Genesis der für Frankreich so verhängnisvollen Kriegserklärung wird vielleicht nie vollständig aufgeklärt werden." Trotzdem läßt sich u. E. schon auf Grund des vorhandenen Materials ein verhältnismäßig klares Bild von den Ursachen und der Genesis des Krieges zeichnen. Es wird angemessen sein, wenn wir unsere Darlegung in die Gestalt eines Berichtes über die Ergebnisse des Streites zwischen Sybel und seinen mehr oder minder wissenschaftlichen Gegnern kleiden,

besonders deswegen, weil vielfach bei dem Hin und Her einige Unklarheit darüber entstanden sein dürfte, was denn wirklich bewiesen und unbewiesen ist, weil die wenigsten das Für und Wider im Zusammenhange haben prüfen können.

Die Phasen des Kampfes, den der Geschichtschreiber Wilhelms I. zu bestehen hatte, sind in folgenden Angaben angedeutet. Nachdem der 7. Band des Sybelschen Werkes Anfang Dezember 1894 erschienen war, ergriff zuerst Constantin Rößler[1]) das Wort und besprach im Januarheft der Preußischen Jahrbücher das Werk mit einer gewissen Ueberlegenheit, mit dem Nimbus des Diplomaten, der unendlich viel mehr weiß als alle Weisheit eines Geschichtsschreibers, und hieße er Heinrich v. Sybel, sich träumen läßt. Schon im Februarhefte derselben, inzwischen ja bereits seit 1889 nicht mehr unter der Aegide eines Heinrich v. Treitschke erscheinenden Zeitschrift gesellte sich auch Hans Delbrück[2]), allerdings zum Teil abweichend von Rößler, zu den Angreifern Sybels, gestützt auf die neu veröffentlichten Aufzeichnungen König Karls von Rumänien[3]). Gleichzeitig eröffnete ein jüngerer Historiker, Erich Brandenburg, in der Münchener Allgemeinen Zeitung[4]) einen Angriff auf Sybels Darstellung, ebenfalls auf König Karls Memoiren fußend. Bald darauf öffnete der Figaro einem Parteigänger des am meisten von Sybel mit dem Fluche der Geschichte gebrandmarkten Herzogs von Gramont seine Spalten[5]), und in den Münchener Neuesten Nachrichten häufte ungefähr zur selben Zeit eine gefallene Größe, Heinrich Geffcken[6]), Material zusammen, um Sybels Darstellung anzufechten. So sah sich Sybel plötzlich von den verschiedensten Seiten angegriffen und, schlagfertig wie er war, unternahm er es sofort, die Fehde, wo sie ihm angesagt war, auf-

1) Constantin Rößler, Geh. Legationsrat a. D. in Berlin. Sybels Werk über die Begründung des Deutschen Reiches. Preußische Jahrbücher 79. Band. Januar 1895. S. 114—131.

2) Zum Ursprung des Krieges von 1870. Preußische Jahrbücher 79. S. 341 bis 348.

3) Aus dem Leben König Karls von Rumänien. Aufzeichnungen eines Augenzeugen. 2 Bände. Stuttgart, Cottasche Buchhandlung 1894. XLII u. 379 u. 485 Seiten.

4) Beilage zur Allgemeinen Zeitung. München 11. u. 12. Februar 1895. Fürst Bismarck und der Ausbruch des deutsch-französischen Krieges. Von Erich Brandenburg.

5) Vgl. Figaro 20. März, 8. u. 17. April 1895.

6) Münchener Neueste Nachrichten 1895. 10. 12. u. 13. April. Geheimrat Dr. F. H. Geffcken, Zur Entstehungsgeschichte des Krieges von 1870.

zunehmen. Zuerst kreuzte er die Klingen mit den Mitarbeitern des Figaro. Zur Verwunderung einzelner seiner Landsleute stieg er, um den Gegnern jenseits der Vogesen zu erwidern, zu Maximilian Hardens Zukunft“ [1]) herab. Wenige Wochen darauf erschienen seine „Neuen Mitteilungen und Erläuterungen zur Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I.“, die er im Mai 1895 abschloß, in seiner Historischen Zeitschrift [2]). Er glaubte darin gründlich mit seinen Widersachern abgerechnet zu haben. Die Veröffentlichungen Ollivier's [3]) reizten ihn abermals zu einer Antwort. Mitten in dieser Arbeit aber überraschte ihn (am 1. August 1895) der Tod, gerade als der Herausgeber der Preußischen Jahrbücher sich anschickte, auf Grund der neu erschienenen Lebrunschen Memoiren [4]) die Ergebnisse der Sybelschen Forschung völlig umzustoßen. Einen Augenblick zauderte Hans Delbrück seine Erwiderung erscheinen zu lassen, aus Rücksicht auf den eben erfolgten Tod seines alten Lehrers. Sein wissenschaftliches Gewissen, verbunden mit dem Triebe auf die Zurückweisung zu antworten, welche seine eigenen Ausführungen über die Entstehung des Krieges sowohl im Jahre 1892 als auch im letzten Februarheft bei Sybel im 7. Bande und in den Neuen Mitteilungen erfahren hatten, ließ ihm keine Ruhe. „Es handelt sich nicht um Persönliches, sondern um das größte Problem unserer jüngsten Geschichte. Das kann nicht ruhen, ehe es nicht zu voller Klarheit durch[ge]kämpft ist“, schrieb er. Und so setzte er denn im Oktoberheft seiner Jahrbücher in einer 2. Auflage seines bekannten Aufsatzes über die Emser Depesche [5]), der mit einer andern Ueberschrift versehen wurde, dem toten Meister den Fuß auf den Nacken [6]). Seit dieser Entgegnung, die trotz aller volltönenden Redewendungen sich zu einem persönlichen Angriff zuspitzt, der um so peinlicher wirkt, als er das Andenken eines eben verblichenen großen For-

1) Heinrich v. Sybel, Die Phantasien des Herzogs von Gramont. Zukunft. Berlin. Verlag von O. Häring. 6. u. 20. April 1895. S. 9—15 u. 97—108.

2) Im Sonderabzug: Neue Mitteilungen und Erläuterungen zur Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I. von Heinrich v. Sybel. 6. u. 7. Band. Fünfte Auflage. München u. Leipzig 1895. R. Oldenbourg. 72 Seiten.

3) Emile Ollivier. L'Empire libéral, études, récits, souvenirs. T. 1. Paris. Garnier Frères. Rue des Saints-Pères 6. 1895. 501 Seiten.

4) Général Lebrun. Souvenirs Militaires 1866—1870. Préliminaires de la guerre. Mes missions à Vienne et en Belgique. Paris. E. Dentu. Place de Valois 3. 1895. 332 Seiten.

5) Preußische Jahrbücher 1892. Dezemberheft. Der Ursprung des Krieges von 1870 (Band 70 S. 729—740).

6) Preußische Jahrbücher 82. Oktober 1895. S. 1—55. Hans Delbrück, Das Geheimnis der Napoleonischen Politik im Jahre 1870.

schers schwer schädigt, ist wesentlich Neues zu der Frage nach dem Ursprunge des deutsch-französischen Krieges nicht mehr zu Tage gefördert worden.

Die Einzelfragen, die sich in diesem Streit der Gelehrten und „Wissenden" aufwarfen, sind folgende: I) Welche Rolle hat Bismarck bei der Kandidatur des Erbprinzen von Hohenzollern gespielt? Während Brandenburg zu erhärten sucht, daß Bismarck für Spanien Königsmacher war und dabei kriegerische Hintergedanken hatte, sucht Sybel Bismarcks Anteil an der Kandidatur in möglichst harmlosem Lichte darzustellen. Delbrück nimmt eine mittlere Stellung ein, indem er die Kriegsgedanken Bismarcks bei dieser Angelegenheit als unmöglich bezeichnet. II) Hat die Kaiserin Eugenie zum Kriege getrieben? Die bisherige Tradition, neuerlich der Franzose Keratry und Gefficken, sagen ja, Sybel sagt nein. III) War ein offensiver Dreibund zwischen Frankreich, Oesterreich und Italien im Werden? Sybel bestreitet dies entschieden, gestützt hauptsächlich auf ungedruckte Memoiren des am 16. Oktober 1895, also bald nach Sybel gestorbenen Diplomaten Bitzthum von Eckstädt; Gramont[1]) und seine Nachtreter behaupten es ebenso entschieden, und ihnen schließt sich C. Rößler und, gestützt auf Beust[2]) und insbesondere Lebrun, Delbrück an. IV) War Napoleon von Friedensliebe erfüllt? Sybel sagt ja, desgleichen Constantin Rößler und Brandenburg, Delbrück sagt nein. V) Ist Bismarck der Kriegstreiber gewesen? Constantin Rößler sagt mit dem Gros aller Franzosen ja, Sybel nein, Delbrück im Februar 1895 ja; im Oktober desselben Jahres sucht er dagegen nachzuweisen, daß Bismarck wenigstens zur rechten Zeit für Deutschland die Entzündung des gegnerischerseits längst geplanten Angriffskrieges herbeigeführt habe.

## I. Der Anteil Bismarcks an der Hohenzollernschen Kandidatur.

Ich bin in der Lage, in den meisten der zur Erörterung kommenden Fragen mich mehr an Sybel als an seine Widersacher anschließen zu müssen. Nur in der spanischen Thronangelegenheit scheint mir das Recht mehr auf der Gegenseite zu liegen. Delbrück dürfte hier im wesentlichen

1) La France et la Prusse. Paris 1872.

2) Friedr. Ferd. Graf von Beust. Aus Dreiviertel Jahrhunderten. Erinnerungen und Aufzeichnungen. II. Band 1866—1885. Stuttgart, Cottasche Buchhandlung 1887.

das Richtige getroffen haben. Die Frage, ob Bismarck dem Erbprinzen von Hohenzollern zum spanischen Throne hat verhelfen wollen, wird unbedingt zu bejahen sein. Dies bestreitet auch Sybel nicht. Indes ist es Delbrück zweifellos gelungen, nachzuweisen, daß der Anteil Bismarcks an dem Zustandekommen der Kandidatur größer gewesen ist, als es bei Sybel erscheint. Nun kommen die Feinde Bismarcks jenseits und diesseits der Vogesen wieder und sagen: Seht ihr! Also ist der Krieg doch durch eine Intrigue des dämonischen Kanzlers herbeigeführt! Diesen Leuten kam die Beweisführung eines Mannes mit so gut preußisch klingendem Namen, wie es der Erich Brandenburgs ist, recht gelegen, wenn sich Brandenburg bei seiner Behauptung, daß Bismarck kriegerische Hintergedanken gehabt habe, als er die Kandidatur betrieb, auch einigermaßen verklausuliert hat. Indirekt hatte ja auch Constantin Rößler diesen argwöhnischen Geistern schon im Januar 1895 Recht gegeben, als er mit der bedenklichen Miene des Eingeweihten, der weiß, daß böse intrigiert worden ist, den Historikern den wohlmeinenden Rat erteilte, sich nicht zu bemühen, das über der Hohenzollernschen Kandidatur schwebende Dunkel aufzuhellen, derselbe Rößler, der sonst ungescheut Bismarck des eifrigen Hinarbeitens auf den Krieg bezichtigt! Welche schlimmen Dinge mußten also hinter der Hohenzollernschen Kandidatur stecken! Nun hat der König Karl von Rumänien aber doch den Schleier gelüftet, trotz Rößlers Warnung. Also jetzt wird wohl der Beweis dafür erbracht sein, daß durch die Aufstellung dieser Kandidatur der größte Krieg des Jahrhunderts eingefädelt wurde? Es ist wohl am besten, wenn wir zur Widerlegung dieser Ansicht die hiehergehörigen schlagenden Bemerkungen Delbrücks wiedergeben: „Wenn Bismarck den Krieg wünschte, so war sein höchstes Interesse, ihn nicht um eine dem deutschen Volke völlig gleichgültige, ferne Sache, sondern um eines hohen nationalen Interesses willen zu entzünden, z. B. um der Vereinigung von Süd- und Norddeutschland willen. Um einen hohenzollernschen Prinzen auf dem spanischen Thron, das war ja gerade ein solcher Grund, wie ihn die Franzosen suchten und wir ihn vermeiden mußten. Und wie konnte ein verständiger Mann überhaupt erwarten, daß es deshalb zum Kriege kommen würde? Der natürliche Lauf der Dinge war doch nur der, daß auf den Protest der Franzosen die Kandidatur zurückgezogen wurde und die Sache damit, also mit einem Erfolg der Franzosen, einem Echec der preußischen Diplomatie zu Ende war? Konnte Bismarck denn vorhersehen, daß die Franzosen nach der Zurückziehung der Kandidatur auch noch die verrückte Forderung des Versprechens für die Zukunft und des Entschuldigungsbriefes stellen würden? Aber Bismarck griff vielleicht

nach allen Gelegenheiten, die Franzosen zu ärgern und zu provozieren? Irgend eine andere ist bisher nicht nachgewiesen, und in diesem Falle war ja durchaus nichts anderes als ein französischer Erfolg zu erwarten. Hätten die Franzosen sich mit der Zurückziehung begnügt, so hätten sie ein Spottlied über den preußischen Fuchs, der vom Hühnerstall abziehen mußte, singen und sich im Glanze des französischen Prestige noch einmal sonnen können. Welcher Staatsmann bereitet freiwillig dem Gegner solche Triumphe [1])?"

Also mit der großangelegten Intrigue ist es nichts. Ebenso ist der Versuch Erich Brandenburgs, den allerdings auch Delbrück im Oktober [2]) zum Teil wieder aufgenommen hat, nämlich nachzuweisen, daß Bismarck ängstlich die Mitteilung von der Kandidatur an Napoleon verhindert habe, mißlungen. Sybel hat nachgewiesen [3]), daß die Geheimhaltung durch den Marschall Prim erbeten wurde, wodurch man sich preußischerseits dazu verpflichtet sah. Desgleichen dürfte Sybel recht haben, wenn er es als eine Erfindung Brandenburgs bezeichnet, daß Bismarck von der Erhebung des Erbprinzen Leopold ein spanisch-preußisches Bündnis erhofft habe, das bei einem Kampfe für die deutsche Einheit gute Dienste leisten würde. Auch Delbrück hat sich in diesem Punkte auf Sybels Seite gestellt [4]). Es findet sich auch nicht eine Spur des Beweises für diese Behauptung Brandenburgs in den Denkwürdigkeiten König Karls. Mit dergleichen Behauptungen sollte man doch recht vorsichtig sein. Man gerät sonst nicht nur mit den Rücksichten, die man der historischen Wissenschaft schuldig ist, in unangenehmen Widerspruch, sondern man richtet auch anderweitig Schaden an. Sybel hat bei dieser Zurückweisung der Brandenburgschen Behauptungen einen Bundesgenossen in den Hamburger Nachrichten [5]) erhalten. Der offenbar vom Fürsten Bismarck inspirierte Artikel kann darin wohl Anspruch auf Glaubwürdigkeit machen, wenn er erklärt: „Auf Kriegsleistungen des heutigen Spaniens im Interesse irgend eines europäischen Bundesgenossen zu rechnen, ist Fürst Bismarck niemals naiv genug gewesen."

Auch der so oft erwähnte angebliche Kronrat vom 15. März 1870, den Delbrück noch im Oktoberhefte als thatsächlich abgehalten annimmt, wird mit Sybel und den Hamburger Nachrichten nicht als Kronrat zu betrachten sein. Er soll im Königlichen Schlosse zu Berlin vor

1) Das Geheimnis der Napoleonischen Politik S. 29.
2) a. a. O. S. 36 f.
3) Neue Mitteilungen 54 ff.
4) Das Geheimnis ꝛc. S. 34 f.
5) Hamburger Nachrichten 1895. Nr. 44. 20. Februar.

einem Diner, das Fürst Karl Anton von Hohenzollern gab, stattgefunden haben. Das wäre doch eine eigentümliche Form, wenn in den Räumen, die der Fürst von Hohenzollern als Gast bewohnte, vor einem Essen die preußischen Staatsmänner zu solcher Beratung zusammengetreten sein sollen. Ein Protokoll ist auch nicht geführt worden, was bei derlei Dingen doch eine Notwendigkeit ist, ebensowenig fand eine Abstimmung oder ein Beschluß statt. Außerdem ist es doch unwahrscheinlich, daß Schleinitz, der damals durchaus kein Ratgeber König Wilhelms, sondern lediglich der Vertraute der Königin war, ferner, daß Bismarcks direkter Untergebener, der Unterstaatssekretär v. Thile, und der Chef des Bundeskanzleramts Delbrück zu solch einem Kronrat hinzugezogen worden seien. Das Ganze schrumpft offenbar zu einem kurzen privaten Meinungsaustausch über die Frage ohne jede formelle Bedeutung zusammen. Von einem der Teilnehmer an jenem Essen, vermutlich dem Staatsminister Delbrück, ist Delbrück in die Lage versetzt worden, einen netten kleinen Zug mitzuteilen. Jener Teilnehmer fragte Moltke beim Essen, „wenn's aber Napoleon übel nimmt, sind wir doch bereit". Dies bejahte Moltke mit behaglicher Zuversicht."

Auch sonst ist es Sybel zweifellos verschiedentlich gelungen, Irrtümer Brandenburgs nachzuweisen.

Dagegen ist Sybel zweifellos ein Malheur passiert, wenn er, auch sonst nicht ganz genau, den Inhalt einer Bismarckschen Erklärung so wiedergibt: Er habe über die Annahme der Krone durch den Erbprinzen nicht von dem Könige, sondern von einem Begleiter des spanischen Agenten die erste Nachricht erhalten, und wenn Sybel meint, dies sei vollkommen richtig[1]). Das Wort „erste" hat Sybel eingefügt. Delbrück, der selbst zugiebt, daß jene Erklärung als eine diplomatische nur nach ihrem strengsten Wortsinne zu beurteilen sei und deswegen darin nur die amtliche, nicht aber die private Mitteilung des Königs geleugnet werde, schlägt hier gewaltigen Lärm über Sybel, der den Historiker vergäße und den Diplomaten spiele. „Mit dieser Art Historie, fürchte ich," so ruft Delbrück aus, „werden wir in der Weltgeschichte nicht bestehen und die Franzosen lachen uns einfach aus. Seien wir also nicht zu hart mit den „Phantasieen und Erfindungen des Herzogs von Gramont"" [2]). Es berührt etwas eigentümlich bei einem preußischen Historiker, der in Heinrich v. Sybel auch noch seinen Lehrer verehren will, wenn er, wie es hier geschieht, auch nur den leisen Verdacht er-

1) Neue Mitteilungen S. 63.
2) Das Geheimnis ꝛc. S. 34.

weckt, als habe Sybel sich ähnliche Abweichungen von der Wahrheit erlaubt, als es der mit der Schuld von 1870 beladene Gramont gethan hat. Die freche Lügnerstirn dieses Mannes ist nicht nur genügend aus seinem Auftreten im Juli 1870 bekannt, sondern auch anderweitig, von Beust, von Benedetti und besonders von Sybel selbst am Schluß seines 7. Bandes sowie in den Zukunftaufsätzen bis zur Erschöpfung gekennzeichnet, soweit seine Veröffentlichungen nach dem Kriege in Betracht kommen, in denen er sich von seiner Schuld reinzuwaschen sucht. Es kann uns nicht gefallen, wenn Hans Delbrück diesen Mann in diesem Zusammenhange zu nennen beliebte. Bei Lichte besehen ist zudem der Fehler Sybels völlig harmlos. Delbrück giebt ja an derselben Stelle zu, daß es eine von Bismarck „meisterhaft" ersonnene Form war, wenn er die ganze Hohenzollernsche Affaire nicht auf amtlichem, sondern auf privatem Wege erledigte und alle Versuche, die preußische Regierung als solche damit zu befassen, zurückwies. Diese Form war eben erdacht, um im Notfalle einen guten Rückzug zu haben. Wer politische Dinge versteht, der kann aus dieser Art der Behandlung der ganzen Frage auch nicht den leisesten Vorwurf gegen Bismarck herleiten. Nun hätte ja Sybel es eben so leicht gehabt wie Delbrück, jene Ableugnung der Kenntnis von der Sache als im amtlichen Sinne lesbar zu bezeichnen. Denn so erfahren in diplomatischen Dingen ist der Geschichtschreiber der französischen Revolution und Wilhelms I. auch sicher gewesen, um auf diese Erklärung zu verfallen. Es scheint uns daher wirklich nicht nötig, Sybel hier indirekt der Erfindung zu beschuldigen. Er wird sich geirrt haben, wie er denn überhaupt, nach den sonstigen Abweichungen zu urteilen, die ganze Stelle aus dem Gedächtnis wiedergegeben haben mag.

Ein zweiter, erheblicher Irrtum scheint Sybel allerdings in Sachen der Benachrichtigung Napoleons über die Kandidatur widerfahren zu sein. Sybel sucht nämlich[1]) zu beweisen, daß Fürst Karl Anton schon im Herbst 1869 an Napoleon Nachricht von der Kandidatur habe gelangen lassen, und Napoleon habe in keiner Weise Zeichen der Abneigung gegen diese Sache verraten. Sybel beruft sich hierbei auf das Zeugnis William Russells[2]). Auch Brandenburg hat schon vor Sybel bedingt dieselbe Ansicht vertreten. Russell berichtet nämlich in seinem Kriegstagebuche, Prinz Leopold von Hohenzollern habe ihm allgemein erzählt, daß Napoleon seit dem Herbst 1869 über die Angelegenheit

1) Neue Mitteilungen S. 60.

2) W. H. Russell, My diary during the last great war. London and New York. 1874. S. 97.

unterrichtet gewesen sei. Demgegenüber hat der nunmehrige Fürst Leopold von Hohenzollern auf eine Anfrage Delbrück wissen lassen, die Annahme, Napoleon hätte durch Fürst Karl Anton Nachricht erhalten, wäre „durchaus irrtümlich[1])". Russells gleichzeitige Aufzeichnung verglichen mit der nachträglichen Mitteilung des Fürsten Leopold ergiebt ein gewisses Dilemma für den Kritiker. Woher konnte Prinz Leopold denn sonst wissen, daß Napoleon schon im Herbst 1869 eingeweiht gewesen sei, wenn es jenem nicht von einer Seite gemeldet war, die dem Erbprinzen nahestand? Die weitere Folgerung Sybels, daß die von Prim genährte Hoffnung, Napoleon werde die Kandidatur geschehen lassen, danach begreiflich gewesen wäre, erweist sich also immerhin als etwas unsicher. Vor allen Dingen aber wird es falsch sein, wenn diese Hoffnung auf die Zustimmung Napoleons von Sybel als die eigentliche Ursache der Schwenkung Karl Antons in der Kandidaturfrage bezeichnet wird. Bekanntlich war Karl Anton ursprünglich ein energischer Gegner der Kandidatur und erst später wurde er für sie eingenommen, ja sogar Feuer und Flamme dafür. Wir haben in den auch sonst außerordentlich reichhaltigen und wertvollen Aufzeichnungen König Karls von Rumänien eine andere recht plausible Erklärung für diese merkwürdige Umstimmung. Sybel hat sich nicht darauf eingelassen, sie heranzuziehen. Die Memoiren des Königs von Rumänien haben es höchst wahrscheinlich gemacht, daß Bismarck den regierenden Fürsten von Hohenzollern umgestimmt hat, und daß die Umstimmung des Erbprinzen sowie die Ermutigung Prims zum Festhalten an der Kandidatur durch die Sendung Buchers und Versens nach Spanien bewerkstelligt wurde. Die endliche Durchsetzung der Kandidatur war also lediglich ein Werk Bismarcks, wie Delbrück[2]) ganz richtig folgert. Vielleicht waren es alte Reminiscenzen an Lothar Bucher, die C. Rößler veranlaßten, vor der Lüftung des Schleiers in Sachen der hohenzollernschen Kandidatur zu warnen.

---

1) Bei Drucklegung meiner Arbeit kommt mir ein neuer Aufsatz in der Beilage der Allgemeinen Zeitung, München, 2. April 1896, zu Gesicht, überschrieben: Neue Beiträge zur Geschichte der spanischen Königswahl 1870 von Wilhelm Oncken und W. Lauser. Beide Forscher wenden sich in Einzelheiten gegen Sybel. Ihre Ausführungen heben sich indes zum Teil gegenseitig auf. Verwunderlich ist, daß Oncken (S. 4) sagt, nach Sybel hätte Benedetti 1869 vor der Kandidatur gewarnt. Das hat Sybel ja gerade nicht behauptet (vgl. Band VII 245 und Neue Mitteilungen S. 61 Anm.). Neu in diesen „neuen Beiträgen" sind die Angaben Lausers über die verfrühte Bekanntwerdung der Kandidatur. Doch sind sie zunächst nicht kontrolierbar, da Lauser seine Quelle nicht angiebt.

2) Das Geheimnis ꝛc. S. 33.

Nicht überzeugen konnte ich mich ferner davon, daß thatsächlich bereits im April 1869 dem Erbprinzen die Krone angeboten worden sei. Sybel vertritt zwar gegenüber Brandenburg, der diese Thatsache auch angezweifelt hatte, deren Richtigkeit, indem er meint, sie wäre aufs Beste beglaubigt. Aus den von ihm angeführten Stellen bei Benedetti[1]) geht das aber keineswegs hervor. Dort ist nur rein konditionell von der Kandidatur die Rede. Vor allen Dingen scheint es mir doch sehr auffällig, daß Fürst Karl im September 1869, als er von der Thronkandidatur berichtet und deren genaue Entstehungsgeschichte giebt, ganz über ein Angebot aus dem Frühjahr 1869 schweigt. Es ist ja durchaus richtig, was Sybel sagt[2]), daß deswegen eine Thatsache nicht geleugnet werden kann, weil sie nicht in jenen Memoiren überliefert wird. Aber gerade über die Hohenzollernsche Sache wird so sorgfältig von dem Bruder des Hauptkandidaten Buch geführt, daß es doch stutzig machen muß, wenn er darüber kein Wort zu erzählen weiß, zumal da schon seit Anfang der spanischen Krisis, seit dem 1. Oktober 1868, die ganze Angelegenheit in den Aufzeichnungen mit einer auffälligen Ausführlichkeit berücksichtigt wird. Außerdem widerspricht die Depesche des spanischen Ministers des Auswärtigen, Sagasta, an den Gesandten Olozaga in Paris[3]) der Sybelschen Annahme direkt. Da heißt es nämlich: „Die spanische Regierung hatte sicherlich im März 1869 noch nicht daran gedacht, dem Prinzen Leopold die geringste Andeutung über seine Kandidatur zu machen, als schon der Herr Graf Benedetti mit dem Kanzler des Norddeutschen Bundes von dieser Kandidatur sprach. Erst zehn Monate später [hier ist wohl die Septemberverhandlung gemeint, wenngleich die Rechnung etwas ungenau sein würde] begann die spanische Regierung ihre Unterhandlungen nicht mit der preußischen Regierung, sondern direkt mit dem Prinzen."

Die Entwickelung der Kandidaturangelegenheit gestaltet sich demnach bis zur Annahme des Anerbietens durch den Erbprinzen Leopold nach den feststehenden Thatsachen kurz wie folgt: Gleich nach dem Sturze der Königin Isabella (30. Sept. 1868) taucht der Name des Erbprinzen unter den Kandidaten auf. Er schien geeignet als Gemahl einer portugiesischen Prinzessin. Im November 1868 erörtert die Neue Freie Presse diese Kandidatur als besonders aussichtsvoll. Aber Karl Anton erklärt seinem

1) Benedetti, Ma mission en Prusse. Paris 1871. p. 307 ff. u. 331.

2) Neue Mitteilungen S. 52.

3) Abgedruckt im Staatsarchiv, Bd. 19 unter Nr. 4065 S. 122—126. Die hier in Betracht kommende Stelle S. 124.

Sohne Karl im Dezember, er würde niemals zur Annahme dieser zweifelhaften, in reinem Flittergolde schimmernden Stellung raten können. Außerdem würde Frankreich wegen der Beziehungen des Hohenzollernschen Fürstenhauses zu Preußen niemals die Festsetzung der Hohenzollern jenseits der Pyrenäen gestatten. In der Weinburg, einem Schweizer Schlosse, erfolgt endlich im September 1869 die Begegnung des spanischen Bevollmächtigten, Salazar, der den Marschall Prim vermocht hatte, dieser Kandidatur seine Zustimmung zu geben, mit den Mitgliedern des fürstlich Hohenzollernschen Hauses. Sonderbarerweise war sie durch den preußischen Gesandten in München, den Freiherrn v. Werthern, vermittelt worden. Es liegt nahe, Bismarck damit in Verbindung zu bringen, und es ist dies denn auch hinreichend auch von Deutschen geschehen. Nun steht aber fest, daß Prim sich direkt an den ihm bekannten Werthern gewandt hat und zum Ueberfluß ist Sybel in die Lage versetzt worden, aus den Akten zu konstatieren, daß Bismarck erst im Februar 1870 von diesem Schritt Wertherns überhaupt Kenntnis erhalten hat, sodaß also auch die erneute Befürwortung der Kandidatur durch Werthern im Oktober 1869 zu Baden nicht stutzig machen darf. Das Angebot begegnet bei Karl Anton, Leopold und Karl, der auch gerade auf der Weinburg anwesend ist, da er in Deutschland auf die Brautschau geht, den schwersten Bedenken. Als die Krone dem Rumänen selbst angeboten wird, lehnt er auf das Bestimmteste ab: Die Annahme würde ihm wie „Fahnenflucht" seinem Lande gegenüber vorkommen. Der Spanier reist ab, von Anton und Leopold mit Antworten ausgerüstet, die mit der bedingten Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV. am 3. April 1849 einige Aehnlichkeit haben. Die Schwierigkeiten, einen andern Thronfolger zu finden, nötigen die panische Regierung indes später wieder auf den Erbprinzen Leopold zurückzukommen, und so erfolgt denn im März 1870 abermals durch Prim das Angebot unter dem Siegel des tiefsten Staatsgeheimnisses. Es ist hinreichend bekannt, daß das hohenzollernsche Hausgesetz dem Könige von Preußen kein Recht an die Hand gab, dem entfernten Vetter aus einer Linie, die 600 Jahre von der königlichen getrennt war, die Annahme einer Krone zu verbieten. Das war schon 1866 praktisch geworden, als der Prinz Karl Fürst von Rumänien wurde. Demgemäß faßte König Wilhelm auch jetzt seine Stellung zu der Sache auf. Er wollte die ganze Sache als Familienangelegenheit behandelt wissen und lehnte es daher ab, die Anträge Spaniens anzunehmen. Bekannt ist ferner seine abratende Stellung. Dadurch, daß er Bismarck und andere Ratgeber ins Vertrauen zog, wurde nun die „private" Angelegenheit zur

Fiktion. Diese Fiktion wurde aber aufrecht erhalten, weil man der preußischen Regierung keine Scherereien bereiten wollte. Bismarck befürwortete im Gegensatz zu seinem königlichen Gebieter mit besonderem Eifer die Kandidatur. Auch andere einflußreiche Männer scheinen sich für sie erwärmt zu haben, so der General Moltke. Dagegen war der Kronprinz Friedrich Wilhelm wie sein Vater der Sache entschieden abgeneigt. Er warnte die Hohenzollern davor, daß die preußische Regierung bei der Befürwortung möglicherweise nur Augenblickszwecke verfolgen könnte[1]). Auch der norddeutsche Gesandte in Spanien, Kanitz, war gegen das Projekt. Jedenfalls war das Ergebnis des zweiten Angebots abermals ein negatives, obwohl Karl Anton bereits große Lust bekommen hatte. Auch ein Versuch des Fürsten, seinen jüngsten Sohn Friedrich zur Annahme zu bestimmen, scheitert an dessen entschiedenem Widerspruche. Friedrich erklärt, nur dann zur Annahme bereit zu sein, wenn König Wilhelm es ihm befehle. Inzwischen beginnt sich auch bei Fürst Karl ein Umschwung in den Anschauungen bemerkbar zu machen. Am 1. April 1870 schreibt er, er hoffe, Leopold habe noch nicht sein letztes Wort gesprochen. Folgt die Sendung Lothar Buchers und Versens, die nicht nur die Stimmung in dem nach einem König suchenden Lande erforschen, sondern auch Prim im Festhalten an der Kandidatur bestärken. Als sie mit rosig gefärbten Berichten zurückkehren, hält König Wilhelm ihre Schilderungen für übertrieben. Aber Karl Anton kennt jetzt kein Zurückweichen mehr, und auch Erbprinz Leopold ist plötzlich anderen Sinnes und nimmt Mitte Juni an. So war die Annahme der Kandidatur wesentlich von Bismarck durchgesetzt, wenn auch die Idee und deren ursprüngliche beharrliche Verfolgung selbst von Spanien ausgegangen sind.

Merkwürdig ist, daß Bismarck die Kandidatur so energisch befürwortet hat. Er versprach sich nämlich große wirtschaftliche Vorteile von einem Hohenzollern auf dem spanischen Thron. Sybel schließt sich dieser Ansicht nicht an, sondern pflichtet der des Königs bei, der die Vorteile gering anschlug[2]). Auch Delbrück vermag nicht einzusehen, wieso der norddeutsche Bund große Vorteile aus der Thronbesteigung Leopolds hätte ziehen können[3]). —

Es ist gar keine Frage, daß die kürzliche Veröffentlichung der Aufzeichnungen König Karls etwas vom Charakter einer Gefickenschen Ver-

1) Aus dem Leben König Karls von Rumänien. II 68.
2) Das Geheimnis ꝛc. S. 34.
3) Neue Mitteil. S. 55.

öffentlichung an sich hat. Wäre Fürst Bismarck noch im Amte gewesen und wäre König Karl von Rumänien preußischer Unterthan, so hätte man vielleicht einen neuen Immediatbericht erlebt. Die norddeutsche Regierung trifft gewiß kein Vorwurf wegen ihres Verhaltens in der Kandidaturfrage. Soweit man urteilen kann, hat sie durchaus in guter Absicht und ohne Hintergedanken gehandelt. Indes ist die ganze Vorgeschichte der Kandidatur derartig, daß sie, nachträglich ausgegraben, von den Fernerstehenden vielfach garnicht verstanden und von den Uebelwollenden nur mißdeutet werden kann, besonders wegen des dabei von Bismarck entwickelten Eifers. Auch die feine Unterscheidung Bismarcks von amtlicher und privater Verhandlung wird einfach übersehen oder vertuschelt, und es heißt, daß Bismarck ein lügenhaftes Spiel getrieben habe. Das mußte heute, noch dazu im Kriegsjubiläumsjahre, peinlich berühren; und es ist daher zu beklagen, daß König Karl die Veröffentlichung unternahm. Wie Delbrück angiebt, ist es geschehen, um das Hohenzollernsche Haus persönlich zu entlasten[1]). Ich möchte vermuten, daß es sich um einen Akt einer gewissen Feindseligkeit gegen Bismarck handelt.

## II. Die Kaiserin Eugenie und der Krieg.

Weniger als um die Entwickelung der Hohenzollernschen Kandidatur hat sich neuerdings der Streit um den Anteil der Kaiserin Eugenie an der Entstehung des Krieges gedreht. Die alte Ueberlieferung schrieb ihr z. T. eine höchst hervorragende Rolle unter denen zu, die den Kampf mit Gewalt herbeizuführen suchten. Sybel hat sich der unglücklichen Frau energisch angenommen und sie gänzlich von der Verantwortung für den Krieg zu entlasten gesucht[2]). Delbrück ist ihm im Oktoberheft nur mit wenig Nachdruck entgegengetreten[3]). Auf französischer Seite hat in neuerer Zeit Graf Keratry im Figaro[4]) die Kaiserin zu belasten gesucht. Außerdem erhob ein geschäftiger Publizist, Pierre de Lano, in zwei Schriften, La cour de Berlin[5]), und Après l'Empire[6]), schwerwiegende Anklagen gegen Eugenie, die schon im Figaro[7]) und anderswo

1) Das Geheimnis ꝛc. S. 28.
2) Neue Mitteilungen S. 30—49.
3) Das Geheimnis ꝛc. S. 19 f.
4) 24. u. 31. Januar 1894.
5) Paris 1893.
6) Paris 1894.
7) 11. November 1894.

von wohlunterrichteter Seite bekämpft worden sind. Auf ihn stützte sich besonders Geffcken in seinem von den Münchener Neuesten Nachrichten veröffentlichten Artikel über die Entstehung des Krieges, in dem auch er „mit bekannter magistraler Sicherheit", wie Sybel wiederholt treffend von ihm sagt, u. a. auszuführen sucht, daß außer Gramont eben die Kaiserin Eugenie die Hauptschuld an der Entstehung des Krieges treffe [1]). Sybel hat mit Geffcken ein schlimmes Gericht abgehalten [2]). Nachdem er die völlige Haltlosigkeit des Lanoschen Geschwätzes überzeugend nachgewiesen hat, stellt er fest, daß Geffcken in seiner auch sonst von Fehlern wimmelnden Darstellung Lanos Irrtümer oder Erfindungen noch um eine Anzahl grober Schnitzer bereichert hat. Er glaubt diese Thatsache nur mit absoluter Gedankenlosigkeit Geffckens erklären zu können und schließt seine vernichtende Kritik Lanos und Geffckens mit den scharfen, aber berechtigten Worten: „Wohin man auf dem Gebiete der hier besprochenen Litteratur greifen mag, überall faßt die Hand entweder leere Luft oder widerlichen Schmutz."

Delbrück bemerkt in Sachen der Kaiserin Eugenie gegen Sybel nur: „Da die Kaiserin dem Kriegsbeschluß zugestimmt, ihn vielleicht sogar durch das Gewicht ihrer Stimme entschieden hat, so ist es sicher, daß dieser Beschluß nicht bloß in gedankenlosem Leichtsinn, sondern mit nach der Einsicht der Beteiligten wohlerwogenen Gründen gefaßt worden ist." Die Fabel, daß die Kaiserin aus katholischem Eifer zum Kriege getrieben habe, wird also auch von Delbrück nicht direkt aufrechterhalten. Er wird das unparteiische Zeugnis des Staatsratspräsidenten de Parieu, das dieser Legende schnurstracks widerspricht, acceptiert haben. Das oft angeführte Wort: C'est ma guerre, ma petite guerre, la guerre à moi! das ihre Palastdame Carette und der sehr gut unterrichtete Historiker Giraudeau so bestimmt wie möglich als unwahr bezeichnet haben, wird auch auf Erfindung beruhen. Daß sich die Kaiserin selbst nicht ganz der Tragweite ihrer Zustimmung zu dem Kriege bewußt war, also ihrerseits durchaus nicht mit so reiflicher Ueberlegung gehandelt hat, was die Voraussetzung zu Delbrücks Behauptung sein würde, geht daraus hervor, daß sie nach dem Schluß der Beratung ängstlich den Staatsratspräsidenten de Parieu befragte, was er von dem Beschlusse denke. So frägt weder jemand, der mit Eifer zum Kriege treibt, noch einer, der die Sache wohl notgedrungen, aber aus reiflicher Ueberlegung thut. Das allerdings giebt nach dem Zeugnis eines ihm befreundeten

1) Besonders M. N. N. Nr. 172 Sp. 3 f.
2) Neue Mitteilungen 41 ff. Besonders 49 f.

österreichischen Staatsmannes (Bißthum?) auch Sybel zu, daß Eugenie auch nicht ihren Einfluß zur Abwendung des Krieges thätig gebraucht habe. Sie hat eben den Dingen ihren Lauf gelassen.

## III. Die Politik Oesterreichs.

Viel umständlicher ist es, die Frage zu entscheiden, ob Oesterreich kriegerische Absichten gegen Preußen gehabt habe oder nicht. Delbrück behauptet es, Sybel bestreitet es ebenso entschieden. Rößler hatte die Behauptung schon vor Delbrück ausgesprochen, Delbrück hat sie aber viel ausführlicher zu begründen gesucht. Ich glaube, auch hier hat Sybel vollkommen Recht. Die Sachlage ist deswegen nicht ganz einfach zu beurteilen, weil auf der einen Seite Gramont in seinem Buch[1]) und seinen offenen Briefen[2]) den Thatbestand in einem für seine Politik günstigen Lichte darzustellen sucht, auf der andern Seite einer der geriebensten Sophisten aller Zeiten, Friedrich Ferdinand Graf von Beust, eine Hauptquelle bildet[3]). Als ausschlaggebend bezeichnet Delbrück die kürzlich, nach Sybels Tode, erschienenen Erinnerungen des Generals Lebrun.

Die Kritik, die Delbrück gerade bei dieser Frage an einem Historiker von dem Range Sybels geübt hat, hat billigerweise einiges Staunen erregt. Es heißt da: „Sybel hätte nicht über so bedeutungsschwere Worte in seinem Referat hinweggleiten dürfen[4])." „Sybel hat sich die Widerlegung zu leicht gemacht, indem er den entscheidenden Satz einfach wegläßt[5])." „Mit so offensichtlichen Entstellungen ist der Brief nicht aus der Welt zu schaffen[6])." „Jetzt eben ist nun in Frankreich die Enthüllung erschienen, die allem und jedem Zweifel ein Ende macht und, gerade herausgesagt, den 7. Band des Sybelschen Werkes einfach umwirft[7])." „Sybel hat mit ähnlichen kleinen Ausflüchten, wie bei den diplomatischen Verhandlungen um die schon hier mitgeteilten unbequemen Thatsachen herumzukommen gesucht[8])." „Wie ist es mög-

1) La France et la Prusse.
2) Bei Beust. Aus Dreivierteljahrhunderten.
3) Aus Dreivierteljahrhunderten.
4) Das Geheimnis ꝛc. S. 6.
5) a. a. O. S. 9.
6) a. a. O. S. 9/10.
7) a. a. O. S. 12.
8) a. a. O. S. 12.

lich, daß ein Sybel sich in einer so geradezu ungeheuerlichen Weise getäuscht hat[1])." „Auf diese (die Vitzthumschen Memoiren) ist, man verzeihe den Ausdruck, Sybel „hereingefallen"[2])." „Sybel ist der bekannten Versuchung der Historiker, das neue unbekannte Material für das bessere und zuverlässigere zu halten, erlegen[3])."

Solche Ausstellungen, die von dem Verlage der Preußischen Jahrbücher sofort orbi et urbi verkündet wurden, haben unleugbar der Beurteilung des letzten Sybelschen Werkes recht geschadet. Es ist nicht bloß im Interesse der Wahrheit, sondern auch um der Manen Sybels willen angebracht, die etwas krassen Behauptungen Delbrücks auf ihre Berechtigung zu untersuchen.

Sybel vertritt die Auffassung, daß der damalige leitende Minister in Oesterreich-Ungarn, Graf Beust, aus Gründen der Klugheit nach 1866 eine Friedenspolitik befolgen mußte und sucht darzulegen, daß dies auch geschehen ist. Dem gegenüber bemerkt Delbrück[4]): „Von allen diesen Beust untergelegten Ansichten und Absichten finde ich nun in den authentischen Zeugnissen garnichts." Das glauben wir sehr gern, daß Delbrück nichts gefunden hat. Denn die einzige Quelle, auf die sich Sybel hierbei bezieht[5]), war Delbrück selbst nicht zugänglich: Die ungedruckten Memoiren des am 16. Oktober 1895 verstorbenen österreichischen Staatsmannes Graf Vitzthum von Eckstädt. Diese Denkwürdigkeiten sind aber gerade für diese Materie äußerst ergiebig, denn sie berichten über die amtlichen Handlungen und Instruktionen dieses Beustschen Vertrauten. Danach haben Vitzthum und der österreichische Botschafter in Paris, Fürst Metternich, Ende 1868 Frankreich zur Abrüstung aufgefordert, was Napoleon damals ablehnte. Im Frühjahr 1869 entwarf darauf Vitzthum auf Veranlassung Napoleons ein Defensivbündnis zwischen Frankreich, Oesterreich und Italien. Diesem Entwurf zu einem rein defensiven Bündnisse, in dem Oesterreich sich zudem ausdrücklich vorbehielt, im Fall eines Krieges zwischen Frankreich und Preußen neutral zu bleiben, stimmte sowohl Beust als Kaiser Franz Joseph zu. Ende Mai 1869 kam diese Einigung zur Defensivallianz zustande, und schon triumphierte Vitzthum. Die Ratificierung scheiterte schließlich an den Schwierigkeiten, welche Italien wegen der

---

1) a. a. O. S. 18.
2) a. a. O. S. 18.
3) a. a. O. S. 18.
4) Das Geheimnis ꝛc. S. 10.
5) VII 87. 95. 204. 386. Neue Mitteil. 8. 13.

römischen Frage machte. Im Frühling des nächsten Jahres, also wenige Monate vor Ausbruch des Krieges, bereiste nun der Sieger von Custozza, Erzherzog Albrecht, Frankreich und hatte bei dieser Gelegenheit eine längere Verhandlung mit Napoleon über einen Operationsplan im Fall eines Krieges mit Preußen. Die Erörterung dieses Planes geschah ausdrücklich mit dem Hinweis auf eine mögliche Explosion des Kriegswetters, da gerade die öffentliche Meinung Frankreichs durch den thörichten Antrag Laskers[1]) auf Eintritt der Süddeutschen Staaten in hohem Grade erregt war. Die politischen Erwägungen standen bei dem österreichischen Feldherrn mehr im Hintergrunde. Er hatte hauptsächlich das militärische Ziel im Auge, und außerdem wird man bei ihm, wie bei so manchem andern Militär, so z. B. dem General Kuhn[2]), die Möglichkeit einer gewissen Kriegslust voraussetzen dürfen; das wäre bei Militärs nur zu begreiflich gewesen, denen es hauptsächlich auf ein Auswetzen der Scharte von 1866 ankam. Aber Erzherzog Albrecht war eben nicht der Vertreter der offiziellen österreichischen Politik. In jenen Erörterungen warnte der Erzherzog den Kaiser Napoleon vor einem Kriege mit Preußen, weil dieses ihm überlegen sei, und gab ihm zu verstehen, daß Oesterreich selbst erst in zwei Jahren mit seiner Ausrüstung fertig sein würde. Napoleon versprach schließlich in einiger Zeit einen Offizier nach Wien zu schicken, der dem Erzherzog nähere Aufschlüsse über den Zustand der französischen Armee geben sollte. Dies geschah denn auch im Juni 1870, und der Abgesandte war der Vertraute des Kaisers Napoleon, General Lebrun, der mit Erzherzog Albrecht am 7., 8., 9. und 13. Juni eingehende Erörterungen pflog über die Operationen, welche im Fall eines Krieges von den verbündeten drei Mächten, Frankreich, Oesterreich und Italien, zu geschehen hätten, um Norddeutschland zu besiegen[3]). Lebrun hatte schließlich auch eine Unterredung mit Kaiser Franz Joseph.

Sybel sucht nun darzulegen, daß alle diese Beratungen einen rein akademischen Charakter trugen. Delbrück dagegen ist der Ansicht, daß sie nur zu praktische Bedeutung hatten, und besonders in dem Umstande, daß Erzherzog Albrecht den Feldzug im Frühjahr zu beginnen rät und betont, daß Oesterreich erst in ein bis zwei Jahren fertig sei, erblickt er den dolus.

---

1) Sybel VII 181—184. 203—204.

2) Em. Kónyi, Beust und Andrassy 1870—71. Deutsche Revue 1890. II. S. 14.

3) Delbrück hat diese Besprechungen zum Teil sehr glücklich gewürdigt, vgl. Das Geheimnis ꝛc. S. 25—28.

Nun wäre es doch auffällig, wenn Oesterreich, nachdem es 1869 noch lediglich Defensivgedanken hatte, 1870 geschwenkt haben sollte. Die Begründung der Beratungen über einen eventuellen Feldzug mit der Explosionsgefahr, wie sie sich im Frühjahr 1870 zeigte, ist doch auch ganz plausibel. Auch sonst ist es sehr wohl denkbar, daß die Erörterungen rein theoretisch waren. Außerdem berichtet Lebrun selbst [1]), daß Erzherzog Albrecht den rein „akademischen" Charakter der Verhandlungen betont habe. Sehr wohl kann Erzherzog Albrecht den Franzosen lediglich aus militärischen Rücksichten den Rat gegeben haben, nur im Frühjahr loszuschlagen; er braucht dabei garnicht ein bestimmtes Jahr im Auge gehabt zu haben, und aus der wiederholten Betonung, daß Oesterreich erst in zwei Jahren fertig sei, ist man durchaus nicht gezwungen zu folgern, daß Albrecht die Franzosen gebeten hat, noch zwei Jahre zu warten, weil Oesterreich sich ihnen dann anschließen würde. Es kann auch sehr gut so gemeint sein: Verehrte Franzosen, vermeidet den drohenden Krieg auf alle Weise; denn wenn ihr euch dem Fall aussetzt, schon früher als nach Ablauf von zwei Jahren auf einen Feldzug einzulassen, so können wir euch auf keinen Fall beispringen. Der Rat des österreichischen Feldherrn, nur im Frühjahr anzufangen, erklärt sich aus den höchst komischen Vorstellungen, die der hohe Herr von den klimatischen und sonstigen Einflüssen der Natur auf einen Herbstfeldzug im borussischen Norden hatte.

Durch alle diese Hypothesen soll nun die Unterredung Lebruns mit Kaiser Franz Joseph einen Strich machen. Sie wirft nach Delbrück den ganzen 7. Band Sybels um.

Nun ist Sybel allerdings, gestützt auf die Memoiren Vitzthums, deren Zuverlässigkeit im allgemeinen anzuzweifeln er keinen Grund gehabt haben dürfte, in einen Irrtum verfallen, indem er [2]) erzählt: „Lebrun kam im Juni nach Paris zurück mit einer persönlichen Erklärung des Kaisers Franz Joseph, daß Napoleon im Kriegsfalle auf eine bewaffnete Teilnahme Oesterreichs nicht rechnen dürfe." Ganz so ist es in der That nicht gewesen. In jener vielberufenen Unterredung am 14. Juni 1870 sagte Kaiser Franz Joseph nach dem Lebrunschen Berichte zu dem Abgesandten des französischen Kaisers u. a. [3]): „Ich muß Ihnen sagen, daß ich vor allem den Frieden will; wenn ich Krieg führe, muß ich dazu gezwungen sein. Ich glaube hoffen zu dürfen, daß

1) Lebrun, Souvenirs S. 92 93.
2) Neue Mitteil. S. 15.
3) Lebrun, Souvenirs S. 146 f.

der Kaiser Napoleon meiner persönlichen politischen Stellung sowohl im Innern als nach außen Rechnung tragen wird. . . . Aber wenn der Kaiser Napoleon, gezwungen den Krieg anzunehmen oder zu erklären, mit seinen Armeen in Süddeutschland erschiene, nicht als Feind, sondern als Befreier, würde ich mich meinerseits genötigt sehen zu erklären, daß ich gemeinsame Sache mit ihm mache."

Das klingt allerdings etwas anders als Sybel berichtet. Danach hätte Kaiser Franz Joseph eine bedingte Erklärung abgegeben, unter Umständen zu einem Kriege bereit zu sein.

Nun wolle man aber zunächst beachten, daß Kaiser Franz Joseph nur davon spricht „falls Napoleon gezwungen wäre den Krieg anzunehmen oder zu erklären". Das spricht weder für die Offensivgedanken Frankreichs noch Oesterreichs. Es ist nur zu verstehen, wenn man sich in den Gedankenkreis von Mächten setzt, die eine plötzliche Explosion fürchten. Diese Besorgnis war bei Oesterreich, namentlich unter Beust, bei seinem Argwohn gegen Norddeutschland, nicht geringer als bei Frankreich.

Dann aber gilt es vor allem den Zusammenhang, in dem die Eröffnungen Kaiser Franz Josephs geschehen sind, zu berücksichtigen; und über diesen, der aus den Lebrunschen Memoiren vollkommen erhellt, geht Delbrück höchst sonderbarer Weise mit vollständigem Stillschweigen hinweg.

Dieser Zusammenhang lehrt uns aber erstens, daß Kaiser Franz Joseph sogar dem Gedanken eines Defensivbündnisses auswich und zweitens, daß Napoleon aller Wahrscheinlichkeit nach deswegen das Dreibündnis nicht abschloß, weil Oesterreich die von ihm gestellten Bedingungen nicht erfüllen wollte.

Dies wäre denn doch etwas anderes, als Delbrück gefunden zu haben behauptet.

Der rote Faden, der sich durch die Mission Lebruns hindurchzieht, ist nämlich die französische Forderung, die condicio sine qua non, daß Oesterreich am selben Tage mit Frankreich den Krieg erklären sollte. Daß dies die condicio sine qua non bei dem Bündnis sei, hatten in dem vorausgegangenen französischen Kronrate die vier Generale Lebrun, Jarras, Leboeuf und Frossard durchaus verlangt und demgemäß war Lebruns Vollmacht gehalten[1]). Aber schon Erzherzog Albrecht erklärte

1) Lebrun, Souvenirs S. 73/74. Lebruns Buch enthält außer dem Bericht über seine Sendung nach Wien noch mancherlei, besonders zur Geschichte der ersten Schlachten des Feldzuges.

die Erfüllung dieser Bedingung für unmöglich wegen der inneren Schwierigkeiten, auf die die österreichische Regierung Rücksicht nehmen müsse. Die Unterredung, welche General Lebrun mit Kaiser Franz Joseph hatte, und die vom Erzherzog Albrecht herbeigeführt wurde, ist gleichsam die Antwort auf diese ausschlaggebende Bedingung. Kaiser Franz Josephs Erklärung bedeutet materiell lediglich die Ablehnung der französischen Forderung und damit auch jedes im Hintergrunde stehenden Bündnisantrages auf dieser Grundlage. Für Frankreich aber war die gleichzeitige Kriegserklärung Oesterreichs von der höchsten Wichtigkeit, weil Frankreich sich sonst geradezu preisgab, um von dem überlegenen norddeutschen Gegner in seiner Vereinzelung abgeschlachtet zu werden. Einsichtige Männer wie Niel, Rouher und Stoffel, hatten ja schon zur Genüge betont, daß man allein zu schwach sei.

Die Abweichung des sonst doch gewiß glaubwürdigen Vitzthums v. Eckstädt von Lebrun ist also nur scheinbar. Sie erklärt sich so ganz einfach. Zieht man hierzu die Aussage des Generals Jarras, der auf das Genaueste über die Ergebnisse der Lebrunschen Sendung unterrichtet war und, wie sich beim Vergleich ergiebt, offenbar den Bericht des Generals Lebrun über seine Unterredung mit Kaiser Franz Joseph benutzt hat, so findet man, daß auch Jarras wie Vitzthum in den Worten des österreichischen Kaisers nur eine höfliche Ablehnung erblickt hat. Er sagt, Kaiser Franz Joseph hätte seine Unterredung mit den Worten geschlossen: Er könne nur mündlich seine Anhänglichkeit versichern und gäbe sie so vollständig wie möglich gegenüber dem Projekt des Erzherzogs Albrecht; aber er wünsche lebhaft, daß Kaiser Napoleon sich keiner Einbildung über die Mitwirkung, welche er von Oesterreich erwarten könne, hingäbe [1]). Jarras knüpft im Gegensatz zu Lebrun, der sich, obwohl er selbst die condicio sine qua non aufgestellt hatte, wundert, daß Napoleon nicht abgeschlossen habe, an die Unterredung die Folgerung, daß Napoleon nun seine angeblichen Operationspläne hätte verwerfen müssen. Aehnlich wie Jarras berichtet der französische Staatsmann Rothan, der gleichfalls über Lebruns Sendung genau unterrichtet gewesen zu sein scheint, über die Art seiner Verhandlung mit Kaiser Franz Joseph [2]).

Mit dem der Welt verkündeten Umwerfen des 7. Sybelschen Bandes dürfte es also nichts sein. Abgesehen davon, daß eine Modificierung der Ausführungen über Oesterreichs Absichten noch nicht den

1) Jarras, Souvenirs. Paris 1892. S. 49.

2) L'Allemagne et l'Italie 1870—1871. I. 3. Aufl. Paris 1885. S. 375 f.

ganzen 7. Band umgestoßen hätte, der noch mancherlei andere wertvolle Ergebnisse der Sybelschen Forschung enthält, wird man doch von der Kriegslust Oesterreichs angesichts dieser Sachlage nur sehr bedingt reden können, und vor allen Dingen halte ich die Delbrückſche Behauptung, daß Napoleon ein für den Abschluß reifes Bündnis nur deswegen nicht abgeschlossen habe, weil er nach Mißlingen des sofortigen Friedensschlusses nach Beginn des Krieges „eine zweite Sehne am Bogen behalten wollte", wie Delbrück an der Hauptstelle seines Aufsatzes sagt[1]), nach den obigen Darlegungen für gänzlich hinfällig. Diese Theorie, an sich schon so künstlich wie möglich, wird einfach dadurch umgestoßen, daß der Bündnisversuch hätte scheitern müssen, weil die condicio sine qua non für einen gemeinsamen Operationsplan, welche Frankreich stellte, von Oesterreich nicht erfüllt wurde. Angesichts dieser Thatsache verspürte Napoleon keine Lust abzuschließen. Außerdem wären noch einige andere Punkte zu vereinbaren gewesen, die unter Umständen nicht so leicht nach Ausbruch eines Krieges erledigt werden konnten, wie z. B. die Ernennung eines gemeinsamen Oberfeldherrn für die Truppen des Dreibunds.

Mit den übrigen Konstruktionen Delbrücks, die beweisen sollen, daß Beust auf ein Angriffsbündnis mit Frankreich hingearbeitet hat, können wir uns hiernach kürzer abfinden. Der vielumstrittene Brief Beusts vom 20. Juli 1870[2]), in dem die Wendung „Unsere Sache als die Eure betrachten" vorkommt, aus dem Delbrück die Zusicherung Beusts der Unterstützung Frankreichs mit den Waffen herauslieſt, beweist m. E. garnichts in diesem Sinne. Sybel hat vollkommen Recht, wenn er darin nichts als honigsüße Worte ohne jede Verbindlichkeit erblickt, durch die Beust die erzürnten Franzosen zu beschwichtigen sucht[3]). In der Weglassung des Satzes „Rußland neutral zu erhalten und zu beschäftigen, bis zu dem Zeitpunkt, wo die vorgerückte Jahreszeit ihm nicht mehr gestattet, an die Konzentration von Truppen zu denken", den Delbrück für entscheidend hält[4]), kann ich durchaus nicht eine bindende Erklärung, die Waffen zu ergreifen, erblicken. Und wenn Delbrück meint[5]), darin, daß Beust von der Notwendigkeit der Räumung Roms spräche, hätte man nicht die Stellung einer „Bedingung" zu erblicken, wie Sybel an-

1) Das Geheimnis ꝛc. S. 21.

2) Bei Delbrück, Das Geheimnis ꝛc. vollständig abgedruckt S. 7—9.

3) Band VII 386—389. Zukunft 6. April 1895. S. 11/12. Neue Mitteil. 15—17.

4) Das Geheimnis ꝛc. S. 9.

5) Das Geheimnis ꝛc. S. 9.

gäbe[1]), sondern das wäre nur der Ausdruck eines „Wunsches“ oder eines „Rats“, so kann ich darin wahrhaftig nur einen Streit um Worte, aber keine „offensichtliche Entstellung“ Sybels entdecken.

Höchst eigenartig scheint es mir, wie Delbrück über das für Oesterreich für die Neutralität ausschlaggebende Moment, die Schwierigkeiten im Innern, hinwegzuargumentieren sucht. Er sagt[2]): „Man denkt vielleicht, daß der Widerwille der österreichischen Bevölkerung den Krieg unmöglich gemacht hätte, aber dem ist nicht so. Beust weist in seinen Memoiren einleuchtend nach, daß er diesen Widerwillen überwunden haben würde. Die Slaven, also die Hälfte der Bevölkerung, hatte man ohnehin. Ungarn war von widerstreitenden Empfindungen durchwogt. Die Magyaren hatten allerdings kein Interesse an einem Wiedereintritt Oesterreichs in einen neuen deutschen Bund, aber sie haßten in Preußen den Bundesgenossen Rußlands und waren erfüllt von einer enthusiastischen Franzosenfreundschaft. Schwierigkeiten hätte nur ein Teil der Deutschen gemacht. Aber noch jetzt in den Jubiläumsartikeln hat die Wiener „Presse“ bezeugt, daß im Beginn des Krieges 1870 die Majorität der Bevölkerung, sogar in Wien, auf der Seite der Franzosen gestanden habe, es kam also nur auf eine passende Inscenierung des Krieges an, um ihn der großen Masse der österreichischen Bevölkerung genehm zu machen. Auch den Zutritt Rußlands scheute man nicht.“

Diese Art der Beweisführung scheint mir mehr publizistischer, als historisch-kritischer Natur zu sein, und wir wollen es hier doch mit dem Historiker Delbrück zu thun haben. Wenn Beust behauptet, er würde den Widerwillen der Bevölkerung überwunden haben, so hat das doch wirklich keine Beweiskraft. Auch der größte Staatsmann kann sich täuschen in der Vorausberechnung der Wirkung seiner Handlungen, und nun gar dieser großsprecherische Beust! Daß auf die Magyaren keineswegs zu rechnen war, hatte schon die Haltung des von Andrassy inspirierten „Pester Lloyd“ im Jahre 1868 bewiesen[3]). Zwei Tage, ehe Beust sein Schriftstück an Gramont losließ, bei Gelegenheit des Kronrats vom 18. Juli 1870 hatte Andrassys Haltung, die den Ausschlag für unbedingte bewaffnete Neutralität gab, gezeigt, daß Ungarn um keinen Preis für den Krieg zu haben war. Das Zeugnis der Wiener „Presse“ von 1895 aber als vollgültig für die Stimmung der österreichisch-ungarischen Bevölkerung im Jahre 1870 anzusehen, scheint doch etwas gewagt, ebenso wie die Behauptung Delbrücks, den Zutritt Ruß-

1) Band VII 388.

2) Das Geheimnis ꝛc. S. 16.

3) Em. Kónyi, Beust und Andrassy. Deutsche Revue 1890. II. S. 5.

lands hätte man nicht gescheut, doch ein wenig den Thatsachen widersprechen dürfte, da sonst ja Beusts Worte von den Rücksichten, die man auf Rußland zu nehmen hätte, ganz sinnlos wären. Es wäre ja auch auch gar zu ungeheuerlich gewesen, wenn man Rußland nicht besonders respektiert hätte.

Richtig ist, wenn Delbrück angiebt, daß Napoleon bereits während des Luxemburger Handels Oesterreich einen Bündnisantrag unter Anerbietung von Schlesien und Süddeutschland gemacht hat[1]). Diese ungeheuerliche Thatsache ist bisher noch nicht genügend beachtet worden. Sybel hat sie garnicht erwähnt. Beust lehnte das Ansinnen unter Hinweis darauf ab, daß der Kaiser Franz Joseph mit 10 Millionen deutscher Unterthanen nicht wohl eine Allianz zu dem Zwecke einer Verminderung deutschen Landes schließen könne. Dieser Bündnisantrag ist das Seitenstück zu dem in derselben Zeit bei Preußen gestellten Antrage wegen der Erwerbung Belgiens.

Oefter erwähnt werden die Briefe der drei Souveräne von Frankreich, Oesterreich und Italien aus dem Jahre 1869, nachdem die Verhandlungen wegen eines Bündnisses an der römischen Frage gescheitert waren. Sie sind noch nicht dem Wortlaut nach bekannt. Prinz Jerome hat behauptet, daß sie eine moralische Verpflichtung zu gegenseitiger Unterstützung enthalten hätten[2]), und Delbrück meint, Jerome hätte diese Briefe gekannt[3]). Beust dagegen sagt in seiner Depesche an Andrassy vom 28. April 1874 ausdrücklich, daß jene Briefe nur einen Verzicht auf Unterhandlungen mit dritten Mächten enthalten hätten[4]). Dasselbe hat er in einer amtlichen Depesche an Fürst Metternich vom 11. Juli 1870[5]) (zu unterscheiden von einer privaten an denselben Diplomaten vom selben Tage) erklärt, und ein drittes Mal hat er dies in einem Schreiben an Gramont vom 4. Januar 1873 behauptet[6]). Mich dünkt, dieses wiederholte bestimmte Zeugnis drei verschiedenen Personen gegenüber scheint mir mehr Glaubwürdigkeit zu verdienen als die all-

---

1) Delbrück verweist hier zum Belag irrtümlich auf die Beustschen Memoiren II. 117, wo der Luxemburger Handel erzählt wird. Hier findet sich nichts darüber, wohl aber wird die merkwürdige Thatsache in der Depesche Beusts an Andrassy vom 28. April 1874 mitgeteilt und zwar: Aus Dreivierteljahrhunderten II 337.

2) Revue des deux mondes 1878. Band 26. S. 494.

3) Das Geheimnis ꝛc. 6.

4) Aus Dreivierteljahrhunderten II. 342.

5) a. a. O. II. 347.

6) a. a. O. II. 369.

gemein gehaltene Bemerkung Jeromes, von dem man nicht weiß, ob er die Briefe gekannt hat und der auch sonst manches mißverstanden hat[1]), während Beust sicherlich um den Inhalt wußte.

Die offizielle Depesche Beusts an Metternich am 11. Juli 1870 ist auch noch in anderer Hinsicht recht interessant und wichtig. Denn Beust sagt darin u. a.: „Vergessen wir nicht, daß die verschiedenen (Bündnis-)Projekte nicht die Vorbereitung eines Krieges, sondern die Aufrechterhaltung des Friedens zum Zwecke hatten[2])." „Ich habe damals, wie ich es auch jetzt beanspruche, völlige Freiheit des Handelns für die österreichisch-ungarische Monarchie verlangt[3])." „Niemals hätten wir uns einfallen lassen, und würde ein Staat sich einfallen lassen, sich einem andern gegenüber in ein Abhängigkeitsverhältnis zu begeben dergestalt, daß er die Waffen gleichzeitig nach dem Belieben des andern ergreifen müßte[4])" (vgl. Lebrun). „In allen unseren vertraulichen Gesprächen mit der französischen Regierung haben wir immer zum Ausgangspunkte genommen, daß wir vor allem die Aufrechterhaltung des Friedens wünschten und daß wir nur dann zum Kriege unsere Zuflucht nehmen würden, wenn er notwendig wäre[5])." „Es würde in jedem Falle erforderlich sein, daß diese Eventualität (der Krieg) sich als eine unvermeidliche Folge der Situation ergäbe, und niemand würde heute zugeben, daß dies Erfordernis vorhanden wäre[6])."

Diese Depesche erläutert auf das beste die ganze von Oesterreich und Beust beobachtete Haltung. Eine solche Sprache konnte der österreichische Minister garnicht der französischen Regierung gegenüber führen, wenn sie nicht im Einklange mit seiner bisherigen Politik stand. Gramont wollte freilich einige Jahre später von ihr keine Kenntnis erhalten haben. Das ist aber kaum glaublich. Die Depesche muß der französischen Regierung noch vor der entscheidenden Kammersitzung am 15. Juli zugestellt gewesen sein.

Das Wort Beusts in einem Privatschreiben an Metternich von demselben Tage il n'y a pas de notre faute (nämlich, wenn die Verträge nicht zum Abschluß gekommen wären), auf das Delbrück ein so großes Gewicht legt, entspricht einfach den Thatsachen. Denn Napoleon hatte ja jedesmal irgend welchen Anstoß genommen.

---

1) Vgl. Sybel in der Zukunft vom 6. April 1895. S. 15.
2) Aus Dreivierteljahrhunderten II 348.
3) Ebenda.
4) Aus Dreivierteljahrhunderten II 348.
5) a. a. O. S. 349.
6) a. a. O. S. 351.

In dem Kronrat am 18. Juli[1]) hat Beust befürwortet eine abwartende Haltung einzunehmen. Der vorsichtige Mann wollte Oesterreich gegenüber dem möglicherweise siegreichen Napoleon decken. Seine Depesche vom 20. Juli atmet noch ganz diese Vorsicht, die bei der weitverbreiteten hohen Meinung von der Tüchtigkeit der französischen Armee sehr erklärlich ist. Anstatt dessen wurde, wie wir wissen, auf Antrag Andrassys bewaffnete Neutralität beschlossen. Bei dieser Gelegenheit äußerte Andrassy u. a.[2]): „Napoleon sei mit Oesterreich nur dann zufrieden, wenn diese Macht mit ihm vereint und gleichzeitig gegen Preußen in den Krieg ginge (ganz wie Lebrun beantragt hatte). Das könne aber niemand in Vorschlag bringen."

Man wird nach diesen Darlegungen schwerlich noch ohne erhebliche Einschränkungen an der Theorie festhalten, daß Oesterreich auf den Krieg hingesteuert hat. Danach ist Delbrücks Behauptung[3]) zu beurteilen: „Wir sind jetzt ganz sicher, daß der Krieg selbst deshalb keineswegs unterblieb (wenn er 1870 nicht ausbrach), sodann [wohl statt „sondern"] daß er im nächsten Frühjahr nach sorgfältigster Vorbereitung dennoch ausgebrochen wäre." Wenn aber der Herausgeber der Preußischen Jahrbücher wenige Zeilen darauf sagt: „Bei der kommenden Entscheidung handelt es sich bei Sybel statt des Zeitpunktes [soll heißen „um den Zeitpunkt"] um den Krieg selbst: wäre das jetzt folgende nicht geschehen, so hätte die Welt den Frieden behalten," so hat er auch nicht das richtige getroffen. Dieser Ansicht konnte Sybel garnicht sein, da sich durch seine ganze Darstellung der Gedanke zieht, daß auf die Dauer ein Zusammenstoß Deutschlands und Frankreichs kaum zu umgehen war, weil Frankreichs Stolzgefühl der Gedanke unerträglich schien, daß Deutschland eine überlegene Machtstellung einnahm und bei der geringsten Verschiebung zu gunsten Preußens eine Explosionsgefahr entstand. Es war ja möglich, daß ohne den Hohenzollernschen Zwischenfall der Krieg vermieden worden wäre, wie dies u. a. nach Sybel Napoleon selbst erhoffte, wahrscheinlich war das aber ganz und garnicht und am allerwenigsten wäre Sybel versucht gewesen dergleichen bestimmt zu behaupten. Der schöne Schlußsatz des 7. Bandes: „Frankreich ging für eine alte Ehrenstellung, Deutschland für sein junges Dasein in den Kampf" würde in seiner ersten Hälfte einfach in der Luft schweben, hätte Sybel leugnen wollen, daß ohne den Erbprinzen Leopold eine Kriegsgefahr nicht bestanden

1) Sybel VII 384—386.
2) Em. Könyi, Beust u. Andrassy. Deutsche Revue 1890. II 7.
3) Das Geheimnis ꝛc. S. 43.

hätte. Sagt ja auch C. Rößler vollkommen richtig, der wirkliche Grund, welcher den Krieg unvermeidlich machte, sei der Nationalcharakter des französischen Volkes gewesen[1]), ebenso geht Erich Brandenburg von dieser Ansicht aus. Neuerdings hat ja auch ein so unversöhnlicher Gegner Bismarcks, wie der Sozialdemokrat Auer, die Unvermeidlichkeit des Krieges zugestanden[2]).

## IV. Napoleons Politik.

Die eigentliche pièce de résistance des ganzen großen Streites ist die Frage, ob Napoleon den Krieg gewollt hat. Sybel hat darzulegen gesucht, daß Napoleon wider seinen Willen in den Krieg getrieben worden sei. Die ganze Darstellung der französischen Politik im 7. Bande seines großen Werkes baut sich auf diesem Gedanken auf. An Sybel haben sich Erich Brandenburg und Constantin Rößler angeschlossen. Rößler versteigt sich sogar schließlich zu einem dithyrambischen Hymnus auf Napoleon III., der sich überaus komisch in dem Munde eines deutschen Politikers ausnimmt. Er schreibt[3]): „Bei alledem schuldet ihm (nämlich Napoleon) die europäische Entwickelung Dank. Er hat zuerst die durchdringende Art an den nach dem Scheitern der 48er Bewegung doppelt unerträglichen Zustand der Wiener Verträge gelegt. Er ist der Bahnbrecher der italienischen und der deutschen Einheit geworden." Da diese Sätze in feierlichem Ernste, und nicht, wie es vielleicht zweckentsprechender gewesen wäre, mit einem Anfluge von Ironie gesprochen sind, so kann man billig erstaunt sein, warum C. Rößler nicht zum Schluß die Anregung gegeben hat, dem letzten gekrönten Napoleoniden ein Denkmal auf italienischer und auf deutscher Erde zu setzen. Der einzige, der sich mit aller Wucht den Sybelschen Darlegungen widersetzt hat, ist Delbrück. Er hat den Nachweis zu erbringen gesucht, daß Napoleon der eigentliche Kriegstreiber gewesen sei. Im Februarheft hatte er nur vielsagend geäußert, Sybels Auffassung scheine ihm noch nicht völlig erwiesen[4]). Sybel bemerkte dazu: „Darauf läßt sich natürlich nichts erwidern", brachte jedoch gerade für diesen Punkt in seinen Neuen Mitteilungen eine Fülle noch unbekannten Materials bei[5]). Dies

1) Preußische Jahrbücher 1895. Januar. S. 126.
2) Sedanrede zu Berlin am 4. September 1895.
3) a. a. O. S. 131.
4) a. a. O. S. 341.
5) a. a. O. besonders S. 17—29.

hat Delbrück nicht abgehalten, seine Behauptung und zwar viel bestimmter zu erneuern. Natürlich mußte er nun seine Ansicht begründen, und dies hat er denn auch ausführlich gethan. Ja, er rückt diese These in den Mittelpunkt seiner Ausführungen im Oktoberheft, indem sie die etwas romanhaft klingende Ueberschrift zu seinem Essay „Das Geheimnis der Napoleonischen Politik" geliefert hat.

Ich glaube indes, daß die historische Kritik auch hier der Sybelschen Auffassung wird beipflichten müssen.

Delbrück sagt[1]): „Es ist vollständig wahr, daß Napoleon im Grunde seines Herzens keinen Krieg mit Preußen hat führen wollen, ebenso wahr aber ist es, daß er nicht gezwungen oder übertölpelt den Krieg erklärt hat, sondern mit vollem Bewußtsein und freiem Willen. Denn er hoffte, daß er imstande sein werde, diesem Kriege sofort wieder ein Ende zu machen und die [nicht zum Abschluß gebrachten] Verhandlungen mit Oesterreich und Italien [zwecks eines, wie Delbrück annimmt, offensiven Dreibundes] waren ihm nur die zweite Sehne am Bogen, die ihn sichern sollte für den Fall, daß die erste versagte. Aus diesem Grunde hat er das Kriegsbündnis nicht im Voraus abgeschlossen, sondern mit höchst feiner Berechnung nur bis zu dem Punkte geführt, wo er die volle moralische Gewißheit zu haben glaubte, es in jedem Augenblick zum Abschluß bringen zu können."

Diese Theorie, welche das „Geheimnis der Napoleonischen Politik" enthüllen soll, schien mir gleich, als ich sie zum erstenmal las, außerordentlich gewagt. Selbst ein solcher Projektenmacher, wie es Napoleon war, konnte sich doch schwerlich das Kunststück zutrauen, die ins Rollen gekommene Kugel, d. h. den ausgebrochenen Nationalkrieg nach Gutdünken sofort wieder zum Stillstand zu bringen. Und nun soll er noch so überscharfsinnig gewesen sein, alles zu einem offensiven Dreibunde vorbereitet zu haben, um unverzüglich den Abschluß herbeizuführen, falls die erste Sehne, der sofortige Friedensschluß nach dem ersten Schlage, versagte! Konnte er denn überhaupt annehmen, daß dieser Abschluß nach solchen Vorgängen nicht auf Hindernisse stoßen würde? Die Sachlage hätte sich doch beim Versagen der „ersten Sehne" gründlich verschoben, und wann ist denn ein diplomatischer Abschluß in solcher Krisis schnell erfolgt? Erwägungen Bismarcks oder Beusts im Augenblick der Aktion, daß Napoleon in seiner Unberechenbarkeit gewisse Streiche begehen könnte[2]), sind vom Standpunkte des Staatsmannes hinreichend

1) Das Geheimnis ꝛc. S. 20 f.
2) Das Geheimnis ꝛc. S. 20.

begründet, beweisen aber garnichts für den Geschichtsforscher. Am allerwenigsten scheint es uns aber gerechtfertigt, eine solche Auffassung, die im besten Falle als plausible Vermutung hingestellt werden darf, mit solcher souveränen Sicherheit als Thatsache zu behandeln, wie es Delbrück gethan hat.

Denselben Eindruck, wie ich ihn zuerst hatte, hat u. a. auch die Revue historique gehabt. In ihr heißt es über die Behauptung Delbrücks: „Wenige Menschen werden an die Realität dieses macchiavellistischen Projekts glauben, das durch keine einzige authentische Quelle beglaubigt wird“ [1]).

Mir scheint, hier besonders müssen wir uns an die Thatsachen halten, und diese widersprechen der Delbrückschen Annahme denn doch zu sehr.

Dies macht sich in Delbrücks eigenen Ausführungen höchst auffällig bemerkbar. Sie können zum Teil garnicht nebeneinander bestehen. In den angeführten Hauptsätzen behauptete er auf das bestimmteste, daß Napoleon „mit vollem Bewußtsein und freiem Willen“ den Krieg erklärt habe. Kaum zwei Seiten vorher aber hat er zugegeben: „Richtig ist, daß Napoleon schwer leidend und vielleicht nicht ganz Herr seines eigenen Willens war.“ Das widerspricht sich doch schnurstracks. Nur eine Seite vorher (S. 20) gesteht Delbrück: „Bei dem kranken Kaiser mag man zweifeln, ob er dem Kriege zugestimmt.“ Dann darf man aber doch nicht behaupten, daß er ihn mit vollem Bewußtsein und freiem Willen erklärt habe. Wenn Napoleon aber, wie Delbrück im ersten Satz der oben wörtlich wiedergegebenen Hauptstelle angiebt, den Krieg gegen Preußen im Grunde seines Herzens garnicht hat führen wollen, warum hielt er sich dann zwei Sehnen am Bogen, um ihn zu führen? All dies sind so viel Widersprüche, daß man sich vergebens bemüht, Ratio in Delbrücks Behauptungen zu bringen.

Weiter heißt es bei Delbrück[2]): „Naturgemäß hat weder der Kaiser noch irgend einer seiner Ratgeber den Plan nachher offen eingestehen wollen, um der Niederlage nicht auch noch den Hohn und den Vorwurf der Doppelzüngigkeit hinzuzufügen. Trotzdem dürfen wir mit aller Sicherheit, die eine Kombination überhaupt zu geben vermag, behaupten, daß der rätselhafte Kontrast zwischen der zweifellosen Vor-

1) Bulletin historique in der Revue historique Januar—Februar 1896 (60, 132).

2) Das Geheimnis ꝛc. S. 21.

bereitung auf den Krieg und der lässigen Betreibung des großen Bündnisses allein auf diese Weise gehoben wird."

Durch eine so sichere Sprache wird die Behauptung Delbrücks keineswegs tiefer begründet.

Es scheint doch gewagt, sich über das Fehlen jedes Zeugnisses für die neue Ansicht hinwegzusetzen, indem man behauptet, daß alle späteren authentischen Quellen Ursache zur Verschleierung der Wahrheit gehabt hätten. Dann hätten die Jerome, Jarras, Lebrun, Rothan, Gramont u. s. w. ja überhaupt über die Sache schweigen können. Wozu dann überhaupt die Bündnisprojekte auskramen? Muß es nicht schon genug den Hohn herausfordern, wenn man sieht, wie nahe Napoleon dem Abschluß des angeblichen Kriegsbündnisses bereits gekommen war?

Nun war aber das angeblich beabsichtigte Kriegsbündnis lediglich als Verteidigungsbündnis gedacht. Man vergegenwärtige sich die Politik Napoleons. Er lebte fortwährend in Angst vor einer Explosion der nationalen Leidenschaften, wie der damalige französische Gesandte in Brüssel, Laguerronniere, ein eifriger Chauvinist und Preußenfeind, 1869 bezeugt hat[1]). Daß dies nur zu begründet war, beweist die Haltung der Arkadier (konservativen Bonapartisten), die seit 1868 insgeheim auf den Krieg hinarbeiteten mit der Losung: Entweder Friede und Revolution oder Kriegsruhm und Ordnung[2]). Ihnen zur Seite stand die Partei der Kaiserin und des Klerus, die gleichfalls für Siegeslorbeern eingenommen war. Die Erfolge Preußens im Jahre 1866, durch die die französischen Siege von 1859 verdunkelt wurden, nährten in Frankreich allgemein den Wunsch an Preußen „Rache für Sadowa" zu nehmen. Deswegen suchte Napoleon Allianzen, um im Notfalle geschützt zu sein, zumal da Niel darauf bestand. Damit stimmt trefflich, wenn der Kaiser im Frühjahr 1869 Benedetti erklärte[3]), die Erhebung Montpensiers, des Sohnes Louis Philipps, auf den spanischen Thron wäre antidynastisch, nur gegen ihn, den Kaiser gerichtet, er könnte sie also zulassen, die Kandidatur Hohenzollerns aber wäre wesentlich antinational, das Land ertrüge sie nicht, man müsse sie also verhindern. Gerade diese Bemerkung des Kaisers enthält den bündigsten Beweis seiner Friedensliebe. Trotzdem soll er aber nach Delbrück „zweifellos" den Krieg vorbereitet haben, d. h. hier doch wohl den Angriffskrieg. Was vermag Delbrück für diese seine Ansicht anzuführen? Nichts, rein gar-

1) Sybel VII 86. 87.
2) Sybel VII 80 ff.
3) Sybel VII 243.

nichts, außer den nicht abgeschlossenen Bündnisverhandlungen mit Italien und Oesterreich und Lebruns Sendung. Nun haben wir oben aber gesehen, daß es sich bei allen diesen Verhandlungen nur um das Zustandekommen eines Defensivbündnisses handelt und daß Napoleon höchst wahrscheinlich aus ganz anderen Gründen am Abschluß eines Bündnisses behindert war, weil nämlich Oesterreich seine Hauptbedingung bei einem gemeinsamen Operationsplan, gleichzeitig mit ihm den Krieg zu erklären, nicht erfüllen wollte. Betrachten wir Delbrücks Theorie von „der zweiten Sehne am Bogen" im Zusammenhange mit dem übrigen Material, was wir über die napoleonische Politik und Denkungsweise zur Hand haben, so scheint diese Theorie noch haltloser als sie es uns schon vorher dünken mußte.

Dazu kommt Napoleons von den verschiedensten Seiten bezeugtes Verhalten in der ersten Hälfte des Monats Juli 1870 kurz vor Ausbruch der Katastrophe. Sybel hat die in Betracht kommenden Momente zusammengefaßt[1]): „Am 5. und 6. fordert Napoleon eine milde Erklärung an die Kammer, am 10. schreibt er geheim an den Prinzen Leopold, sein Rücktritt sei das einzige Mittel den Frieden zu erhalten, am 12. beruft er den italienischen Gesandten Nigra zu einer besondern Audienz, um ihn mit einer telegraphischen Botschaft an Viktor Emanuel zu beauftragen, durch den Rücktritt des Prinzen sei jeder Grund zum Kriege beseitigt; endlich am 14. klammert er sich im letzten Moment an seinen alten Lieblingsgedanken, einen europäischen Kongreß, um den Bruch zu verhüten. Als trotzdem der Krieg entschieden war, sendet er am 15. durch Vitzthum die Bitte an Franz Joseph, Oesterreich möge den Kongreß veranlassen; zwei englischen Besuchern sagte er damals, die Macht sei ihm aus den Händen geglitten, und schreibt an die Königin von Holland, nicht er habe diesen Krieg veranlaßt, sondern die aufgeregte öffentliche Meinung." Wer kann angesichts dieser Fülle von Thatsachen noch zweifeln, daß der todkranke Mann nur den Frieden gewünscht hat? Eins der schwerwiegendsten Zeugnisse für seine Friedensliebe ist die Aussage von Thiers und Leboeuf vor der parlamentarischen Untersuchungskommission, aus der wir erfahren, daß der Kaiser auf das Schärfste die schroffe Form der Erklärung, welche Gramont am 6. Juli in der Kammer abgeben wollte und schließlich auch gegen Napoleons Willen abgab, mißbilligte, jener ersten Erklärung, nach der in Europa schon allgemein die Unvermeidlichkeit des Krieges befürchtet wurde. Dazu treten schließlich noch die von Sybel zuletzt beigebrachten Erzählungen

1) Neue Mitteil. S. 29.

von Augenzeugen über Napoleons Benehmen am 14. Juli, die seine Friedensliebe in der auffälligsten Weise bekunden [1]).

Die Sybelsche Auffassung wird noch mehr unterstützt durch eine Quelle, welche zu benutzen dem Geschichtschreiber des Deutschen Reiches nicht mehr vergönnt war, durch Ducrots Korrespondenz [2]). Diese versetzt so recht in den Geist und die Stimmung der revanchedürstenden französischen Militärkreise seit 1866 hinein. Seit Königgrätz stehen jene fortwährend unter der Suggestion, daß bei nächster Gelegenheit das Kriegswetter von Deutschland her über Frankreich hereinbrechen wird, und es ist ganz klar, daß der Kaiser von den gefahrdrohenden Schilderungen seiner Ratgeber etwas beeinflußt wird. Der heißblütige Divisionsgeneral Ducrot in Straßburg badet sich förmlich in Angstschweiß wegen der mangelhaften Vorbereitungen seines Vaterlandes und ist unglücklich, daß Napoleon so wenig Lust zu Gegenvorkehrungen bezeigt. Besonders wertvoll sind indes zwei Stellen [3]), an denen Ducrot von einem Briefe Napoleons an seinen Vertrauten, den General Frossard, spricht. Dieser Brief muß unmittelbar nach der Kammersitzung vom 6. Juli 1870 geschrieben sein, denn Ducrot erwähnt ihn zuerst in einem Briefe an seine Frau vom 9. Juli. Er schreibt darin: „Le général Frossard a reçu une lettre de l'Empereur, qui paraît croire que la Prusse reculera et que cette fois encore la paix ne sera pas troublée" und meint dann ungläubig: „Une reculade de la Prusse dans les circonstances présentes lui ferait perdre tout son prestige aux yeux de l'Allemagne et porterait un coup fatal à sa puissance et à son influence." In einem Schreiben vom 2. Juli, ebenfalls an seine Frau, kommt Ducrot auf den kaiserlichen Brief zurück und führt die fragliche Stelle wörtlich an: „Le général (Frossard) m'a fait lire une lettre écrite de la main de l'Empereur dans laquelle Sa Majesté dit que „sans doute la Prusse reculera et cette fois encore fera en sorte d'éviter la guerre"." Da haben wir das Zeugnis des Kaisers aus eigenem Munde. Er hofft, daß Preußen zurückweichen wird und daß man auf diese Weise noch einmal dem Kriege entgehen könne. Die Person Frossards schließt es wohl aus, daß er ihm gegenüber Komödie gespielt hat. Nach alledem scheint uns nichts unrichtiger, als wenn man Napoleon der Kriegstreiberei beschuldigt.

1) Neue Mitteil. S. 46—48.

2) La vie militaire du général Ducrot d'après sa correspondance (1839—1871) publiée par ses enfants. Tome second. Paris 1895.

3) a. a. O. S. 332/33 u. 335/36.

Einen Umstand führt Delbrück dafür ins Treffen, daß Napoleon garnicht so willenlos gewesen wäre[1]): „Wenn man nun aber erfährt, daß Napoleon keineswegs bloß willenlos nachgab, sondern dem Herzog (Gramont) einige Stunden, nachdem sie beide (am Nachmittag des 12. Juli zwischen 3 und 7 Uhr) konferiert, eine eingehende schriftliche Instruktion schickte, worin der ganz neue Feldzugsplan mit der Verpflichtung König Wilhelms für die Zukunft vorgeschrieben war (Gramont, La France et la Prusse p. 136), so sieht das doch garnicht danach aus, als ob der Kaiser sich bloß hat mitschleppen lassen, und man darf vermuten, daß es im letzten Grunde keineswegs nur der Druck der aufgeregten öffentlichen Meinung war, der vorwärtsschob, sondern der Wunsch, sich den herrlichen Kriegsgrund nicht wieder entschlüpfen zu lassen."

Diese Bemerkungen Delbrücks sind u. E. wiederum in keiner Weise stichhaltig. Zunächst wollen wir einschalten, da die Worte „eingehende" Instruktion und „Feldzugsplan", jemand, der den Wortlaut des Napoleonischen Schriftstücks nicht kennt, irreführen könnten, daß darin von militärischen Unternehmungen nicht die Rede ist, sondern nur von diplomatischen Schritten; und so sonderlich eingehend ist die „Instruktion" auch nicht weiter. Sie ist nur ein kurzer Brief. Instruktion kann man das Schriftstück auch kaum nennen, sondern nur eine Erklärung. Doch dies ist nebensächlich. Verwunderlich scheint uns dagegen, daß Delbrück nicht mit einem Worte den Versuch macht, sich mit Sybels Erläuterung dieser Erklärung auseinanderzusetzen. Sybel hat gerade diesen Brief erschöpfend erklärt[2]).

Er sagt: „Jedes Wort in diesem Briefe ist erstaunlich. Gleich zu Anfang die Läugnung des amtlichen Charakters der von dem spanischen Gesandten amtlich übergebenen Depesche, sowie die Behauptung, daß deren Inhalt den Prinzen Leopold nicht binde, während ausdrücklich in dessen Namen Fürst Anton den Verzicht anmeldet. Sodann die abenteuerliche Besorgnis, Prinz Leopold könne trotz der Erklärung und trotz Frankreichs Feindschaft plötzlich in Madrid erscheinen, wie 1866 in Bukarest Prinz Karl, dem kein Verzicht im Wege stand und der vom Kaiser Napoleon in jeder Weise unterstützt und ermutigt wurde. Schließlich aber, wie sollten alle diese schönen Erfindungen plötzlich im Haupte Napoleons erwachsen sein, der vor drei Tagen dem Prinzen den Rücktritt als die Sicherung des Friedens bezeichnete und vor wenigen

1) Das Geheimnis ꝛc. S. 40.
2) VII 313 f.

Stunden zwei Gesandten seine Freude über die Erlangung dieses Ergebnisses ausgesprochen hatte?

Gramont löst uns dieses Rätsel.

In seinem Buche druckt er den Brief des Kaisers ab und fügt dann die Bemerkung hinzu: Der Brief enthielt, die Wahrheit zu sagen, nichts als eine genauere Zusammenfassung des Inhalts unserer am Nachmittage vorausgegangenen Erörterungen. Er bekennt sich also, da im Anfange des Gesprächs Napoleon den gerade entgegengesetzten Standpunkt vertreten hatte [1]), selbst zur Vaterschaft der jetzt vom Kaiser übersandten Erklärung. Der Brief ist ein Denkmal nicht der Kriegslust des Imperators, sondern der Schwäche und Willenlosigkeit des kranken Mannes. Vielleicht hat Gramont wie dem Baron Werther ein Konzept für den Brief des Königs Wilhelm, so dem Kaiser das Konzept für dieses trotzige Handschreiben gleich im Verlaufe des Gesprächs entworfen."

Im Gegensatze zu Delbrück nimmt Sybel diesen Brief also gerade als einen Beweis für die Willenlosigkeit des kranken Kaisers und, wie uns scheint, ist seine Beweisführung schlagend. Gramont hatte doch das Interesse, sich von der Verantwortung zu entlasten und hat dies in seinem Buche hinreichend bekundet. Hier entschlüpft ihm, wenn auch nur indirekt, selbst das Geständnis, daß er der Urheber des Briefes gewesen ist. Was will man mehr des Beweises?

Es bleibt eben nichts anderes übrig als die Thatsache, daß im Juli 1870 ein starrsinniger Fanatiker mit Namen Gramont die auswärtige Politik Frankreichs leitete, der angesichts der maßlos erregten öffentlichen Meinung alle Ueberlegung verlor und das französische Staatsschiff besinnungslos mit vollen Segeln in den Kriegsstrudel treiben ließ. Er fiel der französischen Eifersucht gegen die aufstrebende Macht Deutschlands zum Opfer, und wenn Delbrück, um die Sybelsche Darstellung zu erschüttern, mit Emphase ausruft [1]): „Nie wäre ein ungeheures welthistorisches Ereignis auf eine thörichtere, sinnlose[re] Weise verursacht worden," so hat er mit dieser seiner Behauptung vollkommen recht. Aus der Tollheit des französischen Benehmens ist aber nicht auf Unglaubwürdigkeit der Sybelschen Annahme zu schließen. Uns scheint Sybel psychologisch die ganze Entwickelung der Dinge geradezu meisterhaft erläutert zu haben, wie Gramont als ein Werkzeug der öffentlichen Meinung, seines blinden Hasses und seiner Unfähigkeit Frankreich seinem

1) VII 310.

2) Das Geheimnis ꝛc. S. 19.

Verhängnis entgegenführt. Angesichts dieser wahnwitzigen Politik besteht der Satz, den Fürst Karl von Rumänien damals als Ausspruch der englischen Presse in seinem Tagebuch verzeichnete, noch zu Recht: Die französische Herausforderung war das größte Verbrechen des Jahrhunderts.

An der Thorheit und Sinnlosigkeit dieser ganzen folgenschweren Politik vermögen selbst einige Milderungsgründe, die wir den Franzosen im Hinblick auf ihren Zorn zubilligen können, kaum etwas zu ändern. In Frankreich war die öffentliche Meinung völlig unfähig sich klar zu machen, daß der Erbprinz nur ein höchst entfernter Verwandter des preußischen Königshauses war. Auf Gramont und die Pariser wirkte der Name Hohenzollern wie das rote Tuch auf den Truthahn. Sie betrachteten es als ganz undenkbar, daß der König von Preußen nicht das Recht haben sollte, allen Angehörigen seiner Familie die Annahme einer Krone zu verbieten, und doch stand dem, wie wir wissen, ein klares Hausgesetz entgegen. Wie weit die Vorstellung verbreitet war, daß der Erbprinz dem preußischen Königshause angehöre, geht daraus hervor, daß selbst Marschall Prim in einer Rede die Trefflichkeit des Kandidaten u. a. damit begründete, daß er ihn als königlichen Geblütes bezeichnete[1]). Nun kam dazu der ungeheure Argwohn gegen Bismarck und das Gefühl, daß man von ihm in der Kandidaturfrage dupiert sei, da Bismarck keine Kenntnis von dem Anerbieten haben wolle. Ganz besonders verdienen aber zwei Umstände Beachtung, die Sybel zwar anfangs auch angedeutet[2]), später aber, wie uns scheint, nicht mehr gebührend hervorgehoben hat, nämlich zwei Mißverständnisse Benedettis. In seinem Bericht vom 11. Mai 1869 an Kaiser Napoleon nimmt dieser, wie jetzt von niemand mehr bestritten wird, überaus friedliebende Diplomat, der aus zu großer Vorsicht die preußische Regierung nicht genügend von der Gegnerschaft Napoleons gegen die Kandidatur des Erbprinzen unterrichtete[3]), an, daß Bismarck anerkannt habe, die Annahme der Kandidatur hänge vom König Wilhelm ab, und daß der Unterstaatssekretär Thile ihm ehrenwörtlich versichert habe, der König würde nie zustimmen. Das erste war deshalb unmöglich, weil es, wie bekannt, gegen das Hohenzollernsche Hausgesetz verstößt, und im zweiten Falle hatte Thile, übrigens ein überaus gewissenhafter, feinfühliger und mildgesonnener Staatsmann, damals (Frühjahr 1869) nur auf sein Ehrenwort ge-

1) Sybel VII 257.
2) Sybel VII 245.
3) Ebenda.

nommen, daß er nichts über die Sache gehört hätte. Durch Benedettis Bericht lebte man in der französischen Regierung in ganz falschen Vorstellungen, und als nun im Juli, als Napoleon eben wieder (am 1.) einen seiner gefährlichen Krankheitsanfälle gehabt, als der friedliebende Ministerpräsident Ollivier eben erklärt hatte, noch niemals sei die Ruhe Europas so gesichert gewesen und als man eben das französische Heer erheblich vermindert hatte, ohne daß Preußen zu einer Gegenleistung bereit gewesen wäre, plötzlich die Hohenzollernsche Frage auftauchte, da ist es begreiflich, daß der Zorn der Gallier aufwallte. Glaubte man doch amtliche Zusicherungen preußischerseits zu haben, daß die Sache nicht diesen Verlauf nehmen würde. Das Verhalten der französischen Regierung bleibt trotzdem eine ungeheure Thorheit. Die Sache war schon verfahren mit der Rede Gramonts am 6. Juli. Nur ein Meister der Politik hätte sich noch mit einigem Anstand aus der Affaire ziehen können. In der Folge kam die wahnwitzige Forderung des Entschuldigungsbriefes und die nicht minder beleidigende der Verpflichtung des Königs für alle Zukunft hinzu, und diese Dinge mußten unter allen Umständen dem Faß den Boden ausschlagen. Das erkennt auch Delbrück unumwunden an. Selbst von französischen Staatsmännern, wie z. B. von Rothan[1]), wird zugegeben, daß Frankreich durch die Forderung der Garantien für die Zukunft alle Brücken abgebrochen, jede diplomatische Vermittlung unmöglich gemacht hätte.

Am Schlusse seines Aufsatzes sucht Delbrück noch darzulegen, daß Graf Vitzthum dem Herzog von Gramont am 14. Juli die Meldung des Lord Loftus über das Gespräch dieses Lords mit Bismarck am 13. Juli überbracht habe, und hofft damit den Punkt aufzuklären, der bisher noch immer unentschieden war, nämlich welche von den verschiedenen Meldungen eigentlich in Paris das Gefäß zum Ueberlaufen und damit die Entscheidung gebracht hat. Ich kann auch diesmal der Delbrückschen Beweisführung nicht beitreten, ganz abgesehen davon, daß, wie Sybel mir zutreffend auszuführen scheint, der Charakter der Bismarckschen Erklärungen an Lord Augustus Loftus durchaus nicht den Bruch unvermeidlich machte, da seine Sätze mehr hypothetisch gehalten waren, und daß deswegen eine verletzende Wirkung jener Erklärungen durchaus nicht so nötig wurde. Delbrück bringt Vitzthum mit der Gramontschen Angabe zusammen, die Mitteilung von dem Bismarck-Loftusschen Gespräch sei ihm über Wien zugegangen. Nun ist es schon sehr unwahrscheinlich, daß die auf so großem Umwege — von Lord Augustus an den öster-

1) L'Allemagne et l'Italie I 36.

reichischen Vertreter in Berlin, von dort an Beust, von Beust an den am 13. zum 14. von Brüssel nach Paris fahrenden Vitzthum — beförderte Nachricht über ein Gespräch am 13. zur Kenntnis Vitzthums bereits am 14. gelangt sein soll. Dazu kommt, daß Vitzthum, wie Sybel mitteilt[1]), am 14. vergebens eine Zusammenkunft mit Gramont nachsuchte und diese erst am Abend des 15. ermöglichte[2]).

Also auch diese Vermutung scheint mir einstweilen noch recht anfechtbar.

## V. Bismarck und die Entstehung des Krieges.

Auf französischer Seite wird ja die Legende, daß Bismarck von Anfang an der Kriegstreiber gewesen sei, einstweilen noch üppig fortwuchern. Jenseits der Vogesen verkennt man eben sowohl immer noch die Sachlage als die Person Bismarcks. Man übersieht drüben in dem preußischen Staatsmann die eminent sittliche Persönlichkeit, die sich ganz anders wie ein Napoleon ihrer Verantwortung bewußt war, und der die traurigen Bilder der eben durchlebten Kriege noch zu sehr vor Augen schwebten[3]). Allerdings hat Bismarck den Krieg auch nicht um jeden Preis vermeiden wollen, denn er durfte der Ehre seiner Nation nichts vergeben. Die Redaktion der Emser Depesche ist, wie Sybel u. E. richtig darlegt, nicht so zu verstehen, als sei mit ihr die Entzündung zweier Pulverfässer bezweckt worden, sondern sie war eingegeben von dem Gefühl, daß es notwendig sei, dem preußischen Staate zugefügte Beleidigungen zurückzuweisen, mochte aus dieser Zurückweisung entstehen was da wolle: denn daß das deutsche Volk aus militärischen Rücksichten einen etwaigen Kampf nicht zu scheuen brauchte, wie ihn noch vor 20 Jahren der preußische Staat in den Olmützer Tagen zu scheuen hatte, das wußte der preußische Staatsmann ja von Moltke und andern Heerführern. Und daß die Franzosen in eine für sie selbst denkbar unglückliche Position geraten waren, erkannte Bismarcks politischer Scharfblick wohl, aber daran waren sie ja lediglich selber schuld. Warum hatten sie so unsinnige Forderungen erhoben und die Beleidigungen so gehäuft, daß die preußische Zurückweisung notwendig wurde! Die Emser Depesche versetzte Bismarck und die deutsche Nation wider das

1) VII 352.
2) VII 353.
3) Neue Mitteil. 70 f.

Erwarten des preußischen Staatmannes, der den Krieg infolge der Vorkommnisse in Paris und Ems bereits für notwendig hielt[1]), in die günstige Lage, Frankreich auch das Odium der formellen Herausforderung zuwälzen zu können. Die Hauptwortführer des Streites um den Ursprung des deutsch-französischen Krieges, Sybel und Delbrück, sind sich, nachdem Delbrück vorübergehend geschwankt hatte, in der Auffassung der Bismarckschen Politik als einer keineswegs von langer Hand auf Krieg gerichteten einig geworden und auch der schwache Versuch, den ein preußischer Publizist und Diplomat unternommen hat, um Bismarck zu bezichtigen, daß er seit 1867 auf den Krieg hingearbeitet habe, ist, soweit man unbefangene Prüfung erwarten konnte, auch der einzige dieser Art geblieben und wird schwerlich wieder aufgenommen werden.

Es ist Constantin Rößler gewesen, der behauptet hat, daß Bismarck nach der Luxemburger Affaire (Mai 1867) die Auffassung gewonnen habe, daß ein Krieg unvermeidlich sei, und daß er seitdem darauf hingearbeitet hätte. Dies deckt sich vollständig mit dem, was z. B. die Germania im November 1892 nach Bismarcks Mitteilungen über die Entstehung seiner Depesche vom 13. Juli gesagt hat. Rößlers erster Satz dürfte richtig sein, der zweite wird von diesem Rezensenten Sybels lediglich damit begründet, daß Bismarck nicht auf Napoleons Bemühungen eingegangen sei, eine Entschädigung für die Vereinigung mit Süddeutschland zu gewähren. Sybel hat[2]) auf die Ungeheuerlichkeit hingewiesen, die darin liegt, dergleichen Behauptungen auf solche Beweisgründe zu stützen. Er fertigt Rößler mit den Worten ab: „Leider vergißt Herr Rößler zu sagen, welches Land Bismarck dem Kaiser zur Erhaltung des Friedens hätte anbieten sollen, etwa die Rheinpfalz unter glühendem Zorn der ganzen deutschen Nation? oder Belgien oder die französische Schweiz unter unabsehbaren europäischen Verwicklungen?" Schwächer ist kaum je ein Beweis erbracht worden, als wie ihn Rößler hier zu führen gesucht hat.

Allerdings hat sich Delbrück, wie Sybel gleichfalls bereits hervorgehoben hat[3]), etwas ähnliches gestattet, als er in seinem Februarheft[4]) aus der Annahme Sybels, Napoleon und Beust hätten den Krieg nicht gewollt, schlankweg schließt: „Damit rücken die verschiedenen Maß-

1) Immediatbericht 23. September 1888. Im Reichsanzeiger vom 27. September.

2) Neue Mitteil. 51.

3) Ebenda.

4) Preußische Jahrbücher, Februar 1895. S. 341.

regeln Bismarcks am 13. und 14. Juli in ein ganz anderes Licht; nicht zu einem verfrühten Krieg, sondern zum Krieg selbst hätten die Franzosen sich dadurch aufreizen lassen und Bismarck würde in einem viel höheren Grade als man bisher in Deutschland hat zugeben wollen, der Vater dieses Krieges sein." Delbrück übersah, als er diesen Satz offenbar sehr schnell hinwarf, daß er einen ganz gewaltigen Seitensprung gemacht hatte. Er hatte doch Sybel selbst gelesen und dort waren ihm wohl nicht die recht umfangreichen Ausführungen entgangen, welche davon handeln, daß die öffentliche Meinung in Frankreich und Gramont die Schuld an dem Ausbruch des Krieges trugen. Ehe er seine Behauptung aufstellte, hätte Delbrück also den etwas schwierigen Beweis antreten müssen, der die Richtigkeit jener Sybelschen Ausführungen darlegte. In seinem Oktoberaufsatz hat Delbrück glücklicherweise diesen Satz stillschweigend fallen gelassen.

Dafür führt er aus, daß Graf Bismarck, als die Dinge sich aufs äußerste zugespitzt hatten, am 13. Juli die Franzosen in einem für Deutschland „vorteilhaften" Moment zum Losbruch getrieben habe[1]) und bekennt, daß er darin ein weltgeschichtliches Verdienst unseres großen Staatsmannes erblicke, das wir wahrlich keine Veranlassung hätten zu verschleiern. Verstehen wir Delbrück recht, so sieht er in der Beurlaubung Werthers, die einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen gleich käme, in dem Gespräch mit Lord Loftus am 13. und vor allem in der Redaktion der Abekenschen Depesche die kühn entschlossenen Handlungen Bismarcks, mit denen er absichtlich die Kriegserklärung provozierte. Nun ist aber die Beurlaubung des norddeutschen Botschafters in Paris, des Freiherrn v. Werther, nur zu gut begründet durch den Zorn Bismarcks über die unglaublichen Ungeschicklichkeiten dieses Diplomaten, die u. a. auch von Geffcken gebührend hervorgehoben werden. Nicht eine Stunde dürfte der norddeutsche Bund von diesem Diplomaten länger vertreten sein, so wird der Kanzler gedacht haben. Von den Mitteilungen an Lord Loftus ist es aber höchst unwahrscheinlich, daß sie überhaupt schon am entscheidenden Tage, am 14. Juli, an dem der Krieg französischerseits beschlossen wurde, in Paris bekannt waren. Außerdem wird man Sybel darin beistimmen müssen, daß diese Erklärungen an den Vertreter des friedliebenden England noch ein letztes Mittel waren, die notwendige Ehrenerklärung von Frankreich ohne Blutvergießen zu erreichen. Bleibt nur noch die Frage, von welchen Absichten sich Bismarck bei der Umarbeitung der Depesche leiten ließ; und da haben wir die

1) Das Geheimnis ꝛc. S. 53.

Wahl, mit Delbrück anzunehmen, daß darin eine absichtliche Provokation enthalten gewesen sei oder, wie Sybel will, daß Bismarck nichts aus Scheu vor dem französischen Zorn abzuschwächen gesucht habe. Im Grunde scheint mir in dem ganzen Zusammenhange der Dinge dieser wenn auch nicht unwesentliche Unterschied nicht entscheidend für die Beurteilung der Bismarckschen Politik zu sein. Delbrück selbst hat ja hervorgehoben: Gramonts Verlangen nach einer Sühne Preußens für die Kandidatur Hohenzollern „enthält eigentlich den Kern der Situation“ [1]). Damit giebt Delbrück zu, daß es dank Frankreich für Preußen nur die Wahl gab: Demütigung oder Krieg. Darum hielt Bismarck schon vor Eintreffen der Emser Depesche den Krieg für notwendig (Immediatbericht). Es ist möglich, daß er durch die Umarbeitung der Depesche Frankreich in die Lage hat setzen wollen, den Krieg zu erklären [2]). Vielleicht giebt der Fürst Bismarck hierüber selbst einmal persönlich Aufschluß. Vorerst, glaube ich, haben wir noch keinen zwingenden Grund es anzunehmen.

Das aber steht fest, hätte Graf Bismarck nicht jene Umarbeitung vollzogen, so wären die Vorgänge in Ems ein zweites Olmütz für Preußen gewesen, noch viel schimpflicher als das von 1850. Graf Caprivi hat in der Reichstagssitzung vom 23. November 1892, in der er den Wortlaut der Emser Depesche vorlegte, unzweifelhaft das rechte getroffen, als er sagte: „Wenn Frankreich trotzdem mehr (als die Zurückziehung der Hohenzollernschen Kandidatur) verlangte, so konnte es entweder den Krieg oder die Demütigung Deutschlands wollen. Daß es das letztere nicht erreicht hat, verdankt es den Männern, die damals an der Spitze standen. Es wäre aber nach meinem Dafürhalten für Deutschland nicht möglich gewesen, eine Demütigung, wie sie Frankreich uns zumutete, hinzunehmen.“

Daß von Fälschung der Depesche nicht die Rede sein kann, darüber ist sich die deutsche Forschung von Sybel bis zu Delbrück einig. Bismarck veränderte nur den Ton — einzelne scharfe Worte des Königs eignete er sich gar nicht einmal an [3]) — und diese Veränderung war, wie Delbrück treffend bemerkt, „eine ungeheure politische That“. Daß er diese That vollbrachte, wird ein Volk, welches auf sich hält, ihm

1) Das Geheimnis ꝛc. S. 39.

2) Vgl. den diese Auffassung nahelegenden Artikel der „Hamburger Nachrichten“ zu der Unterredung des Fürsten Bismarck mit H. Blum am 12. Nov. 1892, abgedruckt in der Kreuzzeitung vom 15. Nov. 1892. Nr. 536.

3) Z. B. das Wort „zudringlich“ von der Art Benedettis.

ewig danken. Und daß er, der Minister, diesen Ton traf, nicht der König, war ebenfalls das richtige. Denn wiederum meisterhaft hat Delbrück ausgeführt[1]): „Daß König Wilhelm in den Formen die äußerste Langmut und die äußerste Höflichkeit bewahrte, gereicht ihm zum Ruhme und hat Deutschland zum höchsten Vorteile gereicht. Die ideale Haltung, wenn jemand in Händel gerät, ist äußerste Nachgiebigkeit in der Form und bis auf einen gewissen Punkt zu verbinden mit äußerster Festigkeit in der Sache. Das ist sehr schwer und wird meistenteils verfehlt. Durch die Rollenverteilung, wie sie die Emser Depesche 1870 zwischen König Wilhelm und seinem Minister mit sich brachten, hat die deutsche Regierung vor dem eigenen Volke und vor der Nachwelt diese Position gewonnen. König Wilhelm behandelte alles höflich, wohlwollend, langmütig: es kann kein Zweifel sein, daß er den Krieg nicht wollte. Aber dafür hat ein König seine Minister, um die falsche Auslegung zu verhüten, als ob die Liebenswürdigkeit jener Formen Schwäche der Gesinnung bedeute. Die in Berlin redigierte Emser Depesche ist es gewesen, die dieses Mißverständnis abschnitt."

Glücklich die Nation, die einen Staatsmann von solcher Geistesgegenwart und Entschlossenheit den ihren nennen durfte.

## Anhang. Moltke beim Ausbruch des Krieges.

Zum Schluß sei mir vergönnt, einen Beitrag zur Quellenkritik zu liefern, der nur in einem losen Zusammenhange mit meinem Thema steht. Wenigstens handelt es sich dabei auch um die Entstehungsgeschichte des Krieges; und zwar widerspricht die in Betracht kommende Quelle schnurstracks der Sybelschen Darstellung, die in dieser Beziehung allgemein Glauben gefunden hat. Es lohnt sich, um zukünftigen Mißverständnissen vorzubeugen, auf diesen Widerspruch näher einzugehen. Zugleich wird man aus der Sache gewisse Lehren ziehen können.

Die Quelle, die ich im Auge habe, sind die gesammelten Schriften Moltkes, deren Redaktion schon seinerzeit von Herman Granier an dieser Stelle in m. E. immer noch sehr milder Weise gerügt wurde[1]).

1) a. a. O. S. 51. Diese Stelle und sonstige lange Partien gegen Schluß des Aufsatzes stimmen wörtlich mit dem Aufsatz der Preußischen Jahrbücher von 1892 überein, haben in diesem Zusammenhange, wie uns scheint, aber eine noch erhöhtere Wirkung erzielt.

2) Herman Granier, Die nachgelassenen Schriften Moltkes. Forschungen V 497—514 und Gesammelte Schriften u. Denkwürdigkeiten des G.-F. Grafen H. v. Moltke: Forschungen VI 337—340.

In seiner Besprechung der nachgelassenen Schriften Moltkes hat Granier, gestützt auf L. Pietsch (Voss. Zeitung 5. April 1892), bereits auf eine irrtümliche Datumsangabe in den Gesamm. Schriften, Band I (Zur Lebensgeschichte), S. 233/34 (Stillleben in Creisau) hingewiesen[1]). Die betreffende Stelle lautet:

„Auch der Sommer des Jahres 1870 fand die Verwandten wieder in Creisau vereinigt. Ruhig lebte der General auf seinem Gute und nichts deutete an, wie nahe die größte Aufgabe seines Lebens, die Führung der deutschen Heere im Kriege gegen Frankreich, ihm bevorstand. Am Nachmittage des 15. Juli war er mit seinem Bruder Adolf, seiner Schwägerin und deren beiden Töchtern im offenen Wagen ausgefahren. Er führte selber die Zügel; sein Bruder saß neben ihm. Gerade als der Wagen eine Furt durch die Peile passierte, neben der ein schmaler Laufsteg über das Wasser führte, rief ihn ein Telegraphenbote an, der eben diesen Steg überschreiten wollte. Der General hielt die Pferde an und streckte die Hand nach dem Telegramme aus, das jener ihm hinunterreichte, erbrach dasselbe, las es und steckte es still in die Tasche. Dann setzte er die Spazierfahrt fort. Nichts an ihm verriet die Mitteilung, die der Telegraph ihm gebracht hatte, nur noch schweigsamer wie sonst saß er da, und daß seine Gedanken hin und wieder von seinen Pferden abschweiften, merkten die Insassen des Wagens daran, daß er einmal ziemlich unsanft gegen einen Prellstein anfuhr. Als er nach etwa einer Stunde wieder vor dem Wohnhause anlangte, sprang er rasch vom Wagen und sagte zu seinem Bruder, der ihm ins Haus folgte: „Es ist eine dumme Geschichte, ich muß noch diese Nacht nach Berlin." Er ging darauf in sein Arbeitszimmer, wo er bis zur Theestunde verblieb. Still, aber freundlich wie immer, saß er in der Mitte des kleinen Kreises, bis er plötzlich aufstand, mit der Hand auf den Tisch schlug und ausrief: „Laßt sie nur kommen, mit oder ohne Süddeutschland, wir sind gerüstet." Ohne eine weitere Erklärung zu geben, ging er dann wieder in sein Zimmer, wo er bis zur Abreise verblieb. Erst später erfuhren die Seinigen, daß die Depesche die Mitteilung enthielt, der König halte den Krieg für unvermeidlich und beabsichtige die Mobilmachung der Armee zu befehlen."

Granier und Pietsch wiesen nach, daß der in diesem anschaulichen Berichte angegebene 15. Juli nicht stimmen könne, da der General Moltke am 15. bereits in Berlin zu Mittag speiste, um den König abends in Brandenburg zu empfangen (vgl. Tagebuch Kaiser Friedrichs

1) Forschungen V 501.

und Roonsche Denkwürdigkeiten). Sie nahmen an, daß die offenbar von den Angehörigen des Feldmarschalls übermittelte Begebenheit sich am 14. Juli abgespielt haben müßte. Dieser Tag würde aber nicht zu dem Bericht, den Sybel als historisch giebt[1]) und der auf eine Erzählung des Fürsten Bismarck selbst begründet ist[2]), passen, wonach Moltke mit Roon zusammen am 13. bei Eintreffen der Emser Depesche beim Kanzler speiste. Es sind gewiß viele, die die Glaubwürdigkeit der „Gesammelten Schriften" äußerst hoch stellen, um nicht unbedingt zu sagen, daß sie sie höher stellen als die Glaubwürdigkeit der Zeitungen über Bismarcksche Reden. Mit der Erzählung Bismarcks würde aber das berühmte Wort Moltkes, daß die Emser Depesche wie eine Chamade, die Bismarcksche Redaktion derselben aber wie Fanfare geklungen hätte, hinfällig werden. Außerdem wäre dann der köstliche Scherz des Generals: „Wenn ich in diesem Kriege unser Heer führen könnte, so könnte gleich darauf (indem er sich auf die Brust schlug) dieses Gerippe der Teufel holen," der nach Fürst Bismarck bei dieser Gelegenheit fiel, gleichfalls in Frage gestellt. Es spricht ja freilich, abgesehen von der Gewichtigkeit des Zeugnisses Bismarcks, die innere Wahrscheinlichkeit für die Richtigkeit seiner Erzählung; und die Ueberlieferung der Moltkeschen Angehörigen wird bei Unbefangenen entschieden weniger Vertrauen finden, zumal da ihr Widerspruch mit den Thatsachen in einem wichtigen Punkte bereits anderweitig erhärtet ist. Nun hat aber ein Generalstabsoffizier, der Hauptmann Dechend, jüngst eine auch sonst lesenswerte, anregende Schrift: „Die kriegerische Rücksichtslosigkeit" geschrieben[3]), in der er u. a. auch auf Moltkes Thun und Treiben unmittelbar vor Ausbruch des Krieges zu sprechen kommt und, offenbar auf Grund amtlicher Quellen, nähere Angaben über den Aufbruch des Generals nach Berlin bringt. Er spricht von der jugendlichen Thatkraft des greisen Moltke und sagt dabei[4]):

---

1) Sybel VII 327—331.

2) Gespräch mit Hans Blum 12. November 1892 in Varzin. Dazu Artikel der „Hamburger Nachrichten". Schon vorher veröffentlichte der älteste Sohn des Feldmarschalls Grafen Albrecht v. Roon in der Kreuzzeitung eine vom 14. Mai 1891 datierte Erklärung gleichen Inhalts, die eine von ihm, dem jüngeren Roon selbst allerdings anonym gegebene Darstellung in der „Deutschen Revue" berichtigte. Diese Berichtigung war offenbar von Bismarck veranlaßt worden.

3) Die kriegerische Rücksichtslosigkeit. Studien aus der Kriegsgeschichte von Dechend, Hauptmann im Nebenetat des Großen Generalstabes. Berlin 1895. Mittler. 155 Seiten.

4) a. a. O. S. 67.

„Muß ihm doch 1870 vor der Kriegserklärung General v. Stiehle von Berlin aus nach seinem heiteren, ruhigen Landsitz Kreisau mehrere Tage lang Beruhigungsbriefe schreiben, man bäte ihn, noch nicht nach der Hauptstadt abzureisen, weil die Sachlage sich doch vielleicht noch in einem Stadium befände, wo die Unterlassung jeder diesseits alarmierenden Vorbereitung kalmierend wirken könne, seine Ankunft aber noch nicht nötig sei; der General werde ihm täglich erschöpfenden Bericht einsenden und, wenn es so weit wäre, telegraphieren: „Das Pferd ist jetzt hier." Es kam nicht dazu, General v. Stiehle hatte am 12. Juli 1870 eben ruhig einen neuen Brief abgesendet, welcher am nächsten Tage in Kreisau anlangen sollte, als sein Chef bereits seine Ankunft in Berlin telegraphisch anzeigte und sehr bald auch selbst eintraf."

Damit wäre der Beweis erbracht, daß Moltke bereits am 12. Juli den Entschluß gefaßt hatte, sofort nach Berlin zu reisen, und da man Dechend wohl so verstehen muß, daß Stiehles am 13. in Kreisau eintreffender Brief den General nicht mehr dort angetroffen hat, wird auch anzunehmen sein, daß der jugendfrische Greis noch am 12. aus seinem Landsitze aufgebrochen ist. Es wird nun wohl für immer die Möglichkeit benommen sein, auf Grund der „Gesammelten Schriften" Moltkes die Glaubwürdigkeit der Bismarckschen Erzählung anzufechten. Da auch sonst kein Grund vorliegt, sie zu bezweifeln, so werden wir sie mit Genugthuung als eine der interessantesten Begebenheiten der Deutschen Geschichte in der Erinnerung behalten.

Die Dechendsche Mitteilung ist auch insofern von allgemein geschichtlichem Wert, als sie wiederum beweist, wie die deutschen leitenden Instanzen, hier also der preußische Generalstab, ihr ganzes Augenmerk darauf richteten, nicht unnötig Unruhe im Lande zu erregen, d. h. also den Frieden zu sichern.

Angesichts des nun wohl genügend erwiesenen erheblichen Zeitirrtums der Bearbeiter der Moltkeschen Schriften lohnt es sich vielleicht auch sonst den betreffenden Bericht aus dem „Stillleben in Kreisau" im Lichte der Kritik zu betrachten, zumal da es mir scheint, als wenn noch einige andere Keime zur Legendenbildung darin verborgen liegen.

Da wäre zunächst wohl zu bemerken, daß die Ruhe, die der General in den ersten Julitagen bewahrt haben soll, nur eine sehr äußerliche gewesen sein kann. Denn Dechend belehrt uns, daß der Gutsherr von Kreisau damals alles andere als ruhig gewesen ist. Nehmen wir an, daß er es meisterhaft verstanden hat zu verbergen, was sein Herz und seinen Geist bewegte. Unwahrscheinlich, ja fast undenkbar aber scheint uns der Ausruf, der einen Zweifel an der Mithülfe Süddeutsch-

lands enthält. Nach der Veröffentlichung der Schutz- und Trutzbündnisse mit den Süddeutschen Staaten im März 1867 wußte ja auch der Nichteingeweihte, daß Norddeutschland der Hülfe des Südens gegen eine angreifende Macht sicher war. Ebenso dürfte die Angabe hinfällig sein, daß die Depesche, die nach unserer jetzigen Kenntnis spätestens am 12. Juli eingetroffen sein kann, die Mitteilung enthalten habe, der König sähe den Krieg für unvermeidlich an und beabsichtige die Mobilmachung der Armee zu befehlen. Keins von beidem kann stimmen. Bekanntlich klammerte sich König Wilhelm bis zuletzt an die Hoffnung den Frieden erhalten zu können, auch noch nach dem 13. Juli, und auf der Fahrt von Brandenburg nach Berlin am Abend des 15. Juli vermochte ihn Graf Bismarck nicht zu bewegen, die Mobilmachung zu veranlassen [1]), bis die Depesche über die Pariser Kammerverhandlungen, die König Wilhelm beim Eintreffen in Berlin auf dem Bahnhofe las, den Ausschlag gab [2]). Die Wendung in dem Bericht „ohne eine weitere Erklärung zu geben" klingt auch recht seltsam. Denn am 12. Juli war die ganze Welt bereits so erfüllt von den Nachrichten über die Hohenzollernsche Kandidatur und von dem Gedanken an die Kriegsgefahr, daß die Moltkeschen Verwandten sicherlich keiner näheren Erläuterung bedurften, um die Worte des Generals: „Laßt sie nur kommen, mit oder ohne Süddeutschland, wir sind gerüstet" zu verstehen. Schließlich will es uns scheinen, als wenn der Schlachtendenker Moltke „mit der Hand auf den Tisch schlagend" auch apokryph sein dürfte.

Nun wird man schwerlich behaupten wollen, daß die ganze mit so viel Umständlichkeit und Einzelheiten erzählte Begebenheit völlig aus der Luft gegriffen ist. Dies möchten wir doch den Herausgebern der Moltkeschen Schriften nicht zutrauen. Aber man wird zugeben müssen, daß der historische Kern, der in dem Bericht enthalten sein mag, auf ein Mindestmaß herabsinkt. Kaum wagt man noch die Vermutung auszusprechen, daß eine anderweitige Depesche einer Behörde, vielleicht des Kanzlers, den General nach Berlin zu kommen gebeten habe. Dem würde sofort entgegenzuhalten sein, daß Bismarck, am 12. eilig auf der Fahrt von Varzin nach Ems begriffen, schwerlich noch die Möglichkeit hatte mit Moltke zusammenzutreffen, da er ursprünglich den Nachtzug zur Weiterreise benutzen wollte. Was also auch der Kern der ganzen

1) Immediatbericht des Fürsten Bismarck vom 23. September 1888. Reichsanzeiger vom 27. September 1888.

2) Tagebuch des Kaisers Friedrich.

kleinen, so nett erzählten Episode sein mag, er ist jedenfalls so dürftig und der gesamte Bericht so legendarisch wie möglich. Wir müssen ihn einstweilen ganz aus den Geschichtsquellen streichen.

Unser Schlußurteil aber wird lauten: Angesichts dieser Sachlage fällt ein eigentümliches Schlaglicht auf die Art der Herausgabe der Gesammelten Schriften des Feldmarschalls Moltke; und man sieht, mit welcher Vorsicht besonders die nicht vom Grafen Moltke selbst herrührenden Teile aufzunehmen sind.

# IV.

# Beiträge zur Entstehungsgeschichte des Siebenjährigen Krieges.

## Teil II.

Von

**Albert Naudé.**

---

Bei Erscheinen des ersten Teils dieser Beiträge am Schluß des Jahres 1895 wurde auf die zahlreichen Arbeiten hingewiesen, die durch das Buch von Max Lehmann über den Ursprung des Siebenjährigen Krieges veranlaßt worden sind[1]). Seitdem hat diese litterarische Fehde noch weitere Kreise gezogen: die ersten Monate des Jahres 1896 haben neue, zum Teil sehr wertvolle Abhandlungen gebracht. Auch außerhalb Preußens regt sich jetzt der Widerspruch gegen die Ergebnisse L.'s und seines Mitstreiters Delbrück sowie gegen die von beiden vertretene neue historische Methode. Adolf Beer in Wien, einer der besten Kenner der Zeit, hat auf Grund der österreichischen Akten die Ansichten L.'s zurückgewiesen[2]); K. Th. Heigel in München[3]) und Erich Marcks

1) Vgl. Teil I, Forschungen VIII, 2, S. 205 u. 206 (S. 1 u. 2). Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf die im Buchhandel erschienene Sonderausgabe.

2) A. Beer, Zur Geschichte des Jahres 1756 (Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung 17, 109—160). Die Arbeit ist fast gleichzeitig mit meinem ersten Teil erschienen und stützt sich zumeist auf die auch von mir benutzten Akten. Beers Forschungen und die von ihm veröffentlichten Akten bestätigen, soweit sie über die gleichen Gegenstände handeln, meine Ergebnisse (ich verweise besonders auf den Bericht Starhembergs vom 3. Juli, Beer S. 152). Die österreichischen Rüstungen hat Beer nicht untersucht und daher die Fehler L.'s in dieser Sache noch nicht erkannt.

3) K. Th. Heigel, Friedrich der Große und der Ursprung des siebenjährigen Krieges. Deutsche Zeitschr. für Geschichtswissenschaft. N. F. Im Verein mit Buchholtz, Lamprecht, Marcks hrsg. v. G. Seeliger, I. Jahrg. 1896, Monatsblätter I u. II.

in Leipzig[1]) haben in größeren Aufsätzen sehr entschieden Partei ergriffen; der Franzose Waddington giebt in dem kürzlich erschienenen Buch „Louis XV et le renversement des alliances en 1756“[2]) eine Darstellung der Verhandlungen, die der Auffassung L.'s durchaus widerspricht. In der „Revue historique“ hat M. Philippson gegen L.'s Forschungen Einspruch erhoben[3]). Von den früheren litterarischen Gegnern haben Wiegand[4]), M. Immich[5]) und Koser[6]) von neuem das Wort ergriffen. Eine Schrift von B. G. Volz[7]) nimmt in ihrem ersten Teile auf L.'s und D.'s Ausführungen Bezug und sucht unter anderem Friedrichs Verhalten in Sachsen aufzuklären.

Daß die „Göttingischen Gelehrten Anzeigen“ und die „Preußischen Jahrbücher“ meinen Untersuchungen Beifall spenden würden, hat wohl niemand erwartet. Aber daß der Hauptgegner nichts weiter vorzubringen weiß als einige untergeordnete, leicht zu widerlegende Ausstellungen, bei den wichtigeren Dingen aber verstummt, die ihm gemachten Vorwürfe also stillschweigend einräumt, und daß der zweite Autor sich in der Hauptsache damit begnügen mußte, die paar Einwände L.'s in etwas anderer Umkleidung noch einmal zu wiederholen, das ist selbst mir überraschend gekommen[8]). Weniger überrascht es mich, daß L. die schon weidlich von ihm abgenutzten Waffen der rein persönlichen Verun-

1) Erich Marcks, Friedrich der Große und der Ausbruch des Siebenjährigen Krieges. Beilagen zur „Allgemeinen Zeitung“ vom 21., 22. u. 23. April 1896; auch Sonderabdruck München 1896. Hingewiesen sei u. A. auf Marcks Ausführungen über die allgemeine Bedeutung der Kontroverse S. 3 ff. (Sonderabdruck).

2) Paris, Firmin-Didot 1896. Erweiterte Ausgabe der in der Revue historique Bd. 58 erschienenen Aufsätze Waddingtons.

3) Revue historique 1896, Bd. 60, 126. Im Anschluß an Waddington und an meine „Beiträge“ hat Philippson in der „Nation“ vom 25. April 1896 einen Artikel gegen L. veröffentlicht.

4) Deutsche Litteraturzeitung. 1896. Nr. 3.

5) M. Immich, Zur Entstehungsgeschichte des siebenjährigen Krieges (Jahrbücher für die deutsche Armee und Marine 1896. Bd. 99, S. 1—10).

6) Koser, Neue Veröffentlichungen zur Vorgeschichte des siebenjährigen Krieges. Hist. Zeitschr. Bd. 77, S. 1—40.

7) B. G. Volz, Kriegführung und Politik König Friedrichs des Großen in den ersten Jahren des siebenjährigen Krieges. Berlin, 1896. Cronbach. Auch die Erörterungen des Verf. über die Friedenspolitik des Königs während des Krieges sind zu beachten. Die Arbeit ist, wie ich zu bemerken nicht unterlassen will, von mir angeregt worden.

8) M. Lehmann, Gött. Gel. Anz. Februar 1896, S. 139—151. — H. Delbrück, Friedrich der Große und der Ursprung des siebenjährigen Krieges, Preuß. Jahrbücher, April 1896, Bd. 84, S. 32 ff. Ich komme nachher auf beide Artikel zurück.

glimpfung von neuem hervorgeholt hat[1]). Delbrücks Aufsatz enthält neben der Polemik (die sozusagen eine populäre Bearbeitung der L.'schen Entgegnung ist, zum Nutzen des „gemeinen Lesers", wie D. sich ausdrückt) auch noch mehrere neue originale Partien. In ihnen hat der Verf. die Konstruktion seines „dämonischen" Friedrichs noch weiter fortgeführt; immer höher hinauf! „über Abgründen und Sümpfen steigt" nach D.'s Worten „die Politik Friedrichs schwindelnd in die Höhe". Hingegen der Friedrich, der 1756 nicht „eine bewußte Aggressiv-Politik" treibt, d. h. der König, wie ihn Ranke, Droysen, Koser, Berner, überhaupt alle Forscher außer L., dargestellt haben, wird uns jetzt vorgestellt als „ein nervöser, haltloser Schwächling", als „ein kompletter Narr". Eine zweite neue Entdeckung besteht darin, daß M. Lehmann der Verteidiger Friedrichs ist, der wahre, nur etwas „groteske" Verkünder seiner Größe, wir anderen dagegen haben eine „fürchterliche Deklassierung", „eine capitis deminutio maxima" des Königs vollzogen. Wie man weiß, liebt es D., „methodologische Parodien" zu schreiben, ohne sie als Parodie zu bezeichnen, und die Leute, die seine Ausführungen ernst nehmen, verspottet er nachher: seht Ihr, dahin kommt man mit der Methode, wenn man Friedrich um jeden Preis größer machen will als er war und ihn einem Napoleon gleichstellen will[2]). Möglich also, daß auch der vorliegende Aufsatz eine solche Parodie auf die neueste historische Methode darstellen soll. Trifft diese Vermutung nicht zu, so besorge ich, daß D. mit seinem maßlosen Uebertreiben und seinem Verachten aller Thatsachen und Quellen dem neuen, erst 1½ Jahr alten „dämonischen Friedrich" ein frühes Grab gegraben hat.

Aus dem Briefwechsel des Königs mit seinen Pariser Gesandten hat F. Wagner in einer M. Lehmann gewidmeten Schrift Friedrichs Eroberungsabsichten zu erweisen gesucht[3]). Ich kann nicht finden, daß durch die an sich fleißige Arbeit die Lösung der Streitfrage irgendwie gefördert ist; als einen Hauptfehler Wagners hat man es mit Recht bezeichnet, daß er das, was bewiesen werden soll, die bestimmten

---

1) Marcks bemerkt (a. a. O. S. 34) über L.'s Entgegnung: „Diese Verteidigung und die ganze Antwort ist noch schlimmer als sein Buch selbst."

2) Ich erinnere an D.'s „methodologische Parodie" über die Kriegsführung Friedrichs, die er zunächst ohne diese Ueberschrift in die Welt schickte, nachher erst erklärend, daß es eine Parodie sein solle. Vgl. jetzt „Friedrich der Große als Feldherr, eine methodologische Parodie". Preuß. Jahrb. 64, 276 fg.

3) F. Wagner, Friedrichs des Großen Beziehungen zu Frankreich und der Beginn des Siebenjährigen Krieges. Hamburg 1896.

Eroberungsabsichten des Königs, bereits als feststehend ansieht[1]) und von diesem Dogma aus in die diplomatischen Erklärungen allerlei verhüllte Nebengedanken hineininterpretiert[2]).

Im Eingang des ersten Teils hatte ich bemerkt, daß meine Excerpte aus dem „Politischen Testament Friedrichs des Großen" mir seit sechs Monaten vorenthalten und das Erscheinen meiner Abhandlung dadurch sehr verzögert worden sei. Heut muß ich zu meinem Bedauern hinzufügen, daß mir nunmehr nach weiterem Warten die Antwort zu Teil geworden ist, von den Excerpten könne nichts veröffentlicht und mir nichts zurückgegeben werden. Auch die Auszüge aus den Teilen des Testaments, die L. freigegeben waren, sind durch diesen ablehnenden Bescheid mitbetroffen worden. Es wäre tief zu beklagen, wenn damit in dieser wichtigen Sache das letzte Wort gesprochen sein sollte[3]).

1) Vgl. Marcks a. a. O. S. 21 u. 22. Vgl. ferner die in den „Forschungen" erscheinende Besprechung. — Eine mir soeben zur Veröffentlichung in den „Forschungen" zugehende Abhandlung Georg Küntzels wendet sich gegen den Aufsatz Luckwaldts (vgl. Teil I, 206 resp. 2) und widerlegt m. E. vollständig die Ausführungen Luckwaldts (oder, vielleicht könnte man auch sagen, Delbrücks, der an dieser in seinem Seminar entstandenen und ganz in seinem Stil abgefaßten Uebungsarbeit vermutlich ebensoviel Anteil hat als der Student Luckwaldt; sonst wäre ja auch die Veröffentlichung in den „Preußischen Jahrbüchern" schwer verständlich). Die Abhandlung Küntzels erscheint im folgenden Heft der „Forschungen". Damit werden alle bisherigen litterarischen Erzeugnisse der neuen historischen Schule zurückgewiesen sein, und es kann, hoffentlich wenigstens, eine Waffenruhe eintreten.

2) Ein Vortrag von Dr. R. Schwemer (abgedruckt in den „Berichten des freien deutschen Hochstifts", N. F. Bd. 11, S. 305 fg.) schließt sich in der Hauptsache an L. an, verwirft jedoch sehr entschieden seine Deutung des Wortes „anéantir". Eifrige Zustimmung hat L. außer bei Onno Klopp auch in Jörgs „Historisch-politischen Blättern für das katholische Deutschland" gefunden. Bd. 115, 682 ff.

3) Ich verweise auf die Erklärung H. v. Treitschkes und Meineckes in der Histor. Zeitschrift Bd. 76, 383, 384; Doves in der Allgemeinen Zeitung, Beilage vom 24. Februar 1896; der Herausgeber der „Deutschen Zeitschrift" in den Monatsblättern II, S. 39; der Herausgeber des „Historischen Jahrbuchs" in Bd. 17, S. 232. 233.

## Abschnitt II.

### Die angebliche preußische Offensive.

[Allgemeine Bedeutung der hier geführten Untersuchung. — Die Methode der Untersuchung. — Lehmanns und Delbrücks Beweise für die preußische Offensive im Jahre 1756.]

---

Im ersten Teil dieser Beiträge sind die Grundlagen der Arbeit Lehmanns, die wichtigsten der von ihm so bezeichneten „echten Urkunden", das Politische Testament und die österreichischen Akten, geprüft worden. Es hat sich gezeigt, daß auf diese Urkunden, wie L. sie darbietet und benutzt, kein Verlaß ist; in ihrer echten Gestalt sprechen sie gegen ihn[1]). Eine neue, besser beglaubigte Darstellung der österreichischen Politik und der österreichischen Rüstungen konnte, wenigstens in den Hauptzügen, zu gleicher Zeit gegeben werden. Kein Zweifel, „der eigentliche Motor" des Siebenjährigen Krieges ist, wie österreichische Forscher dies unumwunden ausgesprochen haben, nur der Graf Kaunitz[2]). Von der Erörterung der Kaunitzschen Politik, nicht von dem Verfahren Friedrichs, muß eine Untersuchung ausgehen, die den Ursprung dieses Krieges nach allen Seiten aufdecken will.

Dem Verhalten des preußischen Königs und den preußischen Akten wendet sich erst der jetzt folgende zweite Teil zu. Ich stelle die Frage in den Vordergrund, von deren Entscheidung im letzten Grunde alles andere hier abhängig ist. Das ist die Frage: Hat Friedrich 1756 eine Offensive gegen Oesterreich geplant, war der Krieg von preußischer Seite ein Angriffskrieg? Nur, wenn dieses der Fall ist, kann der Zweck des Krieges die Eroberung Sachsens gewesen sein. Handelt es sich um einen bloßen Notwehrkrieg, ohne jeden offensiven Nebengedanken, so war der Zweck des Kampfes die Verteidigung des eigenen Staates.

Der Kernpunkt des L.'schen Werkes ist es, der hier angegriffen

---

1) Auf andere „echte Urkunden", z. B. die Instruktionen für Lehwaldt und den anéantir-Brief, komme ich im folgenden.

2) Vgl. A. Beer, Histor. Zeitschrift 27, 285.

werden soll. Denn was ist an L.'s Ausführungen das entscheidende und das wirklich neue? Nicht etwa, daß Friedrich die Erwerbung Sachsens wünschte, und daß er wiederholt die Notwendigkeit dieser Erwerbung für Preußen betont hat. Das war bereits bekannt. Die Mitteilungen, welche L. in dieser Hinsicht macht, können nur den mit der friderici-anischen Litteratur nicht Vertrauten überrascht haben. Daß Friedrich im Politischen Testament von 1752 und in anderen Schriften derartige Wünsche für eine künftige Vergrößerung Preußens ausgesprochen hat, wußten wir schon längst aus den Schriften von Ranke und Koser, sowie aus der Veröffentlichung der Oeuvres. Daß in einem erfolgreichen Defensivkriege, wenn sich die Möglichkeit einer Entschädigung bot, der König mit in erster Linie an Teile Sachsens denken mußte, liegt auf der Hand. Denn die Erwerbung sächsischer Gebiete war, bei der geographischen Lage beider Staaten, für Preußens Zukunft und für die Stärkung der preußischen Großmachtstellung wichtiger und notwendiger denn jeder andere Landzuwachs. Dies hat Friedrich schon ebensogut erkannt, wie die Berater Friedrich Wilhelms III., die zur Zeit des Wiener Kongresses im Grunde die gleichen Gedanken verfochten haben, die Friedrich in seinem Testament vertritt. Daß der König im Jahre 1759 als Entschädigung für die erlittenen schweren Verluste eine Erwerbung der Niederlausitz in Anregung gebracht hat, war schon vor 24 Jahren von A. Schäfer (Gesch. des siebenj. Krieges II, 1, 439) nachgewiesen und im Jahre 1889 von Koser (Forsch. z. brand. und preuß. Gesch. II, 257) noch näher belegt worden. Und daß in der geheimen Instruktion für Lehwaldt aus dem Juni 1756 im Fall eines siegreichen Verteidigungskrieges gegen Rußland die Gewinnung von Westpreußen ins Auge gefaßt wird, war zuerst von mir (Hist. Zeitschr. 55, 460) in den Aufsätzen, die L. jetzt so leidenschaftlich angreift, und später von Koser (Friedr. d. Große I, 605) hervorgehoben worden[1]).

1) L. hat diese seine Vorgänger bei den oben berührten Fragen nicht citiert. Um so befremdender ist das, da er bei seinem eigenen ersten Versuch (Hist. Zeitschr. 61, 288) mit dem Erlaß vom 21. Mai 1758 in die Irre gegangen war, erst von Koser auf einen richtigeren Weg geführt werden mußte (Forsch. II, 257) und nunmehr, seinen eigenen Beweis aus dem Jahre 1758 preisgebend, den von Koser ihm zur Verfügung gestellten aus dem Jahre 1759 aufnimmt. Bei vielen Lesern ist jetzt der Eindruck hervorgerufen worden, als hätten andere preußische Historiker die gleichen Dinge ebenfalls schon mitteilen können, als hätten sie aber vorgezogen, darüber zu schweigen. Ist es ein bloßer Zufall, daß bei den sächsischen Erwerbungsplänen von L. nur zwei österreichische und ein sächsischer Historiker (S. 66) citiert werden, preußische Historiker (die Legendengläubigen!) aber gar nicht? Auch wenn L. die nämlichen Akten benutzte wie seine preußischen Vorgänger, durfte er nicht

Was ist also an L.'s Darstellung das eigentlich neue und entscheidende? Doch nur dies, daß er gerade den Krieg von 1756 als einen Offensivkrieg zur Eroberung Sachsens ansieht. Fällt die Offensive, so fällt damit auch der Zweck und der Inhalt fort, den diese Offensive nach L.'s Meinung gehabt haben soll, nämlich die Absicht einer Eroberung Sachsens.

Aber mehr noch! Auch die Lösung von anderen wichtigen Fragen ist abhängig von dem Ergebnis der hier geführten Untersuchung.

Zwischen den Handlungen und den meisten Aussprüchen des Königs und ebenso zwischen den sogenannten echten und unechten Urkunden sollten sich nach L.'s Meinung unvereinbare Widersprüche ergeben [1]). L. hat daraufhin für die Quellenkritik in weitester Allgemeinheit die Forderung aufgestellt, daß die Aeußerungen Friedrichs, selbst in Briefen an vertraute Personen, mit größtem Mißtrauen aufgenommen werden müßten [2]). Wenn diese Ansicht zutrifft, so kann auch das Urteil über den Charakter Friedrichs dadurch nicht unbeeinflußt bleiben. Und ebenso die Auffassung des ganzen staatsmännischen Wirkens, der politischen Bestrebungen Friedrichs wird durch L.'s Ausführungen mannigfach berührt: auf Grundlage der neuen Entdeckung hat Delbrück schnell entschlossen ein gänzlich verändertes Bild von dem preußischen Könige als Staatsmann entworfen.

Alle solche allgemeinen Fragen der Quellenkritik, der psychologischen und politischen Beurteilung aber können m. E. nur dann richtig beantwortet werden, wenn zunächst die Thatsachen gesichert und festgestellt sind; und man wird sehen, diese Thatsachen sind von unsern Gegnern hier auf preußischer Seite womöglich noch stärker verschoben worden, als dies schon bei der Darstellung der österreichischen Vorgänge geschehen ist. Wenn sich jetzt ergiebt, daß Angriffs- und Eroberungsabsichten bei Friedrich im Jahre 1756 vollständig ausgeschlossen sind, wenn sich zeigt, daß seine Handlungen bis in jede Einzelheit seinen Worten und Aeußerungen entsprechen, so werden sich auch alle jene weiteren Folge-

bloß diese Akten, sondern mußte auch die Schriftsteller citieren, ohne deren Hülfe er allein, wie sein erster Aufsatz lehrt, die Bedeutung der Akten nicht erkannt hätte.

1) Die von L. stark betonte Thatsache, daß Friedrich als Diplomat für geheime Pläne strengste Geheimhaltung einschärft, will gar nichts besagen. Das thut jeder Diplomat.

2) Delbrück, Luckwaldt, Wagner haben denn auch sofort diese neu gefundene Wahrheit reichlich sich zu nutze gemacht. Alles, was ihnen nicht paßt und ihren Ansichten widerspricht, wird als „Verstellung" über Bord geworfen: Ein sehr bequemes Verfahren jedenfalls, aber die psychologischen und quellenkritischen Voraussetzungen, auf denen diese Schriftsteller fußen, sind gänzlich unhaltbar.

rungen, die man hat ziehen wollen, als unmöglich und nichtig darstellen [1]). Daß andererseits die staatsmännische Größe des Königs Einbuße leidet, wenn er unter mißlichsten Umständen das gänzlich Unerreichbare nicht erstrebt hat, muß ich bezweifeln. —

Der Weg, den meine Untersuchung einschlägt, weicht nicht unerheblich ab von den Wegen, die die bisherigen litterarischen Gegner L.'s gewählt haben und zunächst auch nur wählen konnten. Ich will des Königs Aussprüche vorläufig bei Seite lassen, über die Beweiskraft von Aussprüchen wird man zur Not immer noch streiten können; ich führe allein die Handlungen des Königs vor, insbesondere seine militärischen Handlungen in der wichtigsten Zeit, im Monat Juni 1756. Dieser Weg war nicht mühelos, er hat eine lange Sammelthätigkeit erfordert; aber er wird, glaube ich, selbst von der vorsichtigsten und strengsten Kritik als ein richtiger, und, falls eine genügende Zahl von beweiskräftigen Handlungen auffindbar ist, auch als ein sicher zum Ziel führender anerkannt werden.

Für die Entscheidung der Frage, ob Friedrich einen Angriff auf Oesterreich und Sachsen plante, ist das allein Maßgebende sein Verhalten vor und bei Beginn des Krieges, in der Zeit kurz vor und in der Zeit während der Rüstungen. Die „Träumereien" des Testaments oder Erwerbungsgedanken aus späteren Jahren [2]) können für Eroberungs- oder Angriffsabsichten als Leitmotive im Jahre 1756 gar nichts beweisen. Schon Ranke hat hervorgehoben, daß Belege „aus der Zeit selbst" verlangt werden müssen, und Rankes Erklärung, für sächsische Eroberungspläne aus dem Jahre 1756 sei „nichts beigebracht, was der

---

1) Die Annahme, daß Worte und Handlungen des Königs sich widersprechen, wird im folgenden als irrig erwiesen, die Annahme, daß „echte" und „unechte" Urkunden sich widersprechen, ist bereits im Teil I und wird auch weiter im folgenden noch widerlegt.

2) L. hat diese früheren und späteren Erörterungen des Königs, die, wie erwähnt, längst bekannt waren, durchaus mit Unrecht in die Debatte gezogen; er that es und thut es noch jetzt (G. G. A. 1896, 140), um die Schwäche seiner Beweisführung, das Fehlen jedes festen Anhaltspunktes aus dem Jahre 1756, damit zu verdecken. Die von L. stark betonte Forderung, „den Charakter Friedrichs als ein ganzes zu fassen", hört sich sehr schön an; sie wird aber thatsächlich von ihm nur als ein Deckmantel benutzt, um alle möglichen Dinge aus anderen Jahren, die mit dem Verhalten des Königs im Jahre 1756 nicht das mindeste zu thun haben, zur Beurteilung seines Verhaltens 1756 heranziehen zu können. — Für die richtige Deutung der Friedensvorschläge von 1759, die L. mißverstanden hat, verweise ich auf Bailleu, Deutsche Rundschau, Februar 1895, 306, 307.

Rede wert ist“ [1]), gilt heut noch ebenso wie vor 20 Jahren. Von dem Wort „anéantir“, das L. so gründlich falsch gedeutet hat[2]), darf man sicherlich jetzt absehen; zumal einen Beleg für die preußische Offensive wird niemand darin finden[3]). Ebensowenig kann der in der Instruktion für Lehwaldt unter zahlreichen Klauseln ausgesprochene Wunsch einer Erwerbung Westpreußens zum Beweise dienen für Angriffsabsichten oder für Eroberungsabsichten gegen Oesterreich und Sachsen. Die Instruktion nimmt ausschließlich Bezug auf einen glücklichen Defensivkrieg: erst als der König von einem Angriff der Russen sich bedroht sieht, erst nachdem er die Defensivrüstungen gegen Rußland begonnen hat[4]), äußert er für den Fall eines Krieges jene Wünsche. Daß er zur Eroberung Westpreußens freiwillig einen Offensivkrieg 1756 aufnehmen wollte, dafür findet sich kein Anhaltspunkt. Und was Sachsen anbelangt, so kann der Wunsch, Westpreußen zu erwerben, doch nimmermehr eine Stütze bieten für die Ansicht, daß Friedrich auch Sachsen 1756 erobern wollte; gerade umgekehrt, da die Doppeleroberung zu ein und derselben Zeit ganz unmöglich war, so muß der Gedanke, eventuell Westpreußen zu gewinnen, den Gedanken einer Eroberung Sachsens im Jahre 1756 ausschließen[5]). —

Prüft man L.'s Beweisführung genauer[6]), so ergiebt sich, daß es denn auch nicht in erster Linie diese Dinge sind, auf die er seine Ansicht,

---

1) S. W. 30, 246. Die Bemerkung Rankes, der Kurfürst von Hannover (d. h. der einzige Bundesgenosse, den Friedrich besaß) würde niemals einer Eroberung Sachsens zugestimmt haben, begründet sich auf eine noch unbekannte Stelle des Testaments. L.'s Angabe über die Geheimhaltung des Anschlags auf Sachsen (S. 68 Zl. 1 v. u.) ist gleichfalls dem Testament entnommen, die Worte sind aber von ihm gänzlich entstellt wiedergegeben. Ebenso sind die meisten anderen von L. ohne Angabe der Herkunft in seinen Text eingestreuten Mitteilungen aus dem Testamente irrig, so z. B. S. 30 die Bemerkung über Elsaß-Lothringen.

2) Vgl. Koser, Hist. Zeitschr. 74, S. 80 ff. Wiegand, Deutsche Litteraturzeitung 1894, 51, Sp. 1624 ff. Schwemer a. a. O. S. 311. Marcks a. a. O. S. 16; meinen Teil I, 209 (5), Anm. 3 und unten Kap. I, Abschnitt 4. Krauske, Preuß. Staatsschriften, Bd. III, S. VII, eröffnet seine Darstellung mit dem anéantir-Brief, das Wort in dem gleichen Sinne wie ich übersetzend; der Brief ist ihm der stärkste Beweis für die „Friedensaussichten“ im Anfang des Jahres 1756.

3) Auch L. benutzt das Wort nur als Beleg für Eroberungsgedanken, nicht als Beleg für die Offensive.

4) Vgl. unten Kap. III, Abschn. 2.

5) Vgl. auch Teil I, 221. 222 (17. 18).

6) L. erschwert diese Prüfung dadurch, daß er sich überall sehr gewunden und häufig zweideutig äußert, so stets noch eine Hinterthür sich offen haltend. Ganz anders als D., der seine Meinung gerade herausjagt.

der Krieg sei auch von preußischer Seite als eine Offensive anzusehen, begründet; die Argumente, auf welche er sich vornehmlich stützt, sind vielmehr:

1) Die angebliche Vollendung der preußischen Kriegsvorbereitungen im Jahre 1756. „Friedrich wartete mit dem Angriff, bis seine eigenen Vorbereitungen fertig" (L. S. 73). Er soll ein „militärisches und finanzielles Programm" aufgestellt haben, das im Jahre 1756 nahezu verwirklicht war. Die „Thatsache", daß „die Füllung der Schatzhäuser, Waffen- und Getreide-Magazine ebenso wie der Ausbau der Festungen sich 1754 und 1755 dem gesteckten Ziele näherte", bringt L. in Zusammenhang damit, daß Friedrich 1749 und 1750 den Ausbruch des nächsten Krieges für das Jahr 1754 oder 1755 vorausverkündigt habe.

Wie bereits überzeugend nachgewiesen worden ist, war dieser Krieg, von dem der König spricht, ein Angriff der Gegner auf Preußen. Der Annahme, daß Friedrich eine eigene Offensive vorausgesagt haben soll, stehen die klaren, nicht mißzudeutenden Worte des Königs entgegen [1]). — Doch sehen wir hiervon jetzt ab. In einem *ersten* Kapitel soll untersucht werden, ob Friedrich mit den angeblichen Kriegsvorbereitungen wirklich im Juni 1756 so weit gelangt war, wie L. behauptet. Und zweitens, neben der Widerlegung der Ansichten L.'s, soll die Frage beantwortet werden, ob es bei den militärischen Zuständen in Preußen möglich oder wahrscheinlich war, daß der König 1756 einen großen Angriffskrieg freiwillig begann.

2) L.'s zweiten Beweis, seinen Hauptbeweis, bilden die preußischen Rüstungen im Juni. Es sind, meint er, Rüstungen, die ohne genügende äußere Veranlassung aufgenommen werden; denn die Oesterreicher haben nicht gerüstet, und durch die russische Rüstung hat sich der König nicht sonderlich bedroht erachtet (S. 77); es sollen sehr umfassende Rüstungen sein, die weit über das hinausgehen, was zur etwaigen Sicherstellung notwendig war, Rüstungen ferner, die sich gegen Oesterreich wenden, nicht

1) Vgl. Koser, Hist. Zeitschr. Bd. 74, S. 78. Gegen Kosers Beweise vermag L. in den Gött. Gel. Anz. (Februar 1895, S. 117) nichts anzuführen als den nichtigen Einwand, es gehe über menschliches Vermögen hinaus, einen Angriff der Gegner in 4 oder 5 Jahren vorauszubestimmen. Von einer genauen Vorausbestimmung oder Berechnung des Königs ist aber keine Rede. Schon der Umstand, daß Friedrich von *4 oder 5* Jahren spricht, daß er einmal auf 1754, das andere Mal auf 1754 oder 1755 hindeutet, daß thatsächlich aber weder 1754 noch 1755, sondern 1756 der Krieg ausgebrochen ist, zeigt, daß es sich hier um keine bestimmte Berechnung des Zeitpunktes der eigenen Offensive handeln kann, sondern daß eine ungefähre Vermutung aufgestellt wird, wann Oesterreich zu einem Vergeltungskrieg sich wird anschicken können. Vgl. zu dieser Frage auch unten S. 130.

gegen Rußland; der russische Vormarsch habe dem Könige nur als „specioser Vorwand" gedient zu einer großen Rüstung gegen Oesterreich.

Das dritte Kapitel wird diese preußischen Rüstungen im Juni darstellen; ein vorangehendes zweites die militärischen Maßnahmen des Königs unmittelbar vor dem Beginn der Rüstungen, Maßnahmen, die, wie man sehen wird, für die friedlichen Absichten des Königs von der größten Bedeutung sind. —

Delbrück vertritt den gleichen Gedanken wie ich, daß es vor allem anderen sich frage, ob die Offensivabsichten des Königs im Jahre 1756 bestimmt zu erweisen seien. Er erkennt auch richtig, daß es hierfür vor allem auf das Verhalten Friedrichs im Sommer 1756 ankommt. Daher schiebt er viele von den Argumenten L.'s stillschweigend bei Seite, ohne jedoch zu bemerken, daß L. nur deswegen zu ihnen seine Zuflucht genommen hat, weil aus den entscheidenden Monaten des Jahres 1756 für seine Ansicht nichts Ausreichendes beizubringen ist. Das hat D., dem die Thatsachen des Jahres 1756 und die Quellen weniger als L. bekannt sind, nicht durchschaut. Er stützt sich einerseits auf L.'s Ausführungen über die preußischen Rüstungen im Juni, die er leider ohne jede Prüfung übernimmt, die er sogar mißversteht und infolgedessen noch übertreibt — vor allem auf die angebliche große preußische „Mobilmachung",[1]) auf den pommerschen Garnisonwechsel, auf das vermeintliche Fehlen von Rüstungen gegen Rußland. Ich komme im dritten Kapitel auf diese Erörterungen D.'s zu sprechen.

Anders als L., der mit kluger Vorsicht des Königs militärische Maßnahmen aus dem Juli und August bei Seite läßt, ist D. zu seinem Schaden auch noch auf den ersten Teil des Juli eingegangen; hier hebt er besonders hervor: 1) daß Friedrich nach Empfang der Kunde vom russischen Rückzug seine Rüstungen nicht rückgängig gemacht habe, 2) daß er eine große österreichische Rüstungsmaßregel erdichtet habe und auf Grund dieser „fingierten Meldung" militärisch und diplomatisch gegen Oesterreich vorgegangen sei. Diese beiden Behauptungen D.'s werden im vierten Kapitel zurückgewiesen.

In allen vier Kapiteln aber soll neben der Widerlegung der Gegner zugleich eine neue positive Darstellung des militärischen und politischen Verfahrens König Friedrichs geboten werden.

1) L. hatte garnicht von Mobilmachung der halben preußischen Armee, sondern von ihrer „Kriegsbereitschaft" gesprochen. D. hat dies geschickte Spiel mit zweideutigen Worten nicht durchschaut.

## Kapitel I.

### Die preußische Armee und der preußische Kriegsschatz, die schlesischen Festungen und die Waffenvorräte vor dem Beginn der Rüstungen im Jahre 1756.

In einem ersten einführenden Abschnitt des Lehmannschen Buches (S. 1—25) werden die militärischen und finanziellen Kräfte Preußens und Oesterreichs in scharfem Kontrast gegenübergestellt: Hier der waffenstarrende norddeutsche Staat, dort das schlecht vorbereitete Oesterreich. Die sehr geschickt aufgebaute Schilderung ruft bei dem Leser alsbald den Eindruck hervor, daß aller Wahrscheinlichkeit nach der Anstoß zu einem neuen Kriege von Preußen ausgegangen sein wird.

Gegen die Darstellung L.'s ließe sich vieles einwenden. Die österreichischen Staatsmänner urteilten über das Verhältnis der österreichischen Streitmacht zur preußischen nicht entfernt so ungünstig wie L. es thut[1]). Und ein annähernd richtiges Bild hätte sich nur ergeben, wenn die österreichischen und russischen Machtmittel zusammen den preußischen gegenübergestellt worden wären; denn nicht auf Oesterreichs alleiniger Kraft, sondern auf der militärischen Verbindung mit Rußland beruhten die Pläne der Wiener Staatsmänner. Des russischen Beistands haben sie sich sicher gefühlt. Und auch Friedrich hat, selbst in der günstigsten Zeit, in den Tagen der Westminster-Konvention — als er die russischen Angriffsabsichten durchkreuzt glaubte — doch nicht daran gezweifelt, daß gegen einen Angriff von preußischer Seite, den er schon deshalb nicht plante, die Alliirten von 1746, der Wiener und der Petersburger Hof, zusammenstehen würden.

Aber ich komme zu dem, was in diesem ersten Abschnitt für uns jetzt das wichtigste ist, worauf L. selbst das meiste Gewicht legt: das ist seine Behauptung, König Friedrich sei mit den Vorbereitungen, die er für einen neuen Krieg als notwendig angesehen, im Jahre 1756 fertig

1) Vgl. Teil I, S. 275, Anm. 2 und 262 (S. 71, Anm. 2 u. S. 58).

oder so gut wie fertig gewesen; bei der Heeresvermehrung, bei der Schatzfüllung und Waffensammlung, bei dem Ausbau der Festungen habe Friedrich 1755 und 1756 seine Ziele erreicht oder nahezu erreicht. Wenn nun dieser Fürst, der für die Jahre 1754 oder 1755 einen neuen Krieg vorausverkündigt hat, zu einer Zeit losschlägt, wo seine Vorbereitungen fast beendet sind, dann, so meint L., kann schon aus diesem Grunde das Vorgehen als ein freiwilliges und der Krieg als ein Angriffskrieg betrachtet werden. Gewiß ist das ein Schluß, der an sich sehr wenig zwingend ist, dessen Prämissen aber auch falsch sind. Denn erstens bezieht sich, wie erwähnt, jene Voraussicht eines Krieges nicht auf einen Offensivkrieg. Zweitens ist nicht erwiesen und kann nicht bewiesen werden, daß die Vorrats- und Geldsammlungen, die Festungsbauten ꝛc. zum Zweck einer Offensive vorgenommen wurden. Ferner, selbst wenn dies der Fall wäre und wenn die Vorbereitungen wirklich 1756 vollendet waren, so ist nicht gesagt, daß Friedrich dann auch sofort einen Angriffskrieg begonnen und nicht auf eine günstigere Gelegenheit gewartet hätte (die Möglichkeit, daß er später unter ganz besonders günstigen Verhältnissen vielleicht einen neuen Krieg aufgenommen hätte, bestreite ich keineswegs). Viertens: Auch L. behauptet nicht[1]) und kann nicht behaupten, daß die Vorbereitungen 1756 ganz beendet waren; er sagt, „nahezu" beendet. Ist es aber schon zweifelhaft, ob der König nach Vollendung der Vorbereitungen angegriffen hätte, so ist es noch viel unwahrscheinlicher, daß er bereits mit der nur teilweisen Fertigstellung sich begnügt haben würde. Setzte er sich wirklich ein Ziel, so mußte er dieses Ziel auch erst thatsächlich erreichen, und höchstens eine ganz ungewöhnlich günstige Konstellation hätte ihn davon absehen lassen können; in Wahrheit aber war die politische Lage in der zweiten Hälfte des Juni für einen Eroberungskrieg so übel, wie sie kaum übler gedacht werden konnte[2]). Mithin: Selbst, wenn L.'s Behauptungen von einem „nahezu" Erreichen des gesteckten Zieles im Jahre 1756 zutreffend wären, so würde selbst dies nicht im mindesten beweisen, daß der im Jahre 1756 begonnene Krieg ein preußischer Offensivkrieg gewesen ist. Aber, zu guter Letzt, auch jene Behauptungen sind so falsch, daß, man möchte fast sagen, selten etwas so gründlich irriges von einem Historiker vorgebracht worden ist.

1) Außer an einer kleinen Stelle, wo er sich wohl in einiger Bedrängnis fühlte (S. 73, Zl. 8 v. u.): da sagt er: die Vorbereitungen waren im Juni 1756 „fertig".

2) Vgl. darüber unten am Schluß des Kapitels II.

Gehen wir zu dieser Untersuchung[1]) nunmehr über:

Doppelt hat unser Autor selbst hier noch geirrt: Er hat einmal die Ziele des Königs völlig verkannt, und hat andererseits auch für die Ziele, die er dem Könige fälschlich unterschiebt, mit Unrecht behauptet, daß sie bis 1756 erreicht oder nahezu erreicht worden seien.

## I. Die Heeresvermehrung.

L. bemerkt: „Friedrich stellte nach dem Dresdener Frieden für seine Politik ein finanzielles und militärisches Programm auf, das sich seit 1750 mit raschen Schritten der Verwirklichung näherte, im Jahre 1756 nahezu verwirklicht war[2])." Im Politischen Testament von 1752 ist es, wo Friedrich dieses sogenannte „Programm" aufstellen soll. Das preußische Heer wünscht der König auf 180000, d. h. um 44000 Mann, vermehrt zu sehen.

Zunächst diese Angaben des Testaments, von denen L. ausgeht.

Schon im ersten Teil wurde nachgewiesen, daß Friedrich seine Ausführungen als Phantasiegebilde charakterisiert, daß es sich nicht um ein „Programm", am wenigstens um ein alsbald zu verwirklichendes Programm, sondern um ein Spiel der Phantasie, um Zukunftswünsche handelt[3]). Schon damit ist der Beweisführung L.'s der Boden entzogen; die Grundlage, auf der er baut, erweist sich als trügerisch.

Ferner, des Königs Worte lauten: „Je voudrais qu'on eût assez de provinces pour entretenir 180000 hommes, ce qui en ferait 44000

---

1) Von den bisherigen Kritikern ist dieser Abschnitt des L.'schen Buches nur hin und wieder gestreift worden. Es bedurfte dazu eingehender archivalischer Forschungen. Nur die eine Frage, die der Heeresvermehrung, ist mit Geschick und Erfolg bereits von M. Immich behandelt worden (Die Stärke des preuß. Heeres bei Ausbruch des siebenj. Krieges, Jahrb. für die deutsche Armee u. Marine, Dezember 1895). Schon J. hat die L.'sche Berechnung gänzlich umgeworfen, obwohl er in der Hauptsache nur mit gedrucktem Material arbeiten konnte und daher manche Angaben L.'s (so über die Garnisonbataillone und besonders über das Politische Testament) noch in gutem Glauben acceptiert hat. Auf die Bestimmung der Stärke des preußischen Heeres gehe ich nicht im einzelnen ein und verweise dafür auf J.'s dankenswerte und mühevolle Berechnungen.

2) Gött. Gel. Anz. Februar 1895, S. 106.

3) Vgl. Teil I, 222 (18). Zu dem gleichen Ergebnis führte die Untersuchung der zweiten Stelle des Testaments, die über eine mögliche Heeresvermehrung handelt. Teil I, 223, 224 (19. 20)

de plus qu'il y en a à présent." Also die Vorbedingung für die gewaltige Heeresverstärkung ist der Besitz einer genügenden Zahl von Provinzen, das heißt eine Vergrößerung des Landes. Auf die jetzt bestehenden Verhältnisse, auf den jetzigen Umfang des Staates hat der Wunsch des Königs, haben seine Zukunftspläne gar nicht Bezug[1]).

Und weiter, zu welchem Zwecke wünscht Friedrich die künftige Vermehrung des Heeres? Etwa um alsdann seinerseits einen neuen Krieg, einen Eroberungskrieg beginnen zu können? Keineswegs; sondern vielmehr um die Widerstandskraft des Staates zu erhöhen („le militaire n'est pas assez nombreux pour résister aux ennemis qui nous environnent") und um den Staat zu festigen und selbständig zu machen („pour que le destin de l'État soit solide," „pour qu'il se se soutienne par lui-même"). Hier im Testament, wo der König seine innersten Gedanken aufschließt, hätte er wahrlich nicht zu verhüllen brauchen, daß die Heeresvermehrung dem Zweck eines künftigen Angriffs- und Eroberungskrieges dienen sollte, — wenn dies wirklich seine Absicht war. Er spricht ja in dem Testament ohne Scheu von einem solchen Kriege, von seinen Vorbedingungen und von dem Feldzugsplan (Teil I, S. 218—221). Was hinderte, auch die Vermehrung des Heeres auf 180 000 als Vorbedingung hinzustellen? Aber wir erfahren aus dem Testament überhaupt nicht, wie viel preußische Truppen Friedrich bei einem Eroberungskrieg für nötig erachtete; wir hören nur, daß er zahlreiche Bundesgenossen, deutsche Subsidientruppen, französische, sardinische, türkische Truppen fordert[2]), also vielleicht das dreifache der 44 000 Mann. Im Jahre 1756 dagegen besaß er nicht einen einzigen Verbündeten für den Angriffskrieg.

Man sieht: die Bemerkungen im Politischen Testament, auf die L. immer wieder zurückgreift, da ihm das Jahr 1756 nichts geeignetes bietet, können nicht im mindesten für den von ihm versuchten Beweis, daß die Schilderhebung von 1756 ein Offensiv- und Eroberungskrieg war, verwendet werden. Auch wenn das preußische Heer 1756 180 000 Mann zählte, so ist für die Wahrscheinlichkeit oder Möglichkeit einer Offensive noch nichts erwiesen. Umgekehrt allerdings, war jene Zahl nicht erreicht, so wird das Gewicht der Gegengründe noch wesentlich verstärkt. Denn einen grandiosen Eroberungskrieg beginnen, wenn nicht einmal die zur Festigung und zur Verteidigung des Staates wünschenswerten Truppen vorhanden sind, wie ist dies denkbar? —

1) Das nämliche ergiebt die zweite Stelle; bei L. S. 104.
2) Vgl. Teil I, 221 (17).

Wir könnten uns mit der Erörterung der Testamentsstellen begnügen: die L.'sche Argumentation ist unhaltbar. Allein, um noch deutlicher zu zeigen, wie völlig unwahrscheinlich es ist, daß Friedrich sich 1756 mit Offensiv- und Eroberungsabsichten getragen haben soll, mag auch noch die Frage geprüft werden, ob denn wirklich das preußische Heer damals, als die Rüstungen im Juni begannen, 180000 oder „nahezu" 180000 Mann zählte, ob wirklich zu den 136000 (bezw. 135600)[1]) Mann von 1752 bis zum Jahre 1756 44000 (resp. 44400) Mann hinzugekommen sind.

So unwahrscheinlich dies schon an sich ist, L. versucht doch den Nachweis zu führen. Er erzählt uns (S. 4—6): Zu den 136000 Mann treten hinzu: 1) 5000 Landsoldaten, 2) 2000 „Trainsoldaten", 3) 9000 Ueberkomplette, 4) die „doppelten Ueberkompletten", 5) ein neues Garnisonbataillon in Wesel, 6) acht weitere Garnisonbataillone in Schlesien und Brandenburg.

Dies zusammengerechnet würde zwischen 31 und 32000 Mann ergeben[2]), aber nimmermehr „nahezu" 44000 (oder 44400). So viel wenigstens hätte dem denkenden Leser zugetraut werden dürfen, daß er die einzelnen Posten zusammenzählte und dann sofort die Fehler der Berechnung erkannte.

Schon wieder, zum zweiten Male ist L.'s These rettungslos zusammengebrochen, sogar noch bevor die einzelnen Posten, die er anführt, nachgeprüft worden sind, noch bevor gefragt worden, ob diese Heeresteile wirklich den 136000 Mann hinzuzuzählen sind.

Beantworten wir jetzt noch diese Frage, so erhalten wir das Resultat: Auch nicht eine einzige aller Angaben ist zutreffend. Denn kurz gesagt: Die Landsoldaten und die „Trainsoldaten", die Ueberkompletten und die doppelten Ueberkompletten dürfen nicht in die Rechnung mit einbezogen werden, und von den 9 Garnisonbataillonen ist nicht eines vor Beginn der preußischen Rüstungen errichtet worden.

Zunächst die drei erstgenannten Kategorien. Alle drei existierten bereits zur Zeit der Abfassung des Politischen Testaments. Das weiß L. sehr wohl und ich denke, König Friedrich wird es am Ende auch gewußt haben, als er die Zahl des preußischen Heeres auf 135600

---

1) So die genauere Ziffer von 1752 an einer zweiten Stelle des Testaments.

2) Nach den Akten sollte das Weseler Bataillon 5 Kompanien zu je 139 Mann erhalten; je 2 schlesische Garnisonbataillone sollten 1350 Mann stark sein.

(resp. 136 000) Mann berechnete und dabei den Wunsch aussprach, daß künftig noch 44 400 (resp. 44 000) hinzukommen möchten. Es leuchtet ein: Entweder hat König Friedrich bei seinen 136 000 Mann die Landsoldaten, die Trainsoldaten und einfachen Ueberkompletten schon mit eingerechnet; dann darf L. sie nicht zum zweitenmal hinzuzählen. Oder Friedrich hat sie bei der Berechnung aus bestimmten Gründen fortgelassen (etwa deshalb, weil er sie nicht als wirkliche, ausgebildete Soldaten ansah, und weil er unter der Präsenz von 136 000 sowie unter den künftigen 44 000 nur vollgültige, kriegstüchtige Soldaten verstand); dann sind auch wir, ist auch L. nicht befugt, in die Rechnung des Königs, in die Zahl der noch gewünschten 44 000 Mann die Landsoldaten, Trainsoldaten und Ueberkomplette hineinzubringen. Tertium non datur! So oder so, alle drei Gruppen fallen ohne weiteres fort.

Ich bemerke, daß sich bei einer Nachrechnung der Zahl der 135 600 Mann das Resultat ergiebt, daß die einfachen Ueberkompletten vom Könige bereits in dieser Summe mitgezählt, dagegen die Landsoldaten und die Knechte nicht mitgezählt sind. Das eine wie das andere ganz erklärlich: denn die einfachen Ueberkompletten waren ausgebildete, mit voller Mundierung und Bewaffnung versehene Soldaten, hingegen die sogenannten Landregimenter, die nur selten versammelt wurden, setzten sich aus nicht mehr kriegstauglichen ausgedienten Leuten zusammen, denen zum großen Teil auch die Mundierung fehlte; und andererseits die von L. mit dem stolzen Namen „Trainsoldaten" beehrten, das sind einfache Fuhrleute und Bäckergesellen, Leute ohne Uniform und ohne Waffen, die im Kriegsfall als sogenannte „Knechte", als „Pack-, Wagen- und Bäckerknechte", wie es in den Quellen heißt, aus den Kantons entnommen wurden, um die Kompaniewagen zu fahren und um Brot zu backen unseren „Trainsoldaten" durchaus nicht gleichzustellen, dazu stempelt sie L. nur in dem heißen Bemühen, die Zahl der „Soldaten" Friedrichs möglichst hoch hinaufzuschrauben[1]). Auch die Zahl der „Ueberkompletten" hat L. noch zu hoch beziffert. Sie stellen sich nach sorgsamer Untersuchung[2]) nicht auf 9000, sondern auf 7414 Mann[3]).

---

1) Daß Friedrich sich der Fuhrleute und Bäckergesellen bedienen soll um Sachsen, Böhmen und Westpreußen zu erobern, muß wohl auch zu den specifischen Eigenschaften des „dämonischen" Friedrichs gerechnet werden. Uebrigens zeigt unser Autor für diese Fuhrleute eine stark ausgeprägte Neigung. Sie gelten ihm neben der Urlaubereinziehung als das einzig notwendige für eine „Mobilmachung". Vgl. unten Kap. III. Abschn. 1.

2) Vgl. Immich, a. a. O. S. 259—263.

3) Schon der einfache Vergleich der Testamentszahl (135 600) mit der von

Wir kommen zu der vierten Gruppe, zu den sogenannten „neuen" oder „doppelten" Ueberkompletten. Diese neue Formation trat auf Grund einer Kabinettsordre[1]) vom 25. Februar 1755 ins Leben: „Damit die Regimenter allemal in denen Enrollirungs-Cantons Leute haben, die schon etwas dressiret seind, um solche erfordernfalls einziehen und gebrauchen zu können," so bestimmt der König, „daß ein jedes Regiment Infanterie anstatt der jetzigen 10 Ueberkompletten per Compagnie 20 Ueberkomplette haben soll". „Wenn das Regiment sich complett zusammenziehet," so sollen von diesen 20 nur 10 Mann eingezogen werden, die übrigen 10 hingegen „im Kanton bleiben", im nächsten Jahre (d. h. bei den Exercierübungen, wo das Regiment „sich complett zusammenziehet") soll gewechselt werden. Nur die 10 größten der nunmehrigen 20 Ueberkompletten jeder Kompanie „sollen in denen Listen des Regiments, so ich bekomme, aufgeführt werden, die übrigen 10 aber nicht". Nur die 10, die jährlich eingezogen werden, „sollen mundiret werden."

Doch wurde die neue Formation nicht im ganzen Heere durchgeführt. Abgesehen davon, daß die Husaren ebenso wie keine einfachen, so auch keine neuen Ueberkompletten besaßen, so fehlten die letzteren auch den Gardebataillonen, und zum Teil den Grenadierbataillonen, überhaupt sämtlichen Truppenteilen, die keine Kantons besaßen[2]). Die Zahl dieser doppelten Ueberkompletten hat L. wiederum viel zu hoch beziffert auf über 9000 oder man muß sogar sagen auf über 18 000 Mann[3]). Sie

---

L. selbst S. 4 angeführten Summe vom November 1755 (136 988) konnte ihn vor dem schweren Fehler, die einfachen Ueberkompletten zweimal zu zählen, bewahren. Denn die auch die Ueberkompletten umfassende Zahl von 1755 hätte ja um mindestens 7414 (resp. um mindestens 9000) Mann sich höher stellen müssen, wenn in der Testamentsziffer die Ueberkompletten nicht einbegriffen wären. Das Plus von 1388 im November 1755 erklärt sich in der Hauptsache durch die Bildung der 2 neuen Bataillone Mützschefahl (1350 Mann) im Sommer 1755. Vgl. unten.

1) Die Einrichtung ist bisher ziemlich unbekannt, ich führe deshalb den Inhalt der entscheidenden Ordre hier an. Alle Aktenstücke, bei denen nichts näheres angegeben ist, sind dem Geheimen Staatsarchiv in Berlin entnommen.

2) Vgl. unten in Kap. III. Abschn. III. Auch die Garnisonregimenter scheinen keine neuen Ueberkompletten gehabt zu haben. Ich kann auf das einzelne, das wie fast alle Zweige der damaligen preußischen Militärverwaltung noch nicht genügend aufgeklärt ist, hier nicht näher eingehen.

3) L. sagt S. 5: Friedrich vermehrte die Zahl der 9000 Ueberkompletten um mehr als das doppelte, d. h. um mehr als 18 000. Nachdem ihm dieser Fehler von Immich nachgewiesen worden, bekennt er jetzt (Gött. Gel. Anz. 1896 S. 148 Anm. 1), doch ohne Immichs Berichtigung zu erwähnen, daß statt „um mehr" „auf mehr" zu lesen sei. Die Anm. 2 S. 5 (die Bemerkung, die L. aus der

stellen sich thatsächlich auf höchstens 7000 [1]). Dazu aber kommt, daß diese neuen Ueberkompletten keine Mundierung und keine Waffen und die Reiter sogar keine Pferde besaßen [2]). Auch scharfe Patronen waren für sie nicht vorhanden [3]). Diese völlig unausgerüsteten Leute werden wir schwerlich als Soldaten in dem Sinne ansehen können, wie sie Friedrich bei seiner Zukunftsberechnung im Politischen Testament wünscht. Die Soldaten, von denen der König spricht, sind jedenfalls fertig ausgerüstete Leute, die in den Listen geführt werden (sicherlich hat Friedrich die Zahl 135 600 auch nach den Listen berechnet); von den sämtlichen Ueberkompletten aber sollen nur so viel, wie mundiert und ausgerüstet sind, d. h. so viel wie bisher schon, in den Listen gezählt werden. Die ganze neue Einrichtung stellt sich dar nicht als eine Vermehrung der schlagfertigen, unmittelbar verwendbaren Truppen (an die Friedrich im Testament denkt), sondern nur als eine Sicherung und Verbesserung des Ersatzes aus den Kantons [4]).

Auch diese vierte Gruppe sind wir daher nicht berechtigt, bei der vom Könige gewünschten Heeresvermehrung mit in Rechnung zu stellen.

Fünftens erwähnt L. S. 6, wo er von dem Zustand der preußischen Armee vor dem Beginn der Rüstungen im Juni spricht, die Errichtung eines neuen Bataillons bei dem in Wesel stehenden Garnisonbataillon

---

Histoire de la guerre citiert: daß die Ueberkompletten in den einzelnen Kompanien von 10 auf 36 resp. 24, d. h. auf durchschnittlich 30 Mann erhöht wurden) zeigt, daß L. nicht etwa nur aus Versehen von einer Verdreifachung statt einer Verdoppelung gesprochen hat. Statt die Akten (die obige Kabinettsordre) zu Rathe zu ziehen, hat sich L. auch hier an die Histoire, d. h. an die Memoiren des Königs, gehalten, deren unzuverlässige Zahlenangaben, wie er selbst jetzt einräumt, nichts beweisen können.

1) Immich berechnet S. 266 die neuen Ueberkompletten auf 7352 Mann, bemerkt aber selbst schon in einem Nachtrag, daß auch diese Zahl noch zu hoch gegriffen sei.

2) Vgl. Politische Korrespondenz Friedrichs des Großen Bd. XII, 450, XIII, 59. Außerdem die Befehle an Winterfeldt und Prinz Moritz vom 21. August: Die doppelten Ueberkompletten sämtlicher Kavallerieregimenter sollen unberitten in Sachsen einziehen, erst aus Sachsen Pferde erhalten.

3) Ende Juli und Anfang August 1756 wurde erst mit Herstellung scharfer Patronen für die doppelten Ueberkompletten begonnen. Oberstlieutenant von Dieskau an den König, Berlin, 24. Juli 1756; an den Generallieutenant Erbprinzen von Darmstadt, Berlin, 5. August (Großherzogl. Darmstädt. Haus- und Staatsarchiv). Der König an Dieskau 26. Juli. Vgl. Schöning, Historisch-biographische Nachrichten zur Gesch. der brandenb.-preußischen Artillerie II, 22.

4) Damit die Regimenter „schon etwas dressirte Leute in denen Kantons haben". S. oben.

Salmuth. Er citiert dazu eine Kabinettsordre vom 1. Januar 1756 und erweckt den Eindruck, als sei das Bataillon am 1. Januar errichtet worden[1]). Den näheren Inhalt der Ordre enthält er uns vor. Sie besagt, daß die erste Ablieferung von Mannschaften (360 Mann) für das Bataillon am 11. August 1756 erfolgen soll, für die dann noch fehlenden Mannschaften (335 Mann) sollen die Kapitäne sorgen. Das Bataillon war also bei Beginn der preußischen Rüstungen im Juni noch nicht errichtet. Es bleibt daher ebenfalls außer Betracht.

Und ebenso steht es, sechstens, mit den weiteren von L. genannten 8 Garnisonbataillonen. Erst im August 1756 sind sie (2 Bataillone Nettelhorst und 2 Lange, 2 Lattorff und 2 Blanckensee) formiert worden[2]).

Das heißt: nicht eine der sechs Gruppen, die L. heranzieht, um die vermeintliche große preußische Heeresvermehrung nachzuweisen, bleibt vor der Kritik bestehen. Die gesamte Berechnung L.'s erweist sich im einzelnen wie im ganzen als nichtig und irreführend. —

Nur zwei ganz geringfügige Verstärkungen des preußischen Heeres haben thatsächlich vor dem Juni 1756 stattgefunden: die eine an Zahl und Beschaffenheit der Mannschaft so unbedeutend, daß man fast Bedenken tragen könnte, sie überhaupt zu erwähnen; die andere, ein wenig erheblicher, unserem Autor erst nach Fertigstellung seines Buches bekannt geworden.

Im April 1756[3]) wurde das „Regiment" des Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen von Preußen übernommen[4]). Wie minderwertig und fast spaßhaft geringfügig dieser Gewinn war, hat L., obschon ihm die Akten zur Verfügung standen, uns nicht erzählt. Das ganze „Regiment" bestand aus 299 Mann[5]), noch dazu „die mehreste Leute sehr klein und ziemlich alt" (Pol. Korr. XII, 177), so daß sie nur als Garnisontruppen zu verwenden waren; außerdem 62 Officiere, Unterofficiere und Spielleute. Die 10 Kapitäne (von denen also jeder eine „Kompanie" von 30 Mann kommandierte) waren derart, daß der König, als Hauptmann von der Goltz berichtet, er sei 4 Kapitäne glücklich los

1) Nachträglich spricht L. dies sogar offen aus. Gött. Gel. Anz. 1896, 148.

2) Vgl. Kap. III, Absch. 5.

3) Die Akten ergeben, daß das Regiment nicht im März, wie L. sagt, sondern erst im April übernommen worden ist (z. B. Bericht von Goltz, 1. April).

4) Es rechnet bei den obigen sechs Gruppen zu der Gruppe sechs, indem es nachher zur Bildung eines Garnisonbataillons mit verwendet wurde.

5) Liste des Regiments vom 8. April 1756.

geworden, ihm antwortete: „Ich würde zufrieden sein, wenn ich auch die noch übrigen 6 los würde.“ [1])

Das ist die imposante preußische Heeresverstärkung durch die Schwarzburger, die L. nicht müde wird, der Welt zu verkünden: 1) in seinem Buche S. 6, dann 2) in den Gött. Gel. Anz. Februar 1895 S. 107, 3) dann wiederum in den Gött. Gel. Anz. Februar 1896 S. 148. Das heißt, so oft sich L. in der vorliegenden Streitfrage vernehmen läßt, jedesmal erscheint auch in seinem Geleite mit unheimlicher Sicherheit das „Schwarzburger Regiment“. Für die verschiedensten Zwecke weiß L. dieses stolze Regiment nutzbringend zu gebrauchen [2]), ähnlich ausgiebig wie er die Fuhrleute und Bäckergesellen zu verwenden versteht.

Man sieht: die wenigen Seiten (S. 4—6), auf denen L. seine Ansichten über die angebliche preußische Heeresvermehrung vorträgt, sind überfüllt von Fehlern und von Willkürlichkeiten, alle erwachsen aus dem einen Bestreben, die Angriffs- und Eroberungstendenzen des Königs zu

1) Goltz' Bericht 1. April, Antwort des Königs, Potsdam 8. April.

2) In der Polemik gegen Koser wird als Trumpf ausgespielt — das Schwarzburger Regiment. Als ich die große österreichische „Augmentation“, das „auf Kriegsfuß setzen“ der gesamten deutschen Kavallerie in Oesterreich, die L. fortgelassen hat, erwähne, da hält er mir entgegen das — Schwarzburger Regiment. (Das letztere ist ihm sogar viel wichtiger, es erscheint in seinem Buch, die österreichische Augmentation bleibt fort!) Die Uebernahme der Schwarzburger wird uns vorgeführt (S. 6) als ein Bruchteil einer höchst verdächtigen militärischen Aktion des Königs, „Friedrich suchte im Reiche Truppenkörper für seinen Dienst zu erhalten“, d. h. im März 1756! Also schon im März wird er sich auf den Eroberungskrieg vorbereitet haben! Doch noch nicht genug: Das Schwarzburger Regiment soll ferner auch „den Grundstock“ bilden „einer ansehnlichen Vermehrung der preußischen Garnisonregimenter“, „sie wurden um 8 Bataillone verstärkt“. Grundstock für 8 Bataillone! d. h. für 5400 Mann. Welch hohe Meinung muß der Leser, dem der wirkliche Bestand des „Regiments“ nicht genannt wird, von diesen wunderbaren Schwarzburgern gewinnen! Thatsächlich ergeben die Akten, daß das Schwarzburger Regiment und seine 299 Mann mit dem Beschluß, die 8 neuen Garnisonbataillone zu bilden, garnichts zu thun haben. Die Errichtung war beschlossen monatelang bevor über das Schwarzburger Bataillon verhandelt wurde. Und ausschließlich für ein einziges der Garnisonbataillone, für ein Bataillon Lange, ist die kleine Schwarzburger Schar mit verbraucht worden; das hochgemute „Regiment“ wurde untergesteckt unter einige Kompanien eines einzigen Garnisonbataillons! Dieses tragische Ende seiner treuen Gefolgschaft hätte L. entnehmen können nicht bloß aus der ihm bekannten, wenigstens von ihm citierten Ordre an Minister Boden v. 26. April 1756 (S. 43 Anm. 1); er hätte auch nur die gedruckte Heeresgeschichte Beverns (Märk. Forsch. Bd. 19 S. 52 u. 277) einzusehen brauchen, d. h. grade dasjenige Buch, dessen fleißiges Studium er bei eben dieser Gelegenheit so hochmütig seinen Gegnern anempfehlen will (Gött. Febr. 1895. S. 107).

erweisen durch eine vermeintliche große Heeresverstärkung vor dem Kriege. So gut wie nichts von den Angaben L.'s bleibt hier bestehen[1]). Und höchst wunderlich: Das einzige Zutreffende, was er in dieser ganzen Frage zu berichten weiß, ist ihm erst nach Abschluß seines Buches bekannt geworden. Es war ihm, als er sein Buch schrieb, die bekannte Thatsache „völlig entgangen", daß 1755 zwei Bataillone des Garnisonregiments Mützschefahl errichtet wurden, ein Vorgang, der nicht bloß in den Akten, die L. benutzte, fort und fort besprochen wird, sondern auch in den gedruckten Quellen[2]) zu finden war[3]).

Wir gewinnen das Resultat: Die gesamte Vermehrung der preußischen Armee von August 1752 bis zum Beginn der Rüstungen im Jahre 1756 bestand aus 1350 Mann Mützschefahl und aus 361 Schwarzburgern, zusammen 1711 Mann.

Um 44400 Mann wünscht Friedrich das preußische Heer verstärkt zu sehen — um 1711 Mann[4]) ist es thatsächlich verstärkt worden[5]). Das nennt man ein militärisches Programm „nahezu verwirklichen"!

Selbst wenn wir, was kaum zulässig, noch die unbewaffneten und unberittenen neuen Ueberkompletten hinzurechnen wollten, wir kämen doch nur auf etwa 8700 Mann statt 44400, und zwar 8700 Mann, die sämtlich nicht ohne weiteres felddienstfähig waren.

So gut wie nichts war vor Beginn der Rüstungen geschehen, um die Zahl der völlig felddienstfähigen Mannschaften zu erhöhen[6]).

---

1) Ganz die gleiche Kritik ließe sich bei fast allen Teilen des L.'schen Buches durchführen. Ich kann hier nur einige Abschnitte als Beispiel herausgreifen.

2) Wieder in der Heeresgeschichte Beverns, vgl. a. a. O. S. 276.

3) Da L. den genauen Zeitpunkt der Formation der Mützschefahl-Bataillone auch im Nachtrag noch nicht zu nennen vermag und sich mit der allgemeinen Angabe „im Laufe des Jahres 1755" begnügt, so sei hinzugefügt, daß die zwei Bataillone am 15. August 1755 errichtet worden sind (Kabinettsordre an Buddenbrock, 23. Juli 1755), und daß die zwei Bataillone zusammen 1350 Mann stark waren. (Die neuesten Angaben L.'s Gött. Gel. Anz. 1896, 148 über die preußischen Augmentationen sind wieder sämmtlich unzutreffend.)

4) Und zwar lediglich minderwertige Soldaten, Garnisontruppen, keine Feldtruppen.

5) Mit unserem Ergebnis stimmt überein die oben S. 118 erwähnte Liste, die bis zum November 1755 eine Vermehrung von 1388 Mann (d. h. die Schwarzburger noch nicht eingerechnet) gegen das Jahr 1752 angiebt.

6) Man könnte höchstens denken an die bereits beschlossene, aber noch nicht ausgeführte Umwandlung des Garnisonbataillons Salmuth in ein Feldregiment. (Pol. Korr. XII, 353.) Bezeichnender Weise besteht sofort eine der ersten Rüstungsmaßregeln des Königs (am 21. Juni) darin, daß die ostpreußischen Garnisonregimentre Sydow und Manteuffel als Feldregimenter ausgerüstet werden, um als Feldregimenter gebraucht zu werden. Vgl. unten. Kap. IV. Absch. 2.

Ein König, der einen großartigen Offensivkrieg seit langen Jahren plante, den größten, den Preußen vielleicht je geführt hätte, der Sachsen, Böhmen, Westpreußen erobern will, der einen, wie man gesagt hat, „märchenhaft glücklichen" Krieg ins Auge faßt, der sein Heer selbst zur Verteidigung noch nicht für hinreichend hält, — der hätte doch wohl dieses Heer in den langen Friedensjahren anders verstärkt als durch wenige Garnisonbataillone und einige tausend unfertige Ueberkomplette, hätte nicht erst 1755, als die Gefahr eines feindlichen Angriffs sich schon in der Ferne zeigte, diese neue Einrichtung der doppelten Ueberkompletten geschaffen, eine Einrichtung, die, um sich brauchbar zu erweisen, doch erst einiger Jahre des Bestehens bedurfte.

Daß Friedrich sein Heer von etwa 137 000 Mann bereits als ausreichend für einen großen Angriffskrieg angesehen hätte, will auch L. nicht behaupten; er ist vielmehr eifrig bemüht, auf eine Vermehrung des Heeres zu sahnden, da er richtig empfindet, daß seine Thesen, ohne eine solche, noch weniger Anklang finden werden. Aber selbst zum Verteidigungskrieg hielt Friedrich seine Armee noch nicht für stark genug. Das beweist nicht bloß die erwähnte Aeußerung im Testament[1]), sondern auch der Königs Verhalten im Winter 1756 auf 1757. Damals hat er eine Vermehrung der Armee vorgenommen, die noch über 180 000 Mann hinausging[2]). Diese Heeresverstärkung im Anfang 1757 zeigt auch, daß Friedrich die Mittel besaß, um sein Heer beträchtlich zu vergrößern. Denn nur einen Teil der neuen Soldaten und neuen Rekruten mußte das okkupierte Sachsen liefern; die übrigen kamen aus den preußischen Provinzen. Soll man wirklich annehmen, daß der König einen gewaltigen Eroberungskrieg beginnt, selbst ohne die militärischen Kräfte heranzuziehen', die ihm innerhalb Preußens zu Gebote standen? Unbedachter und inkonsequenter könnte wohl kaum ein Staatsmann handeln. Er erkennt die Notwendigkeit, das Heer zu verstärken, er besitzt die Mittel, um diese Vermehrung durchzuführen, aber er thut während der langen Friedensjahre nichts dafür, obschon er unabläßig auf einen

---

1) Le militaire n'est pas assez nombreux pour résister aux ennemis qui nous environnent.

2) Vgl. Pol. Korr. Bd. XIV, 211. Ob die Zahl 210000 vollständig erreicht worden ist, ist für uns jetzt ohne Belang, es wird erst festzustellen sein, wenn diese bisher noch wenig bekannten Augmentationen im Winter 1756/57 näher untersucht werden. Einige Hinweise enthält Bd. XIV, z. B. S. 153, 190. Vgl. auch Immich a. a. O. S. 269. Die Vermehrung ist keineswegs nur mit Rücksicht auf einen etwaigen französischen Angriff erfolgt.

neuen Angriffskrieg sinnen soll; er beginnt ungerüstet und unvorbereitet, ohne dazu gezwungen zu sein, das größte Unternehmen seines Lebens — und erst nach Beendigung des ersten Feldzuges soll ihm der Gedanke kommen, daß er ja noch garnicht seine Rüstungen für den schon drei Monate zuvor angefangenen Eroberungskrieg durchgeführt habe, und nun wird schleunigst die seit Jahren versäumte Heeresvermehrung nachgeholt; tausende von jungen ungeübten Rekruten werden im letzten Moment in Preußen eingezogen, während doch die Möglichkeit vorhanden gewesen war, schon vor Jahren oder mindestens vor sechs Monaten diese Mannschaften zu gewinnen, die dann in den Feldzug von 1757 schon als geschulte Soldaten eingetreten wären.

Es wird kein Zweifel obwalten: Die Erklärung für Friedrichs Verfahren kann nur die sein, die sich aus allen Quellen, aus den Handlungen und den Worten des Königs ergiebt. Friedrich hat, durchaus friedlich gesinnt, in den Jahren 1752—1756 die Vermehrung des Heeres nicht vorgenommen, um die Kräfte des schon so stark belasteten Landes zu schonen, hat zunächst daran gedacht, die weitere Verstärkung des Heeres „der Nachwelt zu überlassen", nachdem er selbst das seinige hierfür schon gethan hatte[1]), er hat bis zum letzten Moment, nicht bloß bis zum Juni 1756 und bis zum Kriegsbeginn im August, sondern auch noch während des ersten Feldzugs die Hoffnung auf ein Erhalten des Friedens nicht gänzlich aufgegeben[2]), hat erst im Winter auf 1757 — vielleicht allzuspät — sich von der absoluten Notwendigkeit des Krieges langsam und widerstrebend überzeugen lassen und dann erst die umfassende Heeresverstärkung vorgenommen.

Der Feldzug von 1756 war in der Hauptsache nur eine große militärische Demonstration zu Gunsten des Friedens. Daraus erklären sich die bescheidenen Ziele, die sich Friedrich für diesen Feldzug steckte[3]). Wenn der König erst im Anfang 1757 die großen Rüstungen durchführte, erst damals sich bemühte, durch eine Anleihe die finanziellen

1) Vgl. Teil I, S. 223. 224 (19. 20).

2) Vgl. Volz, Kriegführung und Politik ꝛc. Kap. I und IV.

3) Vgl. Historische Zeitschrift 56, 459, Memoiren des Prinzen August Wilhelm, Forschungen I, 263. Die an der letzteren Stelle von mir gemachte Bemerkung, daß der Feldzugsplan von 1756 für die Auffassung der Strategie Friedrichs von besonderer Bedeutung sei (eine Ansicht, die Delbrück dann übernommen und sehr stark betont hat), ist durch das, was ich später (Angriffspläne S. 33) über den Feldzug von Roßbach bis Olmütz ausgeführt habe, berichtigt worden. Dieser Feldzug mit dem Drängen zur Schlacht und der entschiedenen Offensive ist der Normalfeldzug, nach welchem Friedrichs Strategie in erster Linie zu beurteilen

Mittel zur Führung des Krieges zu erhöhen (vgl. unten), erst damals im Winter seine mährischen Offensivpläne aufnahm[1]), so weist alles dies daraufhin, daß für ihn der eigentliche Krieg erst mit dem Feldzug von 1757 begann.

## II. Der Preußische Staatsschatz im Jahre 1756.

Das zweite Argument, das Friedrichs Bereitschaft zum Angriffskriege im Jahre 1756 darthun soll, liegt auf finanziellem Gebiet. Der König hat, so wird uns erzählt, auch ein „finanzielles Programm" aufgestellt, das 1756 „nahezu verwirklicht" war.

Die Worte des Politischen Testaments, auf die L. sich stützt, lauten: „Je voudrais que, toutes les dépenses faites, il se trouvât tous les ans un surplus de 5 millions d'écus, sur lesquels il ne faudrait assigner aucun revenu fixe, mais dont le souverain pourrait disposer à sa fantaisie, après avoir amassé 20 millions dans le trésor. Ces 5 millions sont à peu près les frais d'une campagne; moyennant quoi on ferait la guerre de ses revenus sans s'incommoder et sans charger personne, et en temps de paix on employerait ce revenu à toute sorte d'usages utiles à l'État."

Zu diesen Worten bemerkt L. (S. 2): „Friedrich war der Ansicht, daß der Staat den Bedarf für vier Feldzüge, jeden zu 5 Millionen Thaler gerechnet, vorrätig haben müsse." Dies soll das „finanzielle Programm" sein, „das Ziel", welches sich der König gesteckt hat.

Wer mit einiger Aufmerksamkeit die französischen Worte durchliest

---

ist. Der Feldzug von 1756 war nur ein „entablement au jeu d'échecs" (P. K. 13, 572); er ist sehr stark durch die Politik und die Friedensliebe des Königs beeinflußt (sowohl durch das Zögern des Königs im Juli und August, wie durch seine politische Haltung im September und Oktober) so daß in diesem Feldzug die strategischen Grundsätze Friedrichs nicht klar zu Tage treten können.

1) Vgl. Teil I, 221 und meine Schrift: Friedrichs des Großen Angriffspläne (Marburg 1893). — Für das militärische Verhalten des Königs vor und bei dem Einmarsch in Sachsen (das so völlig im Widerspruch steht zu dem im Testament entwickelten Feldzugsplan bei einem Eroberungskriege Teil I, 221 [17]), für all die Unterlassungen Friedrichs hat L. nur die eine köstliche Erklärung, „das heiße Verlangen, Sachsen zu erhalten" habe den König betäubt und ihn seine früheren strategischen Pläne vergessen lassen. Also Friedrich war in dem entscheidendsten Augenblick seines Lebens nicht ganz seiner Sinne mächtig! Vgl. L. S. 80. 81; vgl. auch S. 69, wo das „Verlangen nach Sachsen„ „mit der Kraft einer Vision" auf Friedrich wirken soll!

und daneben L.'s Bemerkung sieht, muß erstaunt fragen: Wie war es möglich, die Wünsche des Königs so falsch zu deuten, seine Worte so falsch wiederzugeben? Wo steht, daß die 20 Millionen des Tresors für vier Feldzüge zu je 5 Millionen verwendet werden sollen? Wo etwas, daß nur für vier oder gerade für vier Feldzüge die Gelder vorrätig sein sollen? Wo vor allem ist gesagt, daß die Wünsche des Königs nur darin bestehen, daß 20 Millionen Thaler sich im Tresor finden?

Das Ziel, welches der König aufstellt, oder besser gesagt der Wunsch, den er äußert, ist doch so klar und unzweideutig, wie nur möglich, ausgesprochen. Er wünscht: Einen völlig frei verfügbaren Jahresüberschuß von 5 Millionen zu besitzen, nachdem bereits 20 Millionen im Schatz aufgespeichert sind. Das Ziel ist also ein doppeltes: 1) 5 Millionen Jahresüberschuß, 2) außerdem ein Schatz von 20 Millionen. Aber nicht ist das Ziel, wie L. meint, nur die Sammlung von 20 Millionen Tresorgeld. Dies ist nur die nebensächliche, die kleinere, weit leichtere Aufgabe. Ist sie erfüllt, so ist des Königs Ziel mit nichten erreicht; dann folgt erst die weitere, ungleich schwierigere Aufgabe, jährlich 5 Millionen Reinüberschuß zu gewinnen. Dies ist das Hauptziel, das L. uns gänzlich vorenthalten hat! Er hat das wirkliche Ziel des Königs um etwa drei Viertel des Weges verkürzt. Danach ist es eine leichte Sache, zu reden von einem „sich nähern dem Ziele“ [1]).

Und ferner: Worin bestehen des Königs finanzielle Wünsche für einen Kriegsfall? Er wünscht die Kosten je eines Feldzugs zu decken mit den 5 Millionen Jahresüberschuß, aber doch keineswegs mit je 5 Millionen aus dem Tresor, wie uns L. erzählt. Die 20 Millionen Tresorgelder sind ein Reservefonds für ungewöhnlich große Anforderungen im Krieg oder Frieden; daß sie für die Kosten gerade von vier Feldzügen bestimmt sind, davon ist nichts gesagt.

Weiter: 20 Millionen im Schatz aufzuspeichern hält Friedrich für genügend, wenn der Staat jährlich 5 Millionen Reinüberschüsse besitzt. Doch wie weit war man im Jahre 1756 von diesem Ziel noch entfernt! Preußen gewann, obschon die Finanzkräfte des Landes aufs äußerste in Anspruch genommen waren, jährlich nur einen Ueberschuß von etwa $2^1/_3$ Millionen [2]). Wieviel Geld Friedrich unter den jetzt obwaltenden Verhältnissen bei nur $2^1/_3$ Millionen Jahresüberschuß im Staatsschatz ansammeln wollte — selbstredend ganz bedeutend mehr als

1) L. S. 2 und S. 73.

2) Politisches Testament von 1752.

20 Millionen[1]), da ja die andere Geldquelle, der Jahresgewinn, so viel spärlicher floß, — wie viel bar Geld er jetzt für erforderlich hielt, um einen neuen Krieg zu beginnen, zumal einen Krieg zur Eroberung Sachsens, Böhmens und Westpreußens, auf all diese Fragen erhalten wir im Testament gar keine Antwort; ebensowenig wie auf die Frage, wieviel Truppen Friedrich unter den Verhältnissen des Jahres 1756 für einen Eroberungskrieg als notwendig ansah.

Beide Mal hat L. in dem Eifer, Beweise für die Wahrscheinlichkeit eines Angriffskrieges zu finden, die Worte des Testaments falsch gedeutet; beide Mal auch übersehen, daß des Königs Aeußerungen nicht „Programme", sondern Wünsche und Ziele für eine fernere Zukunft darstellen, „Gebilde der Phantasie", an deren Verwirklichung jetzt nicht gedacht werden kann. Den Jahresüberschuß bis auf 5 Millionen zu steigern, dazu war in nächster Zeit keine Aussicht vorhanden.

Und wie bei dem Heerwesen, so ist auch bei den finanziellen Wünschen der Zweck, den Friedrich im Auge hat, das Selbständigmachen des Staates (pour qu'il se soutienne par lui-même), aber keineswegs ist der leitende Gesichtspunkt die Bereitschaft zu einem demnächst zu eröffnenden Angriffs- und Eroberungskrieg. Preußen, so wünscht er, soll einen etwaigen künftigen Krieg allein von den Ueberschüssen der Staatsverwaltung führen können „sans s'incommoder et sans charger personne." Ob aber, wenn dieses weit entfernte Ziel einmal erreicht ist, es geraten sei, einen Offensiv- und Eroberungskrieg aufzunehmen, darüber ist nichts gesagt, es wird vielmehr für diesen Fall auch die Verwendung der Gelder für Friedensaufgaben ins Auge gefaßt; und noch viel weniger ist an die Wahrscheinlichkeit oder Möglichkeit eines Angriffskrieges zu denken, wenn nur ein einziger Teil der finanziellen Wünsche des Königs, nur die Sammlung der 20 Millionen im Schatz, erreicht ist. —

Wir könnten auch hier die Widerlegung L.'s schließen mit der Erörterung der Testamentsstelle. Aber gehen wir wiederum noch auf das einzelne seiner Berechnung ein.

Hatte Friedrich denn 1756 auch nur das eine kleine Ziel, die Aufspeicherung von 20 Millionen im Tresor erreicht, oder „nahezu" erreicht? L.

---

1) Nach dem siebenjährigen Kriege wurden bis zum Tode des Königs im großen Tresor 46 Millionen 847599 Thlr. 3 Ggr. 5 Pf. aufgesammelt (vgl. A. Naudé, Der preuß. Staatsschatz unter Friedrich Wilhelm II., Forschungen V, 242), oder, bei Abrechnung des Depots auf der Generalkriegskasse, 40 Millionen 795349 Thlr. 3 Ggr. 5 Pf.

will es uns glauben machen mit Hülfe einer Berechnung, die nicht minder fehlerhaft ist, als die Berechnung der 44 000 Soldaten.

Friedrich spricht von der Sammlung von 20 Millionen „im Tresor". L. hingegen sucht darzulegen, daß der König 20 Millionen „vorrätig haben" wollte, daß er ziemlich über diese Summe „verfügte" [1]). „Vorrätig haben", zur „Verfügung" haben, ist ganz etwas anderes als „im Tresor gesammelt" haben; zu den „vorrätigen" Geldern kann man auch die Barbestände der anderen großen Kassen, außerhalb des Tresors hinzurechnen, Gelder, die für andere Zwecke als für den „Bedarf von vier Feldzügen" bestimmt sind. In der That, prüfen wir genauer, so ergiebt sich, daß L. seine Zahl nur herausbekommt, indem er die Bestände der anderen Kassen hinzuzählt. Wir haben den versteckten Sinn der Ausdrücke „vorrätig haben" und „verfügen" richtig erraten [2]). Nach dem Tresorzettel von Trinitatis 1756 (im Juni 1756) waren im Tresor 13 377 919 Thlr. 5 Gr. gesammelt [3]), d. h. in $10^1/_2$ Jahren nach dem Dresdener Frieden nicht viel mehr als $13^1/_3$ Millionen. L. hilft sich also, indem er stillschweigend (ohne dem Leser etwas davon zu sagen) hinzurechnet 1) die 1756 vorhandenen [4]) Mobilmachungsgelder mit 866 655 Thlr., 2) die Gelder bei der Generaldomänenkasse mit 300,000, 3) die bei der Generalkriegskasse 680 000, 4) aus der Pferdekasse die Gelder für Anschaffung der Pferde 778 000, 5) den Bestand der Mundierungskasse 350 000. So ergeben sich etwa 16 352 000 Thlr. Und richtig, unser Autor erzählt: Friedrich „verfügte" 1756 „über 16 350 000 Thaler". War L. berechtigt, die Bestände jener 5 Kassen mitzuzählen? Durchaus nicht: denn Friedrich soll ja die 4 Millionen bereit haben für die Kosten der Feldzüge selbst, die Bestände jener 5 Kassen aber wurden fast vollständig für andere Zwecke [5]) zumeist schon vor Beginn des Feldzugs, für die Mobilmachung, den Pferdekauf ꝛc. ausgegeben; und zweitens unter dem „Tresor", in welchem die 20 Millionen gesammelt sein sollten, versteht der König den sogenannten großen Tresor [6]), von dem jene anderen 5 Kassen getrennt sind.

1) Vgl. L. S. 2.

2) Auch hier hat L. durch die Wahl der Ausdrücke irregeleitet und sich um das wirkliche Thema herumzuwinden gesucht.

3) Vgl. Koser, Der preuß. Staatsschatz von 1740 bis 1756. Forschungen IV, S. 550.

4) Vgl. Koser a. a. O. S. 551.

5) Ueber diese Zwecke vgl. in der genannten Abhandlung Kosers S. 547 und 548; sowie Koser, Friedrich der Große I, 386.

6) Das hätte L. u. a. aus den vom Könige eigenhändig niedergeschriebenen Voranschlägen für die im Tresor jährlich zu sammelnden Ersparnisse ersehen

Aber selbst bei den $16^1/_3$ Millionen fehlen unserem Autor noch immer $3^2/_3$ an den gewünschten 20 Millionen. Aus dieser Verlegenheit rettet er sich mit Hülfe einer noch kühneren Wendung. Höchst einfach: wenn der König kein Geld hat, so kann er ja Schulden machen, und da er $3^2/_3$ Millionen Schulden machen kann, so ist er zum Angriffskriege fertig! also ist auch in finanzieller Hinsicht der Eroberungskrieg bewiesen! L. erklärt uns: Wenn Friedrich das Geld nicht im Tresor hatte, so konnte er die fehlende Summe bei seinen Ständen borgen, dann — hatte er die 20 Millionen, die er zu haben wünschte.

Doch genug von diesem willkürlichen Verfahren! Suchen wir die vorliegenden Thatsachen einfach zu deuten. Ich meine, der Umstand, daß Friedrich sogleich im Beginn des Krieges sich genötigt sieht, bei seinen Ständen eine Anleihe (d. h. eine Zwangsanleihe) von 5 Millionen (nicht etwa nur von $3^2/_3$) aufzunehmen[1]), läßt nur den Schluß zu, daß der König über die genügenden finanziellen Mittel für einen Krieg nicht verfügte? Und diese Anleihe fordert Friedrich im Januar 57, obgleich er dem besetzten Kurfürstentum Sachsen einen jährlichen Kriegsbeitrag von 5 Millionen Thalern auferlegt hatte, d. h. mit diesem sächsischen Zuschuß für vier Feldzüge bereits auf $33^1/_3$ Millionen ($4 \times 5$ nebst $13^1/_3$ Millionen) gekommen war, also die Summe von 20 Millionen bei weitem schon überholt hatte. Und trotz der sächsischen Zahlungen im Jahre 1756 und 1757, trotz der hinzukommenden Anleihe, trotz aller Kontributionen und Finanzoperationen waren des Königs Gelder bereits nach dem Feldzuge von 1757 erschöpft[2]). Ist es da denkbar, daß Friedrich wirklich mit 20 oder gar mit $13^1/_3$ Millionen genug finanzielle Mittel zu besitzen geglaubt hat, um einen Krieg, vollends um einen gewaltigen Eroberungskrieg eröffnen zu können?

Andererseits wenn der Friede erhalten geblieben wäre, so würde der König selbst die Summe von 20 Millionen (die keineswegs sein wirkliches Ziel darstellte) nicht 1756, sondern wohl erst im Jahre 1760 erreicht haben. Es findet sich von seiner Hand ein Voranschlag aus dem Jahre 1751[3]), nach welchem im Jahre 1758,

können. Diese Voranschläge befinden sich in der von L. viel benutzten Itzenplitzschen Sammlung. Vgl. unten.

1) Ueber diese Anleihe vgl. auch Haffencamp, Ostpreußen unter dem Doppeladler S. 31.

2) Vgl. Koser a. a. O. S. 551. Riedel, Der brandenburgisch-preußische Staatshaushalt. S. 80—96.

3) In der sehr wertvollen Sammlung von Kabinettspapieren König Friedrichs im Besitz der Familie Itzenplitz (jetzt in Kunersdorf bei Wriezen). Abschriften davon in Rep. 94 des Geheimen Staatsarchivs.

d. h. nach Trinitatis 1758, 19 Millionen 800000 Thlr. im Tresor sein sollten. Allein die thatsächlichen Einnahmen blieben dagegen erheblich zurück; nach 5 Jahren war man 1756 um mehr als 2 Millionen zurück (Voranschlag 15,4 Millionen, thatsächlich 13,377 Millionen).

Diese Voranschläge, z. B. von 1751 und 1753, sind aber noch in anderer Hinsicht von großer Bedeutung. L.'s Annahme, daß der König bereits im Jahre 1749 oder 1750 daran gedacht habe, 1754 oder 1755 einen neuen Krieg zu beginnen, eine Annahme, die an sich schon garnicht begründet war[1]), wird nun vollends durch diese finanziellen Voranschläge als unmöglich erwiesen. Denn selbst 1751 und 1753 rechnet der König noch mit den Jahren 54 und 55, auch mit 1756, 1757, 1758[2]) als mit Friedensjahren: er erhofft für diese Jahre Vermehrungen des Schatzes um 2 Millionen oder um 2,2 Millionen, und eine derartige Schatzvermehrung (überhaupt jede, selbst die geringste Vergrößerung des Tresors) konnte selbstredend nur in einem Friedensjahre eintreten. Diese finanziellen Berechnungen — von des Königs eigner Hand und für seinen Privatgebrauch bestimmt — sind doch gewiß unverdächtige Zeugnisse, sie haben doch nicht ebenfalls bloß zur Täuschung der Mitwelt und Nachwelt gedient, wie man es heut von den meisten Briefen des Königs behaupten will? Und sie allein schließen schon vollständig die Annahme aus, daß Friedrich für eines der Jahre 1754—58 einen Angriffskrieg beabsichtigt habe.

Wie bei der Heeresvermehrung im Januar 1757, so muß es auch bei der Anleihe auffallen, daß sie erst so spät, erst im Januar 1757 ausgeschrieben wird. Warum ist sie, wenn der König einen Krieg plante, nicht bereits im Mai oder aber im Juni, Juli, August, warum nicht im September, Oktober, November 1756 aufgenommen worden? Sie lief ja sehr langsam ein: bis zum 24. März 1758, nach 14 Monaten, waren erst 3839317 Thlr. eingezahlt[3]). Die Lösung wird die gleiche sein, wie bei der auffallend späten Heeresaugmentation: erst jetzt um die Wende des Jahres 1756 zu 1757 sah Friedrich, vorher noch immer auf Wiederherstellung des Friedens hoffend, den weiteren Krieg als unvermeidlich an; deshalb traf er erst jetzt im Drange der Not die Vorkehrungen für den großen Kampf, die ein den Angriff seit langer Zeit vorbereitender und nur des „speciosen Vorwandes" harrender Fürst ohne Zweifel schon weit früher vor dem Losbruch getroffen haben würde. Zum Geld-

1) Vgl. oben S. 110.
2) Mit dem Jahre 1758 schließen diese Voranschläge ab.
3) Nach gütiger Mitteilung des Herrn Archivars Dr. Meinecke.

sammeln und zur Heeresvermehrung bedurfte es doch gewiß nicht erst eines „speciosen Vorwands"?

Und zum Schluß sei noch auf einen weiteren Zusammenhang hingewiesen, der, wie ich glaube, nicht außer Acht bleiben darf für eine richtige Beurteilung der Besitznahme des Kurfürstentums Sachsen. Friedrich ordnete an, daß die Jahreseinkünfte des sächsischen Staates für Preußen zur Bestreitung der Kriegskosten eingezogen werden sollten, und zwar forderte er 5 Millionen. Warum gerade 5 Millionen, während doch Sachsen, wie der König äußert, bisher 6 Millionen Thaler Steuern gezahlt hatte? „Des Königs Majestät wollen sich mit 5 Millionen kontentiren, [so] daß also die dortige Leute dadurch noch soulagiret werden" [1]). Wird man dabei nicht unwillkürlich erinnert an die 5 Millionen Jahresüberschüsse, die Friedrich für einen Krieg verwenden zu können wünschte [2]), „um niemand (d. h. niemand in Preußen) zu belasten"? Eben weil der König seine finanziellen und militärischen Ziele 1756 nicht erreicht hatte, deshalb sah er sich genötigt, die Gelder und die Soldaten, die ihm fehlten, aus Sachsen zu nehmen. Was ihn zur Besetzung Sachsens für die Dauer des Krieges bestimmte, das waren — neben den politischen und strategischen Gründen (der Feindschaft Sachsens, der bedrohlichen Lage des Kurfürstentums und dem Gewinn der starken Operationsbasis) — die Lücken der eigenen Kriegsbereitschaft auf militärischem und finanziellem Gebiet. Da es ihm an Soldaten, an Geldmitteln fehlte, da er sein eigenes Land, dem er die Segnungen des Friedens nicht erhalten konnte, zu schonen wünschte, so sollten dem feindlichen Nachbarstaat die Kriegslasten aufgebürdet werden, dem Staat, dessen Minister, wie Friedrich annahm, durch seine Zettelungen und

---

1) Vgl. Pol. Kor. XIII, 303.. L. hat sich dieses Argument für die Eroberungsgedanken des Königs entgehen lassen. Ist denn dieses „Soulagiren" der Sachsen nicht auch ein Zeichen „der Milde", „die beim Feinde unerklärlich wäre, beim Landesherrn sich von selber versteht"? Gewiß doch ein viel deutlicheres Zeichen als das Verbot der Excesse bei den Aushebungen. (L. S. 84.) Noch sicherer allerdings hätte Friedrich die Herzen „seiner neuen Unterthanen" für sich gewonnen, wenn er sie mit Kriegskosten, mit Steuern und mit Truppenstellung völlig verschont hätte. Wir zweifeln nicht, Friedrich würde das auch gethan haben, wenn ihm als Berater ein Historiker zur Seite gestanden hätte, der ihm den „schlagenden Beweis" lieferte, daß er bereits 180 000 Soldaten und 20 Millionen Thaler besaß und zur Eroberung Böhmens, Westpreußens und Sachsens weder Soldaten noch Gelder mehr nötig hatte.

2) Vgl. auch die von Reimann veröffentlichten Auszüge aus dem Politischen Testament von 1768, in den Jahresberichten der schlesischen Gesellschaft für vaterländ. Kultur, Bd. 66, 230.

Hetzereien zum guten Teil den Krieg verschuldet hatte. Ein gewaltthätiges Mittel diese Occupation Sachsens, aber diktiert von der gebieterischen Forderung der Selbsterhaltung und dem harten Egoismus des eigenen Staatsinteresses, ein Vorgehen, das zwar die Zeitgenossen gegen Friedrich eifrig ausgenutzt haben, um alles wider ihn in Waffen zu rufen, und auf Grund dessen nachlebende Historiker den König zum Eroberer haben stempeln wollen, — aber doch eine rettende That, ohne die es für Friedrich und für Preußen nicht möglich gewesen wäre, den ungleichen Kampf sieben Jahre lang durchzufechten.

## III. Die angebliche Vollendung der schlesischen Festungsbauten im Jahre 1755.

Dem militärischen und finanziellen „Programm" des Testaments wird, so sollte man erwarten, unter L.'s Beweisen das „politische Programm" des Testaments und dessen Verwirklichung im Jahre 1756 nachfolgen. Ein solches politisches Programm hat der König thatsächlich im Testament von 1752 aufgestellt; er hat die Möglichkeit eines neuen Krieges und einer Eroberung Sachsens direkt von der Erfüllung dieses Programms abhängig gemacht[1]), während L.'s sogenanntes finanzielles und militärisches Programm mit der Frage einer Eroberung Sachsens garnicht in Zusammenhang steht. Bei diesem „politischen Programm" hätte eingesetzt werden müssen, da galt es den Nachweis, daß es 1756 verwirklicht war. Allein hier verstummt plötzlich unser Gegner und mit den leichten Worten, dies politische Programm „galt nur für den Nachfolger", setzt er sich über alle Schwierigkeiten hinfort; denn das wußte er sehr genau: nicht eine der Bedingungen und Forderungen des politischen Programms war 1756 auch nur annähernd erfüllt. Dagegen die militärischen und finanziellen Wünsche, so offenbar sie bloß für eine ferne Zukunft geäußert sind, die läßt unser Autor nicht für den Nachfolger gelten, sondern für den König selbst. Den Maßstab giebt eben nur, ob etwas in L.'s Beweis zu passen oder nicht zu passen scheint. Im ersteren Fall gilt die Testamentsstelle für König Friedrich und für das Jahr 1756, im letzteren Fall hat sie nur Bezug auf den Nachfolger.

Hier also klafft in dem Versuch der Beweisführung eine bedenkliche

1) Vgl. Teil I, S. 218—220 (14—16) und Koser, Histor. Zeitschr. Bd. 74, S. 71. Vgl. zu dieser Frage auch unten den Schluß des Kapitels II.

Lücke. Dagegen tritt nun L. mit einem anderen dritten Argument hervor, das die preußische Kriegsbereitschaft und die Wahrscheinlichkeit eines Angriffskrieges im Jahr 1756 darthun soll: „die schlesischen Festungsbauten waren 1755 vollendet." O si tacuisses! möchte man ihm zurufen. Denn durch diese unvorsichtige Behauptung hat er eine Untersuchung herausgefordert, deren Resultate, wie man sehen wird, für seine Thesen geradezu vernichtend sind.

Auf diese Entdeckung der Vollendung der schlesischen Festungsbauten legt L. ganz besonders großen Wert. Immer wieder kommt er auf die, wie er sie nennt, „bedeutsame Thatsache" zu sprechen: so G. G. A. 1895, 106 die „bedeutsame Thatsache" daß „1755 der Ausbau der schlesischen Festungen beendet war"; dann S. 3 „im Jahre 1755 waren die kostspieligen Bauten fertig"; S. 5 „durch das Jahr 1755 war Friedrich der Sorge für die schlesischen Festungen entledigt"; S. 73 die „Thatsache", daß 1754 und 1755 „der Ausbau der Festungen sich dem gesteckten Ziele näherte".

Nehmen wir an, alle diese Behauptungen seien zutreffend. Beweisen sie etwas für die Wahrscheinlichkeit eines preußischen Angriffskrieges im Jahre 1756? Gewiß nicht. Die Festungsbauten in Schlesien dienten der Verteidigung und dem Schutz derjenigen Provinz, um deren Besitz Friedrich einen neuen Waffengang mit dem Hause Habsburg bestimmt voraussehen konnte. War der König noch so friedlich gesinnt, der Ausbau dieser schlesischen Festungen mußte in jedem Fall erfolgen. Und wenn wirklich die Festungsbauten in Schlesien 1755 vollendet wurden, so braucht zwischen diesem Vorgang und dem Ausbruch des Krieges im Jahre 1756 kein Zusammenhang zu bestehen; einen Beweis für den Zusammenhang vermag L. nicht zu erbringen.

Aber waren denn die schlesischen Festungsbauten 1755 vollendet? Ich führe wiederum zunächst unseres Autors vermeintlichen Beweis vor und bespreche dann die Thatsachen, die er nicht mitgeteilt hat, die wirklichen Zustände in den schlesischen Festungen.

Mit L.'s Beweisführung sind wir hier schnell fertig. Das einzige, worauf er seine Ansicht stützt, ist eine kleine Notiz in der „Disposition générale" [1]), d. h. in einer Aufzeichnung des Königs, die aus dem Jahr 1754 stammt. Sonderbar! Eine Aufzeichnung aus dem Frühjahr [2]) 1754 soll beweiskräftig sein für etwas, was am Schluß des Jahres 1755

1) L. S. 3 Anm. 2.

2) Die Disposition wird vor Trinitatis 1754, d. h. vor Beginn des von Trinitatis bis Trinitatis laufenden Etatsjahres aufgesetzt sein.

geschehen ist? Doch wiederum hat unser Gegner — wie oft haben wir das leider schon erfahren müssen — mitten im Satz einige Worte fortgelassen, und zwar hier gerade das Datum. Der König schreibt: „Disposition générale des grandes caisses de 54 à 55.“ [1]) L. druckt: „Disposition générale des grandes caisses. L'année 55 etc.“ Hätte unser Autor nicht für gut befunden, das Datum des Satzes zu eliminieren, so wäre ihm hier an einer der „bedeutsamsten“ Stellen seines Buches sofort das Bedenken entgegengehalten worden, daß diese, seine einzige Belegstelle ganz nichtig sei; denn ein $1^1/_2$ Jahre zuvor aufgesetzter Voranschlag kann nimmermehr Zeugnis ablegen für das, was nach Verlauf dieser Zeit wirklich ausgeführt worden ist. Friedrich sagt: „L'année 55 j'achèverai les fortifications.“ „Im Jahre 1755 *werde* ich die Festungswerke vollenden.“ Und was macht L. daraus? „Im Jahre 1755 *waren* die kostspieligen Bauten fertig.“ Er spricht von der „bedeutsamen *Thatsache*, daß der Ausbau der schlesischen Festungen 1755 beendet *war*“.

Wieder einmal ein Beispiel für die Interpretationskunst des vielgewandten Methodikers! Die $1^1/_2$ Jahr zuvor geäußerte Absicht wird schnell in eine vollendete „Thatsache“ verwandelt. Will man nicht behaupten: Die Franzosen haben im Herbst 1870 Berlin eingenommen? Beweis? Sie haben ja im Juli erklärt, daß sie es thun *werden*.

Auf eine so leichtfertig aufgestellte Behauptung wird die schwerwiegende Folgerung eines preußischen Angriffs- und Eroberungskrieges begründet!

Ein sorgfältiger Forscher hätte sich nicht an finanzielle Voranschläge aus früheren Jahren gehalten, sondern wäre an die Akten der schlesischen Festungskommandanten aus den Jahren 1755 und 1756 mit der Frage herangetreten: War man 1755 mit den Bauten fertig? In reicher Zahl liegen auf dem Geheimen Staatsarchiv und auf dem Kriegsarchiv des Großen Generalstabs die Berichte der schlesischen Kommandanten und die an sie ergangenen Königlichen Ordres. Nicht ein einziges Stück hat L. eingesehen [2]). Holen wir nach, was er unterlassen! —

Ich beginne die Untersuchung mit der am weitesten nach Süden, gegen Oesterreich vorgeschobenen Festung, mit *Cosel*. Am 25. April 1756 macht der König dem Kommandanten von Cosel, dem General

1) Vgl. schon bei Koser, Forschungen V, 549.

2) Stets derselbe schwere methodische Fehler: Statt der gleichzeitigen Akten werden Aufzeichnungen aus früherer Zeit (wie das Testament und der obenerwähnte Voranschlag) oder Aufzeichnungen aus späterer Zeit (z. B. die Memoiren des Königs über den siebenjährigen Krieg, vgl. oben S. 119 Anm.) herangezogen.

von Lattorff, „vorläufig bekannt", daß er ihm „zu dem dortigen Fortifikationsbau" außer den bereits zugewiesenen Geldern „annoch die Summe von 19444 Thalern" „gegen Ende des Monats Juli auszahlen lassen werde". Davon sollen hauptsächlich Arbeiten an der „tête du pont" ausgeführt werden Lattorff soll Vorkehrungen treffen, damit nach Uebersendung des Geldes „die Arbeit sodann frisch angefangen und fortgesetzt, auch noch in diesem Jahre zu Stande gebracht werden könne". Die Arbeiten am „tête du pont" in Cosel sind in der „Disposition" ausdrücklich erwähnt[1]). Und nach der Ordre vom 25. April steht nunmehr fest, daß die Fortifikationsarbeiten in Cosel weder im Jahre 1755 noch im April 56, noch auch nur Ende Juli 56 fertig waren. Ende Juli 56 sollen die in dieser Grenzfeste noch notwendigen Festungsbauten erst „angefangen" und im Laufe des Jahres 1756 ausgeführt werden. Noch fehlte „die Flesche zur rechten Hand der tête du pont", noch fehlte „die sämtliche Minenarbeit an der tête du pont", es fehlte „eine Lünette an der Unterattacke". Und das waren, wohlgemerkt, nur die für das Jahr 1756 angeordneten Bauten; ob selbst mit ihnen der Ausbau der Festung Cosel abgeschlossen werden sollte, darüber erfahren wir nichts.

Schon allein durch diese eine, erste Ordre[2]) ist mit einem Stoß L.'s „bedeutsame Thatsache" der Vollendung der schlesischen Festungsbauten im Jahre 1755 in eitel Nichts aufgelöst! Und was auf diesem Sand gebaut war, die luftige Konstruktion vom preußischen Angriffskriege, bricht ebenso völlig zusammen. Ist es denkbar, daß ein König, der im Frühjahr 1756 einen Angriff auf Oesterreich plant und die Gelegenheit dazu herbeisehnt, den notwendigen Ausbau der Grenzfestung auf den Hochsommer, Herbst und Winter das Jahres hinausschiebt und die Gelder erst Ende Juli 1756 auszahlen lassen will, obgleich er die Notwendigkeit dieser Bauten schon längst erkannt und ihre Ausführung schon im Jahre 1755 beschlossen hatte[3]).

Aber weiter: Zu den schlesischen Fortifikationsarbeiten, die nach L.' 1755 vollendet waren, rechnen auch die Kasernenbauten[4]). Am

---

1) Vgl. L. S. 3 Anm. 2.

2) Ganz so wie schon mit einem einzigen Aktenstück L.'s Erzählung über die österreichischen Rüstungen und ebenso seine Darstellung der österreichischen Politik umgeworfen werden konnte. Vgl. Teil I, 256 und 282 (52 und 78).

3) Dies ergiebt der Bericht von Sers, Schweidnitz 19. November 1755, der den Kostenanschlag über die vom König pro 1756 anbefohlenen Arbeiten bei den schlesischen Festungen enthält. Vgl. auch unten S. 139.

4) Vgl. die Disposition a. a. O. bei Schweidnitz.

11. März 1756 geht an General Lattorff die Anzeige, daß die 38300 Thaler zum Bau von Kasernen erst Ende Mai 1756 an die Coseler „Fortifikations-Bau-Kasse" gezahlt werden würden.

Zu denselben Fortifikationsarbeiten gehört die Beschaffung der Palliſaden[1]). Am 28. Juni 1756 berichtet General von Lattorff, daß er Palliſaden nur für 2 Außenwerke besitze. Palliſaden in der Grenzfestung nur für 2 Außenwerke, die notwendigen Bauten zum größten Teil noch gar nicht angefangen! Und da — beginnt man aus freien Stücken einen Angriffskrieg!

Die zweite den österreichischen Landen gegenüberliegende Grenzfestung war Neiße. Es ist die Festung, auf die sich in einem neuen Angriffskrieg — der ja mit dem Einbruch in Mähren eröffnet werden sollte — der Vormarsch des preußischen Heeres vor allem stützen mußte. War in Neiße am Schluß des Jahres 1755 alles vollendet?

Am 11. März 1756 werden dem Kommandanten von Neiße, Generalmajor von Treskow, 33000 Thaler für die von ihm am 18. Oktober 1755 beantragten Kasernenbauten[2]) bewilligt. Minister Schlabrendorff soll einen Teil dieser Summe nach und nach auszahlen, so daß „der letztere (d. h. der letzte) Termin allererst im Mai 1757 fallen wird". Also im Mai des Jahres 1757 oder nach dem Mai 57 wird man mit diesem Teil der Fortifikationsbauten in Neiße[3]) fertig sein. Auch andere Festungsbauten, so die der Minen vom Bombardier-Fort, sollen in Neiße erst im Jahre 1756 ausgeführt werden[4]).

Aber wie war es in Neiße mit den Palliſaden bestellt? Nach der „Disposition" sollten bereits 1755 für Neißener Palliſaden 10000 Thaler ausgegeben werden. Und trotzdem meldet Treskow am 30. September 1755, daß in Neiße nicht weniger als 48000 Palliſaden fehlen! Da hat der den Angriff auf Oesterreich planende König gewiß eilends im Winter 1755 Wandel geschaffen? Ganz und gar nicht. Erst am 23. April 1756 schreibt Friedrich, daß er die für 48000 Palliſaden notwendigen 20000 Thaler „im künftigen Monat Juli und höchstens

1) Vgl. die Disposition a. a. O. bei Neiße.

2) Sie waren notwendig zur Aufnahme der im Kriegsfall in die Festung zu verlegenden Garnison.

3) Vgl. dazu die Ordre an Schlabrendorff vom 19. Juni, Pol. Korr. XII, 432, 433. „Weil aber die neue Kaserne allda (in Neiße) noch nicht fertig und in diesem Jahre allererst gebauet wird." Diese Ordre war K. bekannt; bei den preußischen Rüstungen" (S. 39 u. 43) benutzt er sie, aber die gegen ihn sprechende Bemerkung über die schlesischen Festungsbauten läßt er unbeachtet.

4) Bericht von Sers, Schweidnitz vom 19. November 1755.

zu Ende dessen" auszahlen lassen werde; Treskow solle es so einrichten, daß alles mit den Pallisaden „noch in diesem Jahre zum Stande gebracht werde".

Bis Mai 1757 die Kasernen, bis Ende des Jahres 1756 die Pallisaden — man hat unglaublich viel Zeit in Preußen! „Nur immer langsam voran", der schöne Reim dürfte sich empfehlen als Wahlspruch für den „dämonischen Friedrich", den „Welten-Zertrümmerer", den „Kriegsgott" [1]). Aber nimmermehr wird man das Wort anwenden dürfen auf Oesterreich im Jahre 1756: da drängt die Kaiserin schon im April 1756 „heftigst auf die ehebaldig vollkommene Herstellung der Festung Olmütz", sie soll „je ehender, je besser in vollkommenen Verteidigungsstand" gesetzt, die Gebäude sollen „schleunigst" demoliert, die Sache „pressiert", die Arbeiten „mit allem Ernst betrieben" und „schleunig befördert" werden [2]).

Nun die dritte Grenzfestung, Glatz. Am 6. März 1756 klagt Fouqué, der Kommandant von Glatz, daß die „sämtliche Gebäude der Glatzer alten Festung" „nicht kasemattiert" seien, zum Bau würden 3 Jahre erforderlich sein, der König möge daher für dieses Jahr „ein Drittel gedachter Baukosten" (34 675 Thaler im Ganzen, also nur ca. 11—12 000 Thaler) bewilligen. Friedrich antwortet dem drängenden Freunde am 11. März etwas unwillig, „wie es dabei bleibet, daß vor dieses Jahr nichts bei der Festung Glatz gemachet werden, sondern alles deshalb bis ins künftige Jahr Anstand haben soll" [3]).

Friedrich leugnet die Notwendigkeit der Glatzer Bauten keineswegs. Aber er hat wieder sehr viel Zeit: Genug wenn die Kasemattierung seiner Grenzfestung in den Jahren 1757, 58, 59 ausgeführt wird.

Und wie stand es hier an dem exponierten, ins feindliche Land vorgeschobenen Posten mit den Pallisaden? Womöglich noch schlechter als in Cosel oder Neiße! Am 2. Juli 1756 meldet Fouqué: 20 000 Pallisaden seien für die Festung notwendig; es fehlen ihm hiervon — 18 000 Stück! 2000 seien vorhanden.

So sah es in den preußischen Grenzfestungen aus noch in den Wochen, als bereits der Angriff der Gegner drohte! Wie jämmerlich-

---

1) Preuß. Jahrbücher. Bd. 79, S. 276. 279.

2) Vgl. Teil I, 249 (45).

3) Man erinnere sich dabei an das, was uns L. erzählt hat von Kochs Denkschrift, von Maria Theresias und Kaunitzens „Festbleiben". Teil I, 260. 261 ff. (56. 57 ff.). Für das, was L. aus Oesterreich erzählt, lassen sich vielfach die richtigen Beispiele aus Preußen beibringen.

hat uns L. den Zustand des österreichischen Heeres ausgemalt zu eben der Zeit, als Kaunitz sich so höchlichst zufrieden über die fast beispiellose „Eilfertigkeit" der österreichischen Rüstungen und über die Stärke des österreichischen Heeres ausspricht[1]). Mit „geradezu niederschmetternder Gewißheit" steht es für L. fest, daß Friedrich im August die österreichische Armee völlig unfähig zum Widerstand angetroffen haben würde. Aber in welchem Zustand andererseits die Oesterreicher, wenn sie, ihrem ersten Plan folgend, zugleich mit den Russen im Juni angegriffen hätten, die preußischen Grenzfestungen in Schlesien gefunden haben würden, davon weiß L. nichts zu sagen. Für ihn war hier schon seit 1755 alles „fertig" und „beendet" zum Angriffskriege.

Man glaube auch nicht, daß dem Könige diese Mängel vielleicht nicht bekannt gewesen seien. Auf seine eigenen Bestimmungen geht es zurück, wenn in Glatz so zahlreiche Pallisaden fehlten. Er hatte angeordnet, daß jährlich 1000 Stück hergestellt werden sollten[2]). In den zwei Etatsjahren 54/55 und 55/56 waren je 1000 Pallisaden beschafft worden, so daß nunmehr noch 18000 fehlten.

In einer vierten Festung, in Brieg, ist man ebenfalls 1755 von der Vollendung der Bauten noch weit entfernt. Wir hören, daß erst im Jahre 1756 große Befestigungsarbeiten („Revetirung des Corps de la place, Ravelin und Graben-Mauer") ausgeführt werden sollen[3]). Aus einem Bericht des Kommandanten, Generals von Hautcharmoy, vom 20. Juli 1756 ergiebt sich, daß 4019 Thaler für Anschaffung von von Pallisaden, für „höchst nötige Reparaturen und Anlagen", für Artillerie u. a. erforderlich waren, um die Festung „wenigstens hors d'insulte zu setzen". Also nicht einmal gegen einen feindlichen Handstreich ist Brieg gesichert! Erst vom 20. datiert der Bericht über die noch notwendigen Arbeiten; am 25. Juli erfolgt die Antwort des Königs, frühestens etwa Mitte oder Ende August wird die Festung „wenigstens gegen einen Handstreich" gesichert gewesen sein.

Für die gesamten Bauten, die 1756[4]) ausgeführt werden sollten, liegt ein Bericht des Ingenieuroberſten von Sers, Schweidnitz, 19. November 1755, vor. Er übersendet an diesem Tage eine „summarische

1) Vgl. Teil I, 236 u. 237 (32 u. 35).

2) Bericht Fouqués vom 2. Juli 56; vgl. auch den Bericht vom 9. Dezember 55.

3) Bericht von Sers, Schweidnitz, 19. November 1755.

4) Oder, richtiger gesagt, erst im Etatsjahr 1756/57, wie der Vergleich mit anderen Aktenstücken ergiebt.

Designation der von Ihro Königlichen Majestät pro anno 1756 anbefohlenen neuen Arbeit bei den schlesischen Festungsbauten", nebst den Kostenanschlägen für die Bauten. Für Cosel, Neiße, Brieg sind bedeutende Summen[1]) zu Fortifikationsarbeiten eingestellt. Und selbst mit diesen Arbeiten des Jahres 1756 war der Ausbau der schlesischen Festungen nicht vollendet; z. B. in Glatz sollten, wie schon bemerkt, die noch notwendigen Bauten erst 1757 beginnen.

Besondere Beachtung verdient in diesem Bericht von Sers die unscheinbare Notiz, daß in Glogau für den dort 1755 ausgeführten Bau der neuen Redoute noch 500 Thaler zu zahlen seien[2]); im Jahre 1756 ist dagegen in Glogau nichts mehr zu thun.

In Glogau also sind die Befestigungsarbeiten schon 1755 ausgeführt worden[3]). Eigentümlich, diese der österreichischen Grenze am fernsten liegende schlesische Festung hat Friedrich weit früher fertig stellen lassen, als die Oesterreich benachbarten Grenzfestungen Cosel, Neiße, Glatz. Die gleiche auffallende Thatsache ist erkennbar bei dem Aufpflanzen der Pallisaden im Juli 1756. In Glogau konnte die am 25. Juni vom Könige angeordnete Einsetzung der Pallisaden erheblich schneller als in anderen Festungen, d. h. binnen 3 Wochen[4]), vollendet werden. Am 21. Juli meldet der Kommandant von Glogau, daß gestern der Schluß mit der Einsetzung der Pallisaden gemacht worden sei[5]). Die Glogauer Pallisaden scheinen also vollständig oder fast vollständig vorhanden gewesen zu sein. Wenigstens hören wir, soweit ich es verfolgen kann, bei Glogau im Gegensatz zu Cosel, Neiße, Glatz, Brieg, Breslau[6]) nichts von Mangel an Pallisaden.

Wie sind diese auf den ersten Blick befremdlichen Thatsachen zu erklären? Ich glaube, sehr einfach. Glogau, in der Nähe der polnischen Grenze, war dasjenige Bollwerk, das die mittleren preußischen Provinzen

---

1) Cosel 57744 Thlr., Neiße 46267 Thlr. (dazu kommen später 20000 Thlr. für die Pallisaden), für Brieg 283000 Thlr., wohl verschrieben für 28300 Thlr.

2) Schon am 7. Oktober 1755 hatte Sers über diese 500 Thlr., die für die Minenarbeit an der „neuen Redoute" noch außer den angewiesenen Geldern gebraucht worden seien, Meldung erstattet. Der König hatte nach einer Bleistiftnotiz Eichels darauf dekretiert, daß diese Summe von den Festungsbaugeldern des nächsten Jahres nachträglich gezahlt werden solle.

3) Auf die Festungsbauten in Glogau im Jahre 1755 bezieht sich auch der Kommandant, Generalmajor von Kurssel, in seinem Bericht Glogau, 11. Oktober 1755.

4) Von Ende Juni, wo der Befehl dem General zukam, bis zum 20. Juli.

5) Die Antwort des Königs vom 24. Juli s. Pol. Korr. Bd. XIII, 119.

6) Bericht des Generalmajors von Schulze. Breslau, 30. Juni 1756.

gegen einen Angriff der Russen von Polen aus schützte. Was wir schon aus den Briefen und Aussprüchen des Königs wissen, daß Friedrich 1755 mehr in Sorge war vor einem Angriff der Russen, als vor einem Angriff der Oesterreicher, findet nun seine Bestätigung darin, daß die neuen Festungswerke Glogaus schneller und früher hergestellt worden sind, als die neuen Befestigungen in den Oesterreich benachbarten drei Grenzfestungen. Ist es angesichts dieser Handlungsweise des Königs und angesichts der großen Verteidigungsrüstungen gegen die Russen, die ich nachher schildern werde, erlaubt, Friedrichs besorgte Aeußerungen über Rußland als bloße Verstellung zu verwerfen? Ist nicht die eben gefundene Thatsache ein neuer Beweis dafür, daß die allen Worten des Königs entgegengebrachte Skepsis bei weitem über das berechtigte Ziel hinausgeht? Und kann man glauben, daß Friedrichs Gedanken sich nur auf eine Offensive gegen Oesterreich und Sachsen richteten, wenn wir auf einem speziellen, aber sehr wichtigem Gebiet, bei den schlesischen Festungsarbeiten, bis ins einzelne verfolgen können, daß für die Defensive gegen Rußland sogar in Schlesien alles und frühzeitig geschieht, hingegen für die Defensive gegen Oesterreich (von der Offensive ganz abgesehen) selbst in Schlesien die nothwendigen Vorkehrungen auffallend spät getroffen werden?

Und noch in anderer Hinsicht scheint mir die Thatsache von Bedeutung, daß in Glogau im Jahre 1755 die Fortifikationen vollendet wurden und 1756 dort nichts mehr zu thun war. Erinnern wir uns an die Worte der Disposition: „L'année 1755 j'achèverai les fortifications à Glogau il n'y aura plus rien à faire“ [1]). L. übersetzt: Im Jahre 1755 werde ich die Fortifikationen in Schlesien vollenden, in Glogau wird nichts mehr zu thun sein. Ist diese Uebersetzung möglich? Der König konnte doch nach dem oben Ausgeführten gar nicht daran denken, im Jahre 1755 die Fortifikationen „in Schlesien“ zu beenden, und andererseits, daß in Glogau im Jahre 1755 noch zu thun war, hat doch Friedrich ohne Frage gewußt. Sollten die Worte nicht anders zu deuten sein? „Im Jahre 1755 werde ich die Fortifikationen in Glogau beenden, es wird (dann) nichts mehr (hier) zu thun sein [2]).“ So gedeutet, entspricht die

1) Ich lasse hier absichtlich die Interpunktionen innerhalb des Satzes fort. Die vorliegende Abschrift der Disposition hat vor Glogau ein Komma. Selbst wenn in dem mir nicht zugänglichen Original das Komma sich finden sollte, so beweist das bei der regellosen Interpunktion des Königs gar nichts.

2) Bei der französischen Ausdrucksweise des Königs, zumal in so flüchtig niedergeschriebenen, nur für den eigenen Gebrauch bestimmten Notizen, wird man an dem Fehlen etwa eines ici nicht Anstoß nehmen können.

Disposition den Thatsachen. So gedeutet schwindet auch das Bedenken, daß der König sich so gewaltig verrechnet und die in der Disposition angesetzten 110 000 Thaler als genügend für die Beendigung der schlesischen Festungsbauten angesehen haben soll. So löst sich ferner die Schwierigkeit, daß bei „fortifications" keine nähere Bezeichnung steht. (L.'s Hinzufügung „in Schlesien" ist willkürlich.) Und so verliert sich endlich auch das sonderbare, das in der Bemerkung liegen würde: „in Glogau wird nichts mehr zu thun sein". Wozu das erst erwähnen? Warum wird nicht auch von zehn anderen Festungen des preußischen Staates gesagt, daß dort nichts mehr zu thun sein wird?[1]) —

Doch kehren wir zurück zu des Königs Verhalten im Jahre 1756. Wie verfuhr Friedrich in der Sache der schlesischen Festungen, nachdem im Juni die Meldungen eingetroffen waren, die ihn einen Angriff der Gegner und einen alsbaldigen Krieg befürchten ließen? War er schon vorher kriegsbereit und zum Angriff entschlossen, so konnten diese Nachrichten eine wesentliche Veränderung in seinen Anordnungen nicht herbeiführen; trafen sie ihn dagegen nicht vorbereitet und überraschten ihn, so mußten nun endlich und eilends für die schlesischen Festungen andere Befehle erteilt werden, die bisherige Zurückhaltung und Sorglosigkeit mußte weichen. In der That, dies geschieht; erst die gefahrdrohenden Nachrichten bestimmen den König, sein Verfahren zu ändern. Am 25. Juni ergeht an die schlesischen Festungskommandanten der Befehl, die Pallisaden aufzustellen und die Kanonen auf die Wälle zu schaffen; eine Ordre, die vielleicht übereilt und verfrüht erscheinen könnte, wenn die schlesischen Festungen bereits in so fertigem Zustande waren, wie man uns hat glauben machen wollen, wenn es, wie L. sagt, nur darauf angekommen wäre, „die in den Schuppen lagernden"[2]) Pallisaden aufzustellen; eine Ordre, die aber ganz berechtigt erscheint, wenn man weiß, daß die Pallisaden zum großen Teil nicht vorhanden waren und erst hergestellt werden mußten. Infolge des Fehlens der Pallisaden hat es z. B. in Cosel bis in den August hinein gedauert, bis die königliche Ordre vom 25. Juni zur Ausführung gelangt war[3]). Und ferner: Die Fortifikationsarbeiten waren unvollendet, sie konnten auch in 4—6 Wochen nicht fertig gestellt werden, da gab es eben kein anderes Mittel,

1) Der gegen L. geführte Beweis über die schlesischen Festungsbauten und ihre Nichtvollendung wird natürlich durch die Uebersetzung dieser Stelle nicht berührt; der Beweis bleibt bestehen, ob die Worte in der einen oder anderen Weise übersetzt werden.

2) Vgl. G. G. A. Februar 1896 S. 147.

3) Vgl. unten Kap. III Abschn. 5.

diesem Uebel abzuhelfen, als daß baldigst Pallisaden und Kanonen aufgestellt wurden, dadurch konnten die noch vorhandenen Mängel in den Befestigungsanlagen wenigstens einigermaßen ausgeglichen werden. Diese thatsächlichen Verhältnisse sind zu berücksichtigen, nur so kann ein richtiges Urteil gewonnen werden über die Maßregel des Königs vom 25. Juni, die L. als eine überaus weitgehende offenbare Angriffsrüstung darzustellen liebt [1]).

Dieser wahre Zustand der Festungen in Schlesien, wie er hier auf Grund der Akten geschildert wurde, schließt bereits vollständig die Möglichkeit aus, daß der König im ersten Teil des Jahres 1756 einen Angriffskrieg beabsichtigt haben kann. Nimmermehr hätte er dann die Festungsbauten und die Beschaffung der Pallisaden so lange Zeit hinausgeschoben.

## IV. Die Sammlung der Kriegsvorräte.

Als ein letztes Argument, das des Königs Kriegsbereitschaft erweisen und den Plan eines Angriffskrieges wahrscheinlich machen soll, nennt L. die von ihm „festgestellte Thatsache", daß die Füllung der Waffen- und Getreidemagazine sich 1754 und 1755 „dem gesteckten Ziele näherte" [2]).

Der Leser ist auch hier irregeleitet. Und doch wird bei der Sicherheit, mit der die Behauptungen vorgetragen werden, noch keiner dessen inne geworden sein. Das „gesteckte Ziel" für die Füllung der Waffen- und Getreidemagazine existiert nämlich überhaupt nicht! Man lese die Seiten 2 und 3, auf die sich L. bezieht. Ein Ziel für die Waffen- und Getreidesammlung weiß selbst L. nicht anzugeben. Folglich ist auch die Behauptung, Friedrich näherte sich 1754 oder 1755 dem

1) L. hat leider keine klare Vorstellung von den militärischen Zuständen in Preußen; von denen in Oesterreich allerdings ebensowenig. Er geht stets aus von seiner übertrieben hohen Meinung über die preußische Kriegsbereitschaft und von der übertrieben schlechten Meinung über das österreichische Heerwesen. Daher erscheint ihm jede weitere Maßregel in Preußen als ungerechtfertigt und unnötig und folglich auf Offensivabsichten deutend; umgekehrt die Anordnungen in Oesterreich gelten ihm, da er nicht weiß wie weit man dort bereits ist, als unschuldig, als geringfügig, als notwendig zur Sicherheit, d. h. als Defensivmaßnahmen. Hätte ein anderer Autor so geurteilt, so wäre das Verfehlte des Standpunktes vermutlich bald entdeckt worden: aber wer konnte einem bisher rühmlich bekannten Kriegshistoriker so geringe kriegsgeschichtliche Kenntnisse und so schroffe Einseitigkeit zutrauen!

2) L. S. 73 und G. G. A. 1895, S. 117.

„gesteckten Ziel" von vornherein hinfällig. Und nun gar L.'s Erklärung: „von mir ist die Thatsache[1]) festgestellt", daß er sich dem Ziele näherte; da muß wohl der Autor seine eigenen früheren Darlegungen vergessen haben! Bei dem militärischen und finanziellem „Programm" hatte L. dem Könige falsche Ziele untergeschoben, jetzt geht er noch einen Schritt weiter: er läßt Ziele erstreben und vermag doch weder diese noch irgend welche Ziele, nicht einmal falsche Ziele, zu nennen[2]).

Wir hören S. 3 nur, daß Friedrich Vorrat an Uniformen, an Munition, an Waffen gesammelt hat. Welcher Herrscher, der, wie König Friedrich, dauernd von neuen Kriegen bedroht, allzeit auf der Wacht sein mußte, hätte nicht solche Sammlungen für den Kriegsfall angelegt?[3]) Will man der heutigen deutschen Regierung die Absicht eines Angriffs unterschieben, weil sie für jeden Soldaten Uniformen und Reservewaffen vorrätig hält? Und soll es bei Friedrich auf Offensivgedanken deuten, wenn für jeden Infanteristen noch eine Uniform und (falls überhaupt diese Nachricht richtig ist)[4]) für jeden Kavalleristen noch ein Säbel oder Degen, für je zwei Infanteristen ein Reservegewehr vorhanden war?

Wenden wir uns statt an L.'s Erörterungen auch hier lieber an die thatsächlichen Zustände, so wie die Akten sie uns vorführen, von denen L. wiederum nicht ein einziges Stück zu Rate zieht[5]). —

---

1) Sobald L. von „Thatsachen" oder von „urkundlichen Feststellungen" (G. G. A. 1895, S. 114) spricht oder von „schlagendsten Beweisen" (S. 77) oder seine Darlegungen als „unwiderruflich" (G. G. A. 1896 S. 145) und „unwiderleglich" bezeichnet (L. S. 129), dann hat man allen Anlaß zum Mißtrauen. Je zweifelhafter und unsicherer die Behauptungen sind, desto zuversichtlicher die Ausdrücke, die die Schwäche verhüllen und jeden Einspruch niederhalten sollen.

2) Höchstens bei einem einzelnen speciellen Gegenstande könnte man zwar nicht von einem „sich Nähern", aber von einem Ueberholen des gesteckten Zieles sprechen. Doch hat L. weder von diesem Ziel etwas bemerkt, noch auch gesagt, daß das Ziel überholt worden sei. Im politischen Testament (L. S. 99) bemerkt Friedrich, daß 21000 Gewehre im Arsenal sind und 20000 noch notwendig seien. Nach Angabe der Histoire de la guerre (Œuvres IV, S. 6) hatte er im Jahre 1756 50000 Gewehre. Da jedoch solche Erzählungen der Histoire sehr unzuverlässig sind, und es kaum wahrscheinlich ist, daß Friedrich sein eigenes Ziel nach vier Jahren noch überholt hat, so wird man hierauf kein Gewicht legen können.

3) Zu vergleichen der Ausspruch des Königs: „à moins que d'être privé de raison et de prévoyance, on ne peut assez être sur ses gardes et assez consolider les arrangements nécessaires pour résister au grand nombre d'ennemis que nous avons" (23. Februar 1753). Pol. Korr. IX. 350.

4) Sie findet sich nur in der Histoire de la guerre, in den Memoiren des Königs. Zur Sache vgl. auch schon Teil I, 225 (21).

5) Wie schon oben (S. 119 Anm.) bemerkt, entnimmt L. seine Belegstellen mit Vorliebe den fridericianischen Memoiren, obschon es bekannt ist (und er selbst es

Auch auf diesem Gebiete der Vorratssammlung zeigt es sich, daß Friedrich bei seinen Anordnungen mit der Erhaltung des Friedens rechnete, aber nicht mit einem beabsichtigten Angriff, und daß Mängel in der preußischen Kriegsausrüstung vorhanden waren, die ein Fürst, der einen gewaltigen Eroberungskrieg plante, sicherlich schon früher oder wenigstens im Anfang des Jahres 1756 beseitigt haben würde.

Nur auf einzelnes sei hingewiesen:

Zunächst ein Beispiel für die Vorratssammlung der Mundierungen, der Uniformen. Am 1. Juli 1755 hatte der König dem Generalkriegskommissar von Massow befohlen, „alle Gelder, welche bei ihm pro anno 1756 und alle folgende Jahre übrig bleiben," „zur Anschaffung der Mundierungsstücke zum Vorrat anzuwenden"; auch wollte Friedrich selbst noch 100 000 Thaler hinzuzahlen [1]). Wenn so bedeutende Summen noch erforderlich waren für die Vorratssammlung und selbst noch in den Jahren 1756, 1757, 1758 ꝛc. verwendet werden sollten, so kann man doch unmöglich schon 1755 der Vollendung der Sammlung nahe gewesen und im Juni 1756 damit fertig gewesen sein. Im Gegenteil, die Sammlung ist wohl überhaupt erst „anno 1756" recht in Angriff genommen worden. Diese Vermutung bestätigt sich, indem wir weiter hören, was es denn noch anzuschaffen galt. Massow meldet, daß „noch viele Mundierungsstücke gemachet werden" müssen, die „in zwei Campagnen", in den Feldzügen von 1744 und 1745, „verloren gegangen" waren. Vor 11 Jahren verlorene Mundierungen sind im Juni 1756 wenige Tage vor Beginn des „Angriffskrieges" noch nicht wieder ersetzt! Und doch zeigt sich Friedrich keineswegs darüber aufgebracht oder erstaunt; sehr gelassen antwortet er am 5. Juni, er hoffe, daß Massow im Etatsjahr 1756/57 mehr Gelder als im abgelaufenen Jahre übrig behalten werde, von denen Mundierungen zu beschaffen seien (also bis Trinitatis 1757!); 50 000 Thaler werde er ihm (zu den Geldern, die

früher hervorgehoben hat, Hist. Zeitschr. 63, S. 333. 334), wie wenig Verlaß auf die Angaben dieser Memoiren ist. Seinen Gegnern wirft er vor (S. 57), daß ihre Auffassung noch heute durch das Memoirenwerk des Königs beherrscht sei; den Beweis dafür bleibt er schuldig. Daß Kosers und meine Ausführungen über den Ursprung des Krieges vollständig auf Akten sich aufbauen, durchaus nicht auf dem Geschichtswerk des Königs, daß wir vielmehr (so bei der Rolle, die Rußland gespielt hat, bei Friedrichs Aufforderungen an Frankreich im Jahre 1755) eine den Memoiren ganz entgegengesetzte Ansicht vertreten, ignoriert L. und läßt seine Leser das Gegenteil vermuten. Für ihn selbst aber scheint die quellenkritische Forderung, daß man sich nicht auf Memoiren, sondern auf Akten stützen soll, keine Gültigkeit zu haben.

1) Nach dem Bericht Massows, Berlin, 4. Juni 1756.

Massow bereits aus dem Vorjahr übrig hat, die aber nur gering sind) noch hinzuzahlen lassen;[1]) und zwar wann? „gegen Ende des kommenden Monats Juli"! Und mit der weiteren Bemerkung Massows, daß er 29 384 Thaler für Anfertigung von Kürassier- und Dragonerröcken verwenden wolle, „damit solche gegen künftiges Frühjahr (1757!) fertig gemacht werden können" — hiermit erklärt sich der König ebenfalls „recht wohl zufrieden." Weder König Friedrich noch sein Generalkriegskommissar denken an einen bevorstehenden Krieg!

Schon diese eine Ordre ist mehr als genügend; es wäre überflüssig, noch auf andere ähnliche Akten einzugehen.

Ob die Waffenvorräte so erheblich waren, wie es L. — nur auf der einen unsicheren Angabe der Histoire de la guerre fußend[2]) — darstellt, darf ebenfalls bezweifelt werden. Wenn wirklich in Berlin 20 000 Säbel und 12 000 Degen und ebenso viel Karabiner und Pistolen vorrätig waren, warum wurden dann nicht den 360 überkompletten Dragonern der Lehwaldtschen Armee, die gar keine Waffen besaßen, 360 Degen, Pistolen und Karabiner aus Berlin gesandt? Der König bestimmt statt dessen, daß von Pistolen und Karabinern bei ihnen ganz abzusehen sei, und daß sie nur mit alten ausrangierten Degen bewaffnet werden sollen (Pol. Kor. XII, 450). Selbst diese aber waren in Ostpreußen nicht aufzutreiben (XIII, 59).

Mit den Vorräten in den Festungen, mit ihrer Ausstattung an Munition u. a. scheint es auch nicht glänzend gestanden zu haben. Erst nachdem die bedrohlichen Juni-Nachrichten eingetroffen sind, wendet der König dieser Frage seine Aufmerksamkeit zu und fordert Berichte ein über den Zustand in den Oesterreich benachbarten Grenzfestungen. General Lattorff meldet darauf am 22. Juli aus Cosel[3]), daß in der Festung „an combustiblen Materialien und anderen Notwendigkeiten" fast nichts vorrätig, vielmehr überall Mangel sei; für 3021 Thaler fehlt es an „Notwendigkeiten", an Munition und dergleichen[4]). Genauere Nachrichten haben wir über Neiße: am 26. Juni und 6. Juli sendet Treskow[5]) lange Tabellen ein über das, was „zur Defension der Festung Neiße" mangelte, weit mehr als 50 Posten werden aufgezählt: so fehlen

1) Offenbar 50000 von den verheißenen 100 000 Thalern.

2) Vgl. L. S. 3. Ueber die falsche Ausnutzung dieser Stelle zum Beweis der Möglichkeit einer Heeresvermehrung vgl. Teil I, 225 (21).

3) Lattorff an den König, 22. Juli, der König an Lattorff, 31. Juli.

4) Lattorff an den König, 5. August, der König an Lattorff, 11. August.

5) Auf Grund einer Aufforderung des Königs vom 17. Juni.

u. a. 35 359 Kanonenkugeln, 33 990 Bomben und Granaten, 1093 Centner Pulver, 2 020 687 Flintenkugeln, 6 803 240 Patronenhülsen, 24 000 Pechkränze ꝛc. ꝛc.

All das fehlte — nur dies eine Beispiel sei angeführt! — zur „Defension". Und da soll man fertig gewesen sein zum Offensivkrieg? Schlechthin unentschuldbar wären diese Mängel, wenn Friedrich nicht vom Kriege überrascht worden wäre. Unverantwortlich würde es gewesen sein, bei solchen Zuständen in den Festungen und im Heere, ohne Not und Zwang freiwillig einen Eroberungskrieg zu eröffnen, der die Existenz des Staates aufs Spiel setzte.

Auch für die Getreidemagazine vermag L. nur anzugeben, welche Höhe die Getreidevorräte im Jahre 1752 erreicht hatten. Daß Friedrich große Getreidemassen aufzuspeichern pflegte, ist längst bekannt. Worauf es allein angekommen wäre, war festzustellen, wie hoch Friedrich den Getreidevorrat für den Fall eines Krieges gebracht wissen wollte und wieviel hiervon im Jahre 1756 bereits beschafft war. Weder über das eine, noch über das andere, noch auch über den Zustand im Jahre 1755 sagt L. ein Wort. Trotzdem aber behauptet er: es ist von mir festgestellt worden, daß die Füllung der Getreidemagazine sich 1755 dem gesteckten Ziele näherte. Daß die Magazine 1756 nicht komplett waren, lehrt schon allein die erst bei Beginn der Rüstungen an Schlabrendorff ergehende Ordre vom 19. Juni: der Minister solle dafür sorgen, daß die schlesischen Magazine „im nächstkommenden Herbst komplett" seien (XII, 433).

Welches Bild bietet sich schon jetzt nach den zuverlässigen Quellen, d. h. nach den Handlungen des Königs, wie sie aus seinen Ordres sich ergeben! Schon jetzt, bevor ich zu den noch weit stärkeren Beweisen des II. Kapitels gelangt bin. Wir sehen, wie sonderbar des Königs Vorbereitungen für den gewaltigen Angriffskrieg[1]) sind! Weder die Feldarmee wird verstärkt, noch die nötigen Gelder zusammengebracht, weder die Festungsbauten vollendet, noch die Palliſaden beschafft, weder die Ausrüstung des Heeres, noch die Ausrüstung der Festungen vorgenommen, weder die fehlenden Mundierungen, noch die fehlende Munition, noch die fehlenden Getreidevorräte werden vor dem 19. Juni angeschafft. All' das hätte geschehen können ohne einen „speciosen Vorwand", hätte geschehen müssen, bevor der König mit seinen offenen, direkten Kriegsrüstungen beginnt. Statt dessen werden die dringendsten,

1) Auch Delbrück erzählt uns (L.'s Angaben sogar noch übertreibend), daß Friedrich auf diesen Krieg „10 Jahre lang gerüstet hat". (Preuß. Jahrb. 79, 277.)

notwendigsten Vorkehrungen zum weitaus größten Teil gar nicht erwogen und ins Auge gefaßt, anderes wird auf den Sommer 1756, auf den Winter des Jahres oder gar auf die Jahre 1757, 1758 ꝛc. hinausgeschoben. Tiefster Friede herrscht in Preußen, kein Ausspruch, keine Handlung des Königs deutet auf einen beabsichtigten Krieg, auf einen Angriffs- und Eroberungskrieg[1]). Wie ganz anders dagegen in Oesterreich! Mit welchem Feuereifer wird in Wien, in Petersburg, in Versailles verhandelt über den Angriffskrieg, mit welcher Hast — man denke nur an Olmütz — gerüstet, wie sorgsam in Kochs Denkschrift die Offensive und die Offensivrüstungen gegen Preußen nach allen Seiten hin erwogen und erörtert!

## V. Friedrichs Korrespondenz mit dem Thronfolger über die Kriegsvorbereitungen.

Bisher habe ich mich allein an die Handlungen des Königs gehalten. Nachdem jetzt mit ihrer Hilfe der Beweis erbracht ist, daß die Kriegsvorkehrungen auf keinem Gebiet zum Abschluß gelangt waren, scheint es angemessen, auch noch kurz die Aussprüche des Königs in dieser Frage zu vergleichen. Stimmen sie überein mit dem gefundenen Resultat, so wird dieses noch bekräftigt und bestätigt werden, außerdem aber — und das erscheint mir noch wichtiger — wird schon hiermit der Nachweis geliefert sein, daß jenes absolute Mißtrauen gegen des Königs Aeußerungen, welches man als kritische Grundlage für alle Untersuchungen über Friedrich den Großen proklamiert hat, durchaus unberechtigt ist, ebenso unberechtigt wie es auch in dieser übermäßigen Ausdehnung kritisch durch nichts begründet ist.

Am 12. Februar giebt Friedrich seinem ältesten Bruder, dem Prinzen von Preußen, seine Befriedigung zu erkennen über den Abschluß der Westminster-Konvention. In der gefährlichen Lage, in der er sich befunden, sei kein anderer Entschluß zu fassen gewesen. „Jetzt wird man darauf sehen müssen, was dieser Sache noch hinzuzufügen oder abzustreichen ist zu Gunsten unserer Sicherheit"; „wenigstens ist aller

1) Nur das Wörtlein „anéantir" könnte vielleicht den tiefen Frieden stören. Vgl. oben S. 109 Anm. 2 u. unten S. 149 u. 153 Anm. 3. Der sonst so verschlagene und bedachtsame König soll da am 19. Februar dem ganzen Hofe seine innersten Absichten und letzten Ziele angedeutet haben, er soll das große Geheimnis zur allgemeinen Kenntnisnahme schwarz auf weiß aufgezeichnet haben.

Anschein, daß ich noch das Jahr 1757 gewinnen werde, dessen ich dringend bedarf zur Beendigung der notwendigen und unerläßlichen Vorkehrungen, ohne welche der Staat allzu sehr exponiert sein würde“ [1]).

Also Friedrich bedarf nach seinem eigenen Geständnis noch dringend der zwei Jahre 1756 und 1757, um die nötigen Vorkehrungen zu beenden. Völlig trifft dies mit unserem Ergebnis zusammen, daß der König 1756 und 1757 den größten Teil der noch notwendigen schlesischen Festungsbauten ausführen lassen wollte; binnen zwei Jahren konnte das Heer, der Schatz, der Waffenvorrat, — wenn alle Mittel hierauf verwendet wurden — erheblich vergrößert, die Widerstandskraft Preußens konnte bedeutend erhöht werden. Natürlich soll nicht gesagt sein, daß der König alsdann 1758 einen Angriff aufnehmen wird: er will die Jahre 1756 und 1757 gewinnen „pour notre sûreté“ [2]), aber nicht für die Vorbereitung zum Angriffs- und Eroberungskrieg.

Ganz im Sinne des Königs antwortet der Prinz am 15. Februar [3]). Auch er ist erfreut über die Aussicht auf Frieden. „La conservation de la paix consolidera vos arrangements et vous mettra, sans doute, en état de mieux soutenir la guerre, si le cas l'exige de la commencer ou que la présomption de vos ennemis les porte à vous attaquer.“ „Das Vertrauen auf Eure Einsicht, Eure Erfahrung und Eure Weisheit schützt Eure Unterthanen vor aller Furcht.“ — Der Prinz spricht also, ebenso wie der König, von der Aussicht auf Frieden und der Erhaltung des Friedens; er ist unbesorgt um einen Krieg, er stimmt durchaus den Ansichten des Königs zu.

Und dieser Brief des Prinzen August Wilhelm ist es, den L. benutzt, um seine sonderbare und unmögliche Interpretation des Wortes „anéantir“ plausibel zu machen. Eben dieser Brief ist es, dessen Inhalt L. (ohne den Brief oder einen Teil desselben dem Leser mitzuteilen), in die Worte zusammenfaßt: der Prinz sei „nicht gerade erbaut gewesen von der Aussicht auf einen großen Krieg“ [4]). Der Prinz spricht von

---

1) Pol. Korr. XII, 105.

2) „Et ensuite il faudra voir si les conjonctures nous deviendront favorables ou contraires; car ce sont elles qui nous mènent.“ Also die Verhältnisse sollen den König leiten, nicht er will den Dingen Bahn und Ziel weisen. Verträgt sich diese Anschauung mit dem dämonischen Friedrich, der „mit gesetzloser Verwogenheit“ gerade auf das Ziel losschreitet und die Welt, die sich ihm entgegenstellt, in Trümmer schlagen will? Vgl. Preuß. Jahrb. 79, 276, 277.

3) Ungedruckt. Berlin, 15. Februar; des Königs Briefe aus Potsdam. Der oben besprochene Meinungsaustausch beider Brüder fand nur schriftlich statt.

4) L. S. 68.

der Aussicht auf Frieden, und L. sagt: er spreche von der Aussicht auf einen großen Krieg. Der Prinz äußert sich vertrauensvoll über einen etwaigen Krieg. L. sagt: er sei nicht gerade erbaut von der Aussicht auf Krieg. Der Prinz denkt nur an einen späteren, noch völlig unsicheren Krieg. L. stellt es so dar, als ziele der Prinz auf einen nahe bevorstehenden Krieg. Der Prinz bezeugt das vollste Vertrauen zu dem König, er erklärt sich mit diesem ganz einig. L. verkündet uns eine Meinungsverschiedenheit zwischen Prinz und König. Die Korrespondenz beider Brüder dreht sich — klar und offen liegt das vor uns — um die Erhaltung des Friedens, um die Ausnutzung der nächsten Friedensjahre zur Verstärkung der Widerstandskraft Preußens, bezieht sich auf den glücklich jetzt vermiedenen Krieg. L. dagegen erzählt ohne alles Bedenken dem Leser, der Briefwechsel handele von der Aussicht auf Krieg und von der Absicht des Königs, einen Krieg zu beginnen zur Eroberung Sachsens [1]).

Und auf dieser vollständigen Umkehrung des Sinnes des prinzlichen Schreibens [2]) baut dann L. seine Angaben über die königliche Antwort vom 19. Februar auf, seine Deutung des Wortes anéantir, deren völlige Verkehrtheit ja schon schlagend nachgewiesen und von allen Seiten (stillschweigend selbst von Delbrück) zugegeben worden ist [3]). Auf solchem schwankenden, trügerischen Untergrund beruht die kühne Behauptung, daß Friedrich im Anfang des Jahres 1756 vor Beginn des Krieges auf eine Eroberung Sachsens gesonnen habe.

Der König antwortet am 19. Februar [4]) seinem Bruder: „Dies Jahr, daß ich gewonnen habe, ist mir so viel wert, wie 5 der vorangegangenen Jahre."

Wenn Friedrich das Jahr 1756 als gewonnen ansieht, d. h. selbstverständlich nach allem vorhergehenden für den Frieden gewonnen, wie ist es dann möglich, daß er eben für 1756 den Angriff und den Beginn

---

1) Vgl. L. S. 129: „unwiderleglich"(!) beweist des Königs Brief „seine Eroberungsabsichten gegen Sachsen".

2) Erinnert man sich nicht unwillkürlich dabei des ähnlichen Verfahrens, das L. bei der Charakterisierung der Koch'schen Denkschrift eingeschlagen hat: Auch dort hatte er die klaren Thatsachen und Angaben der Denkschrift in das Gegenteil umgewendet, um das gegen seine Thesen sprechende Aktenstück als Beweis für seine Thesen verwenden zu können. Vgl. Teil I, 260 ff. (56 ff.).

3) Vgl. oben S. 109 Anm. 2. Auch S. 147 Anm. 1 und S. 149, sowie meinen Hinweis auf die Entstehung des Ausdrucks anéantir aus Maltzahns „mettre dans la nullité" Teil I, 209 (5).

4) Pol. Korr. XII, 125.

des großen Eroberungskrieges planen soll? Weshalb freut er sich denn des Gewinnes dieses Friedensjahres? Doch nicht deshalb, weil er sich nach dem Abschluß des Westminster-Konvention in einer ungünstigen politischen Lage befindet, die ihn für den Moment einen Krieg zu vermeiden wünschen läßt; im Gegenteil, er triumphiert ja gerade in demselben Brief über die außerordentlich glückliche politische Lage[1]), in der er sich jetzt zu befinden glaubt. Wollte er, wie L. meint, diese jetzt erreichte günstige politische Konstellation benutzen zur Eroberung Sachsens, was sollen denn die Worte bedeuten: „ich habe dieses Jahr gewonnen"? Der Gewinn kann nur darin bestehen, nur deshalb so erfreulich sein, weil die neue günstige Lage den Frieden für Preußen zu festigen scheint, und weil der König mit dem einen Jahre Zeit gewinnt, um die Sicherheitsvorkehrungen für einen etwaigen künftigen Krieg weiter zu fördern.

Und ebenso wie wir den vielbesprochenen Brief und des Königs Worte verstehen, so versteht sie auch der Prinz August Wilhelm, indem er am 20. erwidert[2]): „Die jetzige Lage wird günstig sein, um alle die neuen Vorkehrungen zu sichern und zu festigen, und durch den Gewinn einiger Jahre werdet Ihr zweifellos die Mittel vermehren, um, wenn es notwendig, den Mächten zu widerstehen, die den Wunsch hätten, Euch anzugreifen"[3]).

Der Briefwechsel zeigt uns beide Brüder einig in der Befriedigung über die Erhaltung des Friedens, übereinstimmend in der Ansicht, daß die zur Sicherheit des Staates bei einem Angriff notwendigen Vorkehrungen nicht beendet seien, daß Preußen noch nicht kriegsbereit sei und, um dies zu sein, noch einige Jahre des Friedens bedürfe.

Von diesem so bedeutsamen Meinungsaustausch beider Brüder erwähnt L. bei der Frage der Kriegsbereitschaft kein Wort. Er ignoriert die Aussagen dieser Briefe, gleich als ob auch sie zu den „unechten" unzuverlässigen Quellen gehören, und doch erkennt er ihre Zuverlässigkeit, ihre „Echtheit" selbst an, indem er die eine Aeußerung des Königs „anéantir

---

1) Vgl. Pol. Korr. XII, 125.

2) Ungedruckt. Berlin, 20. Februar.

3) Von L.'s „unwiderleglichem" Sinn des Wortes „anéantir" hat der Empfänger des Briefes gar nichts bemerkt. Er sagt auch in seinen Memoiren (vgl. Forsch. I, 257 ff.) kein Wort davon. Sein Vertrauter, der Prinz Heinrich, der des Königs Brief sicherlich auch gelesen hat, denkt ebenfalls nicht daran, in das Wort „anéantir" den unmöglichen Sinn hinein zu interpretieren. Und dies trotz aller Opposition beider Brüder gegen Friedrich. Im Gegenteil, Prinz Heinrich versichert in seinen geheimen Memoiren, daß der König den Frieden habe bewahren wollen. (Forsch. I, 240 u. 241.)

la Saxe" als beweiskräftig ausbeutet und diese drei Worte zum Eckpfeiler, zu einem der wichtigsten Stützpunkte seines ganzen Systems macht. Hier tritt „die schroffe Einseitigkeit seiner Quellenbenutzung" wieder einmal „geradezu verblüffend ans Licht"[1]), die Willkür und Regellosigkeit seiner Kritik und Methode. Einige Worte aus den Briefen sind beweisend, alle anderen sind nicht beweisend. Jene werden aus dem Zusammenhang herausgerissen, tendenziös umgedeutet, zum Teil dabei die Angaben der Briefe geradezu ins Gegenteil umgewandelt; hingegen der wirkliche Inhalt der Briefe, der L.'s Ausführungen sofort über den Haufen geworfen hätte, bleibt er in Dunkel gehüllt. Für ihn gilt eben als „echt" nur das, was seiner vorgefaßten Meinung zu entsprechen scheint, was dagegen spricht, ist „unecht" und mag es noch so gut beglaubigt sein, mag es selbst in dem gleichen Schriftstück in der gleichen „echten Urkunde" enthalten sein.

1) Vgl. Wiegand, Deutsche Litteraturzeitung 1894, Nr. 51, Sp. 1620.

## Kapitel II.

## König Friedrichs militärische Maßnahmen während der ersten Monate des Jahres 1756 bis zum Beginn der Rüstungen in der zweiten Hälfte des Juni.

Neben der angeblichen Vollendung der Kriegsvorbereitungen giebt es, nach der Meinung L'.s, noch einen zweiten Beweis für die Offensivabsichten des Königs: das ist sein Verhalten im Monat Juni 1756. Friedrich einen neuen Angriff auf Oesterreich schon seit längerer Zeit — mindestens seit 1749 und 1750 — planend, soll im Jahre 1756, zum Kriege bereits fest entschlossen, nur noch auf einen geeigneten Vorwand zum Losschlagen gewartet haben. Diesen „speciosen Vorwand" boten ihm Mitte Juni die Russen[1]) durch den Anmarsch ihrer Heere gegen die preußischen Grenzen. Daraufhin soll Friedrich seinerseits seit dem 17. Juni in umfassender Weise die Kriegsrüstungen begonnen haben und zwar nicht etwa Rüstungen gegen Rußland, nicht um sich zu schützen — sondern Rüstungen gegen Oesterreich und Sachsen, um diese anzugreifen.

Ich komme auf die preußischen Rüstungen im letzten Drittel des Juni (die am 19., nicht am 17. Juni beginnen) auf ihre Veranlassung, ihren Umfang, ihren Zweck im dritten Kapitel zu sprechen.

Zunächst sei hier die Frage erörtert: Plante Friedrich, bevor ihm der Anmarsch der Russen am 19. Juni gemeldet wurde, wirklich einen Krieg und Angriff? Seine Worte sprechen dagegen, allein sie sind ja nichts als Verstellung und Blendwerk! Aber wie steht es mit seinen Handlungen vor dem 19. Juni? Deuten sie auf Friedens- oder auf Kriegsabsichten? Lassen sie sich vereinigen mit der Meinung, daß Friedrich einen Offensivkrieg beabsichtigte, sich dem Kriege nahe glaubte und nur auf einen Vorwand zum Losschlagen noch harrte?[2])

---

1) L. 73 u. 77. G. G. A. 1895 S. 110 Anm. 1.

2) Ich setze in gewisser Hinsicht die Untersuchungen des vorigen Kapitels jetzt weiter fort. Was dort bei den Festungsbauten und bei den Vorrats-

Für die Entscheidung der ganzen Streitfrage scheint es mir fast das wichtigste zu sein, die kritische Zeit unmittelbar vor dem Beginn der Rüstung und die Handlungen Friedrichs in dieser Zeit näher ins Auge zu fassen. Hier bei den Maßregeln in den Wochen vor dem 17. resp. 19. Juni muß die Forschung mit allem Nachdruck einsetzen. Sind erst einmal die Rüstungen im Gange, dann ist es wenigstens bei einzelnen Vorkehrungen nicht ganz leicht zu entscheiden, ob sie als Defensiv- oder Offensivrüstungen anzusehen sind. Hingegen die militärische Handlungsweise des Königs vor Beginn der Rüstung, d. h. bevor die entscheidende Nachricht vom feindlichen Anmarsch eintrifft, ist durch keine außerhalb liegende Veranlassung beeinflußt; hier müssen des Königs Intentionen, die ihn leitenden Gedanken, ungetrübter und klarer ans Licht treten, hier verfährt er noch allein nach eigenem Antrieb.

Allerdings Nachrichten von politischen Umtrieben und von militärischen Vorkehrungen der Gegner hat Friedrich auch schon vor Mitte Juni in größerer Zahl gehabt [1]). Hätte er also im Mai und in der ersten Hälfte Juni bereits einige Anordnungen für den Krieg getroffen, es wäre nicht ungerechtfertigt gewesen. Aber dennoch finden wir nichts derartiges, auch L. und D. wissen nichts beizubringen.

Auf der anderen Seite aber sollen ja nach L.'s Meinung die bestimmten Offensiv- und Eroberungsabsichten schon seit Jahren beim Könige vorhanden sein; sie haben sich, wie er sagt, soeben erst am 19. Februar durch die Worte „anéantir la Saxe“ [2]) „unwiderleglich“ dokumentiert. Danach müßte man erwarten, daß der so weitsichtige

---

sammlungen berichtet wurde über das thatsächliche Verfahren des Königs in der Zeit vor dem 19. Juni, fällt zum Teil bereits in den Kreis der Maßregeln, die den König, auf Erhaltung des Friedens rechnend, aber nicht auf einen Angriffskrieg sinnend, vorführen. Nur um den L.'schen unrichtigen Behauptungen sofort das wahre Verhalten des Königs entgegenzustellen, wurde ein Teil der Handlungen des Königs schon im vorigen Kapitel vorweggenommen.

1) Vgl. für die politischen Meldungen über Rußland, Oesterreich und Frankreich Pol. Korr. Bd. XII, nach den S. 506. 509. 510. 511. 512. 513 des Registers; für die militärischen Meldungen z. B. S. 29. 34. 35. 39. 166. 197. 216. 278. 361. Der bei weitem größere Teil der Nachrichten über die Rüstungen der Gegner ist jedoch noch ungedruckt.

2) Vgl. oben S. 109 Anm. 2, S. 147. 149. Statt auf Handlungen des Königs, beruft sich L. auf ein einzelnes Wort, einen einzelnen Ausdruck, dessen Uebersetzung und Deutung von vornherein mindestens zweifelhaft ist. Ein „Wort“ beweist bei diesem Könige, dessen Worte doch nur Verstellung sein sollen — und die Tausende anderer Worte vor der Rüstungszeit sind auch nach L. wirklich nichts als Verstellung, nur dies eine Wort nicht: anéantir.

und vorbedachte, nur noch des „speciosen Vorwands" harrende König bereits vor Mitte Juni wenigstens eine Anzahl geheimer Kriegsmaßregeln oder auch solche angeordnet hätte, für die es eines „speciosen Vorwands" nicht bedurfte. Und umsomehr wäre bei einem den Angriff planenden Fürsten eine solche Vorsicht geboten gewesen, da ja, wie wir jetzt wissen, Friedrich mit den Vorbereitungen auf keinem Gebiet auch nur entfernt fertig war, und da all das, was noch fehlte zur Fertigstellung der Festungen, zum Sammeln des Kriegsschatzes, zur Vermehrung des Heeres und zur Beschaffung der Vorräte, ganz unmöglich nachher in der kurzen Zeit von wenigen Rüstungswochen nachgeholt werden konnte.

Doch nichts, gar nichts läßt sich bei den zahlreichen militärischen Maßregeln von Februar bis Mitte Juni entdecken, was auf die Absicht eines Offensivkrieges hinweist. Schon durch das Fehlen aller, selbst der geheimen Kriegs-Vorkehrungen[1]) wird der Auffassung L.'s der Boden entzogen. Aber mehr noch: In reicher Fülle finden sich sogar Maßnahmen, die positiv auf Friedensabsichten hindeuten, und die die Annahme, daß Friedrich einen Krieg plante, ganz unmöglich machen. —

Beginnen wir mit den Anordnungen, die im Jahre 1756 für die Exerzierübungen des preußischen Heeres und für die Einziehung der Beurlaubten getroffen wurden. Ich berühre damit sogleich die wichtigste Frage; denn die Einziehung der Beurlaubten ist es ja, auf die L. in erster Linie seine Schilderung der gewaltigen preußischen Offensivrüstung, der Mobilmachung und der Kriegsbereitschaft eines Teils der preußischen Armee stützt[2]).

Es ist streng festzuhalten, daß im friedericianischen Heer die Beurlaubten sämtlicher Regimenter jährlich für zwei Monate zu den Exercitien eingezogen wurden. Friedrich bemerkt im politischen Testament: „In unseren Landen versammeln sich in jedem Frühjahr, in Schlesien gegen den Herbst hin, alle Regimenter zu den Exercitien. Alle Offiziere müssen dabei sein und die Compagnien müssen dann complett sein." Diese wichtige Stelle, welche zeigt, daß das „Urlauber-Einziehen" und das „Komplettsein" der Regimenter in jedem Jahr erfolgt, also an sich durchaus als eine Friedensmaßregel zu betrachten ist, hat L., wie bereits

1) Und wenn keine Kriegsvorkehrungen, so sollte man doch wenigstens Anfragen bei den Festungskommandanten nach den Zustand der Festungen erwarten oder irgend welche geheimen Beratungen mit den vertrauten Generälen. Erst nach Eintreffen der Meldungen von österreichisch-russischen Rüstungen erfolgen solche Anfragen (vgl. S. 145, an Treskow 17. Juni, an Lattorff 26. Juni), sowie die Beratungen mit Winterfeldt und Retzow in Potsdom.

2) Vgl. L. S. 40—42.

erwähnt [1]), bei dem Abdruck eben dieses Testamentsabschnittes (S. 97) fortgelassen [2]). Wären die Worte mitgeteilt worden, dann hätte ein jeder auf den ersten Blick einen großen Teil der von L. unter der Ueberschrift „preußische Rüstungen" angeführten Maßnahmen als Friedensmaßregeln herauserkannt.

Das gleiche, wie die angeführte Stelle des politischen Testaments lehren die noch vorliegenden Einberufungsbefehle aus den verschiedensten Jahren. Alljährlich werden die Beurlaubten und zwar in der Regel zu derselben Zeit wie im Vorjahr auf zwei Monate zur Fahne einberufen. Wiewohl diese Thatsache jedem preußischen Geschichtsforscher bekannt sein müßte, und darüber auch nicht der mindeste Zweifel obwalten kann, trotzdem wagt L. (S. 131) die Behauptung: „die Einziehung der Beurlaubten ist Rüstung" [3]).

Was würde man sagen, wenn ein Schriftsteller die heutige alljährliche Einziehung der Reservisten zu zweimonatlicher Uebung als eine Kriegsrüstung des deutschen Heeres bezeichnen würde und daraus Angriffs- oder Eroberungsabsichten der deutschen Regierung herleiten wollte? Genau so widersinnig ist L.'s Ansicht für das 18. Jahrhundert [4]). Schon mit dieser ersten Thatsache fallen von L.'s „62 kriegsbereiten Regimentern

1) Vgl. Teil I, 226 (22).

2) Die Worte aus dem Kapitel „des exercises", die L. S. 98 abdruckt, ersetzen das S. 97 im Kapitel „des revues" fortgelassene nicht. Denn im Kapitel „des exercises" fehlen gerade die Angaben, auf die es für die Streitfrage ankommt und die mit L.'s Darstellung im Widerspruch stehen: 1) daß das Versammeln der nichtschlesischen Regimenter im Frühjahr, 2) daß das Versammeln der Schlesier gegen den Herbst hin, 3) daß das „Komplettsein" der Regimenter in jedem Jahre stattfand und eine Friedensmaßregel darstellte.

3) Nur dann kann die „Einziehung der Beurlaubten" als Rüstung angesehen werden, wenn die Einziehung 1) zu ungewöhnlicher Zeit, also etwa nach den Uebungen zum zweitenmal im Jahre erfolgt, 2) wenn sie auf längere Zeit erfolgt als die zweimonatlichen Uebungen dauern, 3) — und das ist das entscheidende — wenn noch weitere zur Mobilmachung notwendige Maßregeln hinzutreten, wie Austeilen der Equipagegelder, der scharfen Patronen, Beschaffung der Feldequipage, Aushebung der Knechte, Einberufung der doppelten Ueberkompletten, Beschaffung der Equipagepferde, Zusendung der Regimentsgeschütze ꝛc. Vgl. unten Kap. III, den Abschnitt 1. „Mobilmachung und Kriegsbereitschaft."

4) Oder richtiger gesagt, sie ist noch verfehlter. Denn die Beurlaubten des 18. Jahrhunderts gehören dauernd dem Heer an, sie sind dauernd Soldaten, die heutigen Reservisten sind es nur für die zwei Monate der Uebung. D. h. die Einziehung der Beurlaubten will noch viel weniger bedeuten als die heutige Einziehung der Reservisten zu einer Uebung.

und Bataillonen" 49 fort, d. h. mit einem Schlage ist die gewaltige preußische Kriegsrüstung im Juni 1756 beseitigt.

Am Schluß der zweimonatlichen Uebungen pflegte der König die „kompletten" und geübten Truppen der einzelnen Provinzen zu besichtigen, bevor die Beurlaubten wieder entlassen wurden. Da diese königlichen Revuen in den verschiedenen Provinzen nicht zu ein und derselben Zeit abgehalten werden konnten, andererseits aber die Truppen nur je zwei Monate zusammenbleiben sollten, so wurden in den Provinzen, die der König besuchte, die Uebungen und der Schluß derselben um je 8 oder 14 Tage auseinandergelegt: die einen Regimenter begannen ihre Uebungen am 1. April und hatten am 1. Juni die Revue, die zweiten etwa am 8. April und Revue ungefähr am 8. Juni, die dritten am 15. April mit der Revue Mitte Juni ꝛc. In den Provinzen, die der König in einem Jahre nicht persönlich aufsuchte, wurde einer der ältesten Generale mit seiner Stellvertretung beauftragt. Im Herbst, im September, pflegte Friedrich fast alljährlich nach Schlesien zu reisen und über die schlesischen Regimenter Revue zu halten. Ebendeswegen begannen die Schlesier ihre zweimonatlichen Uebungen erst Anfang oder Mitte Juli — abweichend von den Truppen der alten Provinzen — und zogen erst zu dieser Zeit die Beurlaubten zum Exerzieren ein. In den letzten Jahren war ferner eine neue Einrichtung hinzugekommen. Neben den Revuen fand ein jährliches Manöver zwischen Spandau und Potsdam statt, es wurde gewöhnlich vor der schlesischen Reise im zweiten Teil des August abgehalten.

Wie stand es nun im Jahre 1756? Wenn Friedrich einen Angriffskrieg plante, so könnte man erwarten, daß dies schon bei der Art der Beurlaubteneinziehung, bei der Festsetzung der Revuen und der Manöver erkennbar wäre; die Zeit der Urlauber-Einziehung wechselte ja zuweilen um einige Wochen oder gar Monate; sie konnte mithin sehr leicht so gelegt werden[1]), daß zu Beginn der Sommerzeit im Juni, wenn der Krieg wahrscheinlich seinen Anfang nahm, sämtliche preußische Regimenter ihre Beurlaubten versammelt hatten. Auch die Schlesier sind in einzelnen Jahren (so im Jahre 1753) schon im Frühjahr eingezogen worden. Eines Vorwandes zu einer solchen Maßregel bedurfte es nicht. Aber nein! Die Beurlaubten werden vielmehr 1756 in den gleichen Monaten wie im Jahre 1755 eingezogen[2]): die Brandenburger

1) Z. B. von Ende April resp. Anfang Mai bis Ende Juni resp. Anfang Juli.

2) Geringfügige Abweichungen, z. B. daß die Pommern 1756 ihre Revue

vom 1. April an, die Pommern vom 8. April an, eine Anzahl hinterpommerscher Regimenter vom 15. an, ebenso die magdeburgischen und altmärkischen zum 15., die westphälischen und rheinischen gleichfalls vom 15. April an[1]). Sie sollten, so wird befohlen, von diesem Tage an in „komplettem" Stand „mit dem gewöhnlichen Exerzieren den Anfang machen". Für die ostpreußischen Regimenter wird bestimmt[2]), daß sie zu derselben Zeit wie im vorigen Jahre zusammenkommen sollen, d. h. vom 1. Mai bis 1. Juli. Auch bei den Schlesiern bleibt es „wie vorm Jahr". Der König will die schlesischen Regimenter, nachdem sie zwei Monate geübt, in einem „Campement bei Breslau" „zur Zeit wie im verwichenen Jahre", d. h. Anfang September, „en revue sehen"[3]). Am 10. Juli sollen die schlesischen Regimenter „mit dem gewöhnlichen Exerzieren" den Anfang machen[4]).

Die Regimenter der Provinz Preußen, die in Hinterpommern und in den Westprovinzen will Friedrich in diesem Jahre nicht selbst besichtigen. Für ihn soll in Hinterpommern Prinz Moritz von Dessau, in Preußen Feldmarschall Lehwaldt, bei der preußischen Kavallerie Generallieutenant von Schorlemer die Vertretung übernehmen[5]).

Eine besonderere Bestimmung erging für 5 brandenburgisch-pommersche

---

am 7. und 8. Juni, 1755 schon am 1. Juni hatten, erklären sich durch die Reise nach dem Rhein und nach Holland, die Friedrich im Juni 1755 unternahm.

1) Kabinettsordres d. d. Potsdam, den 27. Februar, an das Regiment Garde, die Garde-Grenadiere Retzow, an die Regimenter Prinz Heinrich, Kalkstein, Markgraf Karl, Hacke, Meyerinck, Forcade, Itzenplitz, Württemberg, Gensdarmes, Schwerin, Prinz von Preußen-Infanterie, Darmstadt, Prinz Ferdinand von Preußen, Prinz Franz von Braunschweig, Prinz von Preußen-Kavallerie, Münchow, Grenadierbataillon Kahlden, dann am 28. Februar an Prinz Moritz von Anhalt, Blanckensee, Eugen von Württemberg, Bevern, Amstel, Jeetze, Markgraf Friedrich, Seydlitz; am 18. März an Quadt, Knobloch, Wied, de la Motte, Dossow („wegen Weselschen Garnison"), am 4. März an den Generalkriegskommissar von Massow. Außerdem liegt vor eine undatierte allgemeine Verfügung für die Revuen des Jahres 1756. Die Spezialordres für die magdeburger und altmärkischen Regimenter fehlen.

2) An Massow, Potsdam 4. März.

3) An Massow, 4. März 1756; sowie die allgemeine Verfügung.

4) Cirkularordre an die schlesischen Feld-Regimenter vom 23. April; für die schlesischen Garnison-Regimenter erging erst am 25. April eine entsprechende Ordre an den Generaladjutanten Generalmajor von Buddenbrock.

5) An Jeetze, Seydlitz, Markgraf Friedrich, Potsdam, 28. Februar. Ferner die erwähnte allgemeine Verfügung. An Massow, Potsdam, 4. März. An Prinz Moritz, Stettin, 8. Juni (Zerbster Archiv). In den westlichen Provinzen ist jedenfalls auch der älteste General mit des Königs Vertretung betraut worden.

Kavallerie-Regimenter und zwar für das eine brandenburgische an dem nämlichen 27., für die pommerschen an dem nämlichen 28. Februar, an welchem alle anderen Befehle für die übrigen brandenburgischen bezw. pommerschen Regimenter erteilt wurden [1]). Diese 5 Regimenter (die Zieten-Husaren, die Baireuth-, Oertzen-, Truchseß- und Normann-Dragoner) und ihre Urlauber will der König nicht schon bei den brandenburgischen resp. pommerschen Revuen Ende Mai resp. Anfang Juni, sondern erst in dem späteren Manöver bei Spandau im August besichtigen [2]). Deswegen brauchen diese Regimenter nicht schon wie die anderen im April, sondern erst zwei Monate vor dem Manöver, am 20. Juni ihre Beurlaubten zum Exerzieren einzuziehen. Sie sollen, so wird am 27. und 28. Februar bestimmt, „den 20. des künftigen Monats Juni komplett zusammensein" und „mit dem gewöhnlichen Exerzieren den Anfang machen" [3]). Die übrigen Regimenter, die an dem Spandauer Manöver teilnehmen, d. h. 17 Regimenter und 2 Grenadierbataillone, sollen ohne Beurlaubte einrücken [4]), sie waren schon Ende Mai vom Könige besichtigt worden.

Wenn Friedrich so die Exerzierübungen fast ganz entsprechend denen des Jahres 1755 regelt, wenn er die Schlesier erst von Anfang Juli bis Anfang September zusammenberufen will zu einer Zeit, wo ein etwaiger Krieg vermutlich schon ausgebrochen ist, so daß diese für den Krieg gegen Oesterreich in erster Linie zu verwendenden schlesischen Regimenter dann im Jahre 1756 nicht geübt haben und bei Beginn des Krieges nicht versammelt sind — wenn er die schlesischen Revuen wiederum so spät in den September legt, das „Spandauer Campement" erst auf Mitte August ansetzt, wo der Krieg doch schon begonnen haben müßte, wenn er bestimmt, daß vier Fünftel der im Campement von Spandau erscheinenden Truppen ohne Beurlaubte teilnehmen sollen, und wenn er gerade diejenigen Regimenter, die für den seit geraumer Zeit drohenden Krieg mit Rußland zunächst in Betracht kamen, nämlich die ostpreußischen und hinterpommerschen, im Jahre 1756 nicht besichtigen will, so sprechen

1) Da L. diese Ordres für die 5 Kavallerie-Regimenter zu den Kriegsrüstungen zählt (S. 40), so könnte er es mit demselben Recht auch bei sämtlichen anderen Befehlen für die Exerzierübungen des Jahres 1756 thun.

2) Es sollten 1756 größere Kavallerie-Manöver bei Spandau stattfinden und deswegen diese 5 Kavallerie-Regimenter in komplettem Stand teilnehmen.

3) An Meyer, den Obersten des Baireuther Regiments, an Oertzen, Truchseß, Normann, Potsdam, den 28. Februar. An Zieten 27. Februar. An Massow den 4. März. An Retzow 4. Juni. Außerdem die undatierte allgemeine Verfügung.

4) An Retzow, Potsdam, 4. Juni.

m. E. schon diese Maßnahmen durchaus gegen eine Absicht, im Frühjahr oder Sommer 1756 einen großen Krieg zu beginnen.

Noch am 4. Juni, d. h. 13 Tage vor dem angeblichen Beginn der Rüstungen, ordnet der König die Einzelheiten an für das im August bei Spandau abzuhaltende Friedensmanöver. Er befiehlt dem Generalintendanten Generalmajor von Retzow den Kostenüberschlag aufzustellen und teilt ihm mit, welche Regimenter und für wie lange Zeit sie in dem Campement versammelt werden sollen, welche mit und welche ohne Beurlaubte kommen, bestimmt, daß den Truppen auf sechs Tage Brot gegeben werden soll, daß es gratis geliefert wird, daß die Soldaten während des Campements zweimal Fleisch erhalten sollen. Alle solche Details werden Anfang Juni für die nach $2^1/_2$ Monaten abzuhaltenden Friedensübungen festgesetzt; und da soll des Königs Sinnen und Trachten Anfang Juni nur auf Krieg und Angriff gehen! Ja sogar noch am 8. Juni bei den Stettiner Revuen blieb Friedrich — obwohl er eben hier in Stettin die höchst bedrohlichen Nachrichten empfing über die sich bildende österreichisch-russisch-französische Koalition[1]) — bei der Absicht, das Friedensmanöver im August in Spandau zu halten. Wir hören, daß er eben bei der Abreise von Stettin den Herzog von Bevern zur Teilnahme an den Manövern in Spandau eingeladen hat[2]). Sieben Wochen später, am 30. Juli, frägt Bevern an, ob er der Einladung noch folgen solle, und jetzt, nachdem die den Krieg entscheidenden Meldungen Swarts am 21. Juli eingegangen waren[3]), antwortet der König, daß es „unter nunmehr sich ganz veränderten und jetzigen Umständen nicht angehe“[4]). Selbst bis in den Beginn der Rüstungen hinein und bis über die Zeit hinaus, wo sich der angebliche „speciose Vorwand“ zum Kriege bot, hat Friedrich an den für das Jahr 1756 getroffenen Anordnungen für die Revuen und Manöver festgehalten[5]). Erst am 26. Juni, d. h. 7 Tage nach dem wirklichen Beginn der Rüstungen, schreibt er an Minister Schlabrendorff, daß „aus den diesjährigen Revuen in Schlesien wohl nichts werden wird“.

---

1) Vgl. Pol. Korr. XII, 386.

2) Bericht Beverns, Stettin, 30. Juli.

3) Vgl. Hist. Zeitschr. 56, 420.

4) Kabinettsordre an den Herzog von Bevern, Potsdam, 3. August.

5) Die erste auf Krieg deutende Veränderung, die in den ursprünglichen Bestimmungen für die Exercitien eintritt, erfolgt höchst bezeichnender Weise in Ostpreußen, d. h. zur Sicherung gegen die Russen, am 21. Juni. Vgl. Kap. III, Abschn. 2. (Von L. ist diese Rüstungsmaßregel nicht erwähnt; sie richtete sich ja gegen die Russen!)

Noch bedeutsamer aber als diese Anordnungen für die Exerzier- und Manöverübungen, die sämtlich von der bestimmten Voraussetzung der Erhaltung des Friedens ausgehen, noch viel bedeutsamer erscheint das Verfahren des Königs bei der Entlassung der Beurlaubten nach den Exercitien.

Am 17. Juni soll Friedrich die Angriffsrüstungen beginnen, nachdem er den „speciosen Vorwand" dazu durch den Heranmarsch der Russen erhalten hat. Und eben in diesen Tagen, wo er sehnlichst auf den Vorwand zum Losschlagen warten soll, und sogar noch, nachdem ihm der Vorwand geworden ist, hat Friedrich — die sämtlichen eingezogenen Urlauber wieder nach Hause geschickt! Einzig ausgenommen diejenigen, deren Zusammenbleiben über den 20. Juni hinaus schon durch die ursprünglichen Bestimmungen vom Februar vorgesehen war[1]).

Im Februar war befohlen worden, daß die Berliner, Potsdamer und märkischen Urlauber nach der Revue in Berlin (am 30. und 31. Mai) Anfang Juni entlassen werden sollten, und sie sind in der That zu dieser Zeit entlassen worden. Die pommerschen Regimenter sollten nach der Stettiner Revue am 8. Juni entlassen werden; auch das geschah, obwohl am 7. und 8. der König schon sehr beunruhigende Meldungen über Rußland erhielt[2]). Die hinterpommerschen Regimenter sollten ihre Urlauber nach dem 15. Juni entlassen, und auch das ist geschehen; die westphälischen nach dem 15. Juni, auch dabei blieb es, die rheinischen nach dem 15. Juni, auch das geschah. Die magdeburgischen und altmärkischen Regimenter hatten ihre Revue erst vom 16. bis 18. Juni im Lager von Pitzpuhl[3]), und sogar sie haben am 19. Juni — nachdem durch den Anmarsch der Russen der „speciose Vorwand" am 17. gegeben war, nachdem die Rüstungen bereits begonnen hatten — ihre Urlauber nach Hause gesandt. Friedrich hatte jetzt, im Besitz des „speciosen Vorwands", gar keinen Grund mehr zum Warten oder zur „Verstellung". Die magdeburger Regimenter waren diejenigen, die den sächsischen Landen am nächsten lagen, die für einen Angriff gegen Sachsen in erster Linie in Betracht kamen, und doch entläßt Friedrich gerade die magdeburger Urlauber noch während der Rüstungen, dagegen an die ostpreußischen Regimenter ergeht sofort bei Beginn der

1) D. h. die ostpreußischen Regimenter, deren Uebungen erst am 1. Juli zu Ende gingen, und die 5 Kavallerie-Regimenter, die vom 20. Juni bis 20. August übten.

2) Vgl. XII, 386. Hist. Zeitschr. 55, 450. 451.

3) Vgl. XII, 422.

Rüstung der (von L. nicht erwähnte) Befehl „niemanden beurlauben", „point congédier en Prusse". Können unter diesen Umständen die preußischen Rüstungen Angriffsrüstungen gegen Sachsen gewesen sein? oder enthüllt sich nicht schon hier, deutlich und greifbar, die Thatsache, daß es Rüstungen waren gegen die Russen: d. h. gegen die den König unmittelbar und thatsächlich bedrohende (auch von L. nicht geleugnete) Gefahr eines Einbruchs der Russen? Es ist das die Frage, von deren Entscheidung (so wie L. die Sache zugespitzt hat) schließlich alles abhängt. Schon jetzt kann die Antwort nicht zweifelhaft sein, noch lange bevor wir zu der Darstellung der Rüstungen selbst kommen.

Friedrich entläßt unmittelbar bevor er die Rüstung beginnt und noch während er sie beginnt, fast sämtliche Urlauber. Es ist nicht anders, so seltsam dies auch auf den ersten Blick erscheinen mag: Zu keiner Zeit im Jahre 1756, vom 1. April an, wo sich die ersten Beurlaubten versammelten, bis zum Schluß des Jahres, haben so wenig Regimenter ihre Beurlaubten zusammengehabt, wie — gerade im letzten Drittel des Juni in den Tagen vom 20. bis 30. Juni! Vom 1. bis 6. April hatten 21 Regimenter, d. h. die meisten brandenburgischen Truppen, ihre Beurlaubten versammelt; vom 6. bis 15. April 26 Regimenter (durch Hinzutritt der Pommern); vom 15. April bis 1. Mai etwa 46 (Westphalen, Rheinländer, Magdeburger, Altmärker, Hinterpommern hinzu); vom 1. Mai bis 1. Juni 59 Regimenter (Preußen hinzu). Der Mai war der günstigste Monat zum Losschlagen, und der König ist hier so friedlich gesinnt, wie nur irgend denkbar. Mit dem 1. Juni beginnt das Sinken der Zahl der „kompletten" Regimenter. Von Anfang Juni bis zum 8. Juni sind es nur noch 38 Regimenter, vom 9.—15. etwa 33, vom 16.—19. etwa 23, vom 20.—30. Juni nur 18 Regimenter[1]). Seit dem 1. Juli tritt allmählich eine neue Steigerung ein[2]). Also in der Zeit vom 20.—30. Juni hat die Versammlung der Beurlaubten ihren tiefsten Stand erreicht. Schon nach der ursprünglichen Disposition vom Februar war dies vorauszusehen, und die Disposition wurde, wie erwähnt, bis nach dem 20. Juni streng innegehalten.

Und gerade diese Zeit des tiefsten Standes der „kompletten" Regimenter, der geringsten und schlechtesten Bereitschaft, die Tage vom 19. und 20. bis 30. Juni soll sich der König aus freiem Entschluß ausgesucht haben,

1) D. h. die Ostpreußen und (seit dem 20. Juni) die 5 märkisch-pommerschen Kavallerie-Regimenter.

2) Vgl. später Kap. III, Abschn. 3. Es kommen seit den ersten Julitagen die 10 die Garnison wechselnden Regimenter hinzu.

um seine Rüstungen zum großen Eroberungskrieg vorzunehmen? Wäre es möglich, unbedachter, ungeschickter zu handeln? Ein Kriegsfürst, der auf Eroberungen ausgeht, dessen Stärke auf der Schlagfertigkeit seines Heeres beruht, wird der nicht dann angreifen, wenn die Gelegenheit die günstigste ist, d. h. wenn er die meisten Truppen zusammen hat?[1]) Oder will man uns glauben machen, er werde mit der Rüstung gegen Sachsen und Oesterreich auf die militärisch ungünstigste Gelegenheit[2]) warten, bis zu dem Zeitpunkt, wo er die wenigsten Truppen beisammen hat, wo von den zahlreichen in der Nachbarschaft Sachsens liegenden Regimentern nur ein einziges, das Regiment Zieten, und von den Oesterreich nächststehenden, den schlesischen Regimentern, nicht ein einziges komplett ist?

Sollen wir denn wirklich die so schön klingende und doch so schlecht erfundene Fabel vom „speciosen Vorwand"[3]) gläubig annehmen? Der „dämonische" Eroberer, der „Kriegsgott", der „Staatsmann von gesetzloser Verwogenheit", der „Welten in Trümmer schlägt", dessen Politik „ihr Gesetz aus sich selber nimmt", der soll wie ein Schulbube auf einen „Vorwand" warten, um seinen Streich auszuführen, soll die günstigste politische und die günstigste militärische Lage ganz gleichmütig, ohne sich irgendwie zu rühren, verstreichen lassen, nur weil er noch nicht diesen „speciosen Vorwand" besitzt? den Anmarsch der Russen, diesen wahrlich schlechtesten aller „Vorwände" zur einer Eroberung — Sachsens; während ihm doch Dutzende von Vorwänden, weit besserer Art, täglich zu Gebote standen. Aber mehr noch, der König hat ja den L.'schen „speciosen Vorwand" schon erhalten — und trotzdem entläßt er am 19. Juni die magdeburger Urlauber!

Man komme nicht mit dem Einwand, daß Friedrich die entlassenen Urlauber schleunig wieder einziehen und mit ihrer Versammlung warten konnte bis zum letzten Moment. Es waren darunter viel unsichere[4])

---

1) Also in diesem Falle im Mai, wo 59 Regimenter komplett sind. Es fehlten damals die schlesischen und die 5 pommersch-märkischen Kavallerie-Regimenter. Nichts wäre leichter gewesen, als durch Verlegung der schlesischen Uebungen auf das Frühjahr (wie es 1753 geschehen) auch sie im Mai komplett d. h. die gesamte Armee versammelt zu haben.

2) Und wir werden nachher sehen, auch auf die politisch ungünstigste Zeit soll der König geduldig warten. Vgl. unten S. 177 ff.

3) S. darüber auch weiter unten S. 164 Anm. 2 und 177 ff.

4) Daß auch solche wieder mit entlassen waren, zeigt die Ordre an Quadt vom 21. Juni. Pol. Korr. XII, 434.

oder entfernt wohnende Leute [1]), deren Einberufung Zeit und Mühe erforderte. Und wenn Friedrich wirklich ernstlich zu einem alsbaldigen Angriff rüstete, nicht bloß einige Sicherheitsmaßregeln traf, so war die Versammlung der Beurlaubten das erste, was geschehen mußte. Denn keineswegs war es (wie L. zu glauben scheint) hiermit schon gethan, keineswegs waren damit die Regimenter schon „kriegsbereit" oder „mobil", es kamen dann erst noch die zahlreichen anderen zur Mobilmachung notwendigen Maßregeln hinzu [2]). Wir können es positiv feststellen, wie Friedrich in dem Fall, wo er sich wirklich einem Kriege nahe glaubt, mit den Urlaubern verfährt. Sofort ist da — als der Kampf mit Rußland nahe bevorzustehen scheint — das erste was befohlen wird, daß sämtliche Urlauber über die Zeit der Exercitien hinaus bei der Fahne behalten [3]) resp. sämtlich wieder einberufen werden sollen [4]). Selbstverständlich hätte er das gleiche auch bei den gegen Oesterreich und Sachsen bestimmten Regimentern gethan, wenn er sich Anfang und Mitte Juni einem Kriege mit diesen Staaten nahe geglaubt hätte. Wäre es nicht auch viel einfacher und unauffälliger gewesen, die entfernt wohnenden und unzuverlässigen Urlauber, die nach sechs- oder neuntägiger Entlassung [5]) wieder einberufen wurden, sogleich am 15. resp. 19. zurückzubehalten? Die nachherige plötzliche Wiedereinziehung konnte nicht geheim gehalten werden, wogegen das Zurückbehalten einer Anzahl unzuverlässiger Leute kein Aufsehen erregt haben würde. Und wenn Friedrich sich genötigt sieht, am 21., 24. und 28. einen Teil dieser Leute zurückzuberufen, warum entläßt er sie kurz vorher am 15. und am 19.? Ist das nicht ein sicheres Zeichen, daß sich erst allmählich die Ueberzeugung von der Notwendigkeit des Krieges in ihm bildete, daß er auch Mitte Juni nicht zum Krieg und Angriff entschlossen gewesen sein kann?

Doch weiter! Wir kommen zu anderen Maßregeln aus dem Juni, die womöglich noch deutlicher und schlagender als die Entlassung der ausexerzirten Soldaten des Königs Hoffnungen auf Erhaltung des Friedens, sein Vertrauen auf den Frieden enthüllen. Das

1) Daß auch entfernt wohnende wieder mit heimgeschickt waren, beweist die Ordre vom 28. Juni an die Magdeburger. Vgl. unten Kap. III, Abschn. 4.

2) S. später Kap. III, Abschn. 1.

3) Vgl. unten Kap. III, Abschn. 2.

4) Vgl. unten die Regimenter des gegen die Russen marschierenden Reservecorps. Kap. III, Abschn. 3.

5) Vgl. unten die Ordres an die Westphalen vom 21. und 24. Juni, an die Magdeburger vom 28. Juni, Kap. III, Abschn. 4.

sind die Urlaubsbewilligungen an die Offiziere, die Urlaubs- und Badereisen von Offizieren, die Fortsendung von Offizieren auf auswärtige Werbung[1]). Die meisten dieser einer Badekur bedürfenden Offiziere waren in's Land der Gegner, nach Karlsbad, gegangen, die Erholungs- wie die Werbereisen in's Reich oder in's Ausland nahmen bei den damaligen Verkehrsverhältnissen längere Zeit in Anspruch; diese Offiziere konnten nicht entfernt so schnell zurückkehren, wie etwa die beurlaubten Mannschaften zur Fahne einberufen wurden. Erteilte ihnen der König Urlaubs- bezw. Werbepässe, so mußte er bei vielen auf eine Abwesenheit von vier, sechs oder gar acht Wochen sich gefaßt machen. Eben deswegen würde es zur Beantwortung der Frage, ob der König vor dem 17. Juni 1756 mit Krieg oder mit Frieden gerechnet hat, von der größten Bedeutung sein, wenn sich solche Urlaubserteilungen für Offiziere noch in den Wochen vom 1. bis 17. Juni nachweisen lassen. Und was ergiebt die Nachforschung? Nicht bloß einige, sondern die sämtlichen Urlaubsbewilligungen, die sich feststellen lassen, sind durchweg erst in der Zeit vom 1. bis 17. Juni erfolgt, ja sogar zum Teil erst nach dem 17. Juni (dem Tage des „speciosen Vorwands") und selbst noch nach dem thatsächlichen Beginn[2]) der Rüstungen, nach dem 19. Juni.

Dem General Knobloch in Bielefeld sendet der König am 8. Juni 4 Werbe- und 4 Eskortepässe zur auswärtigen Werbung; abreisen

---

1) In jedem Jahr wurden Offiziere auf auswärtige Werbung gesandt (denn die Regimenter sollten ja, mit Einrechnung der Urlauber, stets komplett gehalten werden), die auswärtige Werbung wurde keineswegs reger betrieben vor Beginn eines Krieges, im Gegenteil, sie wurde, wenn ein Krieg in naher Aussicht stand, in Preußen eingestellt (vgl. Pol. Korr. XII, 459).

2) L. läßt in seinem Buche die Rüstungen beginnen mit dem Geburtstag des „speciosen Vorwands", dem 17. Juni. Daß er von diesem Tage aber gar keine Rüstungsmaßregel nennen kann, scheint ihm erst ein Halbjahr später zum Bewußtsein gekommen zu sein; daher zieht er sich in dem Gött. Gel. Anz. 1895, S. 109 bereits zurück auf den 18. Juni. Eigentlich giebt L. schon damit die ganze Theorie vom „speciosen Vorwand" preis; denn für diese ist es erforderlich, daß Friedrich, sobald er den Vorwand endlich am 17. in Händen hat, nun auch sofort offen zu rüsten beginnt. Dies richtig durchschauend, hatte L. in seinem Buche, unbekümmert darum, ob eine Rüstungsmaßregel vom 17. festzustellen war oder nicht, den Rüstungsbeginn auf den 17. verlegt. Für den 18. Juni glaubt L. eine Kriegs- und Angriffsrüstung gegen Sachsen gefunden zu haben. Aber welche! Die verwittwete Pomeiske und die unverehelichte Rahmet (S. 39), die zwei etwas aufdringlichen pommerschen Damen, denen der König, wie vorher schon vielen anderen Bittstellern, ihre Bitte um Getreide abschlägt, weil er schon Anfang Juni alles verteilt hatte. Höchst würdig des „Kriegsgottes" dieser großartige Beginn der Eroberungsrüstung!

konnten die Offiziere hierzu erst nach dem 15. Juni, nach dem Auseinandergehen des Regiments. Dem Kapitän von Lehsten vom westfälischen Regiment Wied wird am 8. Juni ein Urlaub von 3 Wochen gewährt [1]), der angetreten werden kann ebenfalls erst nach dem Auseinandergehen des Regiments am 15. Juni. Dem Lieutenant von Borck vom Regiment Dossow in Wesel wird ein Urlaub auf zwei Monate noch am 16. Juni erteilt [2]). Vom Regiment Forcade in Berlin hören wir, daß die auf auswärtige Werbung kommandierten Offiziere am 17. Juni aus Berlin abgereist sind [3]), am Tage, wo der König mit den Rüstungen beginnen soll. Dem Prinzen Ferdinand von Braunschweig antwortet der König an demselben 17. Juni, daß er das Schreiben an den Markgrafen von Baden zur Verstattung der Werbung in der Grafschaft Sponheim „sehr gerne akkordiret habe." Der Lieutenant von Kalkreuth vom Regiment Amstel in Stettin reiste am 19. Juni nebst drei Unteroffizieren auf Werbung [4]). Am 23. Juni berichtet Amstel, daß der Hauptmann von Puttkamer nebst zwei Subalternoffiziers auf Werbung gehen werde.

Auch in das Land der „Todfeinde", die er im nächsten Augenblick überfallen will, auch nach Oesterreich preußische Offiziere zu beurlauben, trägt der König kein Bedenken. Anfang Juni entläßt Friedrich eine große Zahl seiner Offiziere (wohl an 10 oder gar 20) nach Karlsbad. Z. B. am 2. Juni reisen der Kommandeur der Garde, General von Ingersleben, und der Lieutenant von Lengefeld von Potsdam nach Karlsbad [5]); am 4. dankt der Major von Blanckensee vom Regiment Prinz Preußen für die ihm „zur Reise nach dem Karlsbade" geschenkten 1000 Thlr. Ebenfalls im Anfang des Juni reisen zwei der hervorragendsten preußischen Heerführer, Feldmarschall Keith und Generallieutenant Graf Schmettau, nach Karlsbad [6]). Und am 12. Juni schreibt Friedrich an den Lordmarschall von Schottland, den Bruder des Feldmarschalls Keith: „J'espère donc de vous recevoir vers la mi-juillet, où je crois que le Maréchal sera

---

1) Kabinettsordre an Generalmajor Graf Wied, Stettin, 8. Juni.

2) Kabinettsordre an Feldmarschall von Dossow, Campement bei Pitzbuhl, 16. Juni.

3) Bericht Forcades, Berlin, 25. Juni.

4) Bericht Amstells, 3. Juli, der Lieutenant von Kalkreuth sei vor 14 Tagen auf Werbung gegangen.

5) Tagebuch Scheelens, Archiv des Großen Generalstabs.

6) Vielleicht werden die überfeinen modernen Interpreten sagen: Auch das alles war nichts als Schein und Verstellung des machiavellistischen Königs, die kranken Offiziere waren nur als Spione nach Karlsbad geschickt.

de retour de ses eaux“ [1]). Also bis gegen Mitte Juli denkt der König seinen Feldmarschall in Oesterreich zu lassen. So wenig sieht er die unmittelbare Nähe des Krieges voraus. Wie soll es bei all' diesen Urlaubserteilungen im Juni möglich sein, daß Friedrich ebendamals auf nichts als Krieg, Angriff und Eroberung gesonnen hat?

Geradezu vernichtend aber für die unbewiesenen und unbeweisbaren Behauptungen unseres Gegners ist dasjenige, was Friedrich, nachdem er bereits den „speciosen Vorwand“ gewonnen und die Angriffsrüstungen begonnen haben soll, einige Tage darauf, am 19. und 20. Juni, dem Prinzen Ferdinand und dem Generalmajor von Hülsen gegenüber thut.

General von Hülsen in Halberstadt hatte am 18. Juni „zum Behuf der Werbung“ für sein Regiment 12 Werbe- und 6 Eskortepässe erbeten. Darauf entscheidet Friedrich am 20. Juni aus Potsdam: „Ich habe die verlangten Pässe ganz gerne accordiret und empfanget Ihr solche hierbei mit dem Wunsch, daß das Regiment in seiner Werbung glücklich sein und rechte gute Leute bekommen möge.“ General Hülsens Regiment in Halberstadt mußte mit in erster Linie seine Offiziere zur Stelle haben, wenn es einen Angriff auf Sachsen galt. Und Friedrich entläßt die Offiziere für 6 oder 8 Wochen auf Werbung, während er bereits den vierten Tag zum Angriff auf Sachsen rüsten soll!

Gleichfalls am 18. Juni, nach Abschluß der magdeburgischen Revue, reicht Prinz Ferdinand von Braunschweig, der oberste unter den Generalen der magdeburgischen Regimenter, das Gesuch ein, ihm einen Urlaub zu einer Badereise nach Aachen zu gewähren. Der König beantwortet das Gesuch am 19. Juni von Potsdam aus, d. h. nachdem er soeben bei der Rückkehr nach Potsdam am 19. die neuen höchst bedrohlichen Nachrichten aus Rußland und Oesterreich erhalten hat [2]). Selbstverständlich doch, der König muß das Gesuch des Prinzen ablehnen? Dieser Prinz Ferdinand sollte ja als Führer der ersten Kolonne von Magdeburg und Halle aus in Sachsen eindringen, er konnte bei den Rüstungen und Vorkehrungen zum „Angriff auf Sachsen“ unmöglich fehlen. Und trotzdem, Friedrich antwortet: „J'agrée avec plaisir le voyage que vous méditez de faire à Aix-la-Chapelle. . . et j'espère que Votre Altesse trouvera un temps de six semaines suffisant pour être absent de Son poste.“ Der Führer der Avantgarde wird, während die Rüstungen zum Einbruch in Sachsen schon den dritten Tag in vollem Gange sein

1) Oeuvres de Frédéric le Grand, 20, 266.

2) Vgl. Hist. Zeitschr. 55, 456. Es sind die Nachrichten, die ihn thatsächlich zu den ersten Rüstungen in Ostpreußen und Schlesien veranlaßt haben.

sollen, „mit Vergnügen“ auf 6 Wochen nach Aachen beurlaubt! Das ist schlechterdings widersinnig: alle Windungen und spitzfindigen Deuteleien helfen da nichts mehr. Schon mit dieser einen nicht wegzuleugnenden Handlung des Königs ist die Ansicht, daß die Rüstungen einen Angriff auf Sachsen bezweckten und offensiv waren, völlig zerstört. Und würden wir von den Maßregeln des Königs aus den Tagen der Krisis nur diese eine feststellen können, Lehmanns und Delbrücks Behauptung, daß der siebenjährige Krieg ein Krieg zur Eroberung Sachsens war, wäre bereits allein durch die eine Thatsache widerlegt.

War Prinz Ferdinand aber vielleicht so schwer krank, daß er in jedem Fall in das Bad nach Aachen entlassen werden mußte? Oder glaubte der König den Prinzen in einem etwaigen Kriege gegen Oesterreich entbehren zu können? Auch dieser Ausweg ist unseren Gegnern versperrt. Denn am 22. Juni folgt eine weitere Ordre: eine erste, halbe Wendung, noch nicht ein Widerruf des Urlaubs, aber die Aufforderung zum Verschieben der Reise: „N'allez pas encore aux eaux, les affaires sont trop critiques“ [1]).

Und nicht genug damit! Abermals 4 Tage später eine dritte Ordre, am 26. Juni; nun erst wird die Urlaubsbewilligung zurückgenommen. „Comme depuis peu les circonstances ont bien changé, vous conviendrez vous-même, que présentement le temps n'est point du tout convenable, que Votre Altesse puisse S'absenter de Son poste, et j'espère que vous voudrez bien remettre le voyage d'Aix-la-Chapelle pour une autre fois.“

So allmählich, so tastend und zögernd und unter Widerruf [2]) faßt der König seine Entschließungen. So gänzlich zeigt er sich abhängig von den Impulsen, die von außen an ihn herantreten. So wenig leitet ihn ein bestimmter Gedanke, ein Plan, der seit Jahren ihn beherrschen und der schon längst in ihm Gestalt gewonnen haben soll, auf den bereits alles vorbereitet, und der am 17. Juni, völlig fertig

---

1) Eigenhändiger Zusatz des Königs auf der Kabinettsordre, Potsdam, 22. Juni. Archiv des Großen Generalstabs. Ebenda auch die übrigen Ordres an Prinz Ferdinand.

2) Ebenso wie beim Prinzen Ferdinand geschieht es bei den magdeburgischen Urlaubern und bei den Offizieren des Regiments Hülsen. Am 19. Juni werden die ersteren entlassen, am 28. Juni zum Teil zurückgerufen (s. unten), am 20. wird den letzteren die Werbung gestattet, am 27. die Erlaubnis rückgängig gemacht. (Vgl. Pol. Korr. XII, 459, Anm. 2. Hülsen gehörte zu den Regimentern, denen die dort erwähnte Ordre vom 27. zuging.)

und feststehend, auch nach außen hin hervortreten soll — nachdem das gewonnen, was allein noch gefehlt hatte: der Vorwand.

Soll der endlich am 17. Juni gekommene große Moment, der seit Jahren herbeigesehnte und vorausgesehene Moment, den „Kriegsgott" so klein, so zaghaft gefunden haben, daß er zaudernd, widerstrebend, sich selbst widersprechend erst 9 Tage (vom 17. bis 26. Juni) dazu braucht, um klar zu werden über das, was er eigentlich vor hat, und um einen an sich so geringfügigen Entschluß wie den über den Urlaub des Prinzen Ferdinand zu fassen? Nein, diese Handlungsweise des Königs — wie wir sie hier an einem besonders markanten Beispiel vor uns haben und wie wir sie ähnlich immer wieder konstatieren können — beweist unwiderleglich, daß Friedrich sich nicht frei, aus eigenem Antrieb, von langer Hand her entschlossen hat, daß die bedrohlichen Nachrichten ihm nicht zum „speciosen Vorwand" gedient haben, um längst feststehende Pläne auszuführen; sie beweist klar und deutlich, daß vielmehr die sich mehrenden bedrohlichen Meldungen den König wirklich bestimmt und geleitet haben, daß er nur unter ihrem Einfluß sich ganz allmählich entschieden hat, daß er nicht auf Eroberung Sachsens ausging, sondern auf Sicherstellung gegen die Gefahr, die sich auf Grund der Meldungen thatsächlich ihm eröffnete, d. h. auf Sicherstellung vor allem gegen den Einbruch der Russen. Da die Magdeburger Regimenter, zunächst wenigstens, bei der Verteidigung der preußischen Grenzen gegen die Russen nicht mit heranzuziehen waren, so konnten ihre Urlauber, auch als die Rüstungen schon begannen, entlassen werden, die Offiziere des Regiments Hülsen konnten auf Werbung geschickt, dem Prinzen Ferdinand, dessen Dienste ebenfalls gegen Oesterreich, aber zunächst nicht gegen Rußland in Anspruch genommen wurden, konnte anfangs der Urlaub bewilligt werden. All' das brauchte erst ganz allmählich rückgängig gemacht zu werden, als die Nähe des Krieges und die Wahrscheinlichkeit der Ausdehnung des Kampfes, die Möglichkeit auch eines baldigen Angriffs der Oesterreicher immer sichtbarer und bestimmter dem Könige entgegentrat. —

Was uns von preußischen Regimentsakten noch vorliegt ist, ist dürftig und fragmentarisch. Wären alle Berichte und des Königs Antworten erhalten, die Zahl solcher gegen L. sprechender Zeugnisse würden sich fraglos verzehnfachen. Es sind z. B. sicherlich noch weit mehr Offiziere im Juni auf Urlaub und Werbungen[1]) fortgegangen. Erst Anfang

1) Das Beispiel Hülsens wird nicht allein gestanden haben, vielmehr haben vermutlich sämtliche magdeburgisch-halberstädtische und altmärkische Regimenter,

oder Mitte Juni war dies möglich[1]), da während der Exercitien und Revuen die Offiziere anwesend sein mußten. Die Urlaubsbewilligung erfolgte, wie es ganz erklärlich ist, bei der die Exercitien abschließenden Revue. Das beweist u. a. die Ordre an den Prinzen Ferdinand von Braunschweig vom 2. Juni: „Wenn der Hauptmann von Bonin den Urlaub so sehr nötig hat . . . so muß er sich deshalb bei der Revue melden, als welches die rechte Zeit ist, davon zu sprechen," oder die Ordre an Generallieutenant von Münchow vom 20. Juni: „Ihr hättet mir von der Bade-Kur des Lieutenants von Münchow bei der Revue des Regiments sagen sollen; nunmehr, da diese vorbei ist[2]), kann ich darauf nichts resolviren." Ich erwähne eben dies, weil damit wieder einer der Beweise L.'s für seine Darstellung der preußischen Rüstungen im Juni sich als nichtig herausstellt. Denn L. benutzt die eben erwähnte Antwort an Münchow als Beleg für die preußischen Kriegsrüstungen (S. 42, mit Anm. 2). Aber den wirklichen Grund, weshalb das Gesuch Münchows abgelehnt wurde, einen Grund, der mit den Rüstungen nicht das mindeste zu thun hatte, nennt L. nicht[3]).

Wie zögernd und widerstrebend sich der König zu den Rüstungen entschließt, das wird uns später auch die Rückberufung der anderen eben entlassenen Offiziere zeigen. Sie erfolgt ganz allmählich: ein Teil wird am 23. Juni zurückberufen, dann einige am 24., der Rest am 27. Bedurfte es etwa auch zu dieser Maßregel erst eines „speciosen Vorwands" ?

---

deren Revue erst am 18. Juni beendet war, die Werbepässe erst am 19. oder 20. Juni vom König erhalten. Die Widerrufsordre vom 23. Juni ergeht an alle diese Regimenter (XII, 457), der König ist unsicher, ob sie schon die Werbeoffiziere abgesandt haben. („Daferne Euer Regiment noch nicht auf auswärtige Werbung geschicket hat"), also werden die Pässe erst vor kurzer Zeit bewilligt worden sein.

1) Dadurch wird die im ersten Moment auffallende Thatsache erklärt, daß, soweit ich es verfolgen kann, kein Urlaub im Mai erteilt worden ist. Wäre L.'s Ansicht zutreffend, so müßte man also aus dem Sommer 1756 überhaupt keine Urlaubsbewilligung erwarten, da ja im Anfang Juni (wo solche möglich waren) Friedrich auf Krieg und Angriff sinnen soll.

2) Sie hatte Ende Mai stattgefunden.

3) Daß der König Vorwände auch seinen Generalen gegenüber nötig hatte, wird niemand glauben. Er konnte das Gesuch ablehnen, ohne einen Grund anzugeben. Zudem, nach dem 17. Juni hätte er ja einen „Vorwand" auch nicht mehr nötig gehabt. L. zieht aus der Ordre an Münchow den allgemeinen Schluß, daß nach Beginn der Rüstungen, nach dem 17. Juni „kein neuer Urlaub bewilligt wurde". Die Schreiben an Hülsen und Prinz Ferdinand beachtet er nicht.

Dann hätte doch der König die Offiziere überhaupt nicht erst fortschicken sollen in eben den Wochen, in denen er auf den „spezioſen Vorwand" wartete. —

Neben den Bestimmungen für Exercitien und Mannöver, neben der Entlassung der Mannschaften und der Beurlaubung der Offiziere erinnere ich an des Königs Anordnungen über die Festungsbauten[1]). Auch sie zeigen, daß Friedrich für dieses und das nächste Jahr bestimmt auf Erhaltung des Friedens rechnete und demgemäß seine Maßregeln traf.

Ferner sei hingewiesen auf die schon kurz erwähnte Vermehrung[2]) der Garnisonbataillone, die zum Teil mit der Erweiterung der schlesischen Festungsbauten in Zusammenhang steht. Friedrich plante die Verstärkung der Garnisonregimenter Mützschefahl, Nettelhorst, Lange, Lattorff, Blanckensee um je 2 Bataillone. Schon im Jahre 1755 war er dazu entschlossen[3]) Aber sehr bezeichnend ist es, daß die geplante Augmentation ganz allmählich vor sich gehen und auf 3 Jahre verteilt werden sollte: im Etatsjahr 1755/56 sollten die 2 Bataillone Mützschefahl, im Etatsjahr 56/57 die Bataillone Nettelhorst und Lange und erst im Etatsjahr 57/58 die der Regimenter Lattorff und Blanckensee errichtet werden. Der König schließt sich, wie bei dem Bau der Festungen, so auch bei der Errichtung der Garnisonbataillone, ganz an die Etats und an die in jedem Jahre zu dem betreffenden Zweck flüssig werdenden Geldsummen an. Wie ein sparsamer Hauswirt verteilt und regelt er nach seinen Jahreseinnahmen die notwendigen Verbesserungen im preußischen Heerwesen. Ist dies das Verfahren eines auf Krieg, Offensive und Eroberung sinnenden Fürsten?

Vom 1. Juni (Trinitatis) 1756 an sind die für die Bataillone Nettelhorst und Lange bestimmten Gelder flüssig. Aber die 4 Bataillone werden auch am 1. Juni noch nicht errichtet. Friedrich bestimmt vielmehr, daß die Gelder der ersten Wochen für Anschaffung der Mundierungen zu verwenden sind[4]), die Errichtung der 4 Bataillone aber erst zum 15. August geschehen soll. Dagegen nach Eintreffen der bedrohlichen Nachrichten ändert sich auch auf diesem Gebiete des Königs Haltung.

---

1) Vgl. S. 134—139.

2) Vgl. S. 120.

3) Kabinettsordre an Minister von Schlabrendorff, Potsdam, 4. Nov. 1755; Immediateingabe des Kapitäns von Plotho, Ottmachau, 4. Nov., und königliche Resolution darauf; Bericht Buddenbrocks, Potsdam, 6. Nov. 1755.

4) Kabinettsordre an das Generaldirektorium, Potsdam, 12. Juni; an Minister Boden, 14. Juni: an Generallieutenant von Massow, 14. Juni; vgl. auch Bericht Massows 12. Juni, Schlabrendorffs 6. und 22. Juni.

Jetzt ergehen Befehle, die Errichtung der Garnisonbataillone zu beschleunigen, und zwar wieder allmählich sich steigernde Befehle. Am 19. Juni eine erste Ordre, die schlesischen Bataillone frühzeitiger zu errichten; am 24. eine zweite, sie sollen noch etwas schneller; am 27. eine dritte Ordre, sie sollen noch schleuniger errichtet werden. Es ist offenbar: Jetzt erst, nach dem 19., sieht Friedrich den Krieg herannahen; und erst allmählich wächst die Ueberzeugung, daß ein baldiger Angriff auch von den Oesterreichern droht[1]).

Wie bei der Urlaubs-Bewilligung resp. Zurücknahme, bei den Festungsbauten und der Pallisadenherstellung, so würden auch bei der Errichtung der Garnisonbataillone zwischen des Königs früheren Befehlen und den Befehlen im letzten Drittel des Juni unerklärliche Widersprüche hervortreten, wenn Friedrich wirklich vor dem 17. Juni schon im Prinzip ebenso zum Kriege entschlossen gewesen wäre wie nachher; wenn die Nachrichten vom 17. oder 19. nur als „spezioser Vorwand" gedient, aber nicht die wahre Ursache der Rüstungen gebildet hätten.

Ich komme zu einer weiteren militärischen Anordnung aus der Zeit vor den Rüstungen, zu der Verstärkung der schlesischen Garnisonartillerie[2]). L. bietet darüber nur die kurze Notiz: „Die Verstärkung der Garnisonartillerie fällt nicht in's Gewicht." (S. 6 Anm. 4.) Sonderbare Bemerkung in dem Munde eines Autors, der bemüht ist, die geringsten Vorkehrungen in Preußen als große Kriegsrüstungen auszugeben. Warum der näheren Besprechung dieser Maßregel so auffallend aus dem Wege gehen? Sehen wir näher zu. Sie erweist sich als eine, die die Friedensabsichten des Königs deutlich vor Augen führt. In Cosel und in Schweidnitz sollen die Artilleriekompanien auf den Fuß der Magdeburger erhöht werden: das bedeutete für die Kompanie eine Vermehrung um 1 Major, 1 Stabskapitän, 1 Feuerwerker, 3 Korporale, 12 Bombardiers und 23 Kanoniere[3]). Fällt das wirklich so gar nicht in's Gewicht? Diese Vermehrung der schlesischen Garnisonartillerie wird vom König bereits im November 1755 in's Auge gefaßt[4]), und doch führt er sie noch nicht aus, sondern

1) Vgl. unten in Kap. III die Ordre an Quadt vom 24. Juni.

2) Auch diese Verstärkung stand sicherlich zu dem weiteren Ausbau der schlesischen Festungen in Beziehung.

3) So für Cosel. In Schweidnitz wurde die Kompanie sogar um 58 Mann vermehrt.

4) An den schlesischen Minister von Schlabrendorff 4. November 1755.

erklärt sogar noch am 26. Mai 1756[1]), daß „die wirkliche Errichtung dieser Augmentation allererst gegen den 1. September dieses Jahres geschehen wird". Am 26. Mai 56 die notwendige Verstärkung der Artillerie in den Oesterreich benachbarten Festungen auf den 1. September vertagt! In der That, das entspricht recht wenig den Ansichten unseres Gegners[2]).

Bei der Herstellung der Kanonen hören wir, daß am 3. Juni an Oberstlieutenant Dieskau ein Befehl ergeht, „etliche 30 schlecht gegossene Kanonen umzugießen", allein der König hat wiederum, wie bei all' seinen Maßregeln, sehr viel Zeit. Er befiehlt, daß sie „nicht alle auf einmal, sondern nach und nach" umgegossen werden, „dergestalt, daß im kommenden Winter alles umgegossen und wiederum im fertigen Stande" ist.

Und zum Schluß noch ein Beispiel aus einem anderen Gebiet der Militärverwaltung. Wie stand es mit den Pferden bei der preußischen Reiterei? Am 12. Juni ergeht an den König die Anzeige, daß bei den Zietenhusaren dem einen Bataillon[3]) „zum kompletten Stande viele Pferde fehlen", sodaß es fraglich sei, ob dieses Bataillon bei seinem schlechten Zustande „das Campement (bei Spandau) mitmachen" könne. General Massow frägt an, ob das Bataillon am Campement teilnehmen solle; wenn dies der Fall, so sei es zum Ankauf der Pferde „die höchste Zeit"[4]). Und wenn binnen kurzem der Angriffskrieg beginnen konnte (5 Tage vor Beginn der „Angriffsrüstung"), dann war es für die Zietenhusaren, die, von allen Husaren allein der sächsischen Grenze naheliegend, den Vormarsch eröffnen mußten und eröffnet haben, doch noch weit mehr „die höchste Zeit", die vielen fehlenden Pferde anzukaufen und dem „schlechten Zustand" abzuhelfen. Trotzdem antwortet der König am 14. Juni (3 Tage vor dem angeblichen Beginn der Rüstungen) ablehnend. Die Pferde werden nicht beschafft.

Die Folge von all' diesen Unterlassungen[5]) war: als wenige Tage

---

1) An Schlabrendorff 26. Mai 1756. An Dieskau, Lattorff, Kalsow heißt es am 25. Mai, die Vermehrung solle geschehen „ohngefähr medio Augusti".

2) L. verweist S. 6 auf zwei Stellen bei Schöning a. a. O. II, 462 fg. und II, 489 fg. Weder an der einen noch an der anderen Stelle wird der Leser diese königlichen Befehle finden.

3) D. h. der Hälfte des Regiments.

4) Bericht Massows 12. Juni.

5) Sie waren verursacht in erster Linie durch des Königs weitgehendes Vertrauen auf Frieden, an dem die Engländer, die Lage der Dinge in Petersburg dem Könige verheimlichend (vgl. z. B. Hist. Zeitschr. 55, 449 Anm. 2), nicht ohne Schuld waren.

darauf die Kriegsrüstungen notwendig wurden, da waren die Festungsbauten in Schlesien nicht vollendet, die Palliſaden in den Grenzfestungen nicht vorhanden, weder die Garnisonbataillone gebildet, noch die Garnisonartillerie verstärkt, weder die Feldarmee vermehrt, noch der Schatz hinreichend gefüllt, die Offiziere zum Teil in der Ferne, die meisten Regimenter ohne Urlauber, die neuen Ueberkompletten nicht ausgerüstet und nicht beritten, an Pferden und an Munition erheblichen Mangel [1]).

Ist es unter solchen Verhältnissen, bei diesen wirklichen Zuständen im preußischen Heerwesen nicht ganz erklärlich, daß Friedrich — nachdem er so lange Zeit ruhig zugesehen und trotz mancher bedrohlichen Kunde von Rüstungen Abstand genommen hatte, — danach, als in den Tagen vom 19. bis 28. Juni das Kriegsunwetter drohend heraufzieht, sich zu einer Reihe von Sicherheitsmaßregeln entschließt? —

Bevor ich im folgenden Kapitel zu diesen preußischen Rüstungen im letzten Drittel des Juni komme, sei es auch hier gestattet, nachträglich, neben den Handlungen des Königs, zu erinnern an seine Aussprüche in diesen Monaten vom März bis Mitte Juni. Stimmen sie überein mit dem Ergebnis, das wir soeben bei der Betrachtung der Handlungen des Königs gewonnen haben? „Le meilleur de tous les partis serait celui de la paix" schreibt Friedrich am 7. Juni [2]). „So lange Rußland sich zu England neigt, kann der Friede in Deutschland von keiner Macht gestört werden." [3]) „Nichts wird in diesem Jahre sich in Deutschland ereignen, ich kann dafür bürgen mit meinem Kopf", aber, fügt er, den englischen Gesandten befragend, hinzu, „aber seid Ihr auch der Russen sicher?" [4]) „Bis jetzt habe ich alle Mühe zu glauben," äußert Friedrich noch am 12. Juni, „daß die Kaiserin (Maria Theresia) in diesem Jahr ihr Vorgehen beginnen wird; denn so große Lust sie auch dazu haben könnte, sie wird doch abwarten müssen, bis einer ihrer Bundesgenossen das Spiel eröffnet." [5]) Das Verhalten

---

1) Nachträglich mußte alles in großer Hast ausgeführt werden. Die in Neiße allzuschnell aufgestellten (nicht vorher in Wasser gehärteten) Palliſaden verfaulten alsbald (Tagebuch Scheelens im Archiv des Großen Generalstabs). Beim Pferdeankauf kamen die Oesterreicher den Preußen zuvor (vgl. unten Kap. III, Abschn. 5).

2) Vgl. Pol. Korr. XII, 389.

3 Vgl. Pol. Korr. XII, 356 (24. Mai).

4) Vgl. Pol. Korr. XII, 327 (11. Mai).

5) Vgl. Pol. Korr. XII, 401 (12. Juni).

Rußlands bildet gleichsam das politische Wetterglas, nach welchem Friedrich die Aussicht auf Frieden oder Krieg berechnet. Einen zweiten Maßstab bietet ihm die Haltung der ungarischen Kavallerie[1]). „Car tandis que celle-ci ne branle pas, il n'y aura point à appréhender", erklärt er schon im März des Jahres[2]), ganz ebenso wie er auch im Juni und Juli die Absichten der Oesterreicher in erster Linie nach den Bewegungen der ungarischen Kavallerie beurteilt. Obgleich manche beunruhigende Nachricht bereits in der ersten Hälfte des Jahres vor Mitte Juni nach Potsdam gelangt, der König hält doch noch immer an den Friedenshoffnungen fest, er bleibt bei dem Glauben, daß der englische Einfluß wohl in Petersburg noch alles in Ordnung bringen werde[3]), und daß die militärischen Zustände Oesterreichs es diesem nicht erlauben, ohne Bundesgenossen, d. h. ohne Rußland, den Krieg zu eröffnen. Den Meldungen über österreichische Rüstungsabsichten setzt er im März noch Zweifel entgegen[4]), für die russischen Truppenbewegungen sucht er nach Erklärungen, die die Gefahr für Preußen abschwächen[5]), und statt auf Grund der bedrohlichen Nachrichten zu Rüstungen, wenigstens zu geheimen Sicherheitsmaßregeln überzugehen, begnügt er sich mit dringenden Ermahnungen an England[6]), selbst noch dann, als am 7. und 8. Juni der Abfall Rußlands von der englischen zu der österreichisch-französischen Partei ihm fast zur Gewißheit geworden ist. Aus dem Zustandekommen des Versailler Vertrags glaubt er noch am 15. Juni den Schluß ziehen zu dürfen „que la paix en Allemagne se conservera dans le cours de l'année présente et que ni la France ni l'Autriche ne remueront[7])". So friedfertig äußert sich Friedrich noch wenige Tage vor Beginn der Rüstungen, so wenig durchschaut er die kriegerischen und offensiven Absichten, die schon bei Abschluß des Versailler Vertrages den Wiener Hof geleitet haben[8]).

Die Worte und Handlungen des Königs stimmen vollständig überein, sie decken sich in jeder Hinsicht. Hier wie dort zeigt sich Friedrich

---

1) Wie treffend Friedrich in dieser Hinsicht urteilte, darüber vgl. Teil I, 251—256 (47—52).

2) Vgl. Pol. Korr. XII, 216; tandis que braucht Friedrich regelmäßig im Sinne von „so lange als".

3) Z. B. noch am 12. Juni, XII, 401.

4) Z. B. XII, 165.

5) Z. B. XII, 361.

6) Vgl. XII, 172, 173, 263, 337, 356, 386—389, 390—392, 399.

7) Pol. Korr. XII, 416 (15. Juni).

8) Vgl. Teil I, 270—276 (66—72).

durchaus friedlich gesinnt. Und alle diese dem Handeln des Königs entsprechenden Aeußerungen hat man kurzer Hand für nichts als Verstellung, Blendwerk und Heuchelei ausgeben wollen!

Noch will ich — es ist hier die geeignetste Stelle — mit einigen Worten der politischen Lage gedenken.

L. und D. haben die Angriffs- und Eroberungsabsichten des Königs unter anderem auch dadurch wahrscheinlich machen wollen, daß sie behaupten, die politische Situation sei 1756 zur Verwirklichung der Eroberungsgedanken ungemein günstig gewesen[1]). Insbesondere D. hat sich, nachdem er die L.'schen Beweise, einen nach dem anderen versinken sah, nun zuletzt an diesen Strohhalm geklammert, um seinen „dämonischen" Friedrich doch noch über Wasser zu halten[2]).

Der König hatte im politischen Testament die Möglichkeit und Rätlichkeit einer Eroberung Sachsens mit zahlreichen Kautelen umgeben[3]). Das war für L. wie für D. sehr störend: beide erklären daher, im Jahre 1756 fallen diese Kautelen fort. Warum? L. meint, weil sie nur für den Nachfolger gelten. Selbst D. muß jetzt, obschon mit Widerstreben, das unzutreffende dieser Begründung L.'s zugestehen[4]) Aber er weiß sich zu helfen: für das, was doch nun einmal „selbstverständlich" richtig sein muß, hat er schnell einen anderen Grund bei der Hand, (einen Grund, den selbst L. nicht auszusprechen wagte, denn er arbeitete mit mehr ruhiger Ueberlegung und mit mehr Kenntnis der Thatsachen als Delbrück). D. entdeckt: Die Kautelen von 1752 fallen fort, denn die politische Lage war 1756 nicht blos ebenso günstig wie die im politischen Testament für einen Eroberungskrieg geforderte, sondern sogar „noch viel, sehr viel günstiger[5])."

Man halte nur einmal beides nebeneinander:

Im Jahre 1752 fordert Friedrich als Vorbedingung für eine Eroberung Sachsens 1. daß Oesterreich im Kriege mit Frankreich ist, 2. daß es im Kriege mit Sardinien, 3. daß Rußland in einen Kampf mit den Türken verwickelt ist, 4. daß Bestushew in Rußland gestürzt, 5. daß dessen Nachfolger für Preußen gewonnen, 6. daß in Constantinopel ein Soliman herrscht, 7. daß Englands Kraft durch eine Vor-

1) Vgl. L. S. 74, D. Preuß. Jahrb. Bd. 79, S. 272. Ueber das von L. betonte Nicht-Räumen der Provinz Ostpreußen s. unten Kap. III, Absch. 2.

2) Im zweiten Aufsatz, Preuß. Jahrb. 84, S. 39.

3) Vgl. Teil I, 218—220 (14—16).

4) Pr. Jahrb. 84, S. 38, 39.

5) Vgl. a. a. O. S. 39.

mundschaftsregierung lahmgelegt ist, 8. daß in Frankreich ein ehrgeiziger und allmächtiger Premierminister an der Spitze steht.

Was ist von allen diesen Bedingungen im Juni 1756, als Friedrich seine Rüstungen beginnt, erfüllt? Nichts, auch nicht das geringste! Wie steht es vielmehr? Frankreich ist für Preußen verloren, es hat mit Oesterreich einen Defensivbund geschlossen, Frankreich verhandelt sogar schon mit Rußland; Rußland hält an seiner Allianz mit Oesterreich fest, seine Heere sind bereits gegen die preußischen Grenzen im Anmarsch, ein doppelter Angriff der Russen und Oesterreicher gegen Preußen steht in Aussicht. Preußen seinerseits hat für eine Offensive keinen einzigen Bundesgenossen; mit England ist nur eine Neutralitätskonvention abgeschlossen [1]); dagegen befinden sich bei einem Angriff Preußens gegen Oesterreich sowohl Rußland wie Frankreich (die mit dem Wiener Hof defensiv verbunden sind) zweifellos auf Oesterreichs Seite gegen Preußen.

Und diese für eine Offensive und einen großen Eroberungskrieg denkbar übelste Situation, die will man in Vergleich stellen mit der fast kaum erreichbaren glücklichen Constellation, wie sie in den „politischen Träumereien" des Testaments gefordert wird! Ja, mehr noch, diese Situation von 1756, die nennt D. „noch viel, sehr viel günstiger" als die von 1752!

Man mag aus diesem einen Beispiel entnehmen, welche kühnen Behauptungen D. vorbringt, ohne auch nur die mindeste Rücksicht zu nehmen auf die wirklichen Thatsachen.

Und was D. nachweisen mußte, ist doch natürlich, daß König Friedrich die Situation von 1756 für „viel, viel günstiger" als die des Testaments ansah. Dafür fehlt selbstverständlich jedweder Beleg. Ob sie Hans Delbrück 140 Jahre später für so viel günstiger ansieht, das wird uns, wenn wir König Friedrichs Motive erforschen wollen, ziemlich gleichgültig sein können. —

In einer relativ günstigen Lage glaubte sich der König zu befinden während der ersten Monate des Jahres 1756. Durch die am 16. Januar mit England abgeschlossene Westminsterkonvention meinte er den russischen Angriff gegen Preußen vereitelt zu haben; England schien ihm wohlgesinnt, Frankreich nicht verfeindet. Damals, von Januar bis etwa Mitte Mai oder auch bis Mitte Juni gestalteten sich die Verhältnisse für Preußen derart, daß Friedrich — wie seine Handlungen und seine Worte zeigen — auf Erhaltung des Friedens

1) Wie wenig von England damals für Preußen zu erwarten war, zeigt Koser, Histor. Zeitschr. 77, 28.

rechnen durfte. Für Friedenshoffnungen waren diese Monate günstig (günstiger als das Jahr 1755), aber damit ist selbstredend nicht gesagt, daß sie günstig waren auch für einen Angriffskrieg. Daß bei einem preußischen Angriff auf Oesterreich und Sachsen die russische Regierung sich ihrer Defensivverpflichtungen gegen Oesterreich entziehen werde, hat Friedrich nicht angenommen. Aber selbst wenn der König (es ist gänzlich ausgeschlossen, aber setzen wir einmal den Fall) — wenn er die Lage als geeignet für eine preußische Offensive ansah, warum hat er dann nicht im März, April, Mai angegriffen? Warum soll er genau bis zu dem Zeitpunkt warten, wo die Lage am 19. Juni sich durch den Anmarsch der Russen so überaus verschlechterte? Oder warum traf er in der guten Zeit nicht wenigstens irgend welche Vorkehrungen zum Angriff, wenigstens solche, zu denen es eines „Vorwands" nicht bedurfte? Schon durch die Thatsache, daß alle Handlungen Friedrichs in diesen Monaten unvereinbar sind mit dem Plane eines Angriffskrieges, wird D.'s Vermutung, der König habe die Lage als günstig für eine Offensive angesehen, gänzlich hinfällig.

Daß Friedrich, wenn er einen großen Krieg herbeisehnt und als notwendig erkennt, die günstige politische ebenso wie die günstige militärische Gelegenheit ungenutzt verstreichen lassen soll, nur weil er angeblich noch keinen „Vorwand" besitzt, wird niemand glauben wollen. Gab es nicht — wir berührten dies schon [1]) — bei den gespannten Beziehungen zwischen Preußen und Oesterreich zahlreiche Differenzen, die sich als „spezioser Vorwand" ausnutzen ließen [2])? Sind Kaunitz oder die österreichischen Diplomaten je um einen Vorwand verlegen gewesen [3])? Konnte ein nach Macchiavells Grundsätzen handelnder Fürst denn nicht alles mögliche zum Vorwand umgestalten? Und wenn es um jeden Preis nur russische und österreichische Kriegsvorkehrungen gewesen sein sollen, die Friedrich zum „spezioſen Vorwand" verwenden konnte, waren denn nicht auch über russische Truppenbewegungen und österreichische mili-

1) Vgl. S. 162. Für den „spezioſen Vorwand" vgl. auch unten S. 183. 184 Anm. 1. 190. 191.

2) Um nur eines zu nennen: Die Intriguen, die der Uebertritt des Erbprinzen von Hessen-Kassel zur römischen Kirche und der Erlaß der hessischen Religionsverschreibungen zur Folge hatte; hier waren alle protestantischen Mächte, vor allem England, durch Uebernahme der Garantie der hessischen Religionsakte, mit verpflichtet, den Uebergriffen der Oesterreicher entgegen zu treten, bei dieser Sache hätte, wenn überhaupt irgendwo, vielleicht auch die Möglichkeit vorgelegen, daß Rußland sich aus dem Spiele zurückhielt.

3) Vgl. Teil I, 274 Anm. 1 (70 Anm. 1).

tärische Maßregeln schon genug Nachrichten[1]) eingelaufen, die sich, gehörig aufgebauscht, zum Vorwande nehmen ließen? Wenn aber all' dies noch nicht ausreichte, konnte der dämonische Friedrich, der Depeschenfälscher, nicht sein Fälschungsmanöver statt im Juli schon im April oder Mai ausführen und schon damals eine große österreichische Kriegsrüstung „fingieren"? Was „den Friedrichen der Weltgeschichte"[2]) im Juli 1756 recht ist, ist ihnen auch im April 1756 billig. Der König soll es im Juli thun, zu der ungeeignetsten Zeit, als die österreichischen Rüstungen weit vorgeschritten waren, nachdem die Feindseligkeit der Russen sich schon im Juni kund gethan hatte, nachdem Frankreich bereits verloren war. Warum denn nicht drauf los gefälscht und fingiert im April, als Oesterreich gänzlich ungerüstet, als Rußland und Frankreich ganz ungefährlich schienen? Das alles hat Delbrück völlig übersehen. Und nicht minder groß ist der Widerspruch, in den Lehmann hier mit sich selbst geraten ist. Friedrich, so meint er (S. 73) begann die Angriffsrüstungen erst mit dem 17. Juni, weil er erst damals derartige Nachrichten erhielt, wie er sie zum „speziosen Vorwand" gebrauchen konnte. Und wenige Seiten später (S. 78) entdeckt L., daß die „älteren Berichte," auch in den ersten Monaten 1756, oft „ebenso schlimm" gelautet hätten wie jene Nachrichten vom 17. Juni. Nun, warum hat dann der König, der den Angriff herbeisehnt, nicht schon diese „ebenso schlimmen" früheren Berichte zum „speziosen Vorwand" benutzt? Warum versäumt er alle günstigen Situationen, wenn er zum Vorwande geeignete Nachrichten schon früher besaß? Diesen Widerspruch zwischen seinen eigenen Worten hat L. nicht gelöst und kann ihn nicht lösen; schon damit bricht seine gekünstelte Theorie vom „speziosen Vorwand" zusammen.

War denn im zweiten Teil des Juni etwas hinzugekommen, was den Angriff jetzt vorteilhafter erscheinen ließ als im März, April, Mai? Gerade umgekehrt! Jetzt im zweiten Teil des Juni hatte Friedrich die vorher einberufenen Mannschaften und Offiziere wieder entlassen, jetzt glaubte er die Oesterreicher und Russen weit besser gerüstet als zwei Monate zuvor, und jetzt im Juni waren all' die guten Aussichten die seine Lage im Frühjahr noch verklärt hatten, geschwunden, statt dessen hatten sich dunkle Wetterwolken zusammengezogen. Rußland schien für England und für Preußen verloren[3]); Frankreich war mit Oesterreich bereits im

1) Sie sind fast sämtlich noch ungedruckt; vgl. einzelnes Bd. XII, 166, 215, 278, 361, 404.

2) Preuß. Jahrb. 79, S. 278.

3) Vgl. Hist. Zeitschr. 55, 451 ff. und 454—458 und dazu die Aktenstücke in Band XII der Pol. Korr.

Bunde und knüpfte auch mit russischen Diplomaten bereits Verhandlungen an[1]); die Gefahr einer Allianz der drei Mächte zeigte sich in der Ferne, und vor allem die Gefahr eines Angriffs der Russen auf Ostpreußen schien (seit dem 19. Juni) unmittelbar vor der Thür zu stehen[2]).

Und just in diesem Augenblick, erst in dem Moment, am 19. Juni, wo die politischen und militärischen Verhältnisse so übel sich gestalteten wie nie zuvor, gerade da soll sich der König freiwillig zum Angriff und zu einem grandiosen Eroberungskrieg entschließen? Das ist einfach undenkbar. Friedrich hätte jetzt als Politiker und Feldherr ebenso unverantwortlich, ebenso verblendet gehandelt, wie er es in den vorangehenden Monaten gethan haben würde, wenn er, zum Offensivkriege entschlossen, die notwendigen Vorbereitungen so total vernachlässigt hätte, wie er sie nach dem oben ausgeführten thatsächlich vernachlässigt hat.

Hatte der König nicht soeben, als am 7. Juni in Stettin die Unglücksmeldungen einliefen, energisch darauf gedrungen, daß England und Preußen sich fest zusammenschließen und alle Maßregeln treffen sollten, um durch Heranziehung von Bundesgenossen, durch Gewinn der Pforte und Hollands, der kleinen deutschen Staaten, wie Köln, Hessen, Braunschweig, Ansbach, Gotha, sowie durch Vermehrung ihrer eigenen Truppenmacht sich zum Widerstand gegen die sich bildende Tripelallianz kräftig zu machen[3])? Und von all' diesen Plänen war 10 Tage später, als Friedrich die Angriffsrüstung beginnen soll, nicht ein einziger verwirklicht. Also auch das, wenn wir so sagen wollen, politische Programm aus dem Juni 1756 war in keinem Punkt ausgeführt, als er aus eigenem Antrieb den großen Eroberungskrieg eröffnen soll, ebenso wie keine der Vorbedingungen erfüllt war, an die Friedrich im politischen Testament einen Angriffskrieg geknüpft hatte[4]). —

1) Vgl. Pol. Korr. XII, 386 ff.

2) Vgl. Hist. Zeitschr. 55, 455 ff.

3) Vgl. Hist. Zeitschr. 55, 452, 453.

4) Wie schildert doch L. das Verhalten der österreichischen Staatsmänner? Bei ihnen wird die Offensive für unsicher erklärt, so lange nicht auch die letzte der Vorbedingungen erfüllt ist; und nachdem thatsächlich alle erfüllt sind, da findet L. neue angebliche Bedingungen heraus, die mit der Offensive nichts zu thun haben, und steift sich darauf, daß diese nicht erfüllt seien; dagegen die hunderte von Zeugnissen für die österreichischen Angriffsabsichten bleiben unbeachtet. Umgekehrt bei Preußen: Nicht ein einziges, noch so winziges Zeugnis giebt es für preußische Angriffsabsichten; von den politischen und militärischen Vorbedingungen ist nicht eine einzige erfüllt, und trotz alledem steht unserem Autor die Offensive und die Eroberungsabsicht des preußischen Königs felsenfest; sie ist ihm unendlich viel sicherer als die österreichische Offensive.

Ueberblickt man die ganze Zeit des Jahres 1756 von Januar bis Ende August, so ergiebt sich die durchgehende Regel, daß in den Monaten und Wochen, in denen sich die politische Lage verhältnißmäßig glücklicher zu gestalten scheint, der König stets zum Frieden neigt — dagegen gerade zu den Zeiten, wo sich die Lage verschlechtert, entschließt sich Friedrich zu Rüstungen oder zum Kriege.

I) Seit Anfang des Jahres bis Anfang resp. Mitte Juni sind die Aussichten günstig, wiewohl allmählich abnehmend. — Friedrich ist in dieser Zeit durchaus friedlich gesinnt. II) Seit dem 19. Juni wird der Heranmarsch der Russen und werden zugleich Rüstungen der Oesterreicher nach Potsdam gemeldet — Friedrich beginnt seinerseits zu rüsten, d. h. Sicherheitsmaßregeln zu treffen; er sieht den Krieg als unvermeidlich an[1]). III) Vom 29. Juni bis zum 14. Juli eine rückläufige Bewegung; die Situation beherrscht durch die Meldungen vom Zurückmarsch der Russen. — Der König macht seine Rüstungen zum Teil rückgängig, er erklärt, daß der Friede in diesem Jahre vielleicht erhalten bleiben werde. IV) Trotzdem die Russen zurückgehen, wird von den Oesterreichern doppelt eifrig weiter gerüstet. — Um die Lage aufzuklären[2]), wird die erste Anfrage beschlossen; aber noch keine größere Rüstung, keine große Mobilmachung angeordnet[3]). V) Am 21. Juli treffen die Swart'schen Nachrichten ein. Damit ist die Lage aufgeklärt, die österreichisch-russischen Offensivpläne sind enthüllt, alle Befürchtungen gerechtfertigt. — Der König sieht den Angriff der Russen und Oesterreicher sicher voraus, er entschließt sich, den Krieg zu beginnen, den Gegnern zuvorzukommen. VI) Unmittelbar vor dem Einmarsch in Sachsen am 23. August, als die preußischen Regimenter sich schon den Grenzen nähern, kommt plötzlich die (an sich irrige) Meldung, daß Rußland zu England abschwenken werde. Wieder eröffnet sich für einen Moment eine allerdings noch entfernte und noch unbestimmte Aussicht auf Besserung der politischen Lage. — Was ist die Folge? Sofort äußert der König die Hoffnung auf eine friedliche Antwort des Wiener Hofes[4]), und sofort neben diesen

1) Pol. Korr. XII, 446.

2) Vgl. unten Kap. IV.

3) Nur die drei entfernten westfälischen Regimenter erhalten Befehl zu einer halben Mobilmachung und zum Marsch (XIII, 89).

4) Pol. Korr. XIII, 265 u. 270. Vgl. dagegen L. S. 78, mit Anm. 3. L. hat den Sachverhalt umgedreht. Wie konnte, so frägt er, Friedrich angreifen als er hörte, daß sich in Petersburg eine Wendung zu seinem Gunsten vorbereite? Die Wirkung der russischen Nachricht ist thatsächlich eine friedliche, der Angriff wird erst später entschieden durch die zweite und dritte Wiener Ablehnung.

Worten auch eine entsprechende Handlung: der Befehl an Winterfeldt schleunigst durch einen Feldjäger „sehr exakt" zu melden, wo die einzelnen Regimenter stehen, damit ihnen, falls die Wiener Antwort günstig lautet, „sogleich par Estafettes" die bereits „fertig gehaltenen Ordres," „gleich Halt zu machen," zugeschickt werden können[1]). Ja, nicht blos diese Ordres „gleich Halt zu machen," lagen im Königlichen Kabinett schon fertig, sogar, wie Eichel uns verrät, die Ordres „umzukehren" lagen für die Regimenter bereits „parat"[2]) für den Fall, daß eine gute Antwort aus Wien kam. Aber die Antwort lautete übel; so mußte denn der Einmarsch in Sachsen vor sich gehen; doch nochmals sendet der König, auf die Nachricht aus Petersburg immer noch seine Hoffnung setzend, eine dritte Anfrage nach Wien, und den Truppen wird Befehl erteilt, die österreichischen Grenzen nicht zu überschreiten, bis auch die dritte Antwort aus Wien eingetroffen ist[3]).

Kann man unter diesen Umständen davon sprechen, daß Friedrich die günstige Situation benutzt habe zum Angriffskrieg, daß er der überaus günstigen Lage wegen den Angriffs- und Eroberungskrieg gerade im Jahre 1756 begonnen habe? Die Thatsachen ergeben das Gegenteil: durch die ungünstige Wendung wird der König zur Rüstung resp. zum Notwehrkriege gezwungen; die Besserung der Lage wirkt dagegen jedesmal zu Gunsten des Friedens. Ueberall erscheint Friedrich als der gleiche; seine vorsichtige Friedenspolitik ist auf militärischem und politischem Gebiet durchaus die nämliche. Der Genialität und den großen Zielen dieses Fürsten thut es wahrhaftig keinen Abbruch, wenn er unter den mißlichsten Verhältnissen seinen Staat vor verderbenbringendem Kriege hat bewahren wollen[4]). Das glänzende Bild des Helden wäre nur dann verdüstert, wenn er, vom Angriff der Gegner überzeugt, unthätig und unentschlossen gewartet hätte, bis der Gegner zum tödtlichen Streich ausholte.

1) Pol. Korr. XIII, 265.

2) Pol. Korr. XIII, 273.

3) Vgl. Hist. Zeitschr. 56, 457—459.

4) D. allerdings meint, zum alten Friedrich könne er nicht zurück, er müsse „mit ihm entweder herauf oder herunter" (79, 257). Die Bergfahrt „in schwindelnde Höhen", die D. mit seinem „dämonischen" König unternommen, hat jetzt mit Absturz geendet; voraussichtlich wird also der dritte Artikel uns den spekulierenden Autor zeigen, wie er, ebenso schnell entschlossen, mit seinem bösen Geist zu Thal herabfährt. Mir scheint die eine wie die andere Reise gleich unnötig und zwecklos.

## Kapitel III.

# Die Preußischen Rüstungen im Juni 1756 (vom 19.—28. Juni).

Schon vor Mitte Juni waren dem Könige beunruhigende Nachrichten aus Rußland wie aus Oesterreich zugegangen. Immerhin stand ein alsbaldiger Angriff oder auch nur ein Angriff im laufenden Jahre noch nicht zu erwarten; die Folge war, daß bei dem preußischen Heere keinerlei Anordnungen zu kriegerischen Zwecken getroffen wurden.

Im Uebungslager bei Magdeburg am 17. Juni trafen neue Berichte aus Petersburg ein[1]). Der russische Hof, so wurde gemeldet, wende sich von England ab und sei im Begriff, mit dem französischen Emissär Douglas in Unterhandlungen zu treten; die russische Czarin habe erklärt, daß sie ihre Truppen in Livland und Kurland zum Dienste Oesterreichs versammelt habe[2]). Man suchte in Petersburg schon nach einem Vorwande zum Konflikt mit Preußen.

Doch diese Mitteilungen über Rußland waren keineswegs die einzigen, die dem Könige im Magdeburger Lager am 17. zukamen. Nachdrücklich sei es hervorgehoben: Die Berichte, welche in der „Politischen Korrespondenz" Friedrichs zur Erläuterung der königlichen Briefe abgedruckt sind, darf man durchaus nicht als die einzigen ansehen, die der König erhalten hat[3]). Wohl ein Drittel von diesen ist heut überhaupt nicht mehr vorhanden, ein zweites Drittel ist vorhanden, aber noch

1) Vgl. Pol. Korr. XII, 417—420. Hist. Zeitschr. 55, 454. Koser, Friedrich der Große I, 594.

2) Die Truppen, von denen Friedrich lange Zeit gemeint hatte, daß sie im Interesse Englands zusammengezogen seien.

3) Die „Korrespondenz" ist eine Sammlung von Kabinettsschreiben des Königs, nicht eine Sammlung der dem Könige zugekommenen Berichte, zumal die vielen Briefe und Mitteilungen, auf die er nicht antwortet und nicht Bezug nimmt, konnten garnicht mit abgedruckt werden. Die „Korrespondenz" ist eine „Politische"; nur für den siebenjährigen Krieg selbst, wo die gleichen Briefe häufig Politisches

ungedruckt. Zu welchen Fehlschlüssen mußte es also führen, wenn D. und L., diesen offenkundigen Thatbestand nicht beachtend, aus dem einen gedruckten Drittel den Nachweis zu erbringen suchen, daß der König keine seine Rüstungen genügend motivierende Nachrichten gehabt habe[1]).

Gerade dieser 17. Juni und die am 17. eintreffenden Nachrichten sind, wie man weiß, für L.'s Beweisführung von besonderer Bedeutung: an diesem Tage läßt L. die preußischen Rüstungen gegen Oesterreich beginnen auf Grund des „speziosen Vorwands", den die Meldungen aus Rußland dem Könige gegeben haben sollen[2]). Ein Forscher, der so schwerwiegende und alle bisherigen Ansichten umstürzende Behauptungen aufstellt, hätte doch zum mindesten an dieser wichtigsten Stelle die ihm zu Gebote stehenden Akten des Archivs einsehen und die Frage sich vorlegen müssen: Sind am 17. noch andere Meldungen eingegangen, als die in der „Korrespondenz" abgedruckten aus Rußland? Sind nicht auch aus Oesterreich am 17. Nachrichten gekommen, vielleicht sogar militärische, vielleicht sogar Nachrichten von sehr glaubwürdiger Seite? d. h. also Mitteilungen, durch welche etwaige preußische Kriegsrüstungen gegen Oesterreich am 17. sich sehr einfach erklären würden, ohne daß es nötig war zum Auskunftsmittel des „speziosen Vorwands" zu greifen? In der That, es sind am 17. solche Meldungen aus Oesterreich eingetroffen. Diese Nachrichten wogen sogar noch schwerer als die russischen vom 17. Juni: sie waren ganz neuen Datums, aus dem Juni, die russischen aus dem April und Anfang Mai, sie kamen von zuverlässigster Seite, von einem soeben aus Wien zurückkehrenden preußischen Beamten, sie gaben Kunde von ausgedehnten österreichischen Kriegsrüstungen[3]). Generalmajor von Treskow, der Kommandant von Neisse, sendet am 11. Juni einen Bericht, auf welchen der König aus Magdeburg am 17. Juni antwortet. Treskow meldete: Sein Regimentsauditeur Thinckel, der vor zwei Tagen aus Wien heimgekehrt sei, sage aus, daß die 2 Kavallerie-

---

und Militärisches enthalten, ist ein Teil der militärischen Schreiben mit veröffentlicht; hingegen von den Akten der Militärverwaltung vor dem Kriege, auch von den Rüstungsordres, konnte nur einzelnes aufgenommen werden.

1) Außerdem kommt hinzu, daß D. die ihm bekannten Nachrichten sich erst mundgerecht macht und zurechtstutzt, indem er wichtige Angaben fortläßt, anderes falsch wiedergiebt (vgl. unten Kap. IV), noch anderes durch ein paar spottende Worte abschwächt und verzerrt (vgl. unten 185 Anm. 3).

2) Vgl. L. S. 73 und G. G. A. 1895, 110 Anm. 1.

3) Noch dazu befinden sich diese Mitteilungen in Akten, die L. selbst benutzt hat, unter den Berichten Treskows, aus denen er den daneben liegenden Bericht (vom 26. Juni) in seinem Buche S. 39 anführt.

regimenter Ansbach und Schulenburg aus Ungarn nach Böhmen marschiert und daß in der Woche vor Pfingsten von Wien nach Olmütz 80 000 Kanonenkugeln gebracht seien, 6 Wagen habe er selbst unterwegs angetroffen; ferner seien 30 Kanonen dorthin abgeführt, alle Magazine würden in den besten Stand gesetzt; Fürst Lichtenstein lasse im Wiener Arsenal stark an der Munition arbeiten, die Kasernen bei Olmütz sollen „auf das schleunigste aufgebauet werden."

Und all' diese Meldungen entsprechen vollkommen den Thatsachen, die sich aus den österreichischen Akten ergaben[1]); all' dies gehört zu den Maßregeln, die als österreichische Kriegsrüstungen nachgewiesen werden konnten.

Hätte Friedrich darauf am 17. auch seinerseits mit einigen Rüstungen gegen Oesterreich begonnen, wäre das so ganz ungerechtfertigt gewesen? Dürfte man dann sagen, daß die russischen Meldungen als „spezioser Vorwand" für die Rüstungen gegen Oesterreich gedient haben?

Aber nun kommt sogar noch hinzu, — und damit fallen die

---

1) Vgl. Teil I, S. 249, 253, 264 (45, 49, 60). Mit einziger Ausnahme des Regiments „Schulenburg". Ein solches Kavallerie-Regiment gab es, soviel ich sehe, nicht in Ungarn, vielleicht liegt eine Verwechslung vor mit dem Regiment Palffy, das dem Regiment Ansbach an die österreichisch-ungarische Grenze nachrückte. Auch Klinggräffen berichtet am 5. Juni, daß vorgestern 23 große Kanonen nach Olmütz gesandt seien; weiter bezieht er sich auf frühere Mitteilungen über die zwei Kavallerielager in Ungarn. (Diese Meldungen sind gleichfalls noch ungedruckt, und ebenso zahlreiche andere militärische Mitteilungen aus dieser Zeit.) Auch heut nicht mehr vorliegende Berichte über geplante österreichische Rüstungen sind dem Könige in Magdeburg zugegangen; er hörte schon damals (vgl. XII, 441), daß der Wiener Hof ein Lager von 60 000 Mann in Böhmen bilden wolle und ein anderes aus ungarischen Truppen an den Grenzen Schlesiens. Doch Friedrich erklärte dies für „vage" Mitteilungen und traf daraufhin von Magdeburg aus noch keine Rüstungsmaßregeln. Suchte der König nur nach einem „spezioſen Vorwand", warum benutzte er denn nicht diese und andere aus Oesterreich gekommenen Nachrichten als „Vorwand"? sie rechtfertigten einen Anschlag gegen Oesterreich doch besser als die russischen Meldungen. Wozu erklärt er, daß diese Nachrichten unbestimmt seien? Warum ein solch offenes Eingeständnis bei ihm, der einige Wochen später eine Urkundenfälschung deshalb begehen soll, weil er angeblich keine genügenden Nachrichten erhalten hat! Und sonderbar! Der König hält Ende Juni die Kunde über die beabsichtigte Lagerbildung der Oesterreicher für vage und unsicher! Wir dagegen wissen heut aus der Denkschrift Kochs, daß ein solcher Plan von Koch schon Mitte Mai proponiert worden und daß die Vorschläge Kochs von Maria Theresia sofort gutgeheißen worden sind! (Vgl. Teil I, 264 ff. [60 ff.])

Aufstellungen unseres Gegners vollends auseinander — daß Friedrich am 17. gar keine Rüstungsbefehle erlassen hat[1]), auch am 18. nicht, auch am 19. nicht, so lange er am 19. in Magdeburg war: die preußischen Rüstungen beginnen erst am 19., nachdem Friedrich in Potsdam eingetroffen ist.

Vollkommen entspricht dieses thatsächliche Verhalten dem, was Friedrich in Magdeburg am 17. und 19. Juni über seine Auffassung der Lage äußert. Er schreibt an Klinggräffen am 19., „es scheint mir, daß trotz aller Vorkehrungen zum Kriege, die jetzt gemacht werden, dieses Jahr noch ruhig vergehen wird“[2]); und an Treskow am 17., „daß es wohl auf ihn gemünzt sein dörfte und die Oesterreicher künftiges Jahr Neiße belagern wollten.“

Als der König am 19. nach Potsdam zurückgekehrt war, kamen ihm neue und noch weit bedrohlichere Nachrichten zu, und zwar wiederum gleichzeitig über Rußland und über Oesterreich: die Mitteilungen des englischen Kuriers Pollock über den Vormarsch der russischen Kriegsvölker gegen die preußischen Grenzen — Pollock hatte selbst als Augenzeuge in Livland und Kurland die Straßen überfüllt gefunden von heranmarschierenden russischen Truppen[3]) — und die Eröffnungen

---

1) Vgl. oben S. 164 Anm. 2. Die Treskow am 17. erteilte Antwort stellt keinen Rüstungsbefehl dar, sie bezieht sich auf die schon vorher von Treskow eingeleitete Verhandlung über Holzlieferungen zu Pallisaden. Auch hat L. selbst diese Antwort nicht als Rüstungsmaßregel angesehen und nicht erwähnt.

2) Bd. XII, 423; aus Magdeburg vom 19. Juni. Sehr zu beachten ist der Unterschied zwischen des Königs Auffassung der Lage noch am 19. in Magdeburg und nachher seit dem 19. in Potsdam (nachdem in Potsdam die oben erwähnten Meldungen eingegangen waren); dieser Unterschied beweist deutlich, daß Friedrich sich damals in seiner Anschauungsweise wie in seinen Handlungen nur durch die eintreffenden Nachrichten bestimmen ließ.

3) Delbrück haftet auch hier an der Aeußerlichkeit, daß der Kurier, wie es in solchen Fällen fast immer geschieht, die Zahl der russischen Truppen übertrieben hoch angab. Deshalb ist ihm der Kurier „ein urteilsloser Tropf“ (Bd. 79, 262). Mit derartigen Ausdrücken argumentiert D. am liebsten (s. unten Abschn. 3). Auf die Uebertreibung der Zahl (170000 reguläre und 70000 Kalmücken) kommt gar nichts an, sondern nur auf die Thatsache, daß der Kurier eine große Truppenmacht gegen die preußischen Grenzen in Bewegung gesehen hatte. Vgl. nachher S. 190 Anm. 1. — Im zweiten Aufsatz übertrifft D. sich selbst noch (Bd. 84, S. 46). Da ist die ganze Meldung Pollocks nichts weiter als „eine abenteuerliche Nachricht“, allein die übertrieben hohe Zahl der marschierenden Truppen und überhaupt nur diese einzige Meldung wird angeführt, und darauf die spottende Bemerkung: „Man denke: Die Preußen machen mobil, weil 70000 Kalmücken im Anmarsch sind.“

des englischen Gesandten Mitchell über den ungünstigen Stand der Angelegenheiten am Petersburger Hofe[1]). Hatte man von englischer Seite dem Könige bisher nicht zugestehen wollen, wie übel die Dinge in Rußland lagen, so mußten die Mitteilungen, die nun selbst von dieser Seite erfolgten, um so stärkeren Eindruck hervorrufen. Zu gleicher Zeit trafen von dem preußischen Gesandten Klinggräffen in Wien und dem schlesischen Minister Schlabrendorff Meldungen ein über die österreichischen Kriegsvorkehrungen[2]). Sie berichteten, ähnlich wie Treskow, über den eiligen Festungsbau in Olmütz, über die Artillerie- und Munitionssendungen, über Getreidesammlungen für Magazine, über die befohlene Heranziehung ungarischer Kavallerieregimenter, über die Absicht, im August eine Armee in Böhmen zusammenzuziehen. Bei diesen Berichten legte Friedrich besonderes Gewicht auf die Uebereinstimmung beider sowohl untereinander, wie mit anderen ihm zugegangenen Meldungen[3]) „de sorte qu'il ne faut nullement douter de leur authenticité" (XII, 437). Der König maß vor allem der Schlabrendorff'schen Meldung, wie Mitchell bezeugt, „vollkommenen Glauben" bei[4]).

Ob die Nachrichten objektiv richtig oder falsch waren, darauf kommt für die Beurteilung des Verhaltens Friedrichs durchaus nichts an. Er konnte nicht die Archive der österreichischen Ministerien durchforschen, wie die heutigen Historiker, die jetzt über ihn zu Gericht sitzen, und die den schweren methodischen Fehler begehen, des Königs Verhalten nicht so sehr zu beurteilen nach dem, was er über österreichische Rüstungen erfuhr, als vielmehr nach dem, was in den österreichischen Akten, so weit sie heute noch erhalten sind, über die Rüstungen aufgezeichnet steht[5]). Und thatsächlich haben sich wie die russischen, so

---

1) Vgl. Pol. Korr. XII, 426—428; Hist. Zeitschr. Bd. 55, 456 und 457; Koser, Fr. d. Gr. 594.

2) Klinggräffens Bericht war am 19. in Potsdam (vgl. XII, 429). Schlabrendorffs am 20. oder 21. Ueber beide vgl. XII, 437, 438, 440, 441.

3) Dazu wird in erster Linie die Treskowsche Meldung gehören, außerdem noch andere nicht mehr vorliegende. L.'s Bemerkung (S. 78), daß die früheren Nachrichten oft ebenso schlimm, wie die vom 17., 19. und 20. Juni gelautet hätten, ist durchaus unzutreffend. Wer die Nachrichten (d. h. nicht bloß die von L. ausgewählten) miteinander vergleicht, sieht das sofort.

4) „The paper of intelligence marked C desires the greatest attention, it comes from Monsieur de Schlabrendorff, the Kings minister in Silesia, and His Majesty gives full credit to it." Bericht Mitchells v. 22. Juni. Bisset, Memoirs of Mitchell, Bd. I, 184 ff. Auch diese Stelle hat L. übersehen.

5) D. bemerkt sogar noch im zweiten Aufsatz (84, 45): „Von vornherein wäre es doch ein starkes Stück, wenn der König wirklich auf falsche Nachrichten hin ein

auch die österreichischen Meldungen bei vorurteilsfreier Forschung in der Hauptsache als zutreffend erwiesen. Daß in einzelnen Punkten Uebertreibungen und Mißverständnisse der Berichterstatter mit untergelaufen, ist selbstverständlich. Im Ganzen aber ist sogar noch erheblich mehr und gefährlicheres in Oesterreich und Rußland geschehen, als der König erfahren hat. Will man sein Handeln messen nach dem, was wirklich bei den Gegnern vor sich gegangen ist, nun so setze man doch den Fall: der König hätte auch nur die Denkschrift Koch's in die Hand bekommen, diese Denkschrift überfüllt von Ratschlägen zu Offensivrüstungen[1]), oder es sei nur der österreichisch-russische Depeschenwechsel von März und April[2]) ihm zugegangen. Wäre er dann zu seinen Juni-Rüstungen nicht vollauf berechtigt gewesen? Was frage ich lange: zu dem doppelten und dreifachen von dem, was er im Juni that, zu sofortiger vollständiger Mobilmachung wäre er genötigt gewesen! Und wenn er nun gar im Juni erfahren hätte, daß die Kaiserin die Koch'schen Ratschläge acceptiert und die Offensivrüstungen begonnen habe, wenn er die Ziele der Verhandlung mit Frankreich gekannt, den Aufschub des österreichisch-russischen Angriffs und seine Motive erfahren hätte — wäre er dann nicht geradezu verpflichtet gewesen, sogar schon im Juni loszuschlagen und dem Angriff der Gegner so schnell wie möglich zuvorzukommen? In Wahrheit stand es ja noch viel, ganz unvergleichlich viel schlimmer, als es die Juni-Nachrichten dem König darstellten. —

Die Meldungen, welche seit dem 19. Juni eintrafen, ließen einen alsbaldigen Angriff der Russen und einen späteren Angriff auch der Oesterreicher befürchten. Daraufhin erteilte der König seit dem 19. (aus Potsdam) die ersten Befehle zu Rüstungen, d. h. zu Sicherheitsmaßregeln; bei weitem die meisten und wichtigsten gegen Rußland[3]). Natürlich nicht so zu verstehen, als ob die Nachrichten vom 19. Juni

---

so großes Kriegsfeuer entzündet hätte." Glaubte denn Friedrich, daß die Nachrichten falsch seien? Immer wieder legt D. das, was er glaubt, auch dem Könige unter.

1) Vgl. Teil I, S. 261—266 (57—62).

2) Vgl. Teil I z. B. S. 233, 274 (29, 70). Arneth, Maria Theresia V, S. 46, 47. Beer, Hist. Zeitschr. 27, S. 362 fg.

3) Vgl. unten in Abschn. 2 die Ordre vom 21. Juni. Auch die ziemlich geringfügigen Maßnahmen, die in Schlesien (für den August, resp. für den Herbst) am 19. befohlen wurden (XII, 433), richteten sich sowohl gegen Rußland, wie gegen Oesterreich. Vgl. unten Abschn. 2. Dagegen wird noch am 19. aus Potsdam dem Prinzen Ferdinand Urlaub erteilt und am 20. werden die Werbepässe für Hülsen bewilligt, da diese magdeburgischen Regimenter nicht gegen Rußland verwendet werden sollten.

bei dem Rüstungsentschluß ganz allein mitgewirkt hätten; wenn Friedrich von Oesterreich und Rußland bisher nichts feindseliges gehört hätte, so würden die Meldungen vom 19. gewiß nicht so starken Einfluß geübt haben. Hinzu aber kommt alles das, was Friedrich bisher schon übles erfahren, und die Kunde vom 19. und 20. brachte nur, wenn der Ausdruck gestattet ist, den schon fast vollen Krug zum Ueberlaufen. „Gewicht hängte sich an Gewicht", nicht die einzelne Meldung entschied, sondern die Gesamtheit der Meldungen, die Bekräftigung der einen durch die andere wirkte mit erdrückender Schwere [1]).

Mit dem 22. Juni verschärften sich die Nachrichten: es kam der Bericht des sächsischen Gesandten Flemming in Wien [2]): Oesterreich und Rußland hätten die Abmachung getroffen, gemeinsam über Preußen herzufallen; der ausführliche Bericht Flemmings lieferte dem König zu allem, was er bisher erfahren, den erklärenden Kommentar. Die nächsten Tage brachten weitere bedenkliche Anzeigen und Meldungen [3]). Auch der Feldmarschall Lehwaldt, der Oberbefehlshaber in Preußen, sandte jetzt in einem, etwa am 25. Juni eintreffenden Bericht vom 19. Juni „die zuverlässige Nachricht von sicherer Hand", „daß gegen 70 000 Russen an unseren Grenzen in Marsch seien". Von diesen Rüstungen der Russen hatte der König zuerst durch den Holländer Swart [4]) in Petersburg, dann durch den sächsischen Gesandten Prasse, am 19. Juni durch die Engländer erfahren; jetzt wurden diese Rüstungen

---

1) Durchaus verfehlt ist daher die Methode Delbrücks, der die Nachrichten des einen Tages zergliedert und zerpflückt und möglichst herabdrückt, dann am nächsten und am dritten Tage wieder so, stets ohne Rücksicht auf das ganze und auf das vorangegangene. So skeptisch wie der Historiker heut an seinem Schreibtisch urteilt, kann ein Mann im Drange der Gefahr die Nachrichten nicht kritisieren. Und vor allem, Friedrich ging mit Recht aus von der ihm bekannten und feststehenden Feindschaft Oesterreichs und Rußlands, hingegen seine heutigen Kritiker gehen aus von der ihnen feststehenden (aber gänzlich falschen) Meinung, daß in Oesterreich nicht das mindeste an Rüstungen vorgenommen worden sei, und gehen aus von dem ihnen ebenfalls feststehenden (und ebenfalls gänzlich falschen) Dogma, daß die Angriffsabsichten des dämonischen Friedrich auf jeden Fall vorhanden gewesen sein müssen.

2) XII, 460—462; Hist. Zeitschrift 55, 457; Koser a. a. O. S. 595.

3) Z. B. XII, 458, 459, 464 (circa am 23. Juni in Berlin); doch ist das offenbar wieder nur ein kleiner Teil dessen, was eingegangen, zumal von Generalen und Agenten fehlen heut die Nachrichten oder sind noch ungedruckt, so die Nachrichten Schmettaus aus Karlsbad. Vgl. Hist. Zeitschr. 56, 443, Anm. 1. — Es lohnt sich vielleicht, später noch einzelnes aus diesen Berichten zu veröffentlichen.

4) Vgl. Bd. XII, 361.

auch durch den preußischen Feldmarschall bestätigt[1]). — In den Tagen seit dem 22., dann aber besonders am 25. verstärkt der König seine eigenen Maßregeln[2]) vor allem gegen Rußland.

Auf Grund all' der Nachrichten, die seit dem 17. und 19. Juni einkamen, sprach Friedrich — nur ganz kurz seien neben den eingetroffenen Meldungen einige Aeußerungen und Erklärungen des Königs erwähnt[3]) — die Ansicht aus: „daß er am Vorabend eines sehr schweren Krieges zu stehen glaube" (XII, 467). „La guerre me paraît inévitable"[4]), so schreibt er (XII, 445, 446) seiner Vertrauten, der Markgräfin von Baireuth. „J'ai fait ce que j'ai pu pour l'eviter: cela ne m'a pas réussi. Je me lave les mains de ce qui en arrivera[5]), du moins suis-je bien persuadé que personne ne pourra m'accuser d'en être la cause"[6]). Der Uebergang Rußlands zu der österreichischen Partei, heißt es in der Instruktion für Lehwaldt, „würde mich noch nicht in Bewegung gebracht haben, wenn ich nicht durch viele Kanäle und auch selbst durch den Anmarsch derer russischen und derer österreichischen Truppen merkete, daß die Absicht darunter auf mich zielete, indem die Russen ein großes Corps Truppen zusammen-

---

1) Der Bericht Lehwaldts vom 19. Juni gehört vermutlich zu den entscheidendsten, indem er wohl den letzten Anstoß zur Mobilmachung des nach Pommern marschierenden Corps und zu den anderen Maßregeln vom 25. Juni gegeben hat. Auch diesen noch ungedruckten Bericht haben L. und D. gänzlich ignoriert.

2) Vgl. unten Abschn. 3 und 5. Daher auch am 22. die Reise des Prinzen Ferdinand hinausgeschoben, erst am 26. rückgängig gemacht.

3) Ich führe sie nicht an als Beweis dafür, daß Friedrich keine Offensive gegen Oesterreich plante, sondern nur, um dem Leser die Prüfung zu ermöglichen, ob die Handlungen des Königs, die jetzt zunächst allein entscheiden sollen, seinen Worten entsprochen haben.

4) Ebenso an Maltzahn an 25.: „Je commence à envisager la guerre comme inévitable" (XII, 462).

5) Wenn der König die fremden Diplomaten irre führen wollte, so ist das zu verstehen; doch wozu der Schwester solche feierliche Versicherungen? Die Eroberungsabsichten brauchten ihr ja nicht eingestanden zu werden; doch wozu das Gegenteil so inbrünstig beteuern?

6) Selbst bei Kaunitz hat sich Friedrich darin nicht getäuscht. Welche Offenbarungen dagegen einigen Historitern in Preußen am Ende des 19. Jahrhunderts zuteil werden sollten, konnte Friedrich nicht voraussehen; dazu dachte er zu klar und zu nüchtern. „Visionen" (L. S. 69), „Herrlichkeiten schauen" G. G. A. 1895, 124), „Schuppen, die von den Augen fallen" (G. G. A. 124 waren für Friedrich und für das 18. Jahrhundert überwundene Dinge.

ziehen, so theils bei Riga, theils bei Mitau ihre Lagers nehmen sollen“ [1]). „Wenn ich wachsam bin, so geschieht es mit Recht, da die Gefahr mir drohend bevorsteht und gegenwärtig ist“ (XII, 438) [2]).

Den Angriff der Russen erwartet Friedrich in der nächsten Zeit; aber wenn ein russischer Krieg ausbricht, so „kann es nicht fehlen, daß es mit solchem auch gewiß hiesiger Orten in Schlesien und Böhmen geschehen müsse.“ [3]) Eben dies war der Angelpunkt in der Auffassungsweise des Königs: wenn Rußland losschlägt, so wird es alsbald auch Oesterreich thun; wenn Rußland sich zurückhält und ruhig bleibt, so ist ein Vorgehen der Oesterreicher unwahrscheinlich [4]). Sah sich also Friedrich im Juni von Rußland bedroht, so war es erklärlich und berechtigt, daß er auch gegen Oesterreich einige Sicherheitsmaßregeln traf; von Benutzung eines „speziosen Vorwands“ kann dabei nicht gesprochen werden.

Wenn der Angriff der Russen ganz nahe bevorzustehen schien, so war dagegen der der Oesterreicher erst in etwa 6—8 Wochen zu erwarten. Die Russen glaubte der König bereits im Anmarsch gegen die preußischen Grenzen, während auf österreichischer Seite die Truppen erst im August in Böhmen und Mähren zusammengezogen werden sollten.

---

1) Vgl. XII, 448, 449. Entnommen den Mitteilungen Pollocks („que 170000 de troupes régulières devaient se camper ou se cantonnner aux environs de Riga et de Mitau.“ XII, 428). Man sieht, der König legt allein Gewicht auf das Zusammenziehen der russischen Truppen in Livland und Kurland, aber nicht auf Pollocks hohe Zahl 170000; sie wird gar nicht genannt (ebenso bei den Mitteilungen an Mitchell und Knyphausen, XII, 441, 442, wird die Zahl nicht erwähnt, sondern nur von „de fortes armées en Livonie“ gesprochen). Friedrich bemerkt sogar ausdrücklich, daß „die Sachen von weitem sehr viel größer ausgeschrieen werden, als sie seind, und daß an der kompletten Zahl der Regimenter vieles fehlet“. Also auch hier ein ruhiges Abwägen und volle Einsicht in die etwaigen Uebertreibungen der Berichterstatter. (Vgl. dagegen oben S. 185 Anm. 3 D.'s Ansicht.)

2) „Que le danger m'était imminent et présent.“ D. meint (79, 264), die Maßnahmen des Königs würden „natürlich“ erscheinen, wenn er „die Gefahr für imminent gehalten“ hätte. Daß Friedrich wörtlich das ausspricht, was D. verlangt, beachtet dieser nicht, und daß der König sofort auch die von D. vermißten notwendigsten Maßregeln zu einer Mobilmachung in Ostpreußen getroffen hat, beachtet er ebenfalls nicht.

3) Auch der oben angeführte wichtige Ausspruch findet sich in einer sogenannten „echten Urkunde“, in der Instruktion Lehwaldts XII, 351. Doch wieder sind die 3 Zeilen der „echten“ Urkunde als „unecht“ angesehen worden und außer Betracht geblieben.

4) Vgl. oben S. 173. 174.

Dem General Quadt in Hamm wird am 21. angezeigt, daß er „vielleicht in 6—8 Wochen" die Marschordre erhalten[1]) werde (XII, 434). „Alles muß sich," schreibt Friedrich der Markgräfin, „spätestens in zwei Monaten aufklären" (XII, 445). Für 6 Wochen ist der König bereit, dem Prinzen Ferdinand Urlaub zu erteilen[2]).

Dementsprechend wurden gegen Rußland solche Vorkehrungen getroffen, die sofort, etwa binnen 8 Tagen, auszuführen waren; hingegen das weit geringere, was Oesterreich gegenüber angeordnet wurde, bestand zumeist in Maßregeln, deren Ausführung mehrere Wochen, zum Teil 6—8 Wochen, bis zum August, in Anspruch nahm[3]).

Die weiter folgenden Nachrichten ließen die Gefahr auch eines österreichischen Krieges näher rücken: am 24. wird an General Quadt geschrieben, daß Ihr „vielleicht bald" die Marschordre erhalten werdet. — Dies bewirkt, daß auch Oesterreich gegenüber sich die Rüstungen seit dem 24. allmählich um ein geringes steigern[4]).

Am 29. Juni trifft die Meldung ein, daß die Russen den Rückmarsch angetreten hätten. Sofort verkündet Friedrich diese neue Nachricht aller Orten, an seine Gesandten, wie an seine Generale und sogleich am ersten Tage auch an die englischen Minister[5]). Gerade für sie soll doch Friedrich den Anmarsch der Russen als „speziosen Vorwand" benutzt haben! Und nun schlägt der kluge Rechner seinen schönen „speziosen Vorwand" nach wenigen Tagen wieder selbst in Trümmer; er thut es, ohne des krassen Widerspruchs und des schweren politischen Fehlers irgend wie zu achten, er thut es unverkennbar mit Freuden und mit großem Eifer! Noch ist die Nachricht aus Rußland unsicher und nicht bestätigt, der Zusammenhang des rätselhaften Vorgangs dem Könige nicht klar, trotzdem aber werden neue Rüstungen[6]) weder gegen Oesterreich, noch gegen Rußland angeordnet.

---

1) Thatsächlich hat Quadt die Marschordre nicht in 6—8 Wochen, sondern schon nach knapp 4 Wochen erhalten (XIII, 89); nicht nach 6—8, sondern nach 4 Wochen war „alles aufgeklärt" und der König entschloß sich (am 21. Juli) zum Kriege. An eine „Vorausberechnung", wie sie bei einem freiwillig begonnenen Kriege möglich gewesen wäre, kann also nicht gedacht werden.

2) Vgl. oben S. 166.

3) Vgl. unten Abschn. 5.

4) Vgl. S. 169. 171.

5) XII, 482.

6) Wenn Friedrich vor dem 27. Dieskau befohlen hatte, einen Plan zur Verteilung der Artillerie einzureichen, und am 29. diesen Plan gutheißt, so kann diese Genehmigung vom 29. natürlich nicht als neue Rüstungsmaßregel gelten, sondern höchstens als Abschluß einer früheren.

Der Leser sieht bereits, noch bevor ich zur Darstellung der Rüstungen selbst gelange, daß des Königs Nachrichten, des Königs Aeußerungen und des Königs Handlungen durchaus in Einklang stehen; bis in die Einzelheiten läßt, sich bei dem vorsichtigen, streng abgemessenen Verfahren des Königs, diese Uebereinstimmung verfolgen.

L. dagegen hat von alledem das Gegenteil behauptet, das Gegenteil zu beweisen gesucht. Die irrige Auffassung über die preußischen Juni-Rüstungen, die er verbreitet hat, ist hauptsächlich dadurch hervorgerufen worden, daß diese Rüstung 1) bei L. ganz unmotiviert erscheint, wenigstens äußerlich unmotiviert, 2) weit größer erscheint, als sie thatsächlich war, 3) sich scheinbar allein gegen Oesterreich, nicht gegen Rußland wendet[1]).

1. Die preußische Rüstung beginnt bei L. plötzlich und, wie es scheint, ohne jede äußere Veranlassung. Dieser falsche Schein ist dadurch erweckt, daß alles, was in Oesterreich an Kriegsrüstungen schon vorher erfolgt war, unerwähnt gelassen wird. Mochte L. wirklich, wie er es jetzt nachträglich darstellt, diese österreichischen Vorkehrungen für harmlose friedliche Veranstaltungen halten, jedenfalls mußte dies einerseits bewiesen und andererseits mußte zum mindesten gesagt werden, daß alle diese Dinge im April, Mai, Juni in Oesterreich stattgefunden, sie durften nicht einfach in dem über die Rüstungen handelnden Kapitel mit Schweigen übergangen werden; denn sie bilden ja den Hauptinhalt der dem Könige zugegangenen Berichte aus Oesterreich und auf sie beruft sich Friedrich zu seiner Rechtfertigung. Aber selbst die Thatsache, daß Friedrich über österreichische militärische Maßregeln überhaupt Nachrichten erhielt, ist von L. bei Darstellung der preußischen Rüstungen nicht berührt. Und ebenso geschieht es mit den russischen Kriegsvorkehrungen. Ob Friedrich von ihnen Kunde erhalten, erfährt der Leser bei der Lektüre der „Preußischen Rüstungen" nicht; er hat vielmehr 10 Seiten vorher gelesen, daß die russischen Kriegsvorbereitungen schon wieder rückgängig gemacht seien und zwar bereits auf Grund eines Rescripts vom 22. Mai. Sowohl aus Oesterreich, wie aus Rußland und Frankreich erzählt L. (S. 33—37) unmittelbar vor der Darstellung der preußischen Rüstung nur solche Vorgänge[2]) und Zustände, die einen

1) Delbrück hat ohne jede Nachprüfung die L.'sche Rüstungsdarstellung übernommen. Wo er einmal abweicht, geschieht es, indem er L. mißversteht und dadurch die L.'schen Fehler noch vergrößert. Vgl. unten Abschn. 1.

2) Erstens sind diese Angaben L.'s fast durchweg unzutreffend; zweitens legt er sich nicht die Frage vor, ob Friedrich von diesen Friktionen auf gegnerischer Seite etwas gewußt hat.

Angriff auf Preußen als unwahrscheinlich und preußische Rüstungen daher als ungerechtfertigt erscheinen lassen. „Nichts gemahnte in der österreichischen Armee an einen demnächst bevorstehenden Krieg; da kam die Nachricht, daß König Friedrich rüste."

Erst 40 Seiten später, 12 Seiten vor Schluß des Buches, nachdem die dazwischen liegende Hälfte mit Erzählung der verschiedenartigsten Dinge gefüllt ist, folgt S. 77 die kurze Bemerkung, daß die russischen Rüstungen den preußischen „vorausgegangen" seien[1]).

2. Die preußischen Juni-Rüstungen werden von L. als sehr umfassend und weitgehend dargestellt, um vieles das übertreffend, was für eine Defensive erforderlich war. Dies Forschungsergebnis ist einmal dadurch erreicht, daß Dinge eingemischt werden, die mit den Rüstungen nicht das mindeste zu thun haben[2]), zweitens aber und noch mehr dadurch, daß die gesamten preußischen Rüstungen vom Juli und August unerwähnt bleiben. Der Leser gewinnt den Eindruck, als sei die preußische Rüstung im Juni in der Hauptsache vollendet worden, als sei das, was vielleicht später noch erfolgte, kaum bemerkenswert. Thatsächlich stellt sich das Verhältnis etwa so, daß von den preußischen Kriegsrüstungen gegen Oesterreich im Juni etwa der zehnte Teil, in der ersten Hälfte des Juli garnichts, in der zweiten Hälfte des Juli etwa der zwanzigste Teil und dagegen siebzehn Zwanzigstel erst im August angeordnet worden sind. Wie bei L.'s Schilderung der österreichischen Rüstung der gesamte erste Teil fortgelassen, nur der zweite Teil, die Rüstung vom 8. Juli an, vorgeführt wird[3]), so wird umgekehrt in Preußen — um die Priorität der preußischen Rüstungen zu erweisen — nur das im Juni Geschehene und zwar um das drei und vierfache übertrieben erzählt, hingegen die Juli- und August-Rüstung, die ungleich größer ist, bleibt in Dunkel gehüllt. Wäre sie besprochen worden, dann würde sofort die Unhaltbarkeit der L.'schen Ausführungen sichtbar geworden sein[4]).

---

1) Ebenfalls hier (S. 78) wird auf einige wenige Berichte aus Oesterreich hingewiesen; ihr Inhalt wird nicht mitgeteilt, sondern nur behauptet, sie seien nicht schlimmer als frühere Berichte gewesen.

2) Vgl. hierüber unten Abschnitt 1 und 5.

3) Vgl. Teil I, 242 (38) und folgende Seiten.

4) Z. B. der Befehl, die schlesischen Regimenter in Kriegsbereitschaft zu setzen, ergeht am 12. August (XIII, 205). Das konnte nicht erwähnt werden; denn man will uns ja glauben machen, die schlesischen Regimenter seien schon „Ende Juni" kriegsbereit gewesen (L. S. 42). Der entsprechende Befehl für die Westfalen ergeht am 17. Juli (XIII, 89); das konnte nicht gesagt werden, denn die Westfalen sollen ja „Ende Juni" kriegsbereit sein (L. S. 42).

3. Die preußischen Juni-Rüstungen richten sich angeblich nur gegen Oesterreich, nur mit den österreichischen Rüstungen werden sie in Vergleich gestellt. Der Anmarsch der Russen soll blos zum „speziosen Vorwand" gedient haben für eine große Rüstung gegen Oesterreich. Von Rüstungsmaßregeln gegen Rußland hören wir bei der Darstellung der „Preußischen Rüstungen im Monat Juni" (Kapitel III) gar nichts, hören überhaupt in dem ganzen Buche kein Wort davon. Und doch für die entscheidende Frage, ob die preußischen Rüstungen offensiv oder defensiv waren, kommt alles darauf an, ob sie in der Hauptsache gegen Rußland oder gegen Oesterreich zielten. Ist ersteres der Fall, so sind sie zweifellos defensiv. Denn die Angriffsbewegung der Russen wird von niemand, auch von L. nicht bestritten.

Haben also wirklich keine Rüstungen gegen Rußland im Juni in Preußen stattgefunden? Gewiß! Sehr bedeutende, ganz ungleich stärkere als gegen Oesterreich. Vor allem in Ostpreußen sind die Rüstungen sechsfach oder gar zehnfach umfassender als die gegen Oesterreich in Schlesien oder Brandenburg, in Magdeburg oder Westfalen. Und diese gesamten Anordnungen für Ostpreußen — übergeht L. mit Stillschweigen[1]). Aber mehr noch: den zweiten Teil der Rüstungen gegen die Russen, diejenigen, welche in Pommern und in Brandenburg gegen Rußland veranstaltet werden, mischt unser Autor unter die Maßregeln, welche gegen Oesterreich zielen sollen, und die mit den österreichischen Kriegsvorkehrungen in Vergleich gestellt werden. Erst dadurch, allein dadurch haben diese preußischen Juni-Rüstungen die scharfe Färbung gewonnen, die sie bei L. an sich tragen: zieht man von ihnen das ab, was überhaupt keine Rüstung darstellt, und zweitens dasjenige, was sich nur gegen Rußland, oder gegen Rußland und Oesterreich zugleich, wendet, so bleibt von der ganzen L.'schen Rüstungsdarstellung nur ein geringer Rest, der sich allein gegen Oesterreich richtet. Und nimmt man die unerwähnt gebliebenen Maßregeln in Ostpreußen hinzu, so stellt sich die preußische Rüstung im Juni fast vollständig als eine Rüstung gegen Rußland dar.

---

1) Obschon diese Rüstungen sich zum Teil bereits aus dem gedruckten Material, aus den Instruktionen für Lehwaldt, aus den „echten Urkunden" ergaben. Die etwaige Entschuldigung, L. habe nur die Rüstungen gegen Oesterreich, nicht die gegen Rußland darstellen wollen, kann natürlich nicht gelten. Er tritt mit dem Anspruch auf, die gesamten preußischen Rüstungen im Juni darzustellen und ihren Charakter als Offensivrüstungen gegen Oesterreich und Sachsen zu erweisen.

## I. Mobilmachung und Kriegsbereitschaft.

Bevor die neue positive Darstellung der preußischen Rüstungen im Juni gegeben werden kann, gilt es zunächst die Hauptstütze der gegnerischen Beweisführung zu beseitigen. Die bei weitem wichtigste der Behauptungen L.'s, das Argument, welches den stärksten Eindruck macht, auf dem auch D.'s Ausführungen basieren[1]), das ist die angebliche Mobilmachung oder Kriegsbereitschaft des größten Teils der preußischen Armee im Monat Juni.

Ende Juni 1756, so behauptet L. (S. 42), war weit über die Hälfte der preußischen Armee, d. h. 58 Regimenter und 4 Grenadierbataillone kriegsbereit. Delbrück geht noch weiter als L. Er spricht nicht von der „Kriegsbereitschaft" der halben Armee, sondern von der „Mobilmachung" der halben Armee[2]).

Ich stelle dem die Behauptung entgegen: Nicht ein einziges preußisches Regiment oder Grenadierbataillon war Ende Juni kriegsbereit oder mobil.

Trifft meine Behauptung zu, dann ist offenbar schon hiermit L.'s, wie auch D.'s gesamte Darstellung der preußischen Angriffsrüstung gegen Oesterreich über den Haufen geworfen.

Mit einem solchen Geschick und so feiner Berechnung ist L.'s Argumentation aufgebaut, mit so bestechender Dialektik dem Leser vorgetragen, daß noch keiner der zahlreichen Kritiker des Buches an dieser Stelle die überaus schwerwiegenden trügerischen Schlüsse herausgefunden hat.

Eine Mobilmachung meint auch L. nur bei 10 Regimentern resp. Bataillonen[3]) nachweisen zu können (S. 42). Er konstruiert deshalb

---

1) Sowohl im ersten wie im zweiten Aufsatz (vgl. Preuß. Jahrb. 79, 264, 265, 274, 277; Bd. 84, 46, 47).

2) Nicht etwa daß D. weitere Forschungen als L. angestellt hat, er kommt zu seinen den L.'schen Standpunkt übertreibenden Ansichten nur dadurch, daß er L. mißverstanden und statt „kriegsbereit" ohne weiteres „mobilgemacht" eingesetzt hat. Bezeichnend ist D.'s Verfahren in dem zweiten Aufsatz. Er kennt (s. S. 46) meine Erklärung aus Teil I (S. 208 [4] Anm. 3), daß nicht ein einziges Regiment mobil gewesen sei: er vermag dagegen auch nichts einzuwenden. Wollte er meinen Nachweis nicht abwarten, so hätte er selbst die Frage prüfen müssen. Statt dessen baut er ohne weiteres S. 46 und 47 auf der „halben Mobilisierung", auf der „überstürzten Mobilmachung" von neuem seine Konstruktionen auf.

3) Vgl. über sie unten S. 205. 206.

einen zweiten Begriff „kriegsbereit" und erklärt, außer den 10 mobilgemachten seien noch 52 Regimenter „kriegsbereit" gemacht, also im ganzen 62 „kriegsbereit". So gut ist dieses Spiel mit den Worten „mobilgemacht" und „kriegsbereit" durchgeführt, daß die Leser und Kritiker, allen weit voran Hans Delbrück, in diese Netze gegangen sind und die „kriegsbereiten" Regimenter als mobilgemachte auffassen. Die Wirkung konnte auch kaum eine andere sein: denn das Unterscheiden zwischen „mobilgemacht" und „kriegsbereit" ist eine Spitzfindigkeit[1]), die den Leser irreführt, die aber unserem Autor in mehr als einer Hinsicht, wie wir sogleich sehen werden, die denkbar besten Dienste geleistet hat.

A. Mobilmachung: Was bedeutet Mobilmachung? Offenbar die Beschaffung und Fertigstellung alles dessen, was notwendig ist, um ein Regiment in Kriegsbereitschaft zu setzen. Was gehörte dazu in der Zeit König Friedrichs? Nehmen wir die uns erhaltenen Kabinettsordres, durch welche die Regimenter mobil gemacht wurden[2]). Neben 1) der Einziehung der Beurlaubten und 2) der doppelten Ueberkompletten[3]) wird 3) die Beschaffung und Bereitstellung der Feldequipage, der Zelte und Kompaniewagen, 4) die Beschaffung der Pferde für den Wagentroß und für die Offiziere angeordnet; es werden, um die Equipage vollständig in stand zu setzen und um Pferde zu kaufen, 5) dem Regiment die „Equipagegelder" ausbezahlt; für den Wagentroß werden 6) Fuhrleute, die sogenannten „Knechte"[4]) aus dem Kanton angenommen; weiter aus den großen Magazinen 7) dem Regimente die Bataillonsgeschütze, je 2 für ein Bataillon, und 8) den Mannschaften die „scharfen

1) Ist ein Regiment mobilgemacht, so ist es kriegsbereit, ist es kriegsbereit, so muß es mobilgemacht sein.

2) Ich verweise insbesondere auf die unten in Abschn. 3 angeführten Ordres für die Regimenter des pommerschen Reservekorps und auf eine Anzahl Ordres, die später veröffentlicht werden sollen. Bei manchen anderen (z. B. XIII, 89 und XIII, 168 ff., XIII, 205 [letzteres nur die Anweisung zu der ausführlicheren Ordre]) ist zu beachten, daß sie nicht die volle Mobilmachung anordnen. Einzelne Maßregeln (wie Einziehung der beurlaubten Offiziere oder Mannschaften) waren schon früher erfolgt, andere, wie die Lieferung der Bataillonsgeschütze oder der scharfen Patronen, folgten erst später nach. Vgl. z. B. unten S. 207 Anm 1. Die Regimenter des pommerschen Reservekorps bilden das geeignetste Beispiel, insofern bei ihnen vorher gar nichts geschehen war und sie sofort mit einem Schlag vollständig mobilgemacht wurden; denn sie sollten sehr schnell, schon nach 6 Tagen aufbrechen, um als Reserve im Kampf gegen die Russen zu dienen.

3) Die Einziehung der einfachen Ueberkompletten, soweit solche beurlaubt waren, pflegte nicht besonders befohlen zu werden.

4) Eine weitere Zahl von „Knechten", die „Artillerie- und Bäckerknechte" wurde für die Fortschaffung der Artillerie und für die Bäckerei gebraucht.

Patronen" geliefert; 9) den Soldaten die Brotverpflegung gewährt, d. h. für 6 Tage Brot verteilt, und 10) das Proviantfuhrwerk aus Berlin, Königsberg oder Breslau den Regimentern zugesandt[1]), um das übrige Brot oder Getreide nachzufahren.

Erst wenn alles dies vollständig oder mindestens fast vollständig durchgeführt war[2]), kann man davon sprechen, daß ein Regiment mobilgemacht oder kriegsbereit sei.

L. dagegen definiert (S. 42) die „Mobilmachung" dahin: „Zwischen Urlauber-Einziehung und Mobilmachung bestand der Unterschied, daß letztere auch die Berufung der Knechte einschloß." Wunderbare Wirkung! Eine Anzahl Fuhrknechte berufen, und das Regiment ist mobil und kann getrost mit seinen Fuhrleuten in den Krieg abziehen, ohne Geschütze und ohne scharfe Patronen, ohne Gelder, ohne Wagen, ohne Pferde und ohne Brot! Die Fuhrleute[3]) ersetzen das alles!

Die Definition ist so verfehlt wie nur irgend möglich. Ein jeder erkennt das sofort[4]).

1) Außer den Kabinettsordres vgl. für die Bataillonsgeschütze, Patronen, Brotverteilung, Proviantfuhrwerk auch das Polit. Testament bei L. S. 99 u. 101.

2) Das wichtigste ist die Auszahlung der Equipagegelder und die Beschaffung der Pferde durch das Regiment (nicht zu verwechseln mit dem Pferdekauf im Auslande, der Winterfeldt aufgetragen wurde, vgl. unten Abschnitt 5). Anderes, wie die Einziehung der Knechte, konnte ohne viel Kosten ausgeführt bezw. redressiert werden. Wurden aber erst einmal Equipagegelder ausgezahlt und für die Instandsetzung der Equipage und den Kauf der Pferde verwendet, so war dies eine bedeutende finanzielle Aufwendung, die nur erfolgte und erst dann erfolgte, wenn wirklich mobil gemacht wurde.

3) Ueber L.'s Fuhrleute als Eroberer Sachsens vgl. oben S. 117.

4) Wie falsch sie ist, wie wenig die Berufung der Knechte das allein entscheidende ist, kann der Leser auch selbst feststellen. Denn die Ordre, welche am 25. Juni an die 10 Regimenter ergeht, von deren Mobilmachung und „Berufung der Knechte" L. uns S. 42 erzählt, ist abgedruckt Pol. Korr. Bd. XII, S. 463. Auch nicht ein Wort steht dort von „Berufung der Knechte"! Das muß L. selbst bemerkt haben. Denn er citiert für den an die 10 Regimenter ergangenen Befehl nicht etwa diesen Befehl (den er selbstverständlich kennt, vgl. S. 7 Anm. 3), sondern citiert höchst auffallender Weise zwei Kabinettsordres an die Kammerpräsidenten von Gröben und Aschersleben, beide noch ungedruckt. Da mögen die Kritiker, die in der Ordre für die Regimenter von „Berufung der Knechte" nichts finden, sich einbilden, daß die vermißten Knechte in den Weisungen für die zwei Präsidenten wohl auftauchen werden. Weit gefehlt! Auch in jenen zwei ungedruckten Ordres kein Wort von den Knechten! — Ich kann immer nur wiederholen: Nicht eine Angabe L.'s darf ohne sorgsame Prüfung acceptiert werden, am wenigsten dann, wenn er sich auf ungedruckte Stücke beruft, wo ihn nicht ein jeder sofort zu kontrollieren vermag.

B. Kriegsbereitschaft. Was L. unter diesem zweiten Begriff versteht, läßt er ziemlich unsicher. Jede klare Definition hätte dahin geführt, daß „kriegsbereit" und „mobilgemacht" im Grunde durchaus ein und dasselbe ist.

Nachdem L. zu beweisen versucht hat, daß 52 Regimenter (resp. Grenadierbataillone) Urlauber eingezogen haben und 10 Regimenter mobilgemacht sind, fährt er S. 42 fort: „Faßt man Urlauber-Einziehung und Mobilmachung als Kriegsbereitschaft zusammen, so war Ende Juni weit über die Hälfte der Armee (d. h. 62 Regimenter resp. Grenadierbataillone) kriegsbereit."

Also „Urlauber-Einziehung und Mobilmachung zusammengefaßt" soll Kriegsbereitschaft ergeben? Eine solche Zusammenfassung ist an sich schon logisch unmöglich[1]); aber nehmen wir sie einmal an, so leuchtet ein, daß nur die Regimenter, welche a + b (Urlauber-Einziehung und Mobilmachung) erreicht haben, „kriegsbereit" sind. Was aber thut L.? Er rechnet auch alle die, welche nur a erreicht haben, die 52 Regimenter mit bloßer Urlauber-Einziehung zu den kriegsbereiten! Nur durch diesen falschen irreführenden Schluß ist L.'s Berechnung zu stande gekommen.

Oder soll die sonderbare „Zusammenfassung" etwa besagen, daß „kriegsbereit" sowohl die „mobilgemachten", als auch die mit Urlaubern versehenen Regimenter sind?[2]) Eine größere Verkennung aller militärischen Einrichtungen wäre wohl kaum denkbar, als ein Regiment, das wie alljährlich einzig und allein seine Urlauber zu den Exercitien eingezogen hat, nur aus diesem Grunde als ein „kriegsbereites" anzusehen. Dann wäre in jedem Friedensjahr die preußische Armee in Kriegsbereitschaft gesetzt worden.

Auch die Definition der „Kriegsbereitschaft" ist gänzlich abzuweisen, ebenso entschieden abzulehnen wie die der „Mobilmachung". —

Aber nun beachte man, welch große Wirkungen und Erfolge mit dem Wörtlein „kriegsbereit" und mit der nichtigen Unterscheidung von „mobilgemacht" und „kriegsbereit" erzielt worden sind! Ich muß auf L.'s Verfahren hier näher einzugehen; nur so können die

---

1) Zwei Begriffe, von denen der eine (Mobilmachung) den anderen (Urlauber-Einziehung) bereits in sich schließt, können unmöglich zusammengefaßt einen dritten Begriff ergeben.

2) Wozu dann erst die „Zusammenfassung"? Warum nicht geradezu gesagt, die Regimenter mit Urlaubern sind „kriegsbereit". Etwas so Wunderliches wagt auch L. nicht offen auszusprechen; aber er handelt ohne Scheu nach diesem Princip.

Grundfehler seiner Darstellung der preußischen Rüstungen klargelegt werden.

I. In der That, was wir schon befürchten mußten, ist geschehen: Jedes Regiment, das friedlich seine Exerzierübungen abhält und zu diesem Zwecke die Urlauber einzieht oder eingezogen hat, wird unter der Rubrik: „Preußische Rüstungen im Juni 1756" mit angeführt und wird zu den „kriegsbereiten" gezählt[1]). Nicht weniger als 49 von den 62 Regimentern sind auf solche Art für die Kriegsbereitschaft gewonnen worden, ohne daß bei ihnen irgend etwas von alledem angeordnet war[2]), was für „Mobilmachung" und „Kriegsbereitschaft" bezeichnend ist.

II. Und wie genügsam L. bei den „Preußischen Rüstungen" ist, ganz im Gegensatz zu seiner Beurteilung der österreichischen Rüstung! Selbst wenn nicht einmal die Einziehung der Beurlaubten erfolgt ist, schon die Thatsache, daß nur ein winzig kleiner Teil der Urlauber zurückberufen werden soll, genügt ihm, um ein preußisches Regiment zu einem „kriegsbereiten" zu stempeln. So geschieht es bei den westfälischen Regimentern[3]).

III. Bei den ostpreußischen Regimentern gelingen aber noch glänzendere Wirkungen mit dem Unterscheiden zwischen mobilgemacht und kriegsbereit. a) S. 77 werden die preußischen und russischen Rüstungen nebeneinandergestellt. Der Tendenz entspricht es, an dieser Stelle die preußischen Rüstungen möglichst herabzudrücken. Also wird als „schlagendster Beweis" für die geringe Rüstung gegen Rußland angeführt, daß die in Ostpreußen stehenden Regimenter im Juni 1756 nicht mobil waren. b) S. 42 ff. werden die preußischen den österreichischen Rüstungen gegenübergestellt. Der Tendenz entspricht es, an

---

1) Man erinnere sich demgegenüber, mit welcher Hartnäckigkeit L. auf österreichischer Seite alle Rüstungsmaßregeln als Dinge ausgiebt, die auch im Frieden vorkommen. Aber in Preußen kommt die Einziehung der Urlauber zu den Exercitien wohl niemals im Frieden vor?

2) Auch nicht die Einziehung der doppelten Ueberkompletten; d. h. nicht einmal in der bloßen Zahl der Mannschaften ist der Kriegsfuß erreicht.

3) Bei ihnen ist auf Grund des von L. (S. 41) erwähnten Befehls vom 21. Juni nur etwa der zehnte oder gar der zwanzigste Teil der Urlauber eingezogen worden. Vgl. unten 205. — L. sucht sich noch den Anschein zu geben, als verfahre er sehr milde, als hätte er eigentlich noch weiter greifen können. Er bemerkt (S. 43), daß er 8 Regimenter bezw. Bataillone, die keine Kantons hatten und für die kein Befehl ergangen ist, nicht zu den „kriegsbereiten" hinzuzähle. Wirklich, höchst gnädig und gerecht, daß die bloße Thatsache fehlender Kantons nicht auch schon als ein Zeichen der „Kriegsbereitschaft" ausgegeben wird!

dieser Stelle die preußischen Rüstungen möglichst hoch hinaufzuschrauben. Also wird erklärt, daß die in Ostpreußen stehenden Regimenter im Juni 1756 „kriegsbereit" waren! — Vortrefflich: die an der russischen Grenze stehenden Regimenter sind zu ein und derselben Zeit gegen Rußland nicht mobil, aber gegen Oesterreich sind sie kriegsbereit! oder, wie Delbrück und jeder Leser zunächst es auffassen muß, gegen Oesterreich sind sie mobil[1]).

IV. Aber noch andere Dienste hat das Wörtchen „kriegsbereit" geleistet! Am 12. Juli haben nach L.'s Angabe 76 920 Mann Oesterreicher Marschbereitschafts-Ordres erhalten[2]) (d. h. Mobilmachungs- oder Kriegsbereitschafts-Ordres); mithin, so meint L., „nicht viel mehr als ein Drittel des Heeres".[3]) Dem mußte nun, um die „Priorität der preußischen Rüstungen" deutlich vor Augen zu führen, eine noch größere Zahl preußischer Truppen als schon früher marschbereit oder mobilgemacht gegenüber gestellt werden. Aber das war unmöglich. Wie hilft man sich? Mit dem Worte „kriegsbereit". Die Urlauber-Einziehung wird als „Kriegsbereitschaft" ausgegeben, mit solchem Kunstgriff werden zunächst 37 Regimenter gewonnen, die im August gegen Oesterreich marschieren. Doch das reicht noch nicht aus: es ist ebenfalls „nicht viel mehr als ein Drittel des Heeres", es sind nur etwa 50 000 Mann und erheblich weniger Regimenter als auf österreichischer Seite. Daher werden noch 4 schlesische Garnisonregimenter hinzugenommen, obschon an sie der Befehl zur Einberufung der schlesischen Urlauber gar nicht ergangen ist. Auch dies aber ist noch immer nicht genug. Und so werden denn schließlich auch die gegen Rußland marschierenden 5 Regimenter (resp. Bataillone) des Darmstädter Korps[4]) und sogar die 16 ostpreußischen Regimenter (selbst die ostpreußischen Garnisonregimenter) mit eingeschaltet in die Tabelle, die den österreichischen Rüstungen und den österreichischen „marschbereiten" Regimentern entgegengestellt wird. Mit Hilfe dieser 21 Regimenter ist nun endlich das Ziel erreicht. Die preußische Kriegs-

1) Indem D. die „kriegsbereiten" Regimenter als mobilgemacht bezeichnet, hat er garnicht bemerkt, daß er seiner Angabe, die Ostpreußen seien nicht mobil gewesen (Bd. 79, 264), direkt widerspricht.

2) L. S. 48. Von L. sind die österreichischen Zahlen ebenso zu niedrig, wie die preußischen übertrieben hoch angegeben. Vgl. schon Teil I, S. 265 (61), Anm. 1 eine Anzahl der von L. fortgelassenen Marschbereitschafts-Ordres vom 11. Juli.

3) Auch das eine Angabe, die irreführen könnte. Wie Kochs Denkschrift lehrt, sind sämtliche Truppen, die zunächst verfügbar waren, mobilgemacht worden.

4) Vgl. unten Abschnitt 3.

bereitschaft ist scheinbar größer („weit über die Hälfte des Heeres") als die österreichische („nicht viel mehr als ein Drittel des Heeres") und ist scheinbar früher „Ende Juni" erfolgt. Die Priorität der preußischen Rüstungen ist erwiesen!

Jetzt wird man verstehen, warum es nötig war, die gleichen ostpreußischen Regimenter gegen Rußland als nicht mobil, gegen Oesterreich aber als kriegsbereit oder mobil hinzustellen.

V. In meinem Aufsatz (Hist. Zeitschr. 56) hatte ich dargelegt, daß die gesamte preußische Mobilmachung gegen Oesterreich — von 3 westfälischen Regimentern abgesehen — erst im Monat August angeordnet worden sei. Gegen diesen Nachweis hat selbst der strengste aller Censoren nichts einwenden können. Ebenso aber steht es fest, daß das ganze, zunächst verfügbare österreichische Heer bereits in den Tagen vom 5. bis 15. Juli[1]) mobil gemacht wurde[2]). Damit wäre die Hauptstütze L.'s, die angebliche Priorität der preußischen Rüstung doch wieder ins Wanken geraten! Wie hilft er sich? Abermals mit dem wunderwirkenden Wort: kriegsbereit. Zwar mobilgemacht wurde die preußische Armee erst im August, allein — so windet man sich aus der heiklen Situation spitzfindig heraus — schon Ende Juni wurde sie „kriegsbereit" gemacht! Und doch ist, selbst nach L.'s Meinung, wie sein „schlagendster Beweis" S. 77 zeigt, das entscheidende einzig und allein die Mobilmachung, nicht aber die Kriegsbereitschaft. —

So die mannigfachen Erfolge, die mit dem Worte „kriegsbereit" und seiner geschickten Verwendung gewonnen worden sind[3]). Wollte

1) Vgl. Teil I, 253 (49), 265 (61) Anm. 1 und L. S. 48.

2) Bei der österreichischen Mobilmachung werden von unserem Autor die Worte „Mobilmachung", „Kriegsbereitschaft", die bei den Preußen eine so große Rolle spielen, sorglich vermieden, da heißt es nur: die österreichischen Regimenter sollten „marschbereit" sein! marschbereit, d. h. bereit in den Krieg zu marschieren. Das ist nichts anderes als „Kriegsbereitschaft" und „Mobilmachung". Lauten die preußischen Mobilmachungsordres nicht häufig ebenso? Das Regiment solle alles bereit halten oder anschaffen, „was es zum Marsch haben muß" (z. B. XIII, 169). Vier bis fünf Tage nach den österreichischen „Marschbereitschaftsordres" folgten bereits die „Marschbefehle", ebenfalls noch Mitte Juli (vgl. L. S. 48). Welche anderen Ordres sollte man mithin als Mobilmachungsbefehle ansehen, wenn nicht die Marschbereitschaftsbefehle? Andere Ordres als diese und die Marschbefehle sind garnicht erfolgt. Wer diesen Zusammenhang nicht durchschaut, der müßte aus L.'s Schilderung der österreichischen Rüstungen die Meinung gewinnen, daß die österreichische Armee überhaupt niemals zum siebenjährigen Kriege „mobilgemacht" worden sei.

3) Dazu kommt die schon erwähnte Wirkung auf den Leser, selbst auf einen Gelehrten wie Delbrück, der die „kriegsbereiten" Regimenter sogleich als „mobil-

man sich der Redeweise bedienen, die L. liebt und anwendet [1]), so würde man sagen können: die ganze Darstellung der preußischen Rüstung und ihrer Priorität ist nichts als „eine grobe Mystifikation des Lesers" bewirkt durch das Wörtlein „kriegsbereit", durch Verbergen der gesamten anti-russischen Rüstung und durch eine Reihe anderer ähnlicher Mittel. —

Sogleich eines dieser Mittel muß ich hier noch aufdecken, bevor ich zum einzelnen komme. Neben der falschen Definition der „Mobilmachung" und der Einschaltung des neuen Begriffs der „Kriegsbereitschaft" ist bei der Berechnung der 62 Ende Juni kriegsbereiten Regimenter noch ein drittes Hilfsmittel verwendet worden: nämlich eine konsequente „Verschiebung der Daten", notwendig um die gewünschte Zeit, nämlich „Ende Juni", herauszubringen, und wiederum so geschickt gemacht, daß niemand davon etwas bemerkt zu haben scheint.

Des Königs Befehle zur Rüstung sind Ende Juni ergangen. Nehmen wir einmal alles andere als richtig an, „kriegsbereit" sind die Regimenter doch natürlich erst, wenn die Befehle ausgeführt, nicht wenn sie erteilt werden. Also etwa im Anfang Juli. L. aber erklärt: Die Regimenter „waren kriegsbereit Ende Juni."

Unseres Autors Absicht geht, wie bekannt, dahin, uns glauben zu machen, daß die Einberufung der österreichischen Rüstungskommission am 6. Juli durch die gewaltigen preußischen Rüstungen veranlaßt worden sei, oder vielmehr veranlaßt sein konnte; denn daß sie wirklich dadurch veranlaßt wurde, hat auch L. weder bewiesen noch zu beweisen versucht, Es ist eben schlechterdings unmöglich, da die Zwischenzeit ja viel zu kurz ist: Die Befehle für die preußischen Regimenter resp. für die Festungen ergingen vom 21. bis 28. Juni, die ersten nach dem fernen Westfalen. Zunächst erforderte es mehrere (1, 2 oder auch 5 oder 6)

---

gemachte" auffaßt. Hat L. eine solche falsche Auffassung nicht herbeiführen wollen, so war er verpflichtet, wenigstens seinen hülfsbereiten Freund über das Mißverständnis aufzuklären. Er hat es nicht gethan: weder bei D.'s erstem Aufsatz, noch während der folgenden Zwischenzeit von 14 Monaten, noch auch bei dem zweiten Aufsatz, obschon die angebliche „Mobilmachung" der halben Armee einen Hauptstützpunkt in D.'s ganzer Beweisführung bildet. Er hat seinen eigenen Freund auf den falschen Voraussetzungen immer weiter bauen lassen und verschuldet, daß dieser sich jetzt noch weit mehr kompromottiert hat als L. selbst. Uebernommen hat L. (G. G. A. 1895, S. 122) von D. den auf trügerischem Boden aufgeschossenen „dämonischen" Friedrich, aber daß der Untergrund faul ist, auf dem dieses Gewächs entstanden, das „über Sümpfen schwindelnd in die Höhe steigt" — das wird dem „unbefangenen" Freunde nicht verraten.

1) Vgl. G. G. A. 1896, S. 139.

Tage, bis sie den Regimentern oder den Festungskommandanten zukamen. Bis sie aber ausgeführt waren, verging noch längere Zeit. Schon damit kommen wir in den Monat Juli hinein. Dann aber währte es wieder einige Zeit, bis die österreichischen Agenten von der Ausführung etwas erfuhren, und bis nun gar ihre Berichte in Wien angelangt waren, dauerte wiederum etwa 6 bis 7 Tage. Mithin kann die wirkliche preußische Rüstung in ihrem vollen Umfang oder auch nur in der Hauptsache, selbst unter günstigsten Umständen, erst etwa am 10. bis 15. Juli in Wien bekannt gewesen sein; hingegen am 6. Juli können nur falsche, übertriebene Meldungen oder ganz vereinzelte richtige in Wien eingetroffen sein[1]).

Dieses Verhältnis ist doch wohl so klar, daß ein Forscher wie L. den Zusammenhang nicht verkennen konnte? Was thut er nun, um so viel Zwischenzeit zu gewinnen, daß die Abhängigkeit der österreichischen Rüstungen von der preußischen dennoch wahrscheinlich wird? Er verschiebt die Zeit der Kriegsbereitschaft (die Zeit der vollendeten Ausführung der Befehle) vom Monat Juli auf das Ende des Juni, so daß dadurch eine ungefähre Frist von 7—8 Tagen gewonnen wird, um die Nachrichten aus Preußen nach Wien gelangen zu lassen: d. h. L. läßt alle die Ordres, die erst Ende Juni *erteilt werden*, schon Ende Juni *ausgeführt sein*[2]); er sagt nicht etwa: Ende Juni wurden die Befehle für die Kriegsbereitschaft der halben preußischen Armee gegeben, sondern er sagt: Ende Juni *war* die Hälfte der Armee kriegsbereit, d. h. die Befehle waren ausgeführt. Wie ist es denkbar, daß schon in ungefähr den gleichen Tagen, wo die Befehle von Potsdam abgehen, sie auch in den entferntesten Provinzen ausgeführt sind! Sogar bei derjenigen Maßregel, die am schnellsten zur Durchführung gelangen konnte, da wenigstens einige Regimenter Potsdam nahe lagen, nämlich

1) Und es ist auch thatsächlich am 6. keine Meldung von einer großen antiösterreichischen Rüstung in Wien gewesen; nur einzelne kleinere Nachrichten hatte man erhalten. Wie in Teil I nachgewiesen, wurde die Einsetzung der Rüstungskommission auf Grund einer fingierten Rüstungsmaßregel beschlossen, die sich anknüpfte an den dem General Kyau zugegangenen Befehl, die gewöhnlichen Exercitien zu beginnen. Vgl. Teil I, S. 241—246 (37—42). Der Befehl wurde ausgeführt erst vom 5. Juli an. Vgl. unten Abschn. 4.

2) Genau das umgekehrte Verfahren L.'s ließ sich bei den österreichischen Rüstungen nachweisen. Vgl. Teil I, S. 250, 251 mit Anm. 3 S. 251 (46, 47 mit Anm. 3 S. 47). Da es bedenklich schien, das Datum eines österreichischen Rüstungsbefehls aus dem Juni zu nennen, so wurde nur die ursprünglich ins Auge gefaßte Zeit der Ausführung, nämlich der August genannt, dagegen der Tag der Befehlserteilung wurde mit Stillschweigen übergangen.

bei dem Befehl vom 25. Juni zur Bildung eines pommerschen Reservekorps, war eine Frist von sechs Tagen angesetzt[1]), also in dem allergünstigsten Fall, daß die Ordre noch am selbigen Tage dem einen oder dem anderen Regimente zukam, und daß es wirklich möglich wurde, die königliche Weisung in sechs Tagen auszuführen[2]), so war selbst bei diesem einen einzelnen Regiment frühestens am 1. Juli, nicht aber Ende Juni der Befehl durchgeführt[3]).

Das sind die Fehlschlüsse und die verfehlten Definitionen, auf Grund deren die falsche Darstellung der preußischen Rüstungen und die falsche Ansicht von ihrer Priorität entstanden ist. Nunmehr kurz L.'s Berechnung der 62 Ende Juni kriegsbereiten Regimenter, d. h. die Anwendung dieser Fehlschlüsse in den einzelnen Fällen.

1) Wir sahen vorher, daß gemäß den Bestimmungen für die Übungen des Jahres 1756, wie sie im Februar und März getroffen waren, nur die ostpreußischen Regimenter[4]) und die fünf in das Spandauer Lager kommandierten märkisch-pommerschen Kavallerie-Regimenter noch Ende Juni ihre Exercitien abhielten[5]). Mit Berufung auf die Urlauber-Einziehung zu diesen Exerzierübungen führt L. jene Regimenter an unter der Überschrift „Preußische Rüstungen im Juni 1756" und rechnet sie zu den Ende Juni „kriegsbereiten." Sie scheiden in Zahl von 21 Regimentern ohne weiteres aus.

2) Aus demselben Grunde kommen auch die schlesischen Regimenter in Fortfall. Am 25. Juni ergeht an sie die Ordre, „daß Ihr nur sofort die Beurlaubten Eures Regiments einziehen[6]) und das Regiment complett

1) Vgl. XII, 463. Diese Rüstung sollte, da sie sich gegen Rußland wendete, ungewöhnlich rasch ausgeführt werden. Vgl. unten Abschn. 3.

2) Es ist thatsächlich nicht möglich gewesen. Vgl. unten Abschn. 3.

3) L. ist keineswegs ohne Empfindung dafür, daß die Befehle erst im Juli, nicht aber Ende Juni ausgeführt werden konnten. Bezeichnend ist, daß er die magdeburgischen und altmärkischen Regimenter in seiner Tabelle fortläßt, weil der Befehl für sie erst am 28. Juni ergangen ist (vgl. S. 43). Hätte er sie mit angeführt (wie er es bei den Westfalen thut), so wäre die Daten-Verschiebung sogleich offenkundig geworden.

4) Ich halte mich hier zunächst an L.'s Angaben. Ueber das von L. unerwähnt gelassene, was thatsächlich zum Krieg gegen die Russen bei den ostpreußischen Regimentern angeordnet ist, berichte ich im folgenden Abschnitt.

5) Vgl. oben S. 161.

6) XII, 463. Auch 1755, als man in tiefem Frieden sich befand, erging am 10. Juli der Befehl, daß die schlesischen Beurlaubten „alsofort" zusammenzogen werden sollten. Im Jahre 1754 kamen die Schlesier am 4. Juli zusammen.

zusammenkommen lassen sollet, um mit dem Exercieren den Anfang zu machen." Also Versammlung zum Zwecke der Friedensexercitien und zwar zu der gleichen Zeit wie in den vorangehenden Jahren: das ist doch wahrlich kein „in Kriegsbereitschaft setzen", keine große Kriegsrüstung, wozu L. diese Ordre aufbauscht. Der Leser wird fragen: Wie ist ein solcher Irrtum möglich, es steht doch ausdrücklich da „zum Exercieren zusammenkommen"? Antwort: Die Worte „zum Exercieren zusammenkommen" werden von L. (S. 41) bei der Anführung des Befehls einfach fortgelassen.

Man darf nicht meinen, daß die Einberufung der Schlesier zu den Exercitien nur ein Vorwand war, hinter dem sich wirkliche Rüstungen verbargen. Es blieb bei den einfachen Exerzierübungen; von all den Maßregeln, die, wie oben dargelegt, hinzutreten mußten, um ein Regiment mobil oder kriegsbereit zu machen, wurde in Schlesien Ende Juni und den folgenden Wochen keine einzige angeordnet[1]). Ausgeführt war die Einziehung der schlesischen Urlauber nicht „Ende Juni", sondern erst in den Tagen vom 5. und 6. bis 8. Juli[2]). Damit scheiden wiederum 28 Regimenter[3]) aus der Reihe der „kriegsbereiten" aus, und die stolze Zahl der 62 ist bereits auf 13 zusammengeschrumpft.

3) Ohne weiteres fallen ferner die drei westfälischen Regimenter fort; denn sie sollten nach dem Befehl vom 21. Juni[4]) noch nicht einmal die Beurlaubten, sondern nur etwa den zehnten oder zwanzigsten Teil derselben, d. h. nur die unsicheren Leute (von denen man Mitte Juni jedenfalls nur wenige beurlaubt hatte) zurückberufen. Ausgeführt war auch diese Maßregel, wie aus General Quadt's Bericht vom 30. Juni zu entnehmen, erst im Juli, noch nicht Ende Juni.

4) Bleiben noch 10 Regimenter (resp. 9 Regimenter und 1 Grenadierbataillon). Das sind die fünf, die zur Unterstützung des Feldmarschalls Lehwaldt gegen die Russen marschieren sollten, d. h. die Regimenter Darmstadt, Amstel, Franz-Braunschweig, Württemberg und die Kahlden-Grenadiere[5]) — sowie die fünf Regimenter, die an ihrer Stelle in die

---

1) Erst 4 Wochen später, am 23. Juli, kam es und zwar nur für 2 oberschlesische Kavallerieregimenter zu einem geringen Anfang von Kriegsrüstung. Vgl. XIII, 110. 111.

2) Vgl. unten in Abschn. 4 dieses Kapitels.

3) An die bei der Zahl 28 von L. mitgerechneten 4 Garnisonregimenter ist der Befehl vom 25. Juni überhaupt nicht ergangen.

4) L. S. 41. Pol. Korr. XII, 434. Vgl. auch unten Abschnitt 4.

5) Vgl. unten Abschnitt 3 dieses Kapitels.

verlassenen Garnisonen einrückten (Jeetze, Blanckensee, Markgraf Friedrich, Prinz Moritz, Prinz von Preußen). Von diesen 10 Truppenteilen sind — durch Befehle, die L. nicht erwähnt hat[1]), — die fünf gegen die Russen bestimmten vollständig mobilgemacht worden; dagegen die anderen fünf, die sich der österreichischen Grenze näherten, wurden nicht mobilgemacht[2]). Ausgeführt aber war sowohl diese Mobilmachung gegen die Russen, als auch die Einziehung der Urlauber und der doppelten Ueberkompletten, die den fünf anderen Regimentern anbefohlen wurde, erst im Anfang Juli, nicht Ende Juni. —

Wir erhalten mithin das Resultat: Ende Juni war kein einziges preußisches Regiment oder Grenadier-Bataillon mobil oder kriegsbereit.

Nur gegen die Russen wird Ende Juni der Befehl erteilt zur Mobilmachung eines Korps von vier Regimentern und einem Grenadierbataillon. Ausgeführt ist der Befehl, d. h. kriegsbereit oder mobilgemacht sind diese Truppenteile Anfang Juli.

Zweitens — wenn ich sogleich noch hinzufügen darf, was L. unerwähnt gelassen — abermals gegen die Russen wird im Juni Befehl gegeben zu einer fast vollständigen Mobilmachung der ostpreußischen Truppen[3]).

Hingegen Oesterreich gegenüber — wo angeblich 62 preußische Regimenter kriegsbereit oder mobilgemacht sein sollen — ist in Wahrheit Ende Juni weder irgend eine Mobilmachung oder Kriegsbereitschaft schon ausgeführt noch auch ein Befehl dazu erteilt worden. Da werden vielmehr noch nach dem 17. Juni, nach Empfang des „spezioſen Vorwands", die magdeburgischen und altmärkischen Urlauber nach Hause entlassen, an Offiziere werden Werbepässe oder wird Urlaub erteilt[4]). Das ist der höchst originelle Beginn der gewaltigen „Offensivrüstung" gegen Oesterreich! —

Ich nenne sogleich hier die richtigen Daten für die Kriegsbereitschaft der Regimenter, die L. fälschlich Ende Juni kriegsbereit sein läßt.

Den 3 westfälischen wurde der Befehl zur Mobilmachung am 17. Juli zugesandt (XIII, 89), einen bedeutenden Teil ihrer Ausrüstung aber erhielten sie erst Mitte August und in den Tagen bis zum

---

1) Vgl. unten Abschnitt 3 dieses Kapitels.

2) Vgl. Abschnitt 3. Einer der Fehler L.'s, der die schlimmste Verwirrung angerichtet hat, ist der, daß er die fünf in der Richtung nach der österreichischen Grenze verlegten Regimenter als mobilgemacht ausgiebt.

3) Vgl. den folgenden Abschnitt.

4) Vgl. oben S. 160. 161. 166.

25. August[1]); erst da waren sie völlig kriegsbereit. An die 5 märkisch-pommerschen Kavallerieregimenter ergingen die Mobilmachungsbefehle am 6. bezw. 12., 13., 14., 20. August; an die 5 Regimenter, welche die Garnisonen wechselten, am 2. bezw. 20. und 21. August[2]), an die schlesischen Truppen[3]) am 12. August (XIII 205); und, um auch dies noch zu erwähnen, für die anderen pommerschen, brandenburgischen und magdeburgischen folgten die Befehle im Laufe des August, die meisten am 2., 6., 13., 20. August[4]). Also mobilgemacht und kriegsbereit waren diese Regimenter, welche gegen Oesterreich und Sachsen marschierten, so gut wie sämtlich erst in der zweiten Hälfte des August, etwa 6—12 Tage[5]), nachdem die Befehle aus Potsdam abgegangen waren.

## II. Die Rüstungen gegen Rußland in Ostpreußen.

Die neue „Legende" von der großen preußischen Kriegsbereitschaft und Mobilmachung im Juni 1756 ist beseitigt. Damit ist freie Bahn geschaffen. Ich kann nunmehr an die positive Darstellung der preußischen Rüstungen im Juni herangehen[6]).

---

1) In der Ordre vom 17. Juli wird nur die Einziehung der Urlauber, der doppelten Ueberkompletten, der Knechte und Pferde befohlen, sowie die Mitnahme der Feldequipage. Nach dem beim Regiment Wied geführten Tagebuch wurde erst am 20. August die vollständige Feldequipage, am 23. die Brotverpflegung und die scharfen Patronen, am 25. das Proviantfuhrwerk und die Bataillonsgeschütze geliefert (Tagebuch des Musketiers Dominicus, herausgeg. von Kerler 1891, S. 2 und 3). Die Equipagegelder werden, nach der Ordre an Quadt vom 16. August zu schließen, im ersten Teil des August gezahlt worden sein.

2) Die Ordres vom 2. August vgl. XIII, Nr. 7797 mit Anm. 3.

3) Nachdem schon am 23. Juli für die Regimenter Kyau und Schönaich (XIII, 110, 111) und am 6. August für die Regimenter, die einen Grenzkordon ziehen sollten (XIII, 177, 178), einzelne Anordnungen getroffen waren.

4) Vgl. z. B. XIII, 206—208; den Befehl für die Pommern XIII, 168.

5) Vgl. hierzu unten Abschn. 3. Selbst wenn einmal ein Regiment schon nach 6 Tagen mobil sein sollte, so darf man nicht übersehen, daß damit gemeint ist, 6 Tage nach Empfang der Ordre; das war also häufig erst 10—12 Tage nach Abgang der Ordre

6) Koser (Friedrich d. Gr. I, 595) und ich (Histor. Zeitschr. 55, 459) hatten diese Junirüstungen nur mit wenigen Worten gestreift. Gegenüber der einseitig tendenziösen Darstellung L.'s ist jetzt eine neue eingehende aktenmäßige Schilderung notwendig, umsomehr, da L.'s wie D.'s Ausführungen über Friedrichs Verhalten im Jahre 1756 hauptsächlich an diese Junirüstungen angeknüpft haben. Die hiesige Darstellung, welche sich auf zahlreichen einzelnen, meist ungedruckten und sehr fragmentarisch erhaltenen Ordres aufbaut, wurde auch dadurch erschwert, daß die Geschichte der preußischen Militärverwaltung noch wenig aufgeklärt ist.

Für die Beurteilung dieser Rüstungen ist die entscheidende Frage, ob und inwieweit gegen die Russen Kriegsvorkehrungen getroffen worden sind. Sind solche Vorkehrungen erfolgt und gehen sie weiter als die Rüstungen gegen Oesterreich, so ist es sicher, daß in erster Linie die Sorge vor einem Angriff der Russen, d. h. Verteidigungsabsichten den König im Juni bestimmt und geleitet haben; was gegen Rußland geschieht, ist zugestandenermaßen nur als Defensivrüstung zu erklären.

Sogleich das erste Schreiben des Königs, das die Notwendigkeit von Rüstungen ankündigt, bezieht sich auf Maßnahmen gegen Rußland. Dem in Ostpreußen kommandierenden Feldmarschall Lehwaldt wird am 17. Juni angezeigt, daß ihm demnächst „ein expresser Offizier" geschickt werden solle, um ihm die Willensmeinung des Königs zu eröffnen, „wie alles dorten arrangiret werden soll" [1]).

Doch noch bevor dieser Offizier — es war der Flügeladjutant Major Bernd Henning von der Goltz — seine Reise antreten konnte, erging am 21. Juni, hervorgerufen durch die neuen bedrohlichen Nachrichten aus Rußland,[2]) ein erster umfassender Rüstungsbefehl nach Ostpreußen. Diese Ordre vom 21. Juni ist nicht blos die erste, durch die in dem bisherigen, durchaus auf Frieden deutenden Zustande des preußischen Heeres eine Aenderung herbeigeführt wird[3]); diese erste Maßregel ist zugleich auch die weitgreifendste Rüstungsmaßregel, die überhaupt im ganzen Juni und auch im ganzen Juli angeordnet worden ist. Energisch und entschieden geht der König hier gegen Rußland sogleich vor — ganz anders, als wir ihn gegen Oesterreich werden handeln sehen[4]).

Diese wichtigste Ordre ist noch gänzlich unbekannt; ich darf auf sie, soweit sie rekonstruiert werden kann[5]), näher eingehen:

---

1) Vgl. Pol. Korr. XII, 420.

2) Die Nachrichten vom 19. Juni über den unmittelbaren Anmarsch der russischen Heere gegen die preußischen Grenzen. Vgl. oben S. 185.

3) Der Befehl an Schlabrendorff vom 19. Juni (XII, 433) trifft nur verhältnismäßig geringfügige Anordnungen für den August und den Herbst 1756. Vgl. unten Abschn. 5; vgl. auch S. 218.

4) Vgl. schon oben S. 169 und 171.

5) Leider ist die Ordre selbst verloren, ihr Inhalt ist nur aus Lehwaldts Antwort vom 28. Juni zu ersehen. Lehwaldts Angaben über die königlichen Befehle sind ganz präcis und deutlich. Aber ob er sämtliche in der Ordre vom 21. erteilten Befehle wiedergiebt, ist nicht zu bestimmen; sehr wohl möglich, daß diese Rüstungsbefehle vom 21. Juni noch weiter gegangen sind, als wir heute feststellen können. Der Bericht vom 28. wird später veröffentlicht.

1. Dem Feldmarschall Lehwaldt wird Befehl erteilt, bei den sämtlichen preußischen Regimentern „Niemanden zu beurlauben“ [1]), sondern alles in „complettem und marschfertigem Stande zu halten“.

Für eine ganze Provinz werden damit die bisherigen Anordnungen über die Exercitien, denen zufolge am 1. Juli alle ostpreußischen Urlauber entlassen werden konnten, abgeändert. Unzweifelhaft ist dies eine Kriegsmaßregel, so umfassend und weitgehend, wie für keine andere Provinz. Nirgends ist sonst im Juni oder ersten Teil des Juli befohlen worden, daß die sämtlichen Beurlaubten der Provinz außerhalb der Exerzierzeit zusammenbleiben, nirgends sonst, daß alle Regimenter in „marschfertigem Stande“ gehalten werden sollten.

2. Durch die gleiche Ordre vom 21. wird befohlen, daß „die Compagnien und Escadrons so verleget werden sollen, daß selbige in einem Tage zusammen sein können.“

Also bereits eine Truppenkonzentration und Truppenzusammenziehung, eine Bestimmung, die sogar noch über die „Mobilmachung“ hinausgeht; eine Anordnung, wie sie im Juni wiederum allein gegen die Russen für nötig befunden wird; auch ausgeführt wird sie noch Ende des Monats.

3. Weiter ergeht mit der Ordre vom 21. an Lehwaldt die Weisung, das der russischen Grenze am fernsten liegende Infanterieregiment Kalnein unter einem vom Könige „vorgeschriebenen Prätext“ in Königsberg zurückzuhalten [2]). Auch diesem Befehl kam der Feldmarschall

---

1) Uebereinstimmend mit der eigenhändigen Notiz des Königs: „Point congédier en Prusse“ (vom 21. zu datieren). Die zwei sehr wichtigen Blätter mit den auf die Rüstungen bezüglichen eigenhändigen Notizen des Königs werden ebenfalls später abgedruckt werden. Auch sie, die mit Rüstungsmaßregeln gegen Rußland geradezu überfüllt sind, hat L. garnicht beachtet — obschon sie in einem dünnen Aktenbande eingeheftet sind, aus dem er die dicht daneben befindlichen Aktenblätter ausgiebig benutzt und veröffentlicht hat (so S. 2 Anm. 2 die Grande disposition, S. 3 Anm. 2 die Disposition générale).

2) Die einzelnen ostpreußischen Regimenter waren gegen Schluß der Exerzierzeit im zweiten Teil des Juni mit anderen Regimentern zum Manövrieren zusammengekommen; eben zu dem Zweck befand sich das Regiment Kalnein in Königsberg (Ordre an Lehwaldt, 17. Juni; im Archiv des Großen Generalstabs). Daß erst die Nachrichten vom 19. Juni den König zu einigen Rüstungsmaßregeln bestimmt haben, und daß es bis dahin, selbst noch am 17. Juni, bei den friedlichen Anordnungen verblieb, dafür bietet auch die Ordre vom 17. einen neuen Beleg: Friedrich erklärt sich zufrieden, daß nach dem Manövrieren Lehwaldt die Regimenter „wiederum auseinander nach ihren Quartieren gehen lasse“. Am 21. folgt der Widerruf dieser Erlaubnis.

noch vor dem 28. Juni nach, sodaß nunmehr von den 5 ostpreußischen Infanterieregimentern drei, Kalnein, Dohna und Below, in Königsberg versammelt waren[1]); die zwei anderen, Lehwaldt und Kanitz, befanden sich ohnehin „in ihren Standquartieren" der russischen Grenze bereits noch näher als in Königsberg. Diese Verlegung des Regiments Kalnein ist die erste preußische Truppenverschiebung nach der feindlichen Grenze zu[2]).

4. Die ostpreußischen Kavallerieregimenter hatten gegen Ausgang der Exerzierzeit Kantonnierungsquartiere bezogen und hielten zusammen mit anderen Regimentern gemeinsame Manöver ab; so manövrirten z. B. die Langermann-Dragoner zusammen mit den Ruitz-Dragonern bei dem Amte Lesgewanginnen. Auch für die Kavallerieregimenter wurde jetzt befohlen, „im completten und marschfertigen Stande sich zu halten" und „die Escadrons so zu verlegen, daß sie in einem Tage zusammen sein können". Ebenfalls noch am 21. erging die weitere Ordre[3]): der König könne „aus gewissen Ursachen" nicht erlauben, daß selbst nach dem Kantonnement das Regiment „einige Pferde auf die Grasung schicke", d. h. auch noch nach dem Kantonnement sollten die Pferde zusammengehalten werden.

5. Durch den Befehl an Lehwaldt vom 21. wurde ferner bestimmt, daß die ostpreußischen Garnisonregimenter Sydow und Manteuffel mit Feldequipage und Proviantwagen versehen werden sollten[4]),

---

1) Uebereinstimmend mit der eigenhändigen Notiz des Königs (zu datieren vom 21. Juni) „Rassembler l'infanterie prussienne à Kœnigsberg." Dahinter ein Zusatz, der wohl zu entziffern ist als „à demi"; d. h. die Hälfte der Infanterie-Regimenter soll in Königsberg versammelt werden.

2) In Oesterreich erfolgte die erste entsprechende Anordnung, die Verlegung des Regiments Ansbach nach Böhmen, bereits im Monat Mai. Vgl. Teil I, S. 264 (60).

3) Kabinettsordre an Generalmajor Freiherrn von Langermann, Potsdam, 21. Juni.

4) Vgl. Instruktion für Lehwaldt vom 23. Juni. P. K. XII, 450. Dort werden auch die Zelte erwähnt. Wenn bereits für die Garnisonregimenter diese Befehle ergingen, so wird selbstredend auch für die ostpreußischen Feldregimenter die Equipage, so weit sie nicht schon fertig war, im Juni beschafft und fertiggestellt, oder wenigstens der Befehl zur Fertigstellung gegeben worden sein. Major von der Goltz regelte in Ostpreußen das zur Mobilmachung erforderliche. Vgl. z. B. Ordre an Goltz, Potsdam, 21. Juli, über die Bezahlung von Gerätschaften zum Fuhrwesen und zur Bäckerei. Vgl. auch bei Schöning, Histor.-biograph. Nachrichten zur Geschichte der brandenb.-preußischen Artillerie, II, 316 den Briefwechsel zwischen dem König und Lehwaldt im August 1756.

um der Feldarmee mit eingereiht zu werden: Auch dies eine Maßregel, die im Juni nur in Ostpreußen vorgekommen. —

Auf die Ordres vom 21. Juni folgten schon zwei Tage später die umfassenden Instruktionen für Lehwaldt mit neuen Rüstungsbefehlen, wie sie wiederum nur für Ostpreußen damals erteilt wurden. So werden Bestimmungen gegeben über die Ausrüstung der doppelten Ueberkompletten[1]) und über das Berittenmachen der doppelten Ueberkompletten der Kavallerie[2]). Auch für das künftige schleunige Zusammenbringen der Proviant- und Artilleriepferde soll Lehwaldt bereits jetzt seine „Arrangements" treffen[3]).

Ferner: Allein für Ostpreußen werden im Juni in Berlin große Geldbeträge, 400 000 Thaler (d. h. fast das dreifache der Mobilmachungskosten) bereitgestellt[4]) und Anfang Juli abgeschickt[5]).

Allein nach Ostpreußen sollen Ingenieure, Pontons, Kanoniere und Bombardiere, Feldapotheken- und Lazarettsachen gesandt werden[6]). Im Juni werden diese Befehle erteilt, Anfang Juli ausgeführt.

---

1) P. K. XII, 450 und Lehwaldts Bericht vom 6. Juli (zum Teil abgedruckt XIII, 59). Aus letzterem ergiebt sich, daß Lehwaldt den Befehl sofort auszuführen begann; es war nicht etwa ein Eventualbefehl. Ein solcher war nur der Befehl in der zweiten Instruktion über die Einziehung der Ueberkompletten. Vgl. XII, 454.

2) Für die gegen Sachsen und Oesterreich marschierenden preußischen Kavallerie-Regimenter erging ein entsprechender Befehl erst am 21. August. (Kabinettsordres an Prinz Moritz [Zerbster Archiv] und an Winterfeldt.)

3) Vgl. die zweite Instruktion für Lehwaldt, XII, 454. Die Regimenter der mittleren Provinzen (mit Ausnahme des gegen die Russen marschierenden Reservekorps, s. Abschnitt 3) erhielten erst in der zweiten Hälfte Juli resp. im August Befehl, die vom Lande zu liefernden Proviantpferde zusammenzubringen.

4) „L'argent pour les régiments de Prusse" eigenhändige Notiz (etwa vom 21. Juni). „Si l'on peut faire passer de grosses sommes en Prusse par des lettres de change" ebenso aus den letzten Tagen des Juni. Die Gelder (400 000 Thaler) wurden von Berlin mit dem Regiment Württemberg abgeschickt. Vgl. XIII, 5. Die Mobilmachungskosten für das ostpreußische Korps betrugen 146 896 Thaler (vgl. XIII, 25). Ueber diese finanziellen Fragen wird später noch weiteres mitzuteilen sein.

5) Noch bevor diese Gelder eintrafen, verfügte, wie wir hören, Feldmarschall Lehwaldt bereits über die Equipagelder für die Regimenter. Vgl. XIII, 136. Vielleicht sind diese dem Major Goltz mitgegeben worden, oder es ist durch eine fehlende Ordre die Zahlung der Equipagegelder aus den Provinzialkassen befohlen worden.

6) Bericht Lehwaldts, 28. Juni. „Deux ingénieurs pour la Prusse" eigenhändige Notiz des Königs (circa 21. Juni). Aufzeichnung Eichels über die Gegenstände, die das Regiment Württemberg nach Preußen mitführen sollte

Allein für Ostpreußen wird unter Oberst von Holtzmann die Korpsartillerie in Berlin im Juni in Kriegsbereitschaft gesetzt; am 1. Juli war sie fertig ausgerüstet und trat den Marsch nach Ostpreußen an[1]). Scharfe Patronen wurden aus dem Berliner und dem Stettiner Magazin durch die nach Ostpreußen bestimmten Regimenter Württemberg und Amstel mitgeführt; auch davon hören wir nur bei diesen gegen die Russen marschierenden Regimentern[2]). Aus Berlin werden ferner nach Ostpreußen 1000 Zentner Pulver geschickt[3]). Es ergeht für die ostpreußischen Regimenter der Befehl: „Die Kartuschen und Patronenhülsen vor Canons, Infanterie und Husaren müssen ohngesäumt gefüllet werden“[4]); Gewehre und Patronentaschen läßt der König nach Preußen absenden[5]). Eine „Designation“ über die für das Korps notwendigen Pferde wird aufgestellt, die Feldetats für die ostpreußischen Regimenter werden durch Goltz überbracht[6]).

Und weiter: Nur für Ostpreußen wird in den mittleren Provinzen ein Reservekorps gebildet und mobilgemacht[7]). Nur für Ostpreußen wird befohlen, auch bereits die Landmiliz, das Regiment Hülsen zusammenzuziehen[8]) „unter dem Prätext, weil es so lange nicht exerziert worden wäre“. Nur für Ostpreußen zum Kriege gegen die Russen werden bereits im Juni für Feldmarschall Lehwaldt eingehende Instruktionen aufgesetzt[9]).

Ueberblickt man all' diese Anordnungen, — mit denen das, was

---

(circa 25. Juni). „Les canoniers distribuer en corps“ eigenhändige Notiz des Königs (circa 21. Juni). Vgl. auch oben S. 191 Anm. 6 und XIII 332. Die Verteilung der Kanoniere und der Artillerie auf drei Korps (vgl. S. 44 Anm. 4) erfolgte mit Rücksicht darauf, daß die Kanoniere und die Artillerie nach Ostpreußen gesandt werden sollten.

1) „L'artillerie du III corps part avec Württemberg.“ Eigenhändige Notiz (circa 26. Juni). Vgl. auch weiter unten.

2) Vgl. unten Abschnitt 3.

3) La poudre pour la Prusse.“ Eigenhändige Notiz (circa 21. Juni). Vgl. auch XII, 450.

4) Eigenhändiger Zusatz zu der Instruktion für Lehwaldt vom 23. Juni. Vgl. XII, 450.

5) Vgl. XII, 450; XIII, 136. 137.

6) Retzow an den Erbprinzen von Darmstadt, 30. Juni. Großherzogliches Staatsarchiv in Darmstadt. Auch die „Designation“ über die Proviant- und Artilleriepferde (vgl. XII, 454) ist wohl durch Goltz überbracht worden.

7) Vgl. unten Abschnitt 3.

8) Ordre an das Generaldirektorium vom 23. Juni und Instruktion für Lehwaldt XII, 449.

9) Vgl. XII, 448—457.

in anderen Provinzen im Juni geschah[1]), auch nicht im entferntesten sich messen kann, — so wird zugegeben werden, daß man in Ostpreußen bereits im Juni der vollständigen Mobilmachung mindestens sehr nahe gekommen war. Hätten wir für Ostpreußen so gute Nachrichten wie für die anderen Provinzen, so würden sich zweifellos noch weit mehr Rüstungsmaßregeln feststellen lassen[2]). Aber leider fehlen gerade für die entscheidenden Tage sämtliche Kabinettsordres, die an Lehwaldt ergangen sind; ebenso sind in dem Königsberger Archiv die Akten über die ostpreußische Rüstung verloren[3]), und dazu kommt für unsere Kenntnis sehr störend hinzu, daß Major von der Goltz des Königs Weisungen nach Ostpreußen mündlich übermittelt hat. Wenn für die ostpreußischen Regimenter am 21. Juni befohlen wird, daß „die Regimenter marschbereit" sein sollen, so ist das eigentlich schon ein Mobilmachungsbefehl. Nur daß in diesem Fall[4]) einzelnes, was zur Mobilmachung gehört, so die Einziehung der doppelten Ueberkompletten und das Zusammenbringen der Proviant- und Artilleriepferde erst erfolgen sollte, sobald „ nur der geringste feindliche Einbruch geschiehet", wie in der zweiten Instruktion für Lehwaldt vom 23. Juni bestimmt wird[5]). Das heißt: Der Eventualbefehl zur vollständigen Mobilmachung, zur Ausführung auch der letzten notwendigen Maßregeln, ist bereits im Juni ergangen. Eben diese zweite Instruktion für Lehwaldt stellt sich dar als ein solcher Eventualbefehl zur vollständigen Mobilmachung. Und wenn wir aus dieser Instruktion erfahren, daß im Fall des Einbruchs der Russen nur noch die doppelten Ueberkompletten einzuziehen und die Proviant- und Artilleriepferde zusammenzubringen waren[6]), so wird die Vermutung berechtigt sein, daß das übrige,

1) Vgl. unten Abschn. 4 dieses Kapitels.

2) Das lehrt u. a. auch ein Bericht Lehwaldts vom 1. August, in welchem eine königliche Kabinettsordre vom 25. Juni (also zusammenfallend mit den Befehlen für das nach Ostpreußen bestimmte Reservekorps und mit den für die schlesischen Festungen) erwähnt wird. In dieser ebenfalls verlorenen Ordre war Lehwaldt befohlen worden, „bei dem Garnisonregiment Luck das Heyderstädtische Bataillon im Fall einer Ruptur zu errichten", es sollte 786 Mann stark werden.

3) Gütige Mitteilung des Herrn Archivrats Dr. Joachim in Königsberg.

4) Bei den österreichischen Marschbereitschaftsordres ist eine derartige Einschränkung nicht zu konstatieren.

5) Vgl. Bd. XII, 455. Die zweite Instruktion enthält trotz ihrer Bezeichnung als „ökonomische", zum Teil rein militärische Bestimmungen, vgl. z. B. den ersten Abschnitt der Instruktion.

6) Vgl. XII, 454. Und selbst diese Maßregeln, deren Ausführung vorläufig noch hinausgeschoben wird, wurden doch schon vorbereitet: Lehwaldt sollte bereits

was zur Mobilmachung notwendig war, bereits im Juni beschafft worden oder zu beschaffen befohlen worden ist. Von vielem haben wir es bereits nachweisen oder wahrscheinlich machen können, anderes, wie etwa die Verteilung der Bataillonsgeschütze oder die Einziehung der Knechte, wird vermutlich durch eine der verlorenen Ordres oder aber durch den Major Goltz und die ihm mündlich erteilten Instruktionen geregelt worden sein. Denn, wäre es nicht der Fall, so hätten ja diese Dinge in der zweiten Instruktion als etwas, was erst beim Einbruch der Russen geschehen sollte, angeführt werden müssen.

Wenn für die vollständige Mobilmachung in Ostpreußen noch einiges wenige auf spätere Zeit verschoben wurde, so lag dies doch nur daran, daß Friedrich bei der weiten Entfernung der Provinz die Vollendung der Mobilisirung nicht selbst sogleich anordnen, sondern dem Feldmarschall Lehwaldt es überlassen wollte, den passenden Zeitpunkt hierfür zu wählen. Deshalb empfängt Lehwaldt für diese Hinzufügung des letzten Restes nur einen eventuellen Befehl[1]). Erhellt nicht auch aus diesem Verfahren die Vorsicht, mit der Friedrich selbst jetzt noch während der Rüstungen zu Werke ging? Wenn allzu viele und allzu schnelle Vorkehrungen in Ostpreußen getroffen wurden, so konnte der befürchtete Angriff der Russen erst recht herausgefordert werden. Deshalb hielt der König eine mittlere Linie inne, ordnete zur sofortigen Ausführung nur das notwendigste an, verschob dagegen die Einziehung der doppelten Ueberkompletten und das Zusammenbringen der Proviantpferde, d. h. Maßregeln, die erhebliches Aufsehen erregen mußten, bis zum wirklichen Einbruch der Russen und ließ anderes (wie die Verlegung des Regiments Kalnein und die Versammlung des Regiments Hülsen) nur „unter Prätexten" vornehmen. Nimmermehr aber wird man in diesem vorsichtigen Zurückhalten mit der vollständigen Mobilmachung den „schlagendsten Beweis"[2]) sehen dürfen, daß Friedrich durch die

derart seine „Arrangements machen", daß im Notfalle die Proviantpferde „sogleich" zusammengebracht werden könnten; für die doppelten Ueberkompletten sollte die Ausrüstung schon jetzt beschafft werden.

1) Den von so zahlreichen Vorbedingungen abhängig gemachten Eventualbefehl für die Forderung einer Abtretung Westpreußens (vgl. XII, 455, 456) nutzt L. aufs eifrigste aus. Dafür kann die „kostbare Instruktion" an Lehwaldt vom 23. Juni nicht oft genug citiert werden (so S. 63, 68, 75). Hingegen der Eventualbefehl für die ostpreußische Mobilmachung bleibt gänzlich unerwähnt, obschon sich dieser Befehl ebenfalls in den Lehwaldtschen Instruktionen vom 23. Juni findet; in diesem Fall „existiert die Lehwaldtsche Instruktion für L. nicht" (vgl. G. G. A. 1895, S. 117). Das nämliche Verfahren s. schon oben S. 190 Anm. 3.

2) Lehmann S. 77.

Russen sich nicht beunruhigt fühlte. Solch' irrige Meinung konnte bei dem Leser nur Glauben finden, wenn die sämtlichen Rüstungsmaßregeln, die thatsächlich in Ostpreußen getroffen wurden, aus der Darstellung verschwanden.

Wenn andererseits die formelle Mobilmachungserklärung, die Lehwaldt überlassen blieb, und die, wie die Dinge im Juni lagen, jeden Moment erwartet werden konnte, später doch nicht erfolgte, so war dies dadurch verursacht, daß schon 6 Tage später, am 29. Juni, ein vollständiger Wechsel eintrat, indem die Russen plötzlich Halt machten oder zurückmarschierten. Daraufhin konnten die Rüstungen in Ostpreußen rückgängig gemacht und die Urlauber entlassen werden [1]).

Zusammenfassend können wir sagen: die ostpreußischen Regimenter waren im Juni so gut wie mobil gemacht, für das wenige noch Fehlende waren bereits Eventualbefehle erteilt, und — was stark hervorzuheben ist — man war in manchen Beziehungen schon erheblich über die Mobilmachung hinausgegangen: Verlegung und Konzentration der Regimenter gehört nicht zur Mobilmachung, sondern in ein noch weitergehendes Stadium der Rüstung. Mithin werden wir das noch mangelnde Zusammenbringen der „Artillerie- und Proviantpferde" wohl verschmerzen können. Kleinlich ist es, diese noch nicht vollständig beendeten Maßregeln allein entscheiden zu lassen, und am wenigsten hat der ein Recht dazu, dem, sobald es sich um Rüstung gegen Oesterreich handelt, schon die bloße Rückberufung einiger unsicherer Urlauber genügend erscheint, um Regimenter als kriegsbereit auszugeben [2]). Endlich aber vor allem: Ob die Ostpreußen mobil sind oder nicht, ist für den Vergleich der preußischen Rüstungen gegen Rußland mit denen gegen Oesterreich völlig irrelevant, nachdem es sich gezeigt hat, daß gegen Oesterreich kein einziges Regiment mobil gemacht oder kriegsbereit war. Jetzt kann es sich bei einem solchen Vergleich nicht um die Frage handeln, ob hier oder dort vollständige Mobilmachung angeordnet war, sondern nur um die Frage: Ist man gegen die Russen oder gegen die Oesterreicher einer Mobilmachung im Juni näher gekommen? Und wie die Antwort darauf lautet, das unterliegt nicht dem mindesten Zweifel. —

Friedrichs weitgehende Rüstungsmaßregeln in Ostpreußen entsprechen durchaus seinen gleichzeitigen Äußerungen, den Äußerungen der lebhaften Besorgnis, daß ein Angriff der Russen nahe bevorstehe [3]). Der

1) Vgl. unten Kap. IV.

2) Vgl. oben S. 205.

3) Vgl. oben S. 189. 190; sowie XII, 429. 432. 437. 441. 442. 448 ff. 454. 455. 465; vgl. Eichel über des Königs Besorgnisse 443. 444.

französische Gesandte Valory[1]), der österreichische Puebla und selbst Graf Kaunitz haben aus den Handlungen des Königs seine Unruhe über den Anmarsch der Russen sehr wohl herausgefühlt und haben die preußischen Rüstungen zutreffend als Rüstungen gegen Rußland aufgefaßt[2]). Was die zeitgenössischen Gegner des Königs, trotz aller Feindseligkeit, trotzdem sie keine Einsicht in die preußischen Akten besaßen, doch richtig erkannt haben, diese einfache Wahrheit ist dem heutigen Historiker, die sich seiner Objektivität und Unparteilichkeit rühmt und in die geheimsten Akten Einblick nehmen konnte, gänzlich verschlossen geblieben. Statt die gleichzeitigen preußischen Rüstungen in Ostpreußen zu prüfen, hat L. Friedrichs angebliche geringe Beunruhigung durch die Russen im Juni 1756 „schlagend" erweisen wollen durch die ostpreußische Mobilmachung im Februar 1757[3]). Man könnte mit ungefähr dem nämlichen Rechte auch die Mobilmachung von 1813 als „schlagendsten Beweis" hierfür anführen. Denn mit der ostpreußischen Rüstung vom Juni 1756 und mit der Frage, ob Friedrich sich im Juni 1756 durch die Russen sonderlich bedroht fühlte, damit hat die Mobilmachung von 1757 gerade so wenig zu thun, wie die von 1813. Sie ist die Mobilmachung für den zweiten Feldzug, für den von 1757, und sie war notwendig deswegen, weil die Rüstung vom Juni 1756 und die damalige fast vollständige Mobilmachung nachher in den folgenden Monaten zum guten Teil wieder rückgängig gemacht worden ist. Also gerade umgekehrt: für die Friedensliebe des Königs könnte als „schlagendster Beweis" die Thatsache dienen, daß er Anfang 1757 sich genötigt sieht, einen neuen Befehl zur Mobilmachung zu erteilen.

Es ist ferner darauf hingewiesen worden, daß Friedrich nur einen verhältnismäßig kleinen Teil seines Heeres, nur 28000 Mann, gegen die Russen bestimmte[4]). Allein wir wissen ja: Friedrich befürchtete einen Doppelangriff der Oesterreicher und der Russen, die zwar spätere, aber bei weitem größere Gefahr drohte von den Oesterreichern, ihnen mußte die Hauptmasse des preußischen Heeres entgegengestellt werden; gegen Rußland[5]) blieben eben nicht mehr als 28000 Mann

1) Vgl. Koser, Hist. Zeitschr. Bd. 77, 23.

2) Vgl. Teil I, S. 231. 232, 247 (27, 28, 43).

3) L. S. 77. „Man würde irren, wenn man glaubte, daß der König sich durch sie (durch die Rüstungen und den Anmarsch der Russen im Juni 1756) sonderlich bedroht erachtet hätte; der schlagendste Beweis dafür ist, daß er erst nach sieben Monaten die in Ostpreußen stehenden Regimenter mobil machte."

4) Vgl. L. S. 75.

5) Daß Friedrich die Schwäche seiner militärischen Aufstellung in Ostpreußen wohl erkannte, beweist sein Bestreben, das ostpreußische Heer durch Vermehrung

disponibel[1]). Zudem ein Moment, und zwar mit das wichtigste für die Beurteilung von Friedrichs Verhalten den Russen gegenüber, hat man bisher ganz außer Acht gelassen: Friedrich rechnete mit einer Teilung der russischen Streitkräfte; er glaubte, daß eine russische Armee gegen Ostpreußen, eine zweite aber von Smolensk aus gegen Schlesien vorgehen werde, um sich hier mit den Oesterreichern zu vereinigen[2]). Auch Lehwaldt meinte, daß „Ew. Königliche Majestät einen guten Teil der Russen nach Schlesien hin bekommen könnten“[3]).

Wenn also zu erwarten stand, daß Lehwaldt in Ostpreußen nur mit einem Teil der Russen zu thun haben werde, so ist die Aufstellung eines verhältnismäßig kleinen Heeres in Ostpreußen und ebenso des Königs Warten mit dem letzten Befehl zur Mobilmachung, sowie seine Hoffnung auf einen Sieg Lehwaldts sehr wohl verständlich; andererseits aber werden unter diesen Umständen die trotzdem schon so zahlreichen Veranstaltungen in Ostpreußen um so stärker für des Königs Sorge und Unruhe sprechen.

Und weiter: Die preußischen Rüstungen in Schlesien können, wenn ein russischer Angriff auch gegen diese Provinz befürchtet wurde, keineswegs allein als Rüstungen gegen Oesterreich, sie müssen auch als Rüstungen gegen Rußland aufgefaßt werden. Gerade am 19. Juni,

---

der Garnisonregimenter und durch ihre Ausrüstung als Feldregimenter zu verstärken. Vgl. oben S. 210 und XIII, 136, XIV, 190. In der Instruktion für Lehwaldt hat Friedrich keineswegs nur die Möglichkeit „eines glücklichen Sieges“, sondern auch die Möglichkeit einer Niederlage (XII, 452) in Betracht gezogen.

1) 18000 Mann ostpreußischer Truppen und 10000 des Reservekorps; vgl. Abschn. 3. Daß der König politisch wie auch militärisch die Russen zu gering beurteilt hat, ist an sich eine längst bekannte Thatsache. Im „Politischen Testament“ klärt uns eine Stelle, die L. nicht erwähnt hat, darüber auf, weshalb ein Krieg mit den Russen Friedrich in lebhafte Sorge versetzte, wenn er auch die russische Armee für schlecht hielt. Er bemerkt, die regelmäßigen russischen Truppen seien nicht viel wert, trotzdem müsse man alles anwenden, um einen Krieg mit Rußland zu vermeiden, und zwar der Kalmücken und Kosacken wegen, die über das Land furchtbarstes Elend bringen, es niederbrennen und alle Bewohner in die Sklaverei schleppen. Vgl. auch Koser, Histor. Zeitschr. 77, 30 Anm. 2.

2) Vgl. XII, 432 am 19. Juni. Ueber das Korps bei Smolensk auch S. 441, 462, 465.

3) 23. Juli, Bd. XIII, S. 136. Auch noch in der Instruktion für Schwerin, den Oberbefehlshaber in Schlesien, spricht Friedrich die Ansicht aus, daß, wenn die Russen angreifen, sie auch Schlesien angreifen werden. Vgl. XIII, 167; auch XIII, 187. Als Zeitpunkt des eventuellen Angriffs der Russen sieht er im August nicht mehr das Jahr 1756, sondern das Frühjahr 1757 an.

als Friedrich zum erstenmal die Besorgnis äußert, daß ein österreichisches und ein russisches Korps gegen Schlesien vorrücken würden, ergeht an den schlesischen Minister Schlabrendorff der Befehl zur Vermehrung der Garnisonbataillone und zur Komplettierung der Magazine (XII, 432, 433). An dem nämlichen Tage, am 25. Juni, an welchem die große Verstärkung der antirussischen Rüstung, die Bildung und der Marsch eines Reservekorps[1]), beschlossen und auch direkt an Lehwaldt neue Weisungen gegeben werden[2]), gerade an diesem Tage erteilt der König die Befehle für die Pallisadierung der schlesischen Festungen und für die Einberufung der schlesischen Urlauber. So weit ich es verfolgen kann, ist am 25. aus Oesterreich keine neue beunruhigende Nachricht eingetroffen[3]); hingegen lief vermutlich am 25. der Bericht Lehwaldts vom 19. Juni ein, der das Vorrücken von 70 000 Russen meldete[4]), und an demselben 25. Juni kommt der König von neuem zu sprechen auf das russische Korps bei Smolensk[5]), das, wie er meinte, gegen Schlesien marschieren sollte. Also auch die Pallisadierung der schlesischen Festungen und die Beschleunigung der schlesischen Exercitien sind anzusehen als Maßregeln, die sowohl der Russen wie der Oesterreicher wegen getroffen werden. Ich erinnere weiter daran, daß gerade die den Russen entgegenstehende schlesische Festung Glogau zuerst, 1755, ausgebaut und am schnellsten, 1756, mit Pallisaden umgeben wurde[6]), während dies bei den schlesischen Festungen an der österreichischen Grenze langsamer und später geschah.

Man hat — auch das sei hier zum Schluß noch berührt — die so gänzlich irrige Meinung[7]), daß Friedrich 1756 seine Lage als besonders günstig für einen Eroberungskrieg angesehen haben soll, darauf stützen wollen, daß er 1756, anders als 1749, nicht daran gedacht habe, die Provinz Ostpreußen zu räumen[8]). Mir scheint, eine sofortige Räumung Ostpreußens würde mit der Vorsicht des Königs schlecht in Einklang gestanden haben. Die einzige Folge wäre gewesen, daß er den Angriff der Gegner erst recht auf sich gezogen, die Russen geradezu

1) Vgl. unten Abschnitt 3.

2) Vgl. oben Anm. 2 S. 213.

3) Klinggräffens Bericht vom 16. Juni (XII, 464) wird am 23., Maltzahns Bericht vom 18. Juni (460, 461) am 22. in Potsdam gewesen sein.

4) Vgl. oben S. 188; 189 Anm. 1.

5) Vgl. XII, 462.

6) Vgl. oben S. 139 u. unten Abschnitt 5.

7) Vgl. oben S. 175 ff.

8) Vgl. L. S. 73. 74.

eingeladen hätte, in die schutzlose Provinz einzurücken, und andererseits die Oesterreicher durch das Heranziehen des Lehwaldtschen Korps beunruhigt und zum Kriege oder zu weiteren Rüstungen gereizt haben würde. Um einen Befehl zu erteilen, der so schädliche Folgen nach sich ziehen konnte, dazu war es, falls Friedrich wirklich der Lehwaldtschen Armee gegen Oesterreich bedurfte, noch immer Zeit, bis der Angriff der Oesterreicher (den Friedrich erst in 6—8 Wochen erwartete) erfolgte. Wie verkehrt wäre es auch gewesen, wenn der König dieses äußerste verzweifelte Mittel, die Räumung Ostpreußens, dem alten etwas bedenklichen[1]) Feldmarschall Lehwaldt sogleich, auch nur als eventuelles Mittel an die Hand gegeben hätte: war es nicht vielmehr Friedrichs Art, selbst in gefahrvoller Lage, zuerst doch noch immer an einen Sieg zu denken? Aber beweist dies, daß Friedrich die politische Lage für ungewöhnlich günstig ansah? oder gar für so fabelhaft günstig, um einen Krieg vom Zaune zu brechen zur Eroberung Sachsens, Böhmens und Westpreußens? Und wenn Friedrich seine Streitkräfte zur Not noch als ausreichend ansah, um zugleich wider Oesterreich und wider Rußland seine Lande verteidigen zu können, ist denn damit gesagt, daß er sie für ausreichend hielt, um einen märchenhaft glücklichen Offensivkrieg zu führen und um die gewaltigsten Eroberungen zu machen? Und ferner: Wissen wir denn, ob der König — wenn der gemeinsame Angriff der Oesterreicher und Russen wirklich im Sommer 1756 erfolgt wäre — nicht vielleicht doch den Befehl erteilt haben würde, Ostpreußen zu räumen? War es nicht klüger anfangs, bevor der Einbruch der Russen zur That wurde, von diesem letzten Mittel noch zu schweigen und es erst auf eine Schlacht ankommen zu lassen? Hat nicht Friedrich auch in der Instruktion für Lehwaldt im Falle einer Niederlage die Möglichkeit eines Rückzugs aus Ostpreußen bereits in Betracht gezogen[2]), und ist es nicht bekannt, daß er Ende 1756 und Anfang 1757, als der Doppelkrieg gegen Oesterreich und Rußland noch wahrscheinlicher wurde als im Juni 1756, dem Gedanken einer Räumung Ostpreußens, „der schlimmsten Parthie, so man nehmen kann", näher getreten ist[3]).

1) Dies ergeben die meist noch ungedruckten Berichte Lehwaldts. — Auch Wagner a. a. O. S. 113 begeht den Fehler, aus den an Lehwaldt gerichteten Ermunterungen und aus des Königs Mißachtung der russischen Generale den Schluß zu ziehen, daß Friedrich die Lage als günstig für einen Angriffskrieg angesehen habe. Friedrich betrachtete die Situation als gefährlich für den Frieden; dazu bildet es durchaus keinen Widerspruch (wie Wagner meint, der beides nicht auseinanderhält), daß er die militärische Lage Lehwaldts in einem Kriegsfall als nicht besonders gefährdet darstellt.

2) Vgl. XII, 452 Abschnitt 5.

3) Vgl. XIV, 152, 190.

Ich meine, man könnte aus der Thatsache, daß Lehwaldt in Ostpreußen verblieb, eher das umgekehrte schließen von dem, was L. und D. in diese Bestimmung haben hineininterpretieren wollen. Nicht daß Friedrich die Lage ungemein günstig beurteilte und daher an einen Offensivkrieg gegen Oesterreich denken konnte, sondern gerade das Gegenteil: daß er diesen gewaltigen Offensiv- und Eroberungskrieg gegen Oesterreich nicht plante und nicht vorbereitete. Denn sonst würde er wohl Lehwaldt herangezogen, Ostpreußen zunächst preisgegeben und, alle Kräfte an einem Punkte zusammenballend, den Versuch gemacht haben, zunächst den Hauptgegner, die Oesterreicher, völlig zu besiegen[1]).

## III. Die Rüstungen gegen Rußland in Pommern, in Brandenburg und in Berlin. Der Garnisonwechsel brandenburgisch-pommerscher Regimenter.

Nicht bloß in Ostpreußen — und, wie wir daneben feststellen konnten, in Schlesien — wurde im Juni 1756 gegen die Russen gerüstet, auch in Pommern, in Brandenburg, in Berlin wurden zu eben diesem Zwecke Kriegsvorkehrungen getroffen. Die ostpreußischen Truppen Lehwaldts erschienen nicht ausreichend, um dem Angriff der Russen zu begegnen. Unter Kommando des Erbprinzen von Darmstadt wurde daher aus pommerschen und märkischen Regimentern ein Reservekorps von etwa 10000 Mann gebildet, das zunächst nach Hinterpommern, von dort nach Preußen marschieren sollte. Von allen drei Waffengattungen wurde das ausgewählt, was Friedrich und seinem Berater

1) Vgl. Teil I, 220 (16 ff.) den Feldzugsplan für einen Eroberungskrieg, der die entschiedenste Offensive mit dem ganzen Heere und eine „bataille décisive“ gegen Oesterreich fordert. — Mit den Ansichten über Friedrichs Strategie, die Delbrück früher vorgetragen hat, mit dieser vorsichtigen, durch die damaligen militärischen Verhältnisse gebotenen Strategie steht die dem Könige jetzt imputierte gewaltige Eroberungskriegsführung in unvereinbarem Widerspruch; bei der friderizianischen Kriegsführung, wie sie wenigstens D. annimmt, war eine gleichzeitige Eroberung Sachsens, Böhmens, Westpreußens schlechterdings undurchführbar. Ehedem hatte D. versucht, des Königs Handeln aus seiner Zeit und aus der Bedingtheit seiner Mittel zu erklären — jetzt thut er just das Gegenteil: ohne Rücksicht auf die Zeit und auf die Mittel läßt er Friedrich Ziele erstreben, die für das damalige Preußen, vor allem im Jahre 1756, unerreichbar waren.

Winterfeldt, der die Regimenter bestimmte und ihren Marsch regelte[1]), für den Krieg gegen die Russen am notwendigsten erschien: in erster Linie Husaren und Grenadiere, vermutlich weil dem Könige die irregulären russischen Scharen besondere Besorgnisse einflößten[2]). Zu dem Korps sollten stoßen:

1) das pommersche Husarenregiment Seydlitz, das in den östlichen Gegenden Pommerns garnisonierend, den ostpreußischen Landen am nächsten stand;

2) Vier von den sechs Kompanien des Grenadierbataillons Kahlden[3]) in Treuenbrietzen, das unter allen Grenadierbataillonen der mittleren Provinzen (von der Garde abgesehen) für den Marsch nach Preußen am nächsten lag, und das außerdem, da es ohne Kantons war, keine doppelten Ueberkompletten, keine Knechte und nur wenig Urlauber besaß, am ersten binnen 6 Tagen, d. h. in einer ungewöhnlich kurzen Zeit marschbereit sein konnte.

3) an Artillerie: einerseits die für ein Korps von 11 Bataillonen[4]) erforderlichen 22 Bataillonsgeschütze nebst Train, entnommen aus dem nächstgelegenen Depot in Stettin[5]), — und andererseits die Korpsartillerie für das dritte (Lehwaldtsche) Korps, die aus Berlin geliefert werden mußte[6]): Es waren das noch weitere 30 Geschütze nebst 13 Offizieren, 571 Mann, 397 Pferden[7]) unter Befehl des Obersten von Holtzmann.

4) kamen hinzu: das Proviantfuhrwesen für 11 Bataillone und für die Seydlitz-Husaren, sowie die Munitionswagen mit den scharfen Patronen, ferner die Feldapotheken- und Lazarettsachen, Pontons, Pulver,

---

1) Eigenhändige undatierte Aufzeichnung Winterfeldts über „das Corps, so nach Preußen marschiert", nebst zwei Marschtabellen, die zweite „bis Königsberg in Preußen". Auf Grund dieser Aufzeichnung Winterfeldts sind die ersten Ordres vom 25. Juni (Bd. XII, 463) entworfen.

2) Vgl. oben S. 217 Anm. 1.

3) Nicht das ganze Bataillon, wie L. und D. meinen. Dazu kamen die später aus den Grenadieren der 4 Infanterie-Regimenter zu bildenden 2 Grenadierbataillone.

4) D. h. 8 Füselierbataillone der unten genannten 4 Infanterie-Regimenter, sowie 3 Grenadierbataillone.

5) Aufzeichnung Eichels (circa 25. Juni), Berichte Beverns, Stettin 26. Juni und 2. Juli; Bericht Amstels, Stettin, 27. Juni. Vgl. auch XII, 487. Nach dem Politischen Testament stand die Bataillonsartillerie in Berlin und Breslau. (L. S. 99.) Es muß nach 1752 eine Veränderung erfolgt sein, oder die Angabe im Testamente ist nicht genau. Jedenfalls befanden sich 1756 in Stettin im ganzen 24 Bataillonsgeschütze; auch in Königsberg stand sicher Bataillonsartillerie.

6) Vgl. Politisches Testament bei L. S. 99.

7) Bericht Holtzmanns, Cöslin, 15. Juli.

Patronentaschen, Gewehre und Gelder für die Truppen des Lehwaldtschen Korps, alles entnommen aus den zwei nächsten Depots, dem kleineren in Stettin und dem größeren in Berlin.

5) Als Begleitung der Geschütze, der Wagen und der Munitionskolonnen aus Stettin das Stettiner Infanterie-Regiment Amstel und zur Begleitung der noch ungleich größeren Transporte, die aus Berlin kamen, sowie zur Begleitung der von Berlin abgehenden Geldwagen [1]) ein Berliner Infanterie-Regiment, das Regiment Württemberg.

6) Endlich die zwei den pommerschen Grenzen zunächst liegenden brandenburgischen Regimenter: a) Erbprinz von Darmstadt in Prenzlau; ein Regiment, das unter anderem deshalb mit marschierte, weil seinem Chef, dem Erbprinzen das Kommando über dieses ganze Korps zugedacht war; und b) das Regiment Franz von Braunschweig, das in Königsberg in der Neumark und in Pyritz in Pommern lag, und, ebenfalls ohne Kantons, ohne Knechte, ohne doppelte Uebertomplette und mit wenigen Urlaubern, sehr viel schneller als andere Regimenter mobil zu machen war [2]).

Das sind die Truppenteile, deren Auswahl für den Marsch nach Pommern und von da nach Preußen Delbrück als so sonderbar, so auffallend, so unbegreiflich angesehen hat, daß er rasch entschlossen und mit einer erstaunlichen Sicherheit folgert: Die Wahl dieser Regimenter dokumentiert des Königs Angriffsabsichten gegen Oesterreich [3]), seine Absicht, Oesterreich zu Kriegsrüstungen zu treiben. Und wer dem nicht beistimmt, der muß den König ob der Wahl dieser Regimenter für einen — „kompletten Narren" halten [4]).

Schon Lehmann hat die Rüstung des Darmstädter Corps gründlich für seine Zwecke ausgebeutet. Er stellt es so dar, als habe diese gesamte Rüstung gegen Oesterreich gezielt. Wie ist das möglich? Sehr einfach: Alles, was die Tendenz gegen Rußland deutlich offenbart — die Mitsendung der Lehwaldtschen Korpsartillerie, die Sendung der ostpreußischen Mobilmachungsgelder, die Sendung aller anderen für die ostpreußischen Truppen bestimmten Gegenstände, die Auswahl des Ostpreußen am nächsten liegenden Husarenregiments [5]) ꝛc. — alles das ist in L.'s

1) Vgl. oben S. 211 und unten S. 226.

2) Vgl. unten S. 233.

3) Gegen Oesterreich! nicht etwa gegen Rußland.

4) Delbrück, Preuß. Jahrb. Bd. 84 S. 47.

5) Obschon die Zugehörigkeit der Seydlitz-Husaren zu dem Korps bereits aus den von L. so viel verwendeten Lehwaldtschen Instruktionen ersichtlich war. Vgl. XII, 450 „30 Escadrons Husaren". In Preußen standen 20 Schwadronen, die weiteren 10 sind die Seydlitzens.

Buch mit Stillschweigen übergangen worden; ebenso bleiben die unten noch zu nennenden Befehle und Instruktionen zum Marsch nach Preußen, welche die Rüstung als eine gegen Rußland gerichtete kennzeichnen, samt und sonders unerwähnt. Hingegen anderes, was, gehörig zurechtgestutzt, die eigentliche Absicht dieser Rüstung im unklaren läßt (z. B. die bloße „Mobilmachung" der Regimenter, die „Bespannung der Artillerie und des Proviantfuhrwerks")[1]), wird von L. angeführt und zwar wo? unter den Rüstungen, die mit den österreichischen in Vergleich gestellt werden![2]) Das ominöse Wort „Russen" wird bei der Darstellung der preußischen Rüstungen sorgfältigst vermieden; und die Wirkung wird noch verstärkt, indem nicht bloß die Regimenter des Darmstädter Korps, sondern auch die, welche mit ihnen die Garnisonen wechseln, als „mobilgemacht" behandelt und von L. als „mobile Regimenter" in Marsch gesetzt werden.

Womöglich noch weiter geht Delbrück in seinem ersten, besonders aber im zweiten Aufsatz. Der pommersche Garnisonwechsel und die damit in Verbindung gesetzte Mobilmachung stehen jetzt im Mittelpunkt seiner Beweisführung. Eins nach dem anderen der L.'schen Argumente hat D. vor der Kritik dahin schwinden sehen; auch die Hauptstütze seines eigenen ersten Aufsatzes, die Depeschen-Fälschung, ist ihm schon bedenklich ins Wanken geraten[3]). Nur zwei Säulen ragen noch empor: der Garnisonwechsel und die angeblich fabelhaft günstige politische Lage[4]). Auf die Verteidigung dieser zwei letzten Positionen konzentriert D. jetzt seine ganze Kraft. Nun soll der Garnisonwechsel und die Mobilmachung alles beweisen; an sie knüpft er die weitgehendsten Schlüsse, die kühnsten Konstruktionen.

Zu bedauern ist dabei nur dies eine: daß D. die Thatsachen, über

---

1) Wie L. es versteht, durch unbestimmte Ausdrücke zu seinen Gunsten zu wirken, zeigt sich z. B. auch darin, daß nicht präcis gesagt wird, Friedrich ließ die 22 Geschütze des Darmstädter Korps und das Proviantfuhrwerk dieses Korps bespannen, sondern unbestimmt: „Friedrich begann seine Artillerie und sein Proviantfuhrwesen bespannen zu lassen." (L. S. 44.) Wo, zu welchem Zweck, für welche Truppe, wird nicht bemerkt; der Leser muß glauben, für die gesamte preußische Artillerie „beginnt" die Rüstung und wird wohl alsbald während der von L. in Dunkel gehüllten ersten Juliwochen weitergeführt und beendet werden. — In Anm. 4 S. 44 wird der von Dieskau eingereichte Verteilungsplan der Artillerie auf drei Korps erwähnt. Daß diese Verteilung notwendig wurde wegen der Mobilmachung der Lehwaldtschen Korpsartillerie, teilt L. nicht mit.

2) Vgl. L. S. 38—45 ff.; auch S. 77.

3) Vgl. Teil I, S. 300 (96). Delbrück, Preuß. Jahrb. 84, S. 45. 46.

4) Die letztere Ansicht ist schon oben S. 175—181 widerlegt.

die er spricht, ganz und gar nicht kennt, auch nicht einmal für nötig hält, sie kennen zu lernen. Die Auswahl der Truppenteile und die Mobilmachung der Regimenter sind D.'s Hauptargumente: Aber welche Truppenteile ausgewählt sind, weiß er nicht; aus welchen Gründen es geschehen, weiß er auch nicht; ob die Regimenter und welche von ihnen mobilgemacht sind, weiß er gleichfalls nicht; er rechnet 62 im Juni mobile, thatsächlich sind 5 mobil und zwar erst im Juli. Noch weniger ist D. mit den Quellen bekannt. Mehr denn fünfzig untrügliche Aktenstücke liegen vor für diese pommersche Rüstung[1]). Und D., der eben auf diesen Gegenstand sein ganzes System begründet, kennt — eine einzige Ordre! die in der Pol. Korresp. Bd. XII, 463 abgedruckte vom 25. Juni; ja, um die Ironie noch zu vergrößern, gerade das ist die offene, an die Regimenter herumgeschickte Ordre, die natürlich für des Königs Absichten und Motive ganz und gar nichts beweisen kann[2]).

Die Mängel in seiner Kenntnis der Thatsachen und der Akten sucht D. zu ersetzen durch ein gewaltiges Aufgebot betäubender Worte. Man höre nur, wie viel solcher Kraftausdrücke schon eine einzige halbe Seite von 15 Zeilen[3]) enthält: Wenn der König bei der Rüstung dieses Darmstädter Korps nicht die Agressivabsichten gehegt hat, die D. ihm jetzt unterschiebt, so ist Friedrich: 1) „das wahre Gegenteil eines Staatsmannes", — 2) ist er „ein nervöser, haltloser Schwächling", — 3) er hat „ungeheure Fehler begangen", — 4) seine „Kopflosigkeit ist handgreiflich", — 5) sodaß „man mit einem milden Zugeständnis nicht darüber hinwegkommen kann", — 6) Friedrich „bringt die Thorheit auf den Gipfel", — 7) wir würden Recht haben, ihn für „einen kompletten Narren" anzusehen. (Vgl. Zeile 1 resp. 2, 7, 8, 9, 10, 15.)

Dieser ganze wilde Strudel von höchst überraschenden und, wie D. meint, höchst beweisenden Kraftworten stürzt plötzlich mit einem mal über den „gemeinen Leser"[4]) herab. Alles vorgetragen in scharf zu-

1) Vgl. eine Anzahl von ihnen weiter unten. In der „Politischen Korrespondenz" haben diese militärischen Akten leider seiner Zeit nicht gedruckt werden dürfen. Ich denke diesem Mangel durch eine ergänzende Publikation abzuhelfen.

2) L. ist in der Kenntnis der Akten etwas weiter gediehen als sein Freund. Er hat noch zwei andere Ordres, die an Gröben und an Aschersleben, gesehen. Er citiert sie S. 42, aber was er aus ihnen anführt, steht gar nicht darin. Vgl. oben S. 197 Anm. 4.

3) Bd. 84, S. 47 Zl. 10—24, oben als Zeile 1—15 bezeichnet.

4) So bezeichnet D. selbst die Leute, für die er seine Aufsätze schreibt (S. 53), und die er retten will vor dem Glauben an meine Darlegungen, da ich sie, wie er meint „durch eine Flut von Akten-Excerpten" irregeführt hätte. Gegen diese Akten spielt D. die obigen Kraftworte über Friedrich aus. Eine eigenartige wissenschaftliche Methode!

gespitzter Frageform: Entweder — oder! Entweder all diese Epitheta treffen für Friedrich zu, oder Friedrich hat bei der pommerschen Rüstung eben den Zweck verfolgt, den Delbrück ihm zudiktiert. Der König, der den Frieden erhalten will, ist, so hören wir an anderer Stelle, „ein unklarer schwächlicher Sanguiniker", ein „armseliger" Mann „von vollendeter Kopf- und Urteilslosigkeit"[1]). Nur eine Wahl wird uns gelassen: „Wenn man Friedrichs Politik nicht als eine wohlüberlegte und bewußte Agressiv-Politik auffaßt, so bleibt nur noch die Erklärung übrig, daß sie sich aus bloßer Nervosität und abwechselnder Ueberstürzung und Unentschlossenheit erklärt[2])."

Nun, ich glaube: Es giebt zwischen den zwei von Delbrück entdeckten Polen, dem „kompletten Narren" einerseits und andererseits „dem schwindelnd über Abgründen und Sümpfen in die Höhe steigenden" „dämonischen", „Welten in Trümmer schlagen" wollenden Friedrich[3]), es giebt zwischen diesen beiden Extremen — Unterschiede, das will ich nicht sagen; im Gegenteil die zwei extremen Pole berühren sich so nahe, daß nicht bloß die Strategie, sondern auch die Politik Friedrichs jetzt mit dem Namen der „doppelpoligen" bezeichnet werden darf — wohl aber, meine ich, giebt es doch noch Zwischenstufen, auf denen wir Friedrich unterbringen können, ohne ihn zum dämonischen Uebermenschen auszurecken und ohne ihn zum kompletten Narren und zum nervösen Schwächling zu degradieren.

Versuchen wir nach den schlichten Thatsachen und nach solchen Akten, die nicht trügen können, Friedrichs Absichten bei der pommerschen Rüstung festzustellen. Sie treten bei vorurteilsfreier Betrachtung sofort greifbar und offenkundig zu Tage. Die ganze Bewegung wendet sich nur gegen Rußland. Weder um eine Demonstration gegen Oesterreich (wie D. meint), noch um den Beginn einer allgemeinen Heeres-Konzentration gegen Oesterreich (wie L. sagt) handelt es sich. Der einfache Zweck ist der, daß zur Unterstützung Lehwaldts gegen die Russen ein Reservekorps nach Ostpreußen gesandt werden soll. Hier einige Beweise:

Dem Darmstädter Erbprinzen wird in seiner Instruktion das Kommando übertragen, „bis das Korps zur Armee des Feldmarschalls Lehwaldt stößt" (XIII, 5). Der Marsch durch Polen nach Preußen

1) Bd. 79, S. 276; Bd. 84, S. 34.
2) Bd. 84, S. 51.
3) Vgl. Bd. 79, S. 276 und Bd. 84, S. 51.

wird geregelt (XIII, 5). Winterfeldt entwirft für „das Corps, so nach Preußen marschiret", die Marschtabellen „bis nach Königsberg" (vergl. oben S. 221 Anm. 1). Lehwaldt soll in Preußen „in der Gegend von Preußisch-Holland und Marienwerder" Vorkehrungen für die Unterbringung der Darmstädter Truppen treffen (XII, 487). Die Geldwagen, die das Württembergische Regiment mitführt, sollen „in Königsberg abgeliefert werden" (XIII, 5). Geld, Munition, Artillerie des dritten Korps und alle anderen für den Krieg gegen die Russen notwendigen Dinge werden von Berlin aus durch das Regiment Württemberg mitgeführt[1]). Das obere Kommando über das Korps wird Lehwaldt übertragen; er erteilt während des Sommers und des Herbstes dem Darmstädter Prinzen seine Befehle[2]). In den Instruktionen für Lehwaldt werden die Darmstädter Truppen bei der Lehwaldschen Armee mit eingerechnet[3]). Den Kahldengrenadieren und dem Regiment Braunschweig sollen die fehlenden doppelten Ueberkompletten erst in Preußen durch Lehwaldt geliefert werden[4]).

Wie kann angesichts dieser Thatsachen daran gezweifelt werden, daß die Truppen wirklich dazu bestimmt waren, nach Ostpreußen gegen die Russen zu marschieren? Zunächst sollte das Korps sich in Hinterpommern sammeln, um von dort den Weg nach Preußen fortzusetzen. Doch bevor noch die Regimenter an den ihnen zugewiesenen Orten in Pommern eintrafen, wurden bereits die Nachrichten vom Rückzug der Russen bestätigt[5]). Deswegen blieb das Armeekorps vorläufig in Pommern stehen, ohne daß jedoch in den nächsten Monaten der Marsch nach Preußen für immer aufgegeben wird[6]). Dieser Stillstand hat den wirk-

1) Vgl. auch noch vom 3. September die Kabinettsordre an Lehwaldt über die Sendung der beim Darmstädter Corps befindlichen Kanoniere und Gelder nach Ostpreußen, Bd. XIII, 332; und vom 8. Januar 1757 die Ordre über die Heranziehung der Holtzmannschen Artillerie nach Ostpreußen, Bd. XIV, 191. Vgl. auch Schöning, a. a. O. II, 316.

2) Akten des Erbprinzen im Großherzoglichen Haus- und Staatsarchiv zu Darmstadt.

3) Vgl. XII, 450 u. 454. Die 11 Bataillone und 10 Schwadronen des Darmstädters sind den 18 Bataillonen und 50 Schwadronen Lehwaldts zugezählt.

4) Der König an Lehwaldt 22. Juli, an Prinz Franz von Braunschweig 1. Juli, Bericht Braunschweigs 28. Juni.

5) Die ersten, aber doch noch unsichern Nachrichten kamen am 29. Juni (XII, 479), Anfang Juli wurden sie bestätigt (XIII, 15, 41 vor allem S. 59). Vgl. unten Kap. IV. — Bei der Instruktion für den Erbprinzen vom 2. Juli scheinen bereits die ersten Nachrichten über den Rückmarsch der Russen mitgewirkt zu haben.

6) Das zeigen die späteren Ordres aus dem Juli und August.

lichen Zweck der Bewegung etwas verdunkelt, hat vermeinen lassen, daß es sich hier nicht um einen ernstlichen Marsch nach Preußen, eine wirkliche Unterstützung Lehwaldts gehandelt habe. Auch der Umstand, daß in der offenen Ordre an die Regimenter vom 25. Juni nur von einem Garnisonwechsel[1]), aber nicht, wie in den geheimen Instruktionen und Befehlen, von einem Marsch nach Preußen die Rede ist, hat zu falschen Annahmen geführt; und doch ist's ganz erklärlich, daß Friedrich in der offenen Ordre an die Regimentsinhaber seinen Endzweck nicht vollständig aufdeckte.

Der König verfuhr mit großer Vorsicht, indem er ebenso wie bei den Rüstungen in Ostpreußen[2]), so auch hier bloß das absolut notwendige anordnete. Die Truppen wurden zuerst nur nach Pommern dirigiert; sie wurden nachher in Pommern zurückgehalten, da ein sofortiger Marsch bis nach Ostpreußen kriegerische Absichten vermuten lassen und die Russen zum Vorgehen antreiben konnte. Auch wurde in Pommern noch nicht ein Lager bezogen: denn auch das hätte der Sache einen allzu kriegerischen Anstrich gegeben; vielmehr wurden die nach Ostpreußen bestimmten Truppen in die Quartiere hinterpommerscher Regimenter verlegt. Um dies möglich zu machen aber war es wiederum nötig, daß eine Anzahl bisher in Pommern stehender Truppen[3]) in die verlassenen Quartiere der Darmstädter Regimenter zurückgezogen wurden[4]). Wenn der König wenig Aufsehen erregen, die Truppen nicht in Lager oder Kantonnierungsquartiere zusammenziehen wollte, und wenn andererseits nach Winterfeldts Gutachten es sich als notwendig erwies, zum Teil andere Truppen[5]) als die jetzt schon in Pommern stehenden zur

---

1) Vgl. XII, 463.

2) Vgl. oben S. 214.

3) Regimenter Jeetze (Cöslin), Prinz Moritz (Stargard), Markgraf Friedrich (Belgard), Blanckensee (Demmin), außerdem das Brandenburger Regiment Prinz von Preußen (Spandau). Ich bezeichne diese Regimenter der Deutlichkeit und Kürze wegen zuweilen als die Jeetzeschen Regimenter, ebenso wie die unter Kommando des Darmstädter Prinzen als das Darmstädter Korps.

4) Auch konnte Friedrich, einen Angriff der Oesterreicher erwartend, seine Position gegen Oesterreich nicht so stark schwächen, daß er für die fortmarschierenden Regimenter keinerlei Ersatz gewann. Dies war wohl der Grund, weshalb das Regiment Blanckensee von Demmin nach Prenzlau gezogen wurde. Daß es sich bei der ganzen Bewegnug nicht um ein Hin- und Hermarschieren zu Demonstrationszwecken handelte, beweist auch die (von L. und D. übersehene) Thatsache, daß die Seydlitz-Husaren, die bereits auf dem geeigneten Platze in Hinterpommern standen, nicht an dem Marsch teilnahmen.

5) Ueber die Auswahl der Truppenteile vgl. S. 221. 222. 233. 236. 237.

Unterstützung Lehwaldts abzuordnen, so blieb eben nichts anderes übrig, als ein derartiger Garnisonwechsel. Er brachte den Vorteil, daß die für Ostpreußen gewünschten Regimenter alsdann zumeist bereits über die Hälfte des Weges zurückgelegt hatten, von Hinterpommern im Notfall sofort nach Preußen geworfen werden konnten, und daß diese Regimenter außerdem bei Gelegenheit des Garnisonwechsels vollständig mobilgemacht werden konnten. Zudem bot der „Garnisonwechsel" die Möglichkeit, den wirklichen kriegerischen Zweck der ganzen Bewegung zu verhüllen.

Jede Spitze gegen Oesterreich schien der Bewegung dadurch genommen zu sein, daß die Truppen in die der österreichischen Grenze ganz fern liegende Provinz, nach Hinterpommern, dirigiert und nirgends Lager oder Kantonierungsquartiere bezogen wurden; vor allem aber auch dadurch, daß eine Mobilmachung ausschließlich bei den gegen Rußland nach Hinterpommern marschierenden Truppen stattfand, hingegen keineswegs bei denjenigen Regimentern, die in der Richtung nach Berlin, in der Richtung der österreichischen Grenze näher herangezogen wurden. Eine Verstärkung der Position des Königs gegen Oesterreich und Sachsen bedeutete der Garnisonwechsel nicht; im Gegenteil, eher das Umgekehrte; denn der der sächsisch-österreichischen Grenze zunächst liegende Truppenteil, die Kahlden-Grenadiere räumten ihre Quartiere in Treuenbrietzen, und dieser vorgeschobene Posten an der sächsischen Grenze wurde nicht wieder besetzt. Und ferner: bei dem Darmstädter Korps, von dem $2^1/_2$ Regimenter bereits in Pommern standen[1]), wurden noch weitere 5 Truppenteile[2]) aus Brandenburg nach Pommern verlegt, nur die eine Hälfte des Regiments Darmstadt blieb vorläufig auf brandenburgischem Gebiet, aber hart an der pommerschen Grenze, in Königsberg in der Neumark. Dagegen bei den Jeetzeschen in der Richtung nach Berlin hin vorgezogenen Regimentern wurden nur 3 Truppenteile aus Pommern nach Brandenburg verlegt[3]). Das Resultat des Garnisonwechsels war also nichts weniger als ein Näherrücken nach der österreichisch-sächsischen Grenze hin; auch fand nicht einmal ein einfacher Ausgleich zwischen zurück- und vorgeschobenen Regimentern statt; sondern es war vielmehr alles in allem, ganz entschieden und für jeden deutlich

1) Seydlitz, Amstel, ein halbes Regiment Braunschweig.

2) Regiment Württemberg, Kahlden-Grenadiere, das Artillerie-Korps Holtzmann, die zweite Hälfte Braunschweig, ein halbes Regiment Darmstadt.

3) Regimenter Prinz Moritz und Blanckensee; vom Kürassier-Regiment Markgraf Friedrich kam ein Teil in die brandenburgische Stadt Schwedt, zwei Teile in die pommerschen Städte Gollnow und Gartz.

wahrnehmbar, ein Zurückziehen von der sächsisch-österreichischen Grenze. Und außerdem brachen die der österreichisch-sächsischen Grenze sich nähernden Regimenter nicht etwa zuerst auf, sie trafen an den wichtigen Punkten nicht zuerst ein, vielmehr umgekehrt: die nach Pommern marschierenden Regimenter begannen den Marsch. An der wichtigsten Stelle, in Berlin, wo der österreichische Gesandte und seine Späher beobachteten, traten das Berliner Regiment Württemberg, die Artillerie unter Holtzmann, das gesamte Fuhrwerk und die Transportwagen sowie die Kahlden-Grenadiere am 1. Juli den Marsch an. Hingegen das eine zum Ersatz herangezogene Pommersche Regiment, das nach Spandau kam, traf erst am 7. Juli in Spandau ein[1]).

So war denn der Garnisonwechsel durchaus nicht dazu angethan, die Oesterreicher zu „beunruhigen" und sie zu Rüstungen zu treiben, wie die modernen Interpreten meinen, die um jeden Preis eine Provokation der Oesterreicher durch den preußischen König herauslesen möchten. Daß Friedrich den Garnisonwechsel vornahm zum Zweck einer Demonstration gegen Oesterreich, läßt sich durch nichts beweisen; keine Handlung, die darauf hindeutet. Vielmehr auch hier nur ein Vorgehen gegen Rußland und ein so vorsichtiges streng bemessenes Verfahren, wie wir es auch auf allen anderen Gebieten festzustellen vermögen. Man darf sogar sagen: Gerade die Thatsache, daß nicht die nächstgelegenen pommerschen Regimenter zusammengezogen, sondern daß ein Garnisonwechsel stattfand, und daß Berliner und Treuenbrietzener Truppen mit verwendet wurden, kann als ein Zeichen der vorsichtigen Erwägung des Königs angesehen werden. Erfuhr man auf der österreichischen Gesandtschaft in Berlin nur von preußischen Rüstungen und Bewegungen in Pommern, so konnte dies den Argwohn erwecken, daß — ganz ähnlich wie es ja in Oesterreich bei den Truppen in Ungarn geschah[2]) — auch hier in Preußen zuerst die am fernsten liegenden Regimenter in Kriegsbereitschaft gesetzt und zusammengezogen werden sollten. Dahingegen, wenn der österreichische Gesandte Puebla, selbst ein Militär, vor seinen Augen in Berlin sah, daß nur gegen Rußland mobilgemacht wurde, und daß alles, Artillerie, Fuhrwerk, Infanterie von Berlin nach Pommern abmarschierte, und auch von der sächsischen Grenze die Grenadiere nach Pommern zogen, so mußte Puebla die gegen Rußland gerichtete Tendenz der ganzen Bewegung herauserkennen und die Besorgnisse für Oesterreich, die ihn vielleicht im ersten Moment erfaßten, bald wieder fahren lassen.

1) Bericht, Spandau, 7. Juli. Zerbster Archiv.
2) Vgl. Teil I, 252 (48), 253 (49).

Und in der That, der kaiserliche Gesandte hat, anders als die heutigen Historiker, den Zweck der Bewegung und die Beunruhigung des Königs durch die Russen richtig durchschaut [1]). Auch die Wiener Staatsmänner, die nüchtern und ruhig urteilten, fühlten sich durch diese preußischen Märsche durchaus nicht gereizt und bedroht, und sahen darin nichts weniger als eine Demonstration gegen Oesterreich. Kaunitz erklärt [2]) vielmehr wiederholt, und zwar hauptsächlich im Hinblick auf diese pommersche Rüstung, daß die preußischen Kriegsrüstungen durch Rußland hervorgerufen seien und sich gegen Rußland wendeten [3]).

Auch daß allein die nach Pommern marschierenden Regimenter wirklich mobil gemacht worden sind, scheint der österreichische Gesandte richtig erkannt zu haben. Durch nichts vielleicht wird so deutlich und unwiderleglich die gegen Rußland zielende Tendenz der preußischen Junirüstungen vor Augen geführt, wie durch die gänzlich verschiedene Rüstung der Regimenter der Darmstädter und der Regimenter der Jeetzeschen Abteilung. Die ersteren, die der russischen Grenze sich nähernden, werden vollständig mobil gemacht, die letzteren, die in der Richtung nach Berlin und der sächsisch-österreichischen Grenze herangezogenen, werden nicht mobil gemacht. Zu den schwerwiegendsten Fehlern L.'s und D.'s gehört es, daß sie von dieser verschiedenartigen Behandlung ganz und gar nichts bemerkt haben, sondern sämtliche

---

1) Teil I, 247 (43).

2) Teil I, 231 (27), 232 (28).

3) Friedrich hat mehrfach darauf hingewiesen, daß der Marsch eines preußischen Korps nach Hinterpommern oder nach Köslin die Oesterreicher so wenig zu beunruhigen brauche, wie die Preußen die Sendung österreichischer Truppen nach Toskana oder Florenz. Diese Erklärung hat L., der derartige Versicherungen von österreichischer Seite stets gläubig aufnimmt, nicht gelten lassen wollen. Er meint (S. 77) sie „leicht widerlegen" zu können mit dem Einwand, Florenz sei von der preußisch-österreichischen Grenze doppelt so weit entfernt als Köslin. Wer hat an die Zahl der Meilen gedacht? Es handelt sich nur um den Marsch nach einer der Grenze ganz fern liegenden Provinz. Abermals hält sich L., wie gewöhnlich, an die bloßen Worte „Köslin" und „Florenz", nicht an den klaren Sinn des Ausspruchs; seine „Widerlegung" ist derart, daß man Bedenken tragen könnte, sie für ernst zu nehmen. All die der vermeintlichen „Beunruhigung" der Oesterreicher entgegenstehenden Bemerkungen Pueblas und Kaunitzens existieren für L. nicht. Und selbst wenn die Beunruhigung der Oesterreicher richtig wäre, würde sie denn etwas beweisen für den Zweck der preußischen Rüstung, für die Absichten des Königs? würde sie ein Recht dazu geben, diese pommersche Rüstung, wie L. es thut, mit den Rüstungen der Oesterreicher in Vergleich zu stellen, sie einzuschalten unter die anti-österreichischen Rüstungen?

Regimenter als gleichmäßig mobilgemacht behandeln. Bei dem Korps des Darmstädters [1]) werden 1) die Beurlaubten einberufen, 2) desgleichen die doppelten Ueberkompletten, 3) die Knechte eingezogen, 4) die Feldequipage, Zelte und Kompaniewagen bereitgestellt und auf dem Marsch mitgenommen, 5) die Pferde beschafft für den Wagentroß und für die Offiziere, 6) den Regimentern die Equipagegelder ausgezahlt, 7) die Bataillonsgeschütze aus Stettin herangezogen, je 2 für jedes der 11 Bataillone, 8) die scharfen Patronen aus Berlin durch Württemberg, aus Stettin durch Amstel mitgenommen, 9) das Proviantfuhrwerk

1) Für die Darstellung dieser Mobilmachung, sowie überhaupt für die Ausführungen dieses dritten Abschnitts sind, von minder wichtigen Aktenstücken abgesehen, hauptsächlich folgende benutzt worden: Aufzeichnung Winterfeldts „über das Corps, so nach Preußen marschiert" — Aufzeichnung Eichels über die Märsche und die Ausrüstung der Regimenter (beide Stücke undatiert, etwa vom 25. Juni zu datieren) — Ordre an den Erbprinzen von Darmstadt vom 25. Juni nebst Postskriptum über die Beschaffung der Pferde (Darmstädter Archiv) — Ordre an Amstel vom 25. Juni nebst Zusatz über scharfe Patronen — Cirkularordre v. 26. Juni an die Regimenter des Darmstädter Korps — Cirkularordre an die Regimenter Jeetze ꝛc. vom 26. Juli — Erlasse an Gröben, Aschersleben und Rothenburg vom 25. Juni, an dieselben vom 26. Juni (über die Beschaffung der Pferde für das Darmstädter Korps) — Schreiben Retzows an den Erbprinzen, Potsdam, 26. Juni (Darmstädter Archiv) — Bericht des Erbprinzen, Prenzlau, 26. Juni — Bericht Beverns, Stettin, 26. Juni — Bericht Winterfeldts, Potsdam, 26. Juni (vgl. Hist. Zeitschr. Bd. 64, 485) — Bericht Amstels, Stettin, 27. Juni — Bericht des Prinzen von Braunschweig, Königsberg, 28. Juni — Ordre an Bevern, 29. Juni — Schreiben Massows an den Erbprinzen, Berlin, 29. Juni (Darmstädter Archiv) — Schreiben Retzows an den Erbprinzen, 30. Juni (ebenda) — Ordre an Lehwaldt, 30. Juni (XII, 487) — Bericht Amstels, 1. Juli — Ordre an Prinz von Braunschweig, 1. Juli — Schreiben Retzows an den Erbprinzen, 2. Juli (Darmstädter Archiv) — Instruktion für den Prinzen von Darmstadt vom 2. Juli (XIII, 5) — Bericht Beverns, 2 Juli — Bericht Amstels, 3. Juli — Bericht des Prinzen Moritz, Pyritz, 2. Juli (Zerbster Archiv) — Ordre an Retzow, 5. Juli — Ordre an den Erbprinzen, 8. Juli (Abschrift im Darmstädter Archiv) — Tagebuch des Regiments Jeetze (Archiv der Großen Generalstabs) — Bericht Beverns, 12. Juli — Bericht Holtzmanns, Köslin, 15. Juli — Ordre an Schöning (den Chef des Regiments Württemberg), 19. Juli — Ordre an Holtzmann, 19. Juli — Bericht Dieskaus, 24. Juli — Schreiben Dieskaus an den Erbprinzen, 4. August (Darmstädter Archiv) — Bericht des Prinzen Moritz, Spandau, 1. August — Befehl Lehwaldts an den Erbprinzen, 6. August (Darmstädter Archiv) — Ordre an Lehwaldt und an Seydlitz, 14. August — Ordre an den Erbprinzen, 19. August. — Ferner von eigenhändigen Notizen des Königs: „Verpflegung en pain pour les régiments qui marchent en Poméranie" — „L'artillerie du 3. corps part avec Würtemberg" — „Les gargousses tant avec Amstel qu'avec Würtemberg." — Undatierte Uebersicht über den Bestand des erbprinzlichen Korps Darmstädter Archiv).

für sämtliche Regimenter aus Berlin und Stettin in Bewegung gesetzt, 10) vom König diesen Regimentern die Brotverpflegung geliefert, 11) die Gelder für das ganze Lehwaldtsche Korps, die Feldapotheken- und Lazarettsachen, sowie die schwere Korpsartillerie ihnen mitgegeben, Gegenstände, die nicht bloß den ostpreußischen Truppen, sondern auch diesem Reservekorps zu Gute kommen sollten und für dasselbe notwendig waren. — Das heißt, es ist hier eine vollständige Mobilmachung angeordnet worden. Wir sehen an diesem Beispiel, was alles zu einer wirklichen Mobilmachung erforderlich war[1]).

Dahingegen bei den Regimentern der Jeetzeschen Abteilung geschah weiter nichts, als daß sie ihre Urlauber und doppelten Ueberkompletten, sowie die Feldequipage, Zelte und Kompaniewagen in die neuen Quartiere mitnahmen[2]). Dies ganz erklärlich: denn wenn die Regimenter neue Garnisonen bezogen — und wenn nach außen hin der Vorwand des bloßen Garnisonwechsels aufrecht erhalten werden sollte — so mußte das Regiment in die neue Garnison auch dasjenige mitbringen, was es in der alten Garnison resp. in den dort liegenden Kantons besessen hatte[3]); zudem hätte es viele Mühe gekostet, dies im Notfall nach-

1) Vgl. oben S. 196. Für das Husarenregiment Seydlitz fehlen fast sämtliche Akten. Da wir hören, daß auch für Seydlitz die Proviantwagen aus Stettin gesandt und bei dem Regiment die Knechte eingezogen wurden, so läßt sich annehmen, daß auch Seydlitz ein Mobilmachungsbefehl zugegangen ist. Für ein Husarenregiment war die Mobilmachung einfacher, da hier so manches, wie die Einziehung der Ueberkompletten, die Lieferung der Bataillonsgeschütze u. a. in Fortfall kam.

2) Das Regiment Preußen scheint gar keine doppelten Ueberkompletten eingezogen zu haben. Puebla wenigstens meldet am 1. Juli nach Wien, daß das Regiment nur „über 70" Ueberkomplette beim Einmarsch in Berlin hatte (statt der 120 einfachen und 120 doppelten); man könnte eher annehmen, daß der Oesterreicher die Zahl übertreibt, als zu niedrig angiebt. (Bericht Pueblas im Kaiserl.-Königl. Hof- und Staatsarchiv in Wien.) Auch von Mitnehmen der Feldequipage ꝛc. hören wir bei diesem Regimente, das in der Nähe seiner Kantons blieb, nichts. Die Ordre vom 25. Juni an den Prinzen von Preußen liegt nicht vor. Sie hat vermutlich etwas anders gelautet als die Ordres für die übrigen Regimenter (vgl. XII, 463).

3) Man sollte erwarten, daß auch die Knechte aus dem Regimentskanton, da die Regimenter jetzt ihr Kantongebiet verließen, mitgenommen worden wären. Das scheint aber nur vom Prinzen Moritz geschehen zu sein, und zwar that er es ohne Befehl. Der Prinz entschuldigt sich deswegen im Bericht vom 2. Juli beim Könige, indem er bemerkt, daß es dem Regiment, wenn es 40 Meilen von seinem Kanton fortkomme, „unmöglich fallen würde, diese Knechte in der Eile einzuziehen". Er frägt beim Könige an, ob das Regiment die Knechte „an sich behalten oder wieder zurückgehen lassen solle"

träglich heranzuziehen. Dagegen die Ausrüstungsgegenstände, die unmittelbar auf Kriegsbereitschaft hindeuten, die zur Mobilmachung unbedingt erforderlich sind und erst das für die Mobilmachung Entscheidende darstellen: die Equipagegelder, die Geschütze und scharfen Patronen, das Proviantfuhrwesen, selbst die Pferde und ebenso die Brotverpflegung wurden diesen Regimentern nicht zu Teil. Erst im August wurden sie mobilgemacht: Am 2. August ergehen die Mobilmachungsordres für Jeetze, Blanckensee und Markgraf Friedrich[1]), am 20. für Prinz von Preußen, am 21. für Prinz Moritz von Dessau. —

Sechs Tage nach Empfang der Ordre sollten die Regimenter aufbrechen. L. wie D. haben aus dieser Ordre gefolgert, daß alle preußischen Regimenter binnen 6 Tagen mobil sein konnten. Beide legen auf diesen Umstand ganz besonderes Gewicht[2]). Aber ihr Schluß ist in dieser Allgemeinheit durchaus nicht berechtigt. Denn einerseits ist ja keineswegs auf jene Ordre hin die große Mobilmachung erfolgt, die L. und D. annehmen, sondern nur 5 Regimenter sind mobil gemacht worden; für diese geringe Zahl konnte das zur Mobilmachung nötige schnell beschafft werden, zumal da es Regimenter waren, die entweder an den großen Depotplätzen (Berlin und Stettin) selbst garnisonierten, oder denen von diesen Berliner oder Stettiner Regimentern beim Zusammentreffen das erforderliche leicht überbracht werden konnte[3]). Andererseits hat Winterfeldt für diese ungewöhnlich schnelle Mobilmachung sicherlich solche Regimenter ausgewählt, die verhältnismäßig rasch fertig sein konnten, d. h. die im Monat Juni 1756 wenig Urlauber hatten. Es muß doch sehr auffallen, daß unter den fünf Truppenteilen zwei sind, die keine Kantons und daher auch keine Knechte und keine doppelten Ueberkompletten und nur wenig Urlauber hatten. Solcher Infanterieregimenter resp. Grenadierbataillone gab es in ganz Brandenburg und Pommern unter 23 nur 5; daß von diesen 5 der König sein eigenes Garderegiment, das Garde-Grenadierbataillon und das Regiment seines Bruders Heinrich nicht nach Ostpreußen sandte, ist erklärlich; dagegen die zwei anderen derartigen Truppenteile (Franz-Braunschweig und Kahlden) werden beide für den Marsch bestimmt.

---

1) Vgl. Bd. XIII, 168. Nr. 7797 mit Anm. 3.

2) Vgl. L. S. 7. Delbrück Bd. 79, S. 264; 84, S. 45 u. 46. Die Regimenter sollten, wie schon S. 207 Anm. 5 bemerkt, mobil sein erst 6 Tage nach Empfang der Ordre.

3) Amstel und Württemberg führten Proviantwagen, Geschütze, Munition aus den Depots für die 6 anderen Regimenter mit.

Wenn bei diesen zwei Truppenteilen die Absicht, leicht mobilzumachende Regimenter auszuwählen, ganz unzweideutig hervortritt, so hat vermutlich auch bei der Wahl der drei anderen der gleiche Gesichtspunkt mitgewirkt[1]). Und vollends nun die Frage: sind denn auch nur diese 5 Regimenter (so sehr die Mobilmachung bei ihnen beeilt wurde und so sehr sie erleichtert war) wirklich nach 6 Tagen fertig gewesen? — diese Frage haben sich L. und D. gar nicht vorgelegt. Es war nicht der Fall. Wir hören, daß den Regimentern die beurlaubten Mannschaften zum Teil erst nach Pommern nachgeschickt werden mußten[2]), daß auch die beurlaubten Offiziere teilweise erst nachträglich hinzukamen[3]), daß die scharfen Patronen für die neuen Ueberkompletten und einzelne ihrer Ausrüstungsgegenstände erst nachgeliefert wurden[4]); und vermutlich ist eben dies, worüber uns zufällig Akten erhalten sind[5]), keineswegs das einzige gewesen, was noch fehlte. Also aus dieser Ordre vom 25. Juni[6]) die Möglichkeit einer Kriegsbereitschaft der gesamten preußischen Armee binnen 6 Tagen herzuleiten, ohne den speciellen Fall

---

1) Wahrscheinlich ist ebendeswegen unter den Infanterieregimentern der Berliner Garnison das Regiment Württemberg ausgewählt worden.

2) Retzow an den Erbprinzen 2. Juli (Darmstädter Archiv).

3) Notizen Eichels auf dem Bericht Darmstadts vom 26. Juni.

4) Massow an Darmstadt 29. Juni, Dieskau an den König 24. Juli, an Darmstadt 4. August.

5) Wir besitzen in einiger Vollständigkeit nur die Akten des Regiments Darmstadt (im Großherzoglichen Staatsarchiv in Darmstadt).

6) Die zweite Ordre, die L. S. 7 anführt, beweist noch viel weniger. Es ist die Ordre für die 3 westfälischen Regimenter vom 17. Juli, die 6 Tage ansetzt bis zum Abmarsch. (XIII, 89.) Diese 3 westfälischen Regimenter aber hatten erstens all das, was längere Zeit erforderte, schon vorher ausgeführt, hatten die Werbe- und die beurlaubten Offiziere schon zurückberufen (vgl. Abschn. 4), hatten die weit entfernten und unsicheren Urlauber bereits eingezogen (vgl. Abschn. 4); und zweitens wurde durch die Ordre vom 17. Juli nicht, mit L. meint, eine vollständige Mobilmachung, sondern nur eine halbe Mobilmachung der Westfalen angeordnet (vgl. S. 207 Anm 1). — Bei der nächstfolgenden Mobilmachungsordre, der für die Pommern vom 2. August (XIII, 168), ist eine Frist von 10—11 Tagen gesetzt. Bei sämtlichen Mobilmachungsordres vom August ist zu berücksichtigen, daß die längere Zeit in Anspruch nehmenden Maßregeln schon früher erfolgt waren, so vor allem die Rückberufung der Offiziere. — Beachtenswert ist ferner die Erklärung Schwerins im Bericht vom 10. August, „wie es eine wahre Ohnmöglichkeit sei, in Zeit von 6 Tagen die erforderliche Artilleriepferde und dazu gehörige Knechte zusammenzubringen und die Armee in marschfertigen Stande zu setzen, sondern dazu mindestens 14 bis 16 Tage gebrauche" und dies, obschon die schlesischen Urlauber bereits eingezogen, und obschon keine Offiziere beurlaubt waren!

und die thatsächlichen Verhältnisse zu untersuchen, ist durchaus verfehlt und wenig angebracht danach die schulmeisterliche Mahnung „wollte der König den Frieden erhalten, so mußte er ganz still sitzen[1])", mußte mehr „Geduld haben".

Die Regimenter wechselten die Garnisonen. Die meisten Märsche und Marschbestimmungen sind an sich verständlich. Und auch bei denjenigen Bestimmungen, die auf den ersten Blick vielleicht etwas Auffallendes haben könnten, wird man eine sorgsame Berechnung Winterfeldts oder des Königs leicht herauserkennen. So könnte gefragt werden, warum marschierten die Berliner und Treuenbrietzener Truppen bis in die weit entfernten Garnisonen Köslin, Belgard und Rügenwalde, während das Regiment Amstel, das diesen Weg von Stettin aus weit leichter hätte zurücklegen können, nur bis zu der nahen Garnison Stargard vorgeschoben wurde? Der Grund war vermutlich der, daß die drei von Berlin abmarschierenden Truppenteile, die Artillerie Holtzmanns, das Regiment Württemberg mit seinen zahlreichen Transporten und die Kahlden-Grenadiere in vorderster Reihe zur Verstärkung des ostpreußischen Korps erfordert und deshalb am weitesten vorgeschoben wurden; ein zweiter Grund der, daß ein solcher Marsch von Berlin bis in die fernsten Teile Hinterpommerns bei den Oesterreichern und ihren Spähern am wenigsten Argwohn erregen und ihnen die Richtung der ganzen Bewegung gegen Rußland weit deutlicher vorführen mußte, als ein Marsch nur bis Stargard. Oder man könnte fragen, warum wurde an Stelle des Regiments Württemberg nicht das pommersche Regiment Prinz Moritz direkt nach Berlin verlegt, sondern Prinz von Preußen von Spandau nach Berlin und Prinz Moritz nach Spandau? Auch hier leitete wohl den König eine vorsichtige Ueberlegung und Rücksicht besonders auf den österreichischen Gesandten. Sollte der Anschein, daß nur ein Garnisonwechsel stattfinde, gewahrt werden, und dem „Fischmarkt" in Berlin, wie Winterfeldt sich einmal ausdrückt, nicht Anlaß geboten werden, zu anderen Kombinationen, so mußte, sobald Württemberg ausmarschierte, auch wirklich ein anderes Regiment in Berlin erscheinen. Deshalb rückte das Regiment des Prinzen von Preußen noch am nämlichen Tage, am 1. Juli, von Spandau nach Berlin. Ob dieses prinzliche Regiment in Spandau oder Berlin stand, war für die Oesterreicher gleichgültig; wohl aber hätte es bei ihnen Unruhe erregen können, wenn das Heranziehen eines pommerschen Regi-

1) Delbrück Bd. 84, 47, vgl. auch 45; sowie 79, 274.

ments nach Berlin in Aussicht gestanden hätte. Dagegen der Einmarsch dieses pommerschen Regiments in Spandau, der erst 6 Tage später erfolgte, mußte weniger beachtet werden und weniger auffallen; nach 6 Tagen war die etwaige anfängliche Unruhe voraussichtlich geschwunden oder aber die Verhältnisse hatten sich schon so verschärft, daß nichts mehr zu verbergen war. Das Regiment des Prinzen von Preußen konnte ferner von Spandau nach Berlin verlegt werden, ohne daß es die Wagen, die Feldequipage und die doppelten Ueberkompletten mitbrachte[1]); während ein pommersches Regiment, das mit diesem ganzen Troß in Berlin einzog, weit eher Argwohn erregt hätte.

Auch die Auswahl der Regimenter giebt, genauer betrachtet, keinen Anlaß, um dem Könige im Widerspruch zu seinem ganzen übrigen Verhalten die Absicht einer Provokation der Oesterreicher zuzuschreiben. Wir sahen bereits, aus welchen Gründen die Teilnahme der Seydlitz-Husaren, der Artillerie aus Stettin und Berlin, des einen Stettiner und des einen Berliner Regiments geboten war[2]); wir sahen, daß die Kahlden-Grenadiere und das Braunschweiger Regiment, und vermutlich auch andere Truppenteile, deshalb gewählt wurden, weil bei ihnen eine ungewöhnlich schnelle Mobilmachung am ersten möglich erschien. Unter den pommersch-brandenburgischen Infanterieregimentern lagen dem Ziele des Marsches am nächsten Jeetze, Prinz Moritz, Prinz von Braunschweig, Amstel, Bevern und Darmstadt; und von diesen 6 nächsten Regimentern sind in der That drei ausgewählt worden, d. h. alle herangezogenen Infanterieregimenter gehörten zu den nächstgelegenen, mit einziger Ausnahme des Regiments Württemberg, daß die Berliner Transporte eskortieren sollte. Wenn nicht die Regimenter Bevern, Prinz Moritz und Jeetze, sondern Amstel, Darmstadt, Braunschweig bestimmt wurden, so ist dies vielleicht dadurch verursacht, daß die ersteren drei nicht so schnell mobilzumachen waren wie die letzteren; oder es haben auch Gründe persönlicher Art mitgesprochen: Der Chef des Regiments Jeetze war so kränklich und dienstunfähig, daß er schon nach wenigen Wochen den Abschied nehmen mußte[3]); dem Herzog von Bevern und dem Prinzen Moritz waren für den Fall eines Krieges mit Oesterreich zwei die ersten Kommandostellen bei einem etwaigen Einmarsch in Sachsen zugedacht[4]).

1) Vgl. oben S. 232 Anm. 2.

2) Vgl. oben S. 222. Die Seydlitz-Husaren sollten u. a. auch deswegen mitmarschieren, um die Desertion bei dem Durchzug durch polnisches Gebiet zu verhüten. Vgl. XIII, 5.

3) Tagebuch des Regiments Jeetze im Kriegsarchiv des Großen Generalstabs.

4) Solche Erwägungen waren selbstverständlich schon im voraus angestellt.

Möglich auch, daß Rücksichten auf den Feldmarschall Lehwaldt mitgespielt haben; vielleicht ist es kein Zufall, daß nur jüngere Generale mit ihren Regimentern dem Korps zugeteilt wurden, außer dem Erbprinzen waren alle Generalmajors; dagegen die Chefs der drei anderen Regimenter gehörten zu den ältesten Generalen der Armee. Oder aber sehr wohl auch möglich, daß specielle Zustände bei den einzelnen Regimentern den König und Winterfeldt bei der Wahl beeinflußt haben: Wir hören z. B., daß Friedrich bei dem Marsch durch Polen Desertionen befürchtete (XIII, 5). Die beiden der polnischen Grenze nahe liegenden Regimenter Jeetze und Moritz wurden also vielleicht auch deshalb zurückgehalten, weil sie besonders viel polnische Rekruten in ihren Reihen zählten. Diese Vermutung bestätigt sich für das Regiment Moritz[1]), indem die Akten des Zerbster Staatsarchivs ergeben, daß in der That 1756 die Polen das größte Kontingent der Ausländer in diesem Regiment bildeten[2]).

Oder mögen bei der Wahl der Regimenter noch andere Gründe persönlicher oder sachlicher Natur mitgewirkt haben, die wir heute nicht mehr übersehen können, das eine steht fest: nichts, gar nichts berechtigt zu der Vermutung, die willkürlich, ohne Kenntnis der Thatsachen aufgestellt ist, daß Friedrich die Wahl gerade so getroffen hat, um dadurch die Oesterreicher zum Kriege oder zu unvorsichtigen Schritten anzutreiben. Das würde nicht bloß mit allen einzelnen Thatsachen, die wir feststellen konnten, im Widerspruch stehen; jene Absicht, wäre sie vorhanden gewesen, würde auch auf andere Weise weit schneller und leichter zu erreichen gewesen sein. Vor allem aber, es widerspricht diese Annahme dem ganzen sonstigen Verhalten des Königs in dieser Zeit. Wie kann Friedrich in diesem einen Fall die große Vorsicht, die er sonst stets übt, mit voller Ueberlegung hintansetzen und das Gegenteil der Vorsicht üben. Er würde ja alles, was er die Tage vorher gethan, und auch noch die Tage nachher, sogar an dem gleichen Tage, dem 25. Juni thut, den Erfolg all' seiner sonstigen vorsichtigen Handlungen[3]) selbst zerstören! Wenn er den Gegner am 25. herausfordern will, warum denn an dem gleichen 25. und an allen folgenden Tagen noch das Bemühen, den Gegner nicht herauszufordern und nicht zu reizen? Und die Voraussetzung bei

1) Für Jeetze fehlen die Akten.

2) Liste über den Bestand des Regiments im Jahre 1756.

3) Z. B. am 25. Ordre an General Kyau in Ratibor, die Mundierungskammern in Sicherheit zu bringen, „jedoch soviel nur menschmöglich ist, sonder Lärm und Eclat", am 26. Befehl an Schlabrendorff „unter dem Siegel der äußersten Verschwiegenheit" Vorbereitungen zur Fourageſammlung zu treffen, am 28. Befehl an die Magdeburger, nur die entfernt wohnenden Urlauber einzuberufen.

einem Versuch der Provokation würde doch auch sein, daß Friedrich selbst bereits kriegsfertig oder fast kriegsfertig war. Auf ein plötzliches Vorgehen der Oesterreicher, das er provocieren soll, war aber der König noch keineswegs vorbereitet[1]), und er that auch nichts, um seine Rüstung für diesen Fall, den er selbst heraufbeschwören soll, eilends zu beenden.

Man sieht: D.'s wie L.'s Behauptungen müssen gänzlich abgelehnt werden. Und auch die Vermutung, die neuerdings von anderer Seite geäußert worden ist[2]), und die immerhin weit eher möglich wäre, daß nämlich der Garnisonwechsel anzusehen sei als „Säbelgerassel, das den Russen zeigen sollte, man sei auf dem Platze", scheint mir nicht zutreffend zu sein. Sie widerspricht der Zurückhaltung, die sich der König auch den Russen gegenüber auferlegt hat[3]); sie ist aufgestellt worden nur unter dem Eindruck der unrichtigen Angaben, die L. über diesen Garnisonwechsel gemacht hat[4]).

Man wird sich zu hüten haben, hinter dieser pommersch-brandenburgischen Rüstung zu viel Geheimnisse zu suchen. Ihr Hauptzweck, oder besser gesagt, ihr alleiniger Zweck steht fest: das ist die Versammlung und Mobilmachung eines Reservekorps gegen die Russen.

---

1) Es sei z. B. erinnert an den Zustand der schlesischen Grenzfestungen, deren Bauten nicht vollendet waren und jetzt nicht mehr vollendet werden konnten, und deren Palisadierung erst Ende Juli und Anfang August fertiggestellt wurde.

2) Berner, Mitteilungen a. d. historischen Litteratur, 23, 368.

3) Vgl. oben S. 214. 227.

4) Die Bemerkung Kosers (Friedrich d. Gr. I, 600) „Des Königs militärische Gegenvorkehrungen im Juni hatten nebenbei den Zweck, die Lage zu klären", ist an der Stelle, wo sie von Koser gemacht wird, beim Monat Juli ganz berechtigt. Friedrich äußert sich in der That, nachträglich am 4. Juli, in solchem Sinne (vgl. XIII, 12). Daß er aber von Anfang an, schon am 25. Juni, einen derartigen Nebenzweck im Auge hatte, ist höchst unwahrscheinlich; es würde mit dem Verhalten und den Anschauungen des Königs in diesen Tagen nicht in Einklang stehen. Am 4. Juli, als die Russen sich zurückgezogen, die Oesterreicher aber rätselhafter Weise trotzdem mit ihren Rüstungen eifrig fortfuhren, da erschien dem Könige die Lage unklar (vgl. unten Kap. IV), und er konnte jetzt nachträglich mit seinen Maßregeln den Zweck, die Lage aufzuklären, in Verbindung setzen. Hingegen 9 Tage vorher, als er die Befehle erteilte, war die Situation eine ganz andere: da glaubte Friedrich den Krieg bestimmt vorauszusehen (vgl. S. 189. 190): es hätte damals keinen Sinn gehabt, Vorkehrungen zu treffen, zu dem Zweck, oder mit dem Nebenzweck, die Lage aufzuklären, die dem Könige klar genug erschien. Das Verlangen nach Aufklärung der Lage tritt vielmehr erst in dem Moment hervor, als (am 29. Juni) die Meldungen vom Rückzug der Russen kommen. Vgl. Ordre an Maltzahn 30. Juni XII, 484. 485. Vgl. außerdem unten Kap. IV.

## IV. Rüstungen in den mittleren und westlichen Provinzen bei Regimentern, die nicht gegen die Russen marschieren.

Mit der vollständigen oder fast vollständigen Mobilmachung der gegen die Russen bestimmten Regimenter (in Ostpreußen, Pommern und Brandenburg), lassen sich die Vorkehrungen, die bei anderen Regimentern im Juni getroffen wurden, und die als Rüstung gegen Oesterreich angesehen werden können, kaum in Vergleich stellen.

Die drei westfälischen Regimenter werden angewiesen, einen kleinen Teil ihrer Urlauber, die unsicheren und die entfernt wohnenden Leute einzuziehen. Für die in entferntere Gegenden Beurlaubten wird der gleiche Befehl den magdeburgischen und altmärkischen Regimentern erteilt. Die auf Urlaub oder Werbung befindlichen Offiziere werden zurückberufen[1]).

Das ist alles! Damit sind wir bereits fertig mit den Rüstungen bei denjenigen Regimentern, welche im August gegen Oesterreich und Sachsen marschierten! Und doch ist die Zahl dieser Regimenter drei- bis vierfach so groß, als die Zahl der den Russen entgegengestellten[2]). Wir sehen: Nicht für ein einziges dieser Regimenter ist im Juni der Befehl erteilt worden, von den zehn verschiedenen Maßnahmen, die zur Mobilmachung nötig sind[3]), auch nur die erste die Urlaubereinziehung, vollständig durchzuführen[4]).

---

1) Außerdem ziehen die am Garnisonwechsel beteiligten Regimenter des Jeetzeschen Abteilung ihre Urlauber und, abgesehen vermutlich von dem Regiment Prinz von Preußen, ihre doppelten Ueberkompletten ein. Es geschieht das aber, wie erwähnt, des Garnisonwechsels wegen und nicht zu dem Zweck, um die Rüstung dieser Regimenter zu beginnen. Wäre letzteres die Absicht gewesen, dann wären zugleich oder sehr bald darauf auch die Pferde beschafft und die Equipagegelder gezahlt worden. Streng genommen darf also die Einziehung der Urlauber und Ueberkompletten dieser Regimenter nicht als Rüstungsmaßregel mit aufgeführt werden.

2) Den Russen sollten 19 Feldregimenter (resp. Grenadierbataillone) entgegengestellt werden, die Zahl der übrigen Feldregimenter (resp. Bataillone) betrug 67. Auf die nicht ins Feld rückenden schlesischen Garnisonbataillone komme ich nachher in Abschnitt 5.

3) Vgl. oben S. 196. 197.

4) Will man die Regimenter der Jeetzeschen Abteilung mitzählen, so ergiebt sich: Urlaubereinziehung bei 5 Regimentern: einige andere Maßregeln (Berufung der doppelten Ueberkompletten und Fertigstellung der Feldequipage) bei 4 Regimentern d. h. Prinz Preußen vermutlich auszunehmen, s. oben S. 232 Anm. 2).

Ja, man kann noch weiter gehen. Erst am 19. Juni, d. h. innerhalb der Zeit, die L. als die preußische Rüstungsperiode ansieht (vom 17.—30. Juni), sind die gesamten magdeburgischen und altmärkischen Urlauber entlassen worden. Das sind vielleicht sechsfach so viel Leute, als einige Tage nachher in Westfalen (am 21. und 24. Juni) und im Magdeburgischen (am 28. Juni) zurückbeordert wurden. Auch die Urlaubsgesuche und die Werbepässe für Offiziere sind zum Teil erst in den Tagen nach dem 17. Juni bewilligt[1]). Diese Urlaubsbewilligungen für Mannschaften und Offiziere wiegen an Zahl der Beurlaubten reichlich das auf, übertreffen sogar noch bei weitem das, was nachher in entgegengesetzter Richtung angeordnet wird. D. h. bei diesen später gegen Oesterreich marschierenden Regimentern sind selbst noch in der Zeit der „Preußischen Angriffsrüstungen" (vom 17.—30. Juni) die Friedensmaßregeln von größerem Umfang als die Rüstungsmaßregeln! —

Ich gehe mit wenigen Worten auf die einzelnen preußischen Provinzen ein. Zuerst die beurlaubten Mannschaften, dann die Offiziere.

Wenn eine Angriffsrüstung gegen Oesterreich beabsichtigt wurde, so wären in erster Linie Schlesien, die Mittelmark und die Neumark in Betracht gekommen. Grade in diesen Provinzen geschieht jedoch bei den beurlaubten Mannschaften garnichts, was als wirkliche Rüstungsmaßregel gegen Oesterreich angesehen werden kann. Denn die Einberufung der Schlesier zu den Exercierübungen[2]) war nichts weiter als eine sehr geringfügige Beschleunigung einer alljährlichen, schon für den Frieden feststehenden und auch für das Jahr 1756 bereits vorher angeordneten Maßregel[3]). Gewiß war diese Beschleunigung am 25. Juni

---

1) Vgl. oben S. 166.

2) Vgl. oben S. 204. 205.

3) Am 23. April war für die Schlesier bestimmt worden, die Regimentschefs sollten die Beurlaubten „bergestalt einziehen", daß das Regiment zu den Exercitien den 10. Juli komplett zusammen sei. Da die Einziehung der Urlauber ungefähr 6 Tage in Anspruch nahm, so mußten die Einberufungsbefehle seitens der Regimenter etwa am 4. Juli ergehen. Am 25. Juni befiehlt der König den Regimentern die Urlauber sofort zu den Exercitien einzuziehen. Bis diese Ordre den Regimentsinhabern zukam, vergingen etwa 3—6 Tage (von Fouqué in Glatz liegt die Antwort vor; sie ist vom 2. Juli, also sogar 7 Tage später, der Befehl kann aber schon 1 oder 2 Tage vorher angekommen sein). Also am 28., 29. oder 30. Juni oder am 1. Juli werden auf Grund der neuen Ordre die Regimentschefs die Einberufung verfügt haben; d. h. also durchschnittlich 4 Tage früher als es sonst geschehen wäre. Die Einziehung selbst wird ebenfalls beschleunigt worden sein, so daß sie dort, wo die Urlauber in der Nähe waren, nicht ganz 6 Tage dauerte. Ueber die Beendigung der Einziehung haben wir Berichte (vom

herbeigeführt durch die bedrohlichen Nachrichten, die aus Oesterreich und Rußland [1]) damals einliefen, aber als wirkliche Rüstungsmaßregel, als „Verwandlung des Friedensstandes in den Kriegsstand [2])", wie L. den Begriff Rüstung definiert, kann sie nicht gelten. — Von den sämtlichen Regimentern der Mittelmark und der Neumark ist nur bei dem Regiment Prinz von Preußen eine Einziehung der Urlauber erfolgt, aber verursacht durch den Garnisonwechsel. Hätte Friedrich in Brandenburg Rüstungen gegen Oesterreich für nötig gehalten, so wäre sicherlich die Urlauber-Berufung nicht bloß bei diesem einzigen Regiment angeordnet worden [3]).

In zweiter Linie kamen für den Krieg gegen Oesterreich in Betracht die Provinzen Magdeburg, Altmark, Pommern, Westfalen und Cleve. Es spricht für das vorsichtige Verfahren des Königs, daß er nur in diesen entfernteren Provinzen, in einigen von ihnen, sich zu Vorkehrungen entschließt, die als bescheidene Anfänge von Kriegsrüstungen zu betrachten sind.

Bei den drei westfälischen Regimentern werden am 21. die unzuverlässigen Urlauber, am 24. die entfernt wohnenden [4]) zurückberufen, bei den Regimentern im Magdeburgischen, in der Altmark und Halberstadt am 28. Juni ebenfalls die dreißig oder mehr Meilen entfernten [5]). Das sind Maßregeln von sehr geringer Bedeutung, da bei der 8—10 Tage zuvor erfolgten Urlauberentlassung, in einer Zeit, wo kriegerische

---

5. resp. 20. resp. 10. Juli) von den Kyau-Kürassieren (denen die königliche Ordre schon am 29. oder 30. Juni zugekommen war; vgl. Teil I, 243 (39) ff.) den Szekely-Husaren und den Puttkamer-Husaren; sie waren am 5. resp. 6. resp. einige Tage vor dem 10. Juli komplett, d. h. also 5 resp. 4 oder 2 bis 3 Tage früher als ursprünglich bestimmt. Man sieht also: die Beschleunigung war äußerst geringfügig.

1) Vgl. oben S. 188. 189; auch 217 und 218.

2) Dazu wäre eine vollständige oder fast vollständige Mobilmachung notwendig gewesen. Aber nicht einmal die doppelten Ueberkompletten wurden in Schlesien eingezogen, so daß selbst in der bloßen Zahl der Mannschaften der „Kriegsstand" nicht erreicht wurde.

3) Die gegen Rußland marschierenden brandenburgischen Regimenter bleiben natürlich hier fort, ebenso die noch mit den Exerzitien beschäftigten fünf pommersch-brandenburgischen Kavallerieregimenter (vgl. S. 158. Daselbst Z. 2 v. o. ist pommersch-märkischen zu lesen statt pommerschen).

4) L. hat diese zweite Ordre, die vom 24., übersehen. Die Ordre vom 21. Juni in Pol. Korr. XII, 434.

5) Dagegen die „nicht so weit entfernten", heißt es in der Ordre vom 28. Juni, „können noch auf Urlaub bleiben".

Verwicklungen schon in Aussicht standen, die Regimentsinhaber unsichere und weiter entfernt wohnende Leute wohl nur in ganz kleiner Zahl beurlaubt haben[1]).

Bei den Regimentern in Cleve hören wir von gar keiner Veränderung. In Pommern wurde nur das anbefohlen, was mit dem Garnisonwechsel in Verbindung stand. Dadurch war die Urlauber-Einziehung bei den Regimentern Jeetze, Prinz Moritz, Blanckensee, Markgraf Friedrich veranlaßt. Als Rüstung wird man sie kaum ansehen können; hätte Friedrich Rüstungen in Pommern gegen Oesterreich geplant, dann wären solche doch auch bei den Regimentern, die nicht am Garnisonwechsel beteiligt waren, wie Bevern oder Prinz Friedrich Eugen vorgenommen worden.

Bei diesen ganz vereinzelten und unvollständigen Urlaubereinziehungen verbleibt es im Juni und verbleibt es in der ersten Hälfte des Juli. Von alledem, was für die Mobilmachung unumgänglich nötig war, von Einziehung der doppelten Ueberkompletten, von Fertigstellung der Feldequipage, von Einziehung der Knechte, Beschaffung der Pferde, von Auszahlung der Equipagegelder, Verteilung der Geschütze und scharfen Patronen, davon hören wir selbst bei den magdeburgischen und westfälischen Regimentern, die einige Urlauber einziehen, nicht das mindeste. Und das ist — die „überstürzte Mobilmachung“[2]), die unzweideutig des Königs Angriffsabsichten gegen Oesterreich bekunden soll!

Für die Offiziere folgte der ersten Ordre vom 21. Juni, welche die Beurlaubung der Offiziere in Ostpreußen untersagte, zwei Tage später ein Befehl für Pommern, die Marken, Magdeburg und Westfalen: „Daferne das Regiment noch nicht auf auswärtige Werbung geschicket hat“, so soll „es damit noch Anstand nehmen“, und bis auf neue königliche Ordre soll nicht auf auswärtige Werbung geschickt werden (XII, 457). Eine weitere Maßregel, nämlich die Rückberufung der bereits auf Urlaub fortgegangenen Offiziere, beginnt am 23. Juni, und zwar werden zunächst nur diejenigen zurückberufen, die sich in Karlsbad aufhielten (XII, 457). Danach folgt am 24. der Befehl zur Rückkehr für alle Offiziere der pommerschen Regimenter (XII, 459); auch dies ist sehr bezeichnend: die erste Weisung für die Offiziere einer ganzen Provinz ergeht am 21. für Ostpreußen, die nächste, am 24., für Pommern, d. h. für die Provinz, die bei einem Kriege mit Rußland in zweiter Linie in Betracht kam, dagegen bei einem Kriege mit Oesterreich

1) Vgl. oben S. 205.

2) So Delbrück noch im neuesten Aufsatz (Bd. 84, 46).

erst in vierter oder fünfter Linie. Also auch hier eine Rüstung vornehmlich gegen Rußland, eine Maßregel, die wiederum des Königs Vorsicht in seinem Verhalten gegen Oesterreich bekundet. Für die Offiziere der übrigen, Oesterreich näher liegenden Provinzen ergeht der gleiche Befehl weder am 24., noch am 25., noch am 26. Juni, sondern erst am 27. Juni [1]).

Es war vorauszusehen — und eben deswegen mußten die Befehle schon im Juni erteilt werden, — daß die Rückkehr der Offiziere und der in die Ferne beurlaubten westfälischen und magdeburgischen Mannschaften häufig mehrere Wochen in Anspruch nehmen werde. Denn die Ordre des Königs mußte erst dem Regiment zugehen, vom Regiment an den betreffenden Offizier oder Soldaten kommen, und dann erst folgte die Rückreise, die allein schon mitunter einige Wochen dauerte. Selbst die Offiziere, die der König zuerst und direkt, ohne Vermittelung des Regiments zurückberief, die in Karlsbad weilenden, die — wenigstens bis Berlin — keine allzulange Reise zurückzulegen hatten, kehrten erst gegen Schluß der ersten Juliwoche nach Berlin oder Potsdam zurück [2]).

Zweifellos sind diese Befehle für die in der Ferne befindlichen Mannschaften und Offiziere aufzufassen als Sicherheitsmaßregeln, die vom Könige getroffen wurden, damit, im Fall es zu einem Kriege mit Oesterreich käme, im Fall eine Mobilmachung gegen Oesterreich nötig würde, dasjenige schon vorbereitet war, was zur vollständigen Durchführung voraussichtlich längere Zeit erforderte. Daß Friedrich bei diesen Befehlen nicht etwa an einen sofortigen Marsch der Regimenter dachte, sondern nur im voraus für die spätere Zeit einige Vorsichtsmaßregeln anordnen wollte, zeigen auch die Worte, mit denen er den Befehl an die westfälischen Regimenter vom 21. Juni einleitet und

---

1) Vgl. Bd. XII, 459, Anm. 2. L.'s Bemerkung S. 42, Anm. 1: „Man darf wohl annehmen, daß die Befehle für die ganze Armee ergingen", läßt befürchten, daß er über die Einrichtungen in der fridericianischen Armee nicht genügend orientiert ist. Die Befehle konnten garnicht für die ganze Armee, sondern nur für diejenigen Regimenter erteilt werden, die mit ihren Exercitien bereits zu Ende waren; nur von ihnen waren Offiziere beurlaubt oder auf Werbung gesandt. Also z. B. den Schlesiern konnte der Befehl nicht zugehen. Aus der gleichen geringen Vertrautheit mit diesen militärischen Institutionen entspringt der Fehler L.'s, daß er (S. 42, Anm. 2) die Urlaubsverweigerung für Münchow am 20. Juni mit den Rüstungen in Zusammenhang bringt. Vgl. oben S. 169.

2) Vgl. XIII, 48 und Tagebuch Scheelens im Kriegsarchiv des Großen Generalstabs. Generaladjutant von Buddenbrock kam sogar erst am 25. Juli zurück. Vgl. XIII, 153 und das gleiche Tagebuch.

motiviert: „Nach Situation der Umstände könnte es vielleicht geschehen, daß in der Zeit von 6—8 Wochen Ihr den Befehl bekämet, mit Eurem Regimente zu marschiren[1])."

Nichts dagegen berechtigt zu der Annahme, ja diese Annahme ist gänzlich ausgeschlossen, daß diese geringfügigen, winzigen Sicherheitsmaßregeln eine Offensivrüstung gegen Oesterreich und Sachsen, eine Rüstung zur Eroberung Sachsens und Böhmens, eine Vorbereitung auf den grandiosen Weltkrieg darstellen. Man braucht ja nur beides nebeneinander zu stellen: die Vermutung L.'s und D.'s und die thatsächlichen Veranstaltungen, um sofort zu sehen, wie gänzlich unmöglich jene Annahme ist.

Und nicht bloß, daß die Rüstung so minimal ist, es kommt noch ein zweites hinzu, worauf schon früher kurz hingewiesen wurde. Die Anordnungen erfolgen nicht mit einem Mal, zu gleicher Zeit, sondern ganz allmählich, stoßweise, zögernd und zum Teil unter Widerruf. Zunächst am 15. Juni die Entlassung der westfälischen Urlauber, am 19. die der Magdeburger, Anfang und Mitte Juni, noch am 19. und 20., die Beurlaubung einer Anzahl Offiziere[2]). Danach erst setzen mit dem 21. die Rüstungsmaßregeln in der entgegengesetzten Richtung ein, indem von den soeben angeordneten Friedensmaßregeln einiges rückgängig gemacht wird. Am 21. eine kleine Abänderung für einen Teil der westfälischen Urlauber, so geringfügig, daß schon am 24. eine winzige Steigerung[3]) hinzutreten muß, elf „Rüstungstage" (17.—27. Juni) hindurch bleibt es bei diesen unbedeutenden Bestimmungen; dann erst kommt am 28. eine kleine Erweiterung hinzu, die Ausdehnung auf die magdeburgischen Regimenter. Für die Offiziere der mittleren Provinzen ergehen die ersten Befehle nicht vor dem 23., am 24. eine geringe Steigerung, am 26. ein klein wenig mehr[4]), endlich am 27. erst die Vollendung. Warum sind nicht alle diese gleichartigen kurzen Befehle sofort am 19. oder 21. den sämtlichen Regimentern zugeschickt? Warum nicht während der 12 „Rüstungstage" weit mehr angeordnet, als diese vorsichtigen bescheidenen Anfänge, die ja thatsächlich weiter nichts dar-

1) Diese wichtige Motivierung des Befehls vom 21. Juni ist von L. bei Besprechung der Ordre S. 41 nicht erwähnt worden. Der etwaige Einwand, daß der König auch hier in den Ordres an die Generale heuchelt, ist haltlos.

2) Vgl. oben S. 160—166.

3) Der Anlaß hierfür, ebenso wie für die Steigerung bei den Befehlen für die Offiziere ist der, daß am 24. und 25. dem Könige die Gefahr eines Krieges näher rückt. Vgl. oben S. 188. 191.

4) Rückgängigmachen des Urlaubs des Prinzen Ferdinand vgl. S. 167.

stellen, als das Rückgängigmachen einiger allzu schnell getroffener Friedensmaßregeln? Warum zuerst, auch noch nach dem 17. Juni, eine Urlauber-Entlassung, dann just bei denselben magdeburgischen Regimentern 9 Tage später Urlauber-Rückberufung? Warum solche Widersprüche? Warum gegenüber den Oesterreichern alles so zaudernd, so langsam? So völlig anders als gegenüber den Russen, wo an einem Tage, am 21., mit der ersten Ordre sofort die weitgehendsten Maßregeln anbefohlen werden? Und wenige Tage später, nachdem der König so tropfenweise die einzelnen Befehle sich hat abpressen lassen, versiegt und versandet die weitere Rüstung vollständig! Sobald am 29. Juni mit der ersten Kunde vom Rückzug der Russen der erste Hoffnungsschimmer auf Erhaltung des Friedens wieder auftaucht, hört Friedrich mit allen neuen Rüstungen für fast 3 Wochen auf[1]). Ist das die Art des „Kriegsgottes", die „überstürzte Mobilmachung" eines gewaltigen Eroberers, der sich anschickt, „eine Welt in Trümmer zu schlagen" und eine „neue Welt zu schaffen"[2]). Ein König, der „seit 10 Jahren auf diese Kriegsgelegenheit hin gerüstet hat", dem das Jahr 1756 für seine Pläne ungemein günstig erscheinen soll, der endlich am 17. Juni auch noch den „speziosen Vorwand" gewinnt, dem rasches und entschiedenes Handeln not thut, um die Gegner nicht ihre Rüstungen vollenden zu lassen[3]), kann ein solcher Fürst wohl inkonsequenter, zögernder, widerspruchsvoller, rätselhafter verfahren als es hier in den Tagen der großen „Offensivrüstungen" geschieht?[4])

1) Vgl. oben S. 191 und unten Kap. IV.

2) Delbrück, Bd. 79, 276, 277, 279; 84, 46. Mit den obigen Ausführungen und mit dem im vorigen Abschnitt Dargelegten vergleiche man die kühnen Worte Delbrücks: „Erst weise mir doch jemand nach, daß meine Auffassung mit dem thatsächlichen Verhalten Friedrichs sich an irgend einer Stelle nicht vereinigen läßt" (Bd. 84, 51). Nicht an einer, an sämtlichen Stellen steht das thatsächliche Verhalten Friedrichs (das D. gar nicht kennt) in Widerspruch zu D.'s Konstruktionen.

3) Kein Anlaß zum Warten lag mehr vor. Daß der König etwa zuerst eine Anfrage in Wien stellen wollte, daran ist nicht zu denken. Er stellt auch thatsächlich jetzt keine Anfrage. Hierzu entschließt er sich erst in völlig veränderter Situation, 4 Wochen später, am 15. Juli.

4) Ich habe mit den Rüstungen des Jahres 1756 die Akten verglichen über die militärische Demonstration, die der König 1749 vornimmt. Dort ein vollkommen anderes Bild. Sofort ergehen gleichzeitig am 6. und 7. März 1749 an sämtliche Regimenter in Schlesien, Pommern, Brandenburg, Altmark, Magdeburg, Halberstadt, Westfalen, am Rhein die Befehle, daß sie mehrere Monate früher als zuerst bestimmt war, zum 1. resp. 15. April resp. 1. Mai ganz komplett und überkomplett nebst allen Offizieren zusammen sein sollen, und schon 4 Tage später, am 10. und 11. März, folgen für die Regimenter in Westfalen und am Rhein die Befehle zum Marsch nach dem Osten.

Wieder einmal giebt der „dämonische Kriegsgott" ein „psychologisches Rätsel" auf, dem gegenüber „alle anderen Bedenken und Zweifel der Weltgeschichte" (wie L. es nennt) für geringfügig zu erachten sind. Und aus diesem Dilemma giebt es wirklich nur den einen Ausweg, den Delbrück für uns dekretiert hat? Wir müssen den König für einen „kompletten Narren", für einen „armseligen, nervösen, haltlosen, kopflosen, urteilslosen, sanguinischen ꝛc. ꝛc. Schwächling" erklären? Oder bleibt nicht noch die schlichte, einfache Lösung: Friedrich wollte im Moment weder „Welten in Trümmer schlagen", noch „neue Welten schaffen"; er wollte vielmehr in diesem Jahre wirklich — wie er es hundert und aber hundertmal durch Wort und That bezeugt hat — den Krieg vermeiden und den Frieden erhalten, und nur durch Impulse, die von außen kamen, nur durch die Not ließ er sich zu einigen vorsichtig getroffenen Sicherheitsmaßregeln bewegen.

Auch die „Friedriche der Weltgeschichte" verlieren nichts von ihrer wahren Größe, wenn sie für das gewaltigste Unternehmen einen gewissen Zeitpunkt — hier das Jahr 1756 — als ungünstig ansehen, und wenn sie, ihre Mittel und Kräfte sorgsam abwägend, die Durchführung der großen Aufgaben, die sie ihrem Staate stellen, auf geeignetere und bessere Zeiten verschieben.

---

Vergleichen wir das, was bei den gegen die Russen bestimmten Feldregimentern angeordnet wurde, mit dem, was für die übrigen Feldregimenter befohlen wird, so ergiebt sich:

1) Nur gegen die Russen sind die Regimenter einer ganzen Provinz (Ostpreußen) konzentriert und in „marschfertigem Stand" gehalten worden.

2) Nur gegen die Russen sind (in Ostpreußen) Truppen der feindlichen Grenze näher gelegt worden, ohne daß dementsprechend Truppen von der Grenze zurückgezogen wurden.

3) Nur gegen die Russen ist eine Mobilmachung angeordnet worden, zum Teil eine vollständige (bei dem Reservekorps), zum Teil eine fast vollständige (in Ostpreußen).

4) Nur gegenüber den Russen sollten die Urlauber einer ganzen Provinz außerhalb der Exerzierzeit bei der Fahne zurückbehalten werden.

5) Nur gegen die Russen ist ein Reservekorps gebildet worden, nur zum Krieg gegen Rußland der Befehl ergangen, daß mobilgemachte Regimenter in Marsch gesetzt wurden.

6) Nur den Russen gegenüber ist die Korpsartillerie ausgerüstet und ihre Absendung befohlen worden.

7) Nur den Russen gegenüber ist Bataillonsartillerie mobilgemacht und das Proviantfuhrwerk bespannt worden.

8) Nur zum Krieg gegen die Russen sind Ingenieure, Pontons, Feldetats, Pulvervorräte, scharfe Patronen, Feldapotheken- und Lazarettsachen abgeschickt, sind Equipagegelder gezahlt und die Pferde von einer Anzahl Regimenter angeschafft worden.

9) Nur zum Krieg gegen Rußland sind die Mobilmachungsgelder und andere Gelder von Berlin abgesandt worden.

10) Nur den Russen gegenüber sind Weisungen erteilt zur Ausrüstung der doppelten Ueberkompletten und zum Berittenmachen der überkompletten Kavalleristen.

Von alledem hören wir in den Tagen vom 17—30. Juni bei den Regimentern, die später gegen Oesterreich und Sachsen marschieren, ganz und gar nichts; wohl aber hören wir bei ihnen noch nach dem 17. Juni vom Entlassen eines Teils der Urlauber, von Urlaubserteilung und Bewilligung der Werbepässe an Offiziere. Das sind die thatsächlichen Verhältnisse — und da will man uns einreden: Friedrich habe im Juni ausschließlich gegen Oesterreich und Sachsen, aber nicht gegen Rußland gerüstet! Da bekommt es ein Historiker fertig, auf diese preußischen Juni-Rüstungen seine Darstellung und seine neue Auffassung zu stützen, diese Rüstung in den Mittelpunkt seiner Beweisführung zu stellen, aus der Art der Juni-Rüstungen die Aggressivabsichten Friedrichs herzuleiten, die schwerwiegendsten Folgerungen daran zu knüpfen, und — in dem ganzen Buche nicht ein Wort, nicht eine Silbe über Rüstungen gegen Rußland zu sagen, die Meinung zu erwecken, als hätten gegen Rußland keinerlei Kriegsvorkehrungen stattgefunden!

## V. Die Verstärkung der Garnisonregimenter und die Aufstellung der Palisaden in den Festungen; der Pferdekauf; die Fouragesammlung; die Landmiliz und die Grenadierbataillone; die Getreidemagazine[1]).

König Friedrich hatte, wie wir uns erinnern, im Jahre 1755 die geplante Vermehrung der Garnisonbataillone zum Teil sehr weit

1) Neben den Rüstungen bei den preußischen Feldregimentern wurde im Juni eine Anzahl von weiteren, weniger erheblichen Kriegsvorkehrungen getroffen,

hinausgeschoben[1]). Bei den Regimentern Nettelhorst und Lange sollten die neuen Bataillone erst am 15. August 1756[2]), bei Lattorff und Blanckensee im Etatsjahr 1757/58 errichtet werden. Nunmehr wird am 19. Juni (XII, 433) bestimmt, daß „die Augmentation der beiden Garnisonregimenter von Lattorff und von Blanckensee" „noch in diesem Jahre, ohngefähr im kommenden Monat August" vorzunehmen sei. 5 Tage später, am 24. Juni[3]), folgt eine weitere Beschleunigung: die Leute für die neuen Bataillone Lattorff und Blanckensee sollen bereits am 1. August zusammen sein; wieder 3 Tage später eine dritte Steigerung: auch die zwei Bataillone Nettelhorst sollen statt am 15. schon am 1. August errichtet werden[4]).

Was hier angeordnet wird, ist an sich nicht etwas neues, nur für den Kriegsfall geltendes; es sind Maßregeln, deren Ausführung auch für den Frieden schon geplant und bestimmt war; ihre Ausführung wird jetzt nur beschleunigt.

Aber andererseits sind in diesen Junitagen für preußische Garnisonregimenter auch völlig neue, direkt zum Kriege und allein für den Krieg bestimmte Anordnungen getroffen worden; Befehle, die nicht erst im August, sondern sofort, resp. sofort im Falle des Krieges auszuführen waren: 1) die Garnisonregimenter Sydow und Manteuffel sollten sogleich als Feldregimenter ausgerüstet werden; 2) für den Fall des Kriegs sollte das Bataillon Heyderstädt errichtet werden[5]). Wo sind diese weit

---

die hier im letzten Abschnitt zusammengefaßt werden sollen. Auch hier werden die von L. wiederum beiseite gelassenen anti-russischen Rüstungen das Bild ergänzen und berichtigen. Zum Schluß seien einige Maßnahmen erwähnt, die L. fälschlich als Rüstungen im Juni ausgegeben hat.

1) Vgl. oben S. 170.

2) Auch S. 43 vermeidet es L. ebenso wie S. 6 den festgesetzten späten Termin der Errichtung der Bataillone Nettelhorst und Lange, den 15. August, zu nennen. Er bemerkt statt dessen (Anm. 1, S. 43) nur, „die Gelder für die Augmentation der beiden Regimenter waren vom 1. Juni ab angewiesen". Das könnte die Meinung erwecken, die Augmentation sei am 1. Juni erfolgt. Es ist nicht der Fall, die Gelder vom 1. Juni, d. h. von Beginn des neuen Etats, bis 15. August, sollten vielmehr nur zur Beschaffung der Mundierungen verwendet werden. Vgl. oben S. 170 mit Anm. 4. Vgl. dazu auch weiter unten im Anhang, zu Gött. Gel. Anz. S. 148.

3) Kabinettsordre an den Generaladjutanten von Wobersnow, Potsdam, 24. Juni; an Oberst von Blanckensee 26. Juni. Ueber die Veranlassung der Beschleunigung vgl. S. 191.

4) An Minister Schlabrendorff 27. Juni.

5) Befehle an Lehwaldt vom 21. resp. 25. Juni. Vgl. oben S. 210 oder S. 213 Anm. 2.

wichtigeren Befehle in L.'s Darstellung der „Preußischen Juni-Rüstungen"? Kein Wort davon! Es sind ja Rüstungen gegen die Russen, Rüstungen in Ostpreußen. —

Ebenso wie die geplante Vermehrung der schlesischen Garnisonbataillone, so war auch der Ausbau der dortigen Festungen im Juni 1756, als ein Angriff der Oesterreicher und der Russen gegen Schlesien drohte, von der Vollendung noch sehr weit entfernt. Deshalb mußte die Vermehrung der Garnisonbataillone beschleunigt, deshalb mußten andererseits die Festungen (deren Bauten sich nicht in wenigen Wochen fertigstellen ließen) durch Aufpflanzen von Pallisaden und Kanonen in einen wenigstens einigermaßen verteidigungsfähigen Stand gesetzt werden [1]). Die Pallisaden fehlten zum größten Teil, sie mußten erst angefertigt werden; auch aus diesem Grunde war es, wie schon oben berührt, notwendig, den Befehl für die Pallisadierung frühzeitig zu erteilen; denn die Ausführung dauerte bei den meisten Festungen längere Zeit, an 4 oder 6 Wochen. Z. B. aus Cosel hören wir, daß die bestellten Pallisaden erst bis Ende Juli abgeliefert wurden [2]); am 1. August meldet der Kommandant, daß die Pallisadierung begonnen und zum Teil vollendet sei; völlig beendet wurde sie vermutlich erst etwa in den Tagen vom 4.—6. August. Aehnlich stand es mit den übrigen Festungen.

1) Befehl vom 25. Juni an die schlesischen Festungskommandanten. Vgl. schon oben S. 141. Die Befehle für Lattorff in Cosel und Fouqué in Glatz liegen noch vor, der letztere im Wiener Kriegsarchiv (vgl. Mitteilungen des K. K. Kriegsarchivs 1881, S. 489). Für Glogau, Breslau, Brieg, Neiße ist die Zusendung des Befehls aus späteren Berichten der Kommandanten zu ersehen. L. bemerkt S. 39 Anm. 1, daß ein entsprechender Befehl nach Neiße ergangen sei, ergebe sich aus Treskows Bericht vom 26. Juni. Dies ist unmöglich: der königliche Befehl vom 25. kann nicht schon am folgenden Tage in Neiße gewesen sein; thatsächlich beweist denn auch Treskows Bericht vom 26. grade das Gegenteil, daß der General noch keinen Befehl zum Aufstellen der Pallisaden erhalten hatte. Statt die zahlreich erhaltenen Akten der schlesischen Festungskommandanten gründlich zu benützen, beruft sich L. S. 39 eigentümlicher Weise auf das „preußische Manifest" „bei Krauske, Preußische Staatsschriften S. 117", eine Publikation, deren Herausgeber, nebenbei gesagt, in seiner Einleitung ganz die entgegengesetzte Auffassung als L. vorträgt. Diese Einleitung erwähnt L. nicht, hingegen die von Krauske gedruckten Manifeste benutzt er unbedenklich (so S. 39. S. 80). Seinen Gegnern rechnet er als schwersten Vorwurf die Verwendung von „Manifesten" an (S. 139), obgleich er auch nicht in einem einzigen Fall ihnen die Benutzung von Manifesten nachzuweisen vermag; ihm dagegen scheint, was er anderen vorwirft, ohne weiteres erlaubt zu sein. (Vgl. auch unten den Anhang; das gleiche Verfahren L.'s auch bei den Memoiren des Königs oben S. 144 Anm.).

2) Bericht Lattorffs, Cosel, 18. Juli.

Daß diese Maßregeln in Schlesien, an deren rein defensivem Zweck man nicht zweifeln kann, auch zum Schutz gegen einen russischen Angriff getroffen wurden, ist bereits früher erwähnt worden[1]).

Die Festungen, für die der Befehl zur Palliſadierung nachweisbar ist, zählt L. S. 39, Anm. 1 auf. Sonderbarer Weise aber fehlt gerade die schlesische Festung, für welche schon aus der „Politischen Korrespondenz" (XIII, 119) die Uebersendung der Ordre ersichtlich war, gerade die, bei der die Rüstung am schnellsten vor sich ging[2]). Das ist Glogau, die schlesische Festung, die einen etwaigen Angriff der Russen abwehrte! Und noch eine andere Festung fehlt. Hier wird der betreffende Befehl am frühesten, schon am 23. Juni erteilt, hier allein wird sogleich bestimmt, daß die Aufstellung der Palliſaden beschleunigt werden solle[3]). Wo diese vergessene Festung liegt, brauche ich kaum zu sagen: unmittelbar an der russischen Grenze, es ist Memel[4]). —

Auch der Auftrag zum Kauf derjenigen Pferde, die vom Auslande bezogen wurden, mußte, wenn Friedrich einen Angriff im August, in 6—8 Wochen erwartete, schon im Juni erteilt werden. Denn es dauerte etwa 6 Wochen, oder noch länger, bis die Pferde gekauft und abgeliefert waren. Am 26. Juni erhielt Winterfeldt die Weisung, 5740 Pferde außerhalb Preußens zu kaufen; er berichtet am 18. Juli, daß die „mehresten" der bestellten Pferde in der Zeit vom 1.—6. August in Potsdam und Berlin abgeliefert werden könnten, also selbst Anfang August waren diese Pferde noch nicht alle zusammengebracht. Ein frühzeitiger Kauf wurde ferner auch deswegen notwendig, weil Gefahr vorlag, daß die Oesterreicher den preußischen Lieferanten zuvorkamen[5]).

---

1) Vgl. oben S. 217. 218.

2) Vgl. oben S. 139.

3) Eine entsprechende Ordre ergeht für Festungen an der österreichischen Grenze erst am 25. Juli. Ordre an Lattorff vom 25. Juli.

4) Auch dieser Befehl war schon aus der gedruckten Korrespondenz (XII, 449) zu ersehen, er ist in der vielgepriesenen Instruktion für Lehwaldt enthalten; doch mag wohl diese eine Zeile der „echten Urkunde" wieder „unecht" sein. (Vgl. oben S. 190 Anm. 3, 194 Anm.). Ueber die Ausführung der Maßregel, mit der Lehwaldt sogleich beginnt, berichtet er am 13. Juli.

5) Dies ist in der That auch zum Teil eingetreten, obgleich der Befehl an Winterfeldt noch Ende Juni erfolgte. Hätte der König noch weiter gewartet, so wären kaum noch Pferde zu erhalten gewesen, da die Oesterreicher, wie Winterfeldt an Eichel (undatiert, etwa vom 1. oder 2. Juli) schreibt, schon im Juni in Hannover, Holstein und Mecklenburg durch den Lieferanten Altvater alles, selbst die minderwertigen Pferde, wegzukaufen suchten. (Vgl. schon Teil I, S. 251 [47] Anm. 3 und 260 [56] Anm. 1.)

Uebel genug war es bisher mit dem Pferdebestand der Preußischen Regimenter bestellt[1]). Auch hier dürfte man eher sagen, daß der König zu lange gezögert, als daß er seine Maßregeln „hastig" und „überstürzt" getroffen habe.

Der am 26. Juni befohlene Kauf[2]) von 5740 Pferden war erst ein verhältnismäßig kleiner Anfang zur Beschaffung des für die preußische Armee erforderlichen Pferdematerials. Die Lieferung der fast doppelt so großen Zahl von Pferden (10347), die im Inlande aufgebracht werden sollten, wurde in der Hauptsache erst im Monat August[3]) angeordnet[4]).

---

1) Vgl. oben S. 172.

2) In dem Bestreben, die preußischen Rüstungen möglichst früh anzusetzen, hat L. die Behauptung aufgestellt, der Auftrag, die 5740 Pferde zu kaufen, sei an Winterfeldt „vor dem 20. Juni" gegeben worden (S. 39 mit Anm. 1). Das ist ausgeschlossen. Denn erst am 26. Juni meldet Winterfeldt, daß 5740 Pferde „angekauft werden müssen" (Hist. Zeitschr. 64, 484), und erst, nachdem Friedrich dieses Resultat der Berechnung Winterfeldts erfahren hat, kann er den Befehl zum Kauf der 5740 Pferde erteilen; demgemäß ergeht denn auch erst unter dem 26. Juni die königliche Kabinettsordre, daß die Summe von 229600 Thlrn., — die nach des Generals Bericht vom 26. zum Kauf nötig war — an Winterfeldt gezahlt werden solle. Dasjenige andererseits, worauf sich Winterfeldt am 20. Juni bezieht („Ew. Maj. Intention, so ich anjetzo gleich erhalten", Hist. Zeitschr. 64, 484), der Auftrag des Königs vom 20. (oder allenfalls 19. Juni), wird darin bestanden haben, daß Winterfeldt eine Berechnung über die Zahl der notwendigen Pferde aufstellen sollte. Als Anhaltspunkte dazu dienten die, vielleicht schon vor Jahren niedergeschriebenen Notizen, welche Winterfeldt in seinem Quartier in Potsdam verwahrt hielt und die er in den Tagen nach dem 20. aus Potsdam abholen wollte (vgl. a. a. O.). Die Geldberechnung erforderte keine Zeit, da jedes Pferd einfach zu 40 Thaler angesetzt wurde, wohl aber forderte die Feststellung, wie viel Pferde bei dem augenblicklichen Zustand der Regimenter notwendig waren, und wieviel davon im Inlande aufgebracht werden konnten, eine Frist von mehreren Tagen, d. h. vom 21. oder 22. bis zum 26. Juni.

3) Vgl. z. B. XIII, 169, 205 vom 2. resp. 12. August. Nur für die 3 westfälischen Regimenter wurden die Pferde schon im Juli (XIII, 89) ausgeschrieben.

4) Davon sagt uns L. nichts, er erzählt nur von dem Kauf im Auslande. Umgekehrt verfährt er bei den Oesterreichern. Den schon im Juni erfolgten österreichischen Pferdekauf in Hannover, Holstein, Mecklenburg übergeht er, den erst später am 26. Juli angeordneten Kauf in den österreichischen Erblanden erwähnt er (S. 49). Und diesen inländischen österreichischen Kauf vergleicht er dann mit dem ausländischen preußischen und ruft frohlockend aus: Also 5 Wochen später als in Preußen! Auf solche Art wird die angebliche Priorität der preußischen Rüstungen erwiesen. Thatsächlich ist beides, der Kauf im Ausland und der im Inland, von den Oesterreichern in der Hauptsache früher als von den

Den an Winterfeldt erteilten Auftrag darf man auch nicht als eine allein gegen Oesterreich zielende Rüstungsmaßregel ansehen. Was Winterfeldt zuerst und am schleunigsten beschaffen sollte, das waren die Pferde für die Proviantwagen und die Artillerie, die mit dem Regiment Württemberg aus Berlin abmarschierten zur Unterstützung Lehwaldts[1]).

Noch einige andere Ordres über Pferdekäufe aber sind hervorzuheben: Am 25. und 26. Juni wird für die Regimenter des Darmstädter Corps die Anschaffung der Pferde befohlen[2]). Die Offiziere sollen von den ausgezahlten Equipagegeldern ihre Pferde kaufen. Lehwaldt erhält am 23. Juni die Weisung, seine Arrangements dergestalt zu treffen, daß die Artillerie- und Proviantpferde im Notfall sogleich zusammengebracht werden können[3]). Diese Ordres richteten sich direkt gegen die Russen; L. erwähnt sie nicht. —

Aehnlich wie mit den Pferden und der Aufstellung der Pallisaden stand es mit der Getreide- und Fouragesammlung. Auch hier mußte der Befehl frühzeitig ergehen, weil die Ausführung längere Zeit in Anspruch nahm. An Minister Schlabrendorff wird am 19. Juni geschrieben, daß die schlesischen Magazine „im nächstkommenden Herbst" komplett sein sollen. Wiederum eine Bemerkung[4]), welche zeigt, daß der König nicht an einen sofortigen Krieg dachte. Im Jahre 1756 herrschte großer Mangel an Getreide[5]), vor allem an Fourage[6]); ihre Beschaffung mußte daher bei Zeiten angeordnet werden. Am 26. wird Schlabrendorff befohlen, seinen „Anschlag dahin zu richten", daß für das Korps in Schlesien, welches „vorerst" 50 Schwadronen und 27 Bataillone stark sein werde, Fourage auf $2^1/_2$ Monat vorhanden sei.

---

Preußen angeordnet worden. L. meint, daß die von Winterfeldt gekauften Pferde nur Trainpferde gewesen seien. Auch das kann nicht richtig sein. Schon die auf ein und demselben Blatt befindlichen und wohl zusammengehörenden eigenhändigen Notizen des Königs: „les chevaux Winterfeldt" und „la remonte pour la cavallerie" sprechen dagegen. Ein anderer Pferdekauf (durch den die Kavallerieremonte beschafft worden wäre) hat, soviel ich sehe, nicht stattgefunden.

1) Bericht Winterfeldts, Potsdam, 26. Juni. Histor. Zeitschr. 64, 485.

2) Vgl. oben S. 231 Anm. 1. Das sind die nämlichen Befehle, die für die gegen Oesterreich bestimmten Regimenter zumeist erst im August ergingen.

3) Vgl. XII, 454.

4) Diese wichtigste Bemerkung, „im nächstkommenden Herbst", die den Befehl charakterisiert, ist von L. S. 39 fortgelassen worden.

5) Vgl. unten S. 257.

6) Bleinotizen Eichels auf der von Schlabrendorff eingereichten „Nachweisung von dem Zustande der schlesischen Magazine": „Größte Embarras wird nun sein wegen der Fourage." Ordre an Schlabrendorff, Potsdam 27. Juni.

Auf $2^1/_2$ Monat — d. h. etwa für den halben August, September und Oktober; wieder beweist diese Zeitangabe, die von L. ebenfalls fortgelassen wird [1]), daß die preußischen Maßnahmen nicht auf einen sofortigen, sondern auf einen erst im August beginnenden Krieg zielten.

Für die Verpflegung der ostpreußischen Armee traf Friedrich am 23. Juni noch weit eingehendere Bestimmungen, als es für Schlesien geschah; er ließ eine besondere „ökonomische Instruktion" [2]) aufsetzen für „das Corps von 60 Schwadronen und 29 Bataillonen". Diese Bestimmungen wenden sich gegen Rußland; L. erwähnt sie nicht. —

Eine etwas sonderbare Kriegsrüstung ist die S. 44 von L. nachdrücklich betonte „Ausrüstung" der Landmiliz. Der Leser wird meinen, daß etwa Gewehre oder dergleichen angeschafft wurden. Keineswegs! Gewehre und Lederzeug, schreibt General Massow in dem betreffenden Bericht vom 26. Juni (dessen Inhalt L. nicht näher angiebt), seien vorhanden, es möchten aber die blauen Kittel, „blautuchenen Hosen", „grauleinwandten Stiefeletten", rote Binden, Hüte und Schuhe, da die Sachen vertragen und nicht mehr zu brauchen seien, durch neue ersetzt werden. Das ist die Ausrüstung der Landmiliz, zu der Friedrich seine Zustimmung erteilt, und die L. zu einer großen Offensivrüstung aufbauscht. Wenn diese Sachen erst jetzt angeschafft wurden, so kann das eigentlich nur als neuer Beleg dafür gelten, daß in Preußen die Vorratssammlung der Uniformen u. s. w. noch nicht zu Ende geführt war [3]).

Aber ist die Lieferung von neuen „blautuchenen Hosen" und „grauleinwandten Stiefeletten" etwa das einzige, was im Juni für die Landmiliz angeordnet wurde? Keineswegs! Ungleich mehr geschieht, eine wirkliche direkte Rüstungsmaßregel wird getroffen, die Freund und Feind sogleich als eine solche erkennen muß. Am 23. Juni ergeht Befehl, daß „unter Prätext" das ostpreußische Landmiliz-Regiment des Obersten von Hülsen zusammengezogen werden soll [4]) zu dem Zweck, um im Fall des Krieges in die Festung Memel geworfen zu werden. Die Ordre für die „blautuchenen Hosen" wird von L. unter die „Preußischen Rüstungen" eingereiht, die Ordre für die Versammlung des Hülsenschen Regiments bleibt unerwähnt — es ist ja Rüstung gegen Rußland! —

---

1) S. 39. Statt 40 Schwadronen bei L. muß es 50 heißen. Das Wort „vorerst", welches zeigt, daß die Zahl des schlesischen Heeres noch nicht ganz bestimmt feststand, hat L. nicht beachtet.

2) Vgl. Bd. XII, 454.

3) Vgl. oben S. 144. 145.

4) Kabinettsordre an das General-Direktorium vom 23. Juni; Instruktion an Lehwaldt 23. Juni, XII, 449.

Das übrige, was L. unter der Rubrik „Preußische Rüstungen im Juni" noch anführt[1]), beruht auf Mißverständnis oder (in dem zuletzt zu erwähnenden Fall) auf flüchtiger, durch Voreingenommenheit beeinflußter Benutzung der Akten.

Bei Ausbruch eines Krieges wurden in Preußen neue Grenadierbataillone formiert, indem je zwei Grenadierkompanien von zwei Infanterie-Regimentern zu einem Grenadier-Bataillon zusammenstießen. Dies ist 1756 in den letzten Wochen des August geschehen, kurz vor dem Ausmarsch oder gar erst auf dem Marsche. Die Befehle hierzu ergingen in den Tagen vom 13. bis 26. August. Z. B. am 13. August[2]) an Generalmajor von Itzenplitz: „Die Grenadiercompagnien Eures Regiments stoßen mit denen vom Meyerinckschen Regiment zusammen und formieren ein Bataillon unter Commando des Obersten von Finck"; doch soll das Zusammenstoßen noch nicht sogleich, sondern erst dann vor sich gehen, wenn die Regimenter aus Berlin aufbrechen[3]). Am 16. August werden an das Korps des Prinzen Ferdinand drei Majore geschickt, um Grenadierbataillone zu befehligen, „die übrigen Grenadierkompanien stoßen erst in der Armee (d. h. nach Vereinigung der Regimenter) zusammen" (XIII, 222). Dem Major von Wangenheim wird erst am 20. August befohlen, er solle mit zwei Grenadierkompanien Kahlden[4]) am 27. zu denen des Regiments Prinz Heinrich stoßen; an den Prinzen von Preußen geht ein entsprechender Befehl sogar erst am 26. August. Dies nur einige Beispiele aus der großen Zahl derartiger Ordres, die sämtlich aus dem August datieren. Häufig formierten weit von einander entfernte Kompanien ein Bataillon (z. B. Grenadiere aus Ruppin und Fürstenwalde, aus Stettin und Berlin, aus Glogau und Breslau); ganz erklärlich also, daß diese Kompanien erst auf dem Marsch, „erst in der Armee" zusammenstießen.

Trotzdem verlegt L. die Maßregel vom Monat August auf Ende Juni 1756. „Die hierzu", d. h. zum „Zusammenstoßen der Grenadierkompanien" „erforderlichen Befehle ergingen in den letzten Tagen des Juni"[5]). Zum Beweise citiert L. (S. 44, Anm. 1) die Ordres vom 25. und 27. Juni. In diesen Ordres wird aber nicht befohlen, daß

1) Das Lager bei Hornburg (XIII, 25) sollte nur zum Schein abgesteckt werden. Auch L. erwähnt es nicht.

2) Pol. Korresp. XIII, 208.

3) Kabinettsordre an den Obersten von Finck 13. August.

4) Das sind die 2 Kompanien von Kahlden, die nicht gegen die Russen marschiert waren. Vgl. S. 221.

5) S. 44; vgl. auch S. 131.

die Grenadierkompanien zu Bataillonen „zusammenstoßen sollen", sondern es wird den Regimentschefs nur angezeigt, daß „bei einem vorkommenden Marsch" künftig die Grenadierkompanien Bataillone „formieren werden". Zu diesem Zwecke werden Grenadiermajore und Stabskapitäne ernannt und die Regimentschefs angewiesen, für den Adjutanten des künftigen Bataillons Vorschläge einzureichen[1]).

Fehlerhaft ist auch L.'s Angabe S. 41, daß „von ihnen", d. h. von den Schlesiern, 7 Regimenter Weisung erhielten, „alles so einzurichten", daß sie „nach empfangener Marschordre" „60 bis 70 der besten jungen Leute aus dem Kanton einziehen könnten". — 1) „Alles so einzurichten." Man meint: die Regimenter sollen die Aushebung schon jetzt vorbereiten[2]); von „alles so einzurichten", steht aber in der betreffenden Ordre an Kyau kein Wort, die Ordre bezieht sich gar nicht auf den gegenwärtigen Zeitpunkt. — 2) „Nach empfangener Marschordre". Der Leser muß annehmen, daß diese in nächster Zeit erfolgen soll; in der Ordre an Kyau vom 19. dagegen heißt es: „wenn Ihr jemalen die Ordre erhalten werdet, mit Eurem Regiment in Campagne zu marschieren", also es ist deutlich ausgesprochen ein Eventualbefehl für spätere Zeit, wie er ebenso auch in tiefstem Frieden erfolgte; und noch glaubte ja der König am 19. nicht an einen sofortigen Krieg mit Oesterreich. — 3) L. fügt die Kyau-Ordre der Ordre zur Einberufung der schlesischen Urlauber an, und doch ist die erstere am 19., die letztere erst am 25., und doch haben beide (die eine für einen eventuellen Kriegsfall, die zweite für die Exercitien) nichts miteinander zu thun; der Leser aber gewinnt die Meinung, daß der „Marschbefehl" für die gesamten Schlesier alsbald folgen soll. — 4) Die sieben von der Kyau-Ordre betroffenen Regimenter sind gar nicht alle schlesische[3]) (auch dies zeigt, daß beide Ordres nichts miteinander zu thun haben), es sind vielmehr solche Regimenter, welche ihre Kantons unmittelbar an der österreichischen Grenze hatten. Das heißt: die ganze Anordnung ist weiter nichts als

---

1) Auch Koser, Fr. d. Gr. I 595, ist hier im Irrtum; ebenso ist meine kurze Bemerkung XII 487, Anm. 3 nicht zutreffend.

2) Demgemäß erklärt denn auch D. (Bd. 79, 263) „eine Anzahl Regimenter wurde angewiesen, eine Rekrutenaushebung vorzubereiten". Die Ordre liegt gedruckt vor in dem von D. viel benutzten Bd. 12 der Korrespondenz (S. 433 ff.); aber selbst in solchem Fall übernimmt D. einfach L.'s falschen Auszug.

3) Vortrefflich weiß L. auch diese Schwierigkeit zu umgehen. Er erklärt (41, Anm. 5), der Name des (magdeburgischen) Regiments Wietersheim sei „verschrieben"! Die Thatsache, daß das Regiment Wietersheim, obschon in Burg garnisonierend, seine Kantons in Oberschlesien hatte, ist ihm nicht bekannt.

eine Vorsichtsmaßregel für den Fall eines künftigen Einbruchs der Oesterreicher in Schlesien, in diesem Falle sollen die Kantonisten in Sicherheit gebracht und nach Breslau geschickt werden[1]).

Und der nämliche Eventualbefehl, nur noch viel weitergehend, wird am 23. Juni für Ostpreußen erteilt[2]). Die gesamten (nicht bloß sieben) Regimenter sollen im Kriegsfall, ein jedes sogar 100—150 der besten Leute noch aus dem Kanton einziehen und nach Königsberg schicken; für diese Leute läßt Friedrich sogar bereits Gewehre und Patrontaschen im Juni nach Preußen senden (XII, 450). Aber dieser weit wichtigere Befehl bleibt bei unserem Autor fort; denn die Maßregel wendet sich gegen die Russen! —

Und zum Schluß noch eine wunderliche preußische „Kriegsrüstung": die verehelichte Rahmel, die verwittwete Pomeiske und der gewesene Lieutenant Sydow (L. 39. mit Anm. 2). Ihre Gesuche um Getreidespenden werden am 18. und 29. Juni ablehnend beschieden. Um so komischer wirkt diese „Angriffsrüstung", als die beiden Damen, die Pomeiske und die Rahmel sogar den Beginn der Preußischen Rüstungen zur Eroberung Sachsens repräsentieren sollen[3]). Vom 17. Juni, dem Tage, an dem L. dem König den „spezioſen Vorwand" gewinnen läßt, an dem also die Preußischen Rüstungen anzufangen hatten, kann L. keine Rüstungsmaßregel auffinden, vom 18. Juni ebensowenig, vom 19. Juni aus Magdeburg ebenfalls keine. In der That, eine verzweifelte Situation für unseren Autor: er hat seit dem 17. alles für seinen Eroberungs-König zum rüsten fertig gemacht, und — dieser

1) D. sucht seine Beweisführung u. a. darauf zu stützen, daß Friedrich seine Rüstung nur 3 Tage geheimgehalten, dann aber „vor aller Oeffentlichkeit" gerüstet habe; allein die Rüstungen der ersten 3 Tage seien „in der Stille", unter Befehl der „Geheimhaltung" getroffen worden (Bd. 79, 277. 263. 265). Richtig ist das Gegenteil! In den ersten 3 Tagen, die D. als Rüstungstage ansieht (17.—19. Juni) erging kein einziger „geheimer" Rüstungsbefehl; dagegen alle „geheimen" ergingen in den späteren Tagen, sogar noch am zehnten Rüstungstage (26. Juni an Schlabrendorff) [der Eventualbefehl an Kyau ist, wie erwähnt, kein Rüstungsbefehl]. Schon die in der „Korrespondenz" gedruckten Ordres (der nicht geheime Befehl an Schlabrendorff vom 19. Juni, d. h. vom dritten Tage, Nr. 7587, und der das Geheimhalten einschärfende Befehl vom 23. Juni, d. h. vom siebenten Tage, Nr. 7602) zeigen den wahren Thatbestand; wenn D. auch nur diese gedruckten Befehle eingesehen hätte, wäre er vor seinen übereilten Schlüssen bewahrt geblieben.

2) In der zweiten Instruktion für Lehwaldt, XII, 454.

3) Vgl. auch schon oben S. 164 Anm. 2. In Anbetracht der weltgeschichtlichen Bedeutung, zu der L. dieser Ehefrau Rahmel verholfen hat, hätte er doch wenigstens ihren Namen richtig schreiben können: sie heißt Rahmel, nicht Rahmet.

König will trotzdem nicht rüsten. Schnell ein rettender Gedanke! Die verwittwete Pomeiske und die verehelichte Rahmel, ihre Gesuche sind am 18. abgelehnt; mithin ist es klar: die Eroberungsrüstung beginnt am 18., oder, wie unser Autor, um die Verbindung mit dem „spezioſen Vorwand" nicht zu verlieren, noch mit einer zweiten kühnen Wendung behauptet: die Rüstung beginnt am 17. Juni!

Sind solche Ablehnungen von Getreidespenden nicht auch sonst erfolgt? Nur einige Beispiele: am 11. Februar 1756 wird ein Herr von Rahmel (vielleicht der Gemahl der „verehelichten") mit dem gleichen Gesuch zurückgewiesen, ebenso am 6. Mai ein Herr von Braunschweig, ebenso am 14. Juni die „sämtlichen von Adel des Bütowschen Distrikts" — alles pommersche Adlige, gerade wie die Frau von Rahmel und die von Pomeiske. Am 9. April äußert der König, die Forderungen der Pommern würden ihm „endlich, wo nicht unerträglich, dennoch zu sehr beschwerlich" [1]). Am 10. Juni wird der Landesdirektor von Jagow ablehnend beschieden, dann folgen am 14. die bütowschen Adligen, am 18. die Frau von Pomeiske und die von Rahmel, am 29. der Lieutenant von Sydow. Alle diese Ordres befinden sich in den gleichen Aktenbänden. Man sollte meinen, wer die einen sieht, muß auch die kurz vorangehenden sehen; aber gerade wie bei den österreichischen Akten, unser Autor hat nur Augen für das, was seiner vorgefaßten Meinung entspricht.

Die zahlreichen Gesuche erklären sich sehr einfach. Im Frühjahr und Anfang Sommer herrschte infolge von Mißernten stellenweise, besonders in Pommern, Getreidemangel. Und aus den übermäßig starken Forderungen erklären sich die ablehnenden Bescheide, zumal im Juni, nachdem der König, wie er am 18. an Frau von Rahmel schreibt, bei seiner letzten Anwesenheit in Pommern (am 7. und 8. Juni) bereits alles ausgeteilt hatte, was er abgeben konnte.

Aber noch in anderer Hinsicht ist die Darlegung L.'s verfehlt. Denn es handelt sich, wie die Kabinetts-Ordres ergeben, in den von L. erwähnten Fällen nicht um Kriegsmagazine, sondern um Magazine, die für Unterstützung der Unterthanen bestimmt sind [2]). Die Ablehnung von Spenden aus diesen Magazinen kann für Kriegsabsichten nichts beweisen. Daß andererseits die Kriegsmagazine, sobald ein Krieg drohte, für Getreidespenden an Privatleute gesperrt wurden, ist selbstverständlich. Da wird man eine Verfügung genereller Art erwarten. Sehr leicht war sie zu

1) Kabinettsordre an den Minister von Blumenthal, Potsdam, 9. April.
2) Vgl. L. S. 3.

finden! Am 21. Juni geht an das Generaldirektorium die Ordre, daß bei Unterstützung von Unterthanen „die Kriegsmagazine dazu nicht im geringsten konkurriren" sollen. Wie sorgfältig mag ein Autor gearbeitet haben, dem die richtigen Beweisstücke erst von seinen Gegnern herbeigeschafft werden müssen!

---

Dies sind die preußischen Rüstungen im Monat Juni 1756. Kein Zweifel: sie richteten sich in der Hauptsache gegen den befürchteten Angriff der Russen[1]), es sind Sicherheitsmaßregeln, aber nicht Aggressiv-, nicht Eroberungsrüstungen gegen Oesterreich und Sachsen. Fast unbegreiflich muß es jetzt erscheinen, daß eine solche Meinung je aufgestellt und mit leidenschaftlichem Eifer verteidigt werden konnte. Erst mit dem Moment der wirklich nahen und großen Gefahr beginnen die Rüstungsbefehle, in dem Moment, als diese Gefahr zu schwinden scheint, hören sie auf. Nur das Notwendigste wird angeordnet, mit großer Vorsicht wird verfahren. Allein gegen die Russen werden sofort bedeutende Rüstungen vorgenommen, die auf einen alsbald beginnenden Krieg hindeuten. An der sächsischen Grenze geschieht das Gegenteil von Rüstung, es werden Truppen von der Grenze fortgezogen. Was den Oesterreichern gegenüber langsam und allmählich angeordnet wird, sind Maßregeln, die zur Ausführung längerer Zeit bedürfen und deshalb frühzeitig getroffen werden müssen, die vorher Versäumtes nachholen oder allzu schnell gefaßte friedliche Entschlüsse rückgängig machen.

Des Königs Handlungen und Aeußerungen stehen vollkommen in Einklang: „Ich sehe mich genötiget, mich in eine sichere Positur zur Deckung meiner Lande gegen alle feindliche Anfälle zu setzen", mit diesem Wort wird der erste Befehl am 19. Juni eingeleitet (XIII, 433).

Keinen Anlaß geben die preußischen Rüstungen, um dem Könige Offensivabsichten und Eroberungsabsichten gegen Oesterreich und Sachsen zuzuschreiben; kein Anlaß besteht, seinen Versicherungen zu mißtrauen, hinter seinen Worten schlaue Verstellung zu argwöhnen, kein Anlaß, das bisherige Urteil über Friedrich als Charakter, über Friedrich als Staatsmann umzustoßen.

1) Das heißt: Die von mir (Hist. Zeitschr. 55, 459, 460) zuerst vorgetragene Ansicht hat sich nach eindringender urkundlicher Forschung als richtig erwiesen, die Ansicht L.'s als gänzlich falsch. Auch L.'s Polemik gegen mich, die vornehmlich an die Rüstungsdarstellung anknüpft, bricht damit in sich zusammen. Vgl. unten den Anhang.

## Kapitel IV.

# Die ersten Wochen des Juli 1756.

Das weitere politische und militärische Verfahren König Friedrichs in der Zeit vom 29. Juni bis zum 15. oder, man kann sogar sagen, bis zum 21. Juli ist beeinflußt und bestimmt durch die Meldungen vom Rückmarsch der russischen Truppen; ganz ähnlich wie die kurze Periode des Beginns der preußischen Rüstungen (vom 19. — 28. Juni) unter der Einwirkung der Nachrichten vom Vorrücken der Russen steht. Der im Osten jetzt eingetretene Wechsel führt auch in den Ansichten des Königs über die Wahrscheinlichkeit des Krieges eine erhebliche Veränderung herbei. Von neuem tritt die Hoffnung hervor, daß für dieses Jahr der Friede vielleicht noch erhalten bleiben werde. Allein mit Sicherheit konnte auch jetzt nicht auf einen friedlichen Ausgang gerechnet werden; denn — eben dies hat man neuerdings außer Acht gelassen — die Motive für den russischen Rückzug blieben gänzlich unbekannt[1]), und auf österreichischer Seite wurden die Rüstungen eifriger denn je fortgeführt; mithin war anzunehmen, daß die Wiener Staatsmänner, die nach des Königs Ueberzeugung nicht ohne Rußland vorgehen würden, trotz des Rückzugs sich der Russen noch immer sicher fühlten, und der Rückmarsch konnte nicht unbedingt als ein Faktor, der für den Frieden sprach, in Rechnung gestellt werden. Durch den Widerspruch im Verhalten der beiden Gegner wurde die Situation jetzt unklar und verworren. Noch hielt Friedrich anfangs für möglich, daß die österreichischen Kriegsvorkehrungen bald eingestellt werden könnten. Als diese Erwartung aber nicht eintraf, im Gegenteil die Rüstungen in Böhmen und Mähren, sogar in Ungarn und Italien noch verstärkt wurden, da erfolgt am 15. Juli auch in der Auffassung des Königs ein neuer Umschlag: Die Friedenshoffnungen schwinden, der Krieg scheint von neuem noch in diesem Jahre bevor-

1) Erst am 21. Juli wurden sie durch die Swartschen Mitteilungen dem Könige bekannt.

zustehen; die Entwicklung setzt wieder da ein, wo sie am 29. Juni unterbrochen worden war, nur daß jetzt der baldige Angriff nicht von Rußland, sondern von Oesterreich droht. Um sich Klarheit zu verschaffen — vor allem über die Frage, ob der Wiener Hof noch der Russen vollständig sicher sei — zu diesem Behuf richtet Friedrich am 18. Juli eine Anfrage nach Wien. Doch bevor noch aus der Fassung der Wiener Antwort und aus der Haltung der österreichischen Staatsmänner der König die gewünschte Aufklärung gewinnt, wird sie ihm weit vollständiger und besser auf anderem Wege zu Teil: durch die am 21. Juli aus dem Haag eintreffenden Nachrichten Swarts. Daraufhin entscheidet sich Friedrich am 21. Juli zum Notwehrkrieg.

So in knappem Umriß die Entwicklung in den ersten drei Juliwochen, die neuerdings so gründlich verkannt und so gänzlich verzerrt gezeichnet worden ist[1]). Ich komme zum einzelnen, doch nur die Hauptmomente hier vorführend[2]). —

Der ersten Swart'schen Depesche über den Rückzug der Russen — die am 29. Juni in Potsdam bekannt wurde[3]) — folgte am 3. Juli ein zweiter Bericht (XIII, 15). Da jedoch, wie Friedrich äußert, auch dieses Schreiben „n'indique aucun motif que la cour de Russie aurait eu pour prendre cette résolution, je n'entends rien encore, ni ne saurais voir assez clair jusqu'ici sur ces dispositions" (XIII, 31). Die vorübergehend auftauchende Vermutung, daß der englische Gesandte Gelegenheit gefunden „denen Sachen am petersburgischen Hofe eine besserere Tournüre zu geben" (XIII, 13), erwies sich sehr bald als irrtümlich; denn schon der nächste, dritte Bericht Swarts bestätigte zwar, daß „alle Kriegspräparatorien sistiret und contremandiret worden", verkündete aber zugleich, daß England und dessen Gesandter in Petersburg „ihre Sachen

1) Sie ist allerdings nicht ganz leicht zu verstehen. Doch wird das Verfahren Delbrücks, das ich nachher besprechen muß, schwerlich dadurch entschuldigt. — Meine früheren Ausführungen (Hist. Zeitschrift 56, 404 ff.) sind, wie man sehen wird, durch weiteres Eindringen und durch neues Material vertieft, in einzelnen Punkten auch berichtigt worden.

2) Bei den preußischen Juni-Rüstungen war ich genötigt, auf jede Einzelheit der L.'schen Darstellung einzugehen, da ich dort mit einem Forscher zu thun hatte, dessen Taktik jetzt Koser, Wiegand und mir gegenüber darin besteht, das, was von seinen Behauptungen widerlegt worden ist, einfach bei Seite zu schieben und sich auf das zu berufen, was als weniger wesentlich nicht in die Debatte gezogen worden ist; den Gegnern wird dann insinuiert, sie hätten sein „Buch nicht gelesen", hätten das „Problem nicht geahnt", seien „nicht fähig zum Diskutieren", hätten das angeblich Wichtigste nicht angreifen können.

3) Vgl. oben S. 191.

verdorben" hätten, und daß die russische Regierung „mit aller Macht und Gewalt die Freundschaft von Frankreich suche" (8. Juli XIII, 41)[1]. „Diese Nachrichten", bemerkt des Königs Kabinettssekretär, „machen die Ursache der contremandirten Anstalten noch dunkler wie vorhin" (XIII, 39).

Andererseits aus Oesterreich kamen fortgesetzt weitere Meldungen über Kriegsvorkehrungen[2]. Das konnte natürlich ebenfalls nur dazu beitragen, die Lage immer unklarer erscheinen zu lassen. „Mes nouvelles sont remplies de si étranges contradictions qu'il est impossible de voir clair dans l'avenir" (XIII, 39). Vielleicht jedoch, daß die Oesterreicher sich mit ihren Kriegsvorkehrungen zu sehr beeilt haben, es scheint, „que la partie n'est pas entièrement liée"; haben sie sich übereilt, so werden sie nun „sehr schnell den Degen wieder in die Scheide stecken". (4. Juli XIII, 12). Oder eine zweite Hoffnung (die vor dem 8. Juli geäußert wird, d. h. bevor am 8. Juli die ungünstigen Meldungen aus Rußland einlaufen) ging dahin, daß jetzt, wo die Russen für Oesterreich unsicher zu werden schienen, der preußische Garnisonwechsel[3], den Puebla nach Wien meldete, auf den Kaiserhof Eindruck ausüben könnte; Klinggräffen soll sorgsamst acht geben, ob die österreichische Regierung daraufhin ihre Rüstungen „beeilen und vermehren wird oder ob sie nicht mehr nicht weniger als bisher thun wird." „C'est un article qui m'importe extrêmement." (6. Juli XIII, 30. 31). Die eben erfolgte Bewegung einiger preußischer Regimenter kann jetzt vielleicht dazu dienen, um den Absichten der Oesterreicher „zur Geburt zu verhelfen".[4] Verschlägt dieses Mittel nicht[5], dann gilt es ein kräftigeres Mittel anzuwenden. Daß die Oesterreicher nicht, ohne der Russen sicher zu sein,

1) Gleichzeitig erfuhr Friedrich auch aus einer Depesche des sächsischen Gesandten in Petersburg, daß die russische Regierung im Begriff stehe, auf Oesterreichs und Frankreichs Absichten einzugehen, und daß der Oesterreicher Esterhazy auf Grund des Vertrages von 1746 die Hülfe Rußlands zur Wiedereroberung Schlesiens fordere. (Vgl. auch Teil I, 274 (70) Anm. 4.)

2) Vgl. z. B. XIII, 12, 14, 38. Die meisten dieser Meldungen noch ungedruckt; z. B. Bericht des Grafen Sandrazky, Langenbielau, 30. Juni; des Ministers Schlabrendorff, Breslau, 26. Juni und 30. Juni; Klinggräffens, Wien, 30. Juni (in Bd. XIII, 50 nicht mitabgedruckt); Generalmajors von Wartemberg, Bernstadt, 1. Juli.

3) Vgl. oben S. 220 ff.

4) „Si les Autrichiens ont la guerre dans le ventre, on les fera accoucher" (XIII, 12: 4. Juli). Vgl. oben S. 238 Anm. 4.

5) Ebendies wird dem Könige am 17. Juni gemeldet; daraufhin folgt sofort der Befehl, daß die Anfrage nach Wien abgehen solle. Vgl. unten S. 271.

handeln werden, bleibt nach wie vor der Grundgedanke des Königs. Nachdem am 8. Juli die neuen Meldungen aus Rußland gekommen sind, schreibt Friedrich am 10. seinem Gesandten Klinggräffen in Wien die folgenden Worte, welche seine Auffassung deutlich hervortreten lassen: „Vorausgesetzt, daß die Nachricht vom russischen Rückzug sich noch weiter bewahrheitet und daß Rußland für dieses Jahr die Partie verlassen hat, so ist nicht anzunehmen „que la cour où vous êtes voudra pousser plus loin de son chef son dessein", aber da die Nachricht aus Rußland nur in allgemeinen Ausdrücken von dem Befehl zum Einhalten der Kriegsvorkehrungen spricht und nichts angiebt „sur les raisons, qui ont fait prendre cette résolution point attendue de la cour de Pétersbourg", so dürfen wir uns nicht einschläfern lassen, sondern müssen mit peinlichster Aufmerksamkeit das verfolgen, was der Wiener Hof thut. „Je crois, cependant, que, si elle ne fait point défiler des troupes de l'Italie, ni ne fait passer des régiments de Hongrie en Bohême ou Moravie, cette année-ci saurait s'écouler encore tranquillement" (XIII, 50, 51). Friedrich denkt also von neuem an die Möglichkeit, den Frieden in diesem Jahre zu erhalten, und zwar stellt er hier am 10. Juli, man könnte sagen, ein Programm für sein weiteres Verhalten auf, nennt bestimmte Bedingungen, von deren Erfüllung er seine Hoffnung auf Frieden und seine friedliche Haltung abhängig machen will: 1) daß der russische Rückmarsch sich bewahrheitet; 2) daß seine Motive klar werden; 3) daß nicht etwa aus Oesterreich die Meldung eintrifft vom Marsch italienischer oder ungarischer Truppen. Worauf es allein ankommt, ist die Frage, ob überhaupt ungarische Truppen marschieren; ob „alle" marschieren[1]), ist für den König nicht das entscheidende, ob es 10 oder ob es 30 ungarische Regimenter sind, das macht keinen wesentlichen Unterschied.

Auch in anderen Briefen dieser Tage äußern sich des Königs wiedererwachende Friedenshoffnungen. Dem schlesischen Minister von Schlabrendorff schreibt er am 8. Juli[2]): die russischen Nachrichten ließen ihn „präsumiren, daß vielleicht dieses Jahr noch passiren dörfte, ehe die

1) Vgl. unten die Ausführungen gegen Delbrück.

2) Kriegsarchiv des Großen Generalstabs. Bei Veröffentlichung des XIII. Bandes der „Korrespondenz" waren diese Ordres an Schlabrendorff noch nicht an den Generalstab abgeliefert; es lagen nur auf dem Staatsarchiv undatierte kurze Bleinotizen Eichels für die Antwort vor; ich habe diese Notizen, da ich eine schleunigere Antwort des Königs voraussetzte, in der Korrespondenz (XIII, 38) unter dem 7. Juli eingereiht. Die Antwort ist, wie sich nun zeigt, erst am 8. erfolgt.

Oesterreicher ihr Vorhaben in das Werk zu setzen entrepreniren;" „man muß sehen, ob, allen ihnen entstandenen Hinderungen ohnerachtet, sie ihren üblen Willen doch noch zur Execution bringen wollen." An Schlabrendorff am 9. Juli: „Wann wider Vermuthen es noch zu einem Marsch dort kommen sollte.[1])" Am 12. Juli: Da es scheine als ob in Rußland „alles stille werden wolle", so sei zu sehen, „ob demohnerachtet die Oesterreicher alles alleine auf ihre Hörner nehmen wollen;"[2]) und in einem Postscript vom 12. Juli: „Wann es noch zum Kriege und Campagne kommen müßte". An Feldmarschall Lehwaldt am 6. Juli: „Auf den Fall es dortiger Orten noch wirklich zu einem Kriege ausbrechen und kommen sollte." (XIII, 37). An Generallieutenant von Kyau am 10. Juli: „Fange an zu zweifeln, daß dies Jahr was werden wird." (XIII, 53). —

So des Königs Nachrichten und des Königs Auffassung der Lage in den Tagen vor dem 15. Juli. Wir sehen von neuem: Friedrichs Ansichten richten sich ganz und gar nach der Kunde, die ihm von außen zukommt. Auf Grund der veränderten Meldungen aus Rußland ändert sich auch seine Meinung von der Wahrscheinlichkeit des Krieges. Am 22. und 25. Juni hatte er den Krieg für „unvermeidlich" erklärt[3]), nun im Juli wird fort und fort die Möglichkeit eines Vermeidens des Krieges betont. Wenn wirklich den König im Jahre 1756 der bestimmte feste Plan geleitet hätte, einen Angriff aus freien Stücken aufzunehmen, so würden zwischen seinen Aeußerungen im Juli und denen im Juni unvereinbare Widersprüche sich ergeben. Nun allerdings, Friedrich hat ja nach der Lehre der modernen „kritischen Interpreten" alle Welt, auch seine Vertrauten und sogar sich selbst fortwährend angelogen. Aber er soll doch ein konsequenter Lügner und Heuchler gewesen sein! Wie ist es denkbar, daß er den nämlichen Männern, denen er Ende Juni die Notwendigkeit des Krieges vorspiegelt, 14 Tage später das direkt entgegengesetzte, die Möglichkeit des Friedens, vorreden soll? Soll er auch seine eigenen Aeußerungen fortdauernd Lügen strafen, ohne Not und ohne jeden Nutzen, die eigenen Zwecke vielmehr selbst wieder vernichtend? Und wenn er jetzt den Krieg für zweifelhaft erklärt, so geschieht das nicht etwa, weil die Lage so ungünstig sich gestaltet, daß es ihm ge-

---

1) Generalstabsarchiv; „dort", d. h. in Schlesien.

2) Generalstabsarchiv. Vgl. Eichels Notizen XII, 42 (die Antwort ist erst vom 12.). Ein ähnlich lautendes Schreiben ergeht an Fouqué am 12. Juli. Vgl. Mitteilungen des K.K. Kriegsarchivs Jahrg. 1881, S. 490.

3) Vgl. oben S. 189.

raten erscheinen könnte, von den früheren, „wohlüberlegten Aggressivabsichten" zurückzutreten. Vielmehr gerade im dem Moment giebt er die neuen Erklärungen ab, als die Lage sich bedeutend bessert und eine Offensive für ihn weit aussichtsvoller erscheint, als zwei Wochen zuvor! —

Doch ich komme zu den Handlungen des Königs. Entsprechen sie seinen Worten, entsprechen auch sie den eingelaufenen Meldungen?

Man hat neuerdings die Behauptung aufgestellt, der König habe nach Empfang der russischen Nachrichten seine Rüstungen nicht rückgängig gemacht[1]), und auch dieses Unterlassen beweise seine Angriffsabsichten. Sowohl die erste Behauptung, wie der darauffolgende Schluß sind verkehrt; beide Irrtümer dadurch veranlaßt, daß die, welche so urteilen, mit den thatsächlichen Verhältnissen sich nicht genügend bekannt gemacht haben. Die Rüstungen, die man vor allem wieder rückgängig gemacht wünscht, d. h. die Rüstungen, von denen L. erzählt, haben ja zum größeren Teil überhaupt nicht stattgefunden; z. B. die „Mobilmachung" oder „Kriegsbereitschaft" der halben preußischen Armee konnte nicht widerrufen werden aus dem sehr einfachen Grunde, weil sie garnicht angeordnet war. Und die über den König jetzt zu Gericht sitzenden Historiker vergessen zweitens, daß nur die russische Angriffsbewegung eingestellt war, daß dagegen die österreichischen Rüstungen während des Juli (nicht bloß nach dem was Friedrich erfuhr, sondern auch thatsächlich) in noch weit stärkerem Maße als während des Juni weiter fortgeführt wurden. Wie darf man also verlangen, daß Friedrich die geringfügigen Sicherheitsmaßregeln rückgängig machen soll, die er gegen einen österreichischen Angriff im Juni getroffen hatte! Zum guten Teil waren diese Maßregeln noch garnicht ausgeführt; oder sollten die etwa schon gekauften Pferde und Pallisaden wieder versteigert, die Offiziere wieder nach Karlsbad und auf Urlaub entlassen, die etwa schon einberufenen unsicheren und entfernter wohnenden Mannschaften wieder nach Hause geschickt werden? Welche Verwirrung, welches Aufsehen hätte das gegeben! Aber vor allem, die Lage war ja noch gänzlich unklar, die Motive der russischen Regierung unbekannt, nur ein Schimmer von Hoffnung zeigte sich für die Möglichkeit eines Vermeidens des Krieges mit Oesterreich. Und trotz alledem, — so weit geht des Königs Friedensliebe —, trotzdem beginnt bereits, selbst in den Vorkehrungen gegen Oesterreich, eine rückläufige Bewegung. Wir erinnern uns: Am 26. Juni war dem Minister von Schlabrendorff befohlen worden, für $2^1/_2$ Monat Fourage zusammen-

1) Delbrück, Preuß. Jahrb. 79, 265. Wagner a. a. O. 116.

bringen zu lassen[1]), und zwar sollte es in der Gegend von Frankenstein, Schweidnitz und Neiße geschehen. Nun am 4. Juli schreibt ihm der König: „Vorjetzo finde ich noch nicht nötig zu sein, etwas zusammenzubringen, wenn aber es nötig finden werde, so muß es zwischen Frankenstein und Reichenbach ohngefähr auf 14 Tagen und in Schweidnitz auf 4 Wochen seind; zu Neiße ist vor der Hand nichts nötig." (XIII, 23). Also selbst einzelne der wenigen Vorkehrungen gegen Oesterreich sind im Juli rückgängig gemacht worden. Wichtiger aber noch ist ein zweites: Es ergehen in der Zeit bis zum 15. Juli keine neuen Rüstungsbefehle gegen Oesterreich; und als Schlabrendorff meldet, er habe dem Kommandanten von Breslau abgeraten, Handwerker zum Regiment einzuberufen, antwortet Friedrich am 8. Juli zustimmend, es sei unnötig Handwerker einzuziehen, „da die gegenwärtige Umstände noch garnicht pressiren", es solle nicht „ein ganz ohnnötiger Eclat gemacht werden.[2])" Schon die Thatsache, daß zu den wenigen Rüstungsbefehlen aus dem Juni, die sich gegen Oesterreich richteten, jetzt im ersten Teil des Juli, trotz aller bedrohlichen Meldungen, keine neuen hinzu kommen, beweist schlagend des Königs damalige Friedensabsichten.

Aber wenn auch Friedrich gegen Oesterreich nicht weiter gehen konnte, warum sind, so werden die Gegner fragen, die Rüstungen gegen Rußland nicht rückgängig gemacht worden, nach Bestätigung der Nachricht vom russischen Rückzug? Wieder ergeben schon die gedruckten Ordres die Antwort: Der König hat diese Rüstungen rückgängig gemacht. Am 12. Juli trifft Lehwaldts Meldung ein, die das „Haltemachen" der russischen Regimenter bestätigt. Friedrich erwidert: „So glaubte ich nach den Umständen, daß vor dies Jahr vorbei, und werden wohl nicht wieder zusammenkommen im September, so zu spät in den Landen. Bis Ende dieses Monates aber abwarten; siehet man, daß dann nichts, so können die Regimenter in ihre Quartiere und auseinander gehen; aber dann doch vor künftiges Jahr seine Anstalten machen, wann das nöthig wäre." (XIII, 59). Noch fehlt dem Könige die gewünschte Aufklärung über die Motive der russischen Bewegung, und dennoch wird bereits das „Auseinandergehen" der ostpreußischen Regimenter befohlen für den Fall, daß die Russen nicht wieder vorrücken. Also die weitgehendsten wichtigsten aller Juni-Rüstungen — der Befehl, niemanden in Ostpreußen zu beurlauben, die Verlegung der ostpreußischen Regimenter, die Konzentration

1) Vgl. S. 253.
2) Generalstabsarchiv.

und Marschbereitschaft der Bataillone und Schwadronen in Ostpreußen — alles das wird wieder rückgängig gemacht! Eine andere Rüstungsmaßregel in Ostpreußen war die Beschaffung der Waffen für die doppelten überkompletten Kavalleristen gewesen[1]). Jetzt ergeht an Lehwaldt die Weisung: „Wenn er meinet, daß die Russen auseinander gehen, [so] nicht nöthig, daß dieses Jahr geschafft." (XIII, 59). Drittens: Das Reservekorps unter dem Darmstädter Prinzen hatte nach Pommern und von da weiter nach Preußen marschieren sollen. Auch von dieser Anordnung wurde nunmehr der zweite wichtigere Teil rückgängig gemacht; nur der Marsch nach Pommern wird ausgeführt, der nach Preußen wird „vorerst", schon auf Grund der ersten Swart'schen Meldung, inhibiert[2]); und nachdem die russische Rückzugsbewegung sich bestätigt hatte, unterbleibt der Marsch nach Preußen.

Das heißt: Die einzigen erheblichen Rüstungsvorkehrungen, die im Juni getroffen wurden, die Rüstungen gegen Rußland sind in der That, nachdem der Wechsel in Rußland eingetreten war, zum guten Teil rückgängig gemacht worden[3]).

Ich komme zu anderen Handlungen des Königs, Handlungen nicht so militärischer als politischer Natur. Wie verfuhr er, als infolge der Meldungen Swarts der „spezioſe Vorwand" aus dem Juni sich als hinfällig erwies? Hätten die Bewegungen der Russen dem Könige wirklich nur als Vorwand gedient, so würde er die neuen Nachrichten, die ja zunächst nur ihm und seinem treuen Kabinettssekretär Eichel bekannt wurden[4]), möglichst geheim gehalten, und, wenn die Kunde vom russischen Rückmarsch auf anderem Wege verbreitet wurde, sich bemüht haben die Nachrichten abzuschwächen und als unzuverlässig hinzustellen; denn sie zerstörten ja die Grundlage, auf der sein bisheriges Handeln gefußt haben soll. In Wahrheit aber verfährt Friedrich ganz anders, als er nach den D.'s und L.'s Voraussetzungen hätte handeln müssen. Er hatte, — wir erwähnten es schon —, nichts eiligeres zu thun, als sofort am ersten Tage, am 29. Juni, die Vernichtung seines „spezioſen

1) Vgl. S. 211. Sämtlich Dragoner, da Küraſſiere nicht in Ostpreußen standen und die Husaren keine doppelten Ueberkompletten hatten.

2) Vgl. XII, 487.

3) All das war schon aus den gedruckten Ordres in der „Politischen Korrespondenz" zu ersehen. Trotzdem haben die „kritischen" Historiker nichts davon bemerkt.

4) Und allenfalls dem Hofpostmeister Jordan. Die Berichte Swarts wurden, nach der allgemeinen Sitte der Zeit, auf dem Berliner Postamt geöffnet und in Abschrift dem Kabinett eingesandt.

Vorwands" aller Welt, selbst den englischen Ministern, für die der „Vorwand" in erster Linie berechnet war[1]), freudig zu verkündigen (XII, 483). Und ebenso, als der zweite, der dritte Swart'sche Bericht kommt, wird er sogleich vor allen anderen dem englischen Gesandten Mitchell mitgeteilt (XIII, 13, 40).

Aber nicht genug an diesen Widersprüchen! Acht Tage später, am 16. Juli, soll Friedrich, wie Delbrück erzählt, das vorige, soeben abgeschworene Spiel, seinen englischen Verbündeten falsche Vorspiegelungen zu machen, von neuem beginnen. In buntem Wechsel Dichtung und Wahrheit! Vom 17. bis 28. Juni werden den englischen Bundesgenossen falsche Motive vorgeredet; vom 29. Juni bis 8. Juli folgt sozusagen eine Periode der Buße, der König hört nicht etwa bloß mit den trügerischen Vorspiegelungen auf, er gesteht vielmehr: was ich Euch vor 8 Tagen erzählt und womit ich meine Rüstungen zu rechtfertigen suchte, das war alles falsch! Am 16. Juli folgt dann ein neuer Lügen-Tag: dem englischen Gesandten wird abermals ein „Vorwand" aufgeredet; der 16. ist ein recht böser Tag, da wird nicht nur gelogen, es werden auch noch Depeschen gefälscht[2]). Dann folgt eine zweite Periode der Buße, die Lüge wird schon am 17. zurückgenommen und am 23. dem englischen Gesandten eingestanden, daß auch der „Vorwand" vom 16. hinfällig sei![3]) Also auch jede Konsequenz, jede Spur von macchiavellistischer Klugheit fehlt diesem — depeschenfälschenden „Friedrich der Weltgeschichte".

Doch ich kehre zurück zu dem wirklichen Verhalten des Königs, ich komme zu den Tagen vom 15.—21. Juli. Am 8. Juli hatte Friedrich seinem Bruder, dem Prinzen von Preußen, geschrieben: „Je compte demeurer dans la situation où je suis, jusqu'à ce que le nuage qui me couvre les yeux, se soit dissipé, et que nos ennemis prennent une résolution décisive"[4]).

Faßten die Gegner einen solchen entscheidenden Entschluß? Oder erfüllten sich die drei Bedingungen, von denen Friedrich am 10. Juli, in dem Erlaß an Klinggräffen[5]) die Möglichkeit des Friedens abhängig gemacht hatte?

---

1) Vgl. Gött. Gel. Anz. Februar 1895, S. 110 Anm. 1; Preuß. Jahrb. 79, 269. 277.

2) Vgl. unten S. 275 ff.

3) Vgl. unten S. 284. 285.

4) XIII, 39.

5) Vgl. S. 262.

Zwar die eine dieser Voraussetzungen war in der That eingetroffen. Am 12. Juli hatte nunmehr auch Feldmarschall Lehwaldt dem Könige berichtet, daß die russischen Regimenter Befehl erhalten hätten „unterwegens Halte zu machen" (XIII, 59). Dagegen die Motive dieses Entschlusses blieben auch jetzt noch ebenso unklar wie zuvor. Und aus Oesterreich kamen seit dem 15. Juli immer neue Meldungen von Rüstungen, weit zahlreicher, weit bedrohlicher als jemals früher. Grade die Nachricht (über die ungarischen und italienischen Truppen) läuft ein, von der Friedrich am 10. Juli seine weiteren Entschließungen abhängig gemacht hatte; grade die Vorgänge werden angezeigt, die ihm sicher Krieg zu verkünden schienen. Von den verschiedensten Seiten [1]) trifft am 15. 16. 17. Juli die Kunde ein, daß ungarische Truppen nach Böhmen und Mähren marschieren, und nicht bloß dies, auch noch der Marsch italienischer

1) Am 15. Juli die entscheidenden Nachrichten von Oberstlieutenant Pflug über die Heranziehung ungarischer und italienischer Truppen, über das geplante große Kavallerielager bei Wien, über die Bewegungen der Sachsen (Hist. Zeitschr. 64, 485—488); etwa am 15. das Schreiben der Markgräfin von Baireuth vom 9. Juli u. a. mit der Meldung „que tous les régiments de hussards et 6000 croates (also fast sämtlich Truppen aus Ungarn und den ungarischen Nebenländern) ont ordre de se rendre en Bohême pour y camper avec les autres troupes" (die Nachricht stammte aus Wien, war durch Vermittelung des Geheimrats Ellrod der Markgräfin zugegangen; ungedruckt); ebenfalls etwa am 15. der Bericht Nettelhorsts, Reichenbach, 11. Juli, u. a. mit der Meldung, daß sich „alle in Böhmen, Oesterreich, Kärnthen 2c. gestandenen Regimenter nahe bei Prag zusammenzögen" (ungedruckt); etwa am 15. die Meldung Klinggräffens aus Wien über die Bildung der Lager bei Kitsee und Raab (XIII, 80); am 15. oder 16. die als „Autre lettre" bezeichneten Mitteilungen, u. a. über die Mobilmachungsbefehle für die Kavallerie (XIII, 80. 81); am 15. oder 16. die Mahnung des Feldmarschalls (ehemaligen österreichischen Generals) Prinzen Ludwig von Braunschweig zum Prävenieren der Oesterreicher, die bestimmt die Absicht hätten, Preußen anzugreifen (XIII, 81); am 16. die Dresdener Nachrichten über das Heranziehen der sächsischen Truppen nach Dresden, über die Magazine an der sächsisch-böhmischen Grenze in der Gegend von Leitmeritz und über den Marsch aller österreichischen Truppen in Ungarn nach Böhmen und Mähren (XIII, 76 und 82) (der Ueberbringer dieser Dresdener Nachrichten wird unten nachgewiesen); am 17. Maltzahns Meldung über den Marsch ungarischer Truppen (XIII, 85), am nämlichen Tage vielleicht neue Meldungen über den Marsch italienischer Truppen (vgl. XIII, 82. 84. 87); am 17. der Bericht Klinggräffens über das Weiterrüsten der Oesterreicher trotz der Kunde von den preußischen Maßregeln und über die Benutzung des Vorwands, daß preußischerseits Lager in Schlesien gebildet würden (XIII, 90) (vgl. Teil I, 243—246, resp. 39—42). Dies nur einige der am 15., 16., 17. Juli eintreffenden Meldungen; ich werde später weiteres publicieren; verschiedene Nachrichten scheinen auch hier wieder verloren zu sein.

Truppen wird gemeldet; weiter hört der König, daß „alle Regimenter in Böhmen, Oesterreich, Kärnthen u. s. w." zusammengezogen würden; in Mähren und Böhmen sollen Lager gebildet werden; von Befehlen zur Mobilmachung, von Geschützsendungen, von Magazinsammlungen bei Leitmeritz an der sächsisch-böhmischen Grenze wird berichtet. Dazu kamen höchst verdächtige Nachrichten aus Dresden: die sämtlichen Beurlaubten der sächsischen Infanterieregimenter würden einberufen, die Truppen nach Dresden gezogen[1]).

Und diese Meldungen über österreichische Kriegsvorkehrungen, die sich plötzlich am 15. 16. 17. Juli so stark vermehrten, waren, wir wissen es heut, nur zu sehr begründet, mögen auch, wie selbstverständlich ist, manche Uebertreibungen untergelaufen sein. Schon in den ersten Tagen des Juli hatten sich die österreichischen Rüstungen erheblich verstärkt, und mit dem 6. resp. 8. Juli hatten in Oesterreich die offenen Kriegsrüstungen eingesetzt; sofort waren sie im umfassendsten Maße und mit einer, wie Kaunitz sagt, fast beispiellosen „Eilfertigkeit" aufgenommen worden[2]). Gerade am 15. 16. 17. mußten die Nachrichten auch von diesen offenen und umfassenden Rüstungen in Potsdam eintreffen.

Sehr erklärlich, wenn sich nunmehr seit dem 15. Juli[3]) die Anschauung des Königs über die Wahrscheinlichkeit des Krieges von neuem

1) L. hat sich hier eins der besten, vielleicht das beste Argument für des Königs Absichten gegen Sachsen im Jahre 1756 entgehen lassen: die Ordre an Maltzahn vom 16. Juli (XIII, 76), die des Königs Erregung über den Quartierwechsel der sächsischen Truppen deutlich erkennen läßt. — Diese Nachrichten, die eine Verbindung der sächsischen Truppen mit den Oesterreichern und einen gemeinsamen Angriff beider Heere befürchten ließen, haben sicherlich auf den Entschluß, die Anfrage in Wien zu stellen, mit eingewirkt.

2) Vgl. meine vorläufige Darstellung der österreichischen Rüstungen Teil I, 234—269 (30—65).

3) Der Bericht Winterfeldts, Berlin, 13. Juli, über die Aussagen des Oberstlieutenants Pflug (vgl. Pol. Korr. XIII, 76 Anm. 1, abgedruckt Hist. Zeitschr. 64, 485—488) ist dem Könige in Potsdam erst am 15. Juli zugekommen. Das beweist einerseits die erst in den königlichen Schreiben vom 15. Juli (Schreiben an Prinz von Preußen, an Lehwaldt, an Schlabrendorff vom 15. vgl. S. 270 mit Anm. 1) hervortretende Wirkung dieser Nachrichten und zweitens vor allem die Thatsache, daß in den vier an Minister Podewils am 14. Juli gehenden Briefen (Nr. 7701 u. 7702 nebst zwei P.S.) noch nichts erwähnt wird von dem durch Pflug mitgeteilten Remontekauf des österreichischen Agenten Altvater in Hannover. Erst am 15. Juli (Nr. 7703) wird Minister Podewils gemäß der kgl. Resolution (Hist. Zeitschr. 64, 488) hiervon unterrichtet und angewiesen, dem englischen Gesandten über diese Sache Vorstellungen zu machen. (Vermutlich hat Winterfeldt seinen Bericht erst gegen Abend des 14. abgehen lassen.)

änderte. Die Friedenshoffnungen der vorigen Tage sind geschwunden. „Je me trouve . . . bien près de la guerre“ (15. Juli XIII, 75)[1]. „His Majesty said he thought the Empress-Queen was resolved to war“[2]. „Les nouvelles secrètes me font envisager la guerre comme inévitable“ (17. Juli XIII, 84)[3].

Bis zum 15. Juli keine Handlung des Königs, die auf Krieg deutet. Nun am 15. Juli waren vom Oberstlieutenant Pflug die entscheidenden Nachrichten über den Marsch italienischer und ungarischer Truppen gekommen. „Rühren Sie was in Italien“, schreibt Friedrich am 15. nach Empfang der Pflugschen Meldungen, „so ist nicht Augenblick zu säumen“.[4] Er befiehlt, daß Pflug zu einer mündlichen Unterredung nach Potsdam komme; ebenso lädt er den englischen Gesandten Mitchell zum 16. Juli nach Potsdam ein, um ihm Mitteilung zu machen von der Absicht, an die Kaiserin Maria Theresia eine Anfrage zu richten[5]. Vorsichtig verfährt der König auch hier noch: erst will er den Hauptberichterstatter, den aus Dresden gekommenen Oberstlieutenant Pflug selbst sprechen, erst den Vertreter der befreundeten Macht in Kenntnis setzen von dem geplanten wichtigen Schritt. Am 16. folgt die Besprechung mit Pflug, der mündlich weitere ihm aus Dresden soeben zugegangene Nachrichten überbringt[6]; danach die Konferenz mit dem englischen Gesandten. Doch auch am 16. wird die Anfrage noch nicht nach Wien abgesandt. Erst als am 17. weitere Meldungen über österreichische Rüstungen kommen[7], und

1) Vgl. für den 15. Juli auch an Lehwaldt, „sehr wohl, daß es in Rußland nicht losgehen wird, sondern Mir kommt jetzo vor, hier erst“ (XIII, 77) und an Schlabrendorff „habe Zeitung vom wirklichen Marsch“. (Diese Antwort wird nicht, wie XIII 60 angenommen, am 13., sondern am 15. erteilt sein, da die neu aufgefundenen Erlasse an Schlabrendorff zeigen, daß die damaligen Antworten etwa 5, nicht 3 Tage nach dem Bericht erfolgten.)

2) Bericht Mitchells über die Unterredung vom 16. Juli (XIII, 80).

3) Ueber die Bemerkung an Schwerin vom 17., die Schwerins Ungeduld zügeln sollte, vgl. Hist. Zeitschr. 56, 416; Koser, Friedr. d. Gr. I, 599 sowie unten S. 279.

4) Vgl. Hist. Zeitschr. 64, 488.

5) Da Mitchell nur zu diesem Zweck eingeladen wird, so muß der Entschluß der Anfrage schon am 15. gefaßt sein.

6) Vgl. XIII, 76 und 82, sowie weiter unten.

7) U. a. Maltzahns Bericht vom 12. über die Bewegung der Ungarn; dann Klinggräffens Bericht vom 10. (XIII, 90). Scheelen erzählt in seinem Tagebuche von „wichtigen Depeschen“, die der König am 17. mittags erhalten habe. Auch Winterfeldt bezieht sich am 18. in dem Schreiben an Eichel (vgl. unten S. 274 Anm. 1) auf ihm von Eichel zugeschickte bedenkliche Mitteilungen, vermutlich Nachrichten vom 17. Juli. (Außer den genannten haben vielleicht noch andere, heut nicht mehr vorliegende Meldungen mitgewirkt.)

der König durch Klinggräffens Bericht darüber belehrt wird, daß seine Erwartung, der preußische Garnisonwechsel werde die Oesterreicher vielleicht einschüchtern und sie zum schnellen „Einstecken des Degens" bewegen, nicht eingetroffen ist, daß sie vielmehr gerade unter Hinweis auf die preußischen Maßregeln ihre Rüstungen um so eifriger fortführen — erst da erfolgt die Weisung, „der Befehl an Klinggräffen muß abgehen und die Ordres an die westfälische Regimenter desgleichens" (XIII, 89). Am 18. Juli wird, nach neuer Umgestaltung des Textes [1]), die Anfrage nach Wien geschickt.

Während der ersten Hälfte des Juli war kein neuer Rüstungsbefehl erteilt worden; jetzt am 17. ergehen die Ordres für die westfälischen Regimenter (XIII, 89); doch nur für diese 3 entfernt liegenden Regimenter werden Rüstungen angeordnet [2]). Nicht durch militärische Demonstrationen [3]) will Friedrich den Wiener Hof nötigen Farbe zu bekennen; er thut es auf einem Wege, auf dem eine friedliche Lösung, eine Erhaltung des Friedens für dieses Jahr doch noch immerhin möglich bleibt. An die Kaiserin Maria Theresia wird die Frage gestellt: „ob die Kriegsrüstungen in Böhmen und Mähren zu dem Zweck geschehen, um Preußen anzugreifen". Aber nicht so sehr dieses zu erfahren, war Friedrichs eigentlicher Zweck. Denn daß die Kriegsrüstungen gegen Preußen sich richteten, stand für ihn schon fest; und daß die Kaiserin ihre Angriffsabsichten nicht rund heraus eingestehen würde, konnte ebenfalls als sicher gelten [4]). Erinnern wir uns: Das einzige, was für den König noch

---

1) Vgl. Hist. Zeitschr. 56, 418.

2) Daneben die unwesentliche Bestimmung für das Regiment Jeetze. Bd. XIII, Nr. 7708.

3) Auch die Bewegung in Pommern hatte der König nicht als Demonstration gegen Oesterreich angeordnet. Vgl. oben S. 237. 238.

4) Bei solcher diplomatischen Frogestellung an den Gegner darf man natürlich nicht an den Worten und dem Buchstaben haften, sondern muß die Motive des Fragenden aus anderen Quellen zu erschließen suchen. Auch L. erkennt (S. 79) dies an; statt aber Friedrichs Motive aus seinen gleichzeitigen Handlungen und aus der damaligen Lage zu erklären, zieht er die angeblichen Eroberungsabsichten gegen Sachsen und das Exposé du gouvernement prussien (vom Jahre 1776!) zur Erklärung heran; wirft außerdem die erste, zweite und dritte Anfrage durcheinander. Die Worte im Text S. 79 beziehen sich teils auf die erste, teils auf die dritte Anfrage, die in Anm. 3 berührte Aeußerung des Königs XIII, 240 bezieht sich auf die ganz anders gemeinte zweite Anfrage, und die ebenda berührte Aeußerung XIII, 124 erfolgt erst, nachdem die Swart'schen Meldungen vom 21. Juli eine völlige Veränderung herbeigeführt hatten. Vgl. auch Hist. Zeitschr. 56, 426—431. 432.

immer unklar geblieben war, das waren die Motive, die den russischen Rückzug veranlaßt hatten[1]). Handelten die Russen im Einverständnis mit Oesterreich, war die Bewegung nur zum Schein erfolgt, verbargen sich dahinter gefährliche Absichten? Hielt Rußland noch immer treu zu Oesterreich oder hatte Rußland wirklich „die Partie verlassen?" Das blieb ja fortdauernd die wichtigste Frage, von deren Entscheidung Krieg oder Frieden abhängig war. Bei der Aufklärung, die Friedrich mit Hilfe der Anfrage suchte, mußte es ihm doch vor allem auf diesen allein noch unklaren Punkt, was der russische Rückzug zu bedeuten habe, ankommen. Und hierüber konnte in der That die Antwort der Kaiserin, wie sie auch ausfiel, gewisse Klarheit gewähren[2]). Auf den Wortlaut der Entgegnung kam es dabei nicht an, sondern auf die ganze Fassung und Form der Antwort. Entgegnete die Kaiserin fest, schroff ablehnend, dann war es offenbar, daß die Oesterreicher sich der Russen noch sicher fühlten, daß der Rückzug nicht als ein für den Frieden günstiges Symptom anzusehen war. Dagegen wenn zwischen beiden Kaiserhöfen Differenzen vorgefallen und Rußland sich unsicher gezeigt hatte, so durfte mit ziemlicher Bestimmtheit erwartet werden, daß Maria Theresia eine begütigende, zurückweichende Antwort erteilen würde. Und wenn für Oesterreich nicht mehr auf die Russen Verlaß war, dann konnte Friedrich auch erwarten, daß seine Anfrage die österreichische Regierung einschüchtern und sie bewegen würde, „den Degen wieder in die Scheide zu stecken", d. h. die Rüstungen einzustellen und wenigstens für dieses Jahr den Frieden zu erhalten.

Sehr viel Hoffnung, daß die Anfrage zu einem günstigen Ergebnis führen werde, hat Friedrich wohl schwerlich gehabt. Immerhin er wollte kein Mittel unversucht lassen[3]); erst nach Empfang der

1) Vgl. oben S. 262 die Ordre an Klinggräffen vom 10. Juli. Ueber die erste und dritte dort erwähnte Bedingung war der König aufgeklärt, nur über die zweite noch nicht.

2) Der Einfluß, den die Haltung Rußlands und die Rücksicht auf Rußland bei den Erwägungen Friedrichs ausgeübt haben, wird man sehr hoch anzuschlagen haben. Vgl. auch Koser, Hist. Zeitschr. 77, 30. 31. — Ueber die dritte Anfrage, die, wie die erste, hauptsächlich durch die Nachrichten über Rußland veranlaßt war, s. Teil I, 219 Anm. 3 (15 Anm. 3), über die zweite Anfrage s. Hist. Zeitschr. 56, 431. 432.

3) Es verdient beachtet zu werden, daß der König in der ihn stets leitenden Anschauung, Oesterreich werde nicht ohne Einverständnis mit Rußland vorgehen, auch noch gerade am 15. Juli, in der Zeit, als er sich zur Anfrage entschloß, durch die Mitteilungen Pflugs bestärkt wurde. Pflug war „der Meinung, daß sie (die Oesterreicher) dieses Jahr nicht losbrechen, oder es müßten die Russen zugleich

Swart'schen Meldungen schwindet alle Hoffnung auf einen günstigen Bescheid [1]).

Die Aufklärung, die Friedrich in Wien gewinnen wollte, kam ihm unerwartet schnell und weit zuverlässiger von anderer Seite. Schon 3 Tage nach Abgang der Anfrage, am 21. Juli, traf aus dem Haag der Bericht des Gesandten Swart in Petersburg ein, der dem Könige gerade das, was bisher noch unklar gewesen, enthüllte: Der russisch-österreichische Angriff war fest beschlossen, aber bis zum Frühjahr 1757 verschoben; und zwar auf den eigenen Antrag Oesterreichs war dies geschehen, weil die österreichischen Kriegsvorbereitungen noch nicht fertig (XIII, 105, 114, 115), und weil Rußland neue Rekruten anwerben mußte; Frankreich hatte sich verpflichtet bei einem Angriff der Oesterreicher auf Schlesien dem preußischen Könige keine Hilfe zu leisten [2]) (XIII, 105, 114). Im Einverständnis mit dem Wiener Hofe hatten die Russen für dieses Jahr sich zurückgezogen; der Rückzug bedeutete keine Befestigung des Friedens. Im Gegenteil, die gemeinsame Offensive Rußlands und Oesterreichs erschien dem Könige jetzt weit mehr gesichert, als er es jemals vorher geglaubt hatte.

Diese von bester Seite, von dem russischen Großkanzler Bestuschew kommenden Nachrichten, — die Bestuschew seinem Freunde, dem Holländer Swart mitgeteilt, dieser seiner Regierung im Haag gemeldet, und die der leitende Staatsmann Hollands, der Greffier Fagel, dem preußischen Gesandten vorgelegt hatte — diese Nachrichten, die durchaus den aus österreichischen und russischen Archiven festgestellten Thatsachen entsprechen [3]), brachten dem Könige mit einem Male die erwünschte Klarheit, ließen ihn die imminente Gefahr, die Preußen bedrohte, deutlich und vollständig erkennen. „Voilà le dénouement de toute l'affaire" (XIII, 114). „Tout le complot d'iniquité est découvert et clair"

---

mit ins Spiel sein, sondern nur durch verdächtige Mouvements Eure Majestät allarmiren und dahin bringen wollen, daß Eure Majestät sich Dispense machen."

1) Vgl. XIII, 124.

2) Während „vor Engelland in Petersburg alles auf einmal aus und solches von dem Bestuschew rondement an Williams declariret worden wäre". (XIII, 105.)

3) Vgl. Teil I, 271—278 (67—74) und den Aufsatz Brückners, Russische Aktenstücke zur Geschichte des Jahres 1756 (Baltische Monatsschrift 21). Das von Swart erwähnte Motiv, daß auch Rußland neue Rekruten anwerben müsse, kann sehr wohl mitgespielt haben und ist vielleicht auch geeignet, die Bereitwilligkeit des russischen Hofes zum Verschieben des Angriffs zu erklären. Daß Bestuschew dieses Motiv Swart gegenüber mit genannt hat, ist nicht zu bezweifeln und auch sehr wohl verständlich.

(XIII, 108). Ein Mittel den Krieg zu vermeiden, wie es sich, wenn auch unsicher, am 15. und 17. Juli mit der Anfrage in Wien noch zu bieten schien, war jetzt nicht mehr vorhanden. „Je regarde à présent la guerre comme inévitable; je ne comprends pas même par quel moyen je pourrais l'esquiver" (XIII, 109). Und nun faßt Friedrich den kühnen Entschluß, seinerseits den Notwehrkrieg zu beginnen, indem er den noch nicht fertigen, aber zum Angriff fest entschlossenen Gegnern zuvorkommt und ihnen das „Prävenire spielt"[1]) (XIII, 105). „Il ne me reste plus que *praevenire quam praeveniri*" (XIII, 113).

Ich habe die Darstellung bis zu dem Zeitpunkte geführt, wo Friedrich sich zum Kriege entscheidet; die später eintretenden Verzögerungen berühre ich jetzt nicht mehr[2]).

1) Der Gedanke an ein solches Vorgehen hat den König gewiß schon vorher beschäftigt (vgl. XIII, 75; XIII, 105). Aber erst nach dem Eintreffen der Swart'schen Mitteilungen spricht er diese Absicht entschieden aus und faßt den bestimmten Entschluß. Winterfeldt erklärte schon früher, am 18. Juli, zur Zeit der ersten Anfrage, das Präveniren für das einzige Rettungsmittel; er mißbilligte die Vorsicht des Königs, erst eine Anfrage nach Wien zu richten, sie werde bewirken, daß „wir zu spät kommen und verloren seind". (Winterfeldt an Eichel 18. Juli bei Varnhagen, Winterfeldt S. 115.) Vgl. ferner auch Winterfeldts Aeußerung vom 13. Juli (Hist. Zeitschr. 64, 487), „so wünschte ich lieber heute als morgen zu präveniren"; an Eichel schreibt er am 13. Juli, „wann wir den ganzen Herbst und Winter über auf jetzigem Fuß bleiben sollten, so wünschte ich nur lieber, daß es künftigen Monat losginge". Friedrich hat also die Ungeduld und den Eifer derjenigen seiner Vertrauten, die in die Lage der Dinge wirklich Einblick besaßen, zügeln müssen (für Schwerin vgl. S. 270 Anm. 3). Offenbar muß auch Winterfeldt, wenn den König wirklich Aggressivabsichten geleitet haben, von Friedrich hinters Licht geführt worden sein; denn auch er ahnt nichts von den angeblichen Angriffs- und Eroberungsplänen des Königs. Bei den vertrauten Beziehungen beider Männer aber ist es völlig ausgeschlossen, daß Friedrich auch Winterfeldt das Gegenteil dessen, was er wirklich beabsichtigte, vorgeredet haben soll; auch D. und L. haben diese Meinung nicht zu äußern gewagt. Statt aber auf das Urteil des eingeweihten Winterfeldt sich zu beziehen oder auf das Urteil des ebenso eingeweihten Eichel, „wenn sich auch nur einige sichere Lueur von Hoffnung fände... so würde man hiesigen Ortes sehr gerne ruhig bleiben" (XIII, 121; 25. Juli), — statt dessen beruft sich L. allein auf den ängstlichen alten Podewils und auf den gegen den König frondirenden Prinzen von Preußen, die beide nicht eingeweiht waren und beide für die Handlungsweise des Königs kein Verständnis besaßen (L. S. 86).

2) Für die weitere Entwicklung darf ich auf Koser, Friedrich der Große I, S. 600 ff. sowie auf meinen Aufsatz in der Hist. Zeitschr. Bd. 56, 426 ff. verweisen. — Die Argumente, die L. für seine Ansicht aus dem Verfahren des Königs in Sachsen entnimmt, sind schon von Ulmann, Deutsche Revue 20, 215. 216 widerlegt worden. Vgl. auch Volz, a. a. O. S. 37 ff.

Nur auf die Ausführungen, mit denen Delbrück des Königs „aggressive Politik" zu erweisen sucht, will ich noch eingehen. Den Hauptstützpunkt bildet die von D. entdeckte Depeschenfälschung, die Friedrich vorgenommen haben soll, um sein offensives Vorgehen gegen Oesterreich zu rechtfertigen. Eigentümlich, zu welchen Konsequenzen die Verfechter der neuen Lehre gelangen: Friedrich soll nicht bloß, um einen Ausdruck Rankes zu gebrauchen, eine „Eroberungsbestie" sein, ein Heuchler und Lügner aus Princip, ein „gesetzloser Welten-Zertrümmerer", sondern nun sogar noch ein Depeschenfälscher. Und mit all diesen neu entdeckten Charaktereigenschaften will man nicht etwa Friedrich herabwürdigen, ganz im Gegenteil, damit soll des „dämonischen" Königs „überwältigend furchtbare Größe" erwiesen werden. —

D. geht aus von der richtigen Erkenntnis, daß die von Lehmann beigebrachten Argumente keineswegs genügen, um die These vom preußischen Eroberungskrieg im Jahre 1756 zu begründen. Aber richtig ist die These trotzdem, sie muß richtig sein, „selbstverständlich hat L. recht".[1]) Für D. steht dieses Dogma von vornherein fest (ebenso wie im Grunde auch für L., nur daß dieser viel zu vorsichtig ist, seinen Dogmen-Glauben so offen wie D. einzugestehen); für die a priori erkannte Wahrheit will D. nachträglich auch einige Beweise aufsuchen, um die „lückenhafte" L.'sche Argumentation zu ergänzen.

Solcher Delbrückschen Beweise lernten wir bereits mehrere kennen: 1) die „viel, sehr viel günstigere Situation" des Jahres 1756, 2) die große „Mobilmachung" gegen Oesterreich, 3) die verdächtigen Anordnungen bei den pommerschen Garnisonwechsel, 4) das Nichtrückgängigmachen der Rüstungen im Anfang Juli.

All diese Behauptungen konnten unschwer zurückgewiesen werden[2]).

1) Nichts vielleicht kennzeichnet die historische Methode D's. so treffend, wie das Selbstbekenntnis über sein Verfahren, das er auf den ersten Seiten ablegt (Pr. Jahrb. 79, 255 ff.). Er hat „ein Gerücht" davon gehört, daß L. nachweisen wolle, der siebenjährige Krieg sei auch ein Eroberungskrieg Friedrichs gewesen. „Ich sagte mir darauf, selbstverständlich hat er recht: wie ist es möglich, daß wir alle, daß Ranke selber sich so hat täuschen können." Dann wird zwei Seiten darüber geredet, daß L. recht haben muß, und danach erst folgt S. 257 die Frage: „hat der Autor seine Behauptung wirklich bewiesen?", die Frage, die für jeden Unbefangenen doch wohl die erste und die allein wesentliche ist. — Dazu kommt in diesem Falle, daß die „Behauptungen" L.'s, die D. wie eine neue Offenbarung erscheinen, sehr alt sind, es sind nichts als die alten Behauptungen Onno Klopps; geradezu überraschend ist es, in wie vielen Punkten Lehmann und Onno Klopp sich berühren. Die einzige, allein wichtige Frage war, ob L. für die alten, schon von Häusser und Ranke widerlegten Ansichten neue Beweise hat beibringen können.

2) Vgl. oben S. 175 ff., 195 ff., 222 ff., 264 ff

Aber das Hauptgewicht legt D. auf die von ihm aufgedeckte Depeschenfälschung. Wenn er seine Methode schon mit den anderen Beweisen arg kompromittiert hat, so fürchte ich bei der Dichtung des neuen Romans von „Friedrich dem Großen, dem Depeschenfälscher," hat ihm ein böser „Dämon" (wie sie in D.'s Geschichtsschreibung jetzt eine Hauptrolle spielen) einen recht üblen Streich gespielt. Man erkennt den Forscher, dem wir so viele vortreffliche Arbeiten verdanken, hier gar nicht wieder, so gänzlich zeigt er sich von der „genialen herrlichsten Entdeckung" Lehmanns „befangen" [1]).

D. behauptet: Die Meldung des Gesandten von Maltzahn, Dresden, 12. Juli, man sage, daß die Oesterreicher Truppen aus Ungarn kommen lassen [2]), hat Friedrich am 16. Juli umgestaltet und verfälscht in die Nachricht, „Dresden, 14. Juli: Wir erfahren, daß alle österreichischen Truppen Ungarns sich in Marsch gesetzt haben." [3]) Diese „Fiktion" einer großen österreichischen Kriegsrüstung sollte dem Könige dazu dienen, um einen Vorwand zum Angriff zu gewinnen, und um der Kaiserin Maria Theresia durch die Anfrage in Wien den Krieg aufzuzwingen.

Von vornherein wird jeder Leser, der meine obigen Ausführungen kennt, dieser Vermutung D.'s die stärksten Zweifel entgegen bringen. Die ganze, auf der angeblichen Depeschenfälschung aufgebaute Konstruktion steht in krassem Widerspruch zu dem wirklichen Verfahren Friedrichs, wie es die zuverlässigsten Quellen, seine eigenen Handlungen, uns vorgeführt haben. Sie ist psychologisch gänzlich unwahrscheinlich, ja geradezu psychologisch unmöglich, und es bedarf, wenigstens meines Erachtens, eigentlich gar nicht erst einer ausführlichen Widerlegung. Dennoch sei eine solche Widerlegung hier gegeben. Denn es muß einmal an einem lehrreichen Beispiel klargestellt werden, wie überaus gefährlich diese neue konstruktive Methode, die nicht bloß Beifall, sondern auch schon zahlreiche gelehrige Adepten findet, in der Geschichtsforschung wirken kann. Durch blendend geistreiches Raisonnement, durch bestechende Dialektik und scheinbar sehr folgerichtige und zwingende Schlüsse werden die „gesetzlos verwogenen" Sprünge der Beweisführung und wird die rücksichtslose Vergewaltigung aller Thatsachen verdeckt und verhüllt.

Ich lege zunächst das Verfahren der „neuen Methode" dar, die zur Annahme der fridericianischen Urkundenfälschung geführt hat. Alsdann folgt eine kurze Beweisführung nach „alter Methode": ganz wenige, ein-

1) Vgl. Preuß. Jahrb. 84, 52. 53.
2) Pol. Korr. XIII, 85.
3) Pol. Korr. XIII, 82.

sachste Schlüsse, und die Unmöglichkeit der Fälschung, die Herkunft der rätselhaften Nachricht, wird erwiesen sein. —

Man lasse sich durch die erstaunliche Sicherheit, mit der D. operiert, nicht einschüchtern, trete sofort ihm entgegen mit der notwendigsten, ersten, einfachen Frage: Wo ist der Beweis für die Depeschenfälschung? Nur diese Frage gestellt, und die künstliche Konstruktion bricht bereits rettungslos zusammen!

D. beginnt S. 266: Woher stammen die „Nouvelles", die Nachrichten über den Marsch „aller" ungarischen Truppen?[1]) „Der Herausgeber der Korrespondenz, der sonst allenthalben die Herkunft solcher Nachrichten aufgespürt oder doch eine Bemerkung darüber gemacht hat, geht an dieser schweigend vorüber." Ich bedaure: der „Herausgeber der Korrespondenz" muß diese Anerkennung seines Spürsinns ablehnen. Ich habe die Herkunft der Nachrichten nur in einzelnen Fällen angegeben[2]). Bei vielen Nachrichten konnte gar keine Bemerkung gemacht werden, weil die bezüglichen Berichte heut verloren sind[3]), oder die Mitteilung vermutlich mündlich erfolgt war. Jeder, der genau die Korrespondenz liest, sieht dies sofort, und jeder, der nur sechs Seiten zurückblätterte, konnte S. 76 Anm. 1 (auch noch beim 16. Juli) eine Bemerkung von mir finden, die ihn auf den richtigen Weg führen mußte. Mein angebliches Schweigen dürfte also schwerlich als Beweis für die Urkundenfälschung gelten.

D. erwähnt zweitens S. 267 die Thatsache, daß die Nachricht von „allen Ungarn" nur an dieser einzigen Stelle, am 16. Juli, auftaucht; dagegen schon am 17. der König nicht mehr von „allen" ungarischen Truppen, sondern von „ungarischen Regimentern" oder von einer „Anzahl ungarischer Truppen" spricht. Nun, dieser Vorgang zeigt doch deutlich, daß Friedrich seine erste einmalige Angabe sehr bald[4]) als zu weitgehend

1) Vgl. ihren Wortlaut unten S. 289 und Politische Korr. XIII, 82.

2) Nur dann, wenn des Königs Aeußerung die einfache Wiederholung eines eingetroffenen Berichts ist. Kombinationen des Herausgebers gehören m. E. nicht in eine Urkundensammlung.

3) Z. B. XII, 432 (Z. 1) oder XII, 441 (Zeile 13).

4) D. h. nachdem — der Leser wird es schon ahnen — nachdem der Maltzahnsche Bericht vom 12. am 17. früh eingelaufen war und den König über das, was in Dresden erzählt wurde, besser belehrt hatte, als der Berichterstatter der „Nouvelles". Friedrich bestätigt und beantwortet Maltzahns Bericht am 17.; mit Sicherheit können wir also nur sagen, daß am 17. Maltzahns Bericht in Potsdam war. — Zurückgewiesen sei bei dieser Gelegenheit der Tadel, den D., offenbar mit den Akten wenig vertraut, in einem Punkt gegen die Redaktion der „Politischen Korrespondenz" ausspricht. Es sei, meint er (S. 262), „ein Mangel der

erkannt und keinen Gebrauch mehr davon gemacht hat. Diese Thatsache widerlegt also D.'s Vermutung, daß Friedrich die Nachricht „alle Truppen" für falsch gehalten und trotzdem als „Vorwand" ausgenutzt und verbreitet habe. Schwer verständlich, daß D. hier eine Stütze seiner Auffassung zu finden glaubt.

---

Politischen Korrespondenz, daß meistens das Präsentatum der fremden Schreiben nicht angegeben ist". Sonderbarer Vorwurf! In der „Politischen Korrespondenz" sind die „fremden Schreiben" gar nicht abgedruckt; wie sollen also ihre Präsentata angegeben werden? Nur hin und wieder sind Auszüge oder Anmerkungen aus den Immediatberichten (d. h. den direkten Berichten an das königliche Kabinett) eingefügt, doch das Abgedruckte ist vielleicht im ganzen der fünfzigste oder sechzigste Teil dessen, was dem Könige zuging. Aber noch unverständlicher wird D.'s Vorwurf insofern, als diese Immediatberichte überhaupt niemals ein Präsentatum besitzen! Das Kabinett pflegte keine Präsentata den einlaufenden Berichten zuzufügen. Wenn keine Eingangsvermerke vorhanden sind, kann der Herausgeber doch nicht 130 Jahre später solche hinzudichten oder „fingiren"! D. bemerkt dies nachträglich auch selbst. Er sagt: „Die Kabinettsschreiben (d. h. damit meint er das umgekehrte: die Berichte an das Kabinett tragen kein Präsentatum." Aber er entdeckt einen Ausweg! „Das Präsentatum muß den begleitenden Ministerialschreiben (d. h. damit meint er wiederum das umgekehrte: den Berichten an das Ministerium) entnommen werden." D. beachtet bei seinem wohlgemeinten Ratschlag nicht, daß die Berichte an das Kabinett und an das Ministerium sich nicht decken, daß wichtige Berichte an das Kabinett gingen, ohne daß dem Ministerium dabei Begleitbriefe zukamen. Er vergißt zweitens, was noch viel wichtiger ist, daß Friedrich in Sanssouci lebte, das Ministerium dagegen in Berlin. Wenn Postpackete mit Berichten beiderlei Art eintrafen, so wurden sie in Berlin abgeliefert, das Ministerium fügte auf den ihm zugekommenen Bericht das Präsentatum und sandte den für den König bestimmten Bericht mit nächster Post nach Potsdam, er kam dort, wohl in der Regel, erst am folgenden Tage dem König zu, und zu welcher Zeit (ob noch am Abend oder erst am folgenden Morgen) der Bericht, wenn er nicht eilig war, von Friedrich gelesen wurde, ist dann auch noch unsicher. Es würde also den heillosesten Wirrwar gegeben haben, wenn die Herausgeber der Korrespondenz nach dem Recept D.'s gehandelt haben würden und als Zeit der Ankunft in Sanssouci die Zeit des Eintreffens in Berlin genannt hätten. Die von D. jetzt nach dieser Methode hinzugefügten Präsentata sind denn auch sämtlich willkürlich und fast sämtlich falsch. Ferner: an der von D. angeführten Stelle (XII, 429), wo einmal der Ankunftstag aus der „Korrespondenz" zu ersehen ist, da hat nicht etwa der „Herausgeber", sondern der König den Eingangstag genannt. Friedrich bemerkt am 19. Juni „die heut von Klinggräffen eingekommene Relation". Selbst in diesem Fall aber — das ist das wunderlichste — nennt D. ein falsches Präsentatum. Für die „heute am 19. Juni eingekommene Relation" ist doch natürlich der Ankunftstag der 19. Juni, und D. setzt hinzu „praes. 18. Juni!!" Also selbst besser als der König weiß er Bescheid; selbst diese direkte Bemerkung Friedrichs hat ihn nicht vor dem schweren Irrtum bewahren können, die Präsentata in Berlin als Präsentata in Sanssouci auszugeben.

Und ebenso drittens, wenn der König am 17. Juli an Schwerin schreibt: „vous n'avez qu'à prendre patience, je ne saurais pas encore vous assurer la guerre comme une chose tout-à-fait certaine, quoiqu'il faut que je m'attende d'un jour à l'autre à des avis qui la rendront inévitable", so läßt diese Äußerung die Vorsicht des Königs erkennen und zeigt zugleich, daß D.'s Erklärung, die an demselben 17. befohlene Anfrage in Wien „war nach Friedrichs Meinung der Krieg", irrtümlich sein muß. Wiederum schwer begreiflich, daß D. die Worte an Schwerin (die er unvollständig wiedergiebt) zum Beweise für seine Ansicht verwenden will.

Nach den wenigen Bemerkungen (über das vermeintliche Schweigen des Herausgebers der Korrespondenz und über die Aussprüche des Königs vom 17. Juli) folgt S. 267 sogleich bei D. die Schlußfolgerung: Da nun Friedrich seine Nachricht vom 16. Juli („*alle* Ungarn marschieren") aus Dresden datiert, so kann es nach allem keinem Zweifel unterliegen, daß die Notiz eine freie Ausgestaltung des ebenfalls aus Dresden gekommenen Maltzahnschen Berichtes (über den Marsch ungarischer Truppen) ist.

Also weil zwei Nachrichten aus Dresden datieren, so muß „zweifellos" die weitergehende eine freie Ausgestaltung der anderen Nachricht, eine von Friedrich vollzogene Fälschung darstellen! Ja, sogar die früher dem König zugegangene Nachricht vom 16. muß „zweifellos" aus der späteren Nachricht vom 17. (dem Maltzahnschen Bericht) entstanden sein! Ist es möglich, voreiliger zu argumentieren? Ist es denkbar, die schwerwiegende Behauptung einer Depeschenfälschung und eines Eroberungskrieges nichtiger zu begründen als es hier geschieht? Weil D. nicht weiß, woher Friedrich seine Nachricht hat, weil er sich nicht die Mühe giebt, die Akten zu prüfen, weil er nicht einmal sechs Seiten (von S. 82 bis 76) in der gedruckten Korrespondenz zurückblättert, wo er sogleich den Ursprung der Nachricht erkennen konnte[1]) — nur deshalb wird Friedrich zum Depeschenfälscher, zum Eroberer, zum Angreifer gemacht! Die erste Frage, die D. sich vorzulegen hatte, war doch die: hatte Friedrich den Maltzahnschen Bericht bereits am 16. Juli, bereits zu der Zeit, als er die Ungarn-Nachricht, die „Nouvelles d'aujourd'hui", niederschrieb, d. h. hatte er in dem Moment, als er seine Depeschenfälschung vollzog, bereits die Depesche, die er gefälscht haben soll? Wird man es glauben wollen, daß D. diese Frage nicht einmal aufgeworfen, geschweige denn beantwortet hat! Wieder brauchte er nur

1) Für diese und die folgenden Bemerkungen s. die weitere Ausführung unten.

sechs Seiten zurückzublättern, um zu sehen, daß zu der Zeit am 16. Juli, als Friedrich die „Nouvelles“ hatte, er den Bericht Maltzahns noch nicht gehabt hat. Ja, nicht einmal die Mühe, sechs Seiten zu blättern, war nötig; nur zwei Seiten zurückgeschlagen, da ergiebt Mitchells Bericht (S. 80), daß Friedrich auf das „toutes les troupes“ gar kein Gewicht gelegt hat, nur drei Seiten zurückgeblättert, da führt (S. 79) die „mündliche Resolution“ zu dem gleichen Resultat. Mehr noch: D. brauchte nicht einmal zu blättern, er brauchte nur die Nouvelles sorgfältig zu lesen. Die ganzen „Nouvelles“ füllen (S. 82) drei Petitzeilen. Von diesen drei Zeilen der „gefälschten Urkunde“ hat D. zwei Zeilen in Erwägung gezogen; hätte er auch die dritte letzte Zeile („on assemble etc.“) erwogen, so hätte schon sie ihm sogleich die Unmöglichkeit der Fälschung und die Herkunft der Nachricht klarlegen müssen. Und nur das Ortsdatum „Dresden“ beachtet er, das Zeitdatum der Nouvelles „14. Juli“ und des Maltzahnschen Berichtes „12. Juli“ beachtet er nicht. Sonst hätte er mit dem gleichen Recht, mit dem er aus dem Ortsdatum seine schnelle Folgerung ableitet, aus dem Zeitdatum gerade den entgegengesetzten Schluß ziehen können: „da die eine Nachricht vom 14. stammt, die andere vom 12., so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die eine nicht aus der anderen entstanden ist.“

Keinen einzigen, auch nur einigermaßen triftigen Beweis vermag D. für die Urkundenfälschung beizubringen. Aber nicht genug damit; es sind außerdem auch all' die Voraussetzungen, Schlußfolgerungen und Begleitumstände, die er weiter hinzufügt, um seine Meinung wahrscheinlich zu machen, irrig und unzutreffend. Mit einem gewissen Geschick weiß er sie zu gruppieren und in Verbindung zu setzen, aber das Mittel, das allenthalben zur Verwendung gelangt, ist leider immer das gleiche: eine gänzliche Mißachtung oder sogar eine — natürlich bona fide erfolgte — Umgestaltung der Thatsachen.

1. Friedrich soll zur Fälschung sich genötigt glauben, weil er keine bestimmten und zuverlässigen Nachrichten über österreichische Kriegsvorbereitungen gehabt habe. Das mag D.'s Meinung sein; Friedrichs Ansicht war es nicht. Wenn man etwa zwei Drittel der Nachrichten, alle ungedruckten und einen großen Teil der gedruckten, ignoriert und die übrigen zurechtstutzt und abschwächt[1]), dann läßt sich das Vorhanden-

1) Vgl. oben S. 183 Anm 1. Als weiteres Beispiel nenne ich Delbrücks Inhaltsangabe für den Pol. Korr. XIII, 95. 96 gedruckten Bericht aus dem Haag: „Rußland werde bald zu England zurückkehren“ (S. 265). Vergleicht man den Bericht, so sieht man, daß er in der Hauptsache gerade das Gegenteil besagt; Rußland sei bestimmt entschlossen, zu Frankreich überzugehen. Die

sein zuverlässiger Nachrichten allerdings leicht bestreiten. — Friedrich soll ferner „alle seine Nachrichten" für den englischen Gesandten am 16. zusammengestellt haben[1]) und all' das (d. h. alles, was Friedrich über haupt hatte!), sind nach D. „fast nur Gerüchte oder ganz unverbürgte widerspruchsvolle Notizen". Einerseits ist die letztere Behauptung falsch, wie ein jeder aus den Seiten 80 und 81 des XIII. Bandes ersehen kann, zweitens hat Friedrich nur einige wenige Meldungen vom 15. und 16. Juli, nicht einmal die entscheidenden Pflugschen, auch nicht die der Markgräfin und Nettelhorsts[2]) für den Gesandten zusammenstellen lassen; und sämtliche frühere, seit vier Wochen eingetroffene Nachrichten fehlen. Die ganze Zusammenstellung umfaßt etwa den vierzigsten Teil der Meldungen, die Friedrich hatte; und D. glaubt, es seien das „alle" Meldungen.

2. Von Friedrichs Nachrichten über österreichische Rüstungen sagt D., „wir wissen heut, kein Wort davon war wahr," „nichts derartiges hat stattgefunden." Richtig ist das Gegenteil! Ganz abgesehen von den österreichischen Rüstungen im Juni und in den ersten Tagen des Juli[3]), so hat ja sogar Lehmann erklärt, daß am 6. resp. 8. Juli die umfassenden, offenen österreichischen Rüstungen beginnen, davon mußte am 16. in Berlin die Kunde sein. Trotzdem läßt D. den König am 16. Juli aus Mangel an Nachrichten „zum Äußersten greifen", zur Urkundenfälschung, denn: „in Oesterreich will und will sich nichts regen". Thatsächlich regte sich in Oesterreich alles, was überhaupt sich regen konnte; das gesamte zunächst verfügbare Heer wurde in diesen Juli-Tagen mobilgemacht, und speciell die Bewegung der ungarischen Truppen nach der Richtung der deutschen Erblande begann bereits Anfang Juli[4]), so viele ungarische Truppen marschierten, daß ein Berichterstatter leicht auf den Gedanken kommen konnte, daß alle ungarischen Truppen „se sont mises en mouvement". Am 14. Juli konnte eine derartige Nachricht sehr wohl bereits in Dresden in Umlauf sein.

---

wenigen Vertröstungen, die der englische Gesandte Yorke nachher macht, sind von recht vager, unbestimmter Art.

1) Preuß. Jahrb. 84, 45; 79, 278.

2) Vgl. oben S. 268 Anm. Wenn dem Könige wirklich, wie D. meint, plötzlich einfallen soll, daß die zusammengestellten Nachrichten nicht genügten, so brauchte er ja nur die sehr bestimmt lautenden und wichtigen Pflugschen Meldungen oder die der Markgräfin und Nettelhorsts noch einfügen lassen. Statt dessen zu einer Fälschung zu greifen, dazu lag nicht der mindeste Anlaß vor.

3) Vgl. Teil I, 248—266 (44—62).

4) Vgl. Teil I, 253 (49).

3. Auch im übrigen ist die Situation vor dem 16. Juli in Preußen sowohl wie in Oesterreich von D. falsch gezeichnet worden. Ueber Oesterreich sagt er z. B. mit Bezug auf die Zeit Anfang Juli (278): „wir kennen die dortige politische Situation: man saß fest, man lechzte nach einer preußischen Provokation." Eine merkwürdige „Daten-Verschiebung", um einen D.'schen Ausdruck zu gebrauchen[1]). Nicht Anfang Juli, sondern erst Ende Juli, am 27. Juli, erfuhr man in Wien von den Schwierigkeiten in Versailles, an die D. denkt; erst Ende Juli konnte das „festsitzen und lechzen" in Wien — wenn es überhaupt je stattgefunden hat — seinen Anfang nehmen. — „Kein Zweifel," bemerkt D. weiter, „daß die Gerüchte über österreichische Rüstungen absichtlich von Kannitz ausgesprengt worden sind." Also wieder ein „zweifelloser" historischer Vorgang, der zwar den Akten und den Thatsachen direkt widerspricht, trotzdem aber „zweifellos" ist, weil über die Realität solcher historischer Vorgänge allein des Verfassers subjektive Meinung entscheidet. — Friedrich, so hören wir weiter, hat am 16. Juli „mit plötzlicher Wendung zum Schwert gegriffen", und um zu zeigen, wie wenig das in der damaligen auf Frieden deutenden Lage notwendig war, erzählt D., der König „rechnete für dies Jahr noch auf Erhaltung des Friedens." Auch das ist unrichtig. Nur unter gewissen Bedingungen dachte Friedrich an Erhaltung des Friedens; diese Bedingungen aber erfüllten sich nicht. Und derartige Friedenshoffnungen äußert der König am 8. und 10. Juli, hingegen am 15. und 16. ist die Lage gänzlich verändert, der König glaubt sich am 15. und 16. „bien près de la guerre". Also wieder bei D. eine „Daten-Verschiebung". — Friedrich soll ferner damals die Meinung aussprechen, „der österreichisch-russische Angriff sei auf das nächste Jahr verschoben". Auch das ist nichts als „Daten-Verschiebung": am 21. Juli spricht Friedrich diese Ansicht aus, am 15. und 16. denkt er an einen Krieg im laufenden Jahre.

„Nach der Meinung der letzten deutschen Forscher," sagt D., „waren es österreichische Rüstungen, die den König gezwungen haben, das Schwert zu ergreifen." Gerade umgekehrt, nach der von mir und dann von Koser vorgetragenen Ansicht[2]), waren es nicht die Meldungen von österreichischen Rüstungen, sondern die Meldung vom Verschieben des österreichisch-russischen Angriffs, die Friedrich das Schwert in die Hand drückten. Es ist leicht zu polemisieren, wenn man den Vorgängern eine

1) Vgl. Preuß. Jahrb. 84, 53.

2) Vgl. Hist. Zeitschrift 56, 423. Koser, Friedrich der Große I, 598 ff. und Hist. Zeitschr. 77, 31.

falsche Meinung unterschiebt, und nun diese österreichischen Rüstungsnachrichten, die nach unserer Ansicht gar nicht das entscheidende Motiv darstellten, als unerheblich zu erweisen sucht[1]).

4. Die Bedeutung der „Nouvelles d'aujourd'hui", der vom König angeblich fingierten Nachrichten, hat D. verkannt und falsche Schlüsse daraus gezogen. Wenn er die Bemerkung „alle" ungarischen Truppen marschieren, für das entscheidende ansieht, so beachtet er nicht, daß Friedrich selbst am 10. Juli verkündet hat[2]), worauf es ihm ankomme: auf den Marsch ungarischer oder italienischer Truppen; ob es alle ungarische waren, das machte nicht viel aus. — Friedrich hat die „Nouvelles" dem englischen Gesandten am 16. Juli mitgeteilt und sie auf dem Mitchell übergebenen „Paper of intelligence" eigenhändig notiert. Wenn er auf das „toutes les troupes" ein so starkes Gewicht gelegt hätte, wie D. glaubt, so müßte sich doch in Mitchells Bericht darüber irgend etwas finden. Aber Mitchell betont diese Sache nicht bloß nicht, sondern er erwähnt in seinem ganzen Bericht[3]) überhaupt gar nichts von „toutes les troupes", im Gegenteil, er spricht nur über den Marsch „of so many troops". Das ist gewiß höchst auffallend! Warum setzt sich Mitchell geradezu in einen Gegensatz zu dem seinem Bericht beiliegenden „Paper of intelligence"? Wenn wir nun sehen, daß Friedrich die Meinung, es seien „alle Truppen" in Marsch, sofort am 17. Juli, ja sogar schon am 16. Juli[4]), wieder aufgiebt und niemals wieder äußert; wenn wir zudem wissen, daß Mitchell am 16. abends und am 17. morgens, als Friedrich seine Ansicht auf Grund der Maltzahnschen Depesche berichtigte, noch beim Könige in Potsdam war[5]) und darauf in

---

1) Dagegen die Bedeutung der für den Angriffsentschluß wirklich entscheidenden Meldungen Swarts hat D. gänzlich verkannt. Er sucht sie abzuschwächen (S. 269), indem er bemerkt: „Swart giebt das Motiv für den Rückmarsch der Russen ganz verkehrt an und malt ein sehr unrichtiges Bild von der Stellung Frankreichs." Die eine wie die andere Bemerkung ist falsch; nicht Swart, sondern sein neuester Kritiker ist es, der über das Motiv des Rückmarsches und über die Stellung Frankreichs schlecht orientiert sich zeigt. Und wenn selbst beide Bemerkungen richtig wären, so würde das für die Frage, ob diese Swartsche Meldung bei Friedrich den Ausschlag gegeben hat, gar nichts ausmachen.

2) Vgl. oben S. 262.

3) Den wichtigsten Teil habe ich XIII, 80 abgedruckt. Der ganze Bericht, dessen übrige Abschnitte aber hier von keiner Bedeutung sind, ist mir neuerdings vom Public Record Office in London abschriftlich zugegangen.

4) Vergl. S. 284.

5) Er fuhr erst im Laufe des 17. nach Berlin zurück (Tagebuch Scheelens, Archiv des Großen Generalstabes).

dem nachher in Berlin am 17. aufgesetzten Bericht statt von „all the troops“ von „so many troops“ spricht, gerade wie der König[1]) am 17. — so ist, meine ich, der Schluß begründet, daß Friedrich in den weiteren mündlichen Gesprächen mit Mitchell am 16. abends oder am 17. früh ihm mitgeteilt hat, die Nachricht „alle Truppen“ sei zu verbessern in „viele Truppen“.

Was D. hätte beweisen müssen, ist, daß Friedrich die Meldung „toutes les troupes“ sogleich als unrichtig erkannt, sie trotzdem jedoch überallhin eifrig verbreitet habe. Wir bemerkten aber schon, der König nimmt die nur dies eine Mal auftauchende Nachricht sofort wieder am 17. zurück. Hätte er sie als „Vorwand“ ausnützen wollen, so mußte er auch allen anderen außer Mitchell von „toutes les troupes“ sprechen: aber er schreibt am 17. an Klinggräffen, am 17. an Maltzahn, am 17. an den Prinzen von Preußen nur von „ungarischen Regimentern“ oder „vielen ungarischen Truppen“, und die Ordre an Knyphausen in Paris vom 17. erwähnt die Ungarn überhaupt nicht[2]), obschon es doch an französischen Hofe nicht minder wie am englischen eines „Vorwands“ bedurft hätte.

Und noch bezeichnender: An dem gleichen 16. Juli, wo Friedrich für die englisch-hannöversche Regierung den „Vorwand“ fingieren soll, daß „alle ungarischen Truppen“ marschieren, läßt er der hannöverschen Regierung die Erklärung abgeben, er könne ein preußisches Truppenkorps nicht nach Hannover senden, u. a. deshalb, weil die Oesterreicher „die mehristen Truppen in Ungarn“ marschieren ließen (XIII, 79). Friedrich hätte sich in die schlimmsten Widersprüche verwickelt, wenn er an dem nämlichen Tage dem einen Vertreter der verbündeten Regierung, dem Hannoveraner Münchhausen schreiben läßt, die „mehristen Truppen“ in Ungarn marschieren[3]), dem anderen Vertreter, dem Engländer Mitchell, gegenüber sein Vorgehen damit zu rechtfertigen sucht, daß es „alle“ Truppen seien, die sich in Marsch gesetzt hätten. Der Widerspruch aber schwindet, sobald wir aus Mitchells Bericht erkennen, daß der König die anfängliche Nachricht sogleich redressiert und berichtigt hat.

---

1) XIII, 86. „nombre de troupes.“ D. übersetzt „Anzahl Truppen“, es wird von kundiger Seite bestätigt, daß richtiger zu übersetzen ist „viele Truppen“.

2) Nur der Marsch italienischer Truppen wird erwähnt, aber wie vorsichtig! „on m'a voulu assurer“, „je ne saurais vous l'écrire positivement“. (XIII, 87.)

3) Die mündliche Resolution vom 16. Juli für die an Münchhausen zu erteilende Antwort (Nr. 7709) wäre in der Korrespondenz der Unterredung mit Mitchell (Nr. 7711) besser nachgestellt worden. Falls die Bemerkung „die mehristen

Und auch später hat er zu Mitchell die Meldung „alle Truppen" nicht bloß nicht wiederholt, vielmehr teilt er ihm wenige Tage später, am 23. Juli, einen Bericht mit, in welchem es heißt, man wisse aus Ungarn von keinem anderen Marsch als von dem künftigen Marsch von 10 Regimentern nach Kitsee[1]), und am 29. Juli wird dem englischen Gesandten abermals ein Bericht zugesandt, der nur den künftigen Marsch von 14 ungarischen Regimentern nach Böhmen anzeigte (XIII, 143).

Also Widerspruch über Widerspruch in dem Verfahren des Königs, wie D. es uns schildert. Der schlaue Rechner, der dämonische König, zerstört selbst konsequent, schon vom 16. Juli an, seinen klug ausgedachten „Vorwand", der Fälscher selbst deckt Tag für Tag seine Urkundenfälschung auf!

Bedurfte denn Friedrich für die Anfrage überhaupt „eines Vorwands"? Gewiß nicht; er hatte Gründe zu seinem Vorgehen in genügender Zahl. Verfuhr er denn gegen Mitchell in diesen Fragen so wenig offen? Im Gegenteil: „Alles Mitchell communicieren, daß klar in meiner Conduite sehe". (18. Juli, XIII, 92). Der König, der einige Tage später, als er wirklich den Entschluß zum Kriege faßt, dies sofort mit einer, fast möchte man sagen, rücksichtslosen Offenheit dem Minister Podewils und dem englischen Gesandten eingesteht[2]) — den hat man zum Heuchler, zum Lügner, zum Depeschenfälscher stempeln wollen!

5. Neben der Gewinnung des „Vorwands" hatte Friedrich, so erzählt uns D., mit seinem „Streich", d. h. mit der „Depeschenfälschung" noch einen zweiten Zweck: der Kaiserin den Krieg aufzuzwingen; er soll auf Grund der gefälschten „Nouvelles" die Anfrage in Wien stellen: „diese Anfrage war der Krieg", „mit plötzlicher Wendung greift er zum Schwert."

Man könnte auch hier mit dem Ausdruck D.'s sagen: All das beruht auf einer fortdauernden „Daten-Verschiebung". Was bewirken denn die Nouvelles am 16. thatsächlich? Garnichts! Alles was D.

---

Truppen" in der Antwort für Münchhausen schon durch Maltzahns Bericht veranlaßt ist, so würde anzunehmen sein, daß dieser etwa am Nachmittag oder Abend des 16. eingetroffen und dann erst die Resolution aufgesetzt worden ist. Zu der Zeit am 16., als der König die Nouvelles besitzt, war Maltzahns Bericht jedenfalls noch nicht angelangt. Vgl. unten S. 290.

1) XIII, 111. Vgl. schon Teil I, 300 (96). D.'s Einwände (84, 45) sind nichtig. Ob die Nachricht in dem königlichen Briefe selbst steht, oder in dem Bericht, den der König Mitchell zusendet, ist in der Sache gleichgültig.

2) XIII, 105. 113.

diese Nachrichten vom 16. Juli am 16. bewirken läßt, geschieht an anderen Tagen und aus anderer Veranlassung. Der auf Krieg deutende Umschwung erfolgt nicht am 16., sondern schon am 15. auf Grund der durch Winterfeldt übermittelten Pflugschen Nachrichten[1]); zum Schwert greift der König nicht am 16. Juli, sondern im August mit der großen Mobilmachung; den Entschluß zum Kriege faßt Friedrich nicht am 16., sondern am 21. Juli infolge der Swart'schen Meldungen aus dem Haag; die Anfrage richtet er nach Wien nicht am 16. sondern am 18. Juli, befiehlt ihren Abgang am 17. auf Grund der neuen Nachrichten vom 17.; und den Entschluß, eine Anfrage in Wien zu stellen, faßt er nicht am 16., sondern am 15., als die Pflugschen Nachrichten vom Marsch der ungarischen und italienischen Truppen eintreffen. Was geschieht dagegen am 16. Juli? Nichts weiter, als daß die schon vorher beschlossene Absicht der Anfrage dem englischen Gesandten, wie ebenfalls schon vorher beschlossen ist, mitgeteilt wird.

Also die Nouvelles vom 16., die sogleich wieder fallen gelassen werden, haben im Grunde garnichts entschieden. Wenn Friedrich zum Zweck des Eroberungskrieges Depeschen fälschen wollte, so hätte er das im April, Mai oder Anfang Juni besorgen müssen; damals hätte es einen wirklichen Nutzen haben können[2]). Oder wenn er doch im Juli fälschen soll, so mußte es am 15. oder 17. oder 21. Juli geschehen, und der König hätte darauf sofort diplomatisch und militärisch weit entschiedener vorgehen müssen. Am 16. dagegen, wo nichts neues beschlossen wird und wo keine neue Handlung erfolgt, da entbehrt die Fälschung jeden Sinnes, jeden Zwecks, jeden Nutzens. Weshalb Friedrich am 16. fälscht und doch erst am 18. die Anfrage stellt, erst am 21. zum Angriff sich entscheidet, darauf ist D. die Antwort schuldig geblieben. Die „fiktive Meldung" vom 16., sagt er, sollte den Engländern beweisen, „daß das sofortige Vorgehen notwendig sei" — und doch Friedrich fällt es garnicht ein, nun „sofort" vorzugehen.

Die Anfrage in Wien, so hören wir ferner, „war der Krieg". Es mag sein, daß D., da er in die Verhältnisse wenig eingeweiht ist, diese Meinung hegt. Aber darauf kommt nichts an, sondern allein auf Friedrichs und auf Kaunitzens Meinung. Und beide betrachteten die

---

1) Vgl. S. 269. 270.

2) Vgl. oben S. 178. D. meint (S. 277) „im Frühjahr fehlte ihm noch der Beweis für die offensiven Absichten Oesterreichs". Welch ein Widerspruch! Im Juli soll ja dem König dieser Beweis gleichfalls fehlen, und ebendas soll ja der Grund sein, weshalb er im Juli zur Fälschung greift.

Anfrage nicht als den Krieg[1]). Zwar setzt D. hinzu: „sie konnte nach Friedrichs eigener Ansicht und Absicht nichts sein als der Krieg", aber einen Beweis dafür bringt er nicht; nur eine neue Konstruktion: er konstruiert eine Reihe von Dingen, die nach seiner Ansicht Friedrich hätte vorausberechnen können. Zumeist sind es wieder die beliebten „Daten-Verschiebungen". Mag D. mit ihnen arbeiten; aber er kann doch nicht erwarten, daß Friedrich solche chronologischen Fehlschlüsse späterer Historiker in seine eigene Rechnung einstellte. Z. B. „Seit drei Wochen hallte das ganze Reich wieder von den Rüstungen und Bewegungen der Preußen"; also seit dem 25. Juni, d. h. 6 Tage bevor diese Bewegung (am 1. Juli) in Preußen beginnt, hallt bereits das Reich davon, sogar das ganze Reich! Und mit diesem von D. erdachten dreiwöchentlichen allgemeinen Hallen des Reiches soll Friedrich am 16. Juli rechnen! Thatsächlich ist die preußische Bewegung etwa Anfang August im „ganzen Reich" bekannt gewesen. — Oder S. 269 „Welchen Zweck die Kaiserin bei ihrer Antwort (vom 26. Juli) hatte, blieb Friedrich nicht unbekannt. Sein Gesandter Klinggräffen schrieb es ihm wiederholt, am 19. Juni, am 26. Juni". D. h. 4 und 5 Wochen bevor die Antwort erteilt, 3 und 4 Wochen bevor auch nur die Frage gestellt wird, soll Klinggräffen sogar schon den Zweck der Antwort melden! — Oder S. 268. „Die Kaiserin konnte nicht antworten, daß sie nicht rüste." Gewiß nicht. Aber hat denn Friedrich überhaupt gefragt, ob die Kaiserin rüste? — Weiter: „An die Möglichkeit, daß die Anfrage friedlich beantwortet wurde", hat, so meint D., „Friedrich nicht im entferntesten geglaubt, obgleich er natürlich (!) nach allen Seiten das Gegenteil behauptete". (276). Also soweit sind die neuesten Verkünder der Größe Friedrichs glücklich gekommen, sie bezeichnen es bereits als „natürlich", daß Friedrich „nach allen Seiten" die Unwahrheit redet. Und der Beweis? Weder für die erste Bemerkung (daß Friedrich nicht an die Möglichkeit geglaubt), noch für die zweite (daß er nach allen Seiten das Gegenteil behauptete) hat D. auch nur eine einzige Belegstelle. Die stärkste Ironie aber liegt darin, daß das, was D. mit solchem Eifer bekämpft, überhaupt gar nicht existiert. Nicht ein einzig mal, nicht nach einer einzigen Seite, geschweige denn „nach allen Seiten" hat Friedrich behauptet, daß er eine friedliche Antwort auf die erste Anfrage erwarte[2]); er hat sich

1) Für Kaunitz vgl. z. B. die noch nach Empfang der Anfrage, am 11. und 22. August, gegebenen Erklärungen, daß er überzeugt sei, Friedrich werde nicht angreifen. Teil I, 231 (27).

2) Nur aus seinen Handlungen müssen wir folgern, daß er diese Möglichkeit nicht für ausgeschlossen hielt.

garnicht über diese Sache geäußert. Aber ohne daß Friedrich überhaupt etwas darüber sagt, ehe er noch etwas sagt — sind schon die modernen Interpreten mit ihm fertig! Was er auch sagt, ob er es sagt, wenn er es sagt oder nicht sagt, er hat „natürlich" „nach allen Seiten hin" gelogen!

Wie nennt D. dieses sein Verfahren? All diese Willkür, dies fortdauernde Unterschieben von falschen Gedanken, falschen Motiven, falschen Handlungen? Er nennt es — „in des Königs Seele lesen". (S. 260). Auf Lügen und Fälschen baut sich „schwindelnd in die Höhe steigend" die Politik, die „Größe" des neuentdeckten Friedrichs auf! Wenn dagegen andere Historiker, solch kritiklose und wunderliche Verherrlichung nicht kennend, von diplomatischen Fehlern sprechen, die Friedrich, wie jeder Staatsmann begangen — dann haben wir, meint D., eine „fürchterliche Deklassierung des Königs" vollzogen [1]).

Doch genug, schon übergenug von dieser neuen Methode [2]). Nehmen wir Abschied von ihr — hoffentlich für immer.

Jetzt sei der Versuch gemacht, mit Hilfe der alten Methode dieselbe Frage zu lösen, die Frage, die soviel Staub aufgewirbelt hat, ob Friedrich die „Nouvelles" gefälscht haben kann, und welches ihre Herkunft ist.

---

1) Mit noch kräftigerem Wort sind D.'s Freunde zur Hand. „So tolle" Aussprüche nennt G. R. (indem er den jüngsten Aufsatz D.'s noch einmal in der „Deutschen Zeitung" in populärer Fassung wiederholt) meine und Bailleus Bemerkungen, z. B. die Bemerkung, daß Kaunitz den preußischen König auf diplomatischem Gebiet vollständig besiegt habe (Teil I, 290 resp. 86) Deutsche Zeitung vom 17. Mai 1896.

2) Alles was D. sonst in seinem Aufsatz noch anführt, läßt sich ganz ebenso schlagend widerlegen, wie das, was oben erwähnt wurde. Es ist überflüssig, daß ich mich damit noch aufhalte. Nur eins sei hervorgehoben: Er behauptet S. 273—276, daß Friedrich „gar keine Eile hatte" und das „Präveniren nicht für ihn ein letztes Rettungsmittel war"; das Hauptargument ist ihm dafür, daß Friedrich, wie ich Hist. Zeitschrift 56, 459 nachgewiesen habe, im Feldzug von 1756 nur Sachsen und Nordböhmen in Besitz nehmen wollte. D. beachtet nicht, daß Friedrich dieses geringfügige Ziel sich steckte, nachdem durch verschiedene Zwischenfälle der Kriegsbeginn gegen Oesterreich sich bis in den September hinein verzögert hatte, er vergißt, daß der König nicht früher als am 27. August erklärt hat, mit diesem Ziel sich begnügen zu wollen. Die Ende August hervortretenden Absichten Friedrichs verlegt D. auf Mitte Juli — wieder eine der beliebten „Daten-Verschiebungen". Daß der König auch im Juni und Juli seine Ziele so stark beschränkte, dafür bleibt D. den Beweis schuldig.

Die Nouvelles lauten: „Nouvelles d'aujourd'hui, Dresde 14 juillet. Nous apprenons dans l'instant que toutes les troupes autrichiennes de la Hongrie se sont mises en marche pour se rendre en Bohême pour former deux camps. On assemble deux magasins du côté de Leitmeritz-Malschen." Eigenhändig vom König niedergeschrieben am 16. Juli.

1. Das Ortsdatum „Dresden". Es macht die Annahme der Fälschung unwahrscheinlich. Wollte Friedrich eine Nachricht über ungarische Truppen fingieren, so hätte er sie gewiß nicht aus Dresden, sondern etwa aus Wien oder Olmütz, aus Ratibor oder Neiße datiert. So hätte sie erstens mehr Glauben gefunden, und zweitens wäre die Fälschung weniger leicht zu erkennen gewesen [1]).

2. Das Zeitdatum „14. Juli", während Maltzahns Bericht, das angebliche Substrat der Fälschung, vom 12. datiert. Dadurch wird die Fälschung nicht bloß unwahrscheinlich, sondern fast schon ausgeschlossen. Verständlich wäre nur eine Vordatierung etwa auf den 10., 8. oder 6. Juli. Dann wäre die Nachricht noch bedrohlicher, die Ungarn würden scheinbar schon seit geraumer Zeit in Bewegung sein, dann würde in der That Eile not thun, wie Friedrich angeblich den englischen Gesandten glauben machen will. Aber die Nachdatierung auf den 14. Juli ist sinnlos, ist zweckwidrig, sie schwächt die Meldung ab.

3. Die Art der Ueberlieferung. „Eigenhändige Aufzeichnung des Königs". Daraus ist zu schließen: Die Nachricht wird einer mündlichen Mitteilung entstammen, nicht einem schriftlichen Bericht. Wäre sie schriftlich gekommen, so würde sie vermutlich von dem Kabinettssekretär bereits dem „Paper" eingefügt sein, und höchstwahrscheinlich würde ein so überaus wichtiger Bericht uns heut noch vorliegen.

Konnte der König in jenen Tagen mündliche Mitteilungen aus Dresden erhalten? Ja, sehr mannigfache. 1. kehrten damals viele preußische Offiziere aus Karlsbad zurück [2]), die sämtlich über Dresden reisten. 2. Friedrich und Winterfeldt unterhielten fortdauernd Agenten in Sachsen. 3. Am 15. Juli schreibt Friedrich an Winterfeldt, er solle den früheren sächsischen Oberstlieutenant von Pflug, einen dieser Agenten, nach Potsdam schicken [3]). Pflug kam soeben aus Dresden, war vorher in Karlsbad gewesen; er brachte zahlreiche wertvolle Nach-

1) Man vergesse doch nicht, daß die Männer, mit denen Mitchell fast täglich konferierte, die Minister Finckenstein und Podewils, den Maltzahnschen Bericht, den der König nach Delbrück verfälschen soll, kannten.

2) Vgl. S. 242. 243.

3) Hist. Zeitschrift 64, 488.

richten aus Sachsen und Oesterreich[1]). Winterfeldt bezeichnet Pflugs Nachrichten als die „instruktivsten und glaublichsten[2])", er wünscht, daß der König ihn sprechen möge, um mündlich seine Mitteilungen entgegen zu nehmen.

4. Die Nouvelles enthalten — hier ist der Punkt, wo jeder besonnene Forscher sofort einsetzen mußte — außer der Ungarn-Nachricht die weitere Meldung von Magazinsammlungen bei Leitmeritz an der böhmisch-sächsischen Grenze. Kein Grund zum Zweifel, daß diese Meldung nicht aus derselben Quelle stammt wie die Ungarn-Nachricht. Soll die letztere aus dem Maltzahnschen Bericht entstanden sein, so wird auch die Magazin-Nachricht in Maltzahns Bericht vom 12. stehen. Kein Wort davon findet sich. Mit einem Schlage ist Delbrücks Vermutung beseitigt. Der Maltzahn-Bericht kann nicht die Quelle der Nouvelles sein.

5. Der weitere Weg liegt offen zu Tage! Die Nachricht „toutes les troupes" kehrt in der Korrespondenz des Königs allerdings nicht wieder; sie wird ja sofort wieder zurückgezogen. Aber die Magazin-Nachricht, wie steht es mit ihr? Sie kehrt wieder, sogar noch am 16. Juli; nur 6 Seiten vorher S. 76 wird sie mitgeteilt und zwar mitgeteilt gerade — an Maltzahn[3]) Daraus ergiebt sich:

a) Da der König am 16. Maltzahn von einem Teil der Nouvelles in Kenntnis setzt, so ist zum zweiten Mal bewiesen: die Nouvelles können nicht auf einen Bericht Maltzahns zurückgehen.

b) Als Friedrich am 16. die Ordre für Maltzahn aufsetzen läßt, besitzt er die „Nouvelles", dagegen Maltzahns Bericht vom 12. besitzt er zu dieser Tageszeit am 16. noch nicht. Der Bericht, der erst am 17. beantwortet und als empfangen bestätigt wird, wäre selbstredend schon durch die Ordre vom 16. beantwortet, mindestens wäre der Empfang bestätigt worden, wenn Friedrich ihn schon gehabt hätte. Also zur Zeit der Vollführung der „Fälschung" (d. h. als der König die von ihm angeblich gefälschten Nouvelles in der Hand hat) ist die Depesche, aus der die Fälschung entstanden sein soll, noch garnicht im Besitz des Königs, noch garnicht ihm bekannt. Damit ist die ganze Annahme dieser Depeschen-Fälschung als unmöglich erwiesen.

c) Die Ordre an Maltzahn vom 16. enthält aber nicht bloß einen Teil der Nouvelles, d. h. die Magazin-Sache, sondern außerdem noch andere, und zwar ebenfalls aus Dresden gekommene Nachrichten über

1) Vgl. Winterfeldts Bericht vom 13. Juli. Hist. Zeitschrift 64, 485—488.
2) Winterfeldt an Eichel, Berlin, 13. Juli.
3) Sogar die etwas ungewöhnliche Wendung „assembler des magasins" statt „former des magasins" findet sich hier ebenso wie in den Nouvelles.

Bewegungen der sächsischen Truppen. Sicherlich stammt die Magazinnachricht (irgend ein Anlaß zum Zweifel ist nicht vorhanden) aus der gleichen Quelle, wie die eng damit verbundenen, ebenfalls aus Dresden herrührenden und ebenfalls dem Könige soeben zugegangenen Nachrichten von der Bewegung der Sachsen. Kennt man die Quelle der letzteren? Ja, sie stammen vom Oberstlieutenant Pflug[1]). Mithin stammt auch die Magazin-Nachricht, stammen auch die Nouvelles von Oberstlieutenant Pflug.

6. Allerdings unter den von Winterfeldt am 13. Juli schriftlich aufgezeichneten ersten Aussagen Pflugs finden sich die Nouvelles noch nicht. Das ist auch erklärlich: sie datieren ja erst vom 14. und der König besitzt sie am 16., Winterfeldts Bericht dagegen besitzt er schon am 15. Juli.

Am 15. wird eine Ordre für Maltzahn aufgesetzt (XIII, 75), aber die Pflugschen Nachrichten werden ihm noch nicht geschickt, obgleich Winterfeldts Bericht schon in Potsdam ist; am nämlichen 15. läßt der König für den zum nächsten Tage eingeladenen englischen Gesandten eine Zusammenstellung der neu eingelaufenen Nachrichten anfertigen, aber die wichtigsten von allen, die Pflugschen, werden auch hier noch nicht eingereiht. Wie sind beide Thatsachen zu erklären? Friedrich wollte zunächst am 16. Pflug persönlich sprechen, bevor er an Maltzahn und an Mitchell dessen Nachrichten weitergab. Deshalb befahl er, daß Pflug nach Potsdam käme[2]), hielt die Ordre an Maltzahn vom 15. noch zurück, sandte sie erst am 16. ab und zwar nunmehr unter Hinzufügung eines Postskripts, d. h. der Ordre vom 16., erst dieses Postskript enthält die Pflugschen Mitteilungen; und ebenso enthält erst das

1) Auf diese Quelle hatte bereits „der Herausgeber der Korrespondenz" S. 76 Anm. 1 hingewiesen, indem er den Bericht Winterfeldts vom 13. Juli, d. h. die schriftliche Fixierung der ersten Aussagen Pflugs, anführte. Mindestens die wenigen (nur 7) Nummern der „Korrespondenz" vom 16. Juli hätte wohl ein Forscher durchlesen sollen, bevor er die Quelle der Nouvelles als nicht auffindbar erklärt und wegen dieses seines eigenen Mangels an Belesenheit den König der Depeschenfälschung bezichtigt. Der Bericht mit den Aussagen Pflugs ist einige Jahre nach Erscheinen der „Korrespondenz" in der Hist. Zeitschrift Bd. 64, 485—488 gedruckt worden, und ebenso ist dort gedruckt der Befehl des Königs vom 15., daß Pflug, um seine Dresdener Nachrichten mündlich vorzutragen, zum Könige nach Potsdam kommen solle. Ich meine: leichter und bequemer konnte die Arbeit und die Lösung der Frage nicht gemacht werden!

2) Pflug kam, um Aufsehen zu vermeiden, nicht durch die Stadt Potsdam, sondern unter fremdem Namen um die Nordseite Potsdams herum „vom Berliner Thor über Behlertsbrücke nach Sanssouci"

am 16. niedergeschriebene eigenhändige Postskript zu dem „Paper of intelligence“ Pflugs Nachrichten, die „Nouvelles d'aujourd'hui“. Beide Postscripta sind erst nach der Unterredung hinzugefügt.

Daß Pflug bei dieser Unterredung am 16. nicht bloß seine vorher Winterfeldt gemachten Aussagen wiederholt, sondern dem Könige noch neue, erst eben aus Dresden gekommene Nachrichten mitgeteilt hat, können wir, auch abgesehen von den Nouvelles, mit Sicherheit feststellen. Am 13. Juli hatte er zu Winterfeldt bloß bemerkt, daß die Wittenberger Garnison nach Dresden gezogen würde; jetzt dagegen dem Könige berichtet er, daß auch die anderen sächsischen Truppen nach Dresden gezogen, und daß alle Quartiere verändert würden. Bei genauem Vergleich des Winterfeldtschen Berichtes und der Ordre an Maltzahn ergiebt sich, daß bloß die 5 ersten Zeilen der Ordre dem Berichte Winterfeldts entnommen sind, mit der sechsten Zeile („enfin qu'on faisait etc.“) beginnen die mündlichen Mitteilungen Pflugs vom 16. Juli, darunter die „Nouvelles d'aujourd'hui“. — Wie Pflug auf Grund neuer Dresdener Nachrichten seine Aussagen über die Bewegung der sächsischen Regimenter erweiterte, ebenso erweiterte er auf Grund der gleichen Dresdener Quelle seine früheren Angaben[1]) über die Bewegung in Ungarn. Er hat, das zeigt seine Aussage über die sächsischen Truppen, soeben neue Mitteilungen aus Dresden erhalten; fraglos stammten sie aus Dresden vom 14. Juli, wie die Nouvelles erkennen lassen. Ein Eilbote, der am 14. morgens Dresden verließ, konnte recht wohl am 15. oder aber früh am 16. in Berlin an Pflug, bevor dieser nach

1) Vgl. Hist. Zeitschr. 64, 486. Wenn Pflug am 13. ausgesagt hat, daß 20 Regimenter Kavallerie (wozu Husaren nicht gehören) bei Wien künftig kampieren sollen, so müssen diese Regimenter fast vollständig ungarische sein. Denn in Wien, überhaupt in allen deutschen Erblanden außer Böhmen, Mähren, Schlesien, stand nur das eine Kavallerie-Regiment Erzherzog Leopold. Da man die Regimenter aus den an Preußen grenzenden Provinzen nicht nach Wien ziehen wird, und da das eine italienische Regiment, die Modena-Dragoner, noch weit entfernt war, so konnten unter den übrigen 19 wohl nur ungarische Kavallerie-Regimenter verstanden werden. Nun standen aber in Ungarn gerade 19 Kavallerie-Regimenter. D. h. schon diese Nachricht über die 20 Regimenter konnte dahin gedeutet werden, daß die Oesterreicher alle Kavallerie-Regimenter Ungarns marschieren lassen wollten. Und dazu beachte man ferner die Meldung der Markgräfin, daß auch die ungarischen National-Regimenter „tous les régiments de hussards et 6000 croates“ „ont ordre de se rendre en Bohême“. Wenn derartige Nachrichten vom Marsch aller ungarischen Kavallerie-Regimenter, vom Marsch aller Husaren, vom Marsch der Kroaten Mitte Juli verbreitet waren, so ist es sehr wohl denkbar, daß ein Dresdener Berichterstatter auf die Meinung kam, daß alle Truppen in Ungarn marschierten.

Potsdam sich begab, die Nachrichten abliefern. — Eigenhändig weist der König am 16. Juli seinen Kabinettssekretär an, die neuen Aussagen Pflugs an den Gesandten von Maltzahn zu melden: „Weiln ich höre, daß sich die Sachsen nach Dresden ziehen ꝛc.“ [1]) Und in gleicher Art fügt Friedrich eigenhändig am 16. Juli andere Pflugsche Aussagen der für Mitchell bestimmten Zusammenstellung hinzu: „Wir hören im Augenblick, daß alle österreichischen Truppen Ungarns sich in Bewegung gesetzt haben.“ —

Alle Fragen lösen sich, wie wir sehen, sehr einfach und alle Vorgänge erklären sich bis in jede Einzelheit, sobald man der alten Methode vorurteilsfreier und sorgsamer Forschung treu bleibt. Also noch scheint es nicht erforderlich, diese altbewährte Methode bei Seite zu schieben zu Gunsten der neuentdeckten Methode, die von vorgefaßter Meinung ausgehend, ohne Rücksicht auf Quellen und Thatsachen, ein künstliches Gebäude „in schwindelnde Höhen“ hinaufkonstruiert.

Und wie an der alten historischen Methode, so, meine ich, halten wir auch an dem alten Friedrich fest, wie ihn schon Rankes Meisterhand in den Hauptzügen gezeichnet hat, ohne uns durch gehässige Angriffe auf den „Legendenglauben“ beirren zu lassen. Die „Legende“ vom preußischen Notwehrkrieg ist, trotz alles Scharfsinns und aller Dialektik der Angreifer, trotzdem so manche Mittel angewendet wurden, die sich mit „keuscher und reiner“ Forschung schlecht vertragen, doch nicht in Trümmer geschlagen worden, — sie steht neugefestigt aufrecht, ungleich stärker begründet als je zuvor.

---

1) Vgl. S. 76 Anm. 2. Die Magazin-Angelegenheit hat Eichel entweder aus der königlichen Notiz auf dem Paper entnommen, oder Friedrich hat ihm mündlich befohlen, sie in die Ordre an Maltzahn noch einzufügen.

# Anhang.

## I. Lehmanns Polemik gegen die Abhandlung „Friedrich der Große vor dem Ausbruch des siebenjährigen Krieges." Historische Zeitschrift Bd. 55 und 56.

Dem L.'schen Buche ist eine Anzahl Beilagen angefügt. Die fünfte führt den Titel „zur Kritik der Vorgänger", beschäftigt sich jedoch nur mit dem einen Vorgänger, der im Jahre 1893 den Zorn des Verfassers erregt hat. Zwei Aufsätze, die L. als Redakteur der „Historischen Zeitschrift" 8 Jahre vorher unter lebhafter Zustimmung in dieser Zeitschrift zum Abdruck gebracht hatte, sind ihm im Jahre 1893 und 1894 zu durch und durch unmethodischen Erzeugnissen der „Pseudohistorie" geworden. Die gänzliche Wertlosigkeit der beiden Abhandlungen, ja schlimmer noch, die durch sie herbeigeführtee absichtliche Verfälschung der historischen Wahrheit liegt plötzlich offen zu Tage; erstaunt frägt man, wie es möglich gewesen, daß die wissenschaftliche Kritik (und ebenso der erfahrene Redakteur) diese Arbeiten nach L.'s eigenem Eingeständnis hat „rühmen" können. Doch jetzt ist auch in Hinsicht dieser Aufsätze über L. eine Erleuchtung und Bekehrung gekommen, sonderbar allerdings, daß sie sich erst „während der Uebungen des Marburger Historischen Seminars" vollzogen hat (L. S. VII). Bedurfte der große Gelehrte erst der Beihülfe der Studenten? Was er auszusetzen hat, sind in der That nur einige untergeordnete Dinge, angeblich ungenaue Citate und dergleichen; gegen die wirklich entscheidenden Ergebnisse der Aufsätze wendet sich diese aus dem Seminar hervorgegangene Polemik nicht. Von den 97 Seiten der zwei Abhandlungen füllt das, was Lehmann Anstoß bereitet, zusammen ungefähr 5 Seiten. Ich selbst, wenn ich diese meine Erstlingsarbeiten heut neu herauszugeben hätte, würde mindestens 20 Seiten erheblich umgestalten [1]).

1 Wenn man sieht, wie zahlreiche und wie hervorragende Historiker sich heut um die Lösung des Problems abmühen, so wird man die Aufgabe, die ich als erste nach dem Doktorexamen mir stellte, als eine nicht ganz leichte anerkennen. Was ich jetzt als änderungsbedürftig ansehe, sind doch nur Nebenfragen, sowie der mitunter etwas jugendlich hitzige Ton, der in Aufsätzen hervortritt. Nicht durch Arbeiten anderer (am wenigsten durch die L.'s), sondern durch meine eigenen Forschungen bin ich heut in manchen Punkten über die Aufsätze von 1885 hinausgekommen.

I. Das erste, was den Herrn Verf. sogleich in die heftigste Erregung versetzt, ist die Thatsache, daß ich der sächsischen Annexionspläne Friedrichs nicht gedenke. Ich bespreche die Jahre 1755 und 1756. Da existiert nichts von sächsischen Annexionsplänen. Mithin kann ich auch nichts davon erzählen. Mein unmittelbarer Vorgänger in der Forschung, kein geringerer als Ranke (der, anders als ich vor 10 Jahren, auch in das politische Testament Einsicht nehmen konnte) hatte bestimmt erklärt, daß „im Jahre 1756 überhaupt davon nicht die Rede sein kann", „nichts der Rede wertes ist aus der Zeit selbst dafür beigebracht", es finde sich „keine Spur" in den Berichten, die man hat heranziehen wollen (S. W. 30, 246, 247). — L. allerdings glaubt, einen Anhaltspunkt gefunden zu haben, ein einzelnes Wort, das plötzlich alles entscheiden soll. Friedrich spricht am 19. Februar über die Folgen „eines kleinen Federstrichs", d. h. der Unterzeichnung der Westminsterkonvention; eine dieser Folgen sei das „anéantir la Saxe". L. übersetzt, an den Buchstaben sich klammernd, „Sachsen vernichten", Sachsen für Preußen annektieren. In der That eine „dämonische" Zauberwirkung der fridericianischen „Federstriche", daß sie ganze Länder vernichten und annektieren können. Ich hatte (man wird sogleich sehen weshalb) die Worte gedeutet: Sachsen politisch zu nichte machen, es zur politischen Null herabdrücken. Dieser Uebersetzung wegen wird ein ganzes Füllhorn höhnender Bemerkungen über den Uebersetzer ausgeschüttet[1]). L. ruft als Zeugen für sich einen „Quartaner" und ein andermal sogar seine französische „Bonne" auf (G. G. A. 1895, 115). Ich hatte geglaubt, daß ein Historiker — zumal gegenüber einem Schriftsteller wie Friedrich, der seine Ausdrücke selbst formt oder sie in eigener Art anwendet — nicht dem Quartaner gleich am Lexikon haften dürfe, sondern aus dem Zusammenhang des Briefes und der ganzen Korrespondenz den Sinn erschließen und, wenn möglich, feststellen müsse, wie der König zu seiner Ansicht, seinem Ausdruck, zur Verwendung grade dieses Wortes „anéantir" gekommen ist. Friedrichs Meinung über die Wirkung der Westminsterkonvention auf Sachsen — so sagte ich mir, als ich das Wort zu übersetzen hatte — wird auf dem beruhen, was sein Gesandter in Dresden ihm mitgeteilt hat. Der König selbst hatte in dieser Sache von vornherein noch keine ganz fertige Ansicht; er frägt vielmehr erst bei dem Gesandten an, welchen Eindruck die Konvention in Dresden hervorrufen werde (XII, 68). Daraufhin meldet Maltzahn am 6. Februar: Die unangenehme Empfindung herrsche am

1) Diese persönlichen Invektiven L.'s, mit denen alle Abschnitte seiner Polemik reichlich ausgestattet sind, darf ich hier bei Seite lassen; sie richten sich selbst. L., der in den sachlichen Teilen des Buches seine Darlegungen so ungemein knapp hält, ist wie umgewandelt, sobald er in den persönlichen Streit eintritt. Da geht er mit Behagen in die Breite. Allein dem Spott über die Uebersetzung des Wörtleins anéantir widmet er in seinem Buche eine halbe Seite; und so wohl fühlt er sich bei diesen persönlichen Angriffen, daß er auch damit noch nicht genug hat, sondern in den G. G. A. 1895 — statt Koser und Wiegand zu widerlegen — von neuem S. 115 mit Vergnügen und mit Papierverschwendung in der persönlichen Verunglimpfung des ersten Uebersetzers sich ergeht.

Dresdener Hofe „d'être mise par ce traité absolument dans la nullité, toute espérance d'accrocher des subsides évanouissant par là pour elle“. Also Sachsen, das bei seinen zerrütteten Finanzen der fremden Subsidien dringend bedarf, um politisch eine Rolle zu spielen, ist durch Unterzeichnung der Konvention (durch „un coup de plume“) der Aussicht auf alle Subsidien beraubt[1]) und dadurch in politischer Hinsicht „mise absolument dans la nullité“ zur vollständigen Null herabgedrückt. Das Wort des Dresdener Gesandten, auf dessen Bericht Friedrich am 14. Februar antwortet, der Ausdruck „mettre absolument dans la nullité“, schwebt dem Könige vor, als er 5 Tage später, am 19. Februar, seinem Bruder schreibt, die Folge der Westminsterkonvention sei das „anéantir la Saxe“, das „zu Nichtsmachen Sachsens“. Aus dieser Erwägung ist meine Uebersetzung „Sachsen zur politischen Null herabdrücken“ hervorgegangen. Brauche ich erst zu fragen, ob mein Verfahren — den Ausdruck aus dem historischen Zusammenhang und aus der Entwicklung der Ansichten des Königs gleichsam genetisch zu erklären — eines Historikers würdiger ist, als das Verfahren des Quartaners und M. Lehmanns, die nichts weiter als das Lexikon oder die Weisheit ihrer „Bonne“ kennen und, ohne Rücksicht auf den speciellen Fall und den speciellen Zusammenhang, ohne zu ahnen, daß ein Transsumpt vorliegt, blind darauf los übersetzen, „Sachsen vernichten“, Sachsen für Preußen annektieren.

„Unwiderleglich“ nennt L. diesen seinen einzigen Beweis für die sächsischen Annexionsabsichten des Königs im Jahre 1756. Thatsächlich ist einstimmig, selbst von L.'s Anhängern, dieser Beweis und L.'s Uebersetzung zurückgewiesen worden[2]). Wie haben sich seine Anklagen jetzt gegen ihn gewendet! Das schlimmste aber von allem ist: Selbst die bona fides will er dem Gegner absprechen; absichtlich, gegen besseres Wissen, soll ich durch meine Uebersetzung die „Wirkung auf den Leser“ ausgeübt haben, daß „dieser von den sächsischen Annexionsplänen Friedrichs nichts, garnichts erfährt“! Bedarf es auf eine solche Innsinuation noch einer Antwort? Hätte ich nicht in der „Politischen Korrespondenz“ den nicht an einen Politiker gerichteten Brief fortlassen können? Warum benutze ich gerade ihn in meinem Aufsatz, warum citiere ich seinen Inhalt, warum gerade auch jene Worte über Sachsen, obschon es für meine Darstellung nicht erforderlich war? Und vor allem! Die einzigen Annexionspläne, die Friedrich 1756 äußert, sind die einer Erwerbung Westpreußens; diese Aeußerungen habe ich in der „Politischen Korrespondenz“

1) Vgl. dazu auch Friedrichs Worte XII, 87, 88: „Si la cour de Dresde continue de compter sur des subsides, elle se méprendra furieusement, vu qu'après ma convention faite avec les Anglais, ceux-ci ne lui donneront rien en subsides, et que la France ne voudra lui en donner moins encore que jamais“

2) Vgl. S. 109 Anm. 2; ferner meine Bemerkungen S. 147 Anm. 1 und 153 Anm. 2, sowie die S. 148—151 gegebene Aufklärung über den Charakter und Zusammenhang der ganzen Korrespondenz. Bemerkt sei, daß die unglückliche Verteidigung, die L. G. G. A. 1895, S. 115, versucht, auf einem Uebersetzungsfehler begründet ist: „un par un“ übersetzt er „einen nach dem andern“.

zum ersten Mal publiciert, habe sie als der erste litterarisch verwendet und in meinem Aufsatz wörtlich angeführt[1]). Was thut der gerechte Kritiker? Er verschweigt dem Leser vollständig, daß ich es gewesen bin, der in jenen Aufsätzen zum ersten Mal Friedrichs Annexionspläne im Jahre 1756 aufgedeckt hat; er erzählt dem Leser, daß ich Friedrichs Annexionspläne im Jahre 1756 absichtlich unterschlagen habe! — Aus Ehrgefühl, aus Pflichtgefühl, aus Liebe zur historischen Wahrheit und zur Religion hat der Verf., so berichtet er uns, die Beilage 5 seines Buches veröffentlicht!

II. Dem Worte „anéantir" folgt (S. 130) das Wort „Konflikt", Auch der Gebrauch dieses Ausdrucks soll nicht etwa ein Versehen, einen Fehler darstellen, er soll vielmehr absichtlich von mir gewählt sein, um „in dem Leser die Meinung zu erwecken, das russisch-österreichische Bündnis sei ein offensives gewesen". Für diese Unterstellung hatte es L. notwendig, meine Angaben zu verdrehen: Ich berühre ganz kurz in einer Anmerkung[2]) den vierten Artikel der Petersburger Allianz. L. macht daraus: unser Autor „citiert den Artikel", er „citiert falsch", „die Wirkung des falschen Citats ist"[3]). L. weiß recht wohl, wie jedermann es weiß, daß nur derjenige, der citiert, an den Wortlaut sich halten muß. Nun ist diese Allianz, wie allgemein bekannt, dem Wortlaut nach eine defensive, thatsächlich aber von beiden Kontrahenten als offensiv angesehen worden; mit steter Berufung auf sie haben Oesterreich und Rußland ihre Angriffspläne 1756 vereinbart[4]). Mithin ist es durchaus angebracht und berechtigt, sobald man nicht citiert, sondern die allgemeine Bedeutung dieser Allianz umschreiben will, den beides, Verteidigung und Angriff, umfassenden Ausdruck „Konflikt" zu gebrauchen[5]). Um mir eine zweite Fälschung unterschieben zu können, citiert L. selbst wortgetreu in 6 Zeilen die betreffende Stelle des Artikels, erklärt dem Leser, ich hätte (in meiner einen Zeile!) dasselbe gethan, vergleicht zwei Angaben, die thatsächlich gar nicht vergleichbar sind, und folgert nicht etwa eine Ungenauigkeit, sondern eine absichtliche Entstellung der Wahrheit. Eben dies ist es, was L.'s Polemik den gehässigen Charakter aufdrückt, daß er hinter jeder Sache, die höchstens eine litterarische Flüchtigkeit darstellen könnte, ein moralisches Vergehen, eine betrügerische Absicht wittert.

---

1) Hist. Zeitschr. 55, 460.

2) Hist. Zeitschr. 56 S. 440 Anm. 1.

3) Auf ähnlichen Verdrehungen beruht zum Teil L.'s Erklärung in der Deutschen Litteratur-Zeitung 1894 Nr. 48.

4) Vgl. Teil I 174 Anm. 4 (70 Anm. 4). Dagegen vermag auch L. in seiner Entgegnung nichts einzuwenden, er erkennt stillschweigend meinen Beweis, daß die Allianz bei den Beteiligten als eine offensive galt, als richtig an. Ich werde die einzelnen Stellen der Akten später in der Publikation, die ich beabsichtige, anführen.

5) Auch der Text, zu dem S. 439. 440 die Anm. gehört, die Worte über die „Gewährleistung der Sicherheit der Bundesgenossen" zeigen deutlich, daß ich an eine der Form nach defensive Allianz denke. Auch diesen Text läßt L. unberücksichtigt.

III. Es folgen die „Preußischen Rüstungen im Juni 1756". Wer L.'s Polemik liest, muß vermeinen, daß ich die preußischen Rüstungen im Juni in Abrede stellen wolle. In den Gött. G. A. (1895, S. 109) spricht er dies geradezu aus: „Daß König Friedrich seit dem 18. Juni 1756 rüstete, ist von A. Naudé in Abrede gestellt worden". Das thatsächliche Verhältnis ist[1]): 1. Ich bin der erste Forscher gewesen, der diese Maßregeln des Königs besprochen hat, ich habe auf sie aufmerksam gemacht, nicht sie in Abrede gestellt; habe ausgeführt, daß die „ernsteren Vorkehrungen" im Juni sich gegen Rußland, nicht gegen Oesterreich wendeten. 2. Ich habe behauptet, daß die Maßnahmen gegen Oesterreich sehr geringfügig waren, sodaß man sie „streng genommen" nicht als Rüstungen bezeichnen könne; habe festgestellt, daß eine Mobilmachung und irgend eine Zusammenziehung preußischer Truppen gegen Oesterreich nicht erfolgt sei. 3. In 7 Zeilen habe ich die Maßregeln gegen Oesterreich und in etwa 24 Zeilen die antirussischen Vorkehrungen berührt. Eine vollständige Darstellung der Juni-Rüstungen zu geben, wie L. es beabsichtigt, lag mir ganz fern. — Man sieht: Meine kurzen Angaben von 1885 sind durch die jetzige eindringende und umfassende archivalische Forschung bestätigt worden. Die entgegengesetzten Ansichten L.'s haben sich durchgehends als falsch erwiesen.

Und L.'s Polemik kommt denn auch wiederum nur zu stande durch eine Reihe von „Verschweigungen" und „Entstellungen des Thatbestandes", wie er und Delbrück es zu nennen pflegen.

1. L. polmisiert gegen die 7 Zeilen, die ich den Vorkehrungen gegen Oesterreich widme; meine längeren, viel wesentlicheren Ausführungen über die antirussischen Rüstungen enthält er dem Leser gänzlich vor. Da ist es dann leicht zu behaupten, daß ich „die preußischen Rüstungen im Juni in Abrede stelle"!

2. Bei den 7 Zeilen über Oesterreich ist die entscheidende Bemerkung, daß keine Mobilmachung und Zusammenziehung preußischer Truppen erfolgt sei. L. kann nichts dagegen einwenden; er sucht durch Hereinziehen von anderen Fragen[2]) zu verschleiern, daß jene meine wichtigste Angabe vollkommen zutrifft. Ich fasse in dem Aufsatz von 1885 „Rüstungen" in einem engeren Sinne auf, sage „streng genommen" haben gegen Oesterreich keine Rüstungen stattgefunden. Ich setze, wie jeder sieht, Rüstung gleich Mobilmachung und gleich Zusammenziehung von Truppen, rechne daher z. B. die von mir erwähnte bloße Rückberufung der Offiziere nicht zu den Rüstungen. L. hätte einwenden können, daß mein Begriff der Rüstung zu eng sei. Ich hätte ihm dann zugestimmt; man kann ja das Wort in engerem und in weiterem Sinn gebrauchen[3]); in der diesmaligen Abhandlung fasse ich es richtiger in weiterem Sinn und würde gern bereit gewesen sein, den

1) Vgl. Hist. Zeitschr. 55, 459. 460.

2) Er kommt auch hier wieder mit seinen verkehrten Ansichten über Urlauber-Einziehung (vgl. oben S. 155. 199). Daß bei irgend einem Regiment gegen Oesterreich eine vollständige Mobilmachung eingetreten sei, wagt selbst L. hier S. 131 nicht zu behaupten.

3) Wie dies auch Delbrück jetzt thut und anerkennt. Preuß. Jahrb. 84, 44.

Ausdruck zu ändern. Wieder also nur die Frage nach dem Ausdruck, nach einem Wort. Was aber thut L.? Er verschweigt dem Leser, daß wir beide unter „Rüstung" total etwas anderes verstehen, er legt seinen ungleich weiteren Begriff, seinen ganz anderen Maßstab an meine Bemerkungen und erzählt dem entsetzten Leser von meinen Unterschlagungen, meinem Verfahren „ganz wie Janssen"[1]), weil ich die zwei unter L.'s Definition, aber nicht unter die meinige fallenden Ordres über Fourageankauf und Pferdelieferung bei Seite gelassen habe! Er ereifert sich ferner darüber, daß ich die verwittwete Pomeiske und die verehelichte Rahmel, sowie die „blautuchenen Hosen" und die Stiefeletten der Landsoldaten bei den Rüstungen nicht erwähne[2]). Er wirft mir vor, daß ich die bloße Beurlaubten-Einziehung nicht ohne weiteres als Rüstung ansehe[3]), daß ich die Formierung der Grenadierbataillone (die im August erfolgt) und die Vermehrung der Garnisonbataillone (die 1755 beschlossen und im August ausgeführt wird) nicht zu den Rüstungen des Juni zähle[4]). Also überall Fehler L.'s, nicht Fehler von meiner Seite.

3. L. erweckt bei dem Leser die Meinung, als hätte ich eine vollständige Darstellung der Juni-Rüstungen geben wollen, woran ich nicht denken konnte, da meine Aufgabe eine ganz andere war. Schon aus diesem Grunde ist das Fehlen der Pferde und der Fourage von keinem Belang. Und L. läßt noch ein anderes unerwähnt, was der Leser nicht wissen kann: zur Zeit der Veröffentlichung der „Korrespondenz" und der Abfassung meiner Aufsätze waren die Akten der Militärverwaltung in Repos. 96 des Geh. Staatsarchivs noch nicht gesammelt und geordnet, befanden sich zum Teil in anderen Reposituren. Erklärlich also, wenn mir dem Nichtarchivar bei der Publikation und in den Aufsätzen ein und das andere entgangen ist, so z. B. die Ordre an Lattorff vom 25. Juni betreffend die Aufstellung der Pallisaden[5]). L. da-

1) Vgl. den Hinweis auf meine Rüstungsdarstellung in G. G. A. 1896, S. 145 Anm. 2, „ganz wie Janssen".

2) Vgl. oben S. 253; resp. 256 ff.

3) Vgl. oben S. 155. 198. 199. 204.

4) Vgl. oben S. 170. 247. 248 resp. 254.

5) Ueber das Nichterwähnen der Pallisadenaufstellung in dem ersten Aufsatz (von 1885) ist L. ganz besonders aufgebracht. Ich hätte die Rüstung gekannt, sagt er, aber erst „post festum bei der Darstellung des Julimonats (Aufsatz II, Bd. 56, 407 Anm. 2) erwähnt in einer Anmerkung" „ganz wie Janssen" (G. G. A. 1896, 145). Der Leser muß meinen, ich hätte die Maßregel in die Darstellung des Juli gebracht, um die Junirüstungen „in Abrede zu stellen". Daß ich Bd. 56, 407 Anm. 2, ausdrücklich erkläre „diese Befehle gehören zu den vor Empfang der Swart'schen Nachrichten (vom 29. Juni) erforderlich gewordenen Maßregeln", also zu den Junirüstungen, hält L. für angebracht, dem Leser nicht mitzuteilen. Er bemerkt: Friedrich habe diese Rüstungsmaßregel in zahlreichen Ordres seiner Korrespondenz „unumwunden zugestanden", also ich sei „königlicher als der König"; er zählt die Ordres auf: „XIII, 99. 129 ꝛc." Aber daß dies sämtlich Ordres aus dem Juli und August sind (aus Bd. XIII der Korrespondenz), nicht aus dem Juni (Bd. XII), daß also der König selbst es ist, der diese Rüstung erst „post festum" beim Juli erwähnt, wird dem Leser nicht kundgethan. Und daß ich diese Ordres des Königs XIII, 99. 129 ausdrücklich S. 407 anführe und mich darauf berufe, wird dem Leser ebenfalls sorgsam verborgen. — Die Sache

gegen hat als Archivar einige Jahre später diese Akten gesammelt und in die heutige Ordnung gebracht. Und was er als Archivar dabei noch nachträglich fand, das — soll ich unterschlagen und natürlich damit wieder „Wirkungen“ auf den Leser ausgeübt haben. Dagegen L., der die Akten selbst geordnet, der sie auch später, nachdem die Ordnung von anderer Seite fortgeführt, weiter benutzt hat, was alles hat er in seiner umfassenden Darstellung fortgelassen! Der Leser weiß es zur Genüge. —

IV. Meine oder richtiger gesagt König Friedrichs Bemerkungen über die österreichischen Rüstungen haben das Mißfallen und den Grimm des Vers. am stärksten erregt. Von seinem Standpunkt erklärlich: denn hier galt es ja die große Entdeckung der Priorität der preußischen Rüstungen zu verteidigen. In seinem zornigen Eifer hat L. wieder nicht bemerkt, worüber meine Aufsätze handeln: über Friedrichs Politik, über die Entwickelung seines Entschlusses zum Kriege; da muß natürlich u. a. auch angeführt werden, was der König über österreichische Rüstungen hört, denn eben diese Meldungen bestimmen ja Friedrichs Auffassung. Ob es an sich vollständig richtige oder etwas übertriebene Nachrichten waren, für meine Aufgabe war das vollkommen gleichgiltig; denn ich wollte nur mitteilen, was Friedrich *erfahren* hat. Wer dagegen eine Darstellung der österreichischen Rüstungen geben will, muß natürlich nach den österreichischen Akten arbeiten und feststellen, was wirklich geschehen ist. Diesen offenkundigen Thatbestand verschleiernd, schiebt L. mir die falsche Absicht unter, eine Darstellung, einen „Bericht“ über die österreichischen Rüstungen bieten zu wollen. Schlimmer noch! Um seine Anklage zu verstärken, dichtet er mir eine Reise nach Wien an, läßt mich im Wiener Archiv arbeiten und „das vor mir liegende kostbare Material einfach ignorieren“ —, obwohl es ihm, der selbst meine, einige Jahre später im Auftrage der Akademie erfolgte Reise beantragt hat, leichter als irgend einem Menschen der Welt gewesen wäre, aus den ihm zugänglichen Akten über die Thatsachen sich zu informieren, falls sein Gedächtnis ihn in Stich ließ. Aber er ist so verblendet, so ungerecht, daß es ihm gar nicht in den Sinn kommt, die Richtigkeit der Thatsachen vorher zu prüfen, bevor er die denkbar schwerste wissenschaftliche Anklage ausspricht[1]). Selbst wenn ich im Jahre

---

liegt sehr einfach und sehr klar: Durch die späte Erwähnung des Königs verleitet, hatte ich, da sich beim Juni nichts fand, und die Ordre an Lattorff damals mir fehlte, in Aufsatz I beim Juni nichts von der Pallisadenaufstellung erwähnt. In dem ein Halbjahr später erscheinenden zweiten Aufsatz, der mit dem Julimonat beginnt, habe ich unter Citierung der Ordres, die ich nach L.'s Meinung kenne und doch nicht benutze, meinen kleinen Irrtum nachträglich zu berichtigen gesucht. Und eben dieses Verfahren, diesen Versuch der eigenen Berichtigung, nennt L. — gerade so handeln „wie Janssen“!

1) Und was antwortet L. (Deutsche Litteraturzeitung 1894 Nr. 48) auf meine Richtigstellung? Er müsse zugeben, daß ich nicht in Wien gewesen, aber — ich hätte mich ja an das Archiv wenden und nach Wien reisen *können*! Also bleibe die „Anklage“, daß ich das vor mir liegende Aktenmaterial ignoriere und leicht zugängliche Akten nicht einsehe, „in ihrem ganzen Umfange bestehen.“

1885 in Wien gewesen wäre, für die Aufgabe, die sich meine Abhandlung stellt, hätte ich nicht die mindeste Veranlassung gehabt, diese Rüstungsakten einzusehen.

L. dagegen will ausgesprochenermaßen eine Darstellung der österreichischen Rüstungen geben, er faßt das Wort Rüstung im weitesten Sinn, er hat die österreichischen Akten vor sich gehabt und doch — alle österreichischen Maßregeln vor dem 8. Juli und zahlreiche nach dem 8. Juli hat er „einfach ignoriert“[1]). Das sonderbarste aber ist, daß sich jetzt bei sorgsamer Nachprüfung im österreichischen Archiv die Dinge, von denen Friedrich hört, zum großen Teil als wirklich geschehen bewahrheiten. Hätte ich also Veranlassung gehabt, in Wien zu forschen, ich hätte des Königs Ansichten fast durchweg bestätigt gefunden. Und L., der vor 1½ Jahren so schwere Anklagen ausspricht, heut antwortet er auf meine Darstellung in Teil I: „Ich nehme alle Behauptungen Laudés in Betreff der militärischen Maßnahmen Oesterreichs als bewiesen an“ (G. G. A. 1896, 146 Anm. 1). Er, der die „eingehendsten Forschungen im Wiener Kriegsarchiv“ vorgenommen haben will, streckt sofort jetzt die Waffen! Wird man nun endlich inne werden, wie leichtsinnig er selbst sein Buch gearbeitet und wie leichtfertig er auf andere die schlimmsten Beschuldigungen gehäuft hat[2]).

V. Das letzte, was L. mißfällt, ist meine Darstellung der Unterredung des Königs und Mitchells am 20. Juli. Eine ganz untergeordnete Frage, die L. auf 4½ Seiten ausspinnt, wobei wiederum alles mit persönlichen Angriffen durchsetzt ist. Ich kann es wohl dem Leser und mir ersparen, auf diese verworrenen Ausführungen im einzelnen einzugehen. Welcher Art L.'s Polemik ist und welche Mittel er verwendet, weiß man bereits zur Genüge! Auch bei dieser jüngsten Entdeckung L.'s die gleiche Methode: meine Bemerkungen werden entstellt, unter Fortlassung wichtiger Worte wiedergegeben (so fehlt gleich im ersten Citat, hinter „Westminster-Konvention“ der entscheidende Relativsatz von Zl. 7 ff. S. 435 Bd. 56), es wird meinen

1) Vgl. Teil I 234—265 (30—61).

2 Die Einzelheiten, von denen L. S. 132, 133 spricht, sind zumeist schon richtig gestellt. Vgl. über Olmütz Teil I 249 [45]; über die Komplettierung der Oesterreicher Teil I 259. 263 Anm. 2. 265 [55. 59 Anm. 2. 61]; über Klinggräffens und Schlabrendorffs Berichte oben S. 186, über die guten preußischen Informationen Teil I 255 (51) Anm. 1 u. 4, über den „kindischen Klatsch“ Klinggräffens: Berner, Mitt. a. d. hist. Litter. 23, 368. Preußische Komplettierung und österreichische sind völlig verschiedene Dinge; der „Ungerechtigkeit“ macht sich schuldig, wer sie gleichsetzt; und L. thut nicht bloß dies, mehr sogar, die preußische Komplettierung giebt er als Rüstung aus, die österreichische (die im vorliegenden Fall eine Kriegsmaßregel ist) läßt er unerwähnt. Wenn ich von „Lagern bis zum August“ spreche, so liegt es daran, daß ich nach meiner ausdrücklichen Angabe (56, 456) die Berichte Schlabrendorffs und Klinggräffens zusammenfasse, von denen der eine vom Abstecken der Lager im Juni, der andere von Bildung einer Armee (nicht eines Lagers) im August spricht. Thatsächlich haben die Oesterreicher auf Grund der Kochschen Denkschrift schon Mitte Juli die Marschbefehle zum Zusammenziehen der Regimenter in den Lagern ergehen lassen. Vgl. Teil I 264 (60).

Angaben eine falsche Absicht, ein falscher Sinn untergelegt, es werden Dinge eingemischt, wie z. B. die Konvention von 1742, von denen gar nicht die Rede ist, es wird um einzelne Worte und Ausdrücke gehadert. Der ruhig Urteilende findet das alles sofort heraus. Lassen wir also dem Gegner das Vergnügen, etwa zu verkünden, ich hätte seine fünfte Anklage nicht im einzelnen entkräften können. —

Mit diesen fünf Punkten sind L.'s Einwände bereits erschöpft. Etwas anderes als diese Nichtigkeiten — die er mit einem Schein von Wahrheit nur umkleiden kann, indem er immer wieder von falschen Voraussetzungen ausgeht oder gar noch weit übleres vollbringt — etwas anderes vermag er nicht anzuführen. Und wäre alles zutreffend, der Kern meiner Abhandlungen würde gar nicht angetastet sein. Meine Ausführungen über die an Frankreich gerichteten Aufforderungen zur Besetzung Hannovers[1]), über die Vorverhandlungen und Motive der Westminster-Konvention, über des Königs Friedenspolitik in den ersten Monaten des Jahres 1756 und den allmählich während des Juni sich vollziehenden Wechsel seiner Anschauungsweise, über die Wirkung der Nachrichten vom russischen Rückzug, die Entstehung der ersten Anfrage, den Entschluß zum Prävenieren und die Ursachen dieses Entschlusses, über die zweite und dritte Anfrage, die mit Rücksicht auf Frankreich erfolgten Verzögerungen, die preußische Mobilmachung und den Feldzugsplan des Jahres 1756 — alles dies, worin andere die Bedeutung der Aufsätze erkannt haben, wird durch L.'s kleinliche und gehässige Polemik nicht berührt.

S. 139 faßt L. seine „Anklagen" zusammen: 1) „Unser Autor citiert falsch". Eine kleine Verwechslung; der Citierende war L. selbst, s. oben ad II. 2) „Er übersetzt falsch". Auch eine Verwechslung in der Person; s. oben ad I. 3) „Er vergißt wichtige Urkunden, die ihm notorisch bekannt gewesen sind". Der Vorwurf entbehrt jeder Begründung[2]). 4) „Er unterläßt es, sich aus leicht zugänglichen Akten zu unterrichten". Die Wiener Akten! also eine Beschuldigung, die auf Behauptung einer falschen Thatsache, der Reise nach Wien, beruht.

Das ist alles! L. meint, nun „könne er schließen". Das meine ich auch; es wäre höchste Zeit. Aber L. thut es nicht. Der Reiz, sich selbst, den parteiischen, verblendeten Ankläger, nun auch noch zum Richter zu machen, zum Richter nicht bloß über des Gegners wissenschaftliche Thätigkeit, sondern auch über dessen Moral, und sich selber daneben zum Schluß vorzuführen als den Anwalt der „Keuschheit, Reinheit und

1) Diese Darlegungen zeigen, daß ich an nichts weniger denke, als an eine Verherrlichung des preußischen Königs: D. kommt sogar zu der Meinung, daß durch sie eine „capitis deminutio maxima" des Königs vollzogen worden sei!

2) Auf welchen Gegenstand der Verf. sein vernichtendes Urteil bezieht, läßt er wohlweislich im Dunkeln. Daß ich des Königs Ordres aus dem Juli, in denen er nachträglich die Instandsetzung der Festungen erwähnt, benutze und mich auf die Ordres ausdrücklich berufe, ist schon oben dargelegt (S. 299 Anm. 5). Von anderen Urkunden hat selbst L. nicht behauptet, daß sie mir „notorisch bekannt" gewesen und doch nicht benutzt worden seien.

Religion" und so vom Glorienschein der Tugend umleuchtet dieses tugendhafte Buch zu beschließen, — der Reiz war zu stark, als daß ein Mann von seiner Eigenart ihm widerstehen konnte.

Spaßhaft nun, welche Leute bei dieser Urteilssprechung, die selbstverständlich mit dem wissenschaftlichen Todesurteil abschließen muß, als Zeugen und Mithelfer vorgeladen werden: Prinz Heinrich und Janssen. Prinz Heinrich, der verbitterte Führer der Opposition gegen Friedrich, der nach der furchtbaren Niederlage von Kolin triumphierend ausrief „Phaeton ist gefallen", scheint ja wohl recht geeignet. Doch nein, selbst dieser Prinz hat in den von mir zum Teil veröffentlichten Memoiren erklärt, daß Friedrich dem Kriege abgeneigt gewesen sei[1]). Diese Thatsache, die L. aus meiner, von ihm hier benutzten, Veröffentlichung bekannt ist, wird sorgfältigst verhüllt. Aber befragen wir den Prinzen weiter, hören wir, wie er in den noch unveröffentlichten Teilen seiner Memoiren sich ausspricht. Er bemerkt in Bezug auf den König: „Ses vues se bornaient à conserver ses conquêtes et à se tenir prêt à se défendre en cas qu'un évènement imprévu le forçât à faire la guerre." Das ist ja schnurstracks das Gegenteil der L.'schen Anschauung! Welch ein fatales Mißgeschick hat L. mit seinen Kronzeugen; alle, die er aufruft, Oesterreicher wie Preußen, Kaunitz, Koch, Prinz Heinrich, Prinz August Wilhelm, erklären sich einstimmig wider ihn! — Da Prinz Heinrich seinem Königlichen Bruder in der entscheidenden Frage Recht geben muß, so sucht er, von Oppositionslust erfüllt, wenigstens in Nebendingen dem Könige etwas am Zeuge zu flicken. Er erklärt, daß die Oesterreicher gerüstet hätten erst als die Preußen mit Sammlung eines Truppenkorps in Hinterpommern begannen. Wie kommt der Prinz zu einer solchen falschen Behauptung? Er muß doch wissen — viel besser noch als der österreichische Gesandte Puebla[2]) — daß die preußische Truppensammlung in Hinterpommern sich gegen Rußland, nicht gegen Oesterreich richtete. Und er weiß es auch thatsächlich ganz genau: „Les troupes russes qui avancèrent sur les frontières de la Courlande, l'alarmèrent [le Roi] au point qu'il fit assembler les congédiés les plus éloignés des régiments et qu'il envoya 3 bataillons en équipage de campagne et chargés d'argent en Poméranie."[3]) Siehe da! Schon wieder versagt unserem Gegner sein Kronzeuge. Ueber die pommersche Rüstung und über die Motive der Rüstungen Friedrichs erklärt er genau das Gegenteil von dem, was Lehmann erzählt! Trotzdem Prinz Heinrich nun selbst gesteht, daß die Rüstung gegen Rußland sich wandte, sagt er, daß die österreichischen Vorkehrungen erst eine „natürliche Folge" der preußischen gewesen seien. Woher weiß dies der Prinz? Er hat doch wohl nicht auch im Wiener Kriegsarchiv „eingehendste Forschungen" angestellt? Nein, er redet einfach das nach, was die österreichischen Manifeste

1) Forschungen zur brand. u. preuß. Gesch. I. 240 u. 241.
2) Vgl. Teil I. 247 (43).
3) Ebenfalls noch ungedruckt. Mit den 3 Bataillonen meint der Prinz die von Berlin zusammen abmarschierenden 2 Bataillone Württemberg und ein Bataillon Kahlden.

und Staatsschriften[1]) behaupteten, die den Preußen die Priorität der Rüstungen zuschrieben. Ist eine so ausgesprochene Parteilichkeit für den Gegner würdig desjenigen, der der Krone am nächsten steht? Wider besseres Wissen stellt Prinz Heinrich Oesterreichs Rüstung als gerechtfertigt hin durch die preußischen Vorkehrungen in Pommern, obwohl ihm bekannt ist, daß diese sich nicht gegen Oesterreich, sondern gegen Rußland richteten. Diese Handlungsweise des Prinzen steht fest. Auch L. vermag gegen die Thatsache selbst nichts einzuwenden. Was also erregt seinen Zorn und sein Entsetzen? Daß ich gesagt habe: Der preußische Prinz stellt sich mit dieser Aeußerung geradezu auf die Seite der österreichischen Regierung![2]) Ich denke, das ist weiter nichts als ein Konstatieren der unleugbaren Thatsache; und wenn es als ein Urteil gelten soll, so ist es wohl das mildeste, das man über des Prinzen Haltung aussprechen kann.

L. aber, der trotz eifrigen Spürens in all meinen Arbeiten nichts anderes gefunden hat, woran er anknüpfen kann, trägt über jene unschuldigen Worte die leidenschaftlichste Entrüstung zur Schau. An sie knüpft er Folgerungen, die, näher betrachtet, sogleich als unglaublich nichtig und sinnlos zu erkennen sind, die aber mit einer geradezu virtuosen Kunst der Verzerrung aufgebaut werden und den unachtsamen Leser bestechen können: Prinz Heinrich, der leidenschaftlich parteiische Memoirenschreiber, erscheint plötzlich vor uns als ein moderner, unparteiischer, kritischer Historiker, der über einen „historischen Vorgang", d. h. über den Beginn und die Motive der österreichischen Rüstungen, historische „Forschungen" angestellt hat[3]). Prinz Heinrich, so erzählt L., hat eine „geschichtliche Darstellung von dem Ursprunge des Krieges" geliefert, er hat „bei der Erforschung (sic!) eines historischen Vorgangs den Oesterreichern Recht gegeben". Eine wahrhaft köstliche Entdeckung! Aber nun die häßliche Kehrseite und der alles überbietende dreiste Schluß: Naudé macht dem preußischen Prinzen aus seiner Aeußerung den „stärksten", „an den Schluß der Anklage gestellten Vorwurf"[4]). „Nach Naudé darf also

---

1) Vgl. z. B. in den Danziger „Beyträgen" I, S. 173.

2) Nicht in den Aufsätzen, die L. kritisiert, sondern in den „Forschungen" I. 250.

3) Wo bleibt jetzt der Autor, der einst im „Knesebeck und Schön" aufs schärfste und leidenschaftlichste auch damals schon stets moralisierend, die unhistorische Art der Memoirenschreiber gegeißelt hat! Und welch ein gefährliches Spiel wagt L.! Ist der Prinz Heinrich, der über den Ursprung des Krieges eine der L.'schen so ganz entgegengesetzte Ansicht vertritt, ein kritischer, unparteiischer Historiker, ist seine Schrift eine „echte Urkunde", dann hat ja L. mit diesem Urteil seiner eigenen Entdeckung das Grab gegraben. Aber wie immer: Wo sich die Memoiren gegen L. äußern, sind sie „unechte", wo sie scheinbar ähnlich sich aussprechen, sind sie „echte" Zeugnisse!

4) Auch hier führt L. falsche Thatsachen vor: Zum Beweise, daß ein „den Oesterreichern recht geben" „in den Augen Naudé's der stärkste Vorwurf sei", der gegen einen Preußen erhoben werden könne, erklärt er, ich hätte diesen Vorwurf „an den Schluß der Anklage gestellt." Das wagt L. zu behaupten, während thatsächlich bei den drei Seiten (S. 249 Mitte bis 252 Mitte), auf denen ich die Memoiren-Darstellung des Prinzen über die Beweggründe des Königs zum Kriege kritisiere, jene Bemerkung auf der ersten Seite (250 oben) sich findet und

kein preußischer Historiker von der in Preußen durch Manifeste und Staatsschriften begründeten Tradition abweichen!" „Die Historie macht Naudé zu einer Courtisane der Politik." Ist es möglich, die schwerste Anklage, die gegen einen Gelehrten erhoben werden kann: die Beschuldigung, bewußt und principiell aus politischen Rücksichten die Wahrheit zu verdunkeln, leichtfertiger auszusprechen und schwächer zu begründen, als es hier geschieht? Was ich über den Prinzen sage, soll für den heutigen Historiker gelten! Weil ich es dem Prinzen gerade zum Vorwurf mache, daß er, gegen besseres Wissen, den Manifesten nachredet, deshalb — soll ich Manifeste als alleinige Grundlage der Geschichtsforschung ansehen! Daß ich in meinen Aufsätzen nirgends auf preußische Manifeste mich beziehe, ausschließlich auf Akten, daß ich den Angaben der preußischen Manifeste in meinen Aufsätzen fort und fort entgegentrete [1]) und sie bekämpfe, das wird dem Leser sorgfältig verborgen; daß L. dagegen es ist, der wiederholt die preußischen Manifeste für seine Darstellung heranzieht [2]), das bleibt unberücksichtigt.

Von einer solchen „Beweisführung" wagt L. öffentlich zu erklären [3]): Ich habe bei Naudé „eine von ihm selber bekannte (!) Geschichtsphilosophie nachgewiesen, die darauf hinausläuft, daß die innerhalb Preußens Geborenen verpflichtet sind (!), der durch preußische Manifeste und Staatsschriften begründeten Geschichtsüberlieferung zu folgen!" „Urkundlich (!) hat sich Naudé zur Dogmengläubigkeit bekannt!" Auf solchen groben Unwahrheiten begründet er die mit Behagen ausgeführte Gleichstellung mit Janssen, darauf den ganzen abstoßend wirkenden Schluß seines Buches; daraufhin wird dem Gegner die wissenschaftliche Ehre abgeschnitten, und an den „unkeuschen und unreinen" wird das litterarische „Autodafé" vollzogen mit dem wilden Fanatismus, der den

---

mehr als zwei Seiten mit kritischen Einwänden („Anklagen" nennt sie L.) noch nachfolgen. Von 7 Einwänden ist der obige der an zweiter Stelle erwähnte, und L. erklärt: er sei „an den Schluß gestellt." Aus seiner unwahren Angabe, aus einer, selbst wenn sie richtig wäre, so gleichgültigen Sache folgert L., daß nach meiner politischen Anschauung, nach meiner „Geschichtsphilosophie" eine Zustimmungserklärung für Oesterreich das verdammenswürdigste sei, was ich mir vorstellen könne.

1) So bei Darstellung der Motive der Westminsterkonvention (55, 439), bei dem Bestreiten der „nationalen" Politik des Königs, bei den Aufforderungen an Frankreich zur Besetzung Hannovers, bei der Frage, ob des Königs politische Stellungnahme durch religiöse Momente mitbestimmt wurde (55, 445), bei Schilderung des Einflusses der russischen Politik (der in den Manifesten verschleiert wird), bei den Rüstungen gegen Rußland (die ebenfalls in den Manifesten abgeschwächt werden), bei den Umtrieben Sachsens (die dort viel zu stark betont werden), bei den Anfragen in Wien (die ich anders erkläre) und so fast Seite für Seite. Wie wenig ich mich bei Abfassung der Aufsätze im einzelnen um die Manifeste gekümmert habe, wußte niemand besser als Lehmann, der ganz richtig herausgefunden hat, daß ich eine Maßregel, die nicht in den gedruckten Akten des Juni-Monats, wohl aber in den Manifesten angeführt wird, bei der Darstellung des Juni-Monats vergessen habe (die Instandsetzung der Festungen vgl. L. S. 39 Anm. 1 u. S. 131).

2) Vgl. oben S. 249 Anm. 1.

3) Deutsche Litteraturzeitung Nr. 48, 1894. All das wird von L. auch noch jetzt wiederholt in den Gött. Gel. Anz. 1896, 151.

Ketzerrichtern aller Jahrhunderte eigen gewesen ist. Und daran knüpft er selbstgerecht und verblendet die pharisäische Verherrlichung seiner eigenen Tugendhaftigkeit, Keuschheit und Reinheit. Ein Mann, der sich in diesem Buche gegen die historische Wahrheit versündigt hat, wie selten ein zweiter, der schließt dieses Buch mit dem Wahlspruch: „Die historische Wahrheit ist selbst Religion." Selbst die Religion war nicht zu heilig, um in diesen widerlichen Zank hineingezerrt und als Deckmantel benutzt zu werden.

Im Namen der freien Wissenschaft, im Namen der Wahrhaftigkeit hat L., so verkündet er, seine Fehde aufgenommen: „Ehrgefühl", „Pflichtgefühl", sogar Rücksicht auf das „Ausland" (S. VII) haben — so wird uns beteuert — ihm die Feder geführt, als er die fünfte Beilage des verunglückten Buches niederschrieb. Dieser armselige Anhang bildet, wie L. in seiner „Erklärung" selbst eingesteht, eine erweiterte Wiederholung der Anklageakte, die er im Februar 1893 der Marburger Philosophischen Fakultät vorgelegt und dem Ministerium hat überreichen lassen, um beider Urteil gegen mich einzunehmen. Ich darf von Herzen froh darüber sein, daß er durch Veröffentlichung der von der „Amtspflicht" ihm diktierten Angriffe die Nichtigkeit seiner Beschuldigungen vor aller Welt dargethan und mir Gelegenheit zu öffentlicher Verteidigung geboten hat. Auch die ehemals Lehmanns Ansicht Beigetretenen werden, denke ich, nunmehr ebenso urteilen, wie schon im Jahre 1893 die zu amtlichem Gutachten über die „Anklageakte" aufgeforderten Sachverständigen, u. a. Lehmanns alter Lehrer und oft bewährter Freund und Wohlthäter, der aus jenem Anlaß sich von seinem Lieblingsschüler befremdet abwandte, mich aber gegen meine ursprüngliche Neigung bestimmte, über die mit so offenbarer Voreingenommenheit mir gegebene Exclusive hinwegzusehen und auch ohne die Erlaubnis meines gehässigen Gegners seinen Lehrstuhl in Marburg einzunehmen.

## II. Lehmanns und Delbrücks Besprechungen des ersten Teils der „Beiträge".

### 1) Lehmann (Gött. Gel. Anz. Febr. 1896, 139—151).

Wer meine Schrift und die L.'sche Entgegnung vergleicht, wird das Erstaunen darüber teilen, wie wenig L. einzuwenden weiß. Allen wichtigen Fragen weicht er aus; von etwa je 40 Behauptungen, die ich aufstelle, resp. Vorwürfen, die ich gegen ihn erhebe, berührt er einen, 39 läßt er bei Seite. Wo er etwas auszusetzen hat, da sind es zumeist einzelne Worte, wie der Ausdruck „Edition", oder sein Verfahren besteht

darin, meine Ausführungen in unvollständiger und entstellter Fassung zu bekämpfen. Noch mehr liebt er es, um den Platz auszufüllen, lange Wiederholungen aus seinem eigenen Buche vorzuführen (so S. 140. 141. 142. 143. 144. 146. 147. 148. 151) oder Dinge in die Debatte zu ziehen, von denen nicht die Rede ist, die erst im zweiten Teil berührt werden (z. B. S. 140. 141. 147. 148). Rechnet man diese Partien ab, und ebenso die allenthalben eingestreuten persönlichen Angriffe, so bleiben im ganzen nicht mehr als 4 bis 5 Seiten, auf denen L. sich mit den Angaben meiner Schrift beschäftigt. Nirgends findet man die Streitfrage auch nur in einem Punkte sachlich gefördert. Ich hatte nicht anders erwartet, als daß L. auf Grund seiner früheren archivalischen Forschungen irgend welche Akten oder auch nur Akten-Notizen mir entgegenstellen würde, ich hatte mich darauf vorbereitet, indem ich sechsfach so viel österreichische Akten, wie ich mitgeteilt, noch in Reserve hielt, und nun bei L. — nicht eine einzige winzige neue Notiz; ja nicht einmal irgendwo eine Erklärung, weshalb er die wichtigsten Akten und Aktenstellen unberücksichtigt gelassen hat. Gerade an dem Punkte aber, genau an der Stelle, wo ich im stillen hoffte und dringend wünschte, daß L. zugreifen möchte, um ihn dann gründlich zu widerlegen, bei dem Reskript vom 27. Juli, wo ich den Thatbestand in Teil I nur kurz andeutete, in der Absicht, hier für eine eventuelle Entgegnung den entscheidenden Schlag mir aufzusparen — gerade da hat L. jetzt eingesetzt, da sogar die ganze Kraft seines Rückzugsgefechts konzentriert, da schwelgt er in Siegesjubel und in „Janssen-Vergleichen", ohne jede Ahnung, zwischen welche gefährlichsten Klippen er sein sinkendes Schiff geflüchtet hat.

Die rein persönlichen Ausfälle kehren in der Entgegnung alle wieder, sogar noch erheblich verstärkt. Man hat mit Recht sie „noch schlimmer" genannt, als das, was bereits das L.'sche Buch auf diesem Gebiete geleistet hatte. Nur schlecht verhüllt wird durch solche Gehässigkeit und durch die hochmütige, sichere Sprache die Thatsache, daß sich der Autor aufs schwerste getroffen fühlt, daß er eine sachliche Antwort in keinem auch noch so kleinen Punkte zu bieten vermag.

## I. Das Politische Testament.

Die Seiten 213—227 (9—23) meiner Schrift behandeln das Testament Friedrichs von 1752; ich bringe eine Fülle von Mitteilungen, die L.'s Aufstellungen widerlegen, zeige, wie tendenziös er die wichtigsten Aussprüche bei Seite geschoben hat.

Nichts weiß L. dagegen einzuwenden; er giebt alles, alles zu! Eine solche unbedingte sofortige Kapitulation hätte selbst ich nie erwartet. Ich stelle fest: Wer Stücke aus dem leider noch unbekannten Testament benutzen will, hat sich, nach dem eigenen Zugeständniß L.'s, nunmehr an meine, nicht an seine Mitteilungen zu halten. Man erinnert sich, eine der stärksten Stützen der gesamten L.'schen Beweisführung, sein einziges Argument für die Uebertragung der „Träumereien" des Testaments auf die thatsächlichen Vorgänge des Jahres 1756, war die

Behauptung: Friedrich hat im Testament eine wohl ausgearbeitete Disposition für den Einmarsch in Sachsen gegeben, welche wesentlich übereinstimmt mit der 1756 ausgeführten. (S. 63 u. G. G. A. 1895, 112). Ich entgegne darauf ganz kurz, das ist falsch, beide Dispositionen stimmen nicht überein[1]). Und L.? Ist es glaublich? Er giebt sofort dieses wichtigste Bollwerk preis, indem er achselzuckend antwortet: „Ich mußte aus dem Gedächtnis citieren[2])!" Argumente, die am nachdrücklichsten betont wurden, Eckpfeiler seines ganzen Systems beruhen nach eigenem Eingeständnis — auf unsicherer Erinnerung! Mehr noch, er giebt sofort zu, daß meine ebenfalls aus dem Gedächtnis gemachte[3]) Bemerkung über die Disposition richtiger ist, als die seinige, d. h. er gesteht wider Willen meine sorgfältigere Arbeitsweise zu.

Neben seinem weniger guten Gedächtnis beruft sich L. zur Entschuldigung noch darauf, daß er keine „Edition" habe bieten wollen, ich spräche von „Edition". Wiederum wie so oft: Streit um ein Wort. Meines Erachtens darf man, da jede Edition in der neueren Geschichte bei der Masse des Materials auf einen Teil der Urkunden sich beschränken muß, von Edition auch sprechen, wenn nur ein Teil gedruckt wird. Auf das Wort, mit dem ich keine Nebenabsichten verbinde, kommt gar nichts an; ich sage an anderen Stellen „L.'s Auszüge aus dem Testament"[4]). Nicht die Unvollständigkeit, sondern die durchgehends tendenziöse Auswahl und tendenziöse Fortlassung werfe ich ihm vor; nicht auf die Menge kommt es an, sondern auf die Art der Mitteilung. L.'s Einwand, er gebe nur „Excerpte", wird daher niemand als Entschuldigung gelten lassen für sein fast unglaubliches Verfahren[5]). Macht man „Excerpte" so, daß 6 oder 10 Zeilen gleichgültiger Dinge mitgeteilt werden, dann einige Zeilen oder auch nur einige Worte — die gegen den Autor sprechen — fortbleiben und darauf mit dem Druck des ungefährlichen fortgefahren wird? Und nicht etwa einmal, sondern fort und fort wird derartig verfahren! Ist es ein „Excerpt", wenn für 35 Zeilen österreichischer Rüstungen das Regest gesetzt wird „Rüstungen Preußens"? (Teil I, 238 resp. 34). L. hätte darlegen müssen, daß alle die ihm nachgewiesenen Auslassungen und Entstellungen von keiner Bedeutung sind: das vermag er nicht, er flüchtet sich hinter das Wort „Excerpt", das gar nichts besagt, und hinter persönliche Ausfälle, die noch viel weniger besagen.

Die Debatte dreht sich hier zunächst um das „Politische Testament". Statt auf meine zahlreichen Mitteilungen einzugehen, bietet L. im Text S. 140 und 141 nur wenige Zeilen über das Testament, Dinge erwähnend, die niemand bestreitet; im übrigen füllt er den Text

1) S. 220 (16. Anm. 4.
2) S. 140, Anm. 2.
3) Hätte ich über die Disposition in Kosers Excerpten etwas finden können, so hätte ich dies natürlich mitgeteilt; meine kurze Bemerkung dagegen zeigt, daß auch ich hier nach dem Gedächtniß arbeitete. L.'s bewegte Klagen über meine „Gerechtigkeit" und „Loyalität" sind also nicht am Platze.
4) Z. B. S. 207 (4).
5) Vgl. schon Marcks a. a. O., S. 33, 34.

S. 140 und 141 mit Aufzählung längst bekannter, von anderen Forschern festgestellter Erwerbungspläne Friedrichs — alles Sachen, die für unsere Frage absolut nichts beweisen, über die nicht gestritten wird und von denen ich zumal bei der Diskussion über das Testament gar nicht reden konnte. „Gegen alles dies", so verkündet er, „bringt Naudé nicht den Schatten einer Widerlegung, er ahnt nicht einmal das Problem, um welches es sich handelt." Die stolze Sprache wird nichts helfen, zu offenkundig tritt das Bestreben hervor, von den Dingen, über die ich rede, und gegen die L. nichts einwenden kann, die Aufmerksamkeit abzulenken. Am lustigsten aber ist folgendes: Mit besonderem Nachdruck hebt L. die Instruktion für Lehwaldt, die Absicht einer eventuellen Erwerbung Westpreußens hervor. Diese Absicht habe ich als der erste in meiner Abhandlung aufgedeckt[1]), von mir hat sie L., ohne Angabe der Quelle, übernommen; und nun „ahne ich das Problem nicht", weil ich gegen diese meine eigenen Ausführungen „nicht den Schatten einer Widerlegung" vorbringe! — ebensowenig natürlich gegen die Angaben, die L. aus Förster, aus Droysen, aus Koser und anderen Schriftstellern entnimmt, und die er auch hier wieder[2]) derartig vorführt („ich habe in meinem Buche gezeigt, daß ɔc."), als seien dies seine eigenen neuen Entdeckungen!

## II. Die politischen Verhandlungen der österreichischen Regierung.

Um Raum zu füllen, wird uns zunächst S. 141 und 142 die fehlerhafte Darstellung des L.'schen Werkes noch einmal beschеert.

a) Die russische Verhandlung.

S. 142 taucht von neuem der so beliebte, mit verschwenderischer Hand ausgestreute Vergleich mit Janssen auf, d. h. die schwerste Anklage, die man nach L.'s Meinung gegen einen Historiker erheben kann. Der Anlaß ist natürlich wiederum sehr harmlos. Ich habe einmal das Wörtlein „noch" gebraucht, und nach L.'s Meinung dürfte das Wörtchen „wieder" richtiger sein! Ich soll L. „falsch citiert" und damit abermals „Wirkungen" auf den Leser ausgeübt haben. Prüfen wir! An der betreffenden Stelle[3]) sage ich: Im Sommer 1756, so erkläre Lehmann, sei das Zustandekommen der österreichisch-russischen Allianz noch sehr unsicher gewesen. Ich berufe mich auf die Seiten 56 und 36 des L.'schen Buches. Lehmann antwortet: „In Wahrheit habe ich gesagt S. 34 . . ." siehe da S. 34, von der ich gar nicht spreche, auf die ich mich nicht bezogen habe! Also, mein Herr Gegner, der mit Janssen mich vergleichen will, ist es, der hier eine kleine, wie Delbrück zu sagen pflegt, „Entstellung des Thatbestandes" sich zu schulden kommen läßt. Das gelungenste aber ist nun, daß ein anderer Forscher (in den Gött. Gel. A. 1895, S. 108, Zl. 4 u. 5 v. u.) wirklich die Angaben der Seite 34 L.'s reproduziert, fast wortgetreu reproduziert, und dieser Gelehrte begeht in

1) Histor. Zeitschr. 55, 460.
2) Vgl. schon oben S. 106.
3) Teil I 229 (25).

der That den Frevel, von S. 34 das jetzt plötzlich alles entscheidende Wörtchen „wieder" fortzulassen, „gerade wie Janssen!" Ich brauche ihn wohl nicht erst zu nennen diesen L. „falsch citierenden" Göttinger Historiker, der hier genau dasjenige thut, was nach L.'s Meinung ich und Janssen thun. — An eine Wiedergabe des L.'schen Textes, an ein „Citieren" denke ich gar nicht; ich fasse nur seine Ansichten kurz zusammen. Er selbst hat zu erweisen versucht, daß das Zustandekommen der Allianz wie im Sommer, so auch im Frühjahr, als Oesterreich Rußlands Anträge unbeantwortet ließ, unsicher war. Also ist es berechtigt zu sagen, die Allianz war nach L.'s Meinung im Sommer „noch unsicher"; der „Göttinger Gelehrte" von 1895 und ich haben ganz recht daran gethan, das vollkommen irrelevante Wort „wieder" bei Seite zu lassen[1]). Heut ist derselbe Göttinger Gelehrte in solcher Bedrängnis, daß er mit nichts anderem als mit dem Fehlen dieses gleichgültigen Wörtchens sich zu verteidigen vermag und auf alles, was S. 229 ff. thatsächlich von mir ausgeführt ist, keine Antwort findet.

S. 142 bis 143 werden von neuem fast 3/4 Seiten mit der Wiedergabe der Seiten 28 und 35 des L.'schen Buches ausgefüllt. L. bemerkt, wenn seine persönlichen, völlig subjektiven Ansichten über Rußland, nicht im einzelnen als falsch erwiesen würden (was gänzlich überflüssig ist), so habe er ein Recht zu behaupten, daß diese seine Ansichten — auch die Ansichten und leitenden Motive des Grafen Kaunitz gewesen seien! Eine wunderliche Logik! Daß ich (S. 73 ff.) nach den Akten Kaunitzens wirkliche Beweggründe dargelegt habe, die denen L.'s ganz entgegengesetzt sind, wird unberücksichtigt gelassen.

Es folgen weiter S. 143 unten, 144 oben einige verzerrte Angaben über die ostensiblen Erlasse an Starhemberg. Wer diese Bemerkungen mit meiner Darstellung Seite 283—291 (79—87) vergleicht, wird leicht sehen, daß L. wieder den entscheidenden Fragen aus dem Wege geht, die Vorwürfe stillschweigend einräumt, meine Ausführungen falsch wiedergiebt und Dinge (z. B. den Bericht vom 17. August) hineinzieht, die hier nichts beweisen können[2]). Wie unbesonnen L. operiert, dafür auch hier ein Beispiel. Er beruft sich auf einen Bericht Esterhazys vom 27. Juli und verweist dafür auf sein Buch S. 125; d. h. er merkt nicht einmal bei seiner eigenen Schrift, daß das, was er gedruckt hat, nicht ein Teil des Esterhazy-Berichts, sondern Kaunitzens

---

1) In der Streitfrage handelt es sich bekanntlich darum, ob zur Zeit der Schilderhebung Friedrichs im Sommer 1756 die große österreichische Offensiv-Koalition bereits fertig und sicher oder noch unfertig und unsicher war. (Daher sagt auch sogar L. S. 141 in seiner Entgegnung, sie war im Sommer „noch unfertig"). Dies verdunkelt er S. 142, indem er dem Leser jetzt glauben machen will, es würde darüber gestritten, ob die Allianz vorher, im Frühjahr, sicher oder unsicher gewesen.

2) Vgl. schon Heigel a. a. O. II. 35. Kaunitz schloß mit Rußland noch nicht formell ab, nicht weil er den Russen mißtraute, sondern weil er ihrer ohnehin schon durch die Allianz von 1746 sicher war (274 (70) Anm. 4), und weil er von Frankreich erst noch große Subsidien für Rußland herausschlagen wollte (S. 288—290 [84—86]).

Aeußerung über diesen Bericht ist. L. kennt den Bericht Esterhazys, auf den er sich beruft, gar nicht! Ich kenne ihn, er enthält das Gegenteil von dem, wofür L. ihn verwenden will! (Vgl. schon Teil I 290 [86]).

Alles, was ich sonst noch S. 229—233 (25—29), 261 (57) und 271—278 (67—74) über Rußlands Haltung oder Oesterreichs Stellung zu Rußland mitteilte, läßt L. unbeantwortet.

b) Die französischen Verhandlungen.

Die Instruktionen für diese Verhandlung wurden dem kaiserlichen Gesandten, Grafen Starhemberg, im August 1755 zugesandt, auf Grund einer Denkschrift Kaunitzens aus dem August 1755, in welcher der Staatskanzler die ihn bei dieser Verhandlung leitenden Gesichtspunkte der Kaiserin vorgelegt hatte. Die Ziele dieser geheimen Denkschrift Kaunitzens widersprechen nun der L.'schen Darstellung total (vgl. S. 273—275 [69—71]). Wie redet sich L. heraus: „Diese Denkschrift geht mich gar nichts an, sie ist im Sommer 1755 geschrieben, ich rede von 1756" [1]). Man schlage L.'s Buch S. 31 auf! Mit welcher Zeit beginnt er die Besprechung der Verhandlung? Mit den ersten Anträgen Kaunitzens im August 1755! Was erörtert er weiter S. 32? Den Abschluß des Versailler Vertrages Anfang Mai 1756. Für diese ganze Zeit bildet Kaunitzens Denkschrift vom August 1755 die Grundlage.

Die Frage, welche L. in seinem Buche hätte stellen und beantworten müssen, war die, ob und wann im Jahre 1756 eine Aenderung des ersten Kaunitzschen Programms erfolgt ist. Diesen Nachweis bringt nicht er, vielmehr ich habe ihn zum ersten Mal geführt, habe Seite 271—280 (67—76) dargethan, daß, nachdem Kaunitzens erstes Programm im Mai 1756 verwirklicht worden war, er danach Ende Mai und Anfang Juni [2]) ein zweites weitergehendes Programm aufgestellt hat. L. hatte die Ziele dieses zweiten Programms schon in den früheren Stadien der Verhandlung vorausgesetzt. Das allein ist die Ursache, warum ihm die jener ersten Verhandlung thatsächlich zu Grunde liegende Denkschrift so unbequem ist.

Ich habe ferner nachgewiesen, daß die Offensive Oesterreichs und Rußlands gegen Preußen bereits mit dem Zustandekommen der ersten Verhandlung gesichert war, daß es sich in der zweiten um die Frage der Abtretung der gesamten Niederlande gehandelt habe. Von vornherein ist also das Reskript vom 27. Juli, welches jetzt in L.'s Entgegnung im Vordergrunde steht (S. 144, 145), für die Frage, über die gestritten wird, d. h. für die Frage, ob die Offensive gegen Preußen gesichert war, ganz belanglos. Denn es gehört in die zweite, nicht in die erste Verhandlung.

---

1) Bei Friedrich werden die „Träumereien" von 1752 zu Leitmotiven seiner Politik im Jahre 1756 gemacht! Dagegen die ganz realen, bestimmt ausgesprochenen Ziele Kaunitzens im Moment des Beginns der Verhandlung, die gehen L. weder bei Beginn der Verhandlung im Jahre 1755, noch bei ihrer Fortführung im Frühjahr 1756 etwas an!

2) Denkschrift vom 29. Mai, vgl. Teil I 278 (74), Anm. 3 und 280 (76) Anm. 2 und daraufhin neue Instruktion für Starhemberg vom 9. Juni, vgl. S. 280.

Aber selbst in jener zweiten Verhandlung spielt es keine besondere Rolle. Es enthält weiter nichts als die nachträgliche Zustimmung Maria Theresias zu dem diplomatischen Verfahren Starhembergs. Das habe ich S. 293 (89) Anm. 3 unter Berufung auf das Werk von Arneth, wo die betreffende Stelle des Rescripts gedruckt ist, hervorgehoben: „Maria Theresia stimmte dem Verfahren Starhembergs zu. Vgl. Arneth IV, 557, Anm. 560." Ich glaubte damit etwaigen falschen Deutungen vorgebeugt zu haben. Doch nein! L., der schon in seinem Buche (S. 33) die Worte des Rescripts mißverstanden hatte, ist auf die diplomatischen Kniffe der Oesterreicher nun zum zweitenmale hineingefallen. Auf dieses Rescript setzt er seine ganze Hoffnung; hier auf dem unsichersten Boden erhebt sich sein Hochmuth zu den stolzesten Worten: „unwiderruflich entscheidet das Rescript für mich", „noch einmal sei es gesagt, mir giebt es Recht", „jedes Wort der Kritik ist überflüssig". Hier die häßlichsten Insulten, der Gegner soll natürlich wieder handeln „ganz wie Janssen" [1]). Und hier der schlechthin unbegreifliche, geradezu fabelhafte Leichtsinn: denn dieses plötzlich alles entscheidende Rescript, das ist — wer sollte es glauben! — L. unbekannt! Er kennt davon nur die 4 aus dem Zusammenhang losgelösten Zeilen, die Arneth abgedruckt hat.

Diese 4 Zeilen des Reskripts vom 27. Juli [2]) sollen nach L.'s Meinung beweisen, daß Oesterreich als conditio sine qua non die aktive Teilnahme Frankreichs an dem Angriff gegen Preußen forderte, und da Frankreich diese direkte Hülfe gegen Preußen verweigerte, so sei die Offensive Oesterreichs noch unsicher gewesen.

Sehen wir zu:

1) Das Reskript gehört, wie schon erwähnt, in die zweite Verhandlung, von deren Zustandekommen die Abtretung der Niederlande, aber nicht die (schon vorher gesicherte) Offensive Oesterreichs abhängig ist. L.'s versuchte Beweisführung ist also von vornherein hinfällig.

2) Die conditio sine qua non für die Abtretung der Niederlande, die österreichische Mindestforderung, war die Forderung: französische Truppenhülfe gegen die preußischen Bundesgenossen; hingegen die direkte Hülfe gegen Preußen war nicht die eigentliche conditio sine qua non,

---

1) Warum? Weil ich die schon zweimal, von Arneth und von Lehmann, gedruckte Stelle nicht zum dritten Mal abdrucke, sondern dafür in einer Anmerkung auf Arneth verweise, das Buch, aus dem L. die ihm so wunderschön erscheinende Stelle von neuem abdruckte. Also wer zweimal gedruckte Aktenstellen nicht zum dritten mal abdruckt, sondern dafür auf den Vorgänger verweist, der handelt — „ganz wie Janssen!"

2) Es muß immer wieder auf den schweren methodischen Fehler L.'s hingewiesen werden: Statt die Gesamtheit der Akten zu prüfen, greift er ein einzelnes Wort oder eine kleine Stelle heraus, und sie soll nun, ohne Rücksicht auf den Zusammenhang, in dem sie steht und ohne Rücksicht auf die sämtlichen anderen Aktenstücke, ganz allein die strittige Frage entscheiden. Diesen Fehler wird der Leser allenthalben in L.'s Buch und in seinen Entgegnungen finden. Bei solcher Methode ist es leicht (ist es sogar notwendig!), die Ausführungen kurz und knapp zu halten.

sondern nur eine zweite Forderung, die zwar gestellt werden sollte, deren Erfüllung aber nicht absolut nötig war (vgl. S. 279—82 [75—78]). L. kann diesen meinen aktenmäßigen (auf der Instruktion für Starhemberg vom 9. Juni und der Denkschrift vom 29. Mai beruhenden) Beweis nicht widerlegen.[1]) Zum zweitenmal also zeigt sich, daß seine Argumentation, die von falschen Voraussetzungen ausgeht, verfehlt ist.

3) Der französische Minister Rouillé war von Anfang an, noch bevor er die conditio kannte, zur Truppenhülfe gegen die Bundesgenossen Preußens bereit (S. 283 [79] mit Anm. 1). — Wendet L. dagegen etwas ein? Garnichts. Zum drittenmal ist seine Ansicht haltlos, noch bevor wir zu dem Reskript selbst kommen.

4) Starhemberg, die Bereitwilligkeit der Franzosen kennend, hat mit seiner diplomatischer Kunst, um von Frankreich noch mehr zu erlangen, die conditio, als er sie den französischen Staatsmännern vorlegte, anders formuliert (S. 292 [88] Anm. 2). Er wählt bei der neuen conditio II eine unbestimmte Fassung, fordert nur ein französisches Truppenkorps, ohne — das ist sehr zu beachten — ohne zu sagen, gegen wen es gebraucht werden soll. Wendet L. gegen diesen meinen Beweis etwas ein? Nein, wiederum kein Wort kann er sagen.

5) Ueber seine neue Fassung der conditio stattet Starhemberg am 3. Juli der Kaiserin Bericht ab[2]) Er sowohl wie Maria Theresia und Kaunitz wissen genau, daß sich hinter der neuen unbestimmten Fassung die bisherige österreichische Mindestforderung „Hülfe gegen die etwaigen preußischen Bundesgenossen", die Forderung vom 29. Mai und vom 9. Juni, verbirgt. Maria Theresia betont auch jetzt Ende Juli eben dieses von neuem als ihre eigentliche letzte Bedingung, indem sie am 24. Juli einerseits ihre Zustimmung zu der neuen Formulierung Starhembergs ausspricht (vgl. 292 [88] Anm. 2) und andererseits zugleich dabei schreibt: sie müsse versichert sein, daß Frankreich „wenigstens England, Holland und die protestantische Reichsfürsten von aller Hülfsleistung abhalten werde"[3]). Also Maria Theresia bleibt nach wie vor bei dem Standpunkt vom 9. Juni.

6) Was Starhemberg und Maria Theresia hinter der unbestimmten Fassung der conditio II im Grunde nur wünschten, konnten die Franzosen natürlich nicht ahnen. Sie gingen in die Falle[4]), vermeinten,

---

1) Die Schuld an seinen Verfehlungen sucht L., der doch selbst in den Wiener Archiven eingehend geforscht haben will, jetzt Arneth aufzubürden. S. 145, Anm. 4; vgl. dazu Teil I 280 (76) Anm. 2. Daß Kaunitz' Denkschrift vom 29. Mai, nicht vom 23. ist, hat L. auch jetzt noch nicht erkannt.

2) Beer, Mitteil. des Instituts für öst. Geschf. 16, 152: „V. E. verra que j'ai porté toutes mes demandes au plus haut et en partie même au delà de ce que j'en avais eu l'ordre." Man vergleiche auch a. a. O. S. 152, 153, was Starhemberg speciell über Conditio II. sagt.

3) Vgl. L. S. 121. Obschon L. dieses Rescript vom 24. selbst abdruckt, bekommt er doch fertig, das vom 27. in entgegengesetztem Sinne zu deuten.

4) Die Franzosen ließen sich durch Starhemberg täuschen, da sie keinen Einblick besaßen in die geheimen österreichischen Correspondenzen. Dem modernen Kritiker passiert das gleiche, obwohl ihm alle geheimsten Akten vorliegen!

es solle das Truppenkorps unmittelbar gegen den König von Preußen verwendet werden und ereiferten sich dagegen [1]). Starhemberg sah dies überlegen mit an und blieb fest bei seiner zweiten conditio. Das berichtet er am 18. Juli an die Kaiserin [2]).

Eben dieser Bericht vom 18. ist es nun, den Maria Theresia am 27. Juli beantwortet, in dem Reskript, um dessen Deutung es sich hier handelt! Stimmt die Kaiserin Starhembergs Verhalten ebenso wie am 24. jetzt zu oder ist sie plötzlich binnen 3 Tagen ganz entgegengesetzten Sinnes geworden und erteilt dem Gesandten andere neue Instruktionen? Sie schreibt (Arneth IV, 557 Anm. 560): „Ob nun zwar der französische Hof annoch auf dem Vorsatz, an dem Krieg gegen den ernannten König keinen ohnmittelbaren Anteil zu nehmen, unbeweglich bestehet, so wirst Du Dich doch dadurch keineswegs irre machen lassen, sondern so fest auf der zweiten als auf allen den übrigen conditionibus sine qua non beharren".

Also Starhemberg soll auf der zweiten conditio fest beharren. Nun, das ist ja gerade das, was Starhemberg bereits thut! d. h. worauf soll er beharren? Etwa auf der unmittelbaren Hülfe gegen Preußen? Bewahre! sondern auf der zweiten conditio, d. h. auf einem Truppenkorps überhaupt, ohne daß gesagt ist, gegen wen! Also genau, wie Starhemberg es schon thut. — Da sehen wir! L. hat, meinend, Starhemberg solle auf direkter Hülfe gegen Preußen bestehen, sich völlig geirrt; ich habe mit der Bemerkung, „Die Kaiserin stimmte zu", völlig Recht. Und deswegen — werde ich mit Janssen verglichen!

7) Aber weiter! Wie leicht ist doch die richtige Erkenntnis! Es bedarf nur einer Spur von philologischem Sinn, nur eines sorgsamen Lesens. Die Kaiserin schreibt im Vordersatz: „Ob nun zwar der französische Hof annoch auf dem Vorsatz, an dem Krieg gegen den König keinen ohnmittelbaren Anteil zu nehmen bestehet." Wollte sie, daß Starhemberg (wie L. meint) eben darauf, auf dem im Vordersatz Gesagten beharren solle, dann mußte sie im Nachsatz fortfahren: „so wirst Du (Starhemberg) doch darauf, auf dieser Forderung, fest beharren". Aber nein! Das sagt sie nicht; sie sagt, Starhemberg solle beharren auf „der zweiten Conditio" (die mit dem im Vordersatz gesagten, durchaus nicht identisch ist). Also man sieht wieder: L. hat den einfachen Satz nicht zu deuten vermocht! Darum — muß ich Janssen gleichstehen!

8) Zum Ueberfluß noch: Hätte die Kaiserin etwas ganz neues gefordert, etwas dem bisherigen, seit dem 9. Juni eingenommenen Standpunkt entgegengesetztes, hätte sie urplötzlich und unmotiviert binnen 3 Tagen vom 24. bis 27. Juli ihre Ansichten gewechselt, dann hätte sie doch deutlich erklären müssen, Starhemberg solle sein bisheriges Verhalten ändern, hätte ihm neue Instruktionen erteilt, hätte sagen müssen: die erst vor 3 Tagen, am 24. Juli, übersandten Befehle und ebenso alle

1) Starhemberg, 18. Juli. L. S. 120 und Teil I. 292, 293 (88, 89).
2) Teil I. 293, 294 (89, 90).

anderen bisherigen Ordres sind nichtig und gelten nicht mehr[1]). — Aber von alledem keine Spur!

9) So einfach ist es, L. zu widerlegen! Mit dröhnendem Pathos ist er von neuem in die von den österreichischen Diplomaten gestellten Netze hineingelaufen, genau an der Stelle wo ich es mir gewünscht hatte. „Unwiderruflich!" „Jedes Wort der Kritik überflüssig!" „Die Richtigkeit meiner Behauptung entscheidet das Reskript!" „Noch einmal sei es gesagt, mir giebt es Recht!" Selbst meine Warnungstafel „Maria Theresia stimmte Starhemberg zu" in Anm. 3 S. 89 beachtet er nicht; das kommt davon, wenn man den Gegner unvollständig citiert und nur die eine Hälfte seiner Anmerkung dem Leser mitteilt[2])! Eins aber hätte ich doch nimmermehr erwartet. Selbst durch alle meine Anklagen über seine Aktenarbeit ist L. nicht einmal so weit bekehrt worden, daß er das Reskript, welches ihm „unwiderruflich recht giebt", kennen zu lernen suchte! Er spielt seinen stärksten Trumpf aus mit diesem Aktenstück und kennt von dessen etwa 60 Zeilen nichts als die 4 Zeilen, die Arneth abdruckt, weiß nicht, was vorangeht, weiß nicht, was nachfolgt. Er setzt alles, seine letzte Hoffnung auf die eine Karte und — kennt diese Karte nicht. Ein einziger Brief nach Wien, und er hätte gesehen, auf welchem trügerischen Boden er seine letzte Verteidigungsstellung eingerichtet. Nun ist es zu spät! Jetzt spiele ich diese Karte! Für mich ist es Trumpf dieses Reskript vom 27. Juli, das ich mir wohlbedacht zum letzten Gefecht aufbewahrt habe!

Was steht unmittelbar vor jenen 4 Zeilen? Die Kaiserin sagt, sie müsse auf der französischen Unterstützung bestehen, weil — Preußen und England beschäftigt seien, zahlreiche protestantische Bundesgenossen für sich zu gewinnen, mit Wolfenbüttel hätten sie soeben einen Subsidienvertrag geschlossen, ebenso mit Gotha, desgleichen würden bald die übrigen sächsischen Häuser „mit eingezogen werden", auch von Hessen-Darmstadt suche Hannover Soldtruppen zu erhalten. „Alles dieses bekräftiget die Notwendigkeit . . . auf die zureichenden Mittel fürzudenken, wie dem König in Preußen und seinen Alliirten eine hinlänglich überlegene Macht entgegengesetzet werden könne. Ob nun zwar der fran-

1) Geradezu komisch wirkt L.'s Betonung des Wortes „annoch". Wieder, wie immer, statt des ganzen Zusammenhangs die Rettung bei einem einzelnen Wort („annoch", „wieder", „Edition", „anéantir", „Rüstung"). Er folgert aus dem „annoch" in einem Ton, als hätte er eine tiefe Wahrheit entdeckt: Starhemberg muß also über französische Weigerungen, aktiv am Kriege gegen Preußen teilzunehmen, vorher berichtet haben! Natürlich hat er das gethan! Ich will sogar L., da er es nicht weiß, verraten, wo und wann es Starhemberg gethan und wo es gedruckt steht. Sie selbst haben es gedruckt, S. 120 Ihres Buches! Es ist der am 27. beantwortete Bericht vom 18. Juli! Nötig war es allerdings nicht, ihn zu drucken. Denn schon Arneth hat das gleiche mitgeteilt (IV. 467). Aber da sich in den österreichischen Akten so absolut nichts geeignetes fand, so wurden die Worte vom 18. Juli ebenso wie die 4 Zeilen vom 27. noch einmal abgedruckt. L. zieht zweitens die ebenso tiefsinnige Folgerung: Starhemberg muß also zu jener Forderung instruiert gewesen sein. Natürlich war er das! Es steht ja in meiner Schrift S. 281, 282 (77, 78).

2) Vgl. L. a. a. O. S. 145 und meine Anm. 3 S. 293 (89).

zösische Hof" ꝛc., es folgen Arneths 4 Zeilen. — Also Maria Theresia spricht es am 27. Juli direkt von neuem aus: der preußischen Bundesgenossen wegen will sie die französische Hülfe haben, nicht aber, wie L. meint, bloß der preußischen Macht wegen!

Wem „giebt das Reskript nun Recht"? Wessen Behauptung entscheidet es „unwiderruflich" als richtig? Ist es der Forscher, der das Reskript nicht kannte, oder ist es derjenige, der es kennt?

Und was folgt in dem Reskript auf jene 4 Zeilen? Soll Starhemberg überhaupt niemals nachgeben? Oder soll er, wie er es that und wie ich nachwies[1]), nur jetzt noch nicht nachgeben? Die Kaiserin schreibt: Es „dörfte zu weit größerem Schaden als Nutzen gereichen, *schon dermalen* in ein so anderem nachzugeben." Also die Kaiserin stimmt auch in diesem Punkte, in allem und jedem, Starhembergs Verfahren zu!

Wer also ist es, dessen Behauptungen durch das Reskript vom 27. Juli aufs glänzendste, allseitig, „unwiderruflich" als richtig erwiesen sind?

Vielen Dank meinem Herrn Gegner! Er hat genau so operiert, wie ich es vorausgesehen und im geheimen gewünscht habe, hat sich genau die Blößen gegeben, die ich herbeisehnte. Schönere Gelegenheit konnte er mir nicht bieten, um aufzuklären, was in seiner Sprache „unwiderruflich" bedeutet, um aufzuklären, was man bei seiner Art davon zu halten hat, wenn er einen anderen Forscher Janssen gleichstellt! Besser hätte ich nimmermehr nachweisen können, wie Voreingenommenheit, Verblendung, fanatischer Haß einen Gelehrten verleiten können zu einem von jeder Kritik verlassenen Verfahren, zu verkehrtester historischer Darstellung und zu ungerechtester Beurteilung der Gegner! —

S. 146 wird von neuem der Platz gefüllt mit Citaten aus L.'s Buch, die für die umstrittene Frage belanglos sind[2]). Hingegen all meine weiteren Ausführungen über die französischen Verhandlungen (vgl. 272—276, 278—283, 291—296 [68—72, 74—79, 87—92], läßt L. unberücksichtigt: er vermag nichts einzuwenden.

## III. Die österreichischen Rüstungen.

1) L. beginnt wieder mit der schon verbrauchten Redensart vom „Nicht-Ahnen des Problems". Danach aber folgt (S. 146 Anm. 1) das geradezu frappierende Zugeständnis: „Ich nehme alle Behauptungen Naudés in betreff der militärischen Maßnahmen Oesterreichs als bewiesen an"[3]). Das sind ja die militärischen Maßnahmen vor dem

1) Vgl. Teil I 294 (90).

2) Daß ich meine Bemerkung über die „neuen Verzögerungen" S. 296 (92) Anm. 2 bereits belegt habe durch Stellen aus Arneth, teilt L. nicht mit.

3) Bei der daran geknüpften Citierung meiner Anm. 3 S. 210 (6) übergeht L. wieder einmal die entscheidende Bemerkung „ich sehe in meiner Untersuchung von allem zweifelhaften ab".

8. Juli, von denen Friedrich gehört, und die L. in Abrede gestellt hatte! Das sind ja die Vorgänge, deren Nicht-Existieren L.'s „Citadelle" bilden sollte! Darüber wollte er „eingehendste Forschungen" angestellt haben, und jetzt — vermag er nicht ein Wort gegen alle meine Feststellungen, nicht die winzigste Aktennotiz vorzubringen. Er hat offenbar all diese, aus den Akten sich ergebenden Maßnahmen bisher garnicht gekannt. Und auf etwas, was ihm unbekannt, hat er sein ganzes System, darauf die schnöde Behandlung seiner Gegner begründet! Jetzt — da er gegen die Thatsachen nichts einzuwenden vermag — sucht er sich herauszureden mit dem nichtigen Einwand, jene Maßnahmen fielen nicht unter den Begriff der „Rüstung"[1]). Von neuem der ewige Streit um Worte! Was ist Rüstung? Ich habe es in meiner Schrift deutlich erkennen lassen[2]), was ich unter Rüstung verstehe: diejenigen Maßregeln, die nur im Falle eines baldigen Krieges und im Angesicht des Krieges getroffen werden, sind Rüstungsmaßregeln; die, welche regelmäßig in jedem Jahr oder auch alle paar Jahre erfolgen, sind Friedensmaßregeln. Diesen einfachen Thatbestand mißachtend, führt nun L. seine Polemik in folgender Art: 1) den von mir nachgewiesenen Kriegsmaßregeln stellt er offenbare Friedensmaßregeln entgegen; 2) da er die österreichischen Akten nicht kennt und nichts über die österreichischen Maßnahmen vorbringen kann, so redet er S. 147. 148 über preußische Friedens- oder Kriegsmaßregeln, von denen ich in Teil I nicht gehandelt habe, die aber für L. sehr erwünscht den ganzen Platz ausfüllen, auf dem er die österreichischen Maßnahmen hätte besprechen müssen; 3) vergleicht er militärische Vorkehrungen, die garnicht vergleichbar sind und 4) alles, was ihm von meinen Ausführungen unbequem ist, läßt er stillschweigend bei Seite.

Preußische Friedensmaßregeln, z. B. die alljährlichen Bauten in den schlesischen Festungen, die alljährlichen Pferdekäufe, die in den verschiedensten Friedensjahren vor sich gehende Verstärkung der Armee[3]),

---

1) Sogar Delbrück erkennt diese Maßregeln als Rüstungen an. Er sagt 84, 44, „daß es Rüstungen waren, wird niemand bestreiten." Was meint L. zu diesem abtrünnigen Freunde! Und gilt Lehmann der „herrliche geniale Entdecker" jetzt bei D. als „niemand"? Was D. weiter zur Entschuldigung seines Freundes hinzufügt, trifft gar nicht die Frage, um die es sich handelt.

2) Vgl. z. B. S. 249 (45) Anm. und 263 (59) Anm. 2. Damit erledigt sich L.'s Behauptung, daß ich der Definition des Wortes „Rüstung" „beharrlich aus dem Wege gehe." Seine eigene Definition der „Rüstung" benutzt L. nur für Preußen, nicht für Oesterreich und zwar bei Preußen zu dem Zweck, um Vorgänge, wie die alljährliche „Komplettierung" (bei der auch die zum „Kriegsstand" nötigen doppelten Ueberkompletten fehlten) als Rüstung auszugeben (vgl. oben S. 154. 155. 199. 204. 205). Dagegen das „auf Kriegsfuß Setzen" der österreichischen Regimenter (vgl. Teil I. 267 (63) Anm. 1) gilt für L. nicht als „eine Umwandlung des Friedensstandes in den Kriegsstand."

3) Die Angaben L.'s S. 148 über die Errichtung von 7 preußischen Garnisonbataillonen (erst später wurde das eine von ihnen zum Feldbataillon), sind alle sieben falsch (vgl. oben S. 120. 170. 248). L. ist jetzt durch seine eigenen irreführenden Angaben selbst getäuscht worden. Er hatte vor 2 Jahren in seinem Buche S. 6 und S. 43 nur angegeben, daß für die betreffenden Bataillone am 1. Januar eine Ordre erging resp. am 1. Juni die Gelder flüssig waren; damals, als er die

die fast jährlichen Uebungslager bei Pitzpuhl oder Spandau, oder auch österreichische Friedensmaßregeln, z. B. die ziemlich häufigen bloßen Uebungslager bei Kitsee, oder die alljährlichen gewöhnlichen Werbungen, — sie stellt L. in eine Linie mit offenbaren Kriegsrüstungen, wie sie in Oesterreich nur im Jahre 1756, aber nicht in den vorangehenden Jahren erfolgten: dahin gehören die in fieberhafter Eile betriebene Ausrüstung der Festung Olmütz, der ganz ungewöhnlich große Aufkauf aller Pferde im Hannoverschen, die beschleunigten großen Werbungen, die Augmentationen in Oesterreich, d. h. das „auf Kriegsfuß Setzen" der Regimenter [1]), die Verlegung und Verschiebung der sämtlichen entfernten ungarischen Kavallerieregimenter in der Richtung der preußischen Grenze, die Sammlung der entfernten ungarischen Kavallerie zu kriegerischen Zwecken unter dem Vorwand eines Uebungslagers [2]). Noch anderes wie die Mobilmachung der ungarischen Kavallerie oder die Rückberufung der österreichischen Offiziere vor dem 8. Juli, die Benutzung der Nachricht vom angeblichen Schweidnitzer Lager als Vorwand für die Rüstungen, die Meldungen Pueblas, die Aeußerungen des Grafen Kaunitz über die gegen Rußland gerichtete preußische Rüstung und über die österreichischen Rüstungen im Juli und August, all dies und zahlreiche andere entscheidende Mitteilungen [3]) übergeht L. mit Stillschweigen.

---

Akten noch kannte, wußte er, daß dagegen die Errichtung dieser Bataillone erst für den 11. August resp. 15. August angeordnet war. Diese Termine hatte er in seinem Buche nicht mitgeteilt, hatte sie verhüllt, indem er durch bloße Nennung des 1. Januar und 1. Juni den Schein erweckte, als seien diese Bataillone schon damals, d. h. sechs Monate bezw. zwei Wochen vor Beginn der preußischen Rüstungen errichtet worden. Jetzt, wo ihm der Inhalt der Akten nicht mehr gegenwärtig, hat sich sein Verfahren an ihm selber gerächt, er selbst ist jetzt irregeleitet: mit Berufung auf S. 6 resp. S. 43 bemerkt er, die Bataillone seien am 1. Januar resp. 1. Juni „errichtet" worden!

1) L. kennt leider weder die österreichischen Akten, noch die österreichischen Heereseinrichtungen. In Oesterreich ist „Augmentation" der Regimenter ein technischer Ausdruck, das Wort wird gleichbedeutend gebraucht mit „auf Kriegsfußsetzen" des Regiments; in Preußen heißt Augmentation jede beliebige Heeresverstärkung; also beides ist nicht vergleichbar. — Wenn L. erklärt, „schleunige Werbungen" fänden sich in den Hofkriegsratsprotokollen überall bis 1749 zurück, so beweist er damit nur wieder, wie leichtsinnig er Behauptungen über Akten aufstellt, die er nicht gelesen hat. — Wenn er meint, ich hätte bei Verlegung der Kavallerie die Maros-Husaren vergessen, und mir für diese österreichische Maßregel preußische Akten vorhält, so begeht er gerade den Fehler, den er mir vorwerfen will, und von neuem zeigt er, daß er die österreichischen Akten, die allein hier entscheiden können, nicht eingesehen hat. Ich kann ihm sofort damit dienen: Hofkriegsratsprotokolle 1756, 28. Januar Nr. 438 Fol. 159 und 11. Februar Nr. 191 Fol. 262. Hätte er sie gelesen, so würde er wissen, daß die Verlegung der Maros-Husaren im Winter 1755/56 einen anderen Charakter trägt als die Verlegung der Ansbach-Kürassiere im Mai 1756. — Er frägt höhnend, warum ich die in meinem Aufsatz Histor. Zeitschr. 56, 408 angeführten „Truppenmärsche", („solche Nachrichten", die Friedrich erhielt) nicht in Teil I erwähne. Ist es denn wirklich so schwer zu verstehen, daß ich in den früheren Aufsätzen das berichten mußte, was Friedrich hörte, daß ich dagegen jetzt in den „Beiträgen" eine Darstellung der wirklichen österreichischen Rüstung geben wollte?

2) Vgl. über alle diese Maßregeln Teil I, 249—265 (45—61).

3) Vgl. Teil I, 230—269 (26—65).

2) Den wichtigen Erlaß an Esterhazy vom 26. Juni, der die kriegerische Tendenz der Kavallerielager in Ungarn unumwunden eingesteht, und der abgefaßt wurde, lange bevor man von preußischen Vorkehrungen etwas wußte, sucht L. in seiner Bedeutung abzuschwächen, indem er ihn ohne weiteres zu einem „ostensiblen" stempeln will. L. war verpflichtet, aus den Akten den Beweis zu liefern, daß er ostensibel sei. Natürlich vermag er dies nicht; er kennt ja nicht einmal den Erlaß, über den er urteilt. Statt dessen verlangt er von mir, ich hätte den Beweis des Gegenteils führen müssen. Sehr bequem: unbegründete Behauptungen sich ausdenken, und wenn ein anderer Gelehrter nicht das Gegenteil davon bewiesen hat, so — sind die Behauptungen Thatsachen [1]). Eigentlich ist es überflüssig, darauf überhaupt zu antworten. Allein, meint denn L. wirklich, daß ich so ungerüstet und ohne Reserven dastehe, wie er? Natürlich kenne und besitze ich wie das Reskript vom 27. Juli und die Akten über die Maros-Husaren, so auch den ganzen Esterhazy-Erlaß. Nicht eine Spur darin, daß die Mitteilung ostensibel ist, kein Wort davon, daß Esterhazy die Nachricht über die ungarische Kavallerie an die Russen weitergeben soll. Er hätte sich ja auch arg widersprochen, wenn er soeben, auf Grund des Erlasses vom 22. Mai [2]), die Russen aufforderte, mit den Rüstungen nicht zu eifrig vorzugehen und nun ihnen anzeigt: wir Oesterreicher dagegen rüsten eifrig. Die Mitteilung des Reskripts vom 26. Juni über die ungarischen Kavallerielager diente nur zur Instruktion Esterhazys. Und steht etwa Kaunitzens Aeußerung vom 26. mit den thatsächlichen Vorkehrungen in Ungarn im Widerspruch? Im Gegenteil, sie stimmen völlig überein. Weiter: L. erinnert an eine Aeußerung des russischen Kanzlers. Sie ist in seinem Buch S. 56 erwähnt. Sogar L.'s eigenes Buch kenne ich besser als er: die Aeußerung des Russen ist vom 17. August. Kaunitz hat sie Ende August oder Anfang September. Und sie soll den Staatskanzler zu dem Erlaß vom 26. Juni veranlaßt haben! „Daten-Verschiebung" würde Delbrück hier mit Recht sagen. Endlich greift L. zum äußersten Mittel: Er dichtet Kaunitz „das dringendste Interesse" an, dem ebenfalls erdichteten „Mißtrauen" der Russen entgegenzutreten, das über eine gleichfalls erdichtete „Inhibierung der Rüstungen", d. h. über die österreichischen Anträge vom 22. Mai, entstanden sein soll [3]). Ich muß hier von neuem bei L. Unkenntnis der Akten und „Daten-Verschiebung" konstatieren. Denn wie die Russen den österreichischen Antrag aufgenommen, weiß L. garnicht; und was Kaunitz und wann er etwas darüber erfahren hat, weiß L. ebensowenig. Der Erlaß Kaunitzens vom 26. Juni antwortet auf Esterhazys Bericht vom 1. Juni; hingegen dessen Bericht über die Aufnahme der österreichischen Anträge vom 22. Mai ist datiert erst vom 25. Juni und ist in Wien präsentiert erst am 10. Juli. Also erst am 10. Juli hat Kaunitz die Mitteilungen erhalten, derentwegen er am

1) Vgl. auch oben S. 310.

2) Vgl. Teil I, 279 (75) Anm.

3) Schon I, 279 (75) Anm. ist nachgewiesen, daß Esterhazy nicht die Rüstungen, sondern das übereifrige Vorgehen der Russen inhibieren sollte.

26. Juni einen „ostensibeln" Erlaß aufgesetzt haben soll! Und wie lauteten diese Mitteilungen? Etwa so wie L. es sich ausdenkt? Berichtet Esterhazy etwa am 25. Juni nach L.'s Wunsch vom „Mißtrauen" der Russen? Natürlich das Gegenteil! Er meldet, daß die Czarin mit den Anträgen der Oesterreicher einverstanden sei und ihnen gern nachkomme, „daß der hiesige Hof in seiner vorigen guten Gesinnung, Eifer und Ernst zu Ausführung des großen Unternehmens nach wie vor continuire".

L. mag angreifen, wo er will, zurückgeschlagen wird er überall; für jede Frage liegen die gesamten Akten mir schon längst bereit[1]).

3) L.'s letzter Einwand gilt der Kochschen Denkschrift, der Denkschrift von Mitte Mai 1756, die die Grundlage der österreichischen Offensivrüstungen wurde (vgl. Teil I, 260 [56] ff.). L. bestreitet, daß Kochs Vorschläge offensiv gemeint, bestreitet zweitens, daß sie von der Kaiserin befolgt seien.

Zunächst das letztere. Koch hatte eine Anzahl Maßregeln vorgeschlagen, die in nächster Zeit (doch ohne daß Koch einen bestimmten Termin für Beginn oder Beendigung setzt) ausgeführt werden sollten; außerdem zwei Maßregeln, die zum 1. August (Kampierung der Regimenter in Böhmen und Mähren) resp. nach dem 1. August (Sendung von Artillerie nach Böhmen und Mähren „zur Zeit des Kampements") erfolgen sollten. Die Frage ist: Hat man begonnen, Kochs Ratschläge durchzuführen, noch bevor irgend ein Impuls von außen, etwa durch Nachrichten über preußische Rüstungen, hinzu kam. Das ist in der That im vollsten Maße geschehen: der bedeutsamste aller Vorschläge Kochs, der Vorschlag, die Offensive auf 1757 zu verschieben, ist sofort am 22. Mai ausgeführt worden, nach seinem Rat ist die Depesche an Esterhazy abgefaßt worden. Schon dies ein untrügliches, unwiderlegliches Zeichen, daß die Kaiserin Kochs Denkschrift acceptiert und seine Vorschläge befolgt hat. Weiter ist im Mai, Juni und vor dem 8. Juli die Durchführung der von Koch angeratenen militärischen Maßregeln begonnen worden (vgl. Teil I, 264—266 resp. 60—62)[2]). Wendet

1) L.'s Bemerkung über den „ungarischen Winter" ist schon von Heigel treffend zurückgewiesen worden a. a. O. Monatsblätter I. 15. 16.

2) Daß die Ausführung dieser Maßregeln im Mai und Juni beendet war, hat Koch nicht verlangt. Im Gegenteil, er wünschte, daß alles „ohne Aufsehen" geschehen möge. Daher wurde von den zwei nach Böhmen zu verlegenden Kavallerie-Regimentern zuerst nur eins dorthin verlegt. Auf die von L. und D. hervorgehobene geringe Zahl der Regimenter kommt nichts an, sondern nur darauf, ob man in irgend einer Weise mit dieser von Koch als Offensivrüstung angeführten Maßregel nach Mitte Mai begonnen hat. — Die von mir S. 265 (61) erwähnten Befehle für die ungarischen Lager, die im Juni auf Grund der Kochschen Denkschrift erteilt wurden, gingen ungleich weiter als die S. 253 (49) erwähnten Befehle aus dem April. Der specielle Ratschlag Kochs, die „weiters entfernte" Kavallerie zu sammeln, wird erst durch die Befehle vom Juni ausgeführt. Ist es ein Widerspruch, wenn Koch rät, eine Maßregel, mit der schon im April ein kleiner Anfang gemacht war, weiter fortzuführen? Da L. weder die Befehle aus dem April, noch die aus dem Juni kennt, so greift er bei dieser Gelegenheit wiederum (S. 150 unten) zum beliebten Auskunftsmittel: der persönlichen Beschimpfung seines Gegners.

L. gegen alle diese meine Beweise etwas ein? Kein Wort! Also die Annahme der Denkschrift ist entschieden. Nein, entgegnet L. trotzdem: denn die Kampierung und die Artilleriesendung war noch nicht vor dem 6. resp. 8. Juli, d. h. bevor die Nachrichten aus Preußen kamen, ausgeführt. Ein wunderlicher Schluß! Koch verlangt Kampierung und Artilleriesendung zum 1. resp. nach dem 1. August (was L. wieder einmal seinen Lesern vorenthält); L. verlangt beides vor dem 8. Juli. Und weil dieser Wunsch Max Lehmanns natürlich von Maria Theresia nicht erfüllt wird, so erklärt er — die Wünsche Kochs sind von Maria Theresia nicht erfüllt worden[1]).

Zum zweiten: Ich wies S. 260 [56] ff. nach, daß Kochs Denkschrift ganz und gar offensiv ist. Auch nicht der mindeste Zweifel kann darüber bestehen; die von Koch wiederholt gebrauchten Worte „offensive Operation", „offensiver Krieg", können doch nicht als „defensiv" übersetzt werden? Trotzdem behauptet L. von neuem, die Denkschrift sei defensiv und schließt apodiktisch: „für jeden ist klar, daß ich Recht habe". Sonderbar! Wie interpretiert denn L. die Urkunde und das Wort „offensiv"? Antwort: Ueberhaupt nicht! Die ganze Urkunde, über die gestritten wird, und über die er einst in guten Tagen so stolz geredet hat, geht ihn plötzlich garnichts mehr an, um sie kümmert er sich nicht. Er vermag gegen meine Erklärung des Inhalts nichts einzuwenden und sucht die Aufmerksamkeit abzulenken, indem er, statt über die Denkschrift zu sprechen, von einem 10 Tage später aufgesetzten Brief Kochs an Kaunitz erzählt. In diesem klagt Koch u. a., man habe in Oesterreich nicht einmal einen Defensivplan. Diese Bemerkung beweist für den Inhalt jener Urkunde absolut nichts; sie zeigt nur von neuem, was L. trotz seiner „eingehendsten Aktenforschungen" in Wien nicht erkannt hat, daß Kaunitz, von den friedlichen Absichten des preußischen Königs überzeugt, mit allen größeren Rüstungen noch warten wollte, daß dagegen der alte ängstliche Koch, um auch

1) Auch nach dem 8. Juli blieb Kochs Denkschrift die Grundlage der Rüstungen. Daher habe ich mit Recht auch diese späteren Maßregeln mit angeführt. Noch viel weiter, als ich in Teil I es andeutete, läßt sich der im Juli und sogar im August fortwirkende Einfluß der Denkschrift Kochs nachweisen, z. B. bei dem Protokoll vom 8. Juli, bei den Marschbefehlen vom 16. Juli u. a. Ich werde dies später ausführen. — L. kann trotz meines von ihm unbestritten gelassenen Beweises über das Schweidnitzer Lager (I, 243 ff. resp. 39 ff.) sich nicht loslösen von der falschen Vorstellung, daß für den Zusammentritt der Rüstungskommission am 8. Juli die wirklichen preußischen Rüstungen das ausschlaggebende waren. Man griff nur die Nachricht Hinderers als willkommenen Vorwand auf, da die Zeit herannahte, wo für die Lager zum 1. August die Marschbereitschafts- und Marsch-Ordres ergehen mußten. Die Oesterreicher hätten Mitte und Ende Juli viel schneller noch gerüstet (hätten z. B. am 16. Juli nicht bloß den böhmischen und mährischen und einigen ungarischen Regimentern [vgl. L. 48], sondern auch den Regimentern Innerösterreichs Marschbefehle erteilt), wenn sie sich wirklich durch preußische Rüstungen schwer bedroht geglaubt hätten. Daß der Befehl vom 16. Juli nur den genannten Regimentern zuging, ist wieder eine Nachwirkung der Ratschläge Kochs. Später, als andere, früher nicht vorhergesehene Ereignisse hinzutraten, ist selbstverständlich auch die Kochsche Denkschrift überholt worden.

den Staatskanzler von der Richtigkeit seiner militärischen Ratschläge zu überzeugen, diesem vorstellte, man sei in Oesterreich selbst für eine eventuelle Defensive nicht vorbereitet[1]).

Die falsche Interpretion, so unbegreiflich sie ist, mag noch hingehen. Weit schlimmer aber ist ein anderes. L. erklärt, ich hätte die von ihm abgedruckte Briefstelle kennen müssen, hätte sie aber dem Leser nicht mitgeteilt und dadurch wieder einmal eine irreführende Wirkung erzielt. Gewiß, ich kenne L.'s Abdruck, kenne ihn nur allzu gut! kenne nicht bloß ihn, sondern kenne sogar — das, was L. auch bei diesem Abdruck fortgelassen hat! Alles, was L. verstümmelt hat, liegt mir in „echter" vollständiger Fassung vor. Habe ich nicht ausdrücklich betont, daß ich bisher nur einen Teil seiner „Kürzungen" an die Oeffentlichkeit gebracht habe[2]). Ich hatte geglaubt, es sei genug, übergenug dieser Dinge, hatte gemeint, über die anderen schweigen und, ohne weitere Polemik, die echten Texte publizieren zu können. In seinem Dünkel und seiner Verblendung reißt L. nun selbst eine neue dieser schweren Wunden auf! Ja wohl, Koch hat auch in diesem Begleitschreiben an Kaunitz die ihn bei Abfassung der Denkschrift leitende Intention angegeben; obschon es wahrlich nicht nötig war, denn ein Blinder bemerkt an dem fortdauernden Gebrauch des Wortes „offensiv", daß es sich um etwas „offensives" handelt. Aber nicht in den von L. publizierten Sätzen spricht Koch von der ihn bestimmenden Absicht, sondern in dem unmittelbar vorangehenden, von L. unterdrückten Satze: „Mon intention était uniquement à faire voir à Sa Majesté Sa situation présente dans Son intérieur, le dégré de possibilité où Elle paraît pouvoir aller avec Ses propres forces, et que, pour pouvoir même aller si loin, sans exposer la monarchie à des risques très grands, il manque quantité de dispositions et arrangements, qui exigent une infinité de temps et d'argent, et auxquels il ne paraît pas même qu'on songe. J'ai remarqué etc." Dies ist die wahre Aeußerung Kochs über die ihn bei Niederschrift der Urkunde leitenden Absichten. Das ist die wichtigste Stelle des Briefes, und sie hat L. unterdrückt! Was er dagegen uns mitteilt, sind nur die auf den Adressaten, auf Kaunitz berechneten (so zu sagen ostensiblen) Bemerkungen Kochs. Bilden die oben zum Ausdruck gebrachten Intentionen nun etwa Defensivabsichten? Ist das der Wunsch, „wenigstens einige Vorsichtsmaßregeln

1) „sans un plan même défensive". Aus dem Umstande, daß Koch sagt, es fehle sogar ein Defensivplan, folgert L., daß Kochs Wünsche ausschließlich auf einen Defensivplan gehen! Vgl. über die Frage auch Marcks a. a. O. S. 32, 33 und Heigel a. a. O. I. 16, 17. Bemerkt sei ferner, daß auf der erhaltenen Abschrift, die auch dem L.'schen Druck zu Grunde liegt, die Bezeichnung der Denkschrift lautet: „Copia eines geheimen Vortrages an der Kaiserin und Königin Majestät, die Unternehmungen wider den König von Preußen betreffend." Selbst wenn, wie es scheint, dieser Zusatz nicht von Koch herrührt, so zeigt er doch, daß auch der österreichische Ministerial- oder Archiv-Beamte, der den Zusatz beifügte, über den offensiven Charakter der Denkschrift nicht in Zweifel gewesen ist. (Vgl. auch Mitteil. des österr. Kriegsarchivs 9, 239 Anm.) L. hat den Zusatz nicht erwähnt.

2) Vgl. S. 241 (37) Anmerk. 1.

gegen den preußischen Ueberfall zu ergreifen"?[1]) Besteht nicht die ganze Denkschrift eben in dieser Ausführung: Die jetzige Lage Oesterreichs erlaubt es nicht, mit unseren eigenen Kräften vorzugehen und die Offensive jetzt schon aufzunehmen, wir müssen fremde Truppen gewinnen, müssen vor allem mit den eigenen Vorkehrungen zum Angriff beginnen. —

Selbst die scharfe Polemik des ersten Teils hat L. über die tendenziöse Art seiner Aktenmitteilungen nicht zu belehren vermocht. Wie viel weniger hätte bei einem so hartnäckigen Gegner eine bloße Darstellung und Aktenpublikation gefruchtet!

Die letzte Seite (151) L.'s ist wie die erste (139) ausschließlich gewidmet der persönlichen Verunglimpfung des Gegners. Wieder ist L. selbst völlig unschuldig, meine Schrift hat nur seine Anklagen gegen mich von neuem „urkundlich" erwiesen. Alles kehrt unverändert wieder, sogar die Beschuldigung, die auf der von L. selbst als falsch zugestandenen Reise nach Wien begründet ist! Zum früheren gesellen sich noch neue Zierden — genug davon!

Man sieht: Mühelos konnten sämtliche Einwände zurückgewiesen werden. Alles sind Einwände, zu denen der Gegner in der Verzweiflung seine Zuflucht nehmen muß, da ihm besseres nicht mehr zu Gebote steht. An sich wäre es kaum nötig gewesen, solche Bemerkungen erst zu widerlegen, aber aufdecken wollte ich noch einmal an krassen Beispielen, mit welcher Leichtfertigkeit L. gearbeitet hat — und vor allem war es meine Absicht, zu zeigen, daß auch diesem rücksichtslos mit Aufbietung der letzten Kraft geführten Angriff gegenüber meine Beweisführung unerschüttert bestehen bleibt. Ich hoffe sie noch befestigt, hoffe durch Erweiterung meiner Ausführungen, durch Mitteilung neuer Aktenstücke auch sachlich die Streitfrage in dieser Antwort gefördert zu haben.

## 2) Delbrück (Preußische Jahrbücher 84, 31—53).

Aus Mangel an anderen Beweisen hat D. die Einwände L.'s noch einmal wiederholt mit den gleichen, zum Teil mit noch ärgeren Fehlern und unter Fortlassung derselben entscheidenden Angaben. Vgl. z. B. über Kochs Denkschrift Delbrück S. 42, Lehmann 150; über Olmütz D. 42, L. 147; über Kaunitzens „ostensiblen" Erlaß D. 43, L. 149 (bei L. war es eine Vermutung, bei D. ist es bereits eine feststehende Thatsache!); über österreichische Werbungen und Komplettierung D. 43,

1) So charakterisiert L. die Denkschrift S. 36, 37 und Mitteilungen des Instituts für österr. Geschf. 16, 480. Ich muß gestehen, es ist mir auch unbegreiflich, daß ein kritischer Historiker sich nicht gefragt hat: was mag in der Lücke gestanden haben, welche die jetzt allein noch vorliegende Abschrift aufweist? L. sagt ruhig: „Lücke in der Vorlage". Koch bemerkt: „Es wird uns, die wir sogar ohne Desensivplan sind, vielleicht kosten . . . oder sie (die Truppen) im Fall eines plötzlichen Einbruchs des preußischen Königs zu sammeln." Vermutlich stand in der Lücke „sehr viel Mühe, die Truppen für den Angriff zu konzentrieren oder sie" ꝛc.

L. 147; über das Wort „Edition" D. 40, L. 139; über Friedrichs Nachrichten von österreichischen Truppenmärschen D. 44, L. 146; über die Gleichstellung der ungarischen Kriegslager im Jahre 1756 mit den Uebungslagern in früheren Jahren D. 42. 43, L. 148, 149; über die Kaunitzsche Denkschrift von 1755 D. 53, L. S. 144 (bei D. sind sogar „zwei" Kaunitzsche Denkschriften von 1755 daraus geworden; auch dies zur Verstärkung meiner nun doppelt fürchterlichen „Daten-Verschiebungen"!)

So wie D. mit seinem Freunde übereinstimmt in dem, was er an Einzelheiten herausgreift und ohne eigene Nachprüfung von L. übernimmt, so deckt sich seine Polemik mit der L.'schen auch andererseits darin, daß er die gleichen wichtigsten Fragen meiner Schrift stillschweigend bei Seite schiebt.

Fast könnte man auf den Argwohn geraten, daß D. zwar L.'s Entgegnung, die er für den „gemeinen Leser" noch einmal zurechtstutzen will, aber nicht meine Schrift selbst gelesen hat, über die er ja, wenn ich nicht irre, sprechen wollte. Jedenfalls hat er nur einige oberflächliche Blicke hineingeworfen — und sofort war seine Konstruktion und sein System (hier das „System der Daten-Verschiebung") fix und fertig. Die flüchtige Lektüre, die sich an jedweder seiner Bemerkungen konstatieren läßt, wird vielleicht am schlagendsten und zugleich am amüsantesten dadurch erwiesen, daß D. es fertig bekommt, meine Resultate für seine eigenen zu halten, oder Ergebnisse meiner Forschung für Ergebnisse L.'s, oder auch bestimmte Fehler L.'s als meine Fehler zu bekämpfen.

1) Der Leser erinnert sich, L. behauptete, Frankreich sollte direkt gegen Preußen zu Felde ziehen: ich dagegen führte aus, die Franzosen sollten Preußens Bundesgenossen beschäftigen und große Subsidien zahlen[1]). Nun tritt D. als Richter zwischen uns beide und verkündet (S. 48): „Die Frage bedarf noch einer sorgfältigen Nachprüfung, ich finde, beide (L. und N.) sind nicht zu klarer Fragestellung gelangt." D. dagegen hat natürlich sofort die Lösung bereit, er schlägt „eine Zwischenstufe" vor zwischen mir und L., nämlich: „Die Franzosen sollten die preußischen Bundesgenossen beschäftigen und große Subsidien zahlen." Höchst spaßhaft: Genau mein Resultat giebt D. jetzt als seine eigene Entdeckung aus! So sorgsam hat er das Buch gelesen, daß er des Gegners wichtigste These, die ihm gut gefällt und im Gedächtnis haften bleibt, bei Niederschrift des Aufsatzes für seine eigene neue Ansicht hält.

2) Wie der Leser weiß, habe ich nachgewiesen, daß im Frühjahr 1756 Kaunitz mit der neuen Denkschrift vom 29. Mai die Ziele der französischen Verhandlung umgestaltete. Darauf hält mir D (S. 53), mit Bezug auf diese Verhandlung, strafend vor: ich stützte mich auf „zwei" Kaunitzsche Denkschriften von 1755 und hätte nicht beachtet, daß „gerade nach L. im Frühjahr 1756 ein Umschwung der politischen Ansichten eingetreten ist". Also mein Nachweis von dieser Aenderung in Wien wird jetzt L. zugeschrieben und wird nun als Widerlegung gegen mich ausgespielt[2])!

1) Vgl. Teil I. 282, 289, 290, 292, 295, 296 (78, 85, 86, 88, 91, 92).

2) Fast könnte man besorgen, daß D.'s Fehler sogar eines noch schlimmeren Ursprungs ist. Dasjenige, was ihm unklar vorschwebt, ist vielleicht die

3) L. hat bekanntlich die Aussagen des Testaments von 1752, vor allem die „Träumereien“ [1]) ohne weiteres auf des Königs Entschließungen von 1756 übertragen und sie als Beweis für des Königs Eroberungsabsichten benutzt. Ich bekämpfe auf das nachdrücklichste diesen Fehlschuß (und führe daneben aus: wenn eine solche Uebertragung geschehen sollte, so würde es inkonsequent sein, nicht auch die Friedensansichten des Testaments, die zum „Realen“, nicht zu den „Träumereien“ gehören, auf das Jahr 1756 zu übertragen, zumal hier, wie die Thatsachen von 1756 zeigen, das wirkliche Verhalten des Königs der Theorie des Testaments entspreche). Worin besteht nun D.'s Polemik? In der Behauptung, daß Naudé mit Unrecht ohne weiteres „die Aussagen des Testaments von 1752 auf die Entschlüsse von 1756 übertragen hat!“ Also L.'s methodischer Fehler, den ich anfechte, wird jetzt als mein Fehler bekämpft. So wirft D. alles durcheinander. Man vergleiche meine Beweisführung für des Königs Friedenspolitik im Jahre 1756. Nicht entfernt denke ich daran, als Beweis für die Friedensabsichten im Jahre 1756 auf das Testament zurückzugehen, ich führe nur die Handlungen und Aussprüche von 1756 an.

4) Wenn ich (Hist. Zeitschr. 56, 408) von „Friedrichs Nachrichten“ über „österreichische Truppenmärsche“ rede, so vermeint D. (der die Stelle offenbar garnicht gesehen hat, sondern nur L. nachschreibt), ich spräche von dem thatsächlich in Oesterreich Geschehenen; und daraufhin hält er mir eine höchst erbauliche Mahnrede über das, was mir L. gegenüber geziemt hätte. Wenn ich bei dieser Gelegenheit Bd. 56, 408 sage, die betreffende Meldung über österreichische Truppenmärsche hätte auf Friedrichs Haltung gar keinen Einfluß geübt, wenn ich infolge dessen dieser gleichgültigen Nachricht nur eine Zeile widme, so macht D. daraus auf diese Nachricht „waren früher die ganzen (sic) Untersuchungen Naudés (Histor. Zeitsch. Bd. 55 u. 56) aufgebaut!“ Diesmal scheint D. nicht L. und mich, sondern, wie in dem obigen ersten Fall, sich selbst und mich zu verwechseln. Denn er ist es, der in der That seine „ganzen Untersuchungen“ auf eine einzelne Nachricht, die „Nouvelles d'aujourd'hui“ [2]) aufgebaut hat. Man sieht, so oberflächlich wie D. meine Schrift gelesen hat, so wenig

---

von Arneth hervorgehobene und von L. übernommene Thatsache, daß die Franzosen im Anfang des Jahres 1756 ihre Ansichten änderten; und diese Meinungsänderung der Franzosen macht D. zu einer Meinungsänderung Kaunitzens, dessen „zwei“ Denkschriften von 1755 daher 1756 fortfallen.

1) Auch die Arbeiten Rankes benutzt D. so flüchtig, daß er aus ihnen das Gegenteil von dem herausliest, was darin steht. Ranke hat (30, 246) es sehr entschieden abgelehnt, die „Träumereien“ des Testaments für die Entschlüsse von 1756 zu verwerten (wie es L. thut). Ich stütze mich u. a. auch auf Ranke. D. dagegen erzählt: nicht blos L., sondern auch Ranke habe „die Ueberschrift Träumereien schon gekannt, sich aber dadurch nicht abschrecken lassen, den Inhalt zu verwerten“ d. h. für 1756 — denn für die rein theoretischen Eroberungswünsche Friedrichs verwertet ein jeder diese „Träumereien“, darüber hat noch nie jemand gestritten. Danach sucht denn D. mich in einen Gegensatz zu Ranke zu bringen. Den großen Forscher, dessen Arbeiten am schroffsten den Ansichten der neuen Schule entgegenstehen, den möchte D. als Bundesgenossen für sich reklamieren.

2) Vgl. oben S. 276—288.

hat er in dem Moment, wo er sein jetziges betrübendes Urteil über meine früheren Aufsätze ausspricht[1]), einen Blick in diese hineingethan. —

5) Auch an einer zweiten entscheidenden Stelle (S. 37, 38) tritt dies geradezu verblüffend zu Tage: Ich hatte Bd. 55, 451—458 erwiesen, daß im Juni 1756 Friedrich die Ueberzeugung gewinnt, Rußland trenne sich von England und verfolge eine der englischen entgegengesetzte Politik, d. h. es zeige, daß es von englischen Subsidien nicht abhängig sei. D. hätte diesen Nachweis anfechten können; aber nein, viel schlimmer; er hat bei seiner schnellen Arbeitsweise von meinem ganzen Beweis nicht eine Spur bemerkt und erklärt nun: „Naudé begnügt sich, das zu beweisende als bewiesen anzunehmen und gleitet an der Klippe, an der seine Auffassung notwendig scheitern muß, stille vorüber."

6) Und sogar in L.'s Schrift weiß D. schlecht Bescheid. Das zeigte er schon, indem er L. eine meiner wichtigsten Ausführungen zuschrieb (s. oben ad 2). S. 39 entdeckt er ferner: L.'s „eigentliches und durchschlagendes Argument" dafür, daß 1756 die Lage günstiger war, als zur Zeit des Testamentes von 1752, finde sich nicht da, wo L. über das Testament spricht, sondern erst auf S. 74; und weil nicht ich diese schöne Entdeckung zu gunsten L.'s gemacht habe, so werde ich auch persönlich von D. böse mitgenommen. Nun schlage man die Seite 74 bei L. auf; erstaunt sieht man: es ist weder vom Testament, noch vom Jahre 1752, sondern vom Jahre 1749 die Rede!

7) Für die Massen der tendenziösen Fortlassungen, die ich in L.'s Aktenauszügen aufgedeckt, hat D. nur das eine wackere Freundschaftswort: „Es sind völlig beziehungslose (!) oder selbstverständliche Uebergangssätze, die Jedermann (!) ausläßt, der bloß Belegsätze aus den Urkunden ausschreibt!" Das ist die „volle Unbefangenheit", die sich D., wie er uns erzählt, L. gegenüber bewahrt hat[2]).

8) Hingegen für meine Ketzereien, die nach D.'s Bemerkung „von vielen und sehr ernsthaften Leuten als eine völlige Widerlegung Lehmanns hingestellt werden", für sie hat D. sofort das Allerheilmittel

---

1) Sonderbar! in früheren Tagen rühmte D. den „Scharfsinn" und die reichen Ergebnisse dieser Untersuchungen. Preuß. Jahrb. 64, 278 und 58, 423 ff.

2) Ein einziges Mal habe ich vor Delbrück's Augen Gnade gefunden! Wobei? Als ich seiner Gneisenau-Biographie Lob spende und diese Arbeit, die mehrfach von L.'s Scharnhorst abweicht, eine kritische und treffliche nenne. „Das ist völlig richtig" antwortet Delbrück. Aber sogleich daneben hat er mich wieder einmal total mißverstanden: Ich hatte S. 212 (8) bemerkt mit einigen höflichen Worten (für die ich jetzt den mehr als unhöflichen Dank ernte), daß D. in seiner jetzigen Schrift die quellenmäßigen Grundlagen L.'s ohne Weiteres übernommen habe. Auch diese Bemerkung versteht D. dahin, daß ich die „volle Unbefangenheit" seines Urteils L. gegenüber habe rühmen wollen. Jeder andere dürfte wohl das Gegenteil herauslesen. Wenn ich jetzt meine Meinung offen sagen soll, so geht sie dahin: D. ist L. gegenüber vollständig befangen und hat auf jede kritische Prüfung der L.'schen Angaben so gänzlich verzichtet, wie dies wohl selten bei einem Forscher vorkommt, jedenfalls in früheren Arbeiten D.'s nicht vorgekommen ist. Die paar untergeordneten Einwendungen D.'s wollen daneben gar nichts besagen. Aus seiner Voreingenommenheit für den „genialen Entdecker" erklärt sich auch die stark hervortretende persönliche Gereiztheit D.'s, der es nicht vertragen kann, daß jemand über seinen „genialen" Freund ganz anders urteilt als er selbst.

entdeckt: „Sobald die Dinge alle einfach chronologisch zurecht gerückt werden, fällt der ganze Raudésche Angriff auseinander." Die ganze Schrift beruht auf nichts als auf „einem fortwährenden Verschieben der Daten", auf einem „Volte-Schlagen mit Daten". Das muß in der That ein höchst geriebener Autor sein, der mit solchen Zirkuskünsten die gesamte „ernsthafte" wissenschaftliche Welt, außer einem einzigen Manne, hat irreführen können. Und noch dazu, wie D. versichert, „bona fide": also ohne Absicht, gleichsam aus Versehen, hat der Verfasser der „Beiträge" diese staunenswerten Schlauheiten zu Wege gebracht! Immerhin aber wäre es bei dieser Sache doch eigentlich ganz hübsch gewesen, wenn D. auch nur ein einziges falsches oder ungenaues Datum oder nur eine einzige Uebertragung eines später geschehenen Vorgangs auf eine frühere Zeit mir nachgewiesen hätte. Aber auch nicht ein solches Beispiel, wie sie uns bei L. und bei D. allerorten begegneten, kann er auffinden; er macht auch nicht einmal den Versuch der genaueren Beweisführung für seine vernichtenden, bei den „ernsthaften" Leuten aber sicherlich keinen Anklang findenden Behauptungen[1]). Wenn ich über die österreichischen Rüstungen vor und nach dem 8. Juli spreche, so ging es leider nicht anders, als daß ich solche vor und solche nach dem 8. Juli namhaft machte. Aber natürlich, wenn man gar so flüchtig liest, dann kann es wohl passieren, daß einem die Daten im Kopfe durcheinander wirbeln. Dagegen wüßte ich doch ein viel einfacheres Heilmittel, als die Anklage der „Daten-Verschiebung" gegen den Verfasser der „Beiträge": D. hätte meine Schrift statt einmal ungenau, lieber zweimal genau lesen sollen, dann erst hätte er — falls er es dann noch für nötig hielt — seinen Artikel schreiben sollen.

9) Wie wenig D. nicht bloß über diese Schrift, sondern überhaupt über die ganze Streitfrage unterrichtet ist, dafür noch zum Schluß das köstlichste Beispiel: seine Bemerkungen über die Kochsche Denkschrift (S. 42, Anm.). Er sagt: „Für L. kam schlechterdings nur das Defensive der Denkschrift in Betracht." Schon dieses Diktum verrät, daß D. weder die viel umkämpfte Denkschrift gelesen hat, die garnichts von militärischer Defensive enthält, noch auch weiß, worüber eigentlich debattiert wird: nicht über die Frage, ob in Oesterreich vor dem 8. Juli Defensivrüstungen[2]), sondern ob Offensivrüstungen stattgefunden haben. Aber noch viel schöner ist weiter D.'s Begründung. Er sagt: Für die österreichische Offensive brauchte Lehmann Kochs Denkschrift nicht zu citieren, da „diese Offensivabsichten ja von Niemand bestritten werden und keiner

1) Wie schmerzlich muß es für D. sein, daß sich die Kritik in wissenschaftlichen Blättern in der That, soviel ich sehe, außer ihm, einstimmig in dem Sinne ausspricht, wie er selbst es von den „ernsthaften" Leuten erzählt hat. Schmerzlicher noch, daß die ernsthaften Kritiker zwar L.'s Einwände bekämpfen, aber über diejenigen D.'s kein Wort zu verlieren für nötig halten. Nur in den Tageszeitungen (die in überwiegender Mehrheit ebenfalls für mich sich aussprechen) haben einige Schüler und Freunde D.'s eilends seine populäre Wiederholung der L.'schen Entgegnung noch einmal noch populärer wiederholt. E. Daniels „Nationalzeitung" 12. April; G. R. „Deutsche Zeitung" 17. und 18. Mai 1896.

2) Die Existenz von österreichischen Defensivrüstungen vor dem 8. Juli haben weder L. noch ich, noch irgend jemand behauptet.

weiteren Beweise bedürfen.“ Also D. hat keine Ahnung davon, daß die im Mittelpunkt der ganzen Diskussion stehende Kochsche Denkschrift von Rüstungen, von Offensivrüstungen (aber nicht von politischen Offensivabsichten) handelt. Nehmen wir ihn beim Wort: Der Kochschen Denkschrift bedarf es nicht, denn die darin enthaltene militärische Offensive der Oesterreicher „wird von Niemand bestritten“. Nun — sind wir zum Schluß doch glücklich alle einig!

Man erkennt an diesen Beispielen von neuem: Nicht bloß die historische Thatsachen und die Quellen, wie schon früher gezeigt wurde, sondern sogar die litterarischen Arbeiten, über die Delbrück redet, und die gesamte Streitfrage sind ihm ungenügend bekannt. Er kümmert sich einzig und allein nur um seine Konstruktionen. Dazu dann der bedenkliche Fehler, daß er immer wieder seine eigenen subjektiven Ansichten und die Ansichten Friedrichs, die Thatsachen der österreichischen Rüstung und des Königs Auffassung dieser Rüstungen durch einander wirft. All das kann der Leser, soweit er es für nötig hält, leicht in den einzelnen Fällen herausfinden. Daß Delbrück „sich rein und frei der Freude hingiebt“, „einem herrlichen genialen Entdecker zu huldigen“, dieses Vergnügen will ich ihm keineswegs, wie er meint, bestreiten. Das ist ja seine Privatsache! Aber bestreiten muß ich, daß Jemand, der über die entscheidenden Fragen und über die von ihm besprochenen Schriften so wenig unterrichtet ist, ein Recht besitzt, an dieser Diskussion öffentlich teilzunehmen und sogar als oberster Richter über den streitenden Parteien sich aufzuspielen. — —[1])

1) Bei Abschluß der Arbeit erhalte ich Kenntnis von zwei Artikeln der „Grenzboten“ vom 2. und 9. Juli 1896. Der Verfasser, Julius Franz, wendet sich sehr entschieden gegen Lehmanns Auffassung.

# Neue Erscheinungen[1]).

## Bücher[2]).

**Die Bau- und Kunstdenkmäler in den Hohenzollernschen Landen.** Im Auftrage des Hohenzollernschen Landes-Ausschusses bearbeitet von Dr. Karl Theodor Zingeler, Fürstl. Hohenzoll. Hofrat, und Wilhelm Friedrich Laur, Architekt. Mit 22 Lichtdrucken, 168 Abbildungen im Text und einer archäologischen Uebersichtskarte von Hohenzollern. Stuttgart 1896, Paul Neff.

Wer das vorliegende Werk in der Hoffnung zur Hand nimmt, in demselben manche Nachrichten über die künstlerische Thätigkeit der Vorfahren unseres Herrscherhauses in ihrer alten Stammburg und Umgebung zu finden, wird sich enttäuscht sehen, die Ausbeute ist in dieser Beziehung verhältnismäßig gering. Trotzdem wird jeder Freund deutscher Kultur und Kunstgeschichte das sorgfältig gearbeitete und gut ausgestattete Werk mit Interesse durchlesen. Die Hohenzollernsche Lande sind reich an keltischen und germanischen Gräberfunden, denen sich die Erinnerungen an die Kultur des Römerreiches in großer Zahl anschließen. Um so auffallender ist die Armut an Bau- und Kunstdenkmalen der ersten christlichen Jahrhunderte, erst aus dem 11. und 12. Jahrhundert finden sich kleinere Kirchen von geringer Bedeutung, und unter den erhaltenen Skulpturen dieser Zeit sind nur die in dem Schutt der 1423 zerstörten Hohenzollern-Burg aufgefundenen Reliefs mit einer Darstellung des heiligen Michael erwähnenswert, die heute in der Michaelskapelle der Burg in die Chorwand eingelassen sind. Umfangreicher als die kirchlichen Denkmäler der frühsten Zeit sind die Burgruinen, die sich zahlreich auf den Höhenrücken und Hügeln erhalten haben. Auch die Gothik hat wenig Spuren von wirklicher Bedeutung hinterlassen; schon aus der Uebergangszeit zur Renaissance stammen die Reste des Grabdenkmals des Grafen Eitel Friedrich II. von Hohenzollern und seiner Gemahlin Magdalena von Brandenburg in der Kirche zu Hechingen. Diese schöne Bronze-Grabplatte von der Hand Peter Vischers ist nur der Ueberrest des 1779 zerstörten Denkmals, von dessen vollständiger Gestalt sich leider keine Abbildung erhalten hat. Ein Gipsabguß der Platte befindet sich im Hohenzollern-Museum, ein schönes Bildnis dieses hervorragenden Mitgliedes der Familie von der Hand Hans

1) Die Zeitschriften-Schau wird, da die Referenten zum Teil gewechselt haben, erst im II. Heft erscheinen.

2) Die wichtigeren der vorläufig nur mit dem Titel angeführten Bücher werden im nächsten Heft besprochen.

Schäuffeleins ist von mir im Gemälde-Depot der Königlichen Schlösser aufgefunden und nach seiner Restaurierung im Berliner Schlosse placiert worden; es trägt die Aufschrift: „Eithel friderich Grave zu Zollern Des Haeil. Römischen Reiches Erbcaemmerer. Dem Gott Gnad."

Beachtenswert sind aus der spätgotischen Zeit noch die Ueberreste von meistens der Ulmer Schule angehörenden Flügelaltaren in Holzschnitzerei in verschiedenen Kirchen, während sich die Steinskulpturen auf einige wenige Stücke beschränken. Unter den Gemälden dieser früheren Periode sind nur die vier Bilder von Zeitblom in der Kirche zu Bingen von wirklicher Bedeutung.

Von größerem Umfange sind in den Hohenzollernschen Landen die Ueberbleibsel der Renaissance-Kunst, ohne daß ich hier näher darauf eingehen kann, während infolge des dreißigjährigen Krieges, wie fast überall in Deutschland, fast jede Kunstthätigkeit erlischt. Von besondern Reiz erscheinen nach den Abbildungen einige Kirchen des 18. Jahrhunderts in ihrer Innendekoration zu sein, so die Klosterkirche zu Beuron und ganz besonders die außerordentlich reich ausgebildete St Anna Kirche zu Haigerloch.

Die zahlreichen Abbildungen sind gut und zum Teil reizvoll gezeichnet, während die Lichtdrucke bei der oft sehr starken Verkleinerung zuweilen nicht deutlich und scharf genug sind. Das sorgfältig und mit Liebe gearbeitete Werk wird somit jedem Leser mannigfache Anregungen gewähren.

P. Seidel.

**Witte: Die älteren Hohenzollern und ihre Beziehungen zum Elsaß.** Straßburg 1895, Heitz (XII u. 136 S.; 12 Mk.).

**E. Bahrfeldt: Das Münzwesen der Mark Brandenburg unter den Hohenzollern bis zum Großen Kurfürsten** 1415—1660. Berlin 1896, Kühl (32 Mk.).

**Wilhelm Hammer: Ortsnamen der Provinz Brandenburg**[1]). I. u. II. Beil. zum Jahresb. der 9. Städtischen Realschule. Berlin, Ostern 1894 u. 95 (32 u. 30 S. à 1 Mk.).

Immer wieder locken die rätselhafte Gebilde der altertümlichen Ortsnamen den Gelehrten zu eindringender Forschung, ob es nicht möglich sei, mit ihrer Hilfe den Schleier der dunkeln Urzeit, von der kein Geschichtsschreiber meldet, zu heben. Für die Gebiete alter deutscher Kultur hat Arnold gezeigt, wie sich durch umfassende Verwertung dieses Materials wertvolle Ergebnisse der Ansiedelungen und Wanderungen der germanischen Völker gewinnen lassen. Die Erforschung der slavischen Ortsnamen hat Miklosich durch seine grundlegenden etymologischen Untersuchungen auf eine sichere Basis gestellt, und Brückners gekrönte Preisschrift über die slavischen Ansiedelungen in der Altmark und im Magdeburgischen, die eine ganze Reihe von Einzeldarstellungen eröffnen sollte, schien einen methodischen Fortschritt der Forschung zu verheißen. Seitdem haben andre ehemals slavische Länder wertvolle Arbeiten zu verzeichnen, wie z. B. das Königreich Sachsen Heys auf gründlichster Sachkenntnis ruhendes, 1894 erschienenes Buch über die slavischen Siedelungen. Die Mark aber hat nur einige dilettantische Versuche aufzuweisen, die die Sache nicht zu fördern imstande sind. Ein solcher ist die Arbeit W. Hammers über die märkischen Ortsnamen. Der Verf. behandelt in zwei Heften die Ortsnamen der Kreise Teltow, Nieder- und Ober-Barnim, Angermünde, Prenzlau, Templin und Ruppin, leider nur innerhalb der Kreise alphabetisch geordnet, während eine rein alpha-

1) Vgl. des Verf. Märkische Ortsnamen. Brandenburgia, Juni 1894. 61—75.

betische Anordnung die Uebersicht sehr erleichtert hätte. In den meisten Fällen begnügt er sich damit, die vor fast einem halben Jahrhundert veröffentlichten Ableitungen von Berghaus und Fidicin nebeneinander zu stellen, ohne zwischen ihnen eine Entscheidung zu treffen. So wiederholt er Berghaus ganz haltlose Vermutung, der Ort Groß-Beuthen sei als eine Gründung der Littauer nach der Göttin der Weisheit Budte genannt worden! Auf die wichtige Frage, wie die Slaven aus Appellativen oder aus Personennamen die Ortsnamen schufen, geht er „wegen Mangel an Raum" nicht ein. Und doch ist nur auf Grund einer tiefer eindringenden Erörterung der slavischen etymologischen Gesetze und einer genauen Feststellung der altslavischen Mundart, der die Ortsnamen unserer Gegend angehören, eine methodische Ableitung der Ortsnamen und namentlich eine Entscheidung der Grundfrage, welche Ortsnamen von Personennamen herkommen, möglich.

Dazu würde freilich eine umfassendere Kenntnis der altslovenischen und der modernen slavischen Sprachen erforderlich sein, als sie W Hammer verrät. Solche Kenntnis hätte den Verf. auch davor bewahrt, fast allenthalben die Ortsnamen auf Appellativa zurückzuführen, während doch die Slavisten darüber einig sind, daß die bei weitem größere Zahl derselben von Personennamen stammt. So leitet Hammer z. B. im Kreis Teltow nur 1/5 der slavischen Ortsnamen von Personennamen, 4/5 von Gattungsnamen ab. Unrichtig ist es, wenn der Verf. in seinem populären Aufsatz in der Brandenburgia, der einen Auszug aus den Programmen bildet, den uralten Namen Brandenburg als eine Uebersetzung des slavischen Zgorelica bezeichnet. Vielmehr spricht die urkundliche Ueberlieferung für die Herkunft des Namens Brandenburg aus alter germanischer Zeit. Die slavische Form Sgorzelitz erscheint erst bei einem leidenschaftlich polonisierenden Interpolator des 14. Jahrhunderts, der die sogenannte großpolnische Chronik des 13. Jahrhunderts um seine Etymologien bereicherte und, indem er den gangbaren Namen in seine Muttersprache übertrug, von den Markgrafen von Sgorzelitz spricht. —

Können wir somit Hammers Arbeit nicht als eine Förderung der Wissenschaft ansehen, so wird der Wunsch nur um so lebhafter, ein namhafter Slavist wie Brückner möge das begonnene, aber unterbrochene Werk wieder aufnehmen. Dazu scheint freilich die Zeit noch nicht gekommen, solange wir eine so trügerische und mangelhafte urkundliche Grundlage haben, wie den Text der längst veralteten Riedel'schen Sammlung.

O. Tschirch.

**Fr. Sarre: Die Berliner Goldschmiedezunft von ihrem Entstehen bis zum Jahre 1800.** Ein Beitrag zur Kunst- und Gewerbe-Geschichte Berlins. Mit einem Titelblatt von Joseph Sattler, 4 Porträts, 10 Lichtdrucktafeln und mehreren Text-Abbildungen. Berlin, J. A. Stargardt 1895. 20 Mk.

Es ist noch nicht lange her, daß man in den Reihen der zünftigen Kunsthistoriker mit einem herablassenden Mitleid auf diejenigen Kollegen blickte, die sich die Geschichte der Kunst in unserer nordischen Heimat und an ihren Fürstenhöfen als Sonderstudium ausersehen hatten. Es galt für eine feststehende Thatsache, daß hier höchstens für den Feuilletonisten der Lokalblätter ein geeignetes Arbeitsfeld gegeben sei. Das Blatt hat sich sehr gewendet. Das außerordentliche Interesse und die Bedeutung, die die politische Geschichte Brandenburg-Preußens für weite Kreise gewonnen hat, ist nicht ohne Nachwirkung für das Studium der Kultur- und Kunstgeschichte dieses Landes geblieben, und immer reicher und gründlicher fallen dementsprechend die Arbeiten unserer Kunstforscher aus. Auch eine der umfangreichsten Arbeiten auf diesem Gebiete, das vorstehend genannte Buch Sarres, bedeutet für weite Kreise eine Ueberraschung. Das hätte man sich doch nicht gedacht, daß Berlin auf dem Gebiete der Gold- und Silber-Schmiedekunst eine derartige Rolle gespielt hat, wie es hier erkenntlich und

durch Nachweis hervorragender Reste dieser Kunstthätigkeit erwiesen wird. Trotzdem die Not der Kriege mit dem fürstlichen und privaten Besitz an kunstvollem Silber älterer Zeiten mächtig aufgeräumt hat, ist es Sarre doch gelungen mit Hilfe reichen archivalischen Materiales ein umfangreiches und anschauliches Bild davon zu geben, welche Stellung Berlin als Sitz einer großen Anzahl zum Teil recht bedeutender Silberschmiede in der Kunstgeschichte einnimmt. Schon in der Mitte des 15. Jahrhunderts werden zünftige Goldschmiede in Berlin erwähnt, die erste erhaltene Zunftordnung aber stammt aus dem Jahre 1555. In eingehender nur auf sicherem Material beruhender Weise schildert uns Sarre die Entwicklung der Zunft, ihre Gesetze und Verordnungen, ihre Freiheiten und Rechte, aber auch die selbst gesteckten Schranken, die eine weitergehende künstlerische Entwicklung unmöglich machen.

Ueber die Erzeugnisse dieser Kunst in Berlin aus älterer Zeit vermag auch Sarre im großen und ganzen nur aus schriftlichen Quellen zu berichten, es ist wenig vorhanden, was den dreißigjährigen Krieg überstanden hat. Erst der große Kurfürst legte den Grund zu jener reichen Sammlung silberner Prunkgeräte, die von seinen beiden Nachfolgern dann bis in's Kolossale vermehrt wurde. Aber auch hier muß leider fast durchweg die Anschauung durch die Schilderung ersetzt werden. Was der Große Kurfürst, Friedrich I. und Friedrich Wilhelm I. in schier unglaublichen Mengen namentlich im Berliner Schlosse vereinigt hatten, habe ich in neuerer Zeit an anderer Stelle ausführlich schildern können*), Sarre giebt aber erst die Möglichkeit, die Entstehung dieser Schätze uns klar zu machen und den hervorragenden Anteil Berlins an diesen Arbeiten festzustellen. Daß die Berliner Goldschmiede in so hohem Maße für den Hof in Anspruch genommen sind, ist der Erinnerung an ihre Leistungen verhängnisvoll geworden, denn als im Jahre 1745 die Kriegskassen Friedrichs d. Gr. erschöpft waren, da wandte er sich nicht zunächst an die Steuerkraft seiner Unterthanen, sondern ließ in den Schmelzöfen wandern, was ein Jahrhundert in liebevoller künstlerischer Arbeit geschaffen, was seine Vorfahren als größten Schmuck ihres Hauses sorgsam gesammelt hatten. Die von mir veröffentlichten Inventare (a. a. O.) geben eine Vorstellung davon, wie viele hunderte von kostbaren Geräten, wie viele unschätzbare Kunstwerke ihres Materiales wegen in den Ofen wandern mußten, um die $1^1/_2$ Millionen Thaler auszumünzen, die zur Ausrüstung der Truppen verwendet wurden, mit denen Friedrich d. Gr. die Schlachten von Hohenfriedberg und Soor gewonnen hat.

Von Berliner Arbeiten aus der Zeit des Großen Kurfürsten und Friedrichs I. ist nur wenig diesen Einschmelzungen und denen die dem Unglücksjahre 1806 folgten, entgangen, in der Hauptsache nur Münzbecher und Humpen, die zwar zum Teil geringen künstlerischen Wert hatten, aber der seltenen Medaillen wegen geschätzt wurden. Die wenigen eigentlichen Kunstwerke aber, die uns von Berliner Silberschmiedarbeiten jener Zeit überliefert sind, vermögen eine hohe Meinung von dem künstlerischen Können ihrer Verfertiger zu erwecken. Ich erinnere hier nur an jenes Prachtstück, „Satyr mit Natilusmuschel", im Grünen Gewölbe zu Dresden, das man seiner hohen künstlerischen Vollendung halber nur mit den ersten Meistern der italienischen Renissance glaubte in Verbindung bringen zu dürfen, bis Julius Lessing seinen Berliner Ursprung entdeckte und es als ein Werk des Goldschmiedes Bernhard Quippe feststellte, der zur Zeit Friedrichs I. thätig war. Dieses Stück allein zeigt die Thätigkeit dieses Meisters als eine auf der Höhe aller Zeiten stehende, und immer wieder drängt sich uns bei Betrachtung dieses Kunstwerkes der Gedanke auf, daß wir als Schöpfer des Modelles Schlüter selber ansehen müssen, dessen Thätigkeit als Modelleur für Silberschmiede in einem seiner Briefe aus-

*) Seidel: Der Silber- und Goldschatz der Hohenzollern im Königlichen Schlosse zu Berlin. Berlin 1896.

drücklich bezeugt wird. Es fehlt an sicherem Vergleichsmaterial, um derartige Behauptungen absolut zu beweisen, aber so viel steht jedenfalls fest, daß dieses kleine Werk von demselben edeln Formengeist, von demselben großartigen Schwung der Erfindung durchglüht ist, der Schlüters große monumentale Werke auszeichnet. Wenn wir dieses erhaltene Stück als Maßstab benutzen dürften für die Unmengen von eingeschmolzenen Kunstwerken, dann dürfte sich die Silberschmiedekunst Berlins getrost neben diejenige Nürnbergs und Augsburgs stellen.

Es würde zu weit führen das reiche von Sarre verarbeitete Material hier auch nur anzudeuten. Der Einfluß der französischen Réfugiés auf die Goldschmiedekunst Berlins, die ungeheure Fülle der Arbeiten für König Friedrich Wilhelm I., die Juwelierarbeiten für Friedrich den Großen, unter denen sich namentlich die Dosen eines berechtigten Rufes erfreuen, alles erfährt eine aktenmäßige, durch Kenntnis der erhaltenen Stücke vertiefte Darstellung und Würdigung. Die Merkzeichen der Berliner Goldschmiede auf den vorhandenen Arbeiten geben uns in Verbindung mit dem Verzeichnis der in Berlin ansässigen Goldschmiede von 1462 bis 1800 mit 641 Namen die Möglichkeit, für jedes Stück Berliner Silbers, dem man jetzt erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden wird, den Meister festzustellen, und dadurch die Thätigkeit der einzelnen Künstler fester zu umschreiben.

Der kunstgeschichtlichen Würdigung der erhaltenen Arbeiten folgt zum Schluß eine Urkunden-Sammlung, in der alles archivalische Material von Bedeutung im Wortlaut vereinigt ist. Außer den Abbildungen hervorragender Silberwerke bietet das Werk noch mehrere Bildnisse ausgezeichneter Berliner Goldschmiede. Das ganze Buch stellt sich somit als eine der erfreulichsten Publikationen auf dem Gebiete der heimatlichen Kunst und Kulturgeschichte dar, und kann jedem Freunde derselben warm empfohlen werden. P. Seidel.

**P. Schwenke und K. Lange: Die Silberbibliothek Herzog Albrechts von Preußen und seiner Gemahlin Anna Maria.** Festgabe der Königlichen- und Universitätsbibliothek Königsberg in Preußen zur 350jährigen Jubelfeier der Albertus-Universität. Mit 12 Tafeln und 8 Textillustrationen. Leipzig 1894, W. Hiersemann (2 Bl., 40 S. u. 1 Bl. 4; 25 Mk.).

Dieses Werk, eine der wertvollen litterarischen Gaben, welche im Sommer 1894 der jubilierenden Albertina dargebracht sind, behandelt jene aus der Mitte des 16. Jahrhunderts stammenden, jetzt der königl. Bibliothek zu Königsberg gehörenden 20 Bände (14 in Folio, 4 in Quart und 2 in Oktav), welche herkömmlich als die Silberbibliothek des Herzogs Albrecht bezeichnet werden, da jeder von ihnen ganz und gar mit mehr oder weniger künstlerisch bearbeiteten dünnen Silberplatten belegte Holzdeckel und Rücken hat. Seitdem F. S. Bock in seiner Biographie des Herzogs (1745 und 1750*)) sie alle ausführlich beschrieben hat, sind einzelne Bände hier und da auf Ausstellungen gekommen, auch wohl in Zeitschriften erwähnt, einmal auch abgebildet, aber eine umfassende Würdigung in kunstgeschichtlicher oder kunstgewerblicher Beziehung hatte dieser einzig in seiner Art dastehende Schatz bisher noch nicht gefunden. Bei dieser Untersuchung handelt es sich hauptsächlich um die Beantwortung der beiden Fragen: von wem und für wen die Sammlung beschafft, und zweitens wo und von wem sie hergestellt ist. Die erstere Frage beantworten die beiden Verf., von denen der zuerst genannte als Bibliothekar die bibliographische und die historische Untersuchung geführt, der andere als Kunsthistoriker die künstlerische Seite bearbeitet hat, dahin, daß von diesen wertvollen Büchern nur 2 dem Herzog

*) Nebenbei sei hier bemerkt, daß die zweite Ausgabe nichts weiter als eine mit erweiterter Einleitung versehene neue Titelausgabe ist.

selbst gehört haben, die übrigen sämtlich seiner zweiten Gemahlin Anna Maria von Braunschweig, die durch ihre übertriebene Prunkliebe und durch manche andere weniger fürstliche Eigenschaft sich immerfort in Schulden gestürzt und ihrem Gemahl so manche böse Verlegenheit bereitet hat; nur ein Band von diesen ist nachweislich ein Geschenk des Herzogs für sie gewesen, während die anderen auf ihre eigene Bestellung gearbeitet sein müssen. In Betreff der Herkunft der Silberbände ging die allgemeine Ansicht bisher dahin, daß auch sie aus Nürnberg stammten, von wo Herzog Albrecht vielfach Silbergerät und silbernen Schmuck bezogen hat. Aber schon Dehio sprach einmal zu mir die Vermutung aus, daß wenigstens ein Teil der Bände nicht nach Nürnberger Arbeit aussähe, sondern in Königsberg angefertigt sein müßte. In diesem Punkte kommen die Verf. des vorliegenden Buches zu folgendem Ergebnis: nur die beiden aus der Kammerbibliothek des Herzogs stammenden Bände sind bestimmt fremden Ursprungs, der eine aus Nürnberg (von dem ältern Christoph Ritter oder Ritterlein), der andere wahrscheinlich aus Hannöverisch-Münden; ein dritter Band ist zwar in Königsberg selbst gearbeitet, aber von einem Nürnberger Goldschmied Kornelius („ohne Zweifel" K. Vorwand), alle anderen Einbandplatten dagegen rühren nur von Königsberger Arbeitern her, wie auch ihre geringere Kunstfertigkeit erkennen läßt: endlich auch die Buchbinderarbeit weist nach Königsberg hin. Weiter wird dann der, wie man annehmen darf, gelungene Versuch gemacht, unter den für jene Zeit nachweisbaren Königsberger Goldarbeitern die Verfertiger der Silberplatten festzustellen, auch die Muster zu finden, welche ihnen hin und wieder vorgelegen haben. Unter den herangezogenen Quellen, die ausschließlich dem hiesigen königl. Staatsarchiv entnommen sind, glaube ich diejenige, die beinahe den meisten und entscheidenden Stoff geliefert hat, auch an dieser Stelle besonders hervorheben zu müssen, weil sie, bisher wenig bekannt und noch weniger benutzt, hier zum ersten Male systematisch verarbeitet ist, die für den weitaus größten Teil der Regierungszeit Albrechts vorhandenen Ausgabebücher der fürstlichen Rentkammer, die auch für alle Gebiete der Kultur- und Sittengeschichte überreichen Stoff enthalten. Daß hierbei ganz besonders noch die Geschichte der Goldschmiedekunst und der Buchbinderei in Königsberg bedeutende Förderung gewonnen hat, soll nur erwähnt werden. Die Würdigung der im engern Sinne kunstgeschichtlichen Bedeutung dieser Festschrift Berufneren überlassend, habe ich nur noch den Herren Verf. für die in jeder Beziehung trefflich gelungene Arbeit und für die auch dem Historiker, zumal dem Provinzialhistoriker, gebotene reiche, wertvolle und zuverlässige Belehrung aufrichtig zu danken. Die prachtvollen Lichtdruckplatten rühren von Sinsel & Co. in Leipzig her. Nur noch eine kritische Bemerkung: die schon 1523 zugleich mit der ersten Buchdruckerei angelegte Königsberger Papiermühle war keine herzogliche, wie es S. 8 Anm. 21 heißt. K. Lohmeyer.

**Urkunden zur Geschichte des ehem. Hauptamts Insterburg.** Im Auftrage der Altertums-Gesellschaft Insterburg nach den Originalen im Königlichen Staatsarchiv zu Königsberg und dem Königlichen Geh. Staatsarchiv zu Berlin gefertigt durch Dr. Hans Kiewning und Max Lukat. Herausgegeben durch A. Horn, Justizrat, und Paul Horn, Rechtsanwalt. Insterburg 1895, E. Herbst (IV u. 96 S. 8; 3 Mk.).

Obwohl auf dem Titel nichts davon vermerkt ist, bildet das vorliegende Heft nur erst etwa den fünften Teil der ganzen Sammlung, die veröffentlicht werden soll. Da Dr. H. Kiewning, der mit Ausnahme weniger Stücke den gesamten Urkundenvorrat dieses Heftes teils abgeschrieben, teils ausgezogen hat, in der ersten vorjährigen Lieferung der Altpreuß. Monatsschrift (S. 188) erklärt, daß der Abdruck „ohne sein Zuthun noch

Wissen", d. h. also doch ohne die letzte Kollation und Durcharbeitung, geschehen sei, und darum alle Verantwortung ablehnt, so mag das folgende Urteil diejenigen treffen, „die es angeht". Von Rechtswegen könnte es genügen, und für die wissenschaftlichen Kreise genügt es gewiß auch vollauf, wenn der Berichterstatter sich zunächst, um nicht unnütz Raum zu verschwenden, auf die einfache Erklärung beschränkt, daß diese Arbeit durchweg und nach allen Richtungen hin verfehlt ist, und daß die königliche Staatsregierung dringend zu ersuchen ist, je größere Summen sie solchen Unternehmungen zur Verfügung stellt, um so größere Sicherheit zu fordern, daß die Sache in tüchtigen Händen ist: nur wenige solche Fehlgriffe, und es dürfte garnicht Wunder nehmen, wenn die Regierung sich überall ablehnend verhielte. Für die Auswahl, wenn einmal nicht alles abgedruckt werden sollte oder konnte, ist ein vernünftiger Maßstab nicht zu erkennen. Die Abschriften sind, wie eine Vergleichung mit den Vorlagen gezeigt hat, im ganzen richtig, es sind aber doch noch zu viele, auch sinnstörende Fehler stehen geblieben, die durch eine letzte Kollation leicht auszumerzen gewesen wären; daß die Hausbücher und ähnliche Kopieen späterer Zeiten an den bösesten Fehlern aller Art reich sind, davon hat man offenbar nicht die leiseste Ahnung gehabt; daß dergleichen soweit möglich zu verbessern oder doch wenigstens zu vermerken war, ist dem Bearbeiter nicht eingefallen. Die Regesten erweisen durch ihre vielfachen Lücken und Fehler die völlige Unfähigkeit ihrer Verf. zu solcher Arbeit und sind eben darum für jede wissenschaftliche Verwertung unbrauchbar. — Sollte sich jemand durch dieses Urteil zu Unrecht getroffen fühlen, so werde ich nicht anstehen, dasselbe öffentlich zu begründen. — Aufrichtig zu bedauern ist die Gesellschaft, in deren Auftrag und Namen diese Sammlung erscheint, welche anders eine der allerwichtigsten und dankenswertesten für unsere Provinzialgeschichte sein würde: es ist eine leidige alte Erfahrung, daß die kleinen provinziellen Vereine nur zu häufig durch persönliche Verhältnisse verhindert werden statt der eigenen unzulänglichen Kräfte fremde heranzuziehen. —

Das soeben ausgegebene, bis Ende März 1620 reichende 2. Heft (1896; S. 97—208) zeigt genau dieselbe Art, und wir haben ohne Frage dieselben Bearbeiter vorauszusetzen, wenngleich — man sieht nicht recht, warum — statt ihrer die Gesellschaft selbst auf dem Titel genannt ist: dazu strotzt dieses Heft, mehr noch als das erste, von den schlimmsten Druckfehlern. K. Lohmeyer.

**A. Chroust: Abraham von Dohna.** Sein Leben und sein Gedicht auf den Reichstag von 1613. München 1896, Verlag der Akademie der Wissenschaften (VIII u. 388 S.; 8 Mk.).

**M. Bär[1]: Die Politik Pommerns während des dreißigjährigen Krieges.** (A. u. d. T. Publikationen aus den K. Preußischen Staatsarchiven. Bd. 64. Leipzig 1896, Hirzel (VIII u. 503 S.; 14 Mk.).

**Kurt Breysig: Geschichte der brandenburgischen Finanzen in der Zeit von 1640 bis 1697.** 1. Band: Die Centralstellen der Kammerverwaltung. Die Amtskammer, das Kassenwesen und die Domänen der Kurmark. [A. u. d. T.: Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte der inneren Politik des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg. 1. Teil: Geschichte

1) Hingewiesen sei auf des Verf. Leitfaden für Archivbenutzer, Leipzig 1896, Hirzel, der insbesondere auch auf Preußische Archive Rücksicht nimmt.

der brandenburgischen Finanzen in der Zeit von 1640—1697. 1. Band.] Leipzig 1895, Duncker & Humblot (34 und 934 S.; 22 Mk.).

Mit der „Geschichte der brandenburgischen Finanzen" sind die „Urkunden und Aktenstücke" in eine neue Entwicklungsphase eingetreten. Die leitende Kommission hat die Gelegenheit benutzt, um unter kurzer Skizzierung ihrer Geschichte seit der Gründung im Jahre 1861 das vor 4 Jahren neu aufgestellte Programm darzulegen. Zunächst hatte man 1861 geplant, außer den politischen und ständischen Verhandlungen, sowie den Gesandtschaftsberichten, auch die gesamte innere Politik, die Geschichte des Finanz- und Militärwesens in die Publikation aufzunehmen. Doch hatten mannigfache Hemmnisse im Jahre 1875 zu einer erheblichen Beschränkung dieses weitausgreifenden Programms geführt, und erst im Jahre 1892 ist es der jetzigen Kommission durch Gewährung der nötigen finanziellen Mittel aus dem königl. Dispositionsfonds ermöglicht worden, auf die älteren umfassenderen Pläne zurückzukommen. Gleichzeitig hat die Kommission es als den Grundsatz der Publikation aufgestellt, den Abdruck der Akten auf das thunlichst geringe Maß zu beschränken und das Hauptgewicht auf eine ausführliche aktenmäßige Darstellung zu legen. So steht zu hoffen, daß diese neue Serie der Urkunden und Aktenstücke die innere Geschichte Preußens im 17. Jahrhundert in ähnlicher Weise aufhellen wird, wie es die Acta Borussica für das 18. Jahrhundert bezwecken, und würdig leitet der vorliegende 1. Band aus der Feder Breysigs das neue große Unternehmen ein.

Was bisher aus der Litteratur über die Geschichte der brandenburgischen Kammerverwaltung im 17. Jahrhundert bekannt war, ist doch nur unbedeutend gewesen. Von Specialforschungen liegen nur für die Reformen der Jahre 1651 ff. kleinere Studien von Isaacsohn und Erdmannsdörfer vor. Schmoller widmete dem Gegenstande nur wenige Zeilen, und die zusammenfassenden Darstellungen Riedels und Isaacsohns sind so summarisch, die letztere noch dazu, wie jetzt durch Breysig erwiesen ist, in wichtigen Fragen so fehlerhaft, daß es begreiflich ist, wenn sie nach Umfang und Inhalt durch Breysigs Arbeit völlig in den Schatten gestellt werden. Einen Teil dieser Ergebnisse hatte Breysig bereits 1892 in Schmollers Jahrbuch publiziert.

Der Band zerfällt in zwei große „Bücher", von denen das erste die Centralstellen der Kammerverwaltung, das zweite die Entwicklung des Domänenwesens in der Kurmark Brandenburg behandelt. In beiden Teilen führt Breysig mit Einwilligung der Kommission die Entwicklung bis zum Sturz der Dankelmannschen Verwaltung, die in der Zeit vor und nach dem Tode des Großen Kurfürst eine untrennbare Einheit bildet.

Sehr zweckmäßig teilt Breysig den Stoff des ersten Buches so ein, daß er zunächst die Entwicklung der Centralbehörden verfolgt, und ihre materiellen Aufgaben, die Ausbildung der Centralkassen und Generaletats gesondert behandelt. Nur das Wesentlichste aus dem reichen Inhalt hebe ich im folgenden kurz hervor.

Im Jahre 1640 ist der Kurfürst persönlich, resp. der ihn beratende geheime Rat die einzige Centralstelle für die Kammerverwaltung. Erst nach dem Eintritt Waldecks in den brandenburgischen Staatsdienst ist 1651 als ein integrierender Bestandteil der damaligen mannigfachen Reformversuche das Kollegium der 4 Staats-Kammerräte als Centralinstanz ins Leben gerufen worden, das außerhalb des geheimen Rates stand und die principielle Umgestaltung der gesamten Kammerverwaltung leiten sollte. Doch ist diese Behörde, wie Breysig gegen Isaacsohns entgegengesetzte Behauptung nachweist, nachdem sie kaum ins Leben getreten war, spurlos verschwunden, und der alte Zustand trat wieder ein, bis endlich 1659 in Raban von Canstein ein technischer Sachverständiger an die Spitze des Kammerwesens gelangte. Damit ist der erste Schritt zu dessen Selbständigwerden gethan. Einen so großen Fortschritt indessen auch die von Schwerin entworfene Instruktion

bedeutet, durch die Canstein zum Chef des Kassen- und Rechnungswesens, sowie des gesamten Finanzbeamtentums aller Provinzen erhoben wurde, so hat doch seine Verwaltung so wenig, wie die schnell folgenden Interimistica nach der Seite der Behördenorganisation hin, bezüglich der Schaffung des nötigen Hilfspersonals, der Kompetenzabgrenzung gegenüber dem noch immer rivalisierenden geheimen Rat, Erfolge zu verzeichnen. Erst Knyphausen hat hier, wie auf den übrigen Gebieten der Kammerverwaltung die erforderlichen Reformen glücklich durchgeführt: seine That ist die Gründung der kollegialen Hofkammer im Jahre 1689; in ihr vereinigte Knyphausen das nötige Hilfspersonal, um die ordnungsgemäße Korrespondenz mit den Provinzialbehörden zu führen und die straffe Subordination der provinziellen Kammerverwaltungen aus einem theoretischen Postulat zur Wirklichkeit zu erheben. Hier wurde die strengste Centralisation des Rechnungswesens ermöglicht, und endlich in das Verhältnis der Hofkammer zum geheimen Rat die nötige Klarheit durch die Anordnung gebracht, daß der letztere nur in Abwesenheit des Kurfürsten als vorgesetzte Instanz zu gelten habe. Die Hofkammer stellt das erste Fachministerium dar, ihre Errichtung hat auch für die Entwicklung anderer Verwaltungszweige bahnbrechend gewirkt.

Weit ausführlicher handelt Breysig im 2. Kapitel über die Centralkassen und Generaletats. An drei Gebrechen vor allem krankte um 1640 die brandenburgische Domänenverwaltung: 1. an der Naturalwirtschaft mit ihren Folgen der Unklarheit, mangelhaften Uebersichtlichkeit der Einnahmen und Ausgaben und der Verleitung zu unsauberen Machinationen, 2. an dem Assignationswesen, durch das man die Bedürfnisbefriedigung des Augenblicks teuer mit der Unkenntnis über den wirklichen Stand der Finanzen erkaufte, und 3. an dem viel zu geringen Einfluß der Centralstelle auf die provinziellen Verwaltungen. Bereits bei Beginn der Reformen 1651 hat man diese Uebelstände erkannt und ihre Beseitigung beschlossen: Die Beiträge der märkischen Amtskammer, sowie der andern Territorien werden erhöht und in Geld normiert, eine Umwandlung der noch in weitem Umfange gebräuchlichen Naturalentlohnung der Beamten in Geldgehalt wird in Angriff genommen, eine auch in das Detail eindringende Aufsicht der Centralinstanz über die Rechnungen der Provinzialverwaltungen vorgesehen, und endlich auch im Assignationswesen derjenige Schritt gethan, der die notwendige Vorbedingung für jede Besserung war, die Forderung einer genauen Buchung der Anweisungen an der Centralstelle erhoben. Und, wenn man auch die Bildung einer Centralkasse (im heutigen Sinn) noch außer Acht ließ, so gewährte immerhin das eifrige Bestreben, eine Generalübersicht über die Finanzen herzustellen, einigen Ersatz.

Doch hat das Kollegium der Staatskammerräte von diesen Reformprojekten so gut wie nichts in die Wirklichkeit zu übertragen vermocht, und auch die Verwaltungsperiode Cansteins hat nur ganz verschwindende Resultate gezeitigt. Schon in seiner Instruktion wurde in einer Beziehung ein entschiedener Rückschritt gethan, insofern nämlich die verschiedenen Rentmeister, deren Unterstellung unter die Centralverwaltung Breysig als naheliegend bezeichnet, ausdrücklich den ständisch gesinnten Regierungen untergeordnet wurden. Unter Canstein ist die Quote der für die Centralstelle aus den Provinzen erhobenen Summen eher gesunken als gestiegen, und jedenfalls stand sie nicht im richtigen Verhältnis zu den gesamten Territorialeinnahmen. Auch die Naturalbesoldung der Beamten nahm wieder überhand, und so war denn das Endergebnis ein so trauriges, daß man zu einem außerordentlichen Mittel greifen mußte, um wenigstens dem Hofe des Kurfürsten die nötigen Subsistenzmittel zu gewährleisten: zur Aussonderung bestimmter Einnahmen in eine besondere Hofstaatskasse, womit die Uebersicht über die Kammerfinanzen zunächst nur gestört und das Centralkassenwesen noch mehr zersplittert wurde. Immerhin aber ist das Bestreben Cansteins anzuerkennen, daß er 1664 den Versuch wagte, einen Generaletat der Kammerfinanzen aufzustellen. Daß er recht bedeutende Mängel zeigt, ist nicht verwunderlich, denn einen Generaletat aufstellen

ohne vorher eine Generalrechnung zu besitzen, hieß den zweiten Schritt vor dem ersten thun.

Die auf die Canstein'sche Verwaltung folgende Zeit ist eine Periode langsamen Fortschritts. Zwar die unmittelbar folgende Verwaltung Jenas ist für das Kassen- und Etatswesen so gleichgiltig, wie für alle andern Teile der Kammerverwaltung, aber seinem Nachfolger Gladebeck gelang die Herstellung eines zwar auch noch recht unvollkommenen, gegen den von 1664 indessen doch verbesserten Etats, vor allem aber hat er es verstanden, die Hofstaatskasse durch Beseitigung aller Naturallieferungen und durch die Fixierung ihrer Beträge in Geld erfolgreich zu reformieren, und für sie zum ersten Mal in der preußischen Finanzgeschichte die Einhaltung des Voranschlags durchzusetzen. Und ähnlich reformierte nach ihm Meinders die Schatullverwaltung.

Ungleich größere Erfolge aber hat Knyphausen erzielt. Er zuerst hat 1685/6, namentlich aber 1689 einen vollständigen und exakten Generaletat der sämtlichen Einnahmen und Ausgaben der Kammerverwaltung aufgestellt, und dessen Einhaltung erzwungen. Er hat ferner dem Mangel an Hilfskräften in der Centralinstanz abgeholfen, durch Gründung der Hofkammer eine wirklich beherrschende Centralstelle geschaffen, und er hat endlich 1696 sein Werk gekrönt, indem er mit Kraut's Hilfe eine moderne Generalkasse für die gesamte Kammerverwaltung gründete und hierdurch eine völlige Abhängigkeit der Provinzialinstanzen erreichte.

Das zweite Buch beschäftigt sich speciell mit dem Domänenwesen der Kurmark Brandenburg. Es zerfällt gleichfalls in zwei Kapitel. Das erste ist der Darstellung der Behörden und des territorialen Kassenwesens gewidmet, das zweite behandelt von dem materiellen Verwaltungsgebiet der Kammer ausschließlich die eigentlichen Domänen. Nur aus diesem zweiten Abschnitt sei das Wichtigste angedeutet.

Furchtbare Wirkungen hat doch der dreißigjährige Krieg auf die finanziellen Erträge der kurbrandenburgischen Kammerverwaltung ausgeübt. Noch 1650 ist ihr Ertrag nur etwa gleich 1/3 oder 1/4, 1652 etwa gleich 2/3 bis 1/2 desjenigen des Jahres 1615. Um hier Wandel zu schaffen, beschloß man 1651 principiell das System der Administrierung der Domänen mit dem der Verpachtung (Arende) zu vertauschen. Der Plan ging dahin, gleichzeitig damit den Uebergang zur Geldwirtschaft und die Rückeinlösung der verpfändeten Aemter zu verbinden. Doch hat Breysig den allseitigen völligen Nichterfolg festgestellt. Das Endergebnis der mit solchem Feuereifer in Bewegung gesetzten Reformen ist das denkbar kläglichste. Die Gründe hierfür sind in der mangelnden Ausdauer und schnell versiegenden Energie der leitenden Persönlichkeiten (auch Waldecks) und dem zähen passiven Widerstande der unteren Organe zu erblicken.

Auch die Canstein'sche Verwaltung bedeutet keinen finanziellen Fortschritt. In der großen Frage, ob Administrierung oder Verpachtung vorzuziehen sei, hat er niemals feste Stellung genommen, wenngleich thatsächlich unter ihm die staatliche Verwaltung bei weitem überwiegt. Und, wenn er auch die Aemtereinnahmen durch zwei nicht unwichtige Neuerungen vermehrte (durch die principielle Abschaffung der Amtsfuhren und die Einführung von Zehrgeldern 1669, sowie durch die, den Interessen der alten Stadtwirtschaftspolitik zuwiderlaufende Ausdehnung der Bierbrauerei auf den Domänen auch über den eigenen Bedarf hinaus), so kam doch diese Vermehrung nicht dem Kurfürsten zu gute. Vielmehr sind die finanziellen Resultate der Canstein'schen Verwaltung überaus traurige: 1674 brachten die 9 verpachteten Aemter nur etwa 1/3, die 17 verwalteten nur etwa 1/2, alle 28 Aemter zusammen nur 3/7 des entsprechenden Ertrags von 1615. Nehmen wir hierzu noch die Thatsache, daß nach der Berechnung Breysigs die Verwaltungsunkosten unter Canstein 66—68 % aller Einnahmen verschlangen, so wird es begreiflich, daß man unter ihm selbst gegen 1651 noch um 32 % in den Einnahmen zurückgegangen ist. Den Grund wird man auch hier in dem Umstande zu suchen haben, daß ihm doch trotz mannigfacher Reformideen (hat er doch sogar ein dem späteren Luben'schen ähn-

liches Projekt der Vererbpachtung aufgestellt!) die Stetigkeit in der Ausführung fehlte. Auch abgesehen davon, daß er, wie berührt, in der großen Principfrage der Domänenverwaltung sich zu keiner Entscheidung aufschwang, ist er von dem Vorwurf der Vernachlässigung der laufenden Geschäfte (Rechnungsprüfung, Visitation, vorsichtige Auswahl der Pächter) nicht freizusprechen. Fortschritte hat er nur auf dem Gebiet der bisher arg vernachlässigten statistischen Arbeiten im Bereich der Domänenverwaltung, insbesondere durch technische Verbesserungen der Pachtanschläge erzielt. Sie können aber das ungünstige Urteil über seine Verwaltung im ganzen nicht modifizieren. Von seinen nächsten Nachfolgern hat größere Bedeutung für das kurbrandenburgische Domänenwesen nur Gladebeck zu beanspruchen, der trotz der principiellen Rückkehr zum Verwaltungssystem in der kurzen Zeit seiner Amtsführung bis 1680/1 die Domänenerträge gegen 1673/4 um 129 % gesteigert und damit ungefähr den Standpunkt wieder erreicht hat, auf dem man sich vor Beginn der Reformen 1651 befunden hatte.

Ungleich erfolgreicher aber ist auch hier die Verwaltung des genialen Knyphausen gewesen. Sie wird dadurch charakterisiert, daß er, als überzeugter Anhänger des Arendesystems, es verstand, mit einer gesunden fiskalischen auch eine bauernfreundliche Tendenz zu verbinden. Ohne eine allgemeine und principielle Wandlung in der socialen Lage der Domänenbauern zu beabsichtigen, hat er doch deren Stellung wesentlich verbessert, indem er durch Ausschluß der Bauernpächte und -zinse von der Arende dem Pächter das Interesse an ihrer Erhöhung nahm, indem er ferner die Zahlung von Remissionsgeldern erleichterte und eine milde Praxis bei Streitigkeiten zwischen Pächtern und Unterthanen übte. Die gesunde fiskalische Tendenz aber kam zur Erscheinung einmal in der Verbesserung der formalen Rechnungskontrollen, insbesondere in der Durchführung größerer Exaktheit und Ausführlichkeit der Pachtanschläge, sodann und vor allem in mannigfachen materiellen Eingriffen: dahin gehört zuerst sein Bestreben, die Ausgaben der Domänenverwaltung zu beschränken (und in der That hat er die Verwaltungsunkosten von den 66—68 % der Canstein'schen Zeit auf 27 % reduziert), und dahin gehören zu zweit seine erfolgreichen Bemühungen, die Einnahmen zu steigern. Er hat dies Ziel durch zweckentsprechende Erhöhung der bisher zu niedrig bemessenen Pachtsätze und durch eine erhebliche Erweiterung des Domänenbestandes erreicht. „Die Zahl der von der Amtskammer verwalteten Aemter hatte sich von 29 im Jahre 1674 auf 39 im Jahre 1688, die aller Aemter überhaupt von 32 auf 46 im Jahre 1688 gesteigert. Der Ertrag der unmittelbar bewirtschafteten Aemter aber war von etwa 66 500 Thaler auf 125 700 Thaler, also auf mehr als das doppelte gestiegen", und 1695 bereits hatte er die Einnahmen weiter bis auf 133 600 Thaler gebracht.

Doch nicht in diesen Zahlen allein dürfen wir das Endergebnis der Knyphausen'schen Verwaltung erblicken. Die volle Würdigung läßt Breysig ihm erst zu teil werden, indem er hervorhebt, daß Friedrich Wilhelm I. mit den großen Fortschritten, die er durch die Einführung des Zeitpachtsystems erzielte, doch nur die Richtung verfolgte, die schon Knyphausen gewiesen hatte. —

Der Fortschritt, den Breysigs Arbeit in der Forschung darstellt, ist ein außerordentlich großer. Er hat das Gesamtbild, das man bisher von der Entwicklung der brandenburgischen Kammerverwaltung besaß, wesentlich verschoben. War bisher die Grundanschauung die, daß seit 1651 eine im großen und ganzen stetig aufwärtsgehende Entwicklung anzunehmen sei, so erkennen wir jetzt, daß die Entwicklung vielmehr einer Wellenlinie gleicht, als deren Tiefpunkte die Reformversuche der Jahre 1651 ff. und die Zeit der Canstein'schen Verwaltung anzusehen sind.

Zum Schluß noch einige Bemerkungen allgemeiner Art: Die Geschichte dieses Teiles der brandenburgischen Finanzen zeigt eine bemerkenswerte Eigentümlichkeit darin, daß man schon so relativ früh und mit völliger Deutlichkeit nicht nur die Hauptmängel der Verwaltung erkannt, sondern auch bereits diejenigen Hilfsmittel gefunden hat, die gründliche

Abhilfe zu bringen wohl geeignet waren. Die Reformen von 1651 beweisen dies klar: Geldwirtschaft, Arendesystem, Centralisierung der Verwaltung, Beseitigung der Uebelstände des Assignationswesens sind hier vorgesehen: theoretische Erkenntnisse, die doch erst Knyphausen drei Jahrzehnte später in die Praxis zu übertragen verstanden hat.

Ein zweiter auffallender Umstand ist es, daß die versuchten und durchgeführten Reformen, wie Breysig mit Recht betont, sich ganz überwiegend auf dem Gebiet der formalen Verwaltungsorganisation bewegen, von einer centralen Leitung der Domänenverwaltung auch in technisch-materiellen Dingen so gut wie gar nicht die Rede ist.

Lehrreiche Einblicke in die Zeitverhältnisse erlaubt auch die Art und Weise, wie man die Arende durchführte. Der heutige Pächter ist lediglich ein privater Unternehmer. Die damalige Zeit aber vermochte staatliches und privates Wesen noch nicht streng von einander zu sondern: wie Hof- und Staatsverwaltung erst ganz allmählich sich zu trennen beginnen, so ist auch die Domänenverwaltung eng mit der Verwaltung staatlicher Hoheitsrechte verknüpft. Und selbst die Einführung des Pachtsystems ändert darin nichts: indem der Pächter die gerichtlichen Funktionen mit übernimmt, ist er zu einem guten Teil Staatsbeamter geworden. — Auch die Uebertragungen, die zu der Annahme des Arendesystems führten, sind nicht uninteressant. Wohl sprach man von der Kostenersparnis im Beamtenpersonal, wohl ermaß man den nicht zu unterschätzenden Vorteil, an Stelle schwankender Erträge fest normierte Summen zu erhalten. Aber daß der Vorzug des Arendesystems zu einem guten Teil darin begründet lag, daß der damalige Zustand des Beamtentums eine so gewaltige Naturalstaatsverwaltung ohne große Uebelstände nicht erlaubte und die Einfügung des wichtigen Faktors des Selbstinteresses beim Pachtvertrag den wirkungsvollsten Ansporn zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit bedeutete, ist anscheinend damals nicht als entscheidendes Motiv betrachtet worden. Sonst hätte nicht Gladebeck seine Abneigung gegen die Arende damit motivieren können, daß er nicht einsehe, warum der Staat sich den Gewinn des Pächters solle entgehen lassen. Es charakterisiert die geistige Ueberlegenheit Knyphausens, daß er zu Gunsten der Arende die wichtige Erkenntnis ins Feld führte: das lässige Sichgehenlassen der Bauern, wie es durch die Administrierung befördert werde, sei weder in deren noch in des Kurfürsten Interesse gelegen.

Noch eines verdient allgemeinere Beachtung: die persönliche Teilnahme des Kurfürsten an den wichtigen Fragen, die in der Kammerverwaltung der Lösung bedurften, ist doch nur eine geringe gewesen. Wohl ist zuweilen sein lebhaftes Interesse ausdrücklich bezeugt: so an den Reformen 1651 nach Waldecks eigener Aussage (Erdmannsdörffer, Waldeck S. 61), so bespricht das Testament von 1667 auch die Möglichkeit einer Besserung der Kammerfinanzen, aber eigentümlicherweise nur in Preußen, Ranke endlich hat einen eigenhändigen Entwurf des Kurfürsten ans Licht gezogen, der auf dem Marsche gegen die Schweden 1675 entstand und u. a. die Verwandlung der Mindenschen Stiftsgüter in Domänen beabsichtigt erscheinen läßt (was nicht zur Ausführung gelangte), und dergleichen Beispiele wären noch zu häufen; aber im Vordergrund seines Interesses haben unzweifelhaft andere Fragen gestanden: die äußere Politik, die Bekämpfung der ständischen Selbstherrlichkeit, die Errichtung und finanzielle Sicherung des Heeres.

Soll ich zum Schluß noch ein Gesamturteil über die Leistung Breysigs abgeben, so ist es das der unbedingten und vollen Anerkennung, die dieser Arbeit unzweifelhaft gebührt. Er hat ein zu einem guten Teile sehr trocknes und brüchiges Material zu einer geschickt gruppierten Darstellung verarbeitet, die von eindringender Sachkenntnis getragen ist, und dem Leser ein klares und in allem Wesentlichen auch richtiges Bild dieser recht verwickelten Materie gewährt. Die Aktenpublikation im 2. Teil enthält in guter Auswahl das wesentliche Material, auf dem die Darstellung beruht.

Georg Küntzel.

**A. v. Hedenström: Die Beziehungen zwischen Rußland und Brandenburg während des ersten nordischen Krieges.** 1655—1660. Marburger Inauguraldissertation 1896, Universitäts-Buchdruckerei (E. L. Pfeil). 96 S.

In den Programmen des königstädtischen Realgymnasiums zu Berlin 1885 und 1886 gab Ferdinand Hirsch im Wesentlichen auf Grund des von Erdmannsdörffer in den „Urkunden und Aktenstücken" veröffentlichten Berliner Materials eine Darstellung der ersten Beziehungen zwischen Rußland und dem großen Kurfürsten, die nunmehr durch die vorliegende tüchtige Erstlingsarbeit eine wertvolle Ergänzung aus den Akten des Moskauer Archivs erfährt. Wir sehen jetzt genau, wie der Kurfürst es verstand, während der ersten Jahre des Krieges mit Schweden verbündet zu bleiben und dabei doch mit Rußland, das mit Karl Gustav im Kriege lag und deshalb Brandenburg an sich zu ketten suchte, in friedlichem Einvernehmen zu leben.

Das Hauptstück der Verhandlungen, die Mission Bogdanows an den kurfürstlichen Hof und die gleichzeitige Entsendung Eulenburgs in das russische Lager im Herbste 1656 gewinnt nach der Darstellung Hedenströms eine erhöhte Bedeutung. Denn wie aus der hier veröffentlichten Instruktion Bogdanows hervorgeht, stellte dieser seine weitgehenden Forderungen, Anschluß an Rußland und Anerkennung der russischen Oberhoheit statt der polnischen, im Auftrage seiner Regierung und nicht, wie Hirsch annahm, aus eigener Initiative. Es war nur ein glücklicher Zufall, daß noch bevor Bogdanow die hinausschiebende aber nicht direkt ablehnende Antwort des Kurfürsten überbrachte, Eulenburg den Rigaer Neutralitätsvertrag abschließen konnte, zu dem die Russen durch das Scheitern der Belagerung Rigas gedrängt wurden. Auch über die Mission Obernibessows, der im Februar 1657 den Kurfürsten wieder zum Anschluß an Rußland drängen sollte, und über die mit Nestorow im August desselben Jahres beim Wiederausbruch des russisch-polnischen Krieges gepflogenen Verhandlungen erhalten wir neue ausführliche Mitteilungen. Ein Anhang bringt außer der russischen Instruktion für Bogdanow, der eine deutsche Uebersetzung beigegeben ist, auch den Abdruck der vom Kurfürsten an Bogdanow und Obernibessow übergebenen Kreditive. Victor Loewe.

**E. u. A. Seraphim: Aus der kurländischen Vergangenheit. Bilder und Gestalten des siebzehnten Jahrhunderts.** Stuttgart 1893, Cotta (355 S.; 6 Mk.).

Eine fleißige, sorgfältige auf umfangreiche archivalische Materialien gestützte Arbeit, welche die Geschichte Kurlands im sogen. ersten Nordischen Kriege behandelt, aber doch auch als beachtenswerter Beitrag zur Geschichte des Großen Kurfürsten bezeichnet werden darf. Herzog Jakob von Kurland war durch seine Ehe mit Louise Charlotte von Brandenburg des Großen Kurfürsten Schwager. Außer dem politischen Interesse, das der Kurfürst an den Schicksalen dieses Nachbarlandes nahm, das in seinem Verhältnis zu Polen und Schweden so manche Analogien mit der staatsrechtlichen Situation des Herzogtums Preußen aufweist, verband ihn ein persönliches mit dem kurländischen Fürstenhause und dieses wirkte wiederholt entscheidend in den Verlauf der Begebenheiten ein. 1658 wurde die herzogliche Familie in Mitau auf Befehl Karls X. Gustav von dem schwedischen Feldmarschall Douglas überfallen, gefangen gesetzt und nach Riga, später nach Iwangorod bei Narva gebracht, wo sie bis zum Frieden von Oliva verweilen mußte. Aus dieser Zeit werden uns Proben aus der umfangreichen Korrespondenz der Herzogin mitgeteilt, die der Verfasser teils in Mitau teils in Berlin aufgefunden hat. Die Brandenburgerin Louise Charlotte war eine beherzte Frau, von hellem, praktischen Verstande, in

ihrer schlichten Gottesfurcht und Gläubigkeit die beste Stütze ihres Gatten in drangsalvoller Zeit. In den gewundenen Gängen der Politik wußte sie sich wohl zurechtzufinden und sie scheute sich nicht aktiv einzugreifen, wo es die Interessen ihres Hauses und Landes zu gebieten schienen. Treue geschwisterliche Liebe verband sie mit ihrem Bruder, dem Kurfürsten, zu dem sie mit unbegrenztem Vertrauen und größter Verehrung emporschaute. Mit ihren Sympathien stand sie auf Seite der Feinde Schwedens, im Könige von Polen erblickte sie einen väterlichen Freund und Beschützer. Die frische Unmittelbarkeit einer ferngesunden Seele weht uns wohlthuend aus den vom Verf. mitgeteilten Partien ihrer Briefe entgegen.

Der Kurfürst war durch das unglückliche Schicksal der kurländischen Herzogsfamilie schwer betroffen. Konnten doch der Ueberfall in Mitau und seine Folgen sehr wohl als eine schwedischerseits geübte Rache am Kurfürsten betrachtet werden, der sich gerade damals endgiltig auf die Seite der Feinde Schwedens schlug. Klugheit und Ehre geboten, für das Nachbarland und die bedrängten Verwandten einzutreten. Anfang 1659 erschienen die brandenburgischen Regimenter Schönaich und Polentz in Kurland, um im Verein mit dem Landesaufgebot und den polnischen Truppen die Schweden zu vertreiben. Den Oberbefehl über die Brandenburger führte zeitweilig der Statthalter von Preußen Bogislaw Radziwil. Die Eroberung mehrerer fester Plätze, wie Goldingen, Libau, Grobin war wesentlich den Truppen des Kurfürsten zu danken. Im Oktober 1659 war Kurland von den Schweden gesäubert. Erfreulich ist die Wahrnehmung, daß sich die Brandenburger durch größere Zucht und Ordnung vorteilhaft von den plündernden Polen unterschieden. Seraphim rühmt die humanen Maßregeln Radziwils zum Schutz des Landes vor seinen eigenen Befreiern, sowie die Bemühungen des Kurfürsten am polnischen Hofe, die sich in derselben Richtung bewegten.

Daß dann der Kurfürst in den Verhandlungen zu Danzig und Oliva kräftig für die Restitution des Herzogs Jakob eintrat, erscheint nach dem Vorstehenden selbstverständlich. Bergengrün.

**Schmoller: Das politische Testament Friedrich Wilhelms I. von 1722.** (Rede am Geburtstage Sr. Majestät des Kaisers und Königs in der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin am 27. Jan. 1896 gehalten.) Berlin 1896, 4°. 26 S.

**Die Kriege Friedrichs des Großen.** Herausgegeben vom Großen Generalstabe, Abteilung für Kriegsgeschichte. II. Teil: Der zweite schlesische Krieg 1744—1745. Band III: Soor und Kesselsdorf. Mit 10 Plänen und Skizzen. Berlin 1895, E. S. Mittler u. Sohn (VIII, 266 u. 51** S.; 12 Mk., geb. 14,50 Mk.).

Was ich über die früheren Bände des Generalstabswerkes gesagt habe, gilt auch von dem vorliegenden, der bis zum Ende des zweiten schlesischen Krieges reicht: Auffassung und Urteil, hier und da anfechtbar, tauchen in der Masse des gewaltigen, mit großer Sorgfalt zusammengebrachten Stoffes unter. Das Generalstabswerk ist einem Musikstück zu vergleichen, das eine reiche Instrumentation aufzuweisen hat, während die Leitmotive teils zu sehr verschwinden, teils nicht überall ergreifend wirken. Nur ein einseitiger Geschmack wird sich blos von der Fülle der Töne blenden lassen; ebenso einseitig ist es aber auch, nichts als jenen Mangel zu empfinden und deshalb das ganze Stück abzulehnen. Die „Kriege Friedrichs des Großen" sind denn doch etwas mehr als eine Art Makulaturpapier, gerade gut genug, um das Frühstück darin einzuwickeln, mag selbst ein bekannter Militärschriftsteller sie nicht höher taxieren.

Zu dem speziellen Inhalte des vorliegenden Bandes übergehend, möchte ich zunächst bemerken, daß die Strategie des Königs nach der Schlacht bei Hohenfriedeberg m. E. vielleicht etwas schärfer hätte charakterisiert und begründet werden können. Schon Koser hat mit Recht darauf hingewiesen, daß Friedrich sich vornehmlich durch die Erinnerung an den unglücklichen böhmischen Feldzug des Vorjahres und durch die Erwägung habe leiten lassen, daß er es außer mit den Oesterreichern auch noch mit den Sachsen zu thun haben werde. Daher die schwächliche Verfolgung der Oesterreicher nach dem glänzenden Siege, daher die Beendigung des Vormarsches bei Königgrätz, daher die Absicht, „den Umkreis von zehn Meilen Entfernung von meiner Grenze derart auszuzehren, daß der Gegner während des Winters keine Katze dort unterhalten kann, was meinen Truppen Ruhe für den Winter schaffen wird". Letzteres erinnert einigermaßen an die Kriegsführung Ludwigs XIV., der, freilich viel barbarischer, die Pfalz verwüsten ließ, um sich zu sichern. Das Charakteristische der Strategie des Königs ist also der Plan, unter Verzicht auf Siege und Eroberungen, sich nur die Oesterreicher vom Leibe zu halten, es ist der Plan einer beschränkten Offensive mit defensivem Zweck. Den objektiven Grund für diese dem Laien allzu vorsichtig scheinende Kriegsführung werden wir mit Clausewitz in der nur kleine Ziele gestattenden allgemeinen Strategie des 18. Jahrhunderts, den subjektiven mit Koser in der bitteren Erfahrung von 1744 und der Besorgnis vor den Sachsen zu suchen haben.

Bei der Schilderung der Operationen im December 1745 hätte man gern die Fragen beantwortet gesehen: warum ging der König nicht früher auf das linke Elbufer über, um persönlich mit seinen eigenen 25000 Mann und den Truppen des alten Dessauers, also mit großer Uebermacht, die bei Kesselsdorf stehenden Sachsen und Oesterreicher vor ihrer Vereinigung mit dem österreichischen Hauptheere des Prinzen Karl zu schlagen? Warum ließ er statt dessen den Fürsten Leopold mit seinen 22000 Mann allein gegen die 34000 Austro-Sachsen, in deren Nähe Prinz Karl mit 46000 Mann stand, vorgehen? Nach Koser beabsichtigte er, falls Leopold nicht reüssirte, die geschlagenen Regimenter in das zweite Treffen zu stellen und mit seinen frischen Truppen den Feind von neuem anzugreifen; aber wirkt denn nicht ein starker Hieb mehr als zwei aufeinander folgende halb so starke Schläge? Das österreichische Corps Gablentz wäre 1866 vernichtet worden, wenn die preußische Garde und das 1. Corps es gleichzeitig hätten angreifen können.

Seine zahlreichen Detachierungen vor der Schlacht bei Soor hat der König, wie man weiß, selbst getadelt. Im Generalstabswerk wird dazu bemerkt, daß die Sicherung der rückwärtigen Verbindungen durch die Truppen du Moulins, Winterfeldts und Lehwaldts „unabweisbar notwendig" war; es könne „nur in Frage stehen, ob die Aufgaben dieser Entsendungen nicht mit schwächeren Kräften gelöst werden konnten". War es für Militärs unmöglich, diese gewiß sehr interessante Frage zu entscheiden?

Sehr richtig heißt es im Schlußworte, daß der König seit der Schlacht bei Soor — wo sein Heer mit der größten Todesverachtung Höhen gleich den Spicherer Bergen erstürmt hatte — vor keinem Angriff auf eine feste Stellung mehr zurückschreckte. Aber es war wohl keine „ererbte Scheu", die ihn das Jahr zuvor bei Marschowitz davon zurückhielt; denn ähnliche Leistungen wie bei Soor konnte er mit Recht von seiner damaligen Armee, der über 17000 Mann entliefen, nicht erwarten.

Was die Taktik des Königs bei Soor anbelangt, so wird im Generalstabswerke zugegeben, daß er die Absicht hatte, seine Mitte und seinen linken Flügel zu refüsieren, also in der bekannten schiefen Schlachtordnung anzugreifen. Diese Absicht sei aber infolge eines Mißverständnisses nicht zur Ausführung gekommen. Ein Bataillon aus der Mitte habe nämlich auf Befehl des Königs einschwenken müssen, um die nach dem Feinde zu liegenden Häuser von Burkersdorf in Brand zu stecken; die nachfolgenden Bataillone

hätten nun geglaubt, daß sie, anstatt hinter jenem Bataillon weg sich weiter nach dem rechten Flügel zu ziehen, sich mit ihm in gleiche Höhe setzen sollten. Da das Generalstabswerk sich hierfür auf eine vorzügliche Quelle, den Bericht eines Augenzeugen, des Prinzen Ferdinand von Braunschweig, stützen kann, so ist an der Wahrheit der Sache wohl kaum zu zweifeln. Auch bei Soor wäre also, wie später bei Kolin, auf Grund eines nicht mehr zu redressierenden Mißverständnisses auch in der Front angegriffen worden, allerdings erst dann, nachdem der preußische Decisiv-Flügel die Entscheidung schon gebracht hatte, und deshalb auch mit anderem Erfolge als in jener Unglücksschlacht.

Wie außerordentlich wichtig es ist, daß alle Quellen herangezogen werden und welches große Verdienst um die Forschung sich das Generalstabswerk hierdurch erwirbt, kann man an dem eben erwähnten Beispiel deutlich erkennen. Sehr interessant ist ferner die Entdeckung, daß das österreichisch-sächsische Heer bei Soor, nicht wie bei Arneth, Droysen, Koser angegeben wird, 32000, sondern 42000 Mann stark, dem preußischen also fast doppelt überlegen war; der Irrtum geht auf die sog. Brownesche Darstellung zurück, in welcher aus Versehen bei der Zusammenzählung der österreichischen Kavallerie die Summe 5278 statt 15278 eingestellt ist. — Aus dem Buche von K. Bernhardi „Denkwürdigkeiten des Landgrafen Karl von Hessel-Cassel" wird eine hübsche, charakteristische Aeußerung des Königs angeführt, die sich auf die Verfolgung nach der Schlacht bezieht: „Meine Kavallerie machte nicht weit von der feindlichen Nachhut Halt; ich eilte hin und rief: Marsch, vorwärts, drauf! Ich wurde mit Vivat, Viktoria und unaufhörlichem Rufen empfangen. Aber ich rief immer Marsch! und niemand wollte marschieren. Ich ärgerte mich, ich prügelte, ich schlug, ich schalt, und ich denke, ich verstehe zu schelten, wenn ich ärgerlich bin: aber ich konnte diese Kavallerie keinen Schritt vorwärts bringen. Sie waren trunken vor Freude und hörten mich nicht."

Der Reichtum an solchen bisher wenig oder gar nicht bekannten Mitteilungen macht auch den vorliegenden Band zu einer wichtigen Fundgrube für den Geschichtsforscher, die nicht voll auszubeuten ein arges Versehen wäre. Mit Recht darf man auf die Fortsetzung des Generalstabswerkes gespannt sein, deren Erscheinen freilich noch einige Zeit ausstehen dürfte; gilt es doch hier, bei der Menge und Bedeutung der gerade neuerdings aufgetauchten Kontroversen, das wissenschaftliche Feld mit ganz besonderem Fleiße zu beackern. O. Herrmann.

**A. Hoffmann: Der Tag von Hohenfriedeberg und Striegau,** 4. Juni 1745. Mit Beilagen. Striegau 1895, Hoffmann (49 S.; 1,50 Mk.).

Der Verf. der kleinen Jubiläumsschrift hat seinen Zweck, ein möglichst zusammengefaßtes und leicht verständliches, immerhin aber in die Hauptstreitfragen eingehendes Bild von dem Verlaufe der Schlacht zu geben, recht glücklich gelöst. Es ist ihm dabei nicht nur eine genaue Kenntnis des Schlachtfeldes „als eines Stückes heimatlicher, von Jugend auf ihm vertrauter Erde", sondern auch ein gesunder historischer Sinn zu statten gekommen. So läßt er mit Recht die österreichische Infanterie bereits auf dem Rückzuge sein, als die Baireuther zur Attacke vorgehen; der riesige Erfolg ihres Angriffes wäre sonst, trotz aller Ueberlegenheit damaliger Kavallerie über das Fußvolk, kaum zu erklären.

Die im Anhang beigefügten Aussagen sächsischer, in der Schlacht gefangener und dann ranzionierter Soldaten wird man mit Interesse lesen. Wir entnehmen daraus, abgesehen von der Bemerkung, König Friedrich habe „in Person den rechten Flügel kommandiert und habe hinter dem Treffen in einem alten Kittel und Hute gehalten", die mehrfach bezeugte Thatsache, daß die Preußen einen guten Bundesgenossen in dem Ostwinde hatten, welcher den Rauch ihres heftigen Geschütz- und Gewehrfeuers den Feinden ins Gesicht trieb. O. Herrmann.

**Oesterreichischer Erbfolgekrieg 1740—1748.** Nach Feld-Akten und anderen authentischen Quellen bearbeitet in der kriegsgeschichtlichen Abteilung des K. u. K. Kriegsarchives. I. Band. I. u. II. Teil. Wien 1896, Seidel. 20 Mk.

**Ferdinand Wagner: Friedrichs des Großen Beziehungen zu Frankreich und der Beginn des siebenjährigen Krieges.** Hamburg 1896, Besthorn Gebr. (XII u. 157 S.; 3 Mk.).

Der Verf. hat sich die dankenswerte Aufgabe gestellt, Friedrichs des Großen Beziehungen zu Frankreich vor dem Ausbruch des siebenjährigen Krieges darzulegen und die Gründe aufzufinden, welche den Bruch des französisch-preußischen Bündnisses und den Anschluß Frankreichs an die Kaiserhöfe herbeigeführt haben. Aber leider ist W. nicht mit der erforderlichen Unbefangenheit an das Thema herangetreten. Die Richtigkeit der Lehmann'schen Behauptung, daß Friedrich auf einen Krieg zum Zweck der Eroberung Sachsens hingearbeitet habe, steht für ihn unumstößlich fest; sie bildet die Grundlage, von der aus er alle Aeußerungen und alle Schritte des Königs beurteilt, auf welcher sich alle seine Schlußfolgerungen aufbauen. Was sich höchstens — ich glaube es nicht — als Ergebnis herausstellen konnte, das wird bereits vom Verf. vorausgesetzt. Die Schrift berührt sich in der ersten Hälfte bis zum Abschluß der Westminster Konvention sehr nahe mit dem Aufsatz von Luckwaldt (Preuß. Jahrb. 80, 230), der von der gleichen Voraussetzung ausgeht. Nur ist Luckwaldt in Darstellung und Beweisführung ungleich geschickter verfahren. Sachlich bildet wohl den bemerkenswertesten Unterschied die Motivierung der Annäherung Friedrichs an England. W. sieht die Schwenkung der preußischen Politik nicht als eine Folge des englisch-russischen Subsidienvertrages an sondern findet die Ursache in den französisch-sächsischen Verhandlungen.

Wie sehr die Voreingenommenheit des Standpunktes das Urteil des Verf. getrübt hat, das mögen einige Beispiele aus dem Abschnitt über die Politik Friedrichs im Mai und Juni 1756 zeigen. S. 105 behauptet W., der König sei durch die Versicherungen Mitchells und durch ein Schreiben Michells über Rußland beruhigt worden und habe den Nachrichten über russische Rüstungen kein Gewicht beigelegt. Schlägt man nach, so wird man mit Erstaunen in Mitchells Bericht vom 27. Mai über die stattgehabte Audienz lesen, daß beim König Rußlands wegen „some doubt and diffidence" zurückgeblieben sei, daß Friedrich es für nötig erachtet habe, den Petersburger Hof mit größter Aufmerksamkeit zu beobachten, nicht nur wegen der Unbeständigkeit der Russen, sondern vor allem wegen der Bemühungen Frankreichs, sie für sich zu gewinnen. Aehnliche Gedanken äußert Friedrich in der Antwort an Michell, und dennoch soll er „beruhigt" gewesen sein. Nicht oft genug kann W. wiederholen, wie wenig Sorge Rußland dem König bereitet habe. Friedrich wußte, heißt es S. 108, „so gut wie Kaunitz, daß Rußland ohne fremde Hülfe sehr schwer eine Armee ausrüsten konnte. Das nötige Geld vermochte nach seiner Ansicht aber nur England zur Verfügung zu stellen." Dafür hat W. auch eine Belegstelle gefunden, die ihm vermutlich durch ihr Alter wertvoll erschien, denn sie datiert schon aus dem Mai 1754. Im Juni 1756 erkundigt sich dagegen der König angelegentlich bei seinem Vertreter in Paris, ob nicht doch am Ende Frankreich dieselben Subsidien liefern könne (12. Juni, an Knyphausen), aber das ist, meint W., ohne Bedeutung, das ist nur so aus eigentlich überflüssiger Vorsicht geschehen. Noch im Dez. 1756 soll Friedrich dem alten Grundsatz von der alleinigen Zahlungsfähigkeit Englands treu geblieben sein: wie sich das mit seiner Mitteilung an Lehwaldt vom 26. Dez. verträgt, daß Oesterreich eine Million Gulden nach Petersburg geliefert habe, hat W. leider nicht verraten. Die Russen sind ganz ungefährlich, und doch opfert der König 100000 Thaler, um sie zu gewinnen, und zwar in dem Augenblick, wo er

nach des Verf. richtiger Bemerkung „mit jedem Pfennig rechnen mußte;“ auch dazu hätte man gern eine Erläuterung. Ein Brief aus dem Jahre 1753 wird herangezogen, um anzudeuten, für wie schwach Friedrich die russische Armee gehalten habe; statt 600 zähle das Bataillon selten mehr als 400 Mann. Wozu diese nichtssagende Bemerkung, wenn doch Friedrich im Juli 1756 ganz deutlich ausspricht, daß das russische Corps bis zu 45000 Mann stark sein werde. Und das ist, auch nach W.'s Theorie von der Unglaubwürdigkeit der meisten Briefe des Königs, diesmal doch Friedrichs wirkliche Ansicht, denn es steht in einem Schreiben an Lehwaldt, welcher Preußen gegen Rußland zu verteidigen hatte, und „seine Offiziere hat der Monarch nie über die Bedeutung der ihnen übertragenen Aufgaben zu täuschen gesucht.“ (W. S. 113).

Solche Seltsamkeiten und Widersprüche kann man in W.'s Buch in Menge finden. Doch wirken sie alle noch nicht so überraschend, wie des Verf. Kunst, aus den Akten herauszulesen, was er wünscht. Wunderschön würde es z. B. in den ganzen Gedankengang passen, wenn sich nachweisen ließe, daß der verschlagene König die russischen Rüstungen im Juni zwar nach außen hin nicht gefährlich genug schildern konnte, in Wahrheit indes sie für unbeglaubigt hielt. W. behauptet das auch wirklich und verweist auf eine Depesche an Klinggräffen vom 22. Juni. Trotz aller Mühe habe ich in dem Erlaß nichts davon finden können, sondern nur die Ankündigung der russischen Kriegsvorkehrungen und den Befehl an den Gesandten, die allergrößte Aufmerksamkeit auf diese Angelegenheit zu richten. Weshalb der König seinem Vertreter in Wien in jener kritischen Zeit empfiehlt, alle Sorgfalt auf Dinge zu verwenden, an die er selbst nicht glaubt, weshalb er die Fabel auch den anderen Gesandten mitteilt und sich ein Vergnügen daraus macht, ihnen einen Bären aufzubinden und sie irre zu führen, darüber erhält man wieder von W. keine Aufklärung. Doch der Verf. kennt die innere Stimmung Friedrichs ganz genau, er weiß sogar, daß der König das Scheitern der spanischen Vermittlung zwischen England und Frankreich „mit Genugthuung“ vernommen hat (S. 105); in dem citierten Schreiben steht nun wieder gar nichts von „Genugthuung“, aber wer wird sich auch so an den Buchstaben halten!

Sollte jemand der Meinung sein, daß W.'s Buch trotz des unrichtigen Standpunktes des Verf. und seiner Willkür in der Interpretation der Akten dennoch gutes enthalten und zur Klärung der verwickelten Geschichte jener Jahre beitragen könnte, der möge die letzten Kapitel mit den Anfangsabschnitten der sorgfältigen Untersuchung von Volz über Friedrichs Politik und Kriegführung vergleichen und er wird sehen, daß das wichtigste, die von Friedrich betriebene französische Friedensvermittlung zwischen Preußen und Oesterreich von dem Darsteller der französisch-preußischen Beziehungen überhaupt nicht bemerkt worden ist. M. Immich.

**Gustav Wallat: Friedrichs des Großen wechselnde Politik gegen Frankreich.** Wissenschaftliche Beilage zum Programm des Königl. Gymnasiums zu Deutsch-Krone, Ostern 1894.

Eine übersichtliche Zusammenstellung der wichtigsten Momente in Friedrichs französischer Politik, geschrieben mit guter Kenntnis der Litteratur. Verf. verteidigt den König warm gegen alle ihm gemachten Vorwürfe, nur Klein-Schnellendorf will er nicht entschuldigen. Von dieser etwas einseitigen Tendenz abgesehen, verdient das Büchlein auch hier genannt zu werden. v. Buttlar.

**R. Waddington: Louis XV. et le Renversement des Alliances.** (Préliminaires de la Guerre de Sept Ans 1754—1756.) Paris 1896, Firmin Didot (VIII u. 533 S.; 7,50 Mk.).

Vgl. oben S. 102.

**Gustav Berthold Volz: Kriegführung und Politik König Friedrichs des Großen in den ersten Jahren des siebenjährigen Krieges.** Berlin 1896, Siegfried Cronbach (2 Bl. 218 S.; 3 Mk.).

Verf. hat sich die seit der Veröffentlichung der Politischen Korrespondenz Friedrichs des Großen außerordentlich dankbare, wenn auch schwierige Aufgabe gesetzt, die Einwirkung der Politik und Kriegführung Friedrichs auf einander, und zwar in dem Zeitraume vom Sommer 1756 bis zu dem Frühjahr 1758, zu verfolgen. In der Frage nach dem Ursprung des siebenjährigen Krieges, zu der Verf. notwendig Stellung nehmen mußte, steht er auf dem von Naudé und Koser vertretenen Standpunkte und bringt mehrere nicht unwesentliche Momente zur Stützung dieser Auffassung herbei. Nach dieser Richtung sind die eingehenden Ausführungen des Verf. über das Verhalten des Königs gegen Sachsen, seine stete Rücksichtnahme auf Frankreich und die Verhandlungen mit diesem und Holland besonders beachtenswert. Auch halte ich die Darlegung des Verf. sehr ansprechend, wenn auch etwas hypothetisch, daß Friedrich auch in der dritten Anfrage an Maria Theresia die Zusicherung des Friedens nur für die nächsten zwei Jahre deshalb verlangte, weil er nach den ihm vorliegenden Nachrichten innerhalb dieser Frist, wenn nicht schon sehr bald, den Tod der Zarin und damit einen vollständigen Systemwechsel in der russischen Politik erwarten konnte. Faßt man die politische Haltung Rußlands als den Angelpunkt der europäischen Situation auf, so konnte Friedrich allerdings bei längerem Zuwarten nur gewinnen, Maria Theresia nur verlieren. Daß diese aber eben keine Erklärung abgeben wollte, welche den König für die nächsten zwei Jahre beruhigt hätte, das hat diesem schon 1756 das Schwert in die Hand gedrückt, nicht aber zur Eroberung von Sachsen und Westpreußen, sondern zur Verteidigung seines augenblicklichen Besitzstandes. Dazu würden auch die interessanten, bereits oben angeführten Ausführungen des Verf. über die Verhandlungen mit Frankreich und sein Verhalten gegen Sachsen im ersten Kriegsjahre im Einklang stehen. Durch die rasche Eröffnung des Krieges, noch bevor Frankreich sich unwiderruflich zur Teilnahme entschlossen hatte, konnte Friedrich hoffen, das Versprechen von Oesterreich zu erzwingen, das es gutwillig nicht hatte geben wollen. Die späteren Kapitel der vorliegenden Schrift entwickeln im einzelnen unter Hervorhebung der Rückwirkung der kriegerischen Ereignisse auf allen Schauplätzen, wie eigentlich vom ersten Tage des langen Krieges an Friedensverhandlungen stattgefunden haben, die vor allem die Herstellung des status quo betonten. Wie V. darlegt, tritt erst seit der unvergleichlich günstigen militärischen Position Friedrichs im Frühjahr 1758 der Gedanke auf, die glänzenden Erfolge des Vorjahres und den Subsidienvertrag mit England (vom 11. April 1758) zur Erreichung vorteilhafter Friedensbedingungen auszunutzen. Mit diesem Zeitpunkte schließt V., weil hier eine neue Epoche des Krieges beginne. Es wäre jedenfalls eine nicht minder lohnende Aufgabe, den weiteren Fortgang der Friedensverhandlungen, deren Beeinflussung durch die militärischen Operationen der verschiedenen Armeen und die Schwankungen der Politik in gleicher Weise, wie V. gethan, hervorgehoben werden müßte, zu verfolgen und so eine aktenmäßige Vorgeschichte des Hubertusburger Friedens zu geben, der eben darum so interessant ist, weil das Ergebnis desselben, soweit es wenigstens Preußen und Oesterreich betraf, ein sicherer Friede ohne Landabtretung, aber auch ohne Landerwerb seitens Preußens, schon in den Verhandlungen Friedrichs mit Holland und Frankreich im Herbst und Winter 1756 klar vorgezeichnet ist.

Der Anhang giebt eine Kritik des Friedrich mißgünstig gesinnten Henckel'schen Tagebuches und eine Abhandlung über Voltaire als Friedensvermittler; die Absendung Eickstedts an den Herzog von Richelieu, September 1757 geschah nicht, soweit bis jetzt nachweisbar, auf Grund einer Anregung Voltaires, sondern unter dem Eindrucke der Niederlage Lehwaldt's bei Großjägerndorf. F. Wissowa.

**Riksrådet grefve A. J. von Höpkens skrifter.** Samlade och i urval utgifna af Carl Silfverstolpe. II. (Bref. Statsskrifter). Stockholm 1893, P. A. Norstedt & Söner.

Mit dem zweiten Bande der „Höpkens skrifter" ist eine Publikation zum Abschluß gelangt, welche recht wertvolle Beiträge zur Geschichte der preußisch-schwedischen Beziehungen im friedericianischen Zeitalter enthält und in dieser Hinsicht sogar ein älteres schwedisches Werk über jene Zeit — den 1867—72 veröffentlichten politischen Nachlaß des älteren Grafen Fersen — in den Schatten stellt. Auf die hohe Bedeutung des ersten Bandes (1890) für die preußische Geschichtsforschung habe ich schon vor mehreren Jahren in dieser Zeitschrift[1]) hingewiesen. In noch weit höherem Grade erscheint mir der jetzt vorliegende zweite Teil beachtenswert.

Die von dem Herausgeber diesmal befolgte Editionsmethode unterscheidet sich nicht unwesentlich von derjenigen, welche im ersten Bande zur Anwendung gekommen ist. Die meisten wichtigeren Aktenstücke werden nämlich durch eine längere historische Vorbemerkung eingeleitet; auch folgt häufig ein kurzes Schlußwort, welches das weitere Schicksal der in dem betreffenden Dokument angeregten oder behandelten Fragen andeutet. Daß der Wert der Publikation durch solche Vor- und Schlußbemerkungen, welche zum Teil auf archivalischer Grundlage fußen, eine beträchtliche Steigerung erfahren muß, liegt auf der Hand. Um so lebhafter ist es daher auch zu bedauern, daß der Herausgeber die „Politische Korrespondenz Friedrichs des Großen" nirgends verwertet hat. Bereits ein flüchtiger Blick in dieses Werk würde ihn belehrt haben, daß erst eine ausreichende Berücksichtigung der dort mitgeteilten Briefe ein wirklich unbefangenes Urteil über die damaligen preußisch-schwedischen Wechselbeziehungen ermöglicht. — Gegen die unter den Höpken'schen Papieren getroffene Auswahl läßt sich im großen und ganzen ein Einwand kaum erheben. Allerdings wird das nichtschwedische Publikum es unliebsam empfinden, daß nicht selten Aktenstücke in schwedischer Sprache abgedruckt sind, obwohl wörtlich übereinstimmende, französische Erlasse Höpkens, z. B. an Greiffenheim in Regensburg, vorliegen. Indessen wäre es ungerechtfertigt, dem Herausgeber deshalb einen Vorwurf machen zu wollen. Vielmehr dürften diesbezüglich wohl Wünsche der beiden Auftraggeberinnen, der Schwedischen Akademie und der Königl. Akademie der Wissenschaften zu Stockholm, den Ausschlag gegeben haben. Im übrigen wird die Benutzung der beiden Bände durch eine chronologische Uebersicht der mitgeteilten Dokumente, sowie durch ein Personenregister — in letzterem ist Friedrich der Große nicht genannt, weil sein Name (wie es wörtlich heißt) in der ganzen Arbeit „unaufhörlich vorkommt" — wesentlich erleichtert.

Baron (Graf) A. J. v. Höpken war unstreitig eine der hervorragendsten Persönlichkeiten Schwedens in der zweiten Hälfte der „Freiheitszeit" (1718—72). Nach seiner Ernennung zum Reichsrat (2. Jan. 1747), sowie namentlich während seiner Amtsperiode als Kanzleipräsident, d. h. Minister des Auswärtigen (1752—61) hat er auf die auswärtige Politik seines Vaterlandes einen weitgehenden, oft sogar einen entscheidenden Einfluß ausgeübt. Seit frühester Jugend ein ebenso eifriger wie überzeugter Anhänger der französisch gesinnten Hutpartei, huldigte er der Anschauung, daß das Heil Schwedens von einem möglichst engen Anschluß an Frankreich abhängig sei. Beim Beginn seiner politischen Laufbahn herrschte bekanntlich zwischen Preußen und Frankreich das beste Einvernehmen. In Uebereinstimmung hiermit erblicken wir in dem jugendlichen schwedischen Senator einen der energischsten Verfechter einer preußenfreundlichen Politik. Schon die interessanten Aktenstücke zur Geschichte des durch den russischen

1) Vgl. Arnheim, Preußen und Schweden beim Ausbruch des siebenjährigen Krieges; „Forschungen" III, 611—18.

Gesandten Baron v. Korff Ende 1746 in Stockholm heraufbeschworenen Konflikts (S. 31—69) lassen wiederholentlich Höpkens preußische Sympathien erkennen, noch mehr aber sein schriftliches Votum vom 8. März 1747 bei der Senatsberatung über eine eventuelle Accession Schwedens zur österreichisch-russischen Allianz (S. 99—103); wie es denn überhaupt keinem Zweifel unterliegt, daß der Abschluß eines preußisch-schwedischen Bündnisses wenige Monate später durch Höpken's Auftreten erheblich gefördert wurde. — Nicht geringes Interesse bietet eine andere Senatsrede desselben Staatsmannes vom 20. Jan. 1749 (S. 136—50), deren Thema das im Umlauf befindliche Gerücht eines gegen Preußen und Schweden gerichteten, englisch-österreichisch-sächsisch-russisch-dänischen Allianzprojekts bildete und deren Inhalt deutlich erweist, daß man damals in Schweden nicht nur den Ernst der Lage vollauf würdigte, sondern auch der drohenden Gefahr energisch die Spitze zu bieten gewillt war.

Daß die später eintretende Entfremdung zwischen der Hutpartei und dem schwedischen Königspaare das Verhalten Höpken's Preußen gegenüber ungünstig beeinflußte, kann umso weniger befremden, als die regierende Königin, Luise Ulrike, eine Schwester Friedrich's des Großen war. Der anläßlich der sogenannten „Juwelenaffaire" (Mai 1756) in französischer Sprache geführte Briefwechsel Höpkens mit Wulfwenstierna (S. 220—27) verrät denn auch zur Genüge, daß die Sympathien Höpkens für den preußischen König sich in eine nur schlecht verhehlte Antipathie verwandelt hatten. In dem umfangreichen Abschnitt (S. 233—301), welcher 21 Erlasse (zum Teil solche in französischer Sprache) an verschiedene Vertreter Schwedens im Auslande aus den Jahren 1752—57 enthält, läßt sich die Verschlechterung der schwedisch-preußischen Beziehungen genau verfolgen. Aus den letzten Ordres geht zur Evidenz hervor, daß Höpken Ende 1756 vollständig in antipreußischem Fahrwasser segelte und daß die Kriegserklärung Schwedens nur noch eine Frage der Zeit war. Der französische Erlaß an Wulfwenstierna vom 30. Dez. 1756 (S. 306 fg.) redet diesbezüglich eine nicht mißzuverstehende Sprache. Leider ist in diesem Abschnitt die vom Herausgeber getroffene Auswahl von Aktenstücken keineswegs immer eine zweckmäßige. So handelt es sich z. B. in dem (französischen) Schreiben vom 14. Dez. 1756 (S. 287 ff.) an Baron Ungern in Kopenhagen um eine zur Mitteilung an Bernsdorff bestimmte offizielle Beruhigungsnote, welche die wirkliche Sachlage absichtlich verschleiert.

Der Abschnitt: „Schriften, betreffend Schwedens Teilnahme am siebenjährigen Kriege" (S. 302—84) bringt zunächst das bekannte Höpkensche „Gutachten" vom 6. Dez. 1756 „über die gegenwärtige Konjunktur in Europa". Obwohl es schon vor mehreren Jahrzehnten — der Herausgeber übergeht dies freilich mit Stillschweigen — im Band XXIII. der „Handlingar rörande Skandinaviens historia" wörtlich zur Veröffentlichung gelangt ist, so erscheint doch wegen seines interessanten Inhalts ein Wiederabdruck durchaus zulässig. Wie ich in den „Forschungen" III., 616 fg. bereits kurz erwähnte, befürwortet Höpken in jenem „Gutachten" aufs eifrigste einen Anschluß Schwedens an die Gegner Preußens. Unter solchen Umständen ist es natürlich doppelt beachtenswert, daß er hinsichtlich der gegenwärtig so viel erörterten Frage nach dem Ursprung des siebenjährigen Krieges eine ziemlich skeptische Haltung einnimmt. So redet er beispielsweise von „gegen die Moral streitenden, machiavellistischen Principien" des sächsischen Hofes, wie sehr er auch im übrigen das Vorgehen Friedrichs gegen Sachsen tadeln mag. So bezeichnet er es ferner als ein „undecidiertes Problem", ob Preußen Oesterreich, oder aber ob Oesterreich Preußen durch kriegerische Rüstungen zum Kampfe gedrängt habe. Im übrigen ist das ganze Aktenstück tendenziös gefärbt, ebenso wie das später folgende (schwedische) „Mémoire sur la conjoncture de la guerre d'Allemagne", welches nebst den beigefügten „rationes pro et contra" vom 11. Mai 1757 (S. 331—51) dem im ersten Bande der Publikation (I. 115—39) abgedruckten (französischen) „Mémoire relativement à la guerre

d'Allemagne en 1756 et à la garantie du traité de Westphalie" vom Juni 1757 inhaltlich fast genau entspricht. Die bekannte Flugschrift: „Remarques sur un écrit intitulé »Mémoire pour servir de réponse à celui que la Cour de Suède etc. etc.«" vom Jan. 1758 (S. 352—57), deren Verfasser Höpken war, bietet manches von Interesse. Noch mehr gilt dies bezüglich der Rede (S. 361— 71), welche Höpken am 21. Februar 1759 über die allgemeine europäische Lage im schwedischen Senat hielt. Die defensive Tendenz der Westminsterkonvention vom 16. Jan. 1756 wird hier ziemlich unumwunden zugegeben, und es heißt ausdrücklich, der Vertrag habe gerade das bewirkt, was die beiden Kontrahenten „abzuwehren suchten". Desgleichen hält der schwedische Minister hier an seiner früheren Ansicht fest, daß der Einfall Friedrich's in Sachsen nicht Eroberungsgelüsten zugeschrieben werden dürfe, sondern daß „son plan était d'intimider le Roi de Pologne, de l'engager par là à joindre ses troupes aux siennes, pour tomber conjointement sur l'Autriche, où rien encore n'était prêt" (vgl. I. 119).

Der Abschnitt: „Schriften des Kanzleipräsidenten während des Pommerschen Krieges" (S. 385—543), welcher 43 Briefe und Erlasse aus den Jahren 1757—58 bringt, erscheint ebenfalls in hohem Grade beachtenswert. In der Instruktion vom 13. September 1757 war der schwedische Oberbefehlshaber, Baron von Ungern-Sternberg, angewiesen worden, nach der Eroberung von Anklam, Peenemünde und Demmin, „sofort durch Pommern den Marsch in die Mark Brandenburg hinein und bis zur Hauptstadt Berlin fortzusetzen". Wie wenig die Thaten diesen stolzen Worten entsprachen, ist bekannt. Schon nach wenigen Wochen sahen die Schweden sich genötigt, vor den preußischen Angreifern hinter den Mauern von Stralsund Schutz zu suchen. Ueber die gänzliche Unfähigkeit der damaligen schwedischen Generäle und über die kriegerischen Ereignisse selbst geben uns die meistens streng vertraulichen Briefe Höpkens aus jener Zeit (zum Teil in französischer Sprache) ganz überraschende Aufschlüsse, desgleichen über den Verlauf der politischen Verhandlungen, welche mit den militärischen Operationen Hand in Hand gingen. Schon 1758 sah man in Schweden dem Ausgang des Krieges mit geringen Hoffnungen entgegen und sehnte einen Frieden mit Preußen herbei. Ein charakteristischer Ausspruch des russischen Gesandten Panin zu Stockholm: „La Suède sera toujours la Suède pour la Russie" war natürlich nicht dazu angethan, das alte Mißtrauen des schwedischen Auswärtigen Ministers gegen den Petersburger Hof zu mindern. Sein Unwille über das „schändliche Betragen" der Russen und seine Friedenssehnsucht haben namentlich in den 26 Erlassen aus den Jahren 1759—60 (S. 543—641) einen unverkennbaren Ausdruck gefunden. Auch von diesen Briefen ist ein Teil in französischer Sprache abgefaßt.

Von späteren Aktenstücken sind vor allem die „Réflexions" aus dem Jahre 1775 (S. 724 ff.) zu nennen, wo Höpken die von Gustav III. geplante Entsendung des jüngsten Bruders Friedrich Adolf nach Stralsund mit Gründen bekämpft, welche in die damaligen Beziehungen zwischen Preußen und Schweden einen interessanten Einblick gewähren.

Diese wenigen Andeutungen dürften genügen, um zu zeigen, daß es sich hier um eine höchst wertvolle Publikation handelt, für welche dem Herausgeber, Hofmarschall Dr. K. v. Silfverstolpe, aufrichtiger Dank seitens der preußischen Geschichtsforscher gebührt. Fritz Arnheim.

**Politische Korrespondenz Friedrichs des Großen. Bd. XXII.** 1762 bis 1763. Redigiert von Dr. Treusch von Buttlar u. Dr. Otto Herrmann. Berlin 1895, A. Duncker (637 S.; 15 Mk.).

**W. Naudé: Die Getreidehandelspolitik der Europäischen Staaten** vom 13. bis zum 18. Jahrhundert, als Einleitung in die preußische Getreidehandelspolitik. (Auch u. d. Titel: Acta Borussica. Denk-

mäler der preußischen Staatsverwaltung im 18. Jahrhundert. Herausgegeben von der Königlichen Akademie der Wissenschaften. Die einzelnen Gebiete der Verwaltung. Getreidehandelspolitik. Bd. I.) Berlin 1896, Parey (XVI u. 443 S.; 11 Mk.).

**H. Bergér: Friedrich der Große als Kolonisator.** Gießen 1896, J. Ricker (4 Mk.).

**Das Jahr 1793. Urkunden und Aktenstücke zu der Organisation Südpreußens.** Hrsg. unter der Redaktion von Rodgero Prümers (Sonder-Veröffentlichungen der Hist. Gesellschaft für die Provinz Posen. III. B.). Posen 1895, Eigentum der Gesellschaft (840 S.; 12 Mk.).

**Fr. Thimme: Die inneren Zustände des Kurfürstentums Hannover unter der französisch-westfälischen Herrschaft. 1806—13.** Band II. Hannover und Leipzig 1895, Hahn (VIII u. 667 S.; 15 Mk.).

Nach einer Pause von zwei Jahren, die durch die Umarbeitung und Erweiterung einiger Kapitel des von der Göttinger philosophischen Fakultät seiner Zeit preisgekrönten Manuskriptes bedingt wurde, läßt Th. dem ersten nunmehr den zweiten Band seines Werkes folgen, der sich gleich seinem Vorgänger durch klare Disponierung und Darstellung, wie durch sichere Beherrschung des gewaltigen Arbeitsstoffes auszeichnet. Er umfaßt die Zeit des Königreiches Westfalen, und zum erstenmale erhalten wir mit ihm die Verwaltungsgeschichte eines Rheinbundstaates, wie sie für Baiern von Graf Du Moulin-Eckart in Angriff genommen, für Baden von Dr. Th. Ludwig geplant ist. — Nach den Worten Napoleons sollte das neugeschaffene Königreich ein Musterstaat werden, bestimmt dem deutschen Volke die Vorzüge einer konstitutionellen Regierung, die segensreichen Wirkungen der französischen Revolution vor Augen zu stellen, aber die Verbindlichkeiten, die er dem westfälischen Staate in seiner Verfassung zugleich auferlegte, ließen jene hochtönenden Versicherungen illusorisch erscheinen und führten den völligen Ruin des Staatswesens notgedrungen herbei. Kein zweiter Rheinbundsstaat ist von französischer Seite mit solcher Rücksichtslosigkeit ausgebeutet worden: das bezeugen die unverhältnismäßig hohen und drückenden Forderungen bezüglich des Kontingentes zum Rheinbundheere, die unaufhaltsam wachsende Last des Militärbudgets, das schließlich die Hälfte aller Einnahmen verschlang, die schonungslose Eintreibung aller aus früherer Zeit rückständigen Kontributionen und nicht zum wenigsten jene harte Bestimmung, der zufolge der Kaiser die Hälfte aller Allodialdomänen sich vorbehielt und damit einen erheblichen Bestandteil des Kronvermögens der Krone entfremdete (cf. die einleitenden Abschnitte über die äußere Politik). Kein Wunder, wenn im Staatshaushalte das Defizit in wenigen Jahren schon die Summe von 10 Millionen erreichte und die Verzinsung der Staatsschuld im Jahre 1812 über 10 Millionen, d. h. ein volles Viertel der gesamten Staatseinkünfte, erforderte, sodaß die Regierung sich schließlich zur Reduktion der Staatsschuld entschließen mußte, einer Maßregel, die ziemlich gleichbedeutend war mit dem förmlichen Staatsbankerotte. Die steigende Finanzkalamität ist, wie in Thimmes Darstellung immer wieder deutlich hervortritt, ein Fluch für die westfälische Verwaltung geworden; sie trägt die Schuld daran, daß die Keime zum Guten, die vielfach in ihr lagen, nicht oder doch nicht in dem erstrebten Maße zur Entwickelung gelangt sind. Denn, um das gleich hervorzuheben, man gewinnt aus dem Buche den Eindruck, daß es mit dieser westfälischen Verwaltung im ganzen

doch nicht so schlimm bestellt war, wie man bisher wohl angenommen hat. An Stelle veralteter, komplizierter und schwerfälliger Einrichtungen sind in manchen Zweigen derselben zeitgemäßere, einfachere und besser geordnete Verhältnisse getreten. Insbesondere gilt dies auf dem Gebiete der Rechtspflege, wo die Einführung des Code Napoléon und des Gerichtsverfahrens nach französischem Muster von der Bevölkerung in der That als eine Erleichterung empfunden wurde; es ist dabei erstaunlich, wie rasch sich die Justizbehörden in die neue Gesetzgebung eingearbeitet haben. Im Bereiche des Kultuswesens hat die Neuordnung der Dinge nur den Juden Gewinn gebracht, die sich in Westfalen sogar einer schrankenloseren Emanzipation als ihre Glaubensgenossen in Frankreich erfreuten: die christliche Kirche ist in ihrem Ansehen nicht minder wie in ihren materiellen Verhältnissen empfindlich geschädigt worden. Im Schulwesen hat es, wie wir sehen, nicht an Ansätzen zum Besseren gefehlt, aber alle Reformversuche sind an der Geldfrage gescheitert. Auch die Universitäten hatten unter der Finanzlage zu leiden; Helmstedt und Rinteln sind ihr zum Opfer gefallen, die übrigen nur durch die Bemühungen von Müller und Villers gerettet worden. Eine eingehende, höchst verdienstvolle Untersuchung widmet Thimme dem Finanzwesen; sie war um so schwieriger, als es sich hier oft um überaus verwickelte Fragen handelte und das Aktenmaterial große Lücken aufwies. Abgesehen von wenigen Zweigen, vor allem dem Postwesen, das gegenüber dem alten Botenwesen einen merklichen Rückschritt bedeutete und allgemein Anlaß zu Klagen gab, wird man mit Thimme der Organisation der westfälischen Finanzverwaltung nachrühmen dürfen, daß sie an Klarheit und Einfachheit die früheren Einrichtungen bei weitem übertraf. Dies gilt ganz besonders auf dem Gebiete des Steuerwesens, wo vordem chaotische Zustände geherrscht hatten; die für die Steuerpolitik maßgebenden Grundsätze (S. 402) verdienen alle Anerkennung. Einen Mißgriff unter den direkten Steuern bezeichnete lediglich die familienweise zu repartierende Personalsteuer, welche die wohlhabenderen Klassen unverhältnismäßig begünstigte, dagegen war die Gewerbesteuer, mit deren Einführung die Aufhebung der Zünfte Hand in Hand ging, in ihren mäßigen Sätzen eine durchaus gerechte und fand im Lande leichten Eingang. Auch die Gesetzgebung über die indirekten Steuern war besser als ihr Ruf: die Aufhebung aller Exemtionen, die Beseitigung der Binnenzölle, die Freigebung von Ein- und Ausfuhr kennzeichnen die liberale Tendenz der westfälischen Zoll- und Handelspolitik; die Vorzüge der Bülowschen Konsumtionssteuer, deren Sätze erheblich niedriger waren wie die alten, wurden in all den Landesteilen, wo bislang indirekte Abgaben bestanden hatten, gewürdigt. Die Thatsache endlich, daß nach den Befreiungskriegen die hannövrische Regierung das westfälische Steuersystem beibehalten hat, spricht wohl am deutlichsten zu seinen Gunsten. — Wir können den weiteren Ausführungen des Verfassers hier nicht folgen: es sei nur noch verwiesen auf die Abschnitte über das Schuldenwesen, den Staatshaushalt und das kommunale Finanzwesen. Auch aus diesen Kapiteln wird jeder, der das Buch zur Hand nimmt, reiche Belehrung schöpfen. Auf eine Schilderung der Volkswohlstandes und der Volksstimmung hat der Verfasser — von gelegentlichen Bemerkungen (S. 162 191, 314, 651) abgesehen, — um seine Arbeit nicht zu weit auszudehnen, vorläufig verzichtet. Einer Geschichte der Erhebung Hannovers im Jahre 1813, die uns in Aussicht gestellt wird und das Versäumte nachholen soll, wird man mit Interesse entgegensehen. K. Obser.

**Br. Gebhardt: Die Einführung der Pestalozzischen Methode in Preußen.** Ein urkundliches Kapitel preußischer Schulgeschichte. Berlin 1896, Gärtner (80 S.; 1,40 Mk.).

Die Schrift beschäftigt sich mit der Reform des preußischen Volksschulwesens nach dem Frieden von Tilsit. Schon früher ist der Gegenstand von Tilthey in seinem gehaltvollen Artikel Süvern in der Allg. D. Biogr.

behandelt worden, und zwar auf Grund der Akten des Kultusministeriums. Dieselben Akten hat nun auch Gebhardt benutzt, doch giebt er keine neue und vollständige Entwicklung der Dinge, eine Auffassung, zu der der Titel verleiten könnte, sondern nur eine Ergänzung dazu. Er druckt dabei einen großen Teil der benutzten Urkunden ab. Unter diesen bilden den Hauptteil Auszüge aus den Berichten der Eleven, welche zwischen 1809 und 1813 von der preußischen Regierung nach Ifferten zu Pestalozzi gesandt wurden, um an der von Pestalozzi geleiteten Anstalt den Geist und die Methode seines Unterrichts kennen zu lernen. Im zweiten Teile giebt der Verfasser das Wesentliche aus den Akten wieder, welche die Berufung des württembergischen Edukationsrates Zeller, eines Anhängers der Pestalozzischen Ideen, zur Leitung eines in Königsberg i. Pr. zu errichtenden Normalseminars behandeln.

Hervorvorzuheben ist, daß sich die Schrift durch ruhige sachliche Darstellung auszeichnet. Brunswig.

**Poten: Geschichte des Militär-Erziehungs- und Bildungswesens in Preußen.** (Monumenta Germaniae paedagogica XVII. B.) Berlin 1896, A. Hofmann (IV u. 542 S.; 15 Mk.).

**Br. Gebhardt: Wilhelm von Humboldt als Staatsmann.** Bd. I. Stuttgart 1896 (Cotta VII u. 487 S.; 10 Mk.).

**Bismarcks Briefe an den General Leopold v. Gerlach.** Herausgegeben von Horst Kohl. Berlin 1896, Häring (VIII u. 379 S.; 6 Mk.).

**Bismarck-Jahrbuch.** Hrsg. von Horst Kohl. Bd. III. Lief. 1. u. 2. Berlin 1896, Häring.

**Der Streit um die Elbherzogtümer.** Tagebuchblätter aus den Jahren 1863—1864. Von Theodor von Bernhardi. [Aus dem Leben Bernhardis, Teil V.] Leipzig 1895, S. Hirzel (VIII u. 412 S.; 8 Mk.).

Der neueste Band der Bernhardischen Denkwürdigkeiten fällt unleugbar gegen die vorhergehenden ab, weil er lange nicht so viel Neues bietet. Bernhardi steht in dieser Zeit den Leitern der Politik weniger nahe als in den vorhergehenden Jahren. Vor allem hat er Bismarck ganz fern gestanden. Daher schöpft er meist aus zweiter oder dritter Hand und seine Aufzeichnungen sind daher mit noch mehr Vorsicht zu genießen als die früheren. Trotzdem werden auch diese Tagebuchblätter eine unschätzbare Quelle für die Zeitgeschichte bilden, weil kaum je ein schärferes Spiegelbild der Anschauungen und Auffassungen eines vielseitig gebildeten und ungewöhnlich scharfsinnigen Kopfes und gewisser politischer Kreise zu finden sein wird. Der Gesamttitel hätte freilich erschöpfender und präciser lauten können: Unterminierung der Bismarckschen Politik. Den Rückblickenden berührt es eigentümlich, daß es sich bei den Patrioten, wie es Bernhardi und Max Duncker doch offenbar waren, nicht bloß um eine äußerst hartnäckige Verkennung der Bismarckschen Politik handelte, sondern um eine Hintertreibung der Bismarckschen Pläne und möglichst baldigen Sturz des neuen Ministerpräsidenten. Der Kreis, in dem man solche Wünsche hegte, wird gebildet von Bernhardi, Max Duncker, Heinrich Geffcken, Holtzendorff, Samwer, Francke, Usedom u. a., in zweiter Linie von der kronprinzlichen Familie, dem Augustenburger, dem Fürsten von Hohenzollern, dem König Leopold. Der geschäftigste Intrigant von allen ist ohne Frage der junge Heinrich Geffcken gewesen, damals hanseatischer Ministerresident in Berlin. Man erkannte in diesen Kreisen nicht, daß es Bismarck, um einer Vereinzelung Preußens vorzubeugen, darauf ankam, in Gemeinschaft mit Oester-

reich die Schleswig-Holsteinsche Frage zu lösen, und war von dem denkbar größten Mißtrauen gegen die anscheinend waghalsige Politik des „jedem Rate unzugänglichen" leitenden Staatsmanns erfüllt. Mit einem gewissen Triumph schreibt Duncker an Francke im Dezember 1863: Zweimal stand Bismarck „auf dem Wipp", so daß es nur noch eines geringen Druckes bedurft hätte, um ihn zu beseitigen (S. 188). Männer wie die Gebrüder Heydebrand, die in Bismarck einen großen Mann, ja den Retter des preußischen Staates erblickten, wurden von dem Kreise Bernhardis mit einer Art Ironie behandelt (S. 113). Die Maßregel der Preßordonnanzen ließ selbst einen so kühl überlegenden Mann wie Bernhardi das Gleichgewicht verlieren, sodaß er Versetzung des Ministeriums in den Anklagezustand verlangte. Aus erster Hand sind die Schilderungen, die wir über den Hof des Augustenburgers zu Gotha und von dem Koburger Herzog empfangen. Sie sind deswegen von besonderem geschichtlichen Werte. Es war doch eine bunte Gesellschaft, in die Bernhardi da hineingeriet, und dabei scheint es fast so, als wenn der kluge Mann gar nicht gefühlt hat, daß seine Kraft zu gut für diese Sache war. Sobald er im Hoflager erscheint, da beginnt ein Drängen und Reißen um ihn: Bernhardi hier, Bernhardi da. Am liebsten hätte ihn der Erbprinz, auf dessen geistige Fähigkeiten bezeichnende Streiflichter fallen, an allen Höfen als seinen Vertreter beglaubigt bei dem gründlichen Mangel an einigermaßen tüchtigen Anhängern. Das Urteil Bernhardis über Herzog Ernst, das früher noch einigermaßen lobend lautete, wird jetzt wesentlich geändert. Es fällt jetzt fast noch schärfer aus, als das Heinrich von Treitschkes oder das Maurenbrechers. Wie die Zeit seit 1863 sich verwandelt hat, das ermißt man so recht an dem Gespräch Manteuffels mit Etzel (S. 31). Ein interessantes Schlaglicht fällt auf Bismarcks Verhältnis zum Justizminister Lippe (S. 160). Neu ist die Mitteilung, daß Moltke nach Frankfurt zur Betreibung der Exekution geschickt wurde (S. 165). Für den Kriegshistoriker sind die Beobachtungen Bernhardis auf dem Schlachtfeld von Bellealliance von Wert. Der berühmte Militärschriftsteller wußte auf dem Kampfplatze so gut Bescheid, daß man ihn für einen Helden von Waterloo hielt. Wenig günstig äußert sich Bernhardi über Froude, desgl. über Layard. Es war nicht zu umgehen, daß er ab und zu auf Räubergeschichten hineinfiel (z. B. S. 121). Aber seltsam ist es doch, wenn der kluge Mann den Phantasien Goldstückers ohne Weiteres Glauben beimessen konnte (S. 332 ff. 368). Befremdend wirkt es, daß sich dieser Patriot ohne ein Gefühl für die Würdelosigkeit der Sache zu der Abfassung des Briefes des Augustenburgers an Napoleon hergab. Diese Handlung steht ganz im Widerspruch zu dem Grundgedanken, den er bei seiner Sendung nach England verfolgte, nämlich die Gefahr der Bildung eines neuen Rheinbundes zu schildern, falls die Lösung der Schleswig-Holstein'schen Frage nicht durch Preußen geschähe (S. 212, 213, 216, 242, 283, 326, 328 u. a.). Man darf gespannt sein, wie die Bekehrung dieses sonst so garnicht in den landläufigen Irrtümern des Liberalismus befangenen rastlosen Patrioten zur Bismarck'schen Fahne erfolgt ist. v. Petersdorff.

**Moltkes militärische Werke. I. Militärische Korrespondenz, Teil II. u. III. 1866 und 1870/71.** Herausgegeben vom Großen Generalstabe, Abteilung für Kriegsgeschichte. Berlin 1896, E. S. Mittler u. Sohn (XXIII u. 383 S.; resp. XVII u. 277 S.; 8 resp. 6 Mk.).

**Lebrun: Souvenirs Militaires 1866—1870.** Préliminaires de la guerre. Les missions à Vienne et en Belgique. Paris 1895, E. Dentu (332 S.).

Vgl. oben S. 58, 73 u. 74.

**La vie militaire du général Ducrot d'après sa correspondance.** (1839—1871.) Tome II. Paris 1895.

Vgl. oben S. 86.

**Zernin: Das Leben des Königlich Preußischen Generals der Infanterie August von Goeben.** I. Bd. Mit einem Bildnis. Berlin 1895, E. S. Mittler u. Sohn ((VIII u. 395 S.; 5,50 M.).

Eine unerläßliche Anforderung an eine gute Biographie ist die Beobachtung der künstlerischen Perspektive, in der der Stoff zu behandeln ist: die Hervorhebung des Wichtigen, die Fortlassung oder wenigstens Beschränkung des Alltäglichen oder solcher Ereignisse, in denen der Held nicht hervortritt, auf kurze Erwähnung. Der erste Teil des vorliegenden Buches, eine meist in Auszügen aus Goebens und anderen Werken bestehende Darstellung, läßt es daran sehr fehlen. Wenn man trotzdem Abschnitte wie den Karlistenkrieg, in dem der junge G. durch große Tapferkeit, Thätigkeit und Standhaftigkeit Bewunderung erregt, mit Interesse liest, so verdanken wir dieses weniger dem Schriftsteller Zernin als dem Werke G.'s selbst. Der badische Feldzug von 1849 wird dann unter Abdruck der ganzen Ordre de bataille auf 17 Seiten erzählt, wobei wir von G. nur hören, daß er mit dem Prinzen von Preußen näher bekannt wurde. Aehnlich ist es mit dem marokkanischen Kriege, den G. als Zuschauer mitmachte und selbst beschrieben hat. Hier wäre gewiß ein Abschnitt „G. als Schriftsteller" am Platze gewesen. Der für Göben so wichtige Krieg von 1864 wird dagegen auf 30 Seiten abgemacht, die allerlei Auszüge aus dem Generalstabswerk, Witzleben, Adler u. a. bringen. Wissenschaftlichen Wert kann man dieser Darstellung demnach kaum beimessen.

Einen solchen hat das Buch indessen durch den fast vollständigen Abdruck der Briefe G.'s an seine Frau aus dem Jahre 1864, welche die zweite Hälfte des Bandes einnehmen (S. 215—395). Aus ihnen lernt man G. kennen als den geborenen Führer, das Ideal eines Vorpostenkommandeurs, der sich selbst, dem Feinde und den Seinen keinen Augenblick Ruhe lassen möchte, den leidenschaftlichen Soldaten, dem das schönste der Kampf ist. Der stets Glückliche schwelgt in der Erinnerung an eine vollbrachte Aktion, jubelt dabei, wenn seine Regimenter keine oder nur wenige Verluste haben, und kann nicht genug die Tapferkeit und Genügsamkeit seiner Westfalen rühmen, die dafür mit vollem Vertrauen an ihrem General, dem damals wohl kriegserfahrensten der Armee, hingen. Man ahnt aus diesen schlichten Briefen, die G. selbst als sein Kriegstagebuch ansah, nur selten, welche anderen Fähigkeiten dieser Mann besaß, der fast alle europäischen Sprachen beherrschte und 1864 nahe daran war, Moltkes Nachfolger zu werden. Die Briefe geben für die Kämpfe bei Düppel und auf Alsen manche bemerkenswerte Aufschlüsse.

Auf S. 14 ist als Beweis für G.'s Kenntnis des Lateinischen mindestens schlecht gewählt der Satz: Quod decet Jovi, non decet bovi. Zum Schluß sei auf die gute Charakteristik G.'s von Hoenig in der Deutschen Heereszeitung 21, 7 (1896) aufmerksam gemacht.

Frhr. v. Schroetter.

**v. Poschinger: Fürst Bismarck als Parlamentarier.** Bd. III. 1879 bis 1890. Breslau 1895, Trewendt (VI u. 332 S.; 7,50 Mk.).

---

Bd. VIII, S. 631 Zl. 5 v. u. ist in dem Vortrag des Herrn Grafen Lippe zu lesen: Friedrichsbüste statt Friedensbüste.

Zu Artikel I dieses Heftes.

Das oben S. 17 mitgeteilte Aktenstück ist, wie ich sehe, inzwischen auch von Keller, Gegenreformation in Westphalen und am Niederrhein III, 219, abgedruckt worden; doch ist das Datum nicht richtig angegeben und der Text bietet einige Fehler, wie ein Vergleich mit meinem obigen Abdruck leicht erkennen läßt. A. Chroust.

DD
491
B81F8
Bd.9
pt.1

Forschungen zur
brandenburgischen und
preussischen Geschichte

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY